Geschichte der deutschen Katholikentage

von Dr. Johannes B. Kißling

Zweiter Band


Cres
cat Sci
entia
Vita
Exco
latur

Geschichte der deutschen Katholikentage

Im Auftrage des Zentralkomitees für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands

von

Prof. Dr. Johannes B. Kißling

In zwei Bänden — Zweiter Band



1923

Verlag der Aschendorffschen Verlagsbuchhandlung
Münster in Westfalen

Imprimatur.

Monasterii, die 17. Decembris 1923.

Dr. Hasenkamp,
Vicarius Eppi Gnlis.

Nr. 5295.

Druck der Aschendorffschen Buchdruckerei, Münster i. W.

Inhaltsverzeichnis.

Viertes Buch.

Die Feuertaufe der katholischen Organisation.

Fünftes Buch.

Die Bemühungen um Herbeiführung eines vollständigen ‚Kulturfriedens'.

Viertes Buch.

Die Feuertaufe der katholischen Organisation.

Neunzehntes Kapitel.

Die kirchliche und kirchenpolitische Lage im Jahre 1871.

Im Hochgefühle, Zeugen und Mithandelnde weltgeschichtlicher Ereignisse zu sein, durchlebten die Katholiken Deutschlands das Jahr 1870. Während der ersten Hälfte dieses Jahres waren aller Blicke nach Rom gerichtet, wo seit dem 8. Dezember 1869 das Vatikanische Konzil tagte. Von tiefer Ehrfurcht vor dem in der Kirchenversammlung waltenden Heiligen Geiste war die weitaus überwiegende Mehrzahl der deutschen Katholiken beseelt, entsprechend der wahrhaft katholischen, zum Vertrauen auf Gott und zur Belebung des übernatürlichen Glaubens aufrufenden Kundgebung, die im Hinblick auf das Konzil von dem Düsseldorfer Katholikentag des voraufgehenden Jahres beschlossen worden war. Diese Gesinnungen blieben auch unverändert, als mehr und mehr die Frage in den Vordergrund trat, ob es zeitgemäß sei, den bislang von den meisten Theologen gelehrten und von der Gesamtkirche praktisch anerkannten Satz, daß der Papst in seinen Kathedralentscheidungen unfehlbar sei, zu dogmatisieren. Nicht wenige der katholischen ‚Intellektuellen' ließen sich von den Ergüssen der liberalen Presse einfangen, und es ist nach dem Worte des Grafen G. v. Hertling[1] heute schwer verständlich, mit welcher Leidenschaft darüber gestritten, welche ausschweifenden Befürchtungen daran geknüpft wurden, und in welche Erbitterung gegen Papst und Bischöfe sich bis dahin ruhig denkende, bekenntnistreue Katholiken, Priester und Laien hineinarbeiteten. Aber es war nur eine Minderheit,

[1] G. v. Hertling, Erinnerungen aus meinem Leben I, München I, 204.

welche den liberalen Organen und dem angeblich von Katholiken redigierten „Rheinischen Merkur" Gefolgschaft leistete. Mochte die liberale Presse auch noch so oft die Lüge auftischen, das Konzil sei nur berufen, die ‚Vergötterung', die ‚Sündenlosigkeit' des Papstes auszusprechen, in der Kirche einen ‚despotischen Absolutismus' aufzurichten, alle ‚Fortschritte der Kultur' zu verdammen, ‚Wissenschaft und Kritik, ja das Denken selbst totzuschlagen' — die Katholiken ließen sich von der bangen Sorge um die katholische Kirche, die von der unchristlichen und in Religionssachen bodenlos unwissenden oder voreingenommenen Presse zur Schau getragen wurde, nicht beirren und beharrten bei ihrer tiefgegründeten Überzeugung, daß seitens der um den Stuhl des Felsenmannes Petrus versammelten Nachfolger der Apostel der katholischen Wahrheit kein Unheil drohe, das durch Zeitungsschreiber abgewendet werden müsse. Die Äußerungen zumal der norddeutschen protestantisch-liberalen Presse waren zu sehr mit dem Merkmal der Unwissenheit und des Religionshasses gezeichnet, als daß sie in unterrichteten Katholiken andere Gedanken als die der Verachtung und sittlicher Entrüstung hätten hervorrufen können.

Gefahrvoller war das Wirken der Konzilsberichterstatter des genannten rheinischen und mehrerer süddeutscher Blätter, besonders der vielgelesenen Allgemeinen Zeitung. Diese redeten in einer theologische Bildung verratenden Sprache, und man war nicht lange zweifelhaft darüber, daß die konzilsfeindlichen Ergüsse des Augsburger ‚Weltblattes' teils unmittelbar von Professor Döllinger, teils aus dessen Kreisen stammten. Die antipäpstlichen Stimmungen des totgeglaubten deutschen Febronianismus hatten in München einen kurzen Tag der Auferstehung erlebt. Wie in aller Welt hatte das geschehen können?

Döllingers alte, in ihrer ursprünglichen Fassung wenig bedenkliche Ideen über eine ‚Deutsche Nationalkirche' waren gefahrvoll geworden, je mehr sich der Gelehrte den liberalen Strömungen überließ, die seit den Tagen König Maximilians II. in Bayern, speziell an der Münchener Universität, mächtig und einflußreich geworden waren, und je stärker der Hl. Stuhl keines-

wegs aus Herrschsucht, sondern im dringendsten Interesse der Kirche, die Zügel der Lehraufsicht über die ‚deutsche Wissenschaft‘ hatte anziehen müssen. Nationalkirchliche Bestrebungen lagen zudem in der Luft, seitdem der europäische wie besonders der deutsche Liberalismus den Ruf nach einer politischen Weltordnung entsprechend dem Nationalitätenprinzip sich zu eigen gemacht hatte. In sonderbarer Verblendung hatte sich Kaiser Napoleon III. dieser Zauberformel bemächtigt, von der er sich große Wirkungen zur Befestigung seines Thrones versprach. Die Nationalitätsidee erwies sich als kräftiger Sauerteig auf dem politischen Gebiete, sie griff aber auch über auf den kirchlichen Bereich, wie zumal die antikirchlich-revolutionäre Einheitsbewegung in Italien zeigte. Unter ihrem Einfluß stand auch der Bayernkönig Maximilian II., als er, der Bewunderer und Förderer protestantischer Wissenschaft, in seinem Eifer für die nationale Einigung des deutschen Volkes das krause Projekt ausarbeitete, durch das zu allernächst eine religiöse Wiedervereinigung der Deutschen herbeigeführt werden sollte. Dem Stiftspropst Döllinger legte er in einer langen, für diesen ‚unvergeßlichen Unterredung‘ dar, daß ihm weder ein mechanisch-äußerlicher, noch ein absorptiver Zusammenschluß von Katholizismus und Protestantismus vorschwebe. „Es müsse“, meinte er, „auf beiden Seiten erst ein gewisser Reinigungsprozeß eingeleitet werden, und die Erkenntnis sich Bahn brechen, daß jede der beiden Genossenschaften, wenn auch in ungleichem Maße, von der andern Güter zu empfangen, jede mit Hilfe der andern von Gebrechen und Einseitigkeiten sich zu befreien, Lücken in ihrem religiösen und kirchlichen Leben auszufüllen, Wunden zu heilen habe; auch dürfe keiner das Aufgeben eines wirklichen durch Leben und Geschichte vererbten Gutes zugemutet werden. Unter diesen Bedingungen werde, früher oder später, im Herzen Europas, in Deutschland, der Prozeß der Versöhnung und Einigung vor sich gehen“ [2].

Auf diese Zwiesprache zwischen dem durch theologische

[2] J. v. Döllinger, König Maximilian II. und die Wissenschaft, München 1864, 32 f.

Begriffsklarheit augenscheinlich nicht ausgezeichneten Monarchen und dem höfischen Gunsterweisungen sehr zugänglichen Theologen läßt es sich zurückführen, wenn der gelehrte Kirchenhistoriker demnächst das Programm vertritt, daß die Geschichtswissenschaft die Wiedervereinigung von Protestanten und Katholiken in einer Nationalkirche vorbereiten könne, indem sie durch Erforschung des Urchristentums ‚das Abweichen von der Idee', die ‚Auswüchse' im katholischen Kirchenwesen feststelle und deren Beseitigung fordere: das als ‚Papalismus' bezeichnete System der kirchlichen Zentralregierung sei zu reduzieren auf einen die möglichst selbständigen Nationalkirchen lose zusammenhaltenden ‚Primat'. Der seit Jahren einem rationalisierenden Historismus zuneigende Münchener Kirchenhistoriker verkannte völlig, wieviel ideologische Phantasterei, wieviel dogmatisch Unzulässiges in des Königs Plänen enthalten war, er verkannte nicht minder die Gesamtlage der katholischen Kirche auf dem Erdenrund und die daraus hervorgehenden wahren Bedürfnisse der Kirche.

Wenn jemals in der Geschichte, so bedurfte es gerade in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts — angesichts des atomisierenden, alles korporative Leben mit Auflösung bedrohenden individualistischen Liberalismus — starker Betonung der katholischen Einheit, innigsten Anschlusses aller Nationen an den Apostolischen Stuhl, dem der göttliche Stifter der Kirche so machtvolle, einzigartige Verheißungen gegeben.

Den Finger Gottes sahen alle aufrichtigen Katholiken darin, daß in solcher Zeit die dem Stuhle Petri durch Jesus Christus, den Gottessohn, übertragenen Prärogative hinsichtlich der obersten kirchlichen Lehrgewalt zur vollen Entfaltung gebracht, in allen ihren Folgerungen der Erkenntnis und dem gläubigen Verständnis erschlossen werden sollten. Es war mehr als verwunderlich, daß gerade Döllinger, der sich so ganz als tiefblickenden Historiker fühlte, diesem Prozeß organischer dogmatischer Entwicklung verständnislos gegenüberstand. Ihm trübte eben antirömisches Vorurteil, vielleicht auch die Verstimmung darüber, daß von hohen und höchsten kirchlichen

Stellen nicht sein Rat in dem erwünschten Maße begehrt wurde, je länger je mehr den Blick.

Dem Febronianismus verfallen, den er in besseren Jahren mit guten Gründen bekämpft hatte, mußte der Münchener Gelehrte durch seine ferneren Taten die Wahrheit erweisen helfen, daß der Febronianismus und das alle kirchlich-selbständige Bewegung lähmende Staatskirchentum unzertrennliche Brüder sind. Staunend erlebte es die Welt, daß der angeblich auf wissenschaftliche Konsequenz so große Stücke haltende ehemalige Verteidiger der Kirchenfreiheit in einer so eminent innerkirchlichen Angelegenheit, als die ein Konzil angesehen werden muß, die Staatsregierungen gegen die Kirche aufzubringen suchte, daß er mit seinen Schülern und Helfershelfern in Broschüren und Zeitungsartikeln wahre Schaudermären über die Gefahren verbreiten ließ, die der ‚Staatsautorität', der ‚Kultur', der ‚Wissenschaft' seitens der ökumenischen Kirchenversammlung drohen sollten. Die liberale ‚öffentliche Meinung' griff die Aussprengungen der Döllingerpartei, die sich als tief eingeweiht in alle Geheimnisse aufspielte, um so begieriger auf, als über die wirklichen Vorgänge in Rom nur durch Vertrauensbruch Nachrichten zu erhalten waren; denn die Konzilsmitglieder waren zur strengsten Diskretion verpflichtet. Die Berichterstatter der Allgemeinen Zeitung haben eine furchtbare Verantwortung auf sich geladen; was sie über die Tätigkeit der vorbereitenden Kommissionen und dann des Konzils selber an Gerüchten in Umlauf brachten, das hieß nach den treffenden Ausführungen des Mainzer ‚Katholik' nichts anderes, als „die Protestanten, die Politiker und Staatsmänner, die Gebildeten und Halbgebildeten, denen die Allgemeine Zeitung Orakel ist und die in ihren ohnehin nichts weniger als katholischen und kirchlichen Anschauungen über alle Bedenken hinaus sind, wenn sie sich auf die Autorität Döllingers stützen können, gegen Papst und Konzil einnehmen, sie zu allen nur denkbaren, der Freiheit und dem Wohl der Kirche nachteiligen Schritten ermutigen und selbst gläubige, aber nicht genügend orientierte und feste Katholiken verwirren" [3].

[3] Der Katholik, 1870 I 205; vgl. „Das öffentliche Ärgernis durch Herrn v. Döllinger", Historisch-politische Blätter 1871 I 691 ff.

Es war nur allzu zeitgemäß, daß das Zentralkomitee der Deutschen Katholikentage durch seinen zweiten Vorsitzenden, den Freiherrn Felix v. Loe-Terporten, unterm 7. März 1870 unter Berufung auf den Düsseldorfer Beschluß „die tiefste Entrüstung über dieses unbefugte Parteitreiben“ aussprach. Mit Schmerz sähen es die Katholiken Deutschlands, daß nicht nur die kirchenfeindlichen Zeitungen es seien, „die in lügenhafter Gehässigkeit das Konzil, die Bischöfe und den Hl. Vater verdächtigen und verleumden“, sondern gar an den Hochschulen sich Männer fänden, die es wagten, „das Banner des Aufruhrs offen zu erheben gegen Rom, die Mutter und Lehrerin aller Kirchen und aller Völker“. Der Agitation des Wortes, so forderte Freiherr v. Loe, sollten die deutschen Katholiken die Agitation der Tat entgegensetzen, nicht zuletzt auch dadurch, daß sie durch freiwillige Gaben zu den Kosten des Konzils beisteuerten [4].

Dieser Aufruf erwies sich nicht als Fehlbitte; bald konnte eine Abordnung des Zentralkomitees dem Papste eine Liebesgabe von 350 000 Lire zur Verfügung stellen [5]. Die Höhe dieser Summe bewies, wie wenig es den papstfeindlichen Hetzern gelungen war, in die Reihen des katholischen Volkes Verwirrung zu tragen. Aber Erfolge hatten Döllinger und die Seinen erzielt in den akademischen Kreisen, und man weiß, daß nicht zuletzt die schwere Sorge um diese Kreise viele Bischöfe aus Deutschland und Österreich dazu bewogen hat, auf dem Konzil gegen die derzeitige Zweckmäßigkeit einer Entscheidung über die lehramtliche Unfehlbarkeit des Papstes aufzutreten. Die überwiegende Mehrheit auch der katholischen Akademiker war einer solchen Rücksichtnahme freilich nicht bedürftig, und so sehr es wahr ist, daß in allen Jahrhunderten der katholischen Kirche Zeiten eines Konzils Zeiten einer Prüfung und Scheidung der Geister waren, so ehrenvoll war es für die Katholiken Deutschlands, daß in ihren Herzen echt katholischer übernatürlicher Glaube so fest gegründet war und in ihrer Mitte nur ein kleines Häuflein

[4] Die katholische Bewegung III (1870) 117 f.

[5] Verhandlungen der XXI. Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands zu Mainz (10.—14. Sept. 1871), daselbst 1871, 50.

Abtrünniger gefunden wurde. Die sich altkatholisch nennende Bewegung erwies sich als ‚Empörung auf einem Schulkatheder‘. Gedankenkühl-skeptisches Professorentum hat allenfalls sektenstiftende Kraft, niemals aber hinreißenden religiösen Elan entwickelt. Gründlichst hatte Döllinger sich geirrt, als er in dem Schreiben an den Münchener Erzbischof Gregorius v. Scherr, in welchem er Protest erhob gegen den unfehlbaren Ausspruch eines ökumenischen Konzils, die Worte schrieb, Tausende im Klerus, Hunderttausende in der Laienwelt dächten wie er und seien nicht gewillt, die Lehre von der lehramtlichen Unfehlbarkeit des Papstes anzunehmen. Die Zahl der Theologen und Laien, die sich demnächst in der altkatholischen Sekte zusammenfinden sollten, gibt den Maßstab für die Größe der Selbsttäuschung des Stiftspropstes. Gewaltige Scharen katholischer Priester und Laien aber verwahrten sich alsbald in öffentlichen Protesten gegen die von Döllinger ausgesprochene beleidigende Unterstellung [6].

In würdigen Worten gedachte auf dem Mainzer Katholikentag von 1871 dessen Vorsitzender Friedrich Baudri der zu Sektierern gewordenen ehemaligen Glaubensbrüder, zurückblickend auf den ersten Katholikentag, auf dem Döllinger so bedeutsam eingegriffen hatte. „Wir bedauern es tief, wenn wir die Verhandlungen von 1848 ansehen, daß gerade einzelne, die damals durch ihre Eigenschaften hervorragten, heute nicht zu uns gehören. Allein das sind Wandlungen, die wir auch ertragen müssen.“ „Wenn wir auch den Irrtum verdammen, so betrachten wir doch den Verirrten als unseren Bruder, und so wollen wir hoffen und beten, daß auch diese Prüfung, die weniger tief einschneidet, als es den äußeren Anschein hat, den Feinden zur Schande und unserer Kirche zum Heile gereichen und bald vorübergehen möge“ [7].

---

[6] Näheres s. bei H. Rolfus, Kirchengeschichtliches in chronologischer Reihenfolge von der Zeit des Vatikanischen Konzils bis auf unsere Tage, I, Mainz 1877, 475. Vgl. ‚Vom Altkatholizismus‘, Hochland VII (1909) I, 230 f.; E. Michael, Ign. v. Döllinger [2], Innsbruck 1892, 151 ff.

[7] Verhandlungen 1871 (Mainz) 24, 71.

Leider wurde diese brüderliche Gesinnung im altkatholischen Lager nicht geteilt. Anhänger dieser Sekte haben alles Erdenkbare getan, für die Märe von der Staatsgefährlichkeit des Unfehlbarkeitsdogmas Gläubige zu werben, gegen die Glaubensgenossen von ehedem die skrupelloseste Hetze zu betreiben, Parlamente und Staatsregierungen gegen die katholische Kirche feindselig zu stimmen und sie nach Möglichkeit um ihre Rechte und ihr Eigentum zu bringen. Das preußische und das badische ‚Altkatholikengesetz', die konkordats- und verfassungswidrige Bevorzugung, welche die bayerische Regierung den Sektierern angedeihen ließ, waren die Früchte dieser Agitation.

Am Tage nach der weltgeschichtlichen Entscheidung des Vatikanischen Konzils wurde durch Napoleon III. dem Königreiche Preußen der Krieg erklärt, der den Franzosen ‚Rache für Sadowa' bringen sollte. Mahnend und verheißend rief König Wilhelm I. dem preußischen Volke zu: „Alle Unterschiede und Gegensätze seien versöhnt; einig, wie kaum je zuvor, darf Deutschland in seiner Einmütigkeit und seinem Rechte die Bürgschaft finden, daß der Krieg ihm dauernden Frieden bringen, und daß aus blutiger Saat eine Ernte deutscher Freiheit und Einigkeit sprießen werde." Beim katholischen Volksteil fiel dieses Königswort nicht auf dürren Boden. Die katholischen Söhne des Landes standen nicht im geringsten den protestantischen Waffengefährten nach an Todesmut und Tapferkeit und Opfersinn. Um die staatlich wenig geregelte Kriegshilfe für die ihrer Ernährer beraubten Familien erwarb sich der Klerus herrlichste Verdienste, Barmherzige Schwestern und andere krankenpflegende Kongregationen eilten zu Tausenden an die Front, die Männerklöster sandten die Ihrigen ebendahin für Zwecke der Seelsorge und des Verwundetendienstes. Der katholische Johanniter-Malteserverband in Rheinland und Westfalen pflegte durch 1909 Mitglieder kirchlicher Kongregationen über 31 000 Verwundete, und das machte ein Viertel der gesamten Kriegskrankenpflege aus. Anerkennung ihrer über allen Zweifel erhabenen nationalen Zuverlässigkeit, freiheitliche und paritätische Behandlung seitens der obersten Staats-

gewalt, Gerechtigkeit und Billigkeit seitens aller Parteien durften die Katholiken mit Fug und Recht erhoffen [8].

Dem Kaiser aus dem Hohenzollernhause jubelten ohne Rücksicht auf sein protestantisches Bekenntnis die Katholiken mit aufrichtigster Freude und Begeisterung zu: Hier nur eine, aber sehr lehrreiche Einzelheit. Der Frankfurter Historiker Johannes Janssen, von dem heute jeder Protestant ohne irgendwelches Besinnen erklären würde, daß er ein Todfeind von dem gewesen sei, was ein höchst unglückliches Schlagwort ‚Das protestantische Kaisertum' zu nennen beliebt hat, veröffentlichte 1871 ein Gedicht, in dem der Krönungsdom von Frankfurt den neuen Kaiser begrüßte:

„Das Deutsche Reich, verhöhnt und verlacht,
Du hast es wieder zu Ehren gebracht;
Dich schmücken Lorbeerreiser:
Willkommen, willkommen, mein Kaiser!
Du hast es geeinigt, das Deutsche Reich;
O bau es auch auf, seinen Domen gleich!
Durch Bogen und Pfeiler ström' Luft und Licht,
So voll, wie der Ruf aus dem Innern mir bricht:
Du Heldenkönig, du greiser,
Willkommen, willkommen, mein Kaiser!" [9]

Aber noch redeten die Kanonen ihre furchtbare Sprache, da wurde es schon zum Gemeinplatz der liberalen und der protestantischen Presse, daß zusammen mit Frankreich auch ‚Rom' besiegt worden sei; die siegreich vordringenden deutschen Fahnen seien ‚protestantische' Fahnen [10]. Die endgültige Auseinandersetzung zwischen Katholizismus und Protestantismus, Romanentum und Germanentum, stehe unmittelbar bevor. Durch die Staatsgewalt müsse der kirchlich revolutionären Partei der Altkatholiken die Oberhand gesichert werden über den ‚staatsfeindlichen und kulturwidrigen Ultramontanismus'.

Immer noch verharrten viele Katholiken bei der Hoffnung,

---

8 Die katholische Bewegung IV (1871) 441.

9 Johannes Janssens Briefe, hrsg. von L. v. Pastor, I, Freiburg 1920, 413.

10 Das konfessionelle Moment im jüngsten Kriege, Historisch-politische Blätter 1871, I, 480

die eines ihrer Organe präzis aussprach: „Kaiser und Reich werden der revolutionären Wühlerei wie auf politischem, so auch auf kirchlichem Gebiete den Boden entziehen. Preußens Staatsmänner waren schon lange so vernünftig einzusehen, daß ohne Religion, ohne sittliche Prinzipien kein Staat bestehen, kein Volk regiert werden kann“ [11].

Daß Preußens und des Deutschen Reiches machtgebietender Staatsmann, Fürst Bismarck, bereit sein werde, diese Hoffnungen zu erfüllen, schien nicht ausgeschlossen. Noch im Jahre 1869 hatte der preußische Ministerpräsident gelegentlich des parlamentarischen Vorstoßes der Liberalen gegen die katholischen Klöster mit starken Worten die Untertanentreue der Katholiken gerühmt und vor deren Bedrückung dringend gewarnt [12]. Ruhmbedeckt aus Frankreich zurückkehrend, hatte nun der Staatsmann für seine innere Politik eine Entscheidung zu treffen, von der unermeßlich viel abhing.

„Alle Staaten,“ so schrieb im Sommer 1871 der Mainzer ‚Katholik‘ [13], „und vor allem das durch die Ereignisse der jüngsten Zeit in gewaltiger Macht erstandene Deutsche Reich, müssen sich entscheiden, ob sie sich noch fortan gründen wollen auf die Gesetze der ewigen Gerechtigkeit, die nur im persönlichen und heiligen Gott ihr Prinzip haben; ob sie festhalten wollen die christliche Gesittung, welche die öffentliche Anerkenung des Christentums und der Kirche als einer von menschlicher Willkür unabhängigen göttlichen Stiftung in sich schließt und voraussetzt; ob sie endlich heilig halten wollen das im Glauben an die göttliche Weltregierung wurzelnde geschichtliche Recht: oder aber, ob sie dem Drängen der Revolution und einer falschen Wissenschaft nachgeben, alles dies über Bord werfen und den durch die jeweiligen herrschenden politischen Gewalten und Parteien sich aussprechenden menschlichen Willen als das einzige und höchste Gesetz des öffentlichen Lebens proklamieren und dann ihre ganze immense

---

[11] Die katholische Bewegung IV (1871) 146.

[12] H. v. Poschinger, Die Ansprachen des Fürsten Bismarck 1848—1894, Stuttgart 1895, 13 f.

[13] Der Katholik 1871, II 451.

Macht dazu benutzen wollen, um diesen ‚modernen' Geist und diese ‚moderne' Lehre durch die Gesetzgebung und die Verwaltung, durch das Staatsunterrichtswesen und die ganze Organisation des gesellschaftlichen Lebens den Völkern einzuflößen und aufzunötigen; kurz, ob sie den Rationalismus und Naturalismus anstatt des Christentums zur Seele und zum Lebensprinzip des Staats- und Volkslebens machen, und endlich dadurch — kein erleuchteter Christ kann daran zweifeln, und Vernunft und Erfahrung machen es evident — für alle europäischen Staaten und auch für unser Vaterland jene entsetzliche Katastrophe rasch und unabwendbar herbeiführen wollen, von welcher der Pariser Mordbrand nur ein warnendes Vorzeichen gewesen ist." In ihrer Bezugnahme auf die damals alle Politiker sorgenvoll stimmende proletarisch-kommunistische Revolution der Hauptstadt Frankreichs wirkt heute, nach 52 Jahren, die Prognose des ‚Katholik' geradezu erschütternd.

Jedermann weiß, daß Fürst Bismarck seine Entscheidung nicht zugunsten des christlichen Staatsgedankens und des geschichtlichen Rechtes getroffen, sondern sich mit dem ihn umschmeichelnden und seinem persönlichen Machtbedürfnis sich zur Verfügung stellenden ‚nationalen Liberalismus' verbündet hat, mit der Vorfrucht des Sozialismus und Kommunismus. Durch die Einleitung einer einseitigen und maßlosen liberalen Parteiherrschaft, weniger auf dem rein politischen Gebiete, als dem der Wirtschafts- und ‚Kulturpolitik', war für die Geschicke Preußens und des neuen Reiches eine Entwicklung angebahnt, die folgerichtig vorangeschritten, aber auch heute noch nicht an ihrem Endstadium angekommen ist.

Eine staatserhaltende, die organische Fortentwicklung der verfassungsmäßigen Rechte aller Bevölkerungsklassen, insbesondere die wahre Freiheit der Kirche und der christlichen Erziehung sowie die Selbständigkeit der politischen Korporationen in Kreis, Provinz und Staat gewährleistende, von warmer sozialer Gesinnung getragene innere Politik zu führen, wäre dem Fürsten Bismarck um so eher möglich gewesen, als auf Grundlage eines derartigen Programmes im Preußischen

Abgeordnetenhause und im Deutschen Reichstage je eine zahlenmäßig ansehnliche, von hervorragenden Parlamentariern geleitete ‚Fraktion des Zentrums' entstanden war. Die katholischen Mitglieder dieser politischen Partei rechneten darauf, daß auch gläubige Protestanten die angeführten Hauptziele zu billigen und dem Zentrum beizutreten gewillt sein würden, und diese Hoffnung blieb nicht ganz unerfüllt. Da im Preußischen Abgeordnetenhause wie im Reichstag die konservativen Protestanten einstweilen noch keineswegs einflußlos waren und ihre etwas desorganisierte Partei als einer Neubelebung durchaus fähig angesehen werden mußte, hätten recht wohl, falls die Staatsregierung sich zu einer Politik weiser Mäßigung bekannte, durch ein Zusammengehen dieser Protestanten mit den Katholiken die von der Seite des glaubenslosen Liberalismus dem christlichen Staate drohenden Gefahren beschworen werden können. Freilich mußten dann die Konservativen ihrem politischen Protestantismus, ihrem hoch ausgebildeten System der Disparität und manchen anderen Ansprüchen des junkerlichen Egoismus entsagen [14].

Als dringende Notwendigkeit hatten die Katholiken die Gründung der Zentrumspartei im Jahre 1869 erkannt, nachdem liberalerseits im Anschluß an den ‚Moabiter Klostersturm' ein im flagranten Widerspruch zur preußischen Verfassungsurkunde stehender Schlag gegen die Orden der katholischen Kirche unternommen worden war. In letzter Stunde erst hatte die parlamentarische Linke die Ungeheuerlichkeit ihres taktischen Fehlers eingesehen: wie konnte man einen Kirchenstreit heraufbeschwören in der Stunde, wo die Einigung zwischen dem Norddeutschen Bund und dem überwiegend katholischen Süddeutschland unmittelbar bevorstand? [15] Aber durch den Vorgang waren dem katholischen Lager, das schon lange angesichts der von links stehenden Politikern verkündeten Forderungen der Ent-

---

[14] Über den politischen Protestantismus der Zeit, s. J. B. Kißling, Der deutsche Protestantismus 1817—1917, I, Münster 1917, 342 ff.

[15] Aus E. Laskers Nachlaß, herausgegeben von W. Cahn I, Berlin 1902, 17.

christlichung des Schulwesens sowohl wie der Ehe und der Revision der preußischen kirchenpolitischen Verfassungsartikel von 1850 im Sinne striktester Durchführung der Staatskirchenhoheit in Besorgnis lebte, über die nun unmittelbar drohende Gefahr volle Klarheit geworden.

In Bayern hatten sich die ernsten Katholiken der Abgeordnetenkammer im Hinblick auf den bei Beratung der Volksschulgesetzvorlage von 1868 zutage getretenen schulpolitischen Radikalismus der Linken zu einer Partei der ‚Patrioten' zusammengeschlossen, im Großherzogtum Baden und in Hessen-Darmstadt war je eine ‚Katholische Volkspartei' entstanden, in allen katholischen Gegenden war der Ruf nach politischer Organisation zur Abwehr der liberalen Gefahr machtvoll erschollen. Nur zu legitimsten Zwecken der Selbsthilfe hatten die Katholiken diese neuen Fraktionen gebildet, gleichwohl rief der Liberalismus in der sonderbaren Annahme, daß allein seine Partei sich von selbst verstehen solle, mit heftigsten Worten Zeter. Zur Bekämpfung der Zentrumspartei mußte ein urkräftiges Schlagwort gesucht werden. Man knüpfte an die seit der Reichsgründung so hoch gehende nationale Begeisterung an und erfand die verlogene Parole von der ‚Reichsfeindlichkeit' des Zentrums. Dieses sollte damit in den Augen aller Patrioten moralisch geächtet, den Konservativen ein Zusammengehen mit ihm durchaus unmöglich gemacht werden. Einer der liberalen Führer (Lasker) hat über die Psychologie dieser macchiavellistischen Taktik ein umfassendes Geständnis abgelegt, freilich ohne eine Spur von Reue zu zeigen. Bei manchem Liberalen heiligte eben der Zweck das Mittel.

In Fragen der äußeren Politik bestand eine tiefgehende Differenz zwischen Zentrum und Liberalen bezüglich des Verhältnisses Deutschlands zu dem der Revolution entstammten Königreich Italien. Daß die italienische Einheit durch die verwerflichsten Mittel zustande gekommen war, bekümmerte die dem neuen Königreich äußerst gewogenen liberalen Politiker Deutschlands nicht im geringsten, ihnen galt der Freibeuter Garibaldi als derselbe aller Ehren werte Held wie den Italianis-

simi der apenninischen Halbinsel. Schon aus Gründen ihres Gegensatzes wider alles revolutionäre Wesen, Gründen der Legitimität und des geschichtlichen Rechtes mußten die Katholiken ihr Verhältnis zu Italien ganz anders bestimmen wie ihre Parteigegner, dazu kam ein spezifisch kirchlicher Grund. Die italienische Raubgier, der 1860 bereits der größte Teil des Kirchenstaates zum Opfer gefallen war, hatte den Deutsch-Französischen Krieg — nicht ohne Vorwissen, Gutheißung und Unterstützung Bismarcks — dazu benützt, um nun auch den letzten Rest des päpstlichen Staates und die Ewige Stadt selber zu okkupieren. Dem schwer geprüften Heiligen Vater blieb nichts übrig, als zu protestieren gegen die von König Viktor Emanuel begangenen Verstöße wider das Völkerrecht und die Heiligkeit der Verträge, Einspruch zu erheben wider die sakrilegische Beraubung, die dem Vikar Christi die Möglichkeit nahm, in wahrer souveräner Freiheit die Kirche zu regieren und deren Rechte wahrzunehmen. Die europäischen Kabinette verhielten sich schweigend. Ungehört von den Mächten verhallte auch der Protest, den Pius IX. gegen das italienische Garantiegesetz erhob, welches Gesetz den widerspruchsvollen Versuch machte, des Papstes völkerrechtliche souveräne Stellung nicht anzuerkennen, sondern ihm eine solche erst zu verleihen und zwar durch eine Willensäußerung der italienischen gesetzgebenden Faktoren. Wie in aller Welt konnte diese inländische italienische Gesetzgebung nichtitalienische ausländische Souveränitätsrechte verleihen? [16]

Die am Besitz und an der Freiheit des Oberhauptes der Kirche begangene Gewalttat weckte im katholischen Deutschland größte Entrüstung und Trauer; allerorts bekundete sich die Überzeugung, daß der Frevel nicht allein gegen den Vater der Christenheit, sondern wider die gesamte Kirche gerichtet sei. Zu einer eindrucksvollen Kundgebung rief das Zentralkomitee der Katholikentage im Oktober 1870 auf, nämlich zu einer Wallfahrt nach Fulda, an das Grab des Apostels der Deutschen. „Der

---

[16] Ausführliches s. bei H. Bastgen, Die römische Frage II, Freiburg 1918, 697 ff.

Anregung", so berichtete der Sekretär des Komitees, A. Niedermayer[17], „ward eine segensreiche Folge gegeben. über hundert Priester brachten am 12. Oktober das heilige Opfer für den Hl. Vater dar, mehr als 1700 Fremde und Einheimische empfingen gemeinschaftlich die hl. Kommunion, Tausende von Andächtigen füllten die Domkirche in Fulda. Der Bittgang, die Wallfahrt wurde zum Fest, zu einer gewaltigen Demonstration, die auch in Italien ihren Eindruck nicht verfehlte. Eine Protesterklärung wurde in der der kirchlichen Feier folgenden Katholikenversammlung abgegeben, eine Adresse an den Hl. Vater gerichtet, die Ausarbeitung einer Denkschrift über die Römische Frage veranlaßt, die Michaelsbruderschaft wurde aufgefordert, ihre Tätigkeit zu erweitern; mit der Sorge für die heimgekehrten päpstlichen Soldaten wurden bestimmte Herren beauftragt."

In allen Bistümern, am Rhein und an der Donau, in Westfalen und Schlesien, kam es zu gleichartigen Bittgängen und Protestversammlungen, unermeßliche Teilnahme für den Gefangenen im Vatikan wurde von Millionen deutscher Katholiken bekundet, nicht zuletzt zur Beschämung der grollend abseits stehenden sich ‚altkatholisch' nennenden papstfeindlichen Parteimänner. Graf Kajus von Stolberg-Stolberg geleitete im Februar 1871 eine Deputation des Zentralkomitees nach Rom, die dem Papste einen Peterspfennig von 340 000 Lire überbrachte. Der 16. Juni 1871, an dem ein Vierteljahrhundert verflossen war, seit Pius IX. den Stuhl Petri bestiegen hatte, gab neuen und festlichen Anlaß, dem Jubelpapste die unbegrenzte Verehrung und Treue der Katholiken Deutschlands zu bezeugen; für eine großartige Spende deutscherseits an Kirchengeräten und Paramenten zur Verteilung an arme Gotteshäuser in Missionsländern war der Jubilar besonders dankbar.

Die Hoffnung, daß Preußen und das neue Deutsche Reich die durch den jüngsten Krieg erworbene überragende Machtstellung dazu benützen würden, um auf diplomatischem Wege für eine völkerrechtliche Sicherstellung der Unabhängigkeit des

---

[17] Verhandlungen 1871 (Mainz) 51.

Papstes einzutreten, belebte viele katholische Herzen. Hatte doch König Wilhelm I. mit feierlichsten Worten in der Thronrede vom 15. November 1867 erklärt, das Bestreben seiner Regierung werde dahin gerichtet sein, dem Anspruch der katholischen Untertanen Preußens auf ihres Königs Fürsorge für die Würde und Unabhängigkeit des Oberhauptes ihrer Kirche gerecht zu werden! Ähnlich lautende Erklärungen hatte der Monarch wiederholt Deputationen der Katholiken gegenüber abgegeben, und noch im Februar 1871 war aus dem Munde des neuen Kaisers in Versailles einer die Interessen des Papstes und der deutschen Katholiken vertretenden Abordnung der rheinisch-westfälischen Maltesergenossenschaft der Bescheid erteilt worden: „Seine Gesinnungen für den Papst als das kirchliche Oberhaupt seiner katholischen Untertanen seien noch stets dieselben; er sehe in der Okkupation Roms einen Gewaltakt sowie eine Anmaßung von seiten Italiens, und er werde nach Beendigung des Krieges in Gemeinschaft mit den andern Fürsten Schritte dagegen in Betracht ziehen" [17a]. Auch der leitende Staatsmann, Fürst Bismarck, hatte sich, freilich weniger bestimmt, in Versailles für eine demnächstige diplomatische Verwendung zugunsten des Heiligen Vaters ausgesprochen [18].

Nach alledem mußte es die deutschen Katholiken peinlich überraschen, daß die Thronrede, mit der Kaiser Wilhelm I. den ersten Deutschen Reichstag eröffnete, keinerlei Bezug auf eine diplomatische Intervention zugunsten des Papstes nahm, eine solche vielmehr abzulehnen schien. Daß die eine Ablehnung andeutenden Wendungen als völliger Frontwechsel Preußens und des Reiches in der Römischen Frage verstanden sein wollten, zeigte die von der liberalen Reichstagsmehrheit offenbar nach Rücksprache mit Bismarck entworfene Antwortadresse vom 30. März 1871, die mit deutlicher Beziehung auf Italien jede „Einmischung in das innere Leben anderer Völker" vom Programm der deutschen Politik ausschließen wollte. Schon in der

---

[17a] Bastgen, Die Römische Frage II 602, 610 f., 838 f.

[18] Vgl. J. B. Kißling, Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche I, Freiburg 1911, 354 f.

allerersten Beratung des Reichstages machten sich der einseitig antikatholisch-liberale Parteieifer und die soeben zum Abschluß gekommene Neuorientierung der Bismarckschen Politik nach der nationalliberalen Seite in einer die Katholiken und die ihnen gegebenen Zusagen schroff verletzenden Weise geltend: die Adresse war das ausgesprochenste Parteiwerk [19]. Von allem, was die Deutschen in diesem feierlichen Moment irgendwie trennen und spalten könne, hielt sich der in edelster Sprache verfaßte Adresseentwurf des Zentrums vollständig frei, aber dieser Entwurf blieb in der Minderheit, nachdem während der Debatten das nationalliberal-fortschrittliche Lager genötigt worden war, Farbe zu bekennen und auszusprechen, daß es gerade mit Rücksicht auf den Papst den Grundsatz der Nichtintervention vertrete; starke kulturkämpferische Schlagwörter wurden schon in diesen Verhandlungen gehört. Bei Entgegennahme der liberalen Mehrheitsadresse äußerte Kaiser Wilhelm I. seine Freude darüber, daß die Worte der Thronrede „durchaus richtig ergriffen worden sind."

Die Katholiken des Deutschen Reiches brauchten sich nach dem Geschehenen nicht zu wundern, daß auch ihr Antrag, die freiheitlichen Kirchenparagraphen der preußischen Verfassung in etwaige deutsche Grundrechte aufzunehmen, welche Maßnahme dem Reiche einen wahrhaften inneren Frieden gesichert haben würde, von der liberalen Mehrheit einfachhin niedergestimmt wurde, und daß die Reichsregierung bald sich dem dringendsten Verdacht aussetzte, Händel mit dem Papste zu suchen, indem sie den Kardinal Gustav v. Hohenlohe, gegen den Liberalismus und Altkatholizismus besondere und sehr auffallende Zärtlichkeit offenbarten, ohne vorhergehende Anfrage beim Vatikan zum Botschafter des Deutschen Reiches ernannte in der sicheren Voraussicht, daß der Papst diese Ernennung nicht billigen werde. In Preußen wurde am 8. Juli 1871 eine den Katholiken wertvolle Institution beseitigt, die ‚Katholische Abteilung' im Kultusministerium, deren Räte den Beruf hatten, den regel-

[19] Bastgen, Die Römische Frage II 766 ff.

mäßig protestantischen Minister vor konfessioneller Einseitigkeit in Behandlung katholischer Angelegenheiten zu bewahren durch Erteilung sachgemäßer, ebenso dem Interesse des Staats wie dem der katholischen Bevölkerung gerecht werdender Aufschlüsse; in Verwendung der Ratschläge seitens der Katholischen Abteilung war der Minister völlig unabhängig gewesen, da die Abteilung eben nur als beratende Stelle fungierte. Daß ein der katholischen Kirche feindseliger Geist in das preußische Kultusministerium eingezogen war, zeigte auch schwachsichtigen Augen deutlichst der ‚Ermländer Konflikt'. Bischof Dr. Krementz von Ermland hatte zwei Religionslehrern seiner Diözese die kanonische Sendung entziehen müssen, weil sie das Unfehlbarkeitsdogma leugneten; die Regierung aber machte den Versuch, diese Lehrer in ihrem Amte zu schützen und die Schüler zum Besuch eines Religionsunterrichtes zu nötigen, der ihrem Glauben und Gewissen widersprach. Äußerst besorgniserregend war nach alledem die kirchliche und kirchenpolitische Lage, als im Herbst 1871 die katholischen Vereine Deutschlands zu ihrer Generalversammlung zusammentraten.

Das Programm, das im Hinblick auf diese Situation der Katholikentag sich zu stellen habe, wurde im Sommer 1871 von einem führenden Organ, dem Mainzer ‚Katholik'[20] zunächst negativ dahin bestimmt, daß nachdrücklicher denn je die Politik von allen Beratungen der Generalversammlung ferngehalten werden müsse: „Je mehr die religiöse Scheidung mit politischen Gegensätzen zusammenzufallen droht, je mehr die Feindseligkeit gegen die Kirche ein Moment der politischen Berechnung zu werden scheint, je mehr anderseits die Katholiken selbst die Verteidigung ihrer kirchlichen Freiheit durch Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte durchzuführen suchen, um so mehr müssen die katholischen Vereine und muß die Generalversammlung sich in den ihr ursprünglich vorgezeichneten Grenzen zu halten suchen." Die katholischen Vereine dürften nicht politisiert werden, ihre Generalversammlung müsse „vor jeder un-

[20] Der Katholik 1871, II 202 ff.

mittelbaren Teilnahme an politischen Fragen bewahrt bleiben". Die Zwecksetzung des Katholikentages bleibe die gleiche wie seit 23 Jahren, nämlich „die Abwehr aller Eingriffe in die Freiheit des religiösen Lebens und die Weckung aller Kräfte, in welchen dasselbe wurzelt". Wahrscheinlich gehe die Sache der Kirchenfreiheit schwersten und langwierigen Kämpfen entgegen, gleich brennend werde die Frage des höhern und niedern Unterrichtes und die soziale Frage werden; für die Rechte des im Vatikan gefangenen Heiligen Vaters einzutreten, dürften die deutschen Katholiken nicht müde werden.

Dieses Programm nun sollte der altverdienten Mainzer Zeitschrift zufolge keine anderen als rein religiöse Mittel zur Erreichung der genannten Zwecke vorsehen. Es erscheint als sehr bemerkenswert, wie streng der ‚Katholik' auch in seinem Rückblick auf den Katholikentag des Jahres 1871 (Mainz) auf der Sonderung des Politischen vom Religiösen besteht. Seine völlig den Geist der Mainzer Verhandlungen widerspiegelnden Ausführungen verdienen als wichtiges Geschichtszeugnis unverkürzt mitgeteilt zu werden zur vorläufigen Beleuchtung neuester Tendenzmären, denen zufolge seit dem Jahre 1871 der Katholikentag sich völlig in den Dienst der politischen Zentrumspartei gestellt habe. Die katholischen Generalversammlungen, so heißt es in dem wohl sicher von Dr. J. B. Heinrich stammenden Aufsatze [21], „repräsentieren keine politische Partei, noch gehören sie einer solchen an, noch sind sie berufen, noch werden sie es sich zur Aufgabe machen, eine politische Partei zu konstituieren. Gewiß sind die Männer der katholischen Generalversammlungen weit entfernt von einem ebenso unvernünftigen und unmännlichen als unchristlichen und unkatholischen politischen Indifferentismus und Quietismus. Sie sind nicht der Meinung, daß es für den Katholiken gleichgültig sei, welcher politischen Partei er angehöre. Sie sind davon durchdrungen, daß es ein Recht und eine Pflicht des Katholiken ist, die Rechte der Kirche und ihrer Angehörigen auch auf dem politischen Gebiete durch übung ihrer

[21] Der Katholik 1871, II 459 f.

staatsbürgerlichen Befugnisse zu vertreten. Sie bezweifeln nicht, daß die Katholiken berechtigt sind, überall, wo sie es für geeignet halten, sich auch politisch wie alle andern Parteien, zum Zweck der übung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu organisieren. Allein so wie für den einzelnen Katholiken sein politisches Leben, obwohl er auch in ihm von den Grundsätzen des Christentums sich leiten läßt, ein anderes ist als sein religiös-kirchliches Leben, so sind auch katholische Generalversammlungen etwas anderes und etwas Höheres und Umfassenderes als politische Versammlungen und politische Vereine jeglicher Art. Sie haben nicht die politischen, sondern die religiösen und kirchlichen Rechte und Interessen der Katholiken zu ihrem Zwecke und Gegenstande." So sei es von Anfang an auf den Katholikentagen gehalten worden, „und daß auch politisch aufgeregte Zeiten diesen Charakter und den daraus entspringenden sicheren katholischen Takt der katholischen Generalversammlungen nicht beeinflussen können, hat sich wiederum auf der diesjährigen Generalversammlung klar gezeigt."

Für wichtig hielt es der ‚Katholik', aufs neue die Autorität zu umschreiben, die den Verhandlungen und Beschlüssen der Generalversammlungen zukomme. Er führte aus: „Die katholischen Generalversammlungen sind nichts anderes als Zusammenkünfte gläubiger Katholiken. Sie nehmen keinerlei öffentliche Gewalt oder öffentliche Stellung für sich in Anspruch, weder in der Kirche, noch im Staate." Die Bedeutung der Katholikentage sei dahin zu charakterisieren, daß sie „in einer sehr zuverlässigen Weise die Gesinnung und überzeugung, die Willensmeinung und die Gefühle der ihrer Kirche treu ergebenen, aufrichtig gläubigen Katholiken manifestieren". „So wie die Generalversammlungen sprechen, so denkt und fühlt das katholische Volk und der katholische Klerus. Daher haben diejenigen, welche die wahre katholische öffentliche Meinung kennenlernen wollen, Grund, den katholischen Generalversammlungen Achtung zu schenken." Papst und Episkopat hätten immer wieder die Bestrebungen des Katholikentages gebilligt, dieser habe sei 23 Jahren viele Tausende von Besuchern aus allen Volkskreisen

angezogen und sich um so mehr das Recht erworben, als Repräsentant echt kirchlicher Bestrebungen aufzutreten, als sich seine Verhandlungen durchweg im Geiste der Einheit und Eintracht vollzogen hätten. Nicht als Vertreter von Sondermeinungen oder Parteien handelten die Besucher des Katholikentages, auch nicht als Beauftragte von Mehrheiten oder Minderheiten, denen sie verantwortlich zu sein hätten: „was sie auf die Versammlungen führt, ist ihr katholischer Glaube, ist ihr katholisches Herz, und dieses haben sie gemeinsam mit den Hunderten und Tausenden, aus deren Mitte sie kommen".

Mit Rücksicht auf die dargelegte, den Äußerungen der katholischen Generalversammlung zukommende bedeutende Autorität darf es als ebenso berechtigtes wie reiche Aufschlüsse versprechendes Streben angesehen werden, wenn im folgenden zunächst versucht wird, die gewaltig großen für das erste anderthalb Jahrzehnt des neuen Deutschen Reiches charakteristischen kirchenpolitischen Kämpfe und daneben den in Italien spielenden unmittelbar gegen den Hl. Stuhl gerichteten ‚Kulturkampf' in dem Lichte zu schildern, in welchem sie dieser in hohem Maß urteilsberechtigten Organisation erschienen sind. Reiche und dankenswerteste Beleuchtung werden zumal die diesen Kämpfen zugrunde liegenden großen Prinzipienfragen erhalten.

Zwanzigstes Kapitel.

Der Kulturkampf bis zu seinem Höhepunkt im Licht der deutschen Katholikentage.

Ein Aufruf der Katholiken von Mainz lud zum 10. September 1871 die katholischen Vereine Deutschlands zur 21. Gesamttagung in die schöne Stadt am Rhein. Die Einladung knüpfte an die Katholikentage von 1848 und 1851 an, die in der Stadt des hl. Bonifatius zusammengetreten waren, und wies dann auf die Ereignisse hin, die seitdem sich vollzogen hatten. Inmitten all dieser Wandlungen seien gleich den Katholiken Deutschlands auch die von Mainz treu geblieben dem hingebenden Eifer für die Verteidigung der Kirche und die Förde-

rung des religiösen Lebens. Laut und feierlich die unwandelbare Treue und Hingebung an die heilige Sache der katholischen Kirche zu bekunden, sei von hoher Notwendigkeit in einer Zeit, wo Gefahren von außen wie von innen den Frieden der Kirche bedrohten. Darum sei eine besonders große Beteiligung aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes der bevorstehenden Versammlung zu wünschen.

Die üblichen eigenen Einladungsschreiben ergingen an den hochwürdigsten Episkopat. Ferner wurden persönlich die katholischen Mitglieder des Reichstagszentrums eingeladen; die Männer, so hieß es, die sich auf der 21. Generalversammlung zum Zweck der Wahrung und Förderung religiöser Interessen versammeln, legten großen Wert darauf, „daß die hochverehrten Herren, welche das katholische Deutschland im politischen Leben vertreten“, durch ihr Erscheinen in Mainz dazu hälfen, der Einheit der Gesinnung, welche die Katholiken Deutschlands in allen Fragen leite, lebendigen Ausdruck zu verleihen. Aber den allverehrten parlamentarischen Vorkämpfer Hermann v. Mallinckrodt sollte der Katholikentag weder diesmal noch später in seiner Mitte begrüßen können, und viele Jahre vergingen, bis Ludwig Windthorst zum ersten Male bei ihm erscheinen konnte: die Kämpfe im Landtag und Reichstag nahmen die Zeit und Kraft des politischen Führers vollauf in Anspruch.

Als Vorsitzender des Lokalkomitees hatte Seminarregens Dr. Christoph Moufang im großen Saale des ‚Frankfurter Hofes‘ eine ungewöhnlich glänzende Korona von Gästen zu begrüßen. Er sprach über den Ewigkeitswert der christlichen Ideen und stellte diesen die ‚modernen‘ Ideen gegenüber. Der Katholik sei kein Rückschrittler, er akzeptiere freudigen Herzens alles, was die neue Zeit an wirklichen Errungenschaften aufweise; mit der gleichen Entschiedenheit aber verurteile und bekämpfe er „das gottlose System moderner Ideen, die das Göttliche und Übernatürliche leugnen und alle Verhältnisse entchristlichen, den Menschen alles Trostes, die Familie ihrer Weihe und Wohlfahrt, den Staat seiner Würde und Festigkeit berauben“.

Maler Friedrich Baudri aus Köln, der 1848 geholfen hatte,

die Katholikentage ins Leben zu rufen, wurde von der Versammlung ersucht, ihr zu präsidieren. Der Hauptgrund, der so viele und so ausgezeichnete Gäste nach Mainz geführt hatte, war am Begrüßungsabend von Baudri mit den Worten angegeben worden, in Mainz befinde sich ein Kreis von Männern, „die das echte katholische Deutschland repräsentieren". Das war kein bloßes Kompliment: in Bischof von Ketteler und den ihn umgebenden bedeutenden Männern verehrten die deutschen Katholiken bewährteste Führer, befähigt, die Zeichen der Zeit zu künden, ebenso große Ziele zu zeigen wie die Wege, die zu diesen führen konnten. So war es denn auch ein allgemein erwartetes Ereignis, als in der ersten öffentlichen Versammlung der Mainzer Oberhirte in der ihm eigenen knappen und klaren Sprache darlegte, was die Stunde fordere. Die Katholiken dürften sich nicht einwiegen wollen in der gewiß trostvollen Überzeugung, durch die Kirche in allen Grundwahrheiten, in den großen Prinzipien, vor allem Irrtum sichergestellt zu sein, ihr fortwährendes angestrengtes Streben müsse sein, auf die jeweils vorliegenden tatsächlichen Verhältnisse die theoretischen Grundsätze richtig und praktisch anzuwenden.

Der hohe Redner ging speziell auf den Liberalismus ein, der in seinem rechten Sinn ein echt humanes und echt christliches Ideal bezeichne, und so sich vollständigst von dem unterscheide, was die moderne Welt als liberale Gesinnung anpreise. Dieser Pseudoliberalismus mit seinem Anspruch, ein abgeschlossenes, sich von selbst verstehendes System zu sein, das sein Recht sich durchzusetzen nicht zu beweisen brauche, sei Vergötterung des Staates, rücksichtslose Bekämpfung und Unterdrückung jeder angeblich nicht liberalen, zumal der christlichen Weltanschauung; die Freiheit, die viele dem Mammonsdienst verfallene Liberalen forderten, solle vor allem rücksichtslosestem Geldverdienen zugute kommen, auf keinen Fall aber der Kirche. Dafür aber, daß die Bäume des Liberalismus nicht in den Himmel wüchsen, werde der sich gleichfalls auf die ‚liberalen' Ideen berufende und diese konsequent zu Ende denkende Sozialismus sorgen. Erkenne der Liberalismus keinen andern Gott

an als den Staat, verteidige er aber die Heiligkeit und Unantastbarkeit des Eigentums — abgesehen vom Besitz der Kirche — so schließe der Sozialismus folgerichtig vom Atheismus aus auf die Verwerflichkeit alles Privateigentums; verlange der Vater Liberalismus unter Ablehnung der religiösen Lehren über die Jenseitsbestimmung des Menschen uneingeschränkten materiellen Genuß für die Besitzenden, so fordere der Sohn Sozialismus den vollen Anteil an den Erdengütern für alle; Gleichheit sei das große Schlagwort der Liberalen, Aufhebung der Ungleichheit zwischen den wenigen Besitzenden und der Masse der Besitzlosen die Parole der Sozialisten. Wäre wirklich die Weltanschauung des Liberalismus richtig, so würden nicht dessen Anhänger die Konsequenten sein, sondern allein die Sozialisten. Aber weder den einen noch den andern werde die Zukunft gehören, sondern allein dem Christentum. Das doppelgestaltige moderne Heidentum zu bekämpfen, gegen dieses die christliche Familie, die christliche Kultur, das deutsche Vaterland zu verteidigen, das sei die erhabene, den Katholiken gestellte Aufgabe [1].

Nicht minder einem Zeitbedürfnisse angepaßt war die Widerlegung der von den Protestkatholiken so eifrig in Umlauf gebrachten Tendenzlüge betreffs der ‚Staatsgefährlichkeit' des Unfehlbarkeitsdogmas, die der gelehrte Kanonist G. Phillips als Kenner des Kirchen- wie des Staatsrechtes erfolgreich unternahm. Einen Überblick über die Gesamtlage in Kirche, Staat und Gesellschaft zu geben, war eine Rede des Pfarrers J. Ibach aus Vilmar wohlgeeignet.

Dann wandten sich die Verhandlungen den Spezialfragen der Fürsorge für kirchliches Leben, christlichen Unterricht, Presse und Wissenschaft, soziale Wohlfahrt zu, entsprechend den eingereichten Anträgen; in den öffentlichen Versammlungen wurden zu all diesen Einzelheiten eindrucksvolle, die Prinzipien darlegende Vorträge geboten. Aus den Herzen aller sprach Domkapitular Dr. Molitor aus Speyer, als er die Römische

[1] Verhandlungen 1871 (Mainz) 72 ff.

Frage als eine eigentliche Weltfrage von allgemeinstem Interesse beleuchtete. Gewiß, der Kirchenstaat sei nicht die Kirche, der Länderbesitz des Papstes gehöre nicht zur Wesenheit der kirchlichen Konstitution, aber zu der Integrität der Kirche gehöre er. Hätten doch die erklärten Feinde der Kirche immer wieder die Hoffnung ausgesprochen, mit dem Kirchenstaate werde auch der Stuhl Petri fallen und mit diesem das Christentum. „Von der Restauration der weltlichen Herrschaft des Papstes“, so schloß der Redner, „hängt die Zukunft aller gewordenen Autorität und alles erworbenen Eigentums ab, von der Freiheit des Papstes hängt die höchste unserer Freiheiten, die Freiheit unserer Gewissen ab, an die man schon getastet hat. Und wenn die Welt den Frieden will, nach dem sie seufzt und schreit, sie findet diesen Frieden nur, wenn sie Frieden gemacht hat mit dem Papste.“

Eine gewichtige Resolution des Mainzer Katholikentages erklärte die gewaltsame Besitzergreifung Roms durch die Truppen des Königs Viktor Emanuel als „einen Raub am Papste, an der katholischen Kirche und an jedem einzelnen Katholiken, der in keiner Weise zu rechtfertigen ist, dem keine völkerrechtliche Anerkennung gebührt und der nie und nimmer zu einem rechtsgültigen Besitztitel werden kann“. Unannehmbar sei das Garantiegesetz, weil Italien keine Kompetenz zu dessen Erlaß besessen habe, weil dieses Gesetz dem Papste die freie Ausübung seiner oberhirtlichen Gewalt keineswegs sichere, und die Ausführung seiner Bestimmungen bei der vielfach bewiesenen Treulosigkeit des Turiner Kabinetts nicht zu erwarten sei. Die Verlegung der Hauptstadt Italiens nach Rom und die Besitznahme des Quirinals wurden als Akte einer revolutionären Politik bezeichnet, die eine Schmach des Jahrhunderts bedeute. Wenn alle Petitionen und Proteste der Katholiken von keiner einzigen europäischen Regierung einer Berücksichtigung gewürdigt worden seien, kein Kabinett auch nur eine diplomatische Vorstellung zugunsten des Oberhauptes der Kirche gemacht habe, so sei das eine Ungerechtigkeit gegen die respektiven katholischen Untertanen, eine Zerstörung des Völkerrechtes, eine

Sanktion der politischen Gewalttat, eine Förderung der Revolution. Mit markigen Worten schloß die Resolution: „Die Katholiken Deutschlands werden niemals aufhören, die Wiederherstellung der Rechte ihres kirchlichen Oberhauptes zu fordern. Unverbrüchlich festhaltend an der Treue gegen ihre legitime Obrigkeit und von wahrer Liebe zum Vaterland geleitet, werden die Katholiken vielmehr es als ihre Pflicht erkennen, mit allen ihnen gesetzlich zustehenden Mitteln einer Politik zu widerstehen, welche die Forderungen des Rechtes verletzt und in letzter Linie jede staatliche Ordnung gefährdet. Mag immerhin für den Augenblick der Liberalismus, welcher der Gewalt schmeichelt, um die Anarchie vorzubereiten, die Haltung der Katholiken verdächtigen, die Zeit wird nicht ausbleiben, in welcher alle Regierungen erkennen müssen, daß die wahren Grundlagen der Ordnung und des öffentlichen Wohles nicht in den Phrasen der Parteien, sondern in der Festigkeit des christlichen Glaubens ruhen. Mögen darum die Katholiken fortfahren, durch energische und beharrliche Opposition gegen Rechtsverletzung und Willkür die Zukunft des Vaterlandes und die Ehre ihrer legitimen Fürsten zu wahren“ [2].

Weitere Entschließungen sprachen den freudigen Glauben der Katholiken Deutschlands an das ‚Dogma des unfehlbaren Lehramtes des Papstes in Sachen des Glaubens und der Sitten‘ aus, beklagten ‚die schweren Verirrungen, welche eine Anzahl deutscher Gelehrten zum Ungehorsam gegen die Autorität der Kirche geführt haben‘, und verurteilten das Verfahren einzelner Regierungen, welche der Verkündigung einer katholischen Glaubenswahrheit durch das ‚Plazet‘ entgegenzutreten und die Auflehnung wider die Kirche durch ihren Schutz zu begünstigen versucht hatten.

Bei dem 400 Teilnehmer zählenden Festmahl im ‚Frankfurter Hof‘ brachte der Präsident Friedrich Baudri das Hoch auf Pius IX. aus, den Papst, der als erster ‚die Jahre Petri gesehen‘, 25 Jahre lang den Hl. Stuhl innegehabt hatte. Dann folgte der

---

[2] Verhandlungen 1871 (Mainz) 273 ff.

Trinkspruch auf den Deutschen Kaiser, Bischof v. Ketteler hatte ihn übernommen. Treue Untertanen, so führte er aus, seien die Katholiken wegen Gott und Gottes Gebot, gerade deswegen aber ständen sie niemandem an Vaterlandsliebe nach. Könnten sie auch nicht alle Mittel und Wege billigen, die zur Gründung des Deutschen Reiches geführt hätten, Reichsfeinde seien sie um deswillen nicht im geringsten. Auf den Kaiser, der bei Übernahme seiner neuen Würde verheißen habe, daß er in deutscher Treue die Rechte seines Reiches und seiner Glieder schützen werde, dürften Deutschlands Katholiken mit Vertrauen blicken. „Möge Gott dem Kaiser beistehen, daß er, wie er Frankreich besiegt hat, als es uns bedrohte, auch im Innern Deutschlands jene französischen Prinzipien und Grundsätze der Gottlosigkeit überwinde, welche Frankreich zugrunde gerichtet haben, und welche auch in Deutschland, ins deutsche Volk und ins deutsche Heer jene Partei einbürgern will, die das Deutsche Reich zum Kampfe gegen die Kirche verleiten möchte.“ Auch des Großherzogs von Hessen, der gerecht sei gegen die Katholiken seines Landes, was zurzeit hohen Mut erfordere, gedachte der Bischof.

An das Gerechtigkeitsgefühl der großherzoglich-hessischen Regierung zu appellieren, hatte der Oberhirt bald einen dringenden Anlaß, aber seine Appellation verlief ergebnislos. Im Frühsommer 1872 fanden im Reichstag die Verhandlungen zur Vorbereitung eines gehässigen Ausnahmegesetzes statt, das den um die neuerliche katholische Restauration in Deutschland so verdienten Orden der Gesellschaft Jesu samt den angeblichen ‚affiliierten Orden‘ aus dem Reiche verbannte. Die Gewaltmaßregel wurde beschlossen, ohne daß den deutschen Ordensleuten eine gesetzwidrige Handlung auch nur zur Last gelegt, ohne daß die ebenso vage wie verleumderische Nachrede ihrer ‚Staatsgefährlichkeit‘ einer richterlichen Untersuchung unterzogen worden wäre; die liberale Mehrheit, die bereits im Herbst 1871 im ‚Kanzelparagraphen‘ ein Ausnahmegesetz — gegen den gesamten katholischen Klerus — angenommen hatte, wich wiederum vom Grundsatz der Rechtsgleichheit aller ab; es sollte ja die geplante Gewalttat sich ‚nur‘ gegen die Katholiken richten.

Wenigstens Milderungen bei der Ausführung dieses Reichsgesetzes in Hessen hatte der Bischof von der Darmstädter Regierung zu erwirken gesucht, aber nicht das Geringste erreicht. Die Empörung der Mainzer Katholiken sprach sich in einer Adresse an den Oberhirten aus, zu großen Protestkundgebungen kam es bald in vielen Städten Deutschlands [3]. Bereits gelegentlich der Jesuitendebatten des Reichstags waren bei diesem seitens katholischer Gemeinden und Verbände nicht weniger als 1725 Adressen eingelaufen, in welchen der Jesuitenorden einmütig gegen die Verleumdungen der liberalen Agitation verteidigt, sein vorbildliches, der Kirche wie dem Staatswohl gleich heilsames Wirken mit Worten dankbarster Gesinnung anerkannt wurde. Aber gegen die Stimme des katholischen Volkes blieb die liberale und protestantische Mehrheit taub, der politische Protestantismus benützte seine augenblickliche Machtstellung dazu, um durch unerhörte Gewaltmittel der katholischen Kirche, deren unverkennbarer Aufschwung seit langen Jahren das Leitmotiv zu liberal-parteipolitischen und protestantisch-konfessionellen Klageliedern hatte stellen müssen, wertvollste Hilfskräfte zu entziehen, welche Taktik in unbewachter Stunde der Nationalliberale Dr. Löwe-Calbe am 17. Juni 1872 im Reichstag seinen Freunden zum Entsetzen ausgeplaudert hat [4]. Nur ein einziger Nationalliberaler, Eduard Lasker, war während der Jesuitendebatten für die Grundsätze eines wahren Liberalismus eingetreten, der es verbiete, im Kampf der Geister Mittel der Gewalt und der Unterdrückung zu gebrauchen, Staatsbürger zu verfolgen ohne Untersuchung und Rechtskontrolle [5]. Die meisten Mitglieder der Linken hatte parteipolitisches und konfessionelles Vorurteil gegen einen katholischen Orden die Forderungen von Recht und Gerechtigkeit vergessen lassen. Und das ist im Lauf der Jahre und Jahrzehnte nicht besser geworden. Noch jüngst mußte man es erleben, daß ein

[3] Vgl. O. Pfülf, Bischof von Ketteler III, Mainz 1899, 169 ff.

[4] Näheres s. bei J. B. Kißling, Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche II, Freiburg 1913, 19.

[5] Daselbst II 29 f.

Schriftsteller des dem politischen Liberalismus so nahestehenden ‚Evangelischen Bundes' in einer zweibändigen Monographie über die deutschen Katholikentage ein oberstes liberales Prinzip, die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, verleugnete und forderte, daß der Staat einen Unterschied mache zwischen katholischen Ordensleuten und protestantischen Diakonissen. Wofür der Gelehrte des ‚Evangelischen Bundes' eintritt, das ist nichts anderes als ‚die Berechtigung des Staates, einen Unterschied zu machen in seiner Haltung gegenüber losen Vereinigungen, die auf nationalem Boden emporwachsen und mit der Zeit entstehen und wieder vergehen, deren Mitglieder nur durch einzelne Leistungen und Gegenleistungen, nicht aber durch Auslieferung ihrer ganzen Persönlichkeit auf dem Wege lebenslänglich bindender Gelübde mit ihren Genossenschaften verbunden sind, einerseits, und andererseits der festgefügten internationalen Organisation des katholischen Ordenswesens, das zudem meist ausländischen Obern unterstellt ist, oder dessen Oberen doch ausländischen Stellen zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet sind, das ferner von seinen Gliedern unbedingten Gehorsam sowie Auslieferung wesentlicher persönlicher Rechte fordert'. Unstatthaft sei es, eine parallele Behandlung von Diakonissen und katholischen Schwestern zu fordern, den letztgenannten müsse der Staat unstreitig eine ‚größere Aufmerksamkeit' — man bemerke den kläglichen Versuch eines Euphemismus! — angedeihen lassen[6]. Der Schwerpunkt dieser Auseinandersetzung ruht in den Gleichsetzungen ‚protestantisch=national' und

[6] P. Bräunlich, Die deutschen Katholikentage II, Halle 1911, 311 f. Der Autor versucht, seine protestantischen Leser gegen die Jesuiten aufzuhetzen durch ein Beispiel von der ‚ganzen Brutalität des bekehrungswütigen Jesuitentums', das Bischof Meurin von Bombay auf dem ‚Mainzer' [Düsseldorfer] Katholikentag von 1869 erzählt habe. Es ist von Bräunlich wenig ehrlich, wenn er verschweigt, daß das Vorgehen des Bischofs sich gegen schismatische, den katholischen Namen mißbrauchende und rechtswidrig katholisch-kirchliches Eigentum beanspruchende Koterien im indischen Goa richtet, denen der Verfasser eigenmächtig den Namen einer ‚von Rom unabhängigen christlichen Kirche in Goa' beilegt (Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 312 ff.).

‚katholisch = international‘ (mit der nichtswürdigen Insinuation = ‚vaterlandslos‘). Von den gleichen Voraussetzungen wie der Beauftragte des ‚Evangelischen Bundes‘ ausgehend, kam während des Kulturkampfes ein besonders tiefer ‚nationaler‘ Denker dazu, ein Ausnahmegesetz vorzuschlagen, das alle Katholiken zur Auswanderung aus Deutschland nötigen sollte. Es ist eine schöne Sache um konsequentes Denken! Und außerordentlich bequem ist es, die weitesttragenden Voraussetzungen als Axiom zu behandeln, die eines Beweises nicht bedürfen!

Das schwere Unrecht, das im Sommer 1872 deutschen Angehörigen des Jesuitenordens und vier angeblich diesem affiliierten Kongregationen zugefügt worden ist, hat viele Katholikentage beschäftigt, und deren Proteste zu entkräften wird keinerlei dialektischen Künsten des Evangelischen Bundes gelingen. Schon wenige Wochen nach Erlaß des Jesuitengesetzes wurde dieses durch die Breslauer Tagung verurteilt als ‚eine unheilvolle Maßregel, welche die Freiheit der Gewissen und die Rechte und Interessen der Katholiken wie die beschworene Gewährleistung der Rechte unbescholtener Staatsbürger auf das tiefste verletzt, religiösen Hader erzeugt und das Wohl des deutschen Vaterlandes, das auf der Pflege der Religion wie auf dem Frieden der Konfessionen beruht, auf das Bedenklichste gefährdet‘ [7].

Noch weitere schmerzliche Rechtskränkungen hatte das Jahr 1872 den Katholiken Preußens gebracht. Der Armeebischof Namszanowski war von der preußischen Regierung ‚suspendiert‘ worden, weil er die Abhaltung katholischen Gottesdienstes in der Kölner St. Pantaleonskirche verboten hatte, deren Benützung durch altkatholische Sektierer seitens der Militärbehörde gestattet worden war, und weil er einem zum Altkatholizismus sich bekennenden Kuraten die Jurisdiktion zur Ausübung der Militärseelsorge entzogen hatte. Als Bischof Dr. Krementz von Ermland zwei staatlicherseits angestellte Priester — Professor F. Michelis in Braunsberg und den Religionslehrer

---

[7] Verhandlungen 1872 (Breslau) 232 f.

Dr. Wollmann daselbst — wegen ihres Widerspruches gegen die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils hatte exkommunizieren müssen, hatte Dr. A. Falk, der neue preußische Kultusminister, in unmotiviertem Eifer für die Staatskirchenhoheit sich der Gemaßregelten angenommen; im Laufe des Konfliktes kam die Regierung dazu, dem pflichtgetreuen Oberhirten das ihm durch völkerrechtlichen Vertrag zustehende Staatseinkommen zu sperren: ein katholischer Bischof sollte durch Hunger mürbe gemacht werden. Grund genug hatte die Generalversammlung der katholischen Vereine, wenn sie in Breslau protestierte gegen den Versuch des preußischen Staates, ‚in die Handhabung der kirchlichen Disziplin und das kirchliche Straf- und Ausschließungsrecht störend einzugreifen oder darüber die Bischöfe zur Verantwortung zu ziehen‘ [8].

Daß ein ferneres den Katholiken lebenswichtig erscheinendes Gebiet von der Invasion des Liberalismus bedroht war, hatte das preußische Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872 gezeigt, durch das der Kirche ihr verfassungsmäßig zustehendes organisches Mitaufsichtsrecht in Schulsachen entzogen wurde. Praktisch war das neue Gesetz nichts anderes als ein neues Ausnahmegesetz, diesmal gegen katholisch-geistliche Kreis- und Lokalschulinspektoren, denen alsbald wegen vorgeblichen ‚Mangels der treuen Hingebung an die Interessen des Staates‘ ihr Amt entzogen wurde [9]. Antikatholischen ‚liberalen‘ Geist hauchte auch ein Erlaß des Kultusministers Dr. Falk, der unterm 15. Juni 1872 bestimmte, ‚daß die Mitglieder einer geistlichen Kongregation oder eines geistlichen Ordens in Zukunft als Lehrer oder Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen nicht mehr zuzulassen und zu bestätigen sind‘. Hunderten um das Staatswohl hochverdienter Ordensleute wurde durch einen Federstrich die ihnen verfassungsmäßig zustehende geliebte Lehrtätigkeit versperrt. Gegen diese schulpolitischen Maßnahmen Preußens und dessen behauptetes staatliches Schulmonopol pro-

---

[8] Daselbst 233 f.

[9] Ausführliches s. bei Kißling, Geschichte des Kulturkampfes II 60 ff.

testierte der Breslauer Katholikentag im Namen des Rechtes der Eltern, der Gemeinde und der Kirche und forderte ‚für die christlichen Eltern die Freiheit, ihre Kinder in solche Schulen zu schicken, die ihrer Überzeugung entsprechen, und demgemäß den ungeschmälerten Fortbestand der vorhandenen christlichen und konfessionellen Schulen und Lehranstalten'.

Bei der Eröffnung der wiederholt genannten Breslauer Versammlung (9. September 1872) konnte Fürstbischof Dr. Heinrich Förster bereits mit allem Rechte von einem ‚unblutigen Martyrium' reden, dem die katholische Kirche in Deutschland ausgesetzt sei, vom unablässigen Vordringen der Tendenzen nach Entchristlichung der Völker, von einer tief in Fleisch und Blut des lebenden Geschlechtes eingedrungenen moralischen Krankheit. Aufgeben aller Selbsttäuschung, aller Halbheit und Lauheit, das Beispiel lebendigen Glaubens und Glaubenseifers und Opfersinnes — das seien die Mittel, die aller äußern Übermacht der Gegner zum Trotz die Katholiken zum endlichen Siege führen würden.

Daß der seitens des Liberalismus den Katholiken aufgedrungene Kampf auch seine Ehre habe, war der zündende Gedanke, den in prächtiger Rhetorik Kaufmann Nikolaus Racke aus Mainz behandelte. Bei den Katholiken hätten die seitens des liberalen Lagers so schmählich verleugneten Ideale von Recht und Freiheit eine Zuflucht gesucht, und bleibe das katholische Volk diesen Idealen treu, kämpfe es mutvoll für sie in dem ausgebrochenen Streite, so werde der Sieg es krönen und Deutschland zum Hort der Wahrheit und des Rechtes machen. Das war die Sprache eines feurigen Vertreters der katholischen Jugend. Schmerzliche Enttäuschung aber sprach aus den Reden der älteren Generation, wie z. B. des Freiherrn Felix von Loe, der mit den Worten begann: „Es ist dem Menschen hart, zu brechen mit den Hoffnungen und Träumen seiner Jugend. Viele von uns, wohl die meisten, sie haben mit ihrer Jugend in einer Zeit gestanden, in der man glaubte an ein christliches Staatensystem, in der man glaubte an ein christliches Rechtssystem in der großen europäischen Völkerfamilie." Niemand mehr könne sich

darüber täuschen, daß nach den Entschließungen der Mächtigen im neuen Reich nicht die Idee des christlichen Staates herrschen solle, sondern die des ‚modernen‘ Staates. ‚Wir haben den modernen Staat, das ist der Staat ohne Gott; der moderne Staat, so sagen seine Lobredner, hat keine Religion. Indem man ihm aber jede Religion nimmt, macht man ihn zum Feind und Verfolger aller positiven Religion. Es war die Aufgabe der christlichen Staaten, das Recht zu suchen und zu erkennen und das Erkannte zu schützen und zu schirmen. Der moderne Staat macht das Recht selbst, und indem man den modernen Staat zur Quelle alles Rechtes macht, macht man ihn zur Quelle des Unrechtes; die größte Glückseligkeit, zu der angeblich der moderne Staat führe, scheine im Materialismus, ungezügelten Genuß und Wohlleben, in allgemeiner Käuflichkeit, in skrupellosem Geldverdienen zu bestehen, wie der zurzeit herrschende Gründungsschwindel nur zu deutlich zeige. Erkenne man nicht mehr die Solidarität aller Autoritäten an, erhebe man den Egoismus zur Triebfeder alles Handelns, da gehe man einer Periode unendlichen Streites entgegen. Der neue Kampf bedrohe die Religion, die Familie, den Glauben der heranwachsenden Jugend. Für diese Güter alles daranzusetzen, stehe das katholische Volk, stehe der katholische Adel bis zum letzten Mann bereit.

Das sei der verhängnisvolle Fehler der modernen Politiker, so führte in seinem Schlußwort ein bedeutender Kanzelredner aus München, Georg Albert Huhn, aus, daß sie mit allen Faktoren rechneten, nur nicht mit einem von überwältigender Macht, dem Gewissen. Was sagt das Gewissen, was sagt Gott dazu — diese Frage werde in den Parlamenten selbst bei Behandlung religiöser Angelegenheiten nicht aufgeworfen. Und doch sei das Gewissen die höchste Würde des Menschen, das Gewissen mache den Mann souverän, in dieses Heiligtum vermöge keine Erdenmacht einzugreifen. Gott selber respektiere die Würde des Gewissens, er verurteile keinen, der nach seinem Gewissen gehandelt hat, auch wenn er unrichtig gehandelt hätte. Um des Gewissens willen seien so erhabene Menschen wie Sokrates, wie

Tausende der ersten Christen in den Tod gegangen. „Wir müssen wiederum sterben lernen für unser Gewissen, und wenn man uns nicht sterben läßt dafür, dann müssen wir dafür leben lernen, und wäre es in Ketten und Banden." An Stelle des individuellen christlichen Gewissens wolle der moderne Staat das Kollektivgewissen setzen, die Mehrheitsbeschlüsse der Kammern sollten das alle verpflichtende ‚öffentliche Gewissen' darstellen. Aber kein Katholik habe ein anderes Gewissen als Christ denn als Staatsbürger, sein Gewissen sei eines und unteilbar. Und der deutschen Katholiken Ultimatum in den Kämpfen der Gegenwart sei ein einziges Wort: das Gewissen [11].

Neben den großen Prinzipienfragen hatte die Breslauer Versammlung — Freiherr Georg von Frankenstein war ihr Vorsitzender — auch wichtige Organisationsfragen zu behandeln in Anknüpfung an vorjährige Vorberatungen in Mainz. Das 1868 zu Bamberg ins Leben gerufene Zentralkomitee des Katholikentages mit seiner Aufgabe, eine Tradition für die Verhandlungen zu sichern und die Beschlüsse auszuführen, hatte sich mit seinen 270 Mitgliedern als ein etwas schwerfällig arbeitender Apparat erwiesen. Dazu kam ein Weiteres. Stellte der Katholikentag eine Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands dar, so konnten ihm einzelne Staatsregierungen unter Berufung auf ihre Vereinsgesetzgebung schwerste Schikane zufügen. So legte sich denn der Gedanke nahe, nur noch von einer ‚Generalversammlung der Katholiken Deutschlands' zu reden und jede Verbindung katholischer Vereine untereinander auszuschließen. Der Katholikentag sollte etwas Selbständiges und von Einzelvereinen ganz Unabhängiges sein. Eine fernere Frage betraf das Verhältnis des Katholikentages zu politischen Angelegenheiten, und diese war um so dornenvoller, als seit beinahe zwei Jahren im Reichstag wie in bundesstaatlichen Landtagen zahlreichste religiöse und kirchliche Gegenstände auf der Tagesordnung gestanden hatten und viele parlamentarische und politische Versammlungen kanonistische, theologische und kirchenpolitische Terminologie in Fülle sich zu eigen gemacht hatten — und

---

11 Verhandlungen 1872 (Breslau) 260 ff.

dies in feindseligster Weise. Konnte unter derartigen Umständen das traditionell auf den Katholikentagen verpönte Politische so ganz reinlich vom Religiösen gesondert werden?

Diese Zeitlage hatte die Katholiken Deutschlands genötigt, unter dem Schutz des einigermaßen freien hessischen Vereinsgesetzes in Mainz einen großen politischen Verein zu gründen, der als seinen Zweck bezeichnete: Verteidigung der Freiheit und der Rechte der katholischen Kirche und Geltendmachung der christlichen Grundsätze auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens durch alle sittlich und gesetzlich erlaubten Mittel, insbesondere durch Ausübung der verfassungsmäßig anerkannten und garantierten staatsbürgerlichen Rechte. Der ‚Mainzer Verein deutscher Katholiken', geleitet von dem wackern Freiherrn Felix von Loe-Terporten, und sofort gegen 100 000 Mitglieder zählend, war ein einziger, über Deutschland sich erstreckender Verein, der an den einzelnen Orten seine Geschäftsführer besaß [12]. Für die Tätigkeit solcher lokaler Geschäftsführer meldeten sich in sehr großer Anzahl Mitglieder des Zentralkomitees der Katholikentage, und sie fanden es ratsam, aus diesem Komitee auszutreten, damit dieses nicht mit Rücksicht auf die Identität der Personen mit dem Vorstand des politischen Mainzer Vereines durch schikanöse Staatsbehörden gleichgestellt werden könne. Unter diesen Umständen schien es geboten, das ganze Zentralkomitee aufzuheben und die Vorbereitung des Katholikentages sowie die Ausführung seiner Beschlüsse wiederum in die Hände eines ständigen Kommissars, des Fürsten Karl von Löwenstein, zu legen.

Noch eine weitere Änderung der Geschäftsordnung wurde in Breslau vorgeschlagen, nämlich die des § 15, der neben der konfessionellen auch die politische Polemik untersagte. Hierüber äußerte ein Antrag des Zentralkomitees: „Bei der jetzigen Lage der Dinge wäre es schwer, ja fast unmöglich, alle politischen Reden und Diskussionen zu vermeiden, zumal der Begriff ‚politisch' nach den meisten Gesetzgebungen ein sehr weiter ist.

[12] Näheres s. bei Kißling, Geschichte des Kulturkampfes II 309 ff.

Es läßt sich aber auch kein Grund finden, weshalb wir uns freiwillig eine solche Beschränkung auferlegen sollten. In dem neuen Entwurfe ist daher das Wort ‚politisch‘ gestrichen und nur die ‚konfessionelle‘ Polemik untersagt“ [13]. Diese Abänderung der Geschäftsordnung wurde durch Akklamation angenommen.

Fürst Löwenstein, der Kommissar des Katholikentages, schlug für die nächste Tagung die Stadt Regensburg vor. Aber die während des Sommers 1873 grassierende Choleraepidemie machte eine Generalversammlung unmöglich. Ebenso ungünstig gestalteten sich im nächsten Jahre die Verhältnisse. München war als Ort der Versammlung in Aussicht genommen, allein die zur Bildung eines Lokalkomitees zusammengekommenen Herren entschieden sich gegen eine solche. In Bayern gingen gerade die Wogen des kirchenpolitischen Kampfes besonders hoch: Der altkatholische Bischof Dr. Reinkens, dem die Regierung aus verfassungsmäßigen Gründen die staatliche Anerkennung versagt hatte, durfte gleichwohl in ostentativster Weise eine Visitationsreise in dem Königreich unternehmen, dem Proteste des katholischen Episkopates zum Trotz, und der Kultusminister v. Lutz erklärte auf der Kammertribüne, den rechtmäßigen Bischöfen nicht seinen Schutz leihen zu können, weil der Konflikt zwischen Altkatholiken und Katholiken in einem „unter Mißachtung des Königlichen Plazets proklamierten neuen Dogma“ seinen Grund habe. Fürst Löwenstein ersuchte in einem Aufruf vom 18. August 1874 die deutschen Katholiken, sich durch den Ausfall der Generalversammlung nicht beunruhigen zu lassen. „Wenn das katholische Vereinsleben unter dem Drucke der gegenwärtigen Verhältnisse in seiner freien Entfaltung gehemmt ist, so wird es aus dieser vorübergehenden Prüfung nur um so kräftiger sich erheben“ [14]. Die von dem Fürsten ausgesprochene Hoffnung sollte sich in erfreulicher Weise erfüllen, wie der Katholikentag des Jahres 1875 von Freiburg i. Br. zeigte.

Was sich seit der Tagung von Breslau an unerhörten Ereig-

---

[13] Verhandlungen 1872 (Breslau) 225 ff.

[14] H. Rolfus u. K. Sickinger, Kirchengeschichtliches in chronologischer Reihenfolge II 576.

nissen auf kirchlichem und kirchenpolitischem Gebiete begeben hatte, zumal im Großstaate Preußen, zeigen die in klassischer Prägnanz abgefaßten Freiburger Resolutionen, die als Quintessenz und Kritik der unter dem Namen ‚Kulturkampf' bekannten Vorgänge für die Geschichtschreibung ein wichtiges Dokument darstellen. Die Entschließungen gehen von zwei wuchtigen prinzipiellen Sätzen aus:

„Die Kirche ist ein vollkommenes, von Gott mit eigenem Recht auf dem Gebiet ihrer Lehr-, Weihe- und Jurisdiktionsgewalt ausgestattetes Reich. Sie ist nach göttlichem und positivem Recht für den Umfang ihrer Mission vom Staat nicht abhängig. Es muß ihr also die Freiheit auf ihrem ganzen Gebiete gewährt werden."

„Der Staat steht wie der einzelne unter der Ordnung und dem Gesetze Gottes. Ein unbegrenzter und unbedingter Gehorsam gegen die Gesetze des Staates verstößt gegen das göttliche Sittengesetz, welches über der Ordnung und den Gesetzen des Staates steht."

Diese Fundamentalsätze hatte die mit dem Liberalismus verbündete Staatsregierung Preußens nicht anerkennen wollen, sondern zur Regulierung der Grenzen von Staat und Kirche ein System von Gesetzen geschaffen, das unter Preisgabe der Grundsätze des christlichen Staates die Staatsomnipotenz zur Quelle alles Rechtes machte, auch des Rechtes der Kirche. Bezüglich der Einzelheiten dieser Gesetzgebung mußte die Freiburger Katholikenversammlung zu allernächst feierlich erklären:

„Es ist ein Angriff auf den Bestand und das Wesen der Kirche, den Papst, das Oberhaupt der ganzen Kirche, in der Ausübung seiner obersten Lehr- und Jurisdiktionsgewalt hemmen zu wollen."

„Es verstößt gegen Gottes Anordnung und die Rechte der Kirche, wenn die Staatsgewalt über die Heranbildung, Anstellung und Absetzung der Geistlichen, über die Verfassung und Verwaltung der Kirche entscheidet." Den Staatsbehörden für all die genannten lebenswichtigen kirchlichen Angelegenheiten einen entscheidenden Einfluß in die Hände zu spielen, hatten

tatsächlich die preußischen ‚Mai-Gesetze‘ vom 11., 12., 13. und 14. Mai 1873 den Versuch gemacht. Die Erziehung der Kleriker sollte durch die Ablegung eines ‚Kulturexamens‘, die Anstellung der Geistlichen durch das Vetorecht des Oberpräsidenten, die kirchlichen Disziplinarentscheidungen über strafwürdige Priester durch einen eigenen staatlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten kontrolliert werden; unter Ausschließung der Jurisdiktion des Papstes sollten nur ‚deutsche kirchliche Behörden‘ in Preußen Disziplinargewalt ausüben dürfen. Die Ausführung dieser Gesetze hatte der preußische Staat erzwingen wollen, indem er schwere Strafen den Bischöfen androhte, die ohne Staatsgenehmigung Priester anstellen würden, und die ‚gesetzwidrig‘ angestellten Priester wegen jeder ‚unbefugten‘ Amtshandlung — Messelesen, Katechese, Predigt, Beichthören, häufig selbst wegen Krankenprovisionen — unter Strafverfolgung setzte. Es war nur zu berechtigt, wenn in Freiburg die deutschen Katholiken Einspruch erhoben gegen ‚jeden Versuch, die freie Spendung der Sakramente und die freie Verkündigung der christlichen Wahrheit einzuschränken‘, ein solcher Versuch würde nichts anderes sein als ‚ein Eingriff in die heiligsten Rechte der Kirche wie ihrer Angehörigen‘. Bei dem gleichen Anlaß wurde aber noch eine Resolution angenommen, die keinen Protest enthielt, und diese lautete:

„Mit Ehrfurcht und Bewunderung blicken alle Katholiken auf die erhabenen Oberhirten und den pflichtgetreuen Klerus, welche in der Gegenwart so schwere Leiden erdulden.“ Wie über die Maßen groß und schwer die Leiden waren, die im preußischen Staat infolge der Kulturkampfgesetzgebung Bischöfe und Priester freudigen Herzens auf sich genommen haben, wollte die Resolution in ihrem schlichten Wortlaut absichtlich nicht weiter ausführen, für das katholische Volk, das seine Oberhirten und Seelsorger mit unermeßlicher Teilnahme und — um Hermann v. Mallinckrodts tiefgefühlten Ausdruck zu gebrauchen — „mit dem ganzen Knirschen des inneren Menschen“ an die Schranken der Gerichte und die Pforten der Kerker begleitet hatte, bedurfte es da nicht vieler Worte.

Die preußische Regierung, empört über den passiven Widerstand, den ihre Kirchengesetze seitens der in wunderbarer Einheit zusammengeschlossenen Katholiken gefunden hatten, war im Frühjahr 1874 auf der beschrittenen unglückseligen Bahn weitergegangen, neue ‚erläuternde‘, verschärfende Gesetze wurden in den beiden Häusern der Volksvertretung eingebracht und von den liberalen Mehrheiten bereitwilligst angenommen; der Reichstag beschloß im Kulturkampfseifer gar ein Proskriptionsgesetz, das Priesterausweisungsgesetz ‚zur Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern‘ vom 4. Mai 1874. Und schließlich sollte durch Hunger die unbezwungene Festung genommen werden, das ‚Sperrgesetz‘ vom 22. April verfügte ‚die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen‘: es war ein für den geistigen Gehalt des Liberalismus bezeichnender Irrwahn, wenn dieser glaubte, man brauche nur den ‚Brotkorb höher zu hängen‘, und die katholischen Priester würden baldigst den von ihrem Gewissen diktierten passiven Widerstand aufgeben. Würdige Seitenstücke dieses Gesetzes waren ein die den Katholiken so teuren Kirchenparagraphen der preußischen Verfassung völlig aufhebendes Gesetz, ein weiteres Ordensgesetz, das fast alle Ordensleute — mit Ausnahme der im Fall eines Krieges unentbehrlichen und unersetzlichen Mitglieder krankenpflegender Orden, die aber gleichwohl unter drückendste Polizeiaufsicht gestellt wurden — aus Preußen vertrieb, und schließlich ein ‚Altkatholikengesetz‘ (vom 4. Juli 1875), das der neuesten offensichtlich lebensunfähigen Sekte die fehlende innere Kraft verleihen wollte durch Zuweisung von Miteigentumsrechten am Besitz der einzig rechtmäßigen katholischen Kirche, deren Mitglieder jene Abtrünnigen in den Augen des Gesetzgebers noch sein sollten. Der Protest des Freiburger Katholikentages gegen diese Maßnahmen hatte folgenden Wortlaut:

„Es ist eine Mißachtung des katholischen Glaubens und der notorischen Wahrheit, wenn von der kirchlichen Autorität ausgeschiedene, faktisch auf dem Boden des Protestantismus stehende Personen als Katholiken erklärt und in den Besitz von katho-

lischem Kirchenvermögen gesetzt werden." „Die Aufhebung oder Bevormundung der Orden und Kongregationen, die mit der Kirche und dem Wohle der Gesellschaft so innig verwachsen sind, ist ein Eingriff in die Rechte der Kirche und in die persönliche Freiheit."

Schließlich hatten sich die preußischen Katholiken noch über den Anspruch der Regierung zu beschweren, daß dem Staat das Aufsichtsrecht über den Religionsunterricht zustehe. Diesen Anspruch wies eine besondere Resolution ab: „Die Kirche kann unter keinen Umständen der weltlichen Gewalt das Recht zuerkennen, über den Unterricht in der Religion Verfügungen zu treffen. Katholische Lehrer können diesen Unterricht nur im Auftrage des kirchlichen Lehramtes erteilen, und die christlichen Eltern können ihre Kinder nur solchen Schulen anvertrauen, welche durch die kirchliche Autorität gebilligt oder zugelassen werden"[15].

Unter gleichem Ungemach wie die Katholiken Preußens seufzten die des Großherzogtums Hessen, das geglaubt hatte, die preußische Kulturkampfgesetzgebung nachbilden zu müssen, und die des Großherzogtums Baden, aus dessen schon seit Jahren tobendem Kirchenkonflikt die preußischen Staatsmänner wichtige Elemente, so z. B. die Idee des Kulturexamens, für ihr antikatholisches Gesetzgebungswerk bezogen hatten.

Die kirchenpolitische Situation, welche die in Freiburg versammelten Katholiken vorfanden, wurde von dem Historiker Dr. Holzwarth an einem treffenden Bilde erläutert: „Noch keine Generalversammlung ist inmitten eines so schweren und bitteren Kampfes abgehalten worden wie die heutige. Wir befinden uns gleichsam in einer hart belagerten Festung, die immer enger und enger zusammengedrängt wird. Darum will es manchem schwer ums Herz werden, mancher will den Mut sinken lassen, andere schauen besorgt nach einer Hilfe aus. Aber den Mut müssen Sie bewahren, die Hoffnung müssen wir

[15] Verhandlungen 1875 (Freiburg) 216 ff.

hochhalten, und ist der Kampf ein bitterer, so ist auch der Sieg ein unausbleiblicher.“

Zuversicht auf den endgültigen Sieg und die Erkenntnis der zu ihm führenden Mittel zu erwecken, machte sich denn auch die von dem Freiherrn Franz v. Wambolt geleitete Freiburger Versammlung zur Hauptaufgabe, so gleich als einer der ersten Redner, Bischof v. Ketteler, der diesmal über das hohe Gut sprach, für das die Katholiken Deutschlands litten und kämpften, die wahre Freiheit. Die Freiheit sei nichts anderes als die freie Selbstbestimmung des Mannes auf allen berechtigten Gebieten, sie schließe notwendig Selbstbeschränkung in sich. „Wo die Selbstbestimmung nicht mit der rechten Selbstbeschränkung verbunden ist, da wird sie zum Mißbrauch der Freiheit und zugleich zur Verletzung der Freiheit anderer.“ Als Aufgabe des Staates sehe er es an, durch Zwang dem Mißbrauch der freien Selbstbestimmung zum Nachteile anderer entgegenzutreten, ohne die persönliche Freiheit zu beeinträchtigen. Wenn moderne Theorien aber den Staat vergöttlichten, so müsse der daraus folgende Staatsabsolutismus die Freiheitsrechte des Individuums notwendig aufheben, so sehr er auch nach außen mit liberalen Schlagwörtern operiere. Die moderne dem Pantheismus entstammende Auffassung des ‚absoluten Staates‘ erweise sich als Feindin wahrer persönlicher Freiheit. Nicht minder gefahrvoll sei die moderne Anschauung, die nur dem Individuum, nicht aber den großen korporativen Verbänden das Recht der Selbstbestimmung zubilligen wolle. Diese absolute Individualisierung, die nur noch *ein* Verhältnis wolle gelten lassen, das des Staates zum völlig isolierten Individuum, habe auf dem Gebiet der Volkswirtschaft und der Staatsverwaltung in verhängnisvollster Weise gewirkt. Zur Freiheit des Individuums gehöre unverkennbar eben auch dessen Recht, sich mit anderen zu vereinigen. Dieses Recht aber werde vom modernen Liberalismus den Menschen bestritten zumal in Sachen der Religion; denn den Einfluß des kirchlichen Verbandes auf seine Angehörigen nach Kräften zu beseitigen, das dünke den liberalen Theoretikern als notwendige Konsequenz

des Individualismus, während es doch im Wesen der Kirche liege, körperschaftliche Verehrung Gottes zu erstreben. Nehme man diese Freiheit dem Menschen, so gelange man zu einer entwürdigenden Sklaverei. Unfreiheitlich in hohem Grade sei auch das staatliche Unterrichtsmonopol, das dem Menschen es unmöglich mache, seine geistige Ausbildung nach eigener freier Wahl zu suchen. „Das ist ein Monopol, das mit der Idee eines freien Volkes unvereinbar ist. Kein höheres Ziel ist uns deshalb für die Zukunft gesteckt als die Erringung der Freiheit der Wissenschaft, der Freiheit in der Gründung von Lehranstalten, von Schulen von der untersten bis zur höchsten, der Freiheit des Lernens, ohne welche die Freiheit des Lehrens bedeutungslos ist."

Zu verteidigen hätten sich die Katholiken gegen die Fälschung des Begriffes ‚Rechtsstaat'. Was man augenblicklich ‚Rechtsstaat' nenne, habe von einem solchen nur den äußeren Schein, seitdem die Gesetzgebung das sachliche Recht in den Hintergrund gedrängt habe zum Vorteil der politischen Tagesinteressen herrschender Parteimehrheiten. „Dieser Rechtsstaat aber, in welchem das ganze erhabene Wesen des Rechtes außer acht bleibt und nur das Formelle, die Gesetzmäßigkeit, die Entscheidung gibt, ist ganz dazu geeignet, die bodenloseste Willkür den Augen des Volkes zu verdecken und unter dem Scheine des Rechtes das himmelschreiendste Unrecht zu verbergen." Die Korruption des modernen Gründungsschwindels habe gezeigt, wohin man steuere mit äußerer Legalität, welcher der Kern der Gerechtigkeit fehle.

Schließlich gelte der Kampf der Katholiken dem das Zeitalter beherrschenden Materialismus, der alles unter dem Gesichtspunkte des Geschäftes betrachte und die Geister für das ideale Gut der Freiheit unempfindlich mache, dem künstlich genährten Chauvinismus, der dem deutschen Volke vorlüge, die Katholiken seien Reichs- und Vaterlandsfeinde, dem religiösen Fanatismus, der an alle konfessionellen Vorurteile und Antipathien appelliere, um einen Teil der deutschen Nation gegen den andern aufzuhetzen, und nicht zuletzt dem Treiben einer

gewissenlosen, käuflichen und volksverderblichen Presse, die imstande sei, gegen gute Bezahlung das Volk auch um seine Freiheit zu betrügen. Wahrlich, die Freiheit schwebe in großer Gefahr, und doch sei sie neben der Religion eines Volkes höchstes Gut, selbst die Religion sei ohne Freiheit keine Religion. „Wie das Christentum und die Kirche", so schloß der hohe Redner, „die Knechtschaft des alten Heidentums gebrochen und dem Volke die Freiheit, welche immer zuerst die Freiheit von den bösen Leidenschaften des eigenen Herzens sein muß, gebracht haben, so wird auch das Christentum und die Kirche, so wird Christus in der Kirche das Volk vor der Knechtschaft des neuen Heidentums bewahren, von dem es jetzt bedroht ist. Dann werden die Völker wieder erkennen, daß auch für ihr irdisches Wohlergehen nur Christus ihr Heil ist. Christus macht die Fürsten gut, ihre Diener gerecht, das Volk glücklich, frei und gehorsam. Ohne Christus werden die Fürsten Tyrannen, ihre Diener selbstsüchtige Unterdrücker; ohne Christus ist das Volk allen fremden und eigenen Leidenschaften hingegeben, die es bald zum Aufstand, bald zur Knechtschaft führen, in beiden Fällen aber es in tiefes Elend stürzen" [16].

Die hell in das Wesen des Streites der Zeit hineinleuchtende Rede des Mainzer Oberhirten, in dem die deutschen Katholiken längst einen auserlesenen Vorkämpfer für ihre heiligsten Interessen verehrten, konnte durch keine noch so tüchtige Leistung der folgenden Redner des Freiburger Katholikentages erreicht, geschweige denn überboten werden. Aber noch manches zündende Wort wurde von der Tribüne der Festhalle gesprochen, so von Dekan Förderer aus Lahr, der all der Glaubensbrüder gedachte, die ihrer Überzeugung wegen in der Verbannung oder hinter Kerkermauern schmachteten und die einem materialistischen Zeitalter die Lehre gäben, daß noch Männer zu finden seien, die ihre Ideale nicht um irdische Güter verkauften; von Stadtpfarrer Huhn, der für die Kirche das Recht der freien Erziehung ihrer Priesteramtskandidaten for-

[16] Verhandlungen 1875 (Freiburg) 57 ff.

derte unter strengster Abweisung der eine Korruption des Klerus erstrebenden Kulturexamengesetzgebung; von Dr. Westermayer-München, der das Recht der Kirche auf die freie Wirksamkeit der Klöster begründete aus dem Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Der hochbetagte Hofrat v. Buß feierte das Andenken des Befreiers Irlands Daniel O'Connell — das irische Volk hatte gerade die Zentenarfeier seiner Geburt mit festlichstem Glanze begangen —; O'Connells unermüdliche und keinen Teil des Jahres hindurch aussetzende Tätigkeit zur Organisation der unterdrückten Katholiken müsse in Deutschland Nachahmung finden. Professor Joseph Hergenröther hielt wieder eine seiner gedankenreichen Reden, diesmal über die Einheit der katholischen Kirche, zu der die anarchischen Zustände im Lager der ‚Protestkatholiken' den lehrreichsten und wirkungsvollsten Gegensatz bildeten. In seinem Schlußwort charakterisierte der Präsident Freiherr v. Wambolt den Gesamtgehalt der Freiburger Verhandlungen treffend dahin, daß drei Gefühle in ihnen bestimmend gewesen seien, „das Gefühl des Leids über die Gegenwart, das Gefühl einer gewissen Sehnsucht nach einer besseren Vergangenheit und das Gefühl des Siegesbewußtseins für die Zukunft" [17].

Mit einem schmerzlichen Vergleich ‚München einst und jetzt' begrüßte am 10. September 1876 Graf Ludwig von Arco-Zinneberg die zur XXIV. Tagung in der Hauptstadt Bayerns zusammengekommenen, nicht eben sehr zahlreichen Gäste aus dem katholischen Deutschland. In seinem Willkommgruße mußte der Graf sagen: „Sie sind gekommen und haben ein München gefunden, welches von Ihrer Anwesenheit wenig Notiz genommen hat. Wenn diejenigen, welche vor 15 Jahren zur Katholikenversammlung nach München kamen, sich dieser Zeit erinnern, so müssen sie einen großen Unterschied zwischen damals und heute konstatieren. Damals war das offizielle München an dem Tage, wo es die Ehre hatte, die Katholiken Deutschlands in seiner Mitte zu begrüßen, in Festespracht und Uniform —

[17] Verhandlungen 1875 (Freiburg) 180 ff.

heute ist es anders. Damals wußte dieses katholische München, welchen Wert es habe, die Katholiken Deutschlands bei sich vereinigt zu sehen — heute ist es anders."

In ähnlichem Sinne redete am folgenden Tage Erzbischof Gregor v. Scherr die Versammelten an: ‚Trotz alledem' sei München noch eine katholische Stadt, in der es noch recht viele treue, warm katholische Herzen gebe. Die Auspizien, unter denen man tagen sollte, waren nach allem wenig verheißungsvoll. Die Gefahr, daß es auch in Bayern zu einem Kulturkampf nach dem Muster des preußischen komme, war zwar noch gerade durch den Zusammenschluß aller ernsten Katholiken der Abgeordnetenkammer in der ‚Patriotenpartei' abgewendet worden, dafür aber hatte das süddeutsche Königreich seinen nicht minder gefahrvollen unterirdischen schleichenden Kirchenkampf, der sich hauptsächlich an den Namen des liberal-doktrinären Kultusministers Joh. v. Lutz knüpft. Wegen der Energie, die er gegen die Verkündigung des angeblich staatsgefährlichen Unfehlbarkeitsdogmas und zugunsten der altkatholischen Sekte entwickelt hatte, war dieser Staatsmann eine bei allen deutschen Liberalen hochgefeierte Persönlichkeit; weitere Ruhmestitel für ihn sollten die Preisgabe des Prinzips der Konfessionsschule, der Widerruf aller Milderungen der staatskirchenpolizeilichen Maßnahmen und unnachsichtige Durchführung der territorialistischen Grundsätze des bayerischen Religionsediktes vom 26. Mai 1817 darstellen. Uneinigkeit und Disziplinlosigkeit hatten sich allmählich unter dem Lutzschen System der Korruption auch in die Reihen der bayerischen Patriotenpartei eingeschlichen, sie war tatsächlich einflußlos trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke und ohne Macht, die so sehr bedrohten katholischen Interessen im Staat der Wittelsbacher zu verteidigen [18].

Auf die unter dem Vorsitz des Grafen Friedrich v. Praschma-Falkenberg im ‚Katholischen Kasino' tagende Generalversammlung der Katholiken Deutschlands setzten unter diesen Um-

---

[18] Vgl. die aufschlußreichen Aufsätze in der Katholischen Bewegung Bde. 13, 14, 15 (1878, 1879).

ständen die treuen Glaubensbrüder Münchens die Hoffnung, daß von ihr ein mächtiger Anstoß zu einer Reorganisierung des katholischen Bayern ausgehen werde. Vorbildlich konnte da eine Einrichtung werden, von der ein Gast aus Breslau, Kuratus Schade, berichtete: Die Katholiken Schlesiens hatten damit begonnen, provinzielle Katholikentage abzuhalten, auf denen die besonderen einheimischen Bedürfnisse — Bildung von Volksvereinen, Ausbreitung und Hebung der Presse, Fragen der Organisation, der Fürsorge für die durch das Sperrgesetz ihres Einkommens beraubten Priester — ausgiebig besprochen und wertvolle praktische Resultate erzielt worden waren. Freilich verging noch manches Jahr, bis der erste bayerische Katholikentag (1889) zusammentrat, nachdem alle anderen Mittel zu einer definitiven Besserung der kirchenpolitischen Lage versagt hatten.

Dafür, daß bayerische Verhältnisse nicht einläßlich beim Münchener Katholikentag behandelt wurden, sorgte schon die Anwesenheit des Polizeikommissars, der zweimal in die Verhandlungen eingriff, so in eine Rede des Professors Dr. B. Daller, als dieser einen ‚mächtigen berühmten Mann‘, der auf der Parlamentstribüne gesagt habe, der Papst sei seiner Seligkeit gefährlich, zur Umkehr von seiner Kirchenpolitik aufforderte unter Berufung auf das biblische Wort: Potentes potenter torquentur. Dieselbe polizeiliche Fürsorge, die sich für den Fürsten Bismarck betätigt hatte, hätte selbstverständlich auch zugunsten des Ministers v. Lutz auf der Wacht gestanden. Aber die Redner ließen sich von der nachdrucksvollsten Aussprache der kirchlichen Prinzipien und der entschiedensten Verurteilung des frevelhaft wider die Religion entfesselten Kampfes nicht abhalten. Den Ansturm des modernen Heidentums, des theoretischen und praktischen Materialismus, gegen die Offenbarungsreligion beleuchtete Professor Hergenröther nach einer Darlegung der großen geschichtsphilosophischen Zusammenhänge und Aufzeigung der historischen Parallelen: „Dieses Heidentum erringt immer mehr die Herrschaft, wie einst für kurze Zeit unter Julian dem Apostaten; es triumphiert in der Presse und im öffentlichen Leben mittelst eines sogenannten Liberalismus, der alles knechtet

und Freiheit nur der Gottlosigkeit und sittlichen Zügellosigkeit gewährt. Es droht allen christlichen Institutionen der Untergang von der Geburt des Menschen an bis zur Behandlung des entseelten Körpers." Mit der Preisgabe der Offenbarungswahrheiten werde auch die Erkenntnis der natürlichen Wahrheit gestört, an die Stelle des sittlichen Fortschrittes sei ein Rückschritt zu heidnischer Barbarei getreten, die sich kundgebe an so vielen Brutstätten des geadelten Betruges und des geschminkten Lasters, in maßloser Genußsucht, die zuletzt in einem Krieg aller gegen alle enden müsse. „Das Gesetz ist nur noch ein Schlachtmesser, das eine Partei der anderen zu entwinden sucht, um sie damit zu vernichten, oder ein hohler Name zur Beschönigung der Tyrannei. Allenthalben lauert die Hydra der Revolution, das rote Gespenst hat Fleisch und Blut angenommen, es zeigt die geballten Fäuste den Reichen und Großen der Erde, die nichts Besseres tun zu können glauben, als die beraubte und entblößte Kirche, die durch edlere Mittel allein helfen könnte, noch mehr zu mißhandeln, sie zu geißeln und zu kreuzigen, die Aug' und Ohr verschließen gegen die hereinbrechenden Gefahren, weil ihr Verstand in der geschickten Ausbeutung des günstigen Augenblickes gänzlich aufgeht." Unermeßliche Verlassenheit, grenzenlose Beraubung, bitterste Trübsal sei das der Kirche bereitete Los. Aber gerade in dieser Lage erweise die Kirche ihre Göttlichkeit und Unbesiegbarkeit, ihre Identität mit dem Christentum der Katakomben. „Sie und nur sie allein hält stand in der Verfolgung, sie und nur sie allein bewahrt ihr heiliges Gesetz ohne Darangabe eines Jota; sie und nur sie allein steht unverzagt und gewinnt neue Kinder. Denn gleich ihrem Bräutigam soll sie, am Kreuze erhöht, alles an sich ziehen; und manche Herzen, welche die herrschende Kirche nicht gewinnen konnte, hat die unterdrückte gewonnen." „Solche Eroberung ist des heißen Kampfes wert, und nicht zu teuer wird der Triumph erkauft, den solche Trübsale ihr bereiten. Schon stehen vielfach die Feinde beschämt, die mit den für überaus wirksam erachteten Mitteln nichts ausgerichtet: mißlungen ist der Plan, die Hirten zu schlagen, um die Herde zu zerstreuen, gescheitert an

katholischer Liebe und Treue, wie die Versuche der Aushungerung der Hirten an der Entsagung der Diener Christi und an der Opferwilligkeit der Gemeinden. Nicht zum Ziele führten die von so manchen Gewaltigen gehätschelten Mißgeburten von Staatskirchen und jene verkrüppelten Kinder menschlichen Hochmutes, die gleich den alten Donatisten trotz winziger Anzahl sich aufblähend die wahre Kirche zu bilden behaupten ..." Der auf seine geistigen Waffen pochende Liberalismus sei dazu gelangt, physische Gewalt gegen die Kirche zu gebrauchen, und schon das sei eine Bürgschaft ihres Sieges, nicht minder aber seien Bürgschaften die heroische Haltung des katholischen Volkes, die Erweise außerordentlicher Gnadenhilfen Gottes, die erhabene Persönlichkeit Pius' IX. und die Gesamtgeschichte des Reiches Gottes auf Erden. Die Leiden der Kirche seien ein Unterpfand künftiger neuer Größe und Herrlichkeit[19].

Die Enttäuschungen, die des Fürsten Bismarck Politik den deutschen Katholiken gebracht habe, waren der Gegenstand einer großen Rede Dr. Moufangs. Eine Einigung aller Deutschen sei im Jahre 1848 erhofft worden. Gewalttätig und oberflächlich habe der Staatsmann die Einheitsfrage gelöst oder eigentlich nicht gelöst, die Österreicher seien aus dem Bunde hinausgestoßen worden und könnten doch nicht auf die Dauer vom deutschen Volke gesondert bleiben. Unerfüllt seien die Hoffnungen der Deutschen auf größere Wohlfahrt geblieben, der Gründungsschwindel habe das Volk schamlos ausgebeutet und belogen. Anstatt eines ehrlichen konfessionellen Friedens nach Jahrhunderte alter Zwietracht habe das neue Reich einen über alle Maßen bitteren und vergiftenden Hader gebracht. „Die letzte Vergangenheit, wieviel Blut und Tränen hat sie gekostet! Die Gegenwart, wie unbefriedigt läßt sie uns! Und die nächste Zukunft, wie steht sie so dunkel da!" Aber Bedrängnisse habe der göttliche Stifter der Kirche dieser einmal verheißen, daneben aber auch das unermeßlich trostvolle Wort gesprochen: ‚Ich bleibe bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt.' Und um der

[19] Verhandlungen 1876 (München) 78 ff.

Auserwählten willen, wegen all des wackern Duldens und Kämpfens und Betens der Katholiken aller Stände werde Gott die Tage der Trübsal abkürzen.

Eine andere Seite des Kulturkampfs beleuchtete der Redakteur der Berliner ‚Germania' Dr. Paul Majunke. Mit größten Erwartungen sei der politische Protestantismus in den gegen die katholische Kirche gerichteten Feldzug eingetreten, aber schließlich sei die preußische Landeskirche die Hauptleidtragende des Kulturkampfes geworden: die liberale, die Gottheit Christi leugnende protestantenvereinliche Theologie genieße den Schutz des Kultusministers Dr. Falk und des Präsidenten des Oberkirchenrates Dr. Herrmann, durch die neue Synodalordnung sei dem liberal-ungläubigen Laienelement großer Einfluß auf die innerkirchliche Entwicklung eingeräumt, das kulturkämpferische Zivilstandsgesetz habe zur Folge gehabt, daß in den großen Städten 60—70 Prozent der Brautpaare auf die Einsegnung ihrer Ehe durch den Prediger verzichteten und in Berlin bereits 22 000 Kinder ungetauft geblieben seien. Welch ein Gegensatz zwischen dem unter dem Einfluß des Liberalismus dem Niedergang entgegeneilenden Protestantismus und der katholischen Kirche, die durch den Ansturm ihrer Feinde innerlich so stark geworden sei!

Schließlich charakterisierte A. Huhn den Kulturkampf als den Versuch einer Revolution in Gesetzesform. Wenn der Staat in eigener Machtvollkommenheit die Grenzen festsetze, innerhalb deren die Kirche sich zu bewegen habe, wenn er sich als einzige Quelle alles Rechtes erkläre, wenn er in Fragen der Erziehung das heilige Recht der Eltern an sich reiße, so seien alle diese Handlungen revolutionär, und die Expatriierungs- und Expropriierungsgesetze, die man kürzlich gegen die katholischen Priester und Ordensleute beschlossen habe, würden über kurz oder lang zur Revolution führen: ‚Hängt irgend einem Tageseinfall den Mantel des Gesetzes um, und ihr könnt expatriieren, wen ihr wollt, und expropriieren, was ihr wollt.' So weit komme man eben, wenn der Staat, die Quelle alles Rechtes, nichts anderes mehr sein solle als die zufällige Majorität oder

die zufällig bestehende Gewalt[20]. Im gleichen Sinne führte Graf Praschma aus, daß die so oft als vaterlandslose Staatsfeinde verlästerten Katholiken durch ihren passiven Widerstand gegen eine der Kirche wie dem Staat gleich gefährliche Gesetzgebung nichts anderes erstrebten, als das Vaterland vor der Revolution zu bewahren, sie seien es, die den Kampf für König und Vaterland führten. Emphatisch rief der Redner aus: „Es wird eine Zeit kommen, und sie ist vielleicht nicht mehr ferne, wo man uns gerade von jener hohen Stelle, wo wir jetzt am meisten verkannt werden, die Anerkennung nicht versagen wird. Denn mit unerbittlicher Logik folgen sich Tatsachen und Wirkungen, verurteilt sich auch im Staatsleben ein schlechtes Prinzip durch seine Konsequenzen. Einer unserer größten Parlamentsredner nannte jüngst im Reichstag die Sozialdemokratie das konsequente Kind des Liberalismus; ich möchte hinzufügen: des Liberalismus konsequente Enkel sind die Revolution und die Kommune. Gott bewahre unser deutsches Vaterland vor solchen Krisen! Wenn sie aber eintreten sollten, dann wollen wir uns den Trost bewahren, der den Mann aufrecht erhält, nämlich das Bewußtsein, an dem Unglück des Vaterlandes keine Schuld zu haben. Und die Geschichte soll konstatieren, daß es in Deutschland noch Männer gegeben hat und daß es die treuen Söhne der katholischen Kirche waren, die keine Verantwortung tragen, weil sie allein eingetreten sind für diejenigen Prinzipien, welche das Heil aller Völker begründen und auf dem allein Heil und Bestand des politisch neu geeinten Deutschen Reiches zu hoffen gewesen wäre."

Alle diese Betrachtungen über die kirchenpolitische Zeitlage faßte eine wuchtige Resolution zusammen, die eine Besserung der schweren Mißstände auf dem staatlichen, kirchlichen, sittlichen, wissenschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gebiete davon erwartete, daß die Staatsgewalt sich auf das ihr zustehende Gebiet beschränke, der religiösen Überzeugung, der Wirksamkeit der Kirche, der Entfaltung des Unterrichts und der Wissenschaft

---

[20] Verhandlungen 1876 (München) 195 ff.

und der Neugestaltung des sozialen Lebens die erforderliche Freiheit gewähre und nach all diesen Richtungen mit Wohlwollen und unparteiischer Gerechtigkeit handele [21].

Gewährte die bayerische Staatsregierung dem Katholikentag auch eine keineswegs huldvolle Aufnahme, so hatte er doch wenigstens in München zusammentreten dürfen, und das war schon etwas in der Kulturkampfzeit. Auf die gleiche Gunst konnte in Preußen nicht gerechnet werden. Darum kam für das Jahr 1877 wiederum nur eine bayerische Stadt in Betracht, und zwar Würzburg, die Perle des Frankenlands. Auch dort sollte sich der Umschwung der Dinge bemerklich machen, es fehlten in Würzburg wie in München die Spitzen der staatlichen und städtischen Verwaltung, die ehedem die Gäste aus dem katholischen Deutschland willkommen geheißen hatten.

Die in Würzburg (in der städtischen Schrannenhalle) zusammengekommene 25. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands berief auf den Präsidentenstuhl einen der eifrigsten deutschen Laien, einen wahren Laienapostel, den Freiherrn Felix v. Loe-Terporten. Damit wollte sie die Verdienste ehren, die dieser ausgezeichnete Mann sich um die politische Organisation des katholischen Volkes im ‚Mainzer Verein' von 1872 erworben hatte. Den Verein hatte die preußische Regierung durch ihre großen und kleinen Mittel inzwischen zu Tode gemaßregelt, und sein Vorsitzender Felix v. Loe hatte im Jahre 1876 sechs Monate Festungshaft zu Wesel zum Nachdenken darüber benützen können, wie das Königreich Preußen das Recht seiner Untertanen auf die in den gesetzlichen Grenzen sich haltende Geltendmachung ihrer politischen und religiösen Überzeugungen respektierte [22].

Der Vorsitzende hatte naturgemäß zunächst des Silberjubiläums der Katholikenversammlung zu gedenken. Er hob hervor, wie der Katholikentag seit dem Jahre 1848 das Band

[21] Verhandlungen 1876 (München) 355.

[22] Näheres s. bei Kißling, Geschichte des Kulturkampfes II 320 ff., III 128 ff.

zwischen Deutschland und dem Hl. Stuhle enger geknüpft, die Liebe und Verehrung des katholischen Volkes zu seinen Bischöfen gepflegt, die religiöse Wahrheit verteidigt, die Gewissensfreiheit beschützt habe. So sei denn die Hoffnung berechtigt, daß auch künftig die Katholikentage, das überkommene treu bewahrend, die Liebe zur Kirche in immer weitere Kreise tragen, unter den Glaubensgenossen immer mehr Liebe und Einigung pflanzen und so eine feste Phalanx herstellen würden gegen alle Angriffe der Feinde.

Pfarrer Dr. F. X. Schulte aus Erwitte lenkte die Aufmerksamkeit der Versammelten auf die Schulfrage, in die der ganze Kulturkampf auszumünden scheine. Verlange das liberale Lager in den mannigfachsten Wendungen, daß endlich die katholische Jugend eine nationale Erziehung erhalten müsse, so verdecke diese Phrase die Absicht, in der kommenden Generation die Liebe zum Hl. Stuhle, den Gehorsam gegen das sichtbare Oberhaupt der Kirche zu ersticken, die Katholiken zu Staatssklaven zu erziehen. Die liberalerseits geforderte konfessionslose Schule bedeute die Staatsschule, der im alleinigen Auftrag des Staates erteilte Religionsunterricht das Ende des kirchlichen Unterrichtes, denn der moderne Staat nenne sich religionslos und sei auch wirklich religionslos. Habe die preußische Regierung den katholischen Priestern verwehrt, die Schule zur Erteilung des Religionsunterrichtes zu betreten, so müßten die katholischen Eltern sich auf ihre unverlierbaren Rechte besinnen und nötigenfalls ihre Kinder vollständig von allem Religionsunterricht der Staatsschule fernhalten.

Es trat eben auf dem Gebiete der Schule eine der Haupttendenzen des liberalen Kampfunternehmens wider die katholische Kirche zutage, die von Professor Hergenröther als eine der merkwürdigen Erscheinungen bezeichnete Tatsache, „daß die entschiedenen Vertreter einer unbeschränkten Glaubens- und Gewissensfreiheit, die allen denkbaren Irrtümern freie Bahn schaffen wollen, allein mit der katholischen Kirche eine Ausnahme machen, diese allein zu beseitigen und auszurotten, von der allgemeinen Duldung auszuschließen suchen“. Vielen Reden natio-

nalliberaler und fortschrittlicher Parlamentsredner zufolge solle es eine Forderung gerade der Gewissensfreiheit sein, die Katholiken loszureißen von ihren Oberen, ihren katholischen Glauben zu unterjochen, die liberale Weltansicht ihnen aufzudrängen. Solle der Katholik aus den Händen der Anbeter des Erfolges, aus den Händen von Männern, die protestantisch und deutsch gleichsetzten und im übrigen den vollständigsten religiösen Indifferentismus predigten, seine religiöse Überzeugung entgegennehmen? „Im Namen des deutschen Prinzips der freien Individualität sollen wir deutsche Katholiken vom Joch des Papstes befreit werden, obschon wir völlig frei dieses Joch übernommen haben, obschon wir es für leicht und diese Bürde für süß halten. Um der Zwangsgemeinschaft mit Rom zu entgehen, sollen wir unter eine moderne Zwangsjacke gesteckt und durch Zwangsbekehrung zur liberalen Überzeugung gebracht werden. Sind wir etwa durch Schergen und Soldaten unter das Joch des im Vatikan eingeschlossenen Papstes gekommen? Können wir vom Vatikan aus durch Ketten und Banden in der Sklaverei erhalten werden? Oder sind wir kleine Kinder, denen man die Arznei mit Gewalt eingießt, die man auch gegen ihren Willen glücklich macht? Wollt ihr, zärtliche Katholikenfreunde, uns verhöhnen?“

Der Liberalismus, so setzte Professor Hergenröther des weitern auseinander, betrachte das Papsttum als ein menschliches Institut, als einen schlau ersonnenen Mechanismus zur Knechtung der Geister, dem Katholiken aber sei das Papsttum eine göttliche Institution zum Schutz alles Hehren und Großen, zur Erhaltung der wahrhaft frei machenden Wahrheit. Wie unermeßlich freiheitlich sei das Regiment des Papstes, verglichen mit dem Terrorismus und der Gewissenstyrannei, deren die herrschende liberale und protestantische parlamentarische Mehrheit sich schuldig mache unter dem gleisnerischen Vorwand der Gewissensfreiheit! Die von aller Autorität losgelöste Freiheit nach liberalem Begriff müsse in ihren letzten Konsequenzen zur Auflösung aller gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung führen, in Sachen der Kirche führe diese angebliche Freiheit zum entwürdigendsten

Cäsareopapismus, zu unerträglichen übergriffen der Staatsgewalt in den Bereich des Gewissens [23].

Schlichte, in ihrer herzlichen Einfachheit ergreifende Worte sprach nach Hergenröthers ungemein großzügiger Rede Domdekan Dr. J. B. Heinrich aus Mainz zu den Versammelten: „Seien wir tätig, seien wir einig, seien wir mutig, seien wir klug! Die Quelle aber, aus der all diese Tugenden fließen müssen, ist keine andere als die katholische heilige Liebe.“

Vielbemerkt wurde es, daß Dr. Paul Haffner im Eingang einer Rede über die Wissenschaft gegen Dr. Schultes Idee, gegebenenfalls sollten die Katholiken auf allen in der Staatsschule erteilten Religionsunterricht verzichten, Stellung nahm: ein solcher Verzicht würde bedeuten, daß die letzte Schlacht verloren sei, die das Christentum in Deutschland gegen den Unglauben kämpfe. Mit starker Betonung sagte der Mainzer Gelehrte: „Wohl glaube ich, daß die Kraft des Vaters und die Wärme der Mutter immer noch imstande sein würden, mit der Staatsschule zu kämpfen, allein ich halte es doch für eine eminent gefährliche Situation, wenn das Christentum nur noch im Innern der Familie seine erhabenen Wahrheiten verkünden könnte, wenn aber draußen im öffentlichen Leben, wenn in den Schulen der Name Gottes und der Name Christi nicht mehr genannt werden dürften.“

Dann wandte sich der Redner dem Satze zu, daß Wissenschaft Macht sei, eine Macht zum Guten wie zum Bösen. Die moderne Entwicklung, die von Jahr zu Jahr sich unbehaglicher anlasse, habe tatsächlich ihren Ursprung in der Wissenschaft, der Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts, dem den Staat vergöttlichenden Hegelianismus des 19. Jahrhunderts; die immer mächtiger anwachsende Sozialdemokratie lebe von Küchenabfällen der deutschen Philosophie. Aber das sei auch ein Zeichen des modernen Kulturkampfes, daß die Wissenschaft und ihre Vertretung eine Machtfrage geworden sei, wie zumal die für die Katholiken so außerordentlich ungünstigen Paritätsverhältnisse an den Universitäten Preußens erwiesen. Den Machtbestrebungen

[23] Verhandlungen 1877 (Würzburg) 68 ff.

des liberalen Professorentums entgegenzutreten, müsse als der Katholiken dringende Pflicht angesehen werden.

An die Herzen der katholischen Kämpfer wandten sich die paränetischen Reden des gefeierten Würzburger Apologeten Franz Hettinger (‚Die katholische Kampfesweise‘), des Kaplans Dr. Hermann Joseph Schmitz aus Krefeld (‚Die Pflichten der Katholiken in der Gegenwart‘) und des Redakteurs der Kölnischen Volkszeitung Dr. Hermann Cardauns, der auf die Lehren hinwies, die der demnächstige vierzigste Jahrestag des ‚Kölnischen Ereignisses‘ den vom Kulturkampf bedrängten Glaubensgenossen nahelege.

Dr. Christoph Moufang sah sich veranlaßt, vier Irrtümer hinsichtlich des Kirchenstreites zurückzuweisen, welche von der liberalen Presse seit Jahren immer wieder in Umlauf gebracht wurden. Irrtümlich sei es zu behaupten, der Kulturkampf sei ein sich lediglich aus den deutschen parteipolitischen Gegensätzen erklärender interner Machtstreit. Nein, er sei ein internationaler Kampf gegen die katholische Kirche, Kulturkämpfer seien auch Gambetta in Frankreich, Garibaldi in Italien, Ulysses Grant in Nordamerika. Ferner sei dieser Streit kein Kämpfen um Aufrechterhaltung der Staatssouveränität; der Staat vielmehr sei der Angreifer gewesen und keineswegs die Kirche, wie denn das ganze Unternehmen des Fürsten Bismarck sich am besten charakterisiere durch die Fabel vom Wolfe und dem Lamme. Die Souveränität des Staates auf dem staatlichen Gebiete bestreiten zu wollen, liege den Katholiken völlig fern. Lügnerisch sei auch die Behauptung, daß die Bischöfe Preußens nur aus Eigensinn, Kampfeslust und Verlangen nach dem Martyrium den Forderungen der Staatsgewalt sich nicht beugen wollten. Freilich hätte über die Ausführung einzelner Gesetzesbestimmungen diskutiert werden können, aber die preußischen Kulturkampfgesetze in ihrer Gesamtheit bedeuteten eine für die Kirche unerträgliche Fesselung, in die einzuwilligen den Bischöfen ganz und gar unmöglich gewesen sei. Darum sei es auch ein Irrtum, wenn gesagt werde, daß künftig der Papst und der Episkopat sich den Maigesetzen beugen würden. Das heiße die ganze Natur des Kulturkampfes verkennen, der nichts anderes sei als ein

Kampf um das Prinzip, „ob die Kirche von Gott selbst gestiftet oder nur eine menschliche Stiftung ist, und ob die von Gott geordnete Autorität oder aber der Minister eines weltlichen Monarchen das Recht hat, die Kirche Gottes zu regieren“.

Den Heimgang eines seiner verehrtesten, befähigtsten und tatkräftigsten Führer beklagte das katholische Deutschland bei der Würzburger Tagung: wenige Wochen zuvor war, fern seiner Diözese, der apostolische Bischof von Mainz, W. E. v. Ketteler, einer tückischen Krankheit erlegen. A. Huhn aus München hielt die Gedächtnisrede, er beleuchtete zumal den reichen Anteil an der segensvollen Entwicklung des Katholikentages, der dem Bischof selbst und dessen treuen Räten und Mithelfern Heinrich, Haffner und Moufang zukam. Wie oft habe Wilhelm Emmanuel auf der Tribüne der Katholikenversammlung gestanden, und welche heilige Feier habe über den Versammelten geruht, wenn er sprach, ein freier, von seiner Überzeugung tief durchdrungener Mann; wie schlicht, alles rhetorischen Schmuckes bar, sei seine Rede gewesen, auf alle Effekte verzichtend und gerade deshalb so wirkungsvoll. Aber die tiefste Wirkung seiner Rede habe darin beruht, daß allen Hörern sich unwiderstehlich der Gedanke aufgedrängt habe: Dieser Bischof ist ein Heiliger. „So, meine Herren, haben wir ihn gesehen, so haben wir ihn gehört, so haben wir von ihm gelernt, so haben wir uns an ihm erbaut. Nach Freiburg war er gekommen. Würzburg ist nicht entlegener von Mainz als Freiburg. Aber wir tagen ohne ihn. Wer gibt uns wieder den Glanz seines Auges, die Macht seines Wortes, die Liebe seines Herzens, wer gibt uns wieder diesen Wilhelm Emmanuel, Bischof von Mainz? Entrückt ist er uns dem Leibe nach; aber sein Geist ist bei uns und mit uns. Die Sache der katholischen Generalversammlungen Deutschlands, für die er seit mehr als einem Vierteljahrhundert soviel getan, hat nicht aufgehört, Gegenstand seiner Liebe und seiner Fürbitte zu sein. Und Wilhelm Emmanuel hat nicht aufgehört, nein, er hat erst recht angefangen, der Patron der katholischen Generalversammlungen Deutschlands zu sein“[24].

---

[24] Verhandlungen 1877 (Würzburg) 138 ff.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Die kirchenpolitische Milderungs- und Friedensgesetzgebung und die deutschen Katholikentage.

Dem machtgebietenden Leiter des Kulturkampfes, dem Fürsten Bismarck, hatte der passive Widerstand der Katholiken, diese so unscheinbare und doch so tiefgreifend wirksame Waffe, die schwersten Verlegenheiten gebracht. Zum ersten Male in seiner langjährigen an Erfolgen so reichen Laufbahn war der Staatsmann am Ende seiner politischen Weisheit angekommen. Den beschrittenen Weg seiner unglückseligen Kirchenpolitik zu verlassen, hinderte ihn sein rechthaberischer, gewalttätiger Charakter. Also blieb ihm nur die Hoffnung, daß ein zufälliges Ereignis die Lösung des unentwirrbar erscheinenden Knotens bringen werde, etwa ein Thronwechsel in Preußen und im Reiche. Bedeutsam äußerte er dem Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst gegenüber: Der Kaiser könne in der Kirchenfrage keinen Schritt rückwärts tun, dem Kronprinzen werde es leicht sein, Frieden zu machen [1].

Dem Kaiser war noch eine lange Reihe von Lebens- und Regierungsjahren beschieden; gerade von seiner Seite aus ergingen an den Kanzler je länger je mehr Warnungsrufe in Sachen des Kulturkampfes, der die protestantische dem landesherrlichen Oberstbischof so teure Landeskirche aufs schwerste geschädigt habe. Das von dem Kaiser nach dem Hödelschen Attentat gesprochene Wort: Alles komme darauf an, daß dem Volk die Religion nicht verloren gehe, betrachtete der für den Kulturkampf zuständige Fachminister Dr. Falk als unzweifelhaftes Mißtrauensvotum, das sich freilich wiederum direkt auf des Ministers dem liberalen Flügel der protestantischen Theologie sehr genehme Handhabung des evangelischen Kirchenregiments bezog, mittelbar aber auch den Katholiken zugute kam. Machte doch Dr. Falk gelegentlich das Geständnis: „Wenn man den Kaiser zugunsten der Ultramontanen stimmen wolle, dann

[1] Chl. Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten, hrsg. v. F. Curtius, II, Stuttgart 1907, 136.

brauche man nur auf gewisse liberale Richtungen in der evangelischen Kirche und ihre Folgen hinzuweisen. Zu den Dingen, die der Kaiser nicht vertragen könne, gehörten in erster Linie der Protestantenverein und die Anzweifelung der Gottheit Christi" [2]. Die Stellung des Ministers war zum mindesten schwer erschüttert.

Nun sollte ein anderes, in des Fürsten Bismarck Berechnungen als möglicher Anlaß zum kirchenpolitischen Einlenken gebuchtes Ereignis eintreffen: Papst Pius IX. starb am 7. Februar 1878, tief betrauert von den Katholiken des Erdballs. Die Worte, mit denen der Mainzer ‚Katholik' den erhabenen Dulder pries als einen „Mann des Glaubens und der Frömmigkeit, der nur die Ehre Gottes, das Wohl der Kirche, das Heil der Seelen suchte", waren den deutschen Katholiken aus dem Herzen geschrieben. Ihm sei es gegeben worden, so hieß es in dem Nekrologe weiter, „den Geist des Unglaubens und der Unfrömmigkeit, der im Jansenismus, Gallikanismus und Josephinismus in die Kirche eingedrungen war, zugleich mit dem Geist des antichristlichen Naturalismus geistig zu überwinden". „Darum hat er auch, im Geist und in der Wahrheit, den Sieg der Kirche geschaut, freilich wie Moses das gelobte Land, von ferne. So sind Gottes Wege: ein anderer säet und ein anderer feiert die Ernte" [3].

Noch am Tage seiner Wahl (20. Februar 1878) schrieb der Nachfolger, Papst Leo XIII., einen von warmer Friedensliebe diktierten Brief an Kaiser Wilhelm I. Erwartungsvoll schauten die Katholiken Deutschlands auf die Dinge, die da kommen sollten.

Das katholische Lager verhehlte sich nicht im geringsten den ganzen Ernst der Lage, die der Kulturkampf geschaffen hatte. Auf wichtige Zeugnisse kompetenter Beurteiler sich stützend, gestand die Würzburger Zeitschrift ‚Die katholische Bewegung' zusammenfassend: „Wir werden immer mehr zurückgedrängt aus dem öffentlichen und politischen Leben; fast in allen Ländern ist

---

[2] Chr. v. Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten II, Leipzig 1909, 142. [3] Der Katholik 1878 I 118 f.

unser Todfeind, der Liberalismus, am Ruder. Die Legislative und die Exekutive ist im Besitz unserer Gegner, wir sind nirgends die herrschende, sondern überall die unterdrückte oder bestenfalls leidlich tolerierte Partei: Die ganze Zeitströmung geht gegen uns, in der Höhe wie in der Tiefe. Die Macht der ‚Blauen' und der Ingrimm der ‚Roten', Staatsomnipotenz und Sozialismus, sind gegen uns in Allianz. Wenn wir Katholiken daher den Stand unserer Sache mit rein menschlichen Augen betrachten und den Wert unseres bisherigen Ringens und Kämpfens für Religion und Kirche nach den äußeren Erfolgen betrachten, so müssen wir eingestehen: Es steht schlecht um unsere Sache, wir haben verloren, nichts gewonnen, und der Sieg ist uns ferner denn je"[4]. Freilich unterschätzte man über den schweren Einbußen, die der Kirchenkampf gebracht hatte, keineswegs das gewaltige Aktivkonto der neuen Zeit. Als Aktiva mußten gebucht werden die außerordentliche Festigung des Verhältnisses zwischen Papst und Bischöfen, Episkopat und Klerus, Priestern und Laien. Es konnte der Kulturkampf als ein Reinigungsprozeß sondergleichen, eine das ganze katholische Deutschland umfassende und erfassende Volksmission bezeichnet werden. Tausende und Abertausende ehedem lauer und unbeständiger Katholiken waren zu bewußt katholischen Auffassungen zurückgekehrt und bereit, für ihre Überzeugung weiter zu leiden und zu kämpfen. Hatten die Kulturkämpfer gehofft, durch Schaffung des Institutes der Pfarrerwahl die ‚freigesinnten' Katholiken auf die Seite des Staates ziehen, in jeder Gemeinde ein Auseinandergehen nach den Schlagwörtern ‚Hie Kaiser' und ‚Hie Papst' inszenieren zu können, so hatte auch diese Erwartung getrogen. Als ihren Pfarrer sahen die Katholiken nur den an, der vom rechtmäßigen, wenn auch in der Verbannung lebenden Bischof gesandt war, die wenigen regierungsseitig aufgedrängten ‚Staatspfarrer' blieben Hirten ohne Herde gleich dem von staatlicher Seite mit hoher Gunst und reichen materiellen Mitteln ausgezeichneten Klerus der altkatholischen Sekte, dem es an

[4] Die katholische Bewegung IX 295 f.

‚Volk' völlig mangelte: ein Häuflein Offiziere ohne Soldaten. Welch ganz anderes Bild als diese Sekte bot die katholische Kirche, deren Gotteshäuser die Mengen nicht fassen konnten, deren Priester von der Opferwilligkeit der Gläubigen den Lebensunterhalt bezogen, deren Gläubigen zudem für ihre Vereine und Organisationen, ihre Presse und Literatur, ihre sozialen und caritativen Veranstaltungen mit vollen Händen spendeten.

Und doch hatte auch die religiöse Lage des katholischen Deutschland ihre besorgniserregenden Schattenseiten. Infolge der staatlicherseits verfügten Schließung der Priesterseminarien drohte zahlreichen Bistümern ein großer Mangel an Seelsorgern. In den vielen Hunderten von verwaisten Pfarreien, deren Besetzung der Staat verhinderte und die in der Folge einer regelmäßigen Pastoration entbehrten, war ein Sinken der christlichen Zucht zu befürchten, zumal innerhalb der Jugend. Hoch Anerkennenswertes haben in jenen Jahren die katholischen Lehrer durch treue Erteilung des religiösen Unterrichts geleistet. Aber die tiefgreifenden erziehlichen Momente, die in der Gewöhnung an andächtige Beiwohnung des Gottesdienstes und im Empfang der hl. Sakramente begründet sind, kamen für Tausende und Zehntausende katholischer Schulkinder ganz oder teilweise in Wegfall. Zumal in den verwaisten Pfarreien war ein bedenkliches Anwachsen der Zahl gemischter Ehen zu verzeichnen. Und schließlich machte es sich auch hier und da geltend, daß aus zahlreichen Diözesen der Bischof verbannt und nicht imstande war, persönlich die Disziplin des Klerus zu überwachen, den Eifer zumal der jüngeren Priester in sichere Bahnen zu lenken und Entgleisungen zu verhüten. So war z. B. die Stadt Aachen lange Jahre hindurch der Schauplatz von heftigen Zusammenstößen zwischen dem katholischen Bürgertum und den im St.-Paulus-Verein organisierten Industriearbeitern, die unter Leitung einiger Kapläne einem Klassenkampf zusteuerten, der gerade in der Kulturkampfzeit besonders verhängnisvoll werden und die Solidarität des katholischen Volkes gefährden mußte.

Kurzum, es gab der Gründe übergenug, aus denen den Katholiken Preußens die Wiederkehr des kirchenpolitischen

Friedens als überaus wünschenswert erschien. So wirkte es denn als schwere Enttäuschung, daß Fürst Bismarck den ersten Annäherungsversuch des neuen Papstes mit der undiskutierbaren Forderung beantwortete, die Katholiken hätten sich zu allernächst der kirchenpolitischen Gesetzgebung unbedingt zu unterwerfen. Ebenso resultatlos verliefen die Besprechungen, die der Reichskanzler im Hochsommer 1878 mit dem päpstlichen Nuntius Aloisi-Masella im Bade Kissingen pflegte: Der deutsche Staatsmann bemühte sich, die kirchenpolitische Machtstellung der Regierung den Katholiken gegenüber als unerschütterlich zu schildern. Dazu wollte freilich wenig stimmen, daß er zu gleicher Zeit den Erwählten des katholischen Volkes, dem Reichstagszentrum, sich in auffallendster Weise zu nähern suchte, um mit Hilfe dieser Partei und der Konservativen seine neue Schutzzoll- und Finanzpolitik durchzuführen, der seine bisherigen Alliierten, die Nationalliberalen und der Fortschritt, sich beharrlich widersetzten. Das war zweifellos sicher: wurde das Tafeltuch zwischen Liberalismus und Regierung zerschnitten, so war auch die bisherige Kulturkampfpolitik wenigstens grundsätzlich aufgegeben. Merkwürdig widerspruchsvoll und wenig geeignet für eine öffentliche Aussprache erschien den Katholiken im Sommer 1878 die Lage, und sie waren unter diesen Umständen nicht allzu bedrückt, als der Kommissar des Katholikentages, Fürst Löwenstein, bekannt gab, daß erst im Jahre 1879 die nächste Tagung stattfinden könne.

Als am 10. September 1879 in der Kaiserstadt Aachen die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zusammentrat, fand sie auf dem kirchenpolitischen Gebiete keine neue Tatsache vor; aber es sollten sich in denselben Tagen der Wiener Pronuntius Kardinal Jacobini und Fürst Bismarck in Gastein begegnen. Man weiß, daß auch diese Besprechungen ergebnislos geblieben sind. Für die Katholiken hochbedeutsame Ereignisse hatte jedoch die letzte Reichstagssession gebracht. Die Schutzzollgesetzgebung und die Reichsfinanzreform hatte der Reichskanzler, sich auf eine Mehrheit der Konservativen und des Zentrums stützend, durchbringen können, die Annahme der sog. Francken-

steinschen Klausel im Zolltarifgesetz bedeutete einen großen parlamentarischen Sieg des Zentrums, der ehedem so oft als Reichsfeindin beschimpften und verleumdeten Partei. Der vollendete Bruch zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Liberalismus trat deutlichst dadurch in die Erscheinung, daß drei den Liberalen besonders genehme Minister, zumal der Kultusminister Dr. Falk, den nachgesuchten Abschied erhielten.

Die vom Zentrum betriebene Schutzzollpolitik sollte zugunsten der infolge des Freihandels in ihrer Existenz bedrohten deutschen Landwirtschaft wirken, und das Erreichte war in Wahrheit eine sozialpolitische Tat. Diese Politik der katholischen Parlamentarier fand nicht allgemeines Verständnis bei der katholischen Arbeiterschaft, von der sich viele durch die agitatorische Phrase der Liberalen, das Zentrum wolle dem Arbeiter das Brot verteuern, einfangen ließen. Schon verkündete die liberale und die sozialdemokratische Presse triumphierend, die durch den Kulturkampf bewirkte geschlossene Einheit des katholischen Volkes sei ins Wanken gekommen, in Aachen werde ein definitives Auseinandergehen von katholischen Arbeitern und katholischen Bürgern erfolgen. Aber nichts dergleichen sollte geschehen.

Daß dem Aachener Tage eine ganz besondere Bedeutung zukommen werde, zeigte die Tatsache, daß zu ihm nebst sehr zahlreichen Katholiken aller Stände sich besonders viele katholische Parlamentarier einstellten, unter ihnen auch der ruhmreiche Führer des Zentrums, Dr. Ludwig Windthorst[5]. Mit dem gesamten katholischen Deutschland war auch die Zentrumsfraktion tiefschmerzlich von der Erscheinung betroffen worden, daß 1878 in der katholischen Stadt Aachen infolge der angedeuteten Wirren viele Hunderte von Reichstagswählern dem Atheisten und Sozialdemokraten August Bebel ihre Stimme gegeben hatten. Die irregeleiteten Arbeiter sollten nun belehrt und zurückgewonnen werden durch allseitige Aussprache über die

---

[5] Näheres s. bei J. May, Geschichte der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands², Köln 1904, 252.

Differenzpunkte, die großenteils auf politischem und sozialem Gebiete lagen. Der Rahmen der allgemeinen Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, die keine politische Parteiversammlung sein wollte, noch es sein konnte, war für diese Besprechung freilich nicht geeignet; ein vorzügliches Auskunftsmittel bot sich dadurch, daß in Aachen der 1848 gegründete Piusverein noch blühte. Dieser Verein lud für den Abend des 9. September nebst der Arbeiterschaft auch eine Anzahl der Redner des Katholikentages zum Besuche ein.

Zum Leiter der Generalversammlung wurde Graf Klemens Droste zu Vischering, Erbdroste des Fürstbistums Münster, erkoren, der Edelmann, den in der Höhe des Kulturkampfes die preußische Regierung in ihrer Weise dadurch ausgezeichnet hatte, daß sie ihn als einen ‚unverbesserlichen' Ultramontanen aus der Stellung eines Ehrenamtmanns in schroffer Form entließ. Im Namen des verbannten Erzbischofs Paulus Melchers begrüßte Weihbischof Dr. Baudri die Versammelten mit dem Wort des Völkerapostels: Stehet fest im Glauben, handelt männlich und seid stark; in allem aber, was ihr tut, walte die Liebe!

Graf Droste feierte zunächst das Andenken des heimgegangenen Papstes Pius IX., des machtvollen Zeugen für die Gottheit Christi, des unerschütterlichen Vorkämpfers der übernatürlichen Autorität der Kirche, und gedachte dann des neuen Oberhauptes der Kirche: „Zum ersten Male unter dem Pontifikate Leos XIII. tagt die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, und es ist billig, daß sein erhabener Name an der Spitze unserer Verhandlungen stehe." Während Ehrendomherr Dr. Zehrt aus Heiligenstadt die katholische Männerwelt zum starkmütigen Bekenntnis des katholischen Glaubens aufforderte, der allein die Kraft besitze, das Antlitz der Erde zu erneuern, gab Dr. Julius Bachem, der kölnische Jurist, eine großartige Übersicht über all die Güter, die das Rheinland der katholischen Kirche zu verdanken habe. Über die in ihrer brennenden Dringlichkeit sich immer deutlicher offenbarende Schulfrage sprach Freiherr Felix v. Loe, der soeben den die katholische Schule verteidigenden Kanisiusverein gegründet hatte. Welche Ziele der

Schulpolitik die so rührigen Katholiken des benachbarten Holland verfolgten, schilderte ein Meister der Beredsamkeit, Professor Hermann Schaepman aus Utrecht, der noch so oft die Katholiken Deutschlands durch seine hohen Gedanken und seine kraftvolle Sprache erfreuen sollte.

Eine Hauptmacht der Kulturkämpfer schilderte mit prachtvoller Ironie der Düsseldorfer Kaplan Dr. Hermann Joseph Schmitz, nämlich die liberale Presse, der mit unnachsichtiger Strenge entgegenzutreten noch immer eine Hauptaufgabe der katholischen Verteidigung sei. Wie Dr. Moufang ausführte, war das katholische Deutschland von einem gewaltigen Mangel an Seelsorgern bedroht. Durch Gebet, durch Opferwilligkeit der Familien aller Stände, durch Erziehungs- und Vorbereitungsarbeit des Weltklerus müsse die drohende Not abgewendet werden. In den gleichen Zusammenhang gehörte die Rede des Pfarrers Ibach, der auf die unvernarbte und ungeheilte Wunde hinwies, welche die katholische Kirche in Deutschland empfangen habe durch die Austreibung so vieler Ordensleute. Drei schwere Krankheiten des sozialen Körpers, das unheimliche Weiternagen der Revolution, den Klassenkampf der Armen gegen die Besitzenden, die tiefe Verwilderung der Sitten, besprach Dr. Haffner; für all diese Übel habe Papst Leo XIII. in seinem ersten gedankenreichen Rundschreiben das Heilmittel benannt, die Rückkehr zum Christentum. Wahrlich, die Welt bedürfe des Papstes, den Papst hätten auch die protestantischen Herrscher über katholische Untertanen nötig, auch sie könnten die Wohltaten nicht entbehren, die das Wirken des Statthalters Christi der staatlichen Gesellschaft zu bringen bestimmt sei. „Auch sie werden, wenn nicht nach Canossa, so doch nach Rom gehen, um den Papst zu suchen, welcher den Frieden ihren Staaten garantiert." „Möge bald das Friedenswort zwischen Papst und Kaiser gesprochen werden, möge es überflüssig sein, auf der nächsten Generalversammlung die Worte des Schmerzes zu wiederholen, die heute so oft von dieser Tribüne gesprochen worden sind! Das aber ist gewiß, mag die Morgenröte des Friedens nahe sein, mag das Sonnenlicht der Gerechtigkeit uns bald leuchten, oder

mögen die Gewitterwolken des Kulturkampfes fortfahren über unser Haupt hinzuziehen, wir werden stets emporblicken mit unverbrüchlichem Vertrauen zu dem Stellvertreter Jesu Christi, unserm Hl. Vater Leo XIII." [6].

Seinen großen Tag hatte der Aachener Piusverein [7], als im großen Saal des Kurhauses auf seine Einladung hin über 4000 Gäste erschienen, herzlichst begrüßt von dem Präsidenten Leonhard Timmermanns-Arnolt. Dem Zweck der beabsichtigten Aussprache mit den Industriearbeitern entsprechend, wies als erster Redner Freiherr von Schorlemer-Alst darauf hin, daß des Zentrums Schutzzollpolitik, wenn sie auch einige Lebensmittel verteure, im ganzen doch auch das Interesse der Arbeiterschaft fördere, weil eine durch Zölle geschützte Industrie steigende Arbeitslöhne zu zahlen vermöge, während der liberalerseits vertretene Freihandel die deutsche Arbeit schutzlos gelassen, schließlich der Konkurrenz des Auslandes unterlegen gemacht und ein gewaltiges Anwachsen der direkten Steuern herbeigeführt haben würde. Auf einmal habe der Liberalismus seine Liebe zum ‚armen Mann' entdeckt. Demgegenüber müsse man fragen: „Wie stand es denn mit dem Liberalismus zur Zeit des sog. Kulturkampfes, wo der arme Mann so oft gerufen hat: laßt mir meinen Glauben unangetastet, laßt mir meinen Seelsorger, laßt mir meine konfessionelle Schule, in der wir gut erzogen worden sind und in der auch unsere Kinder gut erzogen werden; laßt uns den Religionsunterricht, wie ihn die Kirche unsern Kindern bisher erteilt hat; als der arme Mann rief: laßt mir wenigstens den Trost im Tode und verhindert nicht, daß ich im Sterben die Tröstungen der Religion und zum letztenmal die hl. Sakramente empfangen kann. Als der arme Mann das rief, da war von dem Liberalismus nichts zu hören, da hat man kalt lächelnd die Maigesetze votiert, die uns in die so traurige Lage gebracht haben!" Der moderne Liberalismus bedeute in seinen letzten Konsequenzen den Ruin des Volkswohles, ihm müsse das gesamte katholische

[6] Verhandlungen 1879 (Aachen) 347 ff.

[7] Der Piusverein zu Aachen 1848—1898, Aachen 1898, 25 ff.

Volk entgegentreten in treuem, einigem und festem Zusammenhalten.

Auf diesen Ton waren auch all die Aufklärungen und Ermahnungen gestimmt, welche die folgenden Redner, Professor Rebbert-Paderborn, Freiherr von Loe, Professor Schaepman, August Reichensperger, Dr. Moufang, Pfarrer Ibach von immer neuen Gesichtspunkten aus an den Piusverein und seine Gäste richteten. Zuletzt sprach Windthorst, die ganzen Verhandlungen zusammenfassend. Das dreimalige Hoch, das ihn belohnte, erklärte der Zentrumsführer ‚zu Protokoll nehmen' zu wollen [8].

Die ‚kleine Exzellenz' hielt am 10. September auch die Schlußrede des Katholikentages, indem er zunächst eine Art Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Zentrumsfraktionen des Reichstages und des preußischen Landtages im Kulturkampf erstattete. Die göttliche Vorsehung habe es gefügt, daß zur gleichen Zeit, wo den Priestern auf der Kanzel die Verkündigung der Wahrheit sei beschränkt worden, das katholische Volk auf die Parlamentstribünen Männer des Laienstandes entsandt habe, Zeugnis zu geben von der Wahrheit, welche die Priester nicht verkündigen durften. Gottes Segen habe auf diesem Zeugnis aus Laienmund geruht, zumal auf den Reden des unvergeßlichen Hermann v. Mallinckrodt. „Es darf", so rief Windthorst bewegt, „keine katholische Versammlung in Deutschland tagen, ohne daß man dieses Mannes gedenke. Er war der Mann des Glaubens wie wenige, und seine Reden zündeten, weil sie nichts anderes waren als der lebendige Ausdruck eines noch lebendigeren Glaubens. Er war ein Mann unerbittlicher Logik und darum gefürchtet von allen seinen Gegnern. Er war ein Mann von parlamentarischer Beredsamkeit, wie das Jahrhundert sie nur selten erzeugt, und darum sage ich, er, der gefallen ist auf der Bresche, er, der so mannhaft uns vorangeleuchtet, er, dem nachzuahmen wir versuchen, er muß immer und vor allen genannt werden, und ich habe nur den Wunsch, daß wir das, was er getan hat, dadurch dankbar anerkennen, daß wir seiner und der Seinen im Gebet dann und wann gedenken."

---

[8] Verhandlungen 1879 (Aachen) 185 ff.

Dann fuhr Windthorst fort: Gekommen sei er nach Aachen nicht in der Absicht zu reden, sondern zu hören, zu lernen aus dem Verkehr mit so vielen ausgezeichneten Männern, sich zu vergewissern, ob er und seine Freunde im vollen Einklang geblieben seien mit den Gefühlen und Anschauungen des katholischen Volkes. Und dieser Zweck sei vollauf erreicht worden.

Imposant sei der Aachener Katholikentag um deswillen gewesen, weil so viele Redner geistlichen und weltlichen Standes Zeugnis abgelegt hätten für die Wahrheiten der Religion, für die Einheit der Kirche, für die Treue zum Hl. Stuhle zur Beschämung all der Lauen und Halben, die ‚auch katholisch‘, aber ‚nicht ultramontan‘ zu sein behaupteten. „Es gibt keinen Unterschied zwischen Ultramontanismus und Katholizismus, jeder Katholik ist ultramontan, und was sich schämt, diesen Ehrentitel zu führen, ist kein wahrer Katholik; er ist es deshalb nicht, weil er nicht offen und klar bekennt, was wir bekennen müssen, daß wir mit allem, was wir haben, und mit allem, was uns heilig ist, feststehen zum Hl. Stuhl.“

Herzliche Worte widmete der Zentrumsführer den Gästen aus dem so opferwilligen Holland, den im erbitterten Kampfe mit dem radikalen Freimaurertum stehenden Belgiern, dem durch das neue Ferrysche Unterrichtsgesetz bedrückten katholischen Frankreich. Ein Hauptresultat des Aachener Katholikentages sei die eindrucksvolle Manifestation der unerschütterten Einheit und Geschlossenheit der Katholiken Deutschlands. Wertvolle Anregungen hätten die Berichte über die verschiedensten Vereine religiösen, sozialen und caritativen Charakters gegeben. Wiederum sei die ganze Wichtigkeit der Schulfrage festgestellt worden; gehe doch das Bestreben der liberalen Kulturkämpfer, die mit der gegenwärtigen Generation nicht fertig werden könnten, darauf aus, das künftige Geschlecht geistig zu vergiften. Die katholischen Eltern und der treue katholische Lehrerstand müßten zusammenstehen in dem um die Schule entbrannten Kampfe, eine unabsetzbare Schulinspektorin aber sei die tiefreligiöse christliche deutsche Mutter. Worte voll hinreißender Liebenswürdigkeit und ergreifendem sittlichen Pathos richtete der Redner in die-

sem Zusammenhang an den Damenflor auf der Tribüne. Die letzten Ausführungen bezogen sich auf den Kulturkampf, der ein Kampf des Unglaubens gegen den Glauben sei. „Wir müssen die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche erstreiten, wo wir sie nicht haben, und schützen, wo sie ist.“ Dieses Ziel müsse mit vereinter Kraft, mit Begeisterung und Beharrlichkeit, in Unterordung unter die Autorität des Hl. Stuhles erkämpft werden. Aber der Kampf sei kein Kampf des Kampfes wegen, sondern ein Kampf, um zum Frieden zu gelangen. „Und wenn wir den Frieden erreicht haben, wollen wir brüderlich denen die Hand reichen, die mit uns kämpfen; dazu sind wir verpflichtet, denn auch diese sind Ebenbilder Gottes.“ Er schloß mit einem Hoch auf den Präsidenten, den Majoratsherrn des Hauses Droste, dem der unvergeßliche Erzbischof Klemens August angehört habe [9].

Das war die erste der meisterhaften Schlußreden, mit denen Windthorst noch so viele der folgenden Katholikentage krönen sollte. ‚Stürmischer, andauernder Beifall‘ ist im Protokolle verzeichnet. Die von wärmster katholischer überzeugung durchglühte Rede des großen Parlamentariers war eine religiöse Tat und sie war auch eine patriotische Tat. Die gleichen Attribute konnte die Aachener Versammlung in ihrem Gesamtverlauf beanspruchen, sie hat in dem vom langjährigen Kämpfen ermüdeten und von innerer Uneinigkeit bedrohten katholischen Lager Mut, Siegeszuversicht und Einheit wiederhergestellt und es in dem Entschlusse bestärkt, bis zum glücklichen Frieden auszuharren im Widerstand gegen die das Vaterland in den Grundlagen seiner moralischen Stärke gefährdenden Kulturkämpfer. Es waren tatsächlich die höchsten Lebensinteressen des deutschen Volkes, denen in Aachen das Zusammenwirken von Katholikentag und Leitung der Zentrumspartei ein wichtiger Dienst geleistet worden war.

Von nun an sehen wir die von dem katholischen Volke in den Reichstag und in die Landtage entsandten katholischen Parlamentarier von ihrem guten Rechte, auf der Generalversamm-

---

[9] Verhandlungen 1879 (Aachen) 354 ff.

lung der Katholiken Deutschlands zu erscheinen, einen reichlicheren Gebrauch machen als während der Gluthitze des Kulturkampfes, dessen endlose Debatten diese wackeren Männer bis an die Grenze ihrer Kräfte in Anspruch genommen hatten. War das ein Charakteristikum des Kirchenstreites, daß durch den Religionshaß des Liberalismus religiös-kirchliche Angelegenheiten zum Hauptthema in den Verhandlungen der Parlamente und der politischen Versammlungen gemacht worden waren, Unglaube und Politik zum Zweck religiöser Verfolgung Arm in Arm auftraten, so durfte man es dem Katholikentag nicht verargen, wenn er schon im Jahre 1872 durch den Breslauer Beschluß politische Polemik als zulässig erklärt hatte. Damit war aber der Grundcharakter der Veranstaltung als einer religiösen nicht im geringsten bedroht, vielmehr war der Beschluß gerade eine zeitgemäße Folgerung aus diesem Charakter. Eine religiöse Veranstaltung blieb der Katholikentag auch von 1879 an, als an ihm Parlamentarier in größerer Anzahl regelmäßig teilzunehmen begannen. Wesen und Ziele eines Kongresses bestimmen sich eben aus dem gesamten Inbegriff seiner Verhandlungen. Auch fortan beherrschten religiöse Anliegen in reichster Fülle das Interesse des katholischen Kongresses, wenn aber diese zum Teil mit politischen Fragen verwachsen waren, so war das die ausschließliche Schuld des intoleranten, verfolgungssüchtigen, glaubenslosen Liberalismus.

Nach der Darstellung der vom ‚Evangelischen Bund' bestellten Geschichte der deutschen Katholikentage aber sollen diese nichts geringeres als eine vollständige Wesensänderung erfahren haben, und zwar bereits seit der ersten Entstehung (!) der Zentrumspartei. Diese Änderung wird bestimmt als ‚Umwandlung in parteipolitische Zentrumstage' [10]. Vorsichtigerweise wagt jener Autor seine kühne Behauptung erst nach weitläufigen Vorbereitungen. Er verfährt so, daß er zunächst nur den mehr zurückhaltenden Satz aufstellt, die Katholikentage seien ‚nicht bloß Zentrumstage', sondern ‚auch' Zentrumstage geworden.

---

[10] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 49.

Sodann versucht er den Nachweis, daß das Zentrum als eine ‚konfessionelle Partei' angesehen werden müsse, deren Leiter und ausschlaggebenden Mitglieder Katholiken seien, die sich aber die unwahre Etikette ‚rein politische Partei' aufgeheftet habe zu dem Zwecke, einzelnen Protestanten es zu ermöglichen, ‚sich in den Dienst der geschworenen Feinde der evangelischen Kirche zu stellen und als lutherische Mitläufer des katholischen Zentrums römisches Ansehen und römische Macht in Luthers Volk mehren zu helfen'. Kein Wort ist über diese allgemeingeschichtliche und parteigeschichtliche Weisheit zu verlieren, sie qualifiziert und richtet sich selbst. Aber man fragt sich: Welche Schicksale müssen denn noch über unser armes deutsches Volk kommen, bis sich die patriotische Solidarität der kirchentreuen Katholiken und gläubigen Protestanten im Kampf gegen die Mächte der Auflösung und des Umsturzes von selbst versteht, bis endlich gewisse protestantische Eiferer aufhören, die solches Zusammenarbeiten erstrebenden Katholiken aufs unwürdigste zu verdächtigen? [11]

Die P. Bräunlich zufolge ‚konfessionelle' Partei des Zentrums nun soll in einseitigster Weise die ‚Interessen der römisch-katholischen Konfession', die Anschauungen und Kulturideale des ‚römischen Katholizismus' vertreten, und zwar in Abhängigkeit ‚von den römisch-katholischen Kirchenbehörden'. Durch die Häufung des ‚römisch' erstrebt wohl der Autor den Zweck, daß seine deutsch-protestantischen Leser eine Gänsehaut nach der andern überlaufe. Daß aber die Zentrumsfraktion grundsätzlich eine politische, nichtkonfessionelle Partei ist, daß ihre Angehörigen, sowohl Katholiken wie Protestanten, sich im Einklang mit den verfassungsmäßigen Bestimmungen als Vertreter des gesamten Volkes betrachten und demgemäß handeln, daß der Hl. Stuhl selber erklärt hat, das Zentrum besitze als politische Partei vollständige Freiheit der Aktion — all diese Tatsachen können die Künste Bräunlichs nicht hinwegdemonstrieren.

Für die Katholikentage, so fährt der Autor fort, gebe es

[11] Die geschichtliche Wahrheit über die Entstehung der Zentrumspartei s. bei Kißling, Geschichte des Kulturkampfes I 333 ff.

überhaupt nur eine einzige politische Partei, das Zentrum. An diesem Satz ist so viel richtig, daß tatsächlich der politische Protestantismus, den in vielen Fällen die Konservativen vertraten, und der Kulturkampfsfanatismus der nationalliberalen Partei und des Fortschritts es dem ernsten Katholiken unmöglich gemacht haben, diesen Parteien beizutreten. Einen großen Triumph glaubt dann der Vertrauensmann des Evangelischen Bundes feiern zu können, indem er eine lange Liste von Fällen vorlegt, wo katholische Parlamentarier auf Katholikentagen über politische Gegenstände gesprochen haben, und er schließt mit dem wuchtigen Satze, es gehöre eine Stirn von Erz dazu, noch ableugnen zu wollen, ‚daß das Zentrum von seinen eigenen Führern als eine katholische Partei und die Katholikentage als Zentrumstage betrachtet und behandelt worden sind‘ [12].

Nur gemach! Bei den weitaus meisten der beigebrachten Zitate handelt es sich um Maßnahmen auf sozialem und sozialpolitischem Gebiete, das der Katholikentag längst vor der Gründung der Zentrumspartei in den Bereich seiner Verhandlungen gezogen hatte. Und wenn das Zentrum, das als einzige Fraktion der bürgerlichen Parteien seine volle Kraft dafür eingesetzt hat, dem katholischen Volk sein höchstes Erdengut, die von dem Übermut der Liberalen freventlich geraubte religiöse Freiheit, die Freiheit des Gewissens und Glaubens, wiederzuerobern, wiederzuerobern auch zum Vorteil der evangelischen Landeskirchen, auf dem Katholikentag vor dieses Volk hintrat, über die parlamentarische Lage, Erfolge und Mißerfolge, berichtend, und um Vertrauenskundgebungen, selbst um Unterstützung bei den Wahlen bittend, so war das in der Kulturkampfzeit nur allzu berechtigt. Vom Kulturkampf aber redet Bräunlich, dem politischen Protestantismus wie dem Liberalismus gleich nahestehend, begreiflicherweise sehr ungern und niemals mit der Ausführlichkeit, die dem das katholische Volk aufs allertiefste erregenden Ereignis aus Gründen der historischen Objektivität und Vollständigkeit geschuldet war. Nur aus dem Kulturkampf,

---

[12] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 45.

seinen Begleiterscheinungen und überbleibseln — genannt sei von den letzteren nur die antikatholische Disparitätspolitik vieler bundesstaatlicher Regierungen — kann das Verhältnis von Katholikentag und Zentrumspartei richtig erfaßt und erklärt werden, und der Umstand, daß der Beauftragte des Evangelischen Bundes diesen fundamentalen Punkt übersehen zu dürfen geglaubt hat, mußte seine gesamte Darstellung aufs unglücklichste beeinflussen. Wäre die unheilvolle staatliche Kirchenverfolgung der siebziger Jahre nicht gekommen, so hätte die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands unter Ausschluß alles Politischen sich wie vordem ausschließlich ihren religiösen Aufgaben widmen können. Bezeichnenderweise schrieb der solange als möglich energisch die religiöse Zwecksetzung der Generalversammlungen vertretende Mainzer ‚Katholik' im Rückblick auf die Amberger Tagung (1884), der die Anwesenheit Windthorsts das Gepräge gegeben hatte: „Nicht unsere Schuld ist es, wenn die Generalversammlungen der deutschen Katholiken ihren Statuten entgegen einen politischen Charakter annehmen. Man lasse von dem Kulturkampf ab; dann werden wir uns glücklich schätzen, zu den Fragen des inneren religiösen Lebens uns zurückzuwenden. Solange in Deutschland eine Gesetzgebung besteht, welche die Kirche in den Grundbedingungen ihrer Existenz angreift, ist es Pflicht aller Katholiken, sich um ihre politischen Vertreter zu einigen und mit ihnen das Recht und die Freiheit zurückzufordern, welche eine verblendete Politik zu vernichten strebt. Das geschah auch in Amberg, und es war gut so" [13]. —

Die besondere Art der Aachener Generalversammlung hatte sich aus den eigentümlichen religiösen und sozialen Bedürfnissen des Tagungsortes bestimmt; dem nächstjährigen, in der Bodenseestadt Konstanz vom 13. bis 16. September 1880 abgehaltenen katholischen Kongreß mußten die örtlichen Verhältnisse ein erheblich abweichendes Gepräge verleihen. Hier gab es nicht wie in der niederrheinischen Industriestadt eine vieltausendköpfige, von der Verführung seitens des Liberalismus und

---

[13] Der Katholik 1884 II 330.

Sozialismus bedrohte Arbeiterschaft, für Konstanz, die ehemalige Wirkungsstätte des Febronianers und aufklärerischen Reformers Wessenberg, war charakteristisch der Liberalismus radikaler Färbung innerhalb des wohlhabenden Bürgertums, das aus naheliegenden Gründen sich der Agitation des reformerischen papstfeindlichen Altkatholizismus sehr zugänglich erwiesen hatte. Ein betrübliches Zeichen der Unbeständigkeit menschlicher Dinge war es, daß der nunmehr in Konstanz wohnende Professor Friedrich Michelis durch Maueranschläge den Katholikentag einlud — zur Disputation über die Unfehlbarkeit des Papstes, welche Einladung durch völliges Ignorieren beantwortet wurde. Die ganze Haltung, die Michelis und die übrigen Führer der altkatholischen Sekte der Kirche gegenüber seit 10 Jahren eingenommen hatten, die immer noch steigende ungerechte Bitterkeit ihrer Polemik und die Leichtherzigkeit, mit der sie von Dogma und Disziplin der alten Kirche ein Stück nach dem andern preisgaben, gewährten nicht den geringsten Anhalt für die Hoffnung, daß Konstanz, wo im Jahre 1417 durch die Wahl des edlen Papstes Martin V. das unheilvolle abendländische Schisma beigelegt worden war, der Schauplatz eines neuen kirchlichen Friedensschlusses werden könne. Über die durch die genannte Papstwahl und die Verurteilung des Johannes Hus so denkwürdige allgemeine Kirchenversammlung von Konstanz hielt am 15. September einer der namhaftesten Kirchenhistoriker Deutschlands, der Rottenburger Bischof Karl Joseph v. Hefele, dem Katholikentag einen Vortrag, der mit einem warmen Lobpreis der katholischen Einheit endete: „Wir freuen uns der kirchlichen Einheit, wir sind ja eben dazu hierher gekommen, um uns dieser kirchlichen Einheit zu freuen, um Zeugnis von derselben zu geben, um uns in der kirchlichen Einheit zu stärken. Das ist der Zweck unserer Versammlung."

Eine einigermaßen hoffnungsfreudige und vertrauensvolle Stimmung waltete über den Verhandlungen der Konstanzer Tagung, die Graf Friedrich zu Stolberg-Stolberg als Präsident leitete. Zwar ließ sich niemand von den Spitzen der staatlichen und städtischen Verwaltung sehen, aber im Lande Baden war der

Kulturkampf im deutlichsten Abebben begriffen, wie zumal das kirchenpolitische Friedensgesetz vom 5. März 1880 lehrte, das die so tiefgreifende Kulturexamenspolitik preisgab und der Verwaisung der Seelsorge endlich steuerte. Dankbar feierte der Erzbistumsverweser von Freiburg, Lothar v. Kübel, den Großherzog von Baden, der wesentlich dazu beigetragen habe, den kirchlichen Notständen abzuhelfen. Das neue Gesetz sei eine große Wohltat und eine Anerkennung des Segens, den die kirchliche Wirksamkeit der menschlichen Gesellschaft bringe, und ein Unterpfand dafür, „daß die notwendige Bedingung der vollen segensreichen Wirksamkeit der Kirche, nämlich ihre Freiheit, immer mehr und mehr zur Geltung gelangen wird“ [14].

Ein Hoffnungsschimmer kam auch aus Preußen, das nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen mit dem Hl. Stuhl durch Gesetz vom 14. Juli 1880 einige wenige Milderungen der Staatskirchengesetzgebung eingreifen ließ und zumal die aushilfsweise seelsorgerliche Tätigkeit von der Strafverfolgung befreite [15]. Das große Faß der Maigesetzgebung, so erläuterte Dr. Moufang durch einen Vergleich, war angebohrt, der Inhalt mußte über kurz oder lang vollständig herausströmen. Und Friedenskunde konnte auch der ehrwürdige Bischof des nahen St. Gallen, Dr. Karl Johann Greith, aus der Schweiz bringen, wo die verbündeten Radikalen und Altkatholiken eine furchtbare Verfolgung über katholische Minoritäten verhängt hatten, zumal in den Kantonen Genf, Bern, Basel, Aargau und Thurgau. Die Bischöfe Mermillod von Genf und Lachat von Basel hatten ähnliche Schicksale erfahren wie ihre Mitbrüder in Preußen. Die katholischen Schweizer aber, so führte der Bischof von St. Gallen aus, hätten einen großen Teil ihrer Kraft passiven Widerstandes geschöpft aus dem Beispiel der deutschen Katholiken. „In Deutschland sahen sie die heldenmütigen Bischöfe, die lieber in das Gefängnis oder in die Verbannung wanderten, als daß sie ihre hohe Sendung und Hirtenpflicht verraten hätten;

---

[14] Verhandlungen 1880 (Konstanz) 106 ff.; vgl. J. Schofer, Bischof Lothar v. Kübel, Freiburg 1911, 197 ff., 252 f.

[15] Kißling, Geschichte des Kulturkampfes III 250 ff., 457 f.

dort begegneten sie den Scharen von Priestern, die ihre treue Liebe zur Kirche im Feuer der Trübsal und Verfolgung bewährten und dadurch einen immergrünen Ruhmeskranz sich um ihr Haupt geflochten haben. Dort bewunderten sie die Standhaftigkeit der katholischen Gemeinden, die es vorzogen, jahrelang der Gnaden und Tröstungen der Religion zu entbehren, als daß sie ihrer Kirche treulos geworden wären. Alle diese herrlichen Erscheinungen haben auf die Katholiken der Schweiz einen ganz erhebenden und stärkenden Einfluß ausgeübt und zur Nachahmung sie ermuntert" [16].

Die Aussichten der kirchenpolitischen Lage waren nach alledem derart, daß der Katholikentag von Konstanz sich mit voller Kraft den großen Fragen des Wiederaufbaus der durch den langjährigen Kampf geschaffenen Ruinen zuwenden zu dürfen glaubte, und tüchtige Arbeit ist von ihm geleistet worden. Eine willkommene Ausspannung gewährte ein Ausflug über den Bodensee nach dem Besitztum des Freiherrn Franz v. Bodman, der als Vorsitzender des Lokalkomitees sich verdient gemacht hatte. Als die beiden Dampfer am großherzoglich-badischen Schloß Mainau vorüberfuhren, huldigten die Festgäste begeistert dem Herrscherpaare, und die Ovation wurde huldvollst aufgenommen [17].

War die Reichshauptstadt Berlin das Mekka der Kulturkämpfer, so konnte Bonn am Rhein als deren Medina bezeichnet werden. In der schönen Universitätsstadt verehrten sie den Hauptsitz des Altkatholizismus, der einen Verbündeten im Krieg wider die katholische Kirche bedeuten sollte, und den Mittelpunkt der sektiererischen Agitation. Bonn war auch der Wohnsitz des ‚Deutschen Vereins' gewesen, den Professor Heinrich v. Sybel 1874 mit Hilfe des liberalen Professorentums und gleichgesinnter Angehörigen der Bourgeoisie gestiftet hatte mit dem besonderen Zwecke, die Kulturkampfmaßnahmen der preußischen Regierung im Rheinland zur schärfsten Ausführung zu bringen, sei es selbst mit den Mitteln der Korruption und des

[16] Verhandlungen 1880 (Konstanz) 157.
[17] Verhandlungen 1880 (Konstanz) 173, 182.

Spitzeltums. H. v. Sybel hatte am Rhein eine förmliche Nebenregierung eingerichtet und sich zumal bemüht, die Einführung einer freiheitlichen Selbstverwaltung in dem Westen zu hintertreiben, weil diese nur im Interesse der ‚Ultramontanen' wirken werde. Der ungeheure Skandal des ‚Konitzerprozesses' hatte im Jahre 1877 all diese ‚liberalen' Machenschaften enthüllt und an den Pranger gestellt [18]. Eine traurige Berühmtheit hatte Bonn im Kulturkampf durch den ‚Fall Kaufmann' erlangt. Der überzeugungstreue Katholik Leopold Kaufmann, der seit 1850 mit Auszeichnung an der Spitze der städtischen Verwaltung gestanden hatte, war am 31. Juli 1874 einstimmig wiederum auf 12 Jahre zum Oberbürgermeister gewählt worden, hatte aber infolge eines inquisitorischen Verhöres auf dem Regierungspräsidium zu Köln die königliche Bestätigung nicht erhalten; ob Kaufmann in seinem Amte ‚auch gern' die Kulturkampfgesetze ausführen werde, das war die Frage, an die der Inquisitor die Entscheidung geknüpft hatte [19].

Aber die Kulturkämpfer waren in Bonn eine verschwindende Minderheit, das Gesamtgepräge des öffentlichen Lebens in der Stadt war durch und durch katholisch geblieben. Diese Tatsache wurde auch für das blödeste Auge zur Evidenz erhoben durch den Verlauf der 28. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, die vom 4. bis 8. September 1881 in den Mauern der alten Kurfürstenresidenz tagte. Die geräumige Beethovenhalle gewährte ihr ein würdiges Heim, geleitet wurde sie von einem Edelmann aus Hessen, dem Freiherrn Franz v. Wambolt.

Eine die katholischen Rheinländer tiefschmerzende, vom Kulturkampf geschlagene Wunde mußte Altoberbürgermeister Kaufmann schon am Begrüßungsabend berühren, als er an den im Exil lebenden Erzbischof Paulus Melchers erinnerte, den der Königliche Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten am 28. Juni 1876 ‚abgesetzt' hatte. Der Rheinländer, so sagte der

---

[18] Näheres s. bei Kißling, Geschichte des Kulturkampfes III 149 ff.

[19] Frz. Kaufmann, Leopold Kaufmann, Oberbürgermeister von Bonn, Köln 1903, 177 ff.

Redner, sei heiteren Sinnes, aber tiefernst nehme er die Sache seines römisch-katholischen Glaubens. Das habe man auch in Bonn im Jahre 1874 zu erfahren Gelegenheit gehabt. „Wenige Tage, nachdem der standhafte Bekenner, unser unabsetzbarer hochwürdigster Erzbischof Paulus die Mauern seines Kerkers, doppelt ehrwürdig, verlassen hatte, spendete er hier in Bonn das Sakrament der hl. Firmung. Jedem wird es, wie mir, unvergeßlich bleiben, wie rührend und wahrhaft überwältigend sich damals die kindliche Liebe und treue Anhänglichkeit an unsern Bischof in dieser Stadt offenbarte. Doppelt bitter ist der Schmerz und doppelt groß die Trauer, in einem so feierlichen Augenblick wie dem heutigen zu denken, daß wir so lange Zeit den geliebten Bischof nicht mehr in unserer Mitte haben; es gereicht uns aber zum Troste die Überzeugung, daß der gute Hirt, der Tag und Nacht das Wohl der ihm anvertrauten Herde auf seinem treuen Herzen trägt, im Geiste unter uns weilt, daß wir zuversichtlich annehmen dürfen, daß mit seiner Zustimmung und unter seinem Segen die 28. Generalversammlung bei uns tagen wird“ [20].

Als ein auf bessere Zeiten hindeutendes Ereignis aber konnte es gefeiert werden, daß vor kurzem die Nachbardiözese Trier in Dr. Michael Felix Korum wiederum einen Oberhirten erhalten hatte. Ludwig Windthorst legte unter großem Beifall der Versammlung die Tragweite dieses Ereignisses dar. Der neue Bischof sei zwar ein Bischof in Fesseln, in seiner Wirksamkeit durch die Staatskirchengesetzgebung aufs äußerste beengt. Bedeutungsvoll aber sei es, daß in der Trierer Sache „ein Einverständnis zwischen der Regierung und dem Hl. Stuhle gesucht und gefunden worden ist, und das ist die Tatsache, auf welche ich Wert lege. Denn das wissen wir alle aus der Lebenserfahrung, daß, wenn zwei nach einem Streite erst einmal wieder in einem Punkte ein freudiges offenes Einverständnis gefunden haben, die Gemüter sich erweichen und das Fernere dann folgt. Das ist die Bedeutung, welche die Lösung der Trierer Bistumsfrage für

---

[20] Verhandlungen 1881 (Bonn) 68 f.

uns hat, und ich glaube, daß es uns ziemt, von dieser Stelle aus dem neuen Bischof ein herzliches Willkommen zuzurufen“ [21].

War in Preußen eine nur sehr geringfügige Besserung der kirchenpolitischen Lage zu verzeichnen, waren Episkopat und Klerus in ihrer Tätigkeit immer noch nur allzusehr gehemmt, so hatte das durch die Not des Kulturkampfes ausgebildete Apostolat des katholischen Laientums weiterhin eine umfassende Aufgabe zu lösen. Der schlesische Jurist Dr. Felix Porsch hielt über dieses Thema in Bonn eine meisterhafte Rede. Ein großer Teil des Predigtamtes sei tatsächlich zeitweilig an die Laien übergegangen, die es übten auf den Parlamentstribünen und in den Volksversammlungen durch das gesprochene, in der Presse durch das geschriebene Wort. Die Staatsregierungen hätten ja, wie verschiedene gesetzgeberische Maßregeln zeigten, mit allen Mitteln danach gestrebt, innerhalb der katholischen Kirche die Macht des Laientums zu verstärken, aber dieses Apostolat des Wortes sei ihm von Staats wegen eigentlich nicht zugedacht worden. Die katholischen Laien seien sich vollauf bewußt, daß es sich bei ihrer Tätigkeit zugunsten der Kirche nur um einen Notstand handele; sie vergäßen nicht, daß das Leben nach streng kirchlichen Grundsätzen unvergleichlich wichtiger sei als öffentliches Auftreten für die Interessen der Kirche. Von den Rechten, welche die preußische Gesetzgebung den Gemeindevertretungen hinsichtlich der Verwaltung des Kirchenvermögens zugewiesen habe, mache das Laientum Gebrauch, aber es erinnere sich immer daran, daß nach dem Recht der Kirche diese Verwaltung den kirchlichen Organen zustehe. „Darum müssen die Mitglieder unserer kirchlichen Repräsentationskörper sich davor hüten, daß sie nicht zu Meistern unserer Kirche, nicht zu Meistern der kirchlichen Organe werden wollen.“ Die Hauptpflicht des Laien in der Gegenwart lasse sich dahin zusammenfassen: Zeige dich immer und überall als Katholik, niemals aufdringlich und exklusiv, aber immer entschieden, immer furchtlos und immer treu, auf allen Gebieten des Lebens! Vorwärtsstreben auf wirt-

[21] Daselbst 308 f.

schaftlichem wie auf wissenschaftlichem Gebiete, vertrauensvoller Zusammenschluß aller Guten, opferwillige Unterstützung aller katholischen Unternehmungen, das sei die den katholischen Männern gestellte Aufgabe, sie müßten wachsame, sorgsame und würdige Hüter an dem Heiligtum sein, so lange bis — sei es nun bald oder sei es später — wieder vollauf und ungeschmälert „diese Wacht von denen ausgeübt werden kann, die Gott gesetzt hat, seine heilige Kirche zu regieren“.

Die von der liberalen und der Regierungspresse in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen immer wieder verbreitete Tendenzlüge, der zufolge der den Staatskirchengesetzen der Kulturkampfsära katholischerseits entgegengesetzte passive Widerstand keineswegs die Reaktion des tiefverletzten religiösen und Rechtsempfindens der überwältigenden Mehrheit des katholischen Volkes, sondern lediglich das Werk weniger, uneingestehbare Geheimzwecke verfolgender Politiker geistlichen und weltlichen Standes sein sollte, wurde von Ludwig Windthorst aufs Korn genommen. „Sind denn“, so fragte der Zentrumsführer, „die Leute so kurzsichtig zu glauben, daß 15 Millionen Menschen, verbreitet über einen so weiten Raum, von einigen Ehrgeizigen so getäuscht werden könnten, daß sie, um den ehrgeizigen Plänen dieser wenigen zu gefallen, sich in solcher Einmütigkeit erheben, wie für ihre eigenen heiligsten Interessen? Ist es nicht eine Kurzsichtigkeit ohnegleichen, nur an eine solche Möglichkeit zu denken? Nein, der Widerstand ist hervorgegangen aus dem tiefsten inneren religiösen Gefühle, aus der Gesinnung des katholischen Volkes.“ Gewiß, es habe einige Tausende von dissentierenden ‚Staatskatholiken‘ gegeben, aber deren Anzahl nehme von Tag zu Tag ab, der Widerspruch gegen die Vergewaltigung der religiösen Freiheit sei die gemeinsame Sache aller Katholiken. „Das ist das Merkwürdige des menschlichen Seins, Denkens und Fühlens, daß wir immer den Wert der Dinge erst dann vollkommen und ganz erkennen, wenn die Gefahr eintritt, sie zu verlieren. Es mögen sich also diejenigen, welche die Geschicke der Menschen leiten oder mitzubestimmen

haben, vergegenwärtigen: sie stehen hier gegenüber dem katholischen Bewußtsein von fünfzehn Millionen Deutscher."

Dann wandte sich der greise Parlamentarier dem Stand der Friedensverhandlungen zu. Die vorjährigen Besprechungen zwischen Vertretern der preußischen Regierung und dem Hl. Stuhle seien nur eine Rekognoszierung, eine ‚Anfühlung' gewesen zum Zweck festzustellen, wie stark der Gegner sei, und plötzlich abgebrochen worden. Aber die neuerlichen Verhandlungen — der deutsche Gesandte in Washington Kurt v. Schlözer war wenige Wochen vorher zur Besprechung kirchenpolitischer Angelegenheiten nach Rom entsandt worden[22] — versprächen mehr Erfolg, und ein solcher sei unbedingt zu wünschen im Interesse der verwaisten Pfarreien und der vielen Verbannten. Freilich kenne man die bei den Verhandlungen möglichen Wechselfälle nicht, die feindlichen Parteien im Landtag, die jüngst grollend beiseite gestanden, könnten plötzlich wieder an Macht gewinnen. Deshalb müsse das katholische Lager in voller Rüstung verharren, neben den Verhandlungen stehen „wie eine Armee während der Verhandlungen über die Präliminarien eines Waffenstillstandes, Gewehr bei Fuß, aber das Pulver trocken". Als Ziel der Verhandlungen sei zu erstreben vollständige Wiederherstellung des status quo ante. „Ich wiederhole, wir kämpfen nicht aus Lust am Kampfe, wir kämpfen, weil wir gezwungen sind, und werden mit Freuden die Rüstung niederlegen, wenn endlich der ersehnte Friede errungen ist. Aber wir haben gelernt in diesem Kampfe, wir werden unsere Waffenfähigkeit nicht vergessen und wir werden unsere Jugend lehren, die Waffen üben und den Speer werfen, denn der Kampf kann immer einmal wiederkommen. Die besondere Sorte von Philosophen und die besondere Sorte von Philosophie dauert noch immer fort: es sind eben die modernen Heiden, gegen die wir kämpfen. Aber schwer wird es ihnen demnächst werden. Die Regierungen, von ihnen diesmal irregeführt, sind gewitzigt, und wir sind gewarnt. Das ist auch ein Resultat. Ich habe vor einigen Tagen gesagt: Toujours

[22] Kißling, Geschichte des Kulturkampfes III 268 ff.

en vedette! und das wird für immer unser Fall sein: Toujours en vedette! Und das verspreche ich Ihnen, solange ich überhaupt noch reiten kann, werde ich auf dem Vorposten stehen“ [23].

Die Verhandlungen des Bonner Katholikentages hatten sich in ausgiebiger Weise noch mit dem in dem Königreiche Italien tobenden ‚Kulturkampf‘ zu beschäftigen aus Anlaß der alle Katholiken des Erdkreises aufs äußerte empörenden Vorgänge der Nacht des 13. Juli 1881, in der die sterblichen Überreste Papst Pius' IX. an ihre definitive Ruhestätte in der Kirche S. Lorenzo fuori le mura überführt wurden [24]. In der dritten öffentlichen Versammlung berichtete Dr. Joseph Schröder, der infolge des Kulturkampfes eine Stellung als Theologieprofessor im belgischen St. Trond hatte übernehmen müssen, über die unwürdige Lage, die seit der Okkupation Roms dem Oberhaupt der Christenheit und Statthalter Christi allen Bestimmungen des ‚Garantiegesetzes‘ zum Trotz bereitet worden war, und schilderte dann die Exzesse des fanatisierten römischen Pöbels, gegen welche die italienische Regierung den Leichnam des hochseligen Papstes nicht hatte schützen wollen. In tiefster Entrüstung rief der Redner aus: „Diese Greuel geschehen nicht unter den Barbaren, wo der Mensch dem Menschen zur Nahrung dient, nein, das geschieht in Europa, das geschieht in einem Musterstaate der modernen Politik.“ Die Fürsten und Völker der Welt forderte Professor Schröder zur Verurteilung der verbrecherischen und infamen Szenen des 13. Juli auf und erklärte, „daß der Schutz des Papstes eine Pflicht aller Regierungen ist, wenn nicht die Welt einer Barbarei entgegengehen soll, welche die Geschichte bisher nicht gekannt hat und die nur mit der allgemeinen Sklaverei enden kann“. Der dritten geschlossenen Versammlung lagen drei verschiedene in diesem Sinne gehaltene Anträge vor, bei deren Diskussion Pfarrer Ibach-Vilmar eine Übersicht über all die antikirchlichen Gewalttaten gab, die Italien seit dem 20. September 1870 begangen hatte; für den Hl. Vater verlangte

---

[23] Verhandlungen 1881 (Bonn) 308 ff.

[24] Die päpstlichen Aktenstücke über den Zwischenfall s. bei H. Bastgen, Die römische Frage III, Freiburg 1919, 199 ff.

der Referent eine wahre Souveränität und absolute Gewährleistung der persönlichen Freiheit. „Ich glaube,“ so führte Windthorst aus, „daß die erschreckenden Szenen, die wir am 13. Juli erlebt haben, eine dringende Mahnung für uns sind, auszusprechen, daß die Katholiken Deutschlands gegen diese Brutalität protestieren, und daß sie die Erwartung aussprechen, die europäischen Mächte würden sich endlich ermannen, um im Interesse der Kirche oder — soweit ihnen dieses nicht am Herzen liegt — im Interesse des konservativen Prinzips hier einzutreten. Ich für mich bin der Meinung, daß die unabhängige Stellung des päpstlichen Stuhles das erste und bedeutendste Interesse aller Throne und aller Staaten ist, welche überhaupt aufrecht stehen wollen. Staatsmänner. die das nicht begreifen, haben das Abc der Staatskunst noch nicht gelernt oder sind durch Vorurteile geblendet in einer Weise, die sie in der Tat für ihre Stellung unfähig macht.“ Zweifellos sei die wahre Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Hl. Stuhles auf die Dauer unmöglich ohne Herstellung einer weltlichen Macht des Papstes. Einstweilen aber müßten interimistische Maßregeln zum Schutz des Hl. Vaters seitens der Kabinette erstrebt werden [25].

Ergebnis der Verhandlungen war die Annahme der folgenden Entschließung: „Die Generalversammlung erklärt jetzt wie allezeit ihre volle Liebe und Hingabe sowie ihre ganze und unbedingte Unterwerfung unter die Autorität des Apostolischen Stuhles. Sie spricht ihre tiefste Entrüstung aus über die in der Ewigen Stadt selbst von seiten der Revolution unter den Augen der Gewalthaber unbehindert gegen die sterblichen überreste des großen Papstes Pius IX. begangene Freveltat und erkennt in derselben eine dem souveränen geheiligten Haupte der Kirche, unserem heiligsten Vater Leo XIII. bereitete schwere Beleidigung und bittere Kränkung sowie eine der Leiche des unvergeßlichen Pius angetane Beschimpfung, vor allem aber eine gegen das Papsttum als solches verübte schwere Gewalttat, die das Herz aller Katholiken aufs tiefste verwundet und zur Abwehr aufruft.

---

[25] Verhandlungen 1881 (Bonn) 204 f.

Sie findet in diesen beklagenswerten Ereignissen den Beweis, daß die jetzigen Zustände in Rom ebenso unhaltbar als ungenügend sind, um sowohl den Vater der Christenheit vor Insulten und Gewalttat als auch die Einheit und Freiheit seiner Regierung in der notdürftigsten Weise zu schützen.

Sie gibt daher der gerechten Erwartung Ausdruck, daß die christlichen Mächte nicht länger die Vergewaltigung ihrer katholischen Untertanen in ihrem geistlichen Haupte und einen Zustand der Dinge im Mittelpunkte der Christenheit dulden, dessen Fortdauer nicht nur die Kirche, sondern auch die Staaten durch die dort eingedrungene Barbarei je länger je mehr aufs ernstlichste bedroht" [26].

In seiner feinen humorvollen Art ließ Ludwig Windthorst als Schlußredner noch einmal all die hochbedeutsamen Gegenstände Revue passieren, welche die Bonner Versammlung beschäftigt hatten, und bezeugte, daß die gute Stadt, wie ihr reicher Schmuck und die freudige Teilnahme der Bevölkerung erwiesen, trotz aller Agitation liberaler- und altkatholischerseits noch immer eine „römisch-katholische Stadt, schwarz, pechrabenschwarz, in der Wolle gefärbt", geblieben sei. Eine echt rheinisch-frohsinnige Feier beschloß die ungewöhnlich eindrucksvolle Tagung, eine Festfahrt nach Rolandseck, wo das Festbankett abgehalten wurde. Vier Dampfer waren von dem Festkomitee gemietet; aber der Andrang von Gästen aus den niederrheinischen Städten war so gewaltig, daß noch je ein ‚Kölner', ‚Krefelder', ‚Essener' und ‚Wuppertaler' Schiff mitfahren mußten.

Der Verlauf des Bonner Katholikentages wurde im ganzen katholischen Lager als ein ausnehmend wichtiges und erfreuliches Ereignis empfunden. „Noch nie hat die Bevölkerung einer Stadt", so schrieb der Mainzer ‚Katholik', „in solcher Allgemeinheit und mit solcher Begeisterung an einer katholischen Generalversammlung sich beteiligt, wie Bonn es getan hat." Und das sei nun die Stadt, in der beim Ausgang der Kurfürstenzeit die Aufklärung und der Josephinismus ein Hauptquartier besessen,

[26] Verhandlungen 1881 (Bonn) 295.

die durch die Regierung Preußens eine Universität von vorwiegendem protestantischen Charakter erhalten habe und jüngst gar Wohnsitz des altkatholischen Bischofs geworden sei. Allen verständigen Beobachtern habe denn die so glänzende Bonner Tagung den Beweis erbracht, „von welcher jedem fremden Einfluß unüberwindlichen religiösen Festigkeit und Selbständigkeit eine rheinische katholische Stadt ist, wie wenig weise daher diejenigen handeln, welche dieses rheinische katholische Volk nicht als eine unüberwindliche Tatsache anerkennen. Wir sagen: das rheinische Volk, denn nicht bloß die Stadt Bonn, sondern das ganze Rheinland hat diese Gelegenheit benutzt, um schlicht, einfach und freudig seine katholische Gesinnung zu manifestieren ... Wenn nicht die Haltung dieses Volkes in den Leiden des Kulturkampfes längst es bewährt hätte, die Freude dieser Tage hätte es gezeigt, daß die Gesinnung, die zur Zeit des Erzbischofs Klemens August die Besten des Rheinlands belebte, heute noch vorhanden, und nicht bloß vorhanden, sondern mächtig erstarkt und Gemeingut aller geworden ist“ [27].

In den nächsten auf die Bonner Generalversammlung folgenden Wochen und Monaten erhielten die Katholiken Deutschlands die Genugtuung, daß die Römische Frage, die so lebhaft die Gemüter in Bonn beschäftigt hatte, weite Kreise der deutschen Politiker, selbst der ehemaligen Kulturkämpfer, zu beschäftigen begann. Die freikonservative ‚Post‘ veröffentlichte einige Artikel, die höchstes Aufsehen erregten, weil sie dem katholischen Standpunkt gerecht zu werden versuchten. „Der Katholizismus“, so war mit Beziehung auf die Ereignisse bei der Bestattung Pius' IX. ausgeführt, „kann den Glauben an sich selbst nicht bewahren, wenn Rom aufhört, die ewige Gottesstadt zu sein, wenn man den Papst in Rom nicht in seinem Reiche, in der freien Entfaltung seiner Majestät sehen kann. Der Papst in Rom als Gefangener ist für das katholische Gefühl erträglicher als der Papst in Rom abhängig von den Anordnungen einer weltlichen Polizei und von den Rücksichten einer feind-

---

[27] Der Katholik 1881 II 322.

lichen oder gleichgültigen Menge“ [28]. Dem Papst wurde empfohlen, auf eine Zeitlang Rom zu verlassen: durch seine freiwillige Exilierung werde er die Staaten mit katholischer Bevölkerung veranlassen, eine internationale Regelung der Römischen Frage dem italienischen Königreiche abzupressen.

Offiziöser Charakter, wie einzelne katholische Optimisten annehmen mochten, kam den Leitartikeln der ‚Post‘ schwerlich zu. Aber soviel ist sicher, daß der Leiter der deutschen Politik seit gewissen unliebsamen Erfahrungen im Deutsch-Französischen Krieg dem Quirinal sehr wenig hold war, neuerdings zumal im Hinblick auf den österreichfeindlichen Irredentismus, der auf der Halbinsel so dreist das Haupt erhob. Äußerst geringschätzig sprach sich Fürst Bismarck im Jahre 1880 gegenüber seinem Leibjournalisten Moritz Busch über die Italiener aus: „Die sind wie der Rabe am Schlachtfelde, der sich sein Futter von andern besorgen läßt. Im Jahre 1870 waren sie bereit, uns mitanzufallen, wenn man ihnen ein Stück von Tirol gäbe.“ Die eigentliche Italia irredenta sei das Innere des Königreichs mit seinen drückenden Steuern und Schulden. „Da sollten sie anfassen, daran denken statt an Eroberungen. Aber es wird mit ihnen noch dahin kommen wie mit Spanien unter Isabella, und der Kirchenstaat und Neapel werden wiederhergestellt werden. Rußland und Italien sind die einzigen friedensfeindlichen Mächte“ [29].

An die Adresse Italiens richtete in den ‚Preußischen Jahrbüchern‘ Heinrich v. Treitschke im September 1881 eine Betrachtung, in der dargelegt war, daß die bevorstehende kirchenpolitische Annäherung zwischen Preußen und dem Vatikan das italienische Kabinett nötigen müsse, sich auf politischem Gebiete mit dem Deutschen Reiche und dem österreichischen Kaiserstaate in ein besseres Einvernehmen zu setzen, sonst würde die Beilegung des Kulturkampfes politisch sehr unbequem für das im Gegensatz zum Papsttum lebende Italien werden. Alle Beunruhigungen würden beseitigt, wenn das Königreich sich den verbündeten Kaiserreichen anschließen wolle [30].

---

[28] Bastgen, Die Römische Frage III 20 ff.
[29] M. Busch, Tagebuchblätter II, Leipzig 1899, 575 f.
[30] Bastgen, Die Römische Frage III 28 ff.

Die vorgezeichnete Politik machte sich Italien um so bereitwilliger zu eigen, als die Okkupation von Tunis durch die französische Republik es soeben aufs äußerste gereizt hatte; im Oktober 1881 reisten König Umberto und Königin Margherita zum Besuch an das kaiserliche Hoflager in Wien, aus dem Zweikaiserbündnis wurde im Mai 1882 der Dreibund, der für das Schicksal Deutschlands und Europas so weittragende Folgen haben sollte. Italien wußte, daß die abgeschlossene Allianz den Fürsten Bismarck verhindern werde, sich mit Versuchen zur Lösung der Römischen Frage in papstfreundlichem Sinne zu beschäftigen. Der Ernst dieser neuen Lage wurde der katholischen Welt alsbald zum Bewußtsein gebracht durch den ‚Fall Martinucci'. Ein päpstlicher Bediensteter dieses Namens hatte im Sommer 1882 wegen einer Lohnforderung den Leiter des päpstlichen Hofhaltes vor einem italienischen Gericht zu belangen gesucht. Der im Vatikan residierende Maggiordomo brachte selbstverständlich die Einrede der Inkompetenz ein, da der Papst, seine Dienerschaft und seine Paläste sich des Privilegs der Exterritorialität und Exemption erfreuten. Der italienische Gerichtshof verwarf die Einrede der Inkompetenz: Alle Einwohner des Königreiches ohne Unterschied des Ranges seien den ordentlichen königlichen Richtern unterstellt, und davon statuiere auch das Garantiegesetz vom 13. August 1871 keine Ausnahme. Der Zweck dieses Gesetzes erschöpfe sich vollständig darin, „daß der Papst, dessen Person als heilig und unverletzlich feierlich erklärt wurde, einer vollen Unabhängigkeit zur freien Handhabung seiner geistlichen Macht genießen solle". Die Einrede des Maggiordomo führe zu der ‚Absurdität', „daß die Handhabung der Gerechtigkeit, die wahre Schutzwehr der Königreiche, in Italien in irgendwelchen Formen vermöge eines lokalen Privilegs außer Kraft gesetzt werden könne". Daß das Garantiegesetz praktisch wertlos sei, konnte selbst von Gegnern des Papsttums nun nicht mehr geleugnet werden.

Überhaupt gestaltete sich zu Beginn der achtziger Jahre in den romanischen Ländern die kirchenpolitische Lage für die Katholiken immer dornenvoller unter dem Ansturm des Radika-

lismus und seiner Verbündeten, der Freimaurerei, zumal in Frankreich, wo das Gesetz vom 28. März 1882 aus der staatlichen Schule allen Religionsunterricht verbannte. Gambettas Schlagwort ‚Der Klerikalismus ist der Feind' begann seine vergiftende Wirkung auszuüben. Um so erfreulicher und tröstlicher war es für Papst Leo XIII., daß gerade jetzt das Königreich Preußen seine diplomatische Vertretung beim Vatikan wiederherstellte und Fürst Bismarck bei dem Anlaß auf der parlamentarischen Tribüne erklärte: „Ich rechne die Bekenner der katholischen Kirche zu unseren gleichgestellten Landsleuten und die Institution der katholischen Kirche in Deutschland mitsamt der päpstlichen Spitze, die zu ihr gehört, für eine einheimische Institution der deutschen Bundesstaaten." K. v. Schlözer erhielt nun definitiv den wiedererstandenen Posten als preußischer Gesandter beim Vatikan.

Das alles schien auf das Herannahen eines endgültigen kirchenpolitischen Friedensschlusses hinzudeuten. Man begreift, wie groß die Enttäuschung und Entrüstung der preußischen Katholiken war, als im Frühling 1882 die Regierung im Abgeordnetenhause nicht eine Friedensvorlage, sondern nur einige wenige weitere Vorschläge zur Milderung der harten kirchenpolitischen Gesetzgebung einbrachte, und Kultusminister v. Goßler sein klägliches Werk damit verteidigte, daß ein jäher Wechsel in der Kirchenpolitik ein Unglück für Preußen sein werde und der Staat überdies seine Kirchengesetze notwendig habe, um im Osten nationalpolnischen Bewegungen entgegentreten zu können. Unter prinzipieller Verwahrung gegen die Goßlersche Politik diskretionärer Vollmachten lieh das Zentrum den einer Revision der Kulturkampfgesetze, selbst der Abschaffung des berühmten Kulturexamens und der Begnadigung der verbannten Bischöfe wohlgeneigten Konservativen seine Mitarbeit zur Amendierung der Vorlage, die trotz allen Ansturmes der Nationalliberalen und Freikonservativen unterm 31. Mai 1882 Gesetz wurde. Praktischen Nutzen sollte jedoch dieses zweite Milderungsgesetz nicht schaffen. Um seinen starken Widerwillen gegen Preußens geplante Verschleppung des kirchenpolitischen

Friedensschlusses kundzutun, verweigerte Papst Leo XIII. jede kirchliche Mitwirkung zur Ausführung der Halbheiten des neuen Milderungsgesetzes, die preußische Staatsregierung ihrerseits machte von den ihr durch das neue Gesetz eingeräumten Vollmachten zu Dispensationen und Begnadigungen ‚renitenter' Bischöfe und Priester keinen Gebrauch. Mit großer Spannung aber erwarteten die deutschen Katholiken das Zusammentreten des nach Frankfurt a. M. für die Tage vom 11. bis 14. September 1882 einberufenen Katholikentages, auf dem, wie sie wußten, Ludwig Windthorst sich über die neueste überraschende Wendung aussprechen werde.

Der Zentrumsführer hatte das aufmerksamste Auditorium, als er am 14. September im großen Saal des Frankfurter ‚Saalbaus' zu der großen Frage das Wort ergriff. „Ich bin", so begann er, „in diesen Tagen hier von Freunden und Feinden gefragt worden: Wie steht es denn nun eigentlich mit dem Kulturkampfe? Die Herren schienen zu glauben, ich wüßte was davon. Ich habe ihnen gesagt: allen einzelnen kann ich nicht antworten, ich werde es von der Tribüne versuchen. Aber, meine Herren, viel hören werden Sie nicht, einfach aus dem Grunde, weil ich in der Tat nicht viel weiß. Das, was ich weiß und was ich daraus konkludiere, das ist das: Es ist in diesem Augenblicke nicht so gut, als es schon gewesen ist (große Heiterkeit!), aber es ist besser, sehr viel besser, als die Liberalen glauben (stürmische Heiterkeit und Beifall!). Die Liberalen kennen nicht die Taktik der Arrièregefechte. Wenn ein Feind auf dem Rückzuge ist, so muß er, damit der Anstürmende ihm nicht zu rasch auf die Hacken kommt, dann und wann auch wieder Front machen. Nun will ich durchaus nicht sagen, daß w i r auf dem Rückzuge sind und uns decken wollen, auch nicht, daß es andere Leute sind. Ich wollte nur sagen, daß in den Situationen des Arrièregefechtes die allerwunderbarsten Komplikationen sich darstellen. Und wenn wir einstmals mit den Streitigkeiten zu Ende sind, einen vollen Frieden geschlossen haben, und der Generalstab dann seine Geschichte dieses Krieges darstellt, dann wird man vielleicht etwas mehr über diese Arrièregefechte erfahren... Seien Sie

unbesorgt, der Sieg bleibt uns positiv. Je schwerer es ist, ihn zu erringen, um so besser für uns und unsere Gegner: für uns, weil es eine Stählung unseres Glaubens und unserer Kräfte ist, und für die Gegner, damit sie, wenn der Friede nach so langer Zeit endlich mühsam hergestellt ist, nicht so leicht Lust haben, wieder anzufangen“ [31].

Die großen Religionskämpfe im alten Reiche hätten damit geendet, daß man Kautelen geschaffen habe, die verhindern sollten, daß die Protestanten durch die katholische Mehrheit majorisiert würden. Die entsprechende Maßnahme sei im neuen Reiche notwendig zugunsten der katholischen Minderheit. Welchen rücksichtslosen Gebrauch habe die protestantische Mehrheit von ihrer Übermacht im Kulturkampfe gemacht, ganz entgegen dem Prinzip, auf das sie ehedem sich immer berufen habe. Die Katholiken seien gezwungen, selber die Garantie dafür darzustellen, daß sie nicht majorisiert würden. „Und das wird um so wirksamer sein, wenn man jetzt gründlich erfährt, wer wir sind, und da es mir vorkommt, als wenn man dies hier und da immer noch nicht begriffen habe, so dauert es noch ein bißchen. Also, seien wir fest im Glauben, halten wir die Augen offen und seien wir einig, dann tut uns niemand etwas. Das ist es, was ich über die Frage des Kulturkampfes zu sagen habe“ [32].

Daß der Kirchenstreit in Preußen immer noch fortdauerte und von den Katholiken weiterhin schmerzlichste Opfer heischte, machte sich in vielen Einzelheiten der Frankfurter Tagung bemerkbar. Der Diözesanbischof, Dr. Peter Joseph Blum, hatte die Versammlung mit einem „vom Orte meines Exiles“ datierten Briefe begrüßen müssen. Mit tiefbewegten Worten gedachte Domdekan Dr. Heinrich des sich zur großen Gefahr gestaltenden Priester- und Seelsorgermangels, der die katholische Bevölkerung der rasch anwachsenden Industriestädte besonders schwer bedrohe, aber auch auf dem flachen Lande nachteiligst wirke. Freiherr v. Schorlemer-Alst wies an wichtigen Erscheinungen der Tagesgeschichte nach, welches Einverständnis bestehe zwischen den

[31] Kißling, Geschichte des Kulturkampfes III 282 ff.
[32] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 294 f.

deutschen Kulturkämpfern und den ausländischen Agitatoren des Umsturzes, des Antiklerikalismus, des Religionshasses, und rief den Staatsregierungen die Worte zu: „Wenn man unter Zuhilfenahme und unter dem Druck des modernen Liberalismus den Kulturkampf fortsetzt, so arbeitet man dadurch zuletzt nur den destruktiven Parteien in die Hände und bereitet dem Sturz von Thron und Altar den Weg... Die Revolution schwillt an; ich glaube, es gehört kein besonderer Scharfblick dazu, um das zu erkennen. Ich möchte sagen, man kann das Brausen ihrer heranstürmenden Wogen hören. Diese Revolution ist in ihrer Kombination besonders gefährlich: Denn diese anwachsende Revolution geht gegen Gott, gegen die Fürsten und gegen das Eigentum zugleich. Es gibt nur ein Mittel, sie zu bekämpfen, das ist das Kreuz, nur in diesem Zeichen werden Kirche, Thron und Vaterland siegen“ [33].

Im übrigen unterschied sich das äußere Gepräge der Frankfurter Versammlung — der badische Freiherr Franz von und zu Bodman war ihr Präsident — aufs erheblichste von der vorjährigen Tagung in Bonn. Hatte in der rheinischen Mittelstadt die Bevölkerung die allgemeinste und freudigste Teilnahme gezeigt, so konnte der genius loci von Frankfurt nicht im entferntesten als katholisch angesprochen werden — trotz der in der Stadt wohnenden katholischen Zelebritäten. Als Vorsitzender des Lokalkomitees machte Stadtpfarrer E. F. A. Münzenberger den Unterschied in treffenden Worten klar: „Wir befinden uns hier in einer Stadt von solcher Ausdehnung und so großartigem Verkehr, daß, wie sich nur zu oft schon gezeigt hat, selbst große, ansehnliche Versammlungen hier gewissermaßen verschwinden. Wir haben deshalb auch geglaubt, von jedem Versuch einer Ausschmückung unserer Straßen und Häuser, wie sie in Bonn in so herrlichem Maße zustande gebracht worden war, Abstand nehmen zu sollen in der Überzeugung, daß gerade auf unsere Versammlung das Wort recht passen werde: omnis gloria ab intus, aller Schmuck muß von innen kommen; die Generalversammlung in

---

[33] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 229 ff.

Frankfurt konnte — davon waren wir von vornherein überzeugt — nur glänzen durch die große Zahl der zu ihr aus allen Gegenden herbeiströmenden Mitglieder und die dadurch wesentlich bedingte, sie beherrschende begeisterte Stimmung."

Echt katholische Weihe konnte einer Versammlung nicht fehlen, die mit einer Wallfahrt zum unfernen Fulda an das Grab des Apostels der Deutschen eingeleitet worden war. Ihr Gesamtertrag war, wie ein in das katholische Leben der alten Reichsstadt tief eingewurzelter Mann, der Historienmaler E. v. Steinle, abschätzte, hocherfreulich, der katholischen Gemeinde war es von Nutzen, eine solche „Kundgebung des Glaubens und der treuen Anhänglichkeit an die Kirche" vor Augen gehabt zu haben. Im einzelnen schrieb Steinle: „Wie sehr die Scheidung der Geister, genährt durch den Kampf der Unkultur, zugenommen, zeigt sich an der großen Teilnahme an der Versammlung. Der Besuch war mehr als der doppelte gegen das Jahr 1863, und die Wirkung auf Frankfurt selbst, wo so viele Katholiken noch nicht über den Domturm hinaussehen, war die der überraschung. Das freimütige Bekenntnis des Glaubens, der Treue gegen Rom und den Hl. Vater, abgelegt selbst von den jungen Studenten, hat wie ein frischer Luftzug gewirkt. Die ausgezeichnetsten Reden waren die von Domdekan Heinrich aus Mainz über den Priestermangel, die Rede eines Dominikaners aus Graz namens P. Weiß über den Sozialismus und die Reden Windthorsts, der mit Umsicht über alles (!) sprach" [34]. Windthorsts fein pointierte Rückschau auf die Gesamtverhandlungen war in der Tat eine glänzende Leistung von einem Manne, der das biblische Alter bereits überschritten hatte und wegen seiner Augenschwäche keinerlei schriftlichen Aufzeichnungen benutzen konnte, sondern allein auf sein jugendfrisches Gedächtnis angewiesen war. Innerhalb seiner Schlußrede bat der Zentrumsführer um Annahme einer Resolution zur Römischen Frage, speziell zum Fall Martinucci. Im Eingang der Entschließung war des vorjährigen Protestes der deutschen Katholiken gegen

[34] Edw. v. Steinles Briefwechsel mit seinen Freunden, hrsg. von A. M. v. Steinle, II, Freiburg 1897, 457.

die Frevel bei Bestattung Pius' IX. gedacht, dann hieß es: „Die Erwartung, die sich an dieses Zeugnis geknüpft hat, ist zu unserem ebenso gerechtesten als tiefsten Bedauern bis heute nicht in Erfüllung gegangen. Dagegen haben neue Vorkommnisse den Beweis verstärkt, daß die Unabhängigkeit des erhabenen Stellvertreters Jesu Christi in Regierung der Kirche Gottes und die Heiligkeit und Unverletzlichkeit Seiner souveränen Person, welche die Katholiken aller Länder des Erdkreises zu verlangen berechtigt und verpflichtet sind, durch die angeblichen Garantien in keiner Weise und nicht einmal gegen Urteilssprüche königlicher Gerichtshöfe gesichert sind." In dieser Erkenntnis verleihe der Katholikentag aufs neue der gerechten Erwartung Ausdruck, „daß die christlichen Mächte nicht länger die Vergewaltigung ihrer katholischen Untertanen in ihrem geistlichen Haupte und einen Zustand der Dinge im Mittelpunkte der Christenheit dulden, dessen Fortdauer nicht nur die Kirche, sondern auch die Staaten durch die dort eingedrungene Zucht- und Rechtlosigkeit je länger je mehr aufs ernstlichste bedroht". Die Resolution wurde einstimmig angenommen [35].

Das Wort des Propheten Jeremias (6, 14): „Sie sagen Friede, Friede, und es ist doch kein Friede" konnte als die Signatur des Jahres 1883 gelten. Um zu verschleiern, welche ganz unhaltbare, das Staatswohl aufs tiefste bedrohende Lage der frivol heraufbeschworene Kulturkampf geschaffen hatte, suchte Fürst Bismarck nun in den diplomatischen Verhandlungen mit dem Papste den starken Mann zu spielen und den Vatikan zu nötigen, im voraus weittragende Zugeständnisse zu machen. Aber Papst Leo XIII. forderte und mußte fordern, daß Kirche und Staat bei den Friedensverhandlungen gleichen Schrittes vorgingen, mochte die preußische Regierung auch noch so beweglich in ihrer offiziösen Presse aussprechen lassen, daß die römische Kurie es an Entgegenkommen und an Verständnis für die Interessen und die Autorität des Staates fehlen lasse. Da seine Diplomatie versagte und anderseits der ungeheuren Seelsorge-

[35] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 303 f.

not der preußischen Katholiken im eigensten Interesse des Staates unbedingt gesteuert werden mußte, legte die Regierung dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf vor, der die Staatskirchengesetzgebung grundsätzlich aufrecht erhielt, aber es der Kirche praktisch ermöglichen wollte, in die verwaisten Gemeinden Seelsorger zu senden, ohne daß diese sich weiterhin wegen ‚unbefugten‘ Zelebrierens der hl. Messe und ‚gesetzwidriger‘ Spendung der Sakramente vor den staatlichen Gerichtshöfen zu verantworten haben würden. Unterm 11. Juli 1883 wurden diese Bestimmungen Gesetz. Sie waren selbstverständlich dem katholischen Volksteil willkommen, trugen aber so sehr den Charakter des Stück- und Flickwerkes, daß sie die Notwendigkeit weiterer Rückbildungen und einer wahrhaften grundsätzlichen kirchenpolitischen Friedensgesetzgebung eindrucksvoll dartun mußten. Besonders schwer vermißten die Katholiken eine Milderung der drakonischen Ausnahmegesetze gegen die Orden und Kongregationen.

Der durch den Kulturkampf schon allzusehr gestörte konfessionelle Friede schien einer neuen Bedrohung entgegenzugehen durch das vierte Zentenar der Geburt Martin Luthers, für dessen festliche Begehung schon im Winter 1882—1883 protestantischerseits umfassendste Vorbereitungen getroffen wurden. In Wort und Schrift hatten bereits protestantische Eiferer Norddeutschlands, in Hamburg und Bremen und Halle und anderswo, die Absicht kundgegeben, ihren ‚Reformator‘ zu verherrlichen, vorwiegend auf Kosten der Gerechtigkeit und Billigkeit gegen die katholische Kirche. In diese Situation fiel (10.—13. September 1883) die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, der zum zweitenmal die Rheinstadt Düsseldorf das gastliche Heim bot, und der ein gewiegter süddeutscher Kirchenpolitiker, der badische Oberhofgerichtskanzler Dr. Franz Roßhirt, präsidierte.

Aus dem Herzen der zahlreich besuchten Versammlung war es gesprochen, als am Begrüßungsabend Dr. Hermann Joseph Schmitz betonte, daß der Katholikentag nicht im geringsten daran denke, „irgendeiner Säkularfeier Konkurrenz machen“ zu wollen: „Davon reden wir nicht einmal. Wer uns das zu-

mutet, der erniedrigt uns. Wir sind ganz mit uns selbst beschäftigt.“ Nicht Waffen führe der Katholikentag in der Hand, sondern nur Öl und Balsam für die Wunden der Menschheit, die so tief krank sei, wie besonders die unaufhörlichen Diskussionen aller Lager über die soziale Frage erwiesen. Die katholische Kirche sei vollauf bereit, ihre übernatürlichen Kräfte aufzubieten zur Heilung der sozialen Schäden, aber sie dürfe auch verlangen, daß man endlich ihr Hände und Füße freigebe, die durch die kirchenpolitische Gesetzgebung noch immer gebunden seien.

In der Tat sollte auf dem Gebiet sozialer Betätigung eine der Hauptleistungen dieser Düsseldorfer Versammlung beruhen, zumal in der allseitigen Aussprache über die Handwerkerfrage; hier waren kurz zuvor Einzelbestrebungen aufgetreten, welche, weil die Einheit und Einigkeit der Katholiken Deutschlands bedrohend, wiederum bei den Gegnern weitestgehende Hoffnungen erweckt hatten. Aber als das Resultat der eindringenden Diskussion zwischen katholischen Sozialpolitikern und Handwerksmeistern durfte Windthorst in seiner üblichen Schlußrede feststellen, daß auf keinem Gebiete irgendeine Meinungsverschiedenheit zurückgeblieben sei; er konstatiere, „daß wir vollkommen einig sind auf allen Gebieten kirchlichen und sozialen Lebens“.

Daß gerade auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege die Kirchenverfolgung bedauerlichste Übelstände geschaffen hatte, bewies an einem lehrreichen Einzelfall die Aussprache über einen Antrag Hartmann-Erfurt, demzufolge es nach Aufhebung der von Ordensleuten geleiteten Waisen- und Erziehungshäuser Brauch geworden war, daß die Gemeinden elternlose unerzogene Kinder an ‚mindestfordernde‘ Pflegemütter vergaben, die, aus der ‚Erziehung‘ eine Erwerbsquelle machend, keine Garantie für eine gute Behandlung dieser unglücklichen Kleinen gaben. Die Katholiken forderten entschieden das Aufhören derartiger Praktiken und nahmen daneben eine die gesamte Kulturkampfgesetzgebung, besonders die Fortdauer der Verbannung vieler Mitglieder des Episkopates, verurteilende Entschließung an, die in die Sätze auslief: „Sie werden unablässig in allen Kreisen

den Nachweis liefern, welch verderblicher volkswirtschaftlicher, pädagogischer, sittlicher und religiöser Schaden den katholischen Landesteilen und Gemeinden in Preußen und andern Bundesländern zugefügt worden ist und noch fortwährend zugefügt wird durch die Ausweisung sowie die Einschränkung der klösterlichen Genossenschaften; sie erinnern daran, welche Unzahl katholischer Söhne und Töchter dadurch in ihrem Lebensberufe gestört, in ihrer persönlichen Freiheit gekränkt, in ihrem Vermögen geschädigt wurden und noch werden, welche unnütze Mehrbelastung sowohl zahlreichen Familien als Gemeinden und Provinzen dadurch aufgebürdet wird."

Einen Säkulartag weltgeschichtlicher Art begingen die in Düsseldorf versammelten Katholiken am 12. September; es waren gerade 200 Jahre verflossen, daß der Heldenkönig Sobiesky die von schwerster Türkennot umwogte Kaiserstadt Wien entsetzt hatte. Die gewaltige politische und religiöse Bedeutung des Ereignisses fand in Dr. Hermann Cardauns den berufensten Schilderer; seine Darstellung erhob sich zu dramatischer Lebendigkeit.

Daß angesichts eines bevorstehenden Jubiläums Martin Luthers, des Bekämpfers und Zerstörers der abendländischen Glaubenseinheit, auf dem Katholikentag der unnennbare Segen der katholischen Einheit — durch Pfarrer Ibach-Vilmar — gefeiert und die Liebe zum Hl. Stuhle neu befestigt wurde, konnte protestantischerseits nicht als provozierend angesehen werden. Mit Recht führte der Redner aus, daß man im Hinblick auf die wunderbare Einheit, in der das katholische Volk mit seinen Priestern, seinen Bischöfen und dem Papste zusammengeschlossen sei, den in den nächsten Wochen und Monaten kommenden antirömischen Wortsturm und Wogenschwall der Rede nicht zu fürchten habe. „Und wenn der ganze Wortschwall der nächsten Zukunft, der gegen uns losbrechen wird, verhallt sein wird, dann wird man sich sagen müssen, daß das katholische Volk unbeschädigt geblieben ist und den moralischen Sieg davongetragen hat durch seine Einheit mit der Hierarchie"[36].

---

[36] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 140 f.

Die unerschütterlich papsttreue Gesinnung der in Düsseldorf Versammelten fand einen Ausdruck in der folgenden Entschließung betreffend die Römische Frage: „Die Katholiken Deutschlands wenden angesichts der gegenwärtigen Notlage der katholischen Kirche sowie der gesamten zivilisierten Welt in erster Linie ihren Blick nach Rom, dem sichtbaren Lebenszentrum der von Christus gestifteten Kirche. Festhaltend an der Überzeugung, daß die Kirche zur Hebung der wachsenden Schäden, welche in fast allen Schichten der menschlichen Gesellschaft tief gefühlt und beklagt werden, ihre heilige, von Gott empfangene Heilskraft mit voller Wirkung nur einzusetzen vermag, wenn ihr sichtbares Oberhaupt, der römische Papst, nach allen Seiten hin jene Freiheit und Unabhängigkeit besitzt, welche ihm nach göttlicher Anordnung und gemäß geschichtlicher Rechte zukommt, erheben die deutschen Katholiken einmütig und feierlich Protest gegen die fortdauernde Vergewaltigung des römischen Stuhles. Sie werden nicht aufhören zu fordern, daß dem Papste die ihm entrissene weltliche Herrschaft, der ihm geraubte Kirchenstaat, das Eigentum des katholischen Erdkreises, zurückgegeben werde. Menschliche Gewalt vermag niemals zu beugen göttliches Recht[37].

Im Zusammenhang mit der Römischen Frage wies Ludwig Windthorst auf die erfreuliche Tatsache hin, daß je länger je mehr auf dem deutschen Katholikentage Gäste aus dem Ausland erschienen seien. Der Gedanke lege sich nahe, ob nicht allmählich auch eine Internationale Versammlung der Katholiken erstehen könne, die, unter der Leitung des Papstes stehend, für die Gesamtinteressen der Katholiken des Erdballs, zumal für die Freiheit und Unabhängigkeit des Hl. Stuhles einzutreten haben würde. Einstweilen begnüge er sich, den Plan einer solchen Organisation der Besprechung unterbreitet zu haben. Aber die Idee des Zusammenschlusses liege in der Luft: „Je mehr wir sehen, daß auf anderen Seiten man sich assoziiert gegen uns, desto mehr müssen wir entschlossen sein, für uns uns zu assoziieren.“ Großen Eindruck habe auf ihn die Teilnahme ausländischer,

---

[37] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 285.

zumal amerikanischer Katholiken gemacht, die anläßlich der furchtbaren Rheinüberschwemmungen des letzten Winters gewaltige Summen für noch leidende Glaubensgenossen zur Verfügung gestellt hätten; ihm persönlich seien für diese Zwecke 40 000 Mark zugekommen. Wieviel Nutzen werde eine internationale Gruppierung für die Missionen in Heidenländern und in der Diaspora schaffen können!

Im weiteren begrüßte der Redner den von Pfarrer Rave aus Hamburg vorgetragenen Gedanken, in der großen Hansestadt eine Marienkirche, einen katholischen Dom, zu errichten als Sammelpunkt für die Katholiken des Nordens.

Katholische Einheit und Zuversicht zu offenbaren sei besonders notwendig mit Rücksicht darauf, daß es im protestantischen Deutschland Leute gebe, die das Heil des Vaterlandes davon zu erhoffen schienen, daß man die Konfessionen gegeneinander hetze. Das aber dürfe und solle niemals geschehen. „Wir müssen fest entschlossen bleiben, die Andersdenkenden wie unsere Brüder zu achten und zu lieben. Wir müssen fest entschlossen bleiben, keines ihrer Rechte irgendwie zu verkümmern, und wir müssen ihre Rechte verteidigen wie die eigenen auf dem Boden der vollen Parität. Aber wir erwarten auch, daß sie dasselbe tun. Und die einzige Revanche, welche wir gegen gewisse Unternehmungen haben könnten, wäre nach meiner Ansicht, daß wir einen Gebetsverein errichteten mit der Aufgabe, Gott im Himmel anzuflehen, daß er die Tage der Prüfung abkürze und der Glaubensspaltung in Deutschland ein Ende mache.“ Denn das deutsche Land sei durch den Verlust der Glaubenseinheit in vielfacher Hinsicht geschädigt worden; im Glauben einig, würde Deutschland doppelte Kraft besitzen. Nun sei ja der Versuch gemacht worden, durch staatliche Gewaltmaßregeln eine religiöse Einheit zusammenzuschweißen, aber die Katholiken hätten sich als ein zu solchen Zusammenschweißungen allzu sprödes Material erwiesen. Nur auf dem Weg der Aussprache und der Belehrung sei eine Wiedervereinigung zu ermöglichen, und diesen Weg habe mit Glück jüngst Pfarrer Seltmann-Eberswalde mit Herausgabe seiner irenischen Zeit-

schrift ‚Ut omnes unum' betreten. Aber neben der Aussprache über die Kontroversfragen habe ein Gebetsverein für die Wiedervereinigung Deutschlands im Glauben eine große Aufgabe zu lösen; wo möglich, sei seine Gründungsurkunde vom 10. November 1883 zu datieren [38].

Ein merkwürdiger Zufall hatte es gefügt, daß parallel mit dem Düsseldorfer Katholikentag in Wittenberg die Lutherfeier stattfand, auf der Kronprinz Friedrich Wilhelm sein Bekenntnis zum Protestantismus liberaler Färbung ablegte, der Orthodoxie zum peinlichsten Befremden, der theologischen Linken zur hellen Freude. Die innerliche Zerrissenheit des deutschen Protestantismus sollte sich wie hier noch in vielen der folgenden Feiern offenbaren, und weltkundig wurde es wieder einmal, daß die verschiedenen protestantischen Lager, mochten sie auch unisono den alten Chorus vom ‚römischen Antichrist' singen, in allen andern Punkten sich weniger verstanden denn je [39]. So war denn auch für alle Einsichtigen keine Täuschung darüber möglich, daß es nicht, wie protestantische Heißsporne gehofft hatten, im Lutherjahre zur Wiederanfachung des furor protestanticus und zum Wiederaufleben des Kulturkampfes kommen werde. „Wir haben", so gestand die demokratische ‚Berliner Volkszeitung' (13. September 1883) zu, „den Katholiken Unrecht getan mit einer plumpen Majorität. Je später wir Umkehr halten, je später wir, der Erkenntnis unseres Unrechts geständig, die Fehler wieder gutmachen, desto schlimmer für unsere Freiheit, für unsern Frieden, für unsere ganze Kultur." „Unser Volk möge davor bewahrt werden, daß der sinkende Halbliberalismus ein neues Kampfgeschrei ‚hie Luther, hie Papst' erhebt und einen aussichtslosen Kampf erneuert, der zuguterletzt nur die Interessen Roms fördern und uns um alle unsere Freiheiten und Rechte bringen würde" [40].

---

[38] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 279 ff.

[39] Ausführliches über die Lutherfeiern s. bei E. Hüsgen, Chronik der Gegenwart 1883, 263 ff.

[40] Die Nachweise s. bei Kißling, Geschichte des Kulturkampfes II 259 ff.

Eine Verschärfung des Kulturkampfes trat denn auch wirklich nicht ein, im Gegenteil wurde es möglich, daß die Bischöfe von Limburg und Münster ‚begnadigt‘ aus dem Exil zurückkehrten und viele hundert Priester, die den maigesetzlichen Bestimmungen bezüglich ihrer Ausbildung nicht entsprochen hatten, dispensiert und in der Seelsorge angestellt wurden. Hart aber war das Los der Erzdiözesen Köln und Gnesen-Posen, deren Oberhirten die preußische Regierung unbeugsam die Rückkehr zu ihren Herden verweigerte. Es war nur eine Frage der Zeit, ob Papst Leo XIII. die Resignation, die ihm wiederholt seitens der Erzbischöfe Melchers und Ledochowsky angeboten worden war, endlich akzeptieren werde, um den so lange ersehnten ‚Zugang zum Frieden‘ zu erlangen.

Alles in allem war es berechtigt, wenn der in der oberpfälzischen Stadt Amberg in den Tagen vom 31. August bis 4. September 1884 unter dem Vorsitz des schlesischen Freiherrn Karl v. Huene-Groß-Malendorf abgehaltene 31. deutsche Katholikentag von zuversichtlicher und hoffnungsfreudiger Stimmung getragen war. Ein fast intimer Charakter kam ihm zu, das bewirkte schon Ambergs Eigenart als kleinerer Mittelstadt, die es mit sich brachte, daß viele Festgäste das gern gebotene Privatquartier dankbarst annahmen, und das herzliche Entgegenkommen der in ihrem katholischen Glauben festgegründeten Bevölkerung. „Als die Entscheidung getroffen war,“ so sagte Bürgermeister V. König am Begrüßungsabend, „als Amberg bestimmt war, der Sitz der diesjährigen Versammlung zu werden, da regte sich eine so freudige Begeisterung, eine so freudige Opferwilligkeit in allen Schichten der Einwohnerschaft bei hoch und niedrig, reich und arm, daß, wenn es auf den Willen allein ankäme, Sie wohl noch nirgends besser und freundlicher aufgenommen worden wären.“ Und mit herzlicher Sympathie wurde all diese Freundlichkeit erwidert; insbesondere strömte Ludwig Windthorst von Liebenswürdigkeit und Frohsinn über — freilich zeichnete ihn auch die gute Stadt durch Verleihung der Ehrenbürgerwürde aus. Die Anwesenheit des Diözesanbischofs Ignatius von Senestrey, des Eichstätter Bischofs

Franz Leopold von Leonrod und des Fürstbischofs von Salzburg Franz Albert Eder gab den Tagen eine besondere Weihe. Der hohe Gast aus Österreich hielt eine Ansprache über die der Kirche seitens der Freimaurerloge drohenden Gefahren in Anlehnung an Papst Leos XIII. Enzyklika Humanum genus vom 20. April 1884, eine Rede, die recht zeitgemäß war aus dem Grunde, daß das Maurertum im Kulturkampf einen fanatischen Haß gegen die katholische Kirche betätigt hatte.

Vom leidigen Kirchenstreit mußte in mannigfacher Hinsicht gesprochen werden. Freiherr Franz Joseph v. Gruben, unter dem Pseudonym J. Albertus ein verdienter sozialpolitischer Schriftsteller, beleuchtete den Zusammenhang zwischen dem Kulturkampf und der liberalen Ratlosigkeit gegenüber der sozialen Frage: wer die Staatsomnipotenz verkünde und die individuelle Freiheit knechte, müsse sich untüchtig erweisen in Fragen der Sozialreform. Einen Spezialfall zu diesem Thema behandelte ein vom Freiherrn v. Hertling gestellter und mit leichter Modifikation angenommener Antrag, der die Austreibung oder Behinderung der religiösen Orden beklagte einmal wegen des Ausfalls ihrer Tätigkeit in Seelsorge und Caritas, „insbesondere aber darum, weil die um Christi willen übernommene freiwillige Armut vorzüglich geeignet ist, die Nichtbesitzenden mit ihrem Lose zu versöhnen, die ungehemmte Tätigkeit der Orden sonach ein vor anderen wirksames Mittel zur Erhaltung und Befestigung des sozialen Friedens ist“ [41].

Ein weiterer zur Annahme gelangter Antrag beschäftigte sich mit der liberalerseits kundgegebenen Absicht, im kirchenpolitischen Friedensschluß für Preußen zu erwirken, daß der theologisch-wissenschaftliche Unterricht der Kandidaten des Priestertums lediglich den Fakultäten der Staatshochschulen mit Ausschluß bischöflicher theologischer Lehranstalten übertragen werde. Diesen Bestrebungen entgegentretend, bezeichnete Dr. Freiherr v. Papius-Aschaffenburg es als integrierenden Bestandteil der für die Katholiken wiederzuerobernden Religions-

[41] Verhandlungen 1884 (Amberg) 193.

freiheit, daß die Erziehung des Klerus in erster Linie dem vor Gott verantwortlichen Episkopat überlassen werde. An Priester, die nicht im Geist der Kirche erzogen seien, könne das katholische Volk sich nicht mit Vertrauen in seinen heiligsten Angelegenheiten wenden, die Freigebung der kirchlichen Erziehung des Klerus sei also notwendig mit Rücksicht auf die religiöse Freiheit der einzelnen Katholiken, nicht minder aber auch aus Gründen des eigenen guten Rechtes der Kirche selbst [42].

Zusammenfassend urteilte Windthorst über die Lage im ‚Kulturkampf', den er als einen „von den Liberalen geführten Kampf der Unkultur, des Barbarismus, der Rücksichtslosigkeit" bezeichnete, in seiner Schlußrede dahin, daß seiner Überzeugung nach die Katholiken dieses Kampfes würden Herr werden. Aber mit einem ‚Halbkehrt' sei nichts gewonnen, die von dem Liberalismus verführten Regierungen müßten vollständig umkehren und der Kirche die volle und ganze Freiheit zurückerstatten. Ein Stück Weges sei man ja gewiß weitergekommen, aber noch lange nicht am Ende des Weges angelangt. Von großer Wichtigkeit werde es sein, daß das katholische Volk bei den kommenden Reichstagswahlen seine Schuldigkeit tue. Auch wenn keine Majorität zu erreichen sei, müsse es als wichtig angesehen werden, wenn auf das Zentrum eine große Anzahl von Stimmen entfalle. Denn der Gegner werde aus der Stimmenzahl die Lehre ziehen, daß man mit einer solchen Partei rechnen müsse; „ohne daß man mit uns rechnet, bekommen wir nichts. Aus gutem Willen bekommt man nichts, wir können nur dadurch etwas erreichen, daß wir eine Macht sind; denn man respektiert die Macht, aber nicht die Bettler".

Gegen eine neuerliche schwere Schädigung der Gesamtkirche durch das Königreich Italien hatte der Amberger Katholikentag Einspruch zu erheben, nämlich wider die durch die italienische Regierung verfügte ungeheure Belastung der Propaganda [43], der

---

[42] Daselbst 216 f. Zum gleichen Ziele wirkte die Schrift: Irenäus Themistor, Die Bildung und Erziehung der Geistlichen nach katholischen Grundsätzen und nach den Maigesetzen, Trier 1884.

[43] Die Akten über diese Vorgänge s. im Archiv für kath. Kirchenrecht LII 112 ff.

Zentrale des ganzen katholischen Missionswesens, deren Güter den Bestimmungen des italienischen Konversionsgesetzes unterworfen wurden. Ein von Windthorst gestellter Antrag geißelte diese Maßnahme als ein Attentat gegen die Würde und Freiheit des Hl. Stuhles und als Verletzung der Rechte und Interessen aller Katholiken. Die Resolution sprach die Erwartung aus, „daß die verbündeten deutschen Regierungen in Wahrung der Rechte ihrer katholischen Untertanen geeignete Schritte tun werden, damit die heilige Kongregation der Propaganda in dem ungeschmälerten Eigentumsbesitz aller, insbesondere auch der unbeweglichen Güter bleibt“ [44].

Eine eigenartig weihevolle Feier fiel auf den Morgen des vorletzten Tages der Generalversammlung, ein Bittgang von Tausenden und Abertausenden katholischer Beter nach dem die Stadt Amberg überragenden Mariahilfberg. Vom Fürsten Löwenstein und dem Freiherrn v. Huene geleitet, legte der greise Windthorst den weiten steilen Weg zu Fuß zurück. Bischof v. Leonrod zelebrierte das Pontifikalamt; dann erquickte ein Frühstück unter den herrlichen Lindenbäumen des Berges die Pilger körperlich.

Überaus ansprechend war die beinahe idyllische Generalversammlung von Amberg verlaufen. In dem Jahre 1885 schien die ganze Situation zu verlangen, daß eine Tagung in ganz großem Stil stattfinde, welche die Ansprüche der Katholiken auf das endliche Aufhören der Religionsbedrückungen mit vollem Nachdruck geltend machen könne. Gesetzgeberische Maßnahmen zur Herbeiführung des kirchenpolitischen Friedens hatte die Tagung des preußischen Abgeordnetenhauses nicht gebracht, es hatte den Anschein, als wolle die Regierung mit ihrer Verschleppungstaktik den Kulturkampf ‚versumpfen‘ lassen. Zu einer gewaltigen Protestkundgebung der Katholiken war das westfälische Münster der gegebene Ort. Der dort in den Tagen vom 30. August bis 3. September 1885 abgehaltenen, außerordentlich stark besuchten und von begeisterter Teilnahme der

---

[44] Verhandlungen 1884 (Amberg) 211 f.

Bevölkerung begleiteten 32. Generalversammlung war das Programm durch die Zeitumstände vorgezeichnet, und sie hat ihre Aufgabe vortrefflichst gelöst. Die kulturkämpferische Gewaltpolitik, so sagte Freiherr v. Schorlemer-Alst am Begrüßungsabend, habe versagt, versagen werde auch die Versumpfungspolitik. „Nachdem man uns nicht mit Mitteln der Gewalt erschüttern und vernichten konnte, sollten wir an der Schwindsucht sterben. Aber die katholischen Lungen sind nicht empfänglich für die Tuberkulose, welche uns von Berlin eingeimpft werden soll." Der Präsident, Dr. Ernst Lieber, bezeichnete die Versammlung als Heerschau, bestimmt, den Mut zum unerschrockenen und unerschütterlichen Ausharren im Kampfe zu beleben: am Grabe Klemens Augusts, des deutschen Athanasius, wollten die Katholiken die Kraft zum Endkampfe sammeln. Und ein erlauchtes Opfer des neuen Kirchenstreites, der vor kurzem aus langer Verbannung zurückgekehrte Bischof Dr. Johann Bernhard Brinkmann, teilte der Versammlung mit, daß Papst Leo XIII. jüngst bei Erhebung des resignierten Erzbischofs von Köln Paulus Melchers zum Kardinalat die Worte gesprochen habe: „Es wird noch viele Mühe kosten, bis die Schwierigkeiten beseitigt sind, welche der Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens zwischen Staat und Kirche im Wege stehen. Darum ist es, wenn je, heutzutage notwendig, festzustehen im Kampfe und — was noch wichtiger ist — einmütig und in guter Ordnung zu kämpfen"[45].

In groß angelegter Rede entwickelte Dr. Porsch alle die Gründe, die nunmehr eine Organisation der Katholiken zu größerer Notwendigkeit gestalteten denn je: sei doch der Kulturkampf nur „eine kleine Episode in dem großen Weltendrama, im Kampfe zwischen dem Glauben und dem Unglauben". Die letzten hundert Jahre dieses Waffenganges, die Schicksale der katholischen Kirche seit der französischen Revolution, schilderte mit rednerischer Meisterschaft ein Mann, der seit beinahe 40 Jahren treulichst geholfen hatte, das Los der Katholiken

---

[45] Verhandlungen 1885 (Münster) 106.

Deutschlands holder zu gestalten, und der nun bald hochbetagt sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen sollte, Dr. Christoph Moufang aus Mainz. Moufangs alter Waffengefährte Dr. Haffner, dem es binnen Jahresfrist beschieden war, als Nachfolger W. E. v. Kettelers den bischöflichen Stuhl des hl. Bonifatius zu besteigen und der katholischen Kirche im Großherzogtum Hessen den endlichen Frieden zu vermitteln, wies aus der Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts nach, daß die Zukunft unheilschwanger sei, daß die antichristlichen Ideen, die Mächte des Unglaubens und des Umsturzes nur darauf warteten, den entscheidenden Waffengang anzutreten. Höchste Zeit sei es, daß die Inhaber der Throne auf die Wetterzeichen achteten gemäß dem Schriftworte: Höret, ihr Könige, lernet, ihr Richter der ganzen Erde, neiget die Ohren, die ihr der Völker Menge beherrschet! ... Von dem Herrn ist euch die Macht und von dem Allerhöchsten die Herrschaft gegeben, der eure Worte untersuchen und eure Gedanken erforschen wird! „Es ist noch Zeit. Man gebe die Kirche frei, man führe das Christentum in die Schulen zurück, man schließe die atheistischen Hochschulen oder gebe wenigstens auch uns das Recht, frei die Wahrheit zu lehren, die Gott in die Vernunft niedergelegt hat und die durch seine Offenbarung bestätigt worden ist. Man tue das, aber es hat Eile. Denn es drängt, daß der Krater der Revolution geschlossen, und daß die Pilze, die den Tod in sich tragen, aus dem sozialen Körper entfernt werden. Sollte es nicht geschehen — es wäre mir leid um uns, um alle guten Christen, um die Kirche, aber, aufrichtig gestanden, am innigsten leid um die Fürsten und die Staatenordnung Europas; denn unserer Kirche ist das Wort gesprochen: Die Pforten der Hölle werden dich nicht überwältigen — einer Dynastie ist dieses Wort, glaube ich, noch nicht als Verheißung zuteil geworden! Wenn der Sturm denn doch kommen sollte — und ich möchte fast glauben, er werde uns nicht erspart bleiben — dann wird die Kirche nicht untergehen." Denn sie sei als Arche konstruiert, sie werde über den wilden Fluten schwimmen und die Keime für neues Leben bewahren [46].

---

[46] Verhandlungen 1885 (Münster) 338 ff.

Die vielleicht tiefstwirkende Rede aber hielt ein Laie, Graf Ferdinand v. Galen, derselbe, der im Jahre 1877 den ersten sozialpolitischen Antrag des Zentrums im Reichstag eingebracht hatte. Sein Thema war das Rosenkranzgebet, für das Papst Leo XIII. begonnen hatte, in eigenen Enzykliken die Gläubigen zu begeistern. Ein offenbar aufs tiefste in den Geist dieser kirchlichen Andachtsübung eingedrungener Mann warb für sie bei den Versammelten um Liebe und Verständnis. Tief ergriffen sprach Windthorst den herzlichsten Dank des Katholikentages dem tapferen Edelmann aus, der den Hohn der glaubenslosen Welt nicht im mindesten fürchte. Er dankte von Herzen sodann auch dem preußischen Episkopate, der soeben in einem gemeinsamen Hirtenschreiben — der Staatsregierung zu schwerem Verdruß — sich aufs bestimmteste mit der heldenmütigen Haltung identifizierte, die das katholische Volk im Kulturkampf beobachtet hatte [47].

„Woher“, so fragte im weitern der große Parlamentarier, „kann man die Hoffnung schöpfen, daß wir in den Sumpf gehen, den man uns präpariert? Nein, wir gehen nicht in den Sumpf! Wir lassen nicht so allmählich die Dinge einschlafen. Wir sind recht wach, wissen heute wie vor zehn Jahren, daß die Maigesetze durchaus nichts taugen und daß die Freiheit der Kirche um jeden Preis errungen werden muß. Wir sind noch ebenso kampfesfähig wie damals. Und das ist ja das Schöne bei uns: wenn einer fällt, wenn Gott ihn zu sich ruft, dann kommt immer ein anderer und tritt in seine Stelle. Und wie unser Episkopat, unser Klerus sich fort und fort erneuert, so erneuern sich auch die, welche berufen sind, in den parlamentarischen Körperschaften unsere Rechte zu vertreten. Wenn die Herren glauben, wenn dieser oder jener, von Gott abgerufen, davonginge, dann würde es aus sein — so irren sie sich gründlich.“ Schon stehe eine zweite und dritte Garnitur katholischer Kämpfer bereit. Der Politik der preußischen Regierung, durch Passivität dem Hl. Stuhle Konzessionen abzunötigen, werde das Zentrum durch

[47] S. das Rundschreiben bei Hüsgen, Chronik der Gegenwart 1885, 232 ff.

immer neue Anträge auf Wiederherstellung des Kirchenfriedens begegnen. Der Friede werde sicher kommen, aber wohl nicht allsobald[48].

Es war für den Zentrumsführer wie das gesamte katholische Volk eine äußerst angenehme Überraschung, daß schon der Frühling des Jahres 1886 ernstliche Versuche des Fürsten Bismarck zeitigte, zu einem endlichen und definitiven Ausgleich des schweren Konfliktes zu gelangen, der in höchst überflüssiger, — ja frivoler Weise — namenlose Wirren gestiftet, den inneren Frieden Deutschlands so schweren Bedrohungen ausgesetzt, die Katholiken in ihren höchsten idealen Gütern, ihren Rechten und in ihrem materiellen Besitz aufs tiefste geschädigt hatte. Das kraftvolle parlamentarische Auftreten der Zentrumspartei, die Kulturkampfmüdigkeit der meisten politischen Parteien, ausschließlich der Nationalliberalen, das Drängen des Kaisers und Königs Wilhelm I., dem es ein Herzensanliegen war, daß dem Volke die Religion erhalten bleibe, bedrohliche Sturmzeichen auf dem Gebiete der äußeren Politik — all diese Momente wirkten zusammen, daß Fürst Bismarck die seit 1880 betriebene Politik diskretionärer Vollmachten auf dem staatskirchenrechtlichen Boden verließ und eine kirchenpolitische Vorlage ausarbeiten ließ, die in vielen Punkten den Forderungen entsprach, welche Papst Leo XIII. als Grundlage eines modus vivendi hatte bezeichnen können. Die Gesetzesvorlage wurde zunächst im preußischen Herrenhause eingebracht, als dessen Mitglied sich Bischof Dr. Georg Kopp von Fulda erfolgreich bemühte, unannehmbare Bestimmungen zu beseitigen. Wirksamst unterstützt wurde der Bischof durch den Hl. Vater, der einer Hauptforderung Bismarcks entgegenkam, indem er konzedierte, daß dauernd bei Besetzung der Pfarreien die Kandidaten dem Oberpräsidenten der betreffenden Provinz angezeigt würden. Nach Gewährung der ‚Anzeigepflicht' war die Annahme des ersten Friedensgesetzes im Herrenhause und Abgeordnetenhause entschieden, Fürst Bismarck hielt bei der parlamentarischen Be-

[48] Verhandlungen 1885 (Münster) 353 ff.

ratung hochbedeutsame, das Kulturkampfunternehmen zum größten Teil energisch verurteilende Reden, unbekümmert um die ‚kulturkampfgewöhnten Räte des Kultusministeriums‘. Das einer wesentlichen Ergänzung noch bedürfende erste Friedensgesetz vom 21. Mai 1886 stellte die bischöflichen Seminarien und Konvikte wieder her, hob den staatlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten auf, erweiterte den Wirkungskreis der in Preußen noch bestehenden krankenpflegenden Orden, erteilte dem Pfarrer das Recht des Vorsitzes in der Gemeindevertretung, machte das Lesen stiller Messen und die Erteilung der Sterbesakramente seitens aller Priester straflos[49]. Was erreicht war, konnte demnächst als berufener Sachkenner Ludwig Windthorst auf dem Katholikentage von Breslau feststellen und würdigen; für die Zusammenkunft waren die Tage vom 29. August bis 2. September 1886 anberaumt.

Eine erhebliche Besserung der Lage sei erzielt worden, so führte der Zentrumsführer aus, dank den Bemühungen Sr. Heiligkeit des Papstes und dank dem landesväterlichen Herzen des Kaisers. Aber am Ende sei man noch nicht angelangt, der eigentliche Friedensschluß müsse den status quo ante, die Wiederherstellung der staatskirchenrechtlichen Lage bringen, wie sie vor dem Streite bestanden habe. Wenn die Katholiken dies verlangten, so erscheine das keineswegs als ein Akt der Undankbarkeit bezüglich dessen, was bereits geboten worden sei. Denn vom Hl. Stuhl wie von der preußischen Staatsregierung lägen Erklärungen vor, daß die Generalrevision der Kirchengesetze noch zu kommen habe; Wünsche für diese Hauptrevision vorzutragen, könne nicht unerlaubt sein. Erstaunt war Windthorst, wie er erklärte, darüber, „daß die Verhältnisse so tropfenweise geordnet werden, daß man nicht gleich ein Großes und ein Ganzes gemacht hat“. „Wenn der Staatsmann an der Spitze unserer Geschäfte, Fürst Bismarck, der so sehr zum Zustandekommen des letzten Gesetzes beigetragen hat — wofür auch er die Anerkennung verdient — doch nun auch hier, wie er sonst

[49] Kißling, Geschichte des Kulturkampfes III 315 ff., 460 ff.

gewohnt ist, volle Arbeit machen wollte, dann wäre es unendlich leicht, mit einem Schlage, mit ein paar Zügen, das Ganze in Ordnung zu bringen; ich glaube, er hat seine Natur verleugnen müssen, weil ihm die Geheimräte zuviel Schwierigkeiten gemacht haben." Aber Fürst Bismarck werde noch die Geheimräte unterkriegen. Daß das bald geschehe, sei höchlich zu wünschen. Die hohen Paziszenten, Papst und Kaiser, seien hochbetagte Männer. „Deshalb wollen wir uns beeilen; wir wollen beten und hoffen, daß Gott den Papst und unsern Kaiser noch lange, lange erhalten möge. Auf jeden Fall bitten wir, daß er sie so lange erhalte, bis sie das begonnene Werk vollendet haben." Als Hauptresultat der letzten parlamentarischen Debatten wollte der Redner die Tatsache angesehen wissen, daß man allenthalben bemüht sei, den unglückseligen Kampf zu Ende zu bringen, abgesehen von widerstrebenden Elemeten aus dem Reich der sogenannten Wissenschaft oder „anderen Schichten ungläubiger Natur" [50].

Es entsprach völlig der Situation, daß der Breslauer Katholikentag eingehend die Notwendigkeit des Fortbestehens und weiteren Ausbaus der katholischen Organisation behandelte, daß er durch den Mund seines Präsidenten Freiherrn v. Heereman-Zuydtwyk für das große Prinzip der kirchlichen Freiheit eintrat, daß er insbesondere die Rückberufung aller Orden und Kongregationen forderte. Stadtpfarrer Huhn aus München legte in hinreißender Rede die Gründe dar, aus denen alle Katholiken, Kleriker wie Laien, das Wiedererstehen der Klöster wünschten. Und im Anschluß an Huhns meisterhaften Appell charakterisierte Windthorst die Ordensgesetzgebung des Kulturkampfes dahin, daß sie aufs schwerste und verhängnisvollste in das katholische Leben eingegriffen und daneben die sozialen und staatlichen Interessen furchtbar geschädigt habe. Das Zentrum werde nicht aufhören, die Rückkehr der Orden zu verlangen und zwar aller Orden ohne Ausnahme, auch in dieser Hinsicht müsse der status quo ante voll und ganz wiederhergestellt werden.

In einer Resolution wurde dem Hl. Vater wegen der uner-

---

[50] Verhandlungen 1886 (Breslau) 304 ff.

mündlichen Fürsorge, mit der er der Kirche Deutschlands den Frieden wiederzugeben bestrebt sei, der innigste Dank ausgesprochen. Dann hieß es in eindringlicher Sprache: „Die Katholiken Deutschlands müssen immer wieder erklären, daß die unbestreitbar schnell wachsende Entsittlichung und Verrohung weiter Kreise des deutschen Volkes, daß die entsetzlich um sich greifende Erschütterung aller göttlichen und staatlichen Autorität ihre Hauptnahrungsquelle in dem unseligen, von allen Parteien verurteilten Kulturkampf hat. Das katholische Volk hat deshalb das Recht und die Pflicht, nicht zu ruhen, bis alle überbleibsel und alle Folgen der Kulturkampfgesetze beseitigt sind, sowie immer wieder zu fordern, daß man den von Gott gesetzten kirchlichen Oberhirten volle Unabhängigkeit und allen katholischen Ordensgenossenschaften bei unbehindertem Aufenthalt im Deutschen Reiche gänzliche Freiheit auf dem Gebiete ihres segensreichen Wirkens endlich wieder gewähre“ [51].

Windthorst lenkte in seiner Schlußrede das besondere Augenmerk der Versammlung auf die Lage des Papstes, die zu bessern bei der Weisheit Leos XIII. und bei der Macht des Deutschen Kaisers nicht allzu schwer sein könne. Das katholische Volk in Österreich, Frankreich, Belgien, Nordamerika müsse in Einheit mit den Katholiken Deutschlands den Ruf nach Wiederherstellung der weltlichen Macht des Hl. Stuhles immer wieder erneuern; auch die Protestanten sollten einsehen, welche Bedeutung für alle konservativen Interessen es habe, wenn die hohe Autorität des Papstes aufrechterhalten werde, die letztlich der Autorität aller Souveräne zugute komme. Es war bedeutsam, daß das Schlußwort des großen Führers in einem gemeinsam auf Papst und Kaiser ausgebrachten Hoch endete.

Welch eine Wendung der Dinge! Kaiser oder Papst war lange Jahre des Kulturkampfs hindurch Feldgeschrei gewesen, die beiden Begriffe sollten unvereinbar sein, sich scheiden wie Feuer und Wasser, wenn man auf die Schlagwörter der Liberalen hörte. Papst und Kaiser, nicht als sich ausschließende Mächte, sondern im freundlichsten Einvernehmen tätig für die

[51] Verhandlungen 1886 (Breslau) 308.

Erhaltung des Weltfriedens, das war das Schauspiel gewesen, das der Winter 1885/86 der Welt geboten hatte anläßlich der zwischen dem Deutschen Reich und Spanien schwebenden Streitfrage bezüglich der Oberhoheit über die Inselgruppe der Karolinen. Leo XIII. hatte als Schiedsrichter fungiert auf Anrufung seitens beider Mächte, der Schiedsspruch St. Heiligkeit war von beiden akzeptiert worden zum Heil zweier großer Nationen. Und die Berliner offiziöse Presse hatte wiederholt versichert, die Übertragung des Schiedsgerichtes an den Papst sei eine feierliche Anerkennung der päpstlichen Souveränitätsrechte, wie denn auch die an Leo XIII. gerichteten Aktenstücke die Anrede Sire gebraucht hatten.

Je schwerer sich letzthin die Lage der katholischen Kirche in den romanischen Ländern unter dem Einfluß des Radikalismus und der Freimaurerei gestaltet hatte, desto achtsamer mußte das Kirchenoberhaupt die ostentativen Annäherungsversuche des Fürsten Bismarck aufnehmen. Aus ihnen konnten für das Schicksal der Gesamtkirche, zumal für die würdige und unabhängige Stellung des Papstes, wohltätigste Folgen erwachsen, anderseits war anzunehmen, daß der Kanzler des Deutschen Reiches bei seiner papstfreundlichen Politik von der Erwartung geleitet werde, beim bevorstehenden kirchenpolitischen Friedensschluß für den Staat möglichst günstige Bedingungen zu erzielen, von einem vertrauensvoll gestimmten Papst größere Zugeständnisse zu erwirken, als den inländischen Katholiken und ihren Führern lieb sein mochte. Von einem Gegensatz zwischen Papst und Zentrum reden zu dürfen, glaubte sich die liberale Welt bereits im Januar 1887 berechtigt, als bekannt wurde, daß Leo XIII. auf Wunsch Bismarcks dem Reichstagszentrum empfohlen habe, für die kurz ‚Septennat' genannte Militärvorlage einzutreten, die Leitung der Fraktion aber mit Berufung darauf, daß es ihr unmöglich sei, in nichtkirchlichen Fragen päpstliche Weisungen anzunehmen, diesem Rate nicht entsprochen hatte. In der ihm lebenslang eigentümlichen Unkenntnis über katholische Verhältnisse und Persönlichkeiten konnte Bismarck zu behaupten wagen, Windthorst hasse förmlich

den Papst, weil dieser über die Köpfe des Zentrums hinaus sich mit Preußen über die Basis für das vorjährige erste Friedensgesetz verständigt habe[52]. In gleicher Unkenntnis machte der Reichskanzler, seine großen und kleinen Mittel in der Presse, in Parlamentsreden und diplomatischen Noten benützend, den Versuch, den großen Zentrumsführer sowohl bei dem Hl. Stuhle wie beim katholischen Volke in Mißkredit zu bringen. Aber die Neuwahlen zum Reichstag (21. Februar 1887) brachten dem Zentrum und seinem Führer eine glänzende Vertrauenskundgebung der Wählerschaft. Bezüglich der gewaltigen Animosität Bismarcks gegen seine Person aber urteilt Windthorst ebenso kaltblütig als wahr, aller Haß des mächtigen Mannes leite sich aus der Tatsache her, daß die Zentrumsfraktion und ihr Führer fünfzehn Jahre lang allen antikatholischen Plänen der Regierung gegenüber Widerstand und erfolgreichen Widerstand geleistet hätten[53].

Man begreift, daß die neuerdings wieder so heftig durch die Kanzlerpresse befehdete Fraktion den kommenden kirchenpolitischen Debatten nicht mit derselben hoffnungs- und vertrauensvollen Stimmung entgegensah wie Papst Leo XIII. Die neue Vorlage, die sich in den Motiven als zur Herbeiführung des definitiven Friedens zwischen Staat und Kirche bestimmt einführte, machte keineswegs den Eindruck eines Friedensvertrages auf Grund des status quo vor den kirchenpolitischen Streitigkeiten, wie ihn das Zentrum verheißen und erstrebt hatte. Das trat schon dadurch augenfällig in Erscheinung, daß eine prinzipielle Gewährleistung des Prinzips der Kirchenfreiheit, wie die Wiederherstellung der Paragraphen 15, 16 und 18 der preußischen Verfassungsurkunde sie bedeutet haben würde, gänzlich fehlte, das Jesuitengesetz ebenso fortdauern sollte wie der Kanzelparagraph, daß noch eine Anzahl kulturkämpferischer Verfolgungsbestimmungen formell zu Recht bestand, von denen die

---

[52] Chl. v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten II 404.

[53] Näheres s. bei Kißling, Geschichte des Kulturkampfes III 333 ff.

Justiz nur keinen Gebrauch machte. Aber anderseits war das, was die Vorlage, wie sie, durch Bischof Dr. Kopps Bemühungen amendiert, aus den Verhandlungen des Herrenhauses hervorging, an weiteren Erleichterungen darbot, sehr beträchtlich. Die Bischöfe von Limburg und Osnabrück erhielten das Recht, Diözesanseminare zu gründen, die Anzeigepflicht war auf die dauernde Übertragung eines Pfarramtes beschränkt, und das staatliche Veto gegen einen Pfarramtskandidaten konnte nur ausgesprochen werden „aus einem auf Tatsachen beruhenden Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehört". Die kirchliche Disziplinargerichtsbarkeit wurde ihrem Wesen nach wiederhergestellt; Orden und Kongregationen, die sich der Seelsorge, der Caritas, der weiblichen Erziehung, den auswärtigen Missionen oder dem beschaulichen Leben widmen, konnten wieder zugelassen werden, den aufgelösten Niederlassungen sollte ihr beschlagnahmtes Vermögen zurückgegeben werden. All das bedeutete keinen idealen Frieden, aber, wie Papst Leo XIII. sich ausdrückte, einen „Zugang zum Frieden". Schweren Herzens fügte sich die Zentrumsfraktion einem ausdrücklichen Wunsche des Papstes und stimmte für das zweite Friedensgesetz, das am 29. April 1887 verkündet wurde. Gleich dem Oberhaupt der Kirche waren die Katholiken Preußens und ihre politische Vertretung der Ansicht, daß eine fernere Besserung der kirchenpolitischen Lage, die völlige Wiederherstellung der konfessionellen Schule und des legitimen Einflusses der Kirche auf die Jugenderziehung Gegenstand weiterer, kein Aussetzen duldender Bemühungen sein müsse; insbesondere sei Sorge zu tragen, daß der dem Staat bei Besetzung der Pfarreien zugestandene Einfluß nicht zum Nachteil der kirchlichen Interessen ausschlage.

Es war zu verstehen, daß nach den Ereignissen des letzten Winters und Frühjahrs das katholische Lager den Drang nach Fühlungnahme, Aussprache und gemeinsamer Orientierung besonders tief empfand, und daß der nach Trier einberufenen Katholikenversammlung (28. August bis 1. September 1887) eine ungewöhnliche Bedeutung zukam.

Ausnehmend glanzvoll nach außen verlief die Tagung; ihr Heim war eine für den festlichen Anlaß eigens gezimmerte Riesenbasilika; der Oberbürgermeister de Nys rief ihr das herzlichste Willkommen der alten Römerstadt zu, des Trier so vieler Märtyrer und Heiligen des Urchristentums. Zwei Veteranen der katholischen Bewegung, August Reichensperger und Christoph Moufang, erhielten die Würde von Ehrenpräsidenten, Leiter der Verhandlungen wurde Graf Franz von Ballestrem. Ergreifend wirkte ein Vorgang während des von Bischof Dr. Korum zelebrierten Pontifikalamtes: nach trübem regnerischen Morgen füllte gerade im Augenblicke der hl. Wandlung goldener Sonnenschein die hohe Halle der Domkirche. Das schien ein mächtig redendes, verheißungsvolles Symbol der neuen Lage.

Mit einem Vergleiche erläuterte auch der Trierer Bischof in seiner von loderndem religiösen Feuer erfüllten Begrüßungsrede die Situation: Nach furchtbaren Stürmen sähen die Katholiken Deutschlands nun endlich „die herrliche Morgenröte des nahenden vollen Friedens". Einläßlicher sprach sich der Präsident Graf Ballestrem aus, sich einer Analogie aus einem ganz andern Gebiete bedienend. „Ich will es dahingestellt sein lassen, ob für den gegenwärtigen Stand der kirchenpolitischen Angelegenheiten in Deutschland das Wort ‚Friede' die richtige Bezeichnung sei. Um nicht auf Irrwege zu geraten, halte ich mich lediglich an den Ausdruck, welchen der Hl. Vater in seinem Schreiben an den hochwürdigsten Herrn Erzbischof von Köln am 7. April dieses Jahres gebraucht hat. In diesem Schreiben nennt der Hl. Vater den gegenwärtigen Zustand der kirchenpolitischen Angelegenheiten den ‚Zugang zum Frieden, aditus ad pacem'. In die gewöhnliche militärisch-diplomatische Sprache übersetzt, würde das ungefähr lauten: Friedens-Präliminarvertrag mit Waffenstillstand und Demarkationslinie." Sei aber einmal der volle Friede erreicht, dann beginne die wichtige, als Retablissement der Armee zu bezeichnende Arbeit, dann habe sich das „ultramontane Retablissement", die Ergänzung und der volle Ausbau der katholischen Organisation, zu vollziehen. Denn aus dem Kulturkampf, für den es charakteristisch gewesen sei, daß

die protestantische Mehrheit von ihrer Überzahl einen brutalen Gebrauch gemacht und die katholische Minderheit rücksichtslos in allen religiösen Fragen niedergestimmt habe, müßten die Katholiken die Lehre ziehen, daß es für die Freiheit ihrer Religionsübung nur eine einzige Garantie gebe, ihre Organisation [54].

Mit begreiflicher Spannung wurden Windthorsts Darlegungen über den vorläufigen Friedensschluß erwartet. Daß die letzte kirchenpolitische Kampagne dem greisen Führer schwere innere Kämpfe gekostet hatte, war über den engeren Kreis der Fraktion bekannt geworden. Auch in Trier zeigte es sich bei der Aussprache im engen Zirkel der Vertrauten, daß der große Parlamentarier seine Verstimmung über das ihm zu weitgehend erscheinende Entgegenkommen Leos XIII. noch nicht ganz überwunden hatte: der kirchenpolitische Kampf hätte nach Ansicht des Laienführers mit einem ansehnlicheren und ruhmvolleren Friedensschluß enden können. August Reichensperger gab während der Trierer Tage dem Freunde zu bedenken, „daß wir ‚Klerikale' nicht berufen sind, um hienieden unausgesetzt Lorbeeren zu ernten, daß wir da sind, um zu *dienen*, namentlich dermal dem Papste, dessen Weltstellung ihm nun einmal nicht gestattet, uns preußischen Ultramontanen in allem und jedem den Willen zu tun". Der Papst sei eben im Gesamtinteresse der Kirche gehalten, auf das gute Einvernehmen mit Bismarck Wert zu legen. Der Hl. Vater verdiene das volle Vertrauen seiner Söhne. Lumen de coelo! [55] All diese Erwägungen hatte sich der Zentrumsführer selbstverständlich schon längst selber vorgelegt, nach ihnen hatte er auch gehandelt.

In seiner Trierer Rede akzeptierte Windthorst zunächst den von Ballestrem gebrauchten militärischen Vergleich hinsichtlich des Standes der kirchenpolitischen Kämpfe. Was aber bereits erreicht worden sei, werde für immer ein Gegenstand der Kirchengeschichte sein, wie er kaum merkwürdiger und bedeutsamer in deren ganzem Verlauf vorgekommen sei. In erster

---

[54] Verhandlungen 1887 (Trier) 39 ff.
[55] *Pastor*, A. Reichensperger II 379.

Linie gebühre Dank Sr. Heiligkeit dem Papste, der seit Beginn seiner Regierung so viel getan habe, der Kirche Deutschlands den Frieden wiederzubringen, der für die deutschen Katholiken so viel gebetet habe.

Dankbar müßten die Katholiken ferner hinschauen auf die Einmütigkeit, die Standhaftigkeit und den Märtyrersinn ihrer Bischöfe, auf all das, was der Klerus geduldet und getragen habe in wahrhaft bewunderungswürdiger Weise. Auf diesem Wege allein sei das katholische Deutschland gerettet worden vor der Staatskirche, habe es die Reinheit und Festigkeit des Glaubens bewahrt. Auf die Anzeigepflicht anspielend, sagte der Redner mit unterstrichenen Worten: Ein Klerus, der all das geleistet und gelitten, sei durch keinerlei Machinationen zu brechen, wie denn auch der Papst bei seinen der preußischen Regierung gemachten Zugeständnissen sich von der gleichen Erwartung habe leiten lassen. Episkopat, Klerus und Volk, geeinigt unter der Leitung Sr. Heiligkeit, würden auch künftig unüberwindlich sein. Ein großer Schritt zum Frieden hin sei gemacht, aber es sei noch nicht der Friede, noch nicht der zu erstrebende status quo ante. Hinsichtlich des Einspruchsrechtes müsse, wie auch der Papst betont habe, weiter verhandelt und festgelegt werden, „daß als Grund des Einspruches nicht gelten darf irgendeine Handlung, welche ein Geistlicher in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes... oder in übung staatsbürgerlicher Rechte vorgenommen hat“. Ein dahingehendes schriftliches Versprechen hatte übrigens die preußische Regierung kurz zuvor dem Papste überreichen lassen.

Damit aber, so erklärte der Redner weiter, würden die Katholiken Preußens noch nicht zufriedengestellt sein, nach wie vor bleibe zu erstreben Wiederherstellung des kirchenpolitischen Rechtsstandes vor dem Ausbruch des Kampfes. Welche Anträge in dieser Hinsicht zu stellen sein würden, müsse Gegenstand künftiger Erwägungen sein. „Jedenfalls aber werden wir überall, wo wir zu Worte kommen, unsere Ansicht klar und bestimmt aussprechen, und die Presse, die uns vertritt, wird die Aufgabe haben, diese Forderung und alle andern, die wir noch haben,

nicht in Vergessenheit kommen zu lassen. Ich habe die Überzeugung, daß sie diese Pflicht erfüllen wird, natürlich in den Formen, die einem entschieden zum Frieden neigenden Zustande entsprechen“ [56].

Im Einklang mit diesen Darlegungen standen die Resolutionen hinsichtlich des kirchenpolitischen Friedensschlusses, die von der Versammlung beraten und angenommen worden waren. Die erste sprach die Verehrung, den Gehorsam und die Liebe der Katholiken gegen den regierenden Papst aus, der mit so großer Sorgfalt bemüht sei, die Herstellung des kirchlichen Friedens herbeizuführen. „Den Hoffnungen des Hl. Vaters, daß es den weiteren Verhandlungen gelingen werde, die Herstellung der vollen Freiheit zu erreichen, sich vertrauensvoll anschließend, werden die deutschen Katholiken nach wie vor in aller Treue und mit allen Kräften die Bemühungen des Hl. Vaters unterstützen und für alle Rechte und Interessen der Kirche einstehen.“ Dann war betont, daß das katholische Volk das Recht und die Pflicht habe, nicht zu ruhen, bis alle Überbleibsel und Folgen der Kulturkampfgesetze, insbesondere auch jegliche Beschränkung des ungehinderten Aufenthaltes und der vollen segensreichen Wirksamkeit aller katholischen Ordensgenossenschaften beseitigt seien. Daran reihte sich eine fernere, zwar kurze, aber inhaltreiche Entschließung, die von dem Fürsten Löwenstein, den Grafen Xaver Schmising-Kerssenbrock und Arnold zur Lippe, sowie dem Freiherrn Ph. v. Böselager beantragt worden war:

„Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands gedenkt mit größter Dankbarkeit der Leistungen und Verdienste der Männer, welche im Zentrum seit so vielen Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen für die Freiheit, die Rechte und die Interessen der katholischen Kirche und für das wahre Wohl des Volkes mutig und beharrlich gekämpft und viele Erfolge errungen haben.“

Unter keinen Umständen hätte der bevorstehende fünfzigste

---

[56] Verhandlungen 1887 (Trier) 258 ff.

Gedenktag des Kölnischen Ereignisses unbeachtet bleiben können, aber bei der augenblicklichen Lage des katholischen Deutschland drängte sich eine im Geiste freudiger Dankbarkeit gehaltene Gedenkfeier geradezu auf. Dr. Cardauns, mit der Gedächtnisrede auf den vor 50 Jahren in die Gefangenschaft geschleppten Erzbischof Klemens August beauftragt, schuf ein in der geschichtlichen Darlegung wie im programmatisch-paränetischen Teil hervorragendes Meisterwerk. Der eichenstarke Westfale, so führte er aus, durch den vor einem halben Jahrhundert der Grundpfeiler des staatskirchlichen Systems erschüttert worden sei, habe einen wesentlichen Anteil auch an der erfolgreichen Abwehr des neuerlichen Ansturms der Staatsomnipotenz. „Wenn es uns gelang, auch diesen Sturm zu überstehen, wenn es uns vergönnt ist, heute hier zusammenzukommen zu Tausenden, zahlreicher und einiger als vor jenem Sturm — möglich war das nur, weil der Geist des erzbischöflichen Bekenners fortlebt in seinen bischöflichen Nachfolgern, bei der Priesterschaft und bei dem Volke.“ Der Redner mahnte die katholischen Glaubensbrüder, die letzte, nun beendigte Verfolgung zu vergeben, aber nie sie zu vergessen. „Seien wir duldsam, nicht eigensinnig, starrsinnig und übermütig. Aber stehen wir fest auf unserm guten Recht! Und dann mögen wir doch vor allem und in allem Gottes Ehre suchen, selbstlos uns immer gegenwärtig haltend, daß nur dann wir würdig befunden werden können, als Werkzeug zu dienen für jene Absichten, welche die verborgenen Ratschlüsse Gottes vielleicht in ganz besonderer Weise der deutschen Kirche zugewiesen haben, wenn wir ganz auf das Eigene verzichten, wenn wir nur seine Ehre suchen in Gebet und Arbeit“ [57].

Daß die jüngsten Ereignisse mächtig dazu geholfen hatten, die Weltstellung des Hl. Vaters zur Anerkennung zu bringen, wurde von dem Trierer Katholikentag dankbar und freudig festgestellt; es durfte selbst die Hoffnung ausgesprochen werden, daß des Papstes geistliche Macht „zur Aufrechterhaltung des

[57] Verhandlungen 1887 (Trier) 203 ff.

Friedens sowie zur Vermittelung der widerstreitenden Interessen der Völker und der Gesellschaftsklassen dasjenige leisten werde, was weltliche Macht nicht vermag". Aber die Versammlung verschloß sich auch nicht der Wahrheit des Satzes, in dem Dr. Felix Porschs gedankenreiche Rede über die Römische Frage gipfelte, für des Papstes Stellung gebe es nur die einzige Alternative: entweder Souverän oder Untertan. Und diese Erkenntnis führte zur Annahme einer wuchtigen Resolution: „Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands spricht wiederholt die Überzeugung aus, daß die Wiederherstellung der territorialen Souveränität des Hl. Stuhles für die Selbständigkeit desselben und für seine volle Freiheit und Unabhängigkeit in der Regierung der Kirche eine unabweisbare Notwendigkeit ist, und daß jede von Gott gesetzte weltliche Macht im wohlverstandenen eigenen Interesse und zur Wiederherstellung der erschütterten Gesellschaftsordnung handelt, wenn sie die vom Hl. Vater erhobenen Ansprüche erfolgreich unterstützt."

Eine großartige Kundgebung katholischer Frömmigkeit war es, als am 31. August 2000 Teilnehmer des Trierer Katholikentages in feierlicher Prozession nach der Vorstadt St. Matthias pilgerten, um in der dortigen altehrwürdigen Basilika das Grab des hl. Apostels Matthias andächtig zu besuchen. Ein illustrer Gast aus England, Bischof Herbert Vaughan von Salford, der nachmalige Erzbischof von Westminster und Kardinal, feierte am Apostelgrab das hl. Meßopfer, Bischof Korum predigte über den apostolischen Geist, die militia Christi. Der Abend dieses Tages wurde dadurch verherrlicht, daß ein anderes Wahrzeichen Triers, die Porta nigra, in prächtigster Illumination erstrahlte. Bischof Koppes von Luxemburg, der mit vielen seiner Diözesanen aus dem Klerus und dem Laientum herübergekommen war, hat in der Schlußversammlung den großartigen Eindruck der Illumination geschildert: „Wir standen da vor dem gewaltigen, zauberhaft beleuchteten Römertor, wir schauten es in Flammen und Feuerwerk, sahen es in Glut und Rauch gleichsam in Trümmer sinken. Da erschien hoch oben hell und rein leuchtend das Kreuz mit der Unterschrift: Stat crux, dum volvitur orbis.

Gewiß, Sie sagten mit mir in Ihrem Herzen: wir wollen uns um das Banner des Kreuzes scharen, und unter dem Kreuze werden wir siegen... Wir wollen nicht siegen über politische Feinde, dazu sind wir nicht zusammengekommen. Es ist ein geistiger Kampf, der uns ruft, es ist ein Kampf für den Aufbau der Kirche, für den geistigen Tempel in uns und um uns!" Dann lenkte der Bischof auf ein Thema über, das mit unermeßlichem Enthusiasmus aufgenommen wurde. Er beschwor seinen Mit- und Nachbarbischof von Trier, die ehrwürdige Reliquie der Domkirche, den ungenähten Rock des Herrn und Heilandes, sobald es tunlich sein werde, wieder einmal zur öffentlichen Verehrung auszustellen. Die Versammlung unterstützte mit jubelndem Beifall diese Bitte, und tatsächlich war der Katholikentag von 1887 der Vorbereiter der größten religiösen Kundgebung des katholischen Deutschland im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, der Trierer Wallfahrt von 1891.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Die Förderung des katholischen Glaubenslebens durch die Katholikentage der Kulturkampfzeit.

Einen Hauptanteil an dem glänzenden moralischen Siege, den das katholische Volk nach dem Urteil selbst seiner erklärten Gegner im Kulturkampf davongetragen hat, durfte sich die politische Organisation der Katholiken, die Zentrumspartei, zuschreiben. Die Leistungen der Fraktion im Reichstag und Preußischen Abgeordnetenhause waren tatsächlich über alles Lob erhaben. Völlig aussichtslos schien der Widerstand, den zu Beginn des kirchenpolitischen Streites die Minderheit gegen die geschlossene Mehrheit der kulturkämpferischen Angreifer entgegenzustellen hatte. Aber umbekümmert um baldigen Erfolg taten die Mallinckrodt, P. und A. Reichensperger, Windthorst, v. Schorlemer-Alst usw. ihre Pflicht. Vermochten sie auch nicht, die kirchenfeindliche Gesetzgebung abzuwenden, so unterließen sie doch nicht, bei der parlamentarischen Beratung der Vorlagen diese vom Standpunkt des Rechts und der Gerechtigkeit und des wahren

Staatswohles aus allseitig kritisch zu beleuchten. Die einmal Gesetz gewordenen Maßregeln der Kirchenverfolgung wieder zu beseitigen, wandte das Zentrum umsichtig und unermüdlich alle Mittel an, welche die Verfassung und die parlamentarische Geschäftsordnung an die Hand gaben. Als Taktiker sondergleichen hat zumal Windthorst sich unsterblichen Ruhm gesichert; mustergültig aber war auch die Art, in welcher der große Führer die Fühlung zwischen Fraktion und Wählerschaft aufrecht erhielt. Wenn die Gegner nach wenigen Jahren feststellen mußten, daß seine Organisation das katholische Volk unüberwindbar mache, und diese als vorbildlich bezeichneten, so dachten sie vor allem an die politische Organisation der Katholiken.

Die namhaftesten Dienste aber hat auch die religiöse Organisation, der Katholikentag, zur Erreichung des Sieges im Kulturkampfe geleistet. Zu erheblichem Teil war es sein Werk, daß die Einheit der Katholiken gewahrt blieb, die kirchlichen Grundsätze bezüglich vieler Einzelfragen erkannt und anerkannt, der Bekennermut in allen Volksteilen entfacht, die Opferfreudigkeit geweckt und gesteigert, religiöse Wärme und Innigkeit in den Herzen entzündet wurden. Und es darf nicht vergessen werden, daß die Katholikenversammlungen der voraufgehenden Periode, die der fünfziger und sechziger Jahre, es gewesen waren, welche nach Kräften geholfen hatten, das Volk von Bekennern zu erziehen, das nunmehr seine Feuerprobe bestanden und glänzend bestanden hatte. Der so ganz auf das Diesseitige, auf Sinnengenuß, Geld- und Machtbesitz und materielle Gewalt eingestellte Liberalismus hatte einen Gegner kennengelernt, dessen Überlegenheit einer anderen, höheren Ordnung angehörte, der Region des Übersinnlichen, Immateriellen. Das Geld hatte die entscheidende Waffe im Kulturkampf sein sollen, die angedrohten ungeheuerlichsten Geld- bzw. Gefängnisstrafen hatten Bischöfe und Priester den Bestimmungen der Maigesetze unterwerfen, die Temporaliensperre ihre Gewissensbedenken beschwichtigen, die völlige Entziehung aller Staatsleistungen den letzten Widerstand brechen sollen. Mit Staatsgeldern hatte man als Gegenkirche den Altkatholizismus aufzupäppeln, durch An-

gebot finanzieller Vorteile die Kirchenämter der Sektierer zu füllen gesucht. Aber das katholische Volk vereitelte trotz seiner Armut diese Strategie, es übernahm willig die Lasten für den Unterhalt seiner treuen Priester, es baute Notkirchen zum Ersatz der Gotteshäuser, welche die Staatsgunst den Sektierern zugewendet hatte. Mit all seinen silbernen und goldenen Kugeln hat der Liberalismus den Widerstand der Katholiken ebensowenig zu brechen vermocht wie mit der Hungerblockade, die er durch das famose Brotkorbgesetz von 1875 über die katholischen Priester verhängte. Und auch die Einbildung der Macht, die so leicht liberale Herzen höher schwellen läßt und verführt, hat das katholische Volk nicht ködern können; man hatte geglaubt, das ganze Volk werde sich von den rechtmäßigen Priestern und Bischöfen trennen, wenn man ihm die verführerische Machtbefugnis verleihe, sich selbst seine Seelsorger zu wählen: tatsächlich hat keine einzige Pfarrerwahl stattgefunden. Was war das für ein Volk, das all den ‚Idealen' sich unzugänglich zeigte, die den liberalen Machthabern die höchsten Erdengüter waren? Mit der Existenz einzelner ‚rückständiger Betbrüder' und ‚verbohrter Prozessionshelden' hatte ja das liberale Lager gerechnet, aber daß Millionen und Millionen katholischer Männer aller Berufsstände sich als unbeirrbar treue Anhänger ihrer Kirche bewährten, das schien einfachhin unfaßlich. Vom inneren Leben des deutschen Katholizismus, seiner religiösen Tiefe und Kraft, hatten eben die Kulturkämpfer nicht die geringste Ahnung, sie hatten die armseligsten und unwürdigsten Vorstellungen vom katholischen Glauben und Glaubensleben, aber nun waren sie eines andern belehrt durch unwidersprechliche und unwiderlegbare Tatsachen.

Diesen so Wundersames wirkenden Glauben in den Seelen der Besucher des Katholikentages zu befestigen, war das Ziel vieler ausgezeichneter Redner geistlichen und weltlichen Standes gewesen; weit über das Auditorium hinaus ging die Wirkung dieser Reden dadurch, daß sie von der katholischen Presse abgedruckt und im ganzen Reiche gelesen wurden.

Tief waren die Katholiken davon überzeugt, daß sie nur

durch größte Verinnerlichung des religiösen Lebens dem schweren Kirchenkampf gewachsen sein würden; das lehrt ein schon dem Katholikentag von Mainz (1871) vorgelegter Antrag, dem zufolge die Generalversammlung durch Feier einer gemeinsamen hl. Kommunion eröffnet werden sollte; der Antrag wurde grundsätzlich von allen Diskussionsrednern in seiner Vortrefflichkeit gewürdigt, stieß aber auf Bedenken praktischer Art [1]. Mit großem Beifall wurde 1876 in München ein im gleichen Zusammenhang stehender Antrag des Grafen Ludwig v. Arco-Zinneberg angenommen: „In Anbetracht des außerordentlichen Nutzens, welchen geistliche Übungen (Exerzitien), die unter entsprechender Leitung gemacht werden, den Laien gewähren, empfiehlt die Generalversammlung den Katholiken aufs angelegentlichste, die nötigen Vorkehrungen für Ermöglichung solcher Übungen zu treffen" [2]. Als äußerst rührigen und erfolgreichen Veranstalter von Exerzitien für Laien, zumal auch die der gebildeten Stände, erwies sich der Benediktinerpater Hermann Koneberg-Ottobeuren; über die große Teilnahme, die seine Bestrebungen fanden, hielt er 1884 in Amberg eine von glühendem Seeleneifer durchdrungene Rede [3]. So sehr schwer es den Katholiken vielerorts durch die Folgen des Kulturkampfes gemacht war, zu den sakramentalen Heilsmitteln der Kirche zu gelangen, so eifrig bemühten sie sich um Erlangung der kirchlichen Gnadenschätze, um aus ihnen sich Kraft zum Kampfe zu holen. „Wollen Sie", so sagte treffend Dr. H. J. Schmitz 1877 in Würzburg, „Ihre katholischen Streiter zählen, so zählen Sie die Männer am Tisch des Herrn! Wen Sie dort nicht finden, der kämpft weder gut noch beharrlich." Daß es aber in dieser Hinsicht gut bestellt war, hatte schon 1876 in München Dr. Paul Majunke ausgeführt, indem er betonte: „Das Hauptelement des Katholizismus besteht in dem *inneren* katholischen Leben. Alle äußeren Erfolge würden uns nichts nützen, wenn wir uns sagen müßten, daß wir nur übertünchte Gräber seien, die im

[1] Verhandlungen 1871 (Mainz) 109 ff., 206 f.
[2] Verhandlungen 1876 (München) 348; 1880 (Konstanz) 161 ff.
[3] Verhandlungen 1884 (Amberg) 179 ff.

Innern vermodern und verwesen. Aber, Gott sei Dank, der äußere Zuwachs an der Kopfzahl, welchen der Katholizismus durch die Erstarkung des kirchlichen Sinnes innerhalb des Volkes gewonnen hat, wird Schritt für Schritt begleitet von einem kräftigen inneren Seelenleben und innerer Heiligung, die sich bei den preußischen Katholiken zu erkennen gibt." In den Städten wie in den Dörfern seien die Gotteshäuser überfüllt, selbst in der Diaspora, zumal aber in Berlin. Dortselbst sei der Kirchenbesuch der Katholiken immer gut gewesen, letzthin jedoch habe er an Frequenz noch zugenommen. Das gelte aber nicht minder vom Empfang der Sakramente seitens der Männerwelt. Gewachsen sei auch der religiöse Geist innerhalb der katholischen Familien, die sich mit Eifer bemühten, bei ihren Kindern die Lücken zu schließen, die der im Namen des Staates von Lehrern erteilte Religionsunterricht etwa gelassen habe. In gar vielen Fällen hätten sich katholische Eltern genötigt gesehen, selber das Präzeptoramt ihren Kindern gegenüber zu übernehmen. „Daß dabei", so hob der Redner hervor, „die Kinder weit ultramontaner werden, als wenn sie den Unterricht in der Schule erhalten, ist selbstverständlich" [4].

Freilich machten aufmerksame Beobachter dennoch die Wahrnehmung, daß die in der Folge des Kirchenstreites eingetretene Seelsorgernot mancherorts einen religiösen Niedergang bedeute, daß der Zeitgeist mit seiner Geldgier, seiner Genuß- und Vergnügungssucht auch in die katholischen Familien einzubrechen drohe. Die überfülle von Kriegervereins-, Turner-, Sänger-, Feuerwehrfesten, Denkmalseinweihungen und ähnlichen Veranstaltugen war ja für die ersten Jahrzehnte nach der Reichsgründung charakteristisch. Die schweren Schäden, die aus dieser Lage dem Wohlstand, dem Frieden und der Religiosität der Familien zu erwachsen drohten, wurden von zahlreichen Rednern der Katholikentage, zumal auch von Laien, mit ernstlichen Warnungen und Mahnungen signalisiert. Redner geistlichen Standes warnten vor den Auswüchsen der ‚Pläsiersucht',

[4] Verhandlungen 1876 (München) 168 ff.

insbesondere auch mit dem Hinweise darauf, daß nur aus Familien, in denen Einfachheit, christliche Zucht und Frömmigkeit blühe, reichlicher Nachwuchs der Diener des Heiligtums kommen und so der dringenden Gefahr des Priestermangels gesteuert werden könne. Als Mittel der Befestigung echt katholischer Frömmigkeit in den Familien wurde wiederholt das gemeinsame Rosenkranzgebet bezeichnet, für dessen Verständnis und Verbreitung sich so viele Enzykliken Papst Leos XIII. bemühten, und der gleichfalls vom Oberhaupt der Kirche so warm empfohlene Dritte Orden des hl. Franziskus für Weltleute; verpflichteten sich doch die Mitglieder des Dritten Ordens zu eifriger Übung des Gebetes und Sakramentenempfanges, zu Einfachheit im Leben und sozialem Wirken im Sinne der katholischen Caritas [5].

Hatten die Liberalen tausendmal die Ansicht ausgesprochen, das Vatikanische Konzil werde ein mächtiges Wiederaufleben und Erstarken des romfeindlichen Febronianismus zur Folge haben, so erwies der eklatante Mißerfolg des ‚Altkatholizismus' die ganze Torheit solcher Voraussagen. Die deutschen Katholiken standen nach dem Vatikanum in so fester Treue zum Hl. Stuhle wie in den besten Zeiten der Kirchengeschichte. Der allgemeinen Auffassung, die das katholische Deutschland hinsichtlich des Papsttums vertrat, gab Dr. Moufang einen meisterhaften Ausdruck, als er 1872 in Breslau den Papst feierte als die stärkste Stütze der Autorität in einem aller Autorität und damit aller Selbstbeschränkung und Unterordnung so feindseligen Zeitalter, als den Beschützer der Welt gegenüber dem steigenden Wildwasser des Materialismus, den Repräsentanten der Einheit aller Menschen mitten im Nationalitätenhaß, als den Vertreter der Macht des Gewissens, dessen unbeugsames Non possumus die heroische Bereitwilligkeit zum Martyrium bedeute [6]. Die verschiedenen Jubiläumsfeiern des Hl. Vaters Pius IX.

---

[5] Vgl. Verhandlungen 1879 (Aachen) 271 ff.; 1882 (Frankfurt) 111 ff.; 1883 (Düsseldorf) 141 ff., 151 ff.; 1884 (Amberg) 91 ff.; 1885 (Münster) 324 ff.

[6] Verhandlungen 1872 (Breslau) 124 ff.

und andere großartige Feste, wie das Zentenarium der Apostelfürsten Petrus und Paulus, ferner die Erleichterung der Reisen und Pilgerfahrten durch die modernen Verkehrsmittel hatten viele Tausende aus Deutschland nach der Ewigen Stadt und in den Zauberkreis der persönlichen Erscheinung Pius' IX. und Leos XIII. geführt. Noch weitere Umstände, die zur endgültigen Überwindung febronianischer Scheu vor dem Papsttum halfen, hat 1879 in Aachen Graf Klemens zu Droste namhaft gemacht: „Die Leiden des Hl. Vaters so unerhörter Art, die öffentlichen Gebete, die für das Oberhaupt der Kirche auf dem ganzen Erdkreise angeordnet waren, die Armut des Statthalters Christi, die auf den Ertrag des Peterspfennigs angewiesen war, das Bedürfnis ritterlicher Verteidigung des Hl. Stuhles — dies alles waren Mittel in der Hand Gottes, um das Papsttum den Herzen der Katholiken recht nahe zu bringen." „Gebete und Opfer", so schloß treffend der Graf, „waren es, die erwärmen sollten, was eine Zeit, welche die Emser Punktation möglich gemacht, hatte erstarren lassen" [7].

Die Kulturkampfgesetzgebung hatte versucht, den Papst als ‚Ausländer' zu behandeln. Aber für die katholischen Gewissen waren alle die einschlägigen Maßnahmen der Regierungen ein Schlag ins Wasser. Aus dem Herzen aller deutschen Katholiken war es gesprochen, was Graf Scherer-Boccard 1880 in Konstanz ausführte: „Wir wollen mit offener Stirn und freiem Auge erklären: Der Papst ist für uns kein Fremder. Mag der Papst als Fürst in Rom herrschen, oder mag er als Gefangener im Vatikan eingeschlossen sein, er ist und bleibt unser Hl. Vater, und der Vater ist keinem seiner Kinder fremd. Wo immer auf der Erdoberfläche eine katholische Kirche besteht, da ist der Papst in derselben zu Hause, und wo immer auf der Erdoberfläche ein katholisches Herz schlägt, da hat der Papst sein Domizil in diesem Herzen" [8].

Die durch den Kulturkampf wider alles Erwarten der Kirchenfeinde so hoch gesteigerte katholische Frömmigkeit setzte

[7] Verhandlungen 1879 (Aachen) 80 f.; vgl. 1885 (Münster) 96.
[8] Verhandlungen 1880 (Konstanz) 110.

sich auch ein großartiges bleibendes Denkmal: in dieser Zeit voller Schrecken, wo jedes Jahr neue Ruinen auf dem Gebiet des katholischen Kirchenwesens schuf, entstand endlich eine erste deutsche Anstalt für die auswärtigen Missionen. Hinter dem deutschen Protestantismus, der wirtschaftlich überlegen und zudem durch die Gunst vieler Staatsregierungen in seinen inländischen Anliegen auf Kosten der katholischen Steuerzahler bevorzugt worden war, hatten die weitaus ärmeren, vor mannigfachste und dringendste Aufgaben im eigenen Vaterlande gestellten Katholiken auf dem Felde der Missionstätigkeit bedauerlicherweise zurückstehen müssen. Die innerhalb des Evangelischen Bundes herrschende fixe Idee, daß vor dem Kulturkampf das katholische Deutschland wenig Missionsinteresse gezeigt habe, weil es nur ‚Sinn und Auge‘ dafür gehabt hätte, wie in Deutschland selbst dem Protestantismus entgegengearbeitet werden könne[9], bedarf keiner Widerlegung — eben in ihrer Eigenschaft als fixe Idee.

Konnten infolge der Maigesetzgebung die jüngeren Priester in Preußen, Baden, Hessen keine Anstellung finden, so war das für manchen Idealgesinnten der Anlaß, sich mit dem Gedanken an die Wirksamkeit in den äußeren Missionen vertraut zu machen. Die Gründung eines Missionshauses war seit vielen Jahren Herzenswunsch eines westfälischen Priesters, Arnold Janssen, gewesen; für seine Idee warb er in der Zeitschrift ‚Der Kleine Herz-Jesu-Bote‘. Mit viel Gottvertrauen und sehr geringen materiellen Mitteln gründete Janssen 1875 im holländischen Steyl ein zunächst bescheidenes Haus zur Heranbildung von Heidenmissionaren. Die Anstalt erhielt bald zahlreiche Besucher, Kleriker und Laien, die dorthin kamen, Exerzitien zu machen, und dann Helfer und Fürsprecher des begonnenen Werkes wurden[10].

Um das Interesse weitester Kreise für sein Unternehmen

---

[9] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 302.

[10] H. auf der Heide, Die Missionsgesellschaft von Steyl, Steyl 1900, 28 ff. über den Gründer s. das große biographische Werk: H. Fischer, Arnold Janssen, Steyl 1919.

wachzurufen, erschien Rektor Janssen 1876 vor dem Katholikentag zu München. Er berichtete eingehend über die Missionstätigkeit der anderen europäischen Länder, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, England, Irland, über die Billigung, die das endlich für Deutschland gegründete Steyler Haus bereits seitens des Hl. Stuhles und des Episkopates gefunden habe, und bat dann um die Unterstützung der deutschen Katholiken. Ein in diesem Sinne gehaltener Antrag wurde mit freudigem Beifall angenommen [11]. Als im Jahre 1879 bereits die ersten Missionare aus Steyl nach ihrer Wirkungsstätte hatten entsandt werden können, nahm der Aachener Katholikentag den Anlaß wahr, seine Empfehlung in besonders dringender Form zu erneuern; es wurde gleichzeitig unter den Anwesenden eine Kollekte veranstaltet, die, wie Fürst Löwenstein versicherte, „einen ganz erklecklichen Erfolg" hatte. Der Fürst erläuterte an dem Falle den hohen praktischen Wert der Katholikenversammlungen: „Ich bin fest überzeugt, daß nicht so viele Herren sich an dem Zustandekommen der Kollekte beteiligt hätten, und daß auch nicht so reichliche Gaben geflossen wären, wenn nicht in so entschiedener Weise von der Generalversammlung gerade dieses Unternehmen befürwortet worden wäre" [12].

Hinsichtlich des großen allgemeinen Vereins für die Unterstützung der Heidenmissionen, des in Lyon residierenden Xaveriusvereins, mußte auf dem Mainzer Katholikentag von 1871 festgestellt werden, daß er in Deutschland ‚nicht mehr recht vorwärts kommen wollte', und daß das nicht zuletzt in dem eigenen Interesse des katholischen Deutschland bedauerlich sei; denn von den 66 000 Talern, die im Jahresdurchschnitt aus deutschen Sammlungen nach Lyon flossen, verwandte das dortige Komitee 55 000 Taler wiederum zugunsten der deutschen Diaspora; von den 250 000 Talern, die für Amerika ausgegeben wurden, kamen bedeutende Summen der Seelsorge deutscher Auswanderer zugute [13]. Schon im nächsten Jahre konnte berichtet werden,

---

[11] Verhandlungen 1876 (München) 123 ff.

[12] Verhandlungen 1879 (Aachen) 390; 1880 (Konstanz) 101 f.

[13] Verhandlungen 1871 (Mainz) 182 ff. P. J. Louis, Der Xaveriusverein, 7 ff.

daß zumal im Osten Deutschlands der Xaveriusverein ‚einen großen Aufschwung genommen‘ habe; eine weitere Besserung erwartete unter Einreichung eines entsprechenden Antrages Freiherr Felix von Loe von einer intensiveren und häufigeren Berichterstattung über die Tätigkeit des Lyoner Vereins; von Nutzen könne etwa eine deutsche Wochenausgabe der Missions catholiques sein. Die letztere Frage fand eine hochbefriedigende Lösung dadurch, daß die deutschen Jesuiten im Jahre 1873 mit der Herausgabe der illustrierten Monatschrift ‚Die katholischen Missionen‘ begannen. Obschon der Kulturkampf an die Opferwilligkeit der deutschen Katholiken große, ja übergroße Anforderungen stellte, schien es dem Katholikentag pflichtmäßig, immer wieder das Interesse für die äußeren Missionen beleben zu helfen. Zu Aachen (1879) tat dies in besonders eindringlicher Weise ein unermüdlicher Freund der Heidenmission, der Arzt Dr. Heinrich Hahn [14].

Ludwig Windthorst war es, der 1884 zu Amberg den Katholiken Deutschlands speziell das Steyler Missionsunternehmen in hochbedeutsamem Zusammenhang empfahl. Gerade hatte das Deutsche Reich seine Ära kolonialer Politik eingeleitet; dem Zentrumsführer lag daran, sofort das katholische Deutschland aufzufordern, „das Nötige zu tun, damit wir in den neuen deutschen Kolonien auch unsere Kirche ausdehnen und unseren Glauben entfalten“. Das deutsche Koloniallland solle deutsche Missionare erhalten. „Die Missionen sind immer die besten Förderer wirklicher Kolonisation gewesen, und wenn man im Lande den verschiedenen Orden Gelegenheit gelassen hätte, sich weiter zu entwickeln, so würden wir die Kadres für eine kräftige Mission bereits besitzen. Jetzt sind uns die genommen. Wie Sie sehen, sind bereits an unseren Grenzen Missionshäuser entstanden, welche Missionäre bilden wollen.“ Der protestantischen Missionen, z. B. in Japan, nehme sich die Reichsregierung sehr kräftig an; von einem Schutz für katholische Glaubensboten verlaute einstweilen nichts. „Aber von vornherein halte ich dafür,

[14] Verhandlungen 1879 (Aachen) 131 ff.; P. J. Louis, Der Xaveriusverein, 4 ff.

daß wir mit allem Ernste daran denken müssen, wie wir gleichen Schrittes mit den Kolonisationsbestrebungen auch unser Missionswesen einrichten"[15].

Auf derselben Versammlung schilderte der beredte Mund des Münchener Stadtpfarrers Huhn eindringlich der Katholiken heilige Pflicht zur Mission: „Es ist nicht ins freie Belieben der katholischen Kirche gestellt, daß sie sich etwa beschränken will auf irgendeinen Raum, auf irgendeinen Weltteil, daß sie sich etwa Grenzen ziehen wollte gegen einen Berg, gegen ein Meer, und sagen: Darüber hinaus gehe ich nicht. Für sie ist es heilige und unerläßliche Pflicht, ihr Auge zu richten über den ganzen Erdkreis, ihre Füße zu bewegen bis an die äußersten Grenzen der Erde. Dürfen die Zeiten gehen, wie sie wollen, die Missionstätigkeit darf der katholischen Kirche niemals fehlen, und sie hat ihr nie gefehlt in den bedrängtesten Zeiten. Es war oft wunderbar, wie sie gerade in der Zeit der Verfolgung am glorreichsten erblühte. Wenn der Kulturkampf keinen andern Segen gehabt hätte als den der erhöhten Missionstätigkeit, dann könnten wir deswegen schon um ihn froh sein."

Als geradezu unermüdlichen Förderer der Missionierung des deutschen Kolonialbesitzes erwies sich Windthorst auch auf den Katholikentagen von Münster, Breslau und Trier. Die Missionäre von Steyl, die vom Hl. Herzen Jesu aus Tilburg (Belgien), die auf den deutschen Inseln der Südsee wirkten, und die Oblaten von der Unbefleckten Empfängnis aus dem holländischen Limburg wurden von ihm dem Wohlwollen und der Unterstützung des katholischen Deutschland dringend empfohlen. Missionäre fremder Nationalität, so führte er in Trier aus, würden seitens der deutschen Kolonialverwaltung, die auch auf dem Gebiet der Glaubensverbreitung dem Nationalitätsprinzip huldige, nicht die Unterstützung finden wie die aus Deutschland Stammenden. Damit müsse man rechnen und immer mehr deutsche Missionshäuser gründen und erhalten.

Windthorsts Bemühungen wurden machtvoll dadurch unter-

---

15 Verhandlungen 1884 (Amberg) 124 f.

stützt, daß deutsche Glaubensboten selber auf den Katholikentagen auftraten und über ihre Arbeiten, Erfolge, Sorgen und Anliegen berichteten. In Münster (1885) konnte einer der ersten Steyler Missionäre, Provikar J. B. Anzer, über die Gründung und das Wachstum der Mission in Südschantung einen erfreulichen Bericht erstatten; in Breslau (1886) gab der Franziskaner Remigius Götte furchtbare Einzelheiten aus der neuerlichen Christenverfolgung in Tonking und Cochinchina bekannt; unmittelbar nach ihm schilderte der Trappistenabt Franz Pfanner aus Mariannhill (Natal) die Anfänge deutscher Mission unter den Kaffern. Daß demnächst Deutsch-Ostafrika durch die neuerdings in Bayern durch P. Andreas Amrhein gestiftete St.-Benediktus-Missionsgenossenschaft[16] Glaubensboten deutscher Zunge erhalten werde, wurde 1887 auf dem Katholikentag von Trier bekanntgegeben und das neue Unternehmen durch Dr. P. M. Baumgarten angelegentlichst empfohlen. Was P. Amrhein erstrebte, war eine Missionierung im Sinne des frühen Mittelalters, durch Gründung von eigentlichen Missionsklöstern, sowohl Männer- wie Frauenkonventen, mitten im Heidenlande.

Ein deutscher Spezial-Missionsverein, der Verein vom Hl. Grabe, gegründet 1855, konnte auf dem Konstanzer Katholikentag von 1880 sein Silberjubiläum begehen und mit Hinweis auf das bereits von ihm Geleistete mit Recht um weitere Unterstützung bitten. Seine Aufgabe, die durch das Leben und Leiden des Heilandes geweihten Stätten zu schützen und die katholische Mission in Palästina zu fördern, hatte der Verein dadurch zu lösen gesucht, daß er das lateinische Patriarchat von Jerusalem sowohl wie die treuen Wächter des Hl. Grabes aus dem Orden des hl. Franziskus finanziell unterstützte und für die Bedürfnisse der Kirchen, Schulen und Klöster zu Jerusalem, Bethlehem, Nazareth, Jaffa u. a. aufkam. Wie der Schriftführer des Vereins, Dr. Pingsmann aus Köln, 1880 in Konstanz ausführte, waren die Einnahmen des Vereins auf die beträchtliche Jahres-

[16] Über sie s. P. Sauter, Die St.-Benediktus-Missionsgenossenschaft, St. Ottilien 1894.

summe von 70—80 000 Mark gestiegen. Mit beredten Worten machte der Redner auf alles das aufmerksam, was die Katholiken antreiben mußte, weiterhin den Verein vom Hl. Grabe zu unterstützen, so auf die Tatsachen, daß das Grab des Welterlösers sich in den Händen des Islam befinde, ebenso die Stelle des Abendmahlsaales, daß das Land, von dem das Licht des Evangeliums ausgegangen, nun ein Missionsland sei, die katholische Kirche in Palästina schwer bedrängt werde durch die schismatischen Griechen sowohl wie die protestantische Propaganda und die zahlreichsten orientalischen Sekten [17].

Da zum Wirkungskreise des Vereins vom Hl. Grabe auch die Unterstützung der katholischen Anstalten in Unterägypten gehörte, hatte der Verein dringendste Notrufe zu erhören, nachdem die Beschießung von Alexandrien durch die englische Flotte (11. August 1882) zu einer furchtbaren Niedermetzelung von Christen durch fanatisierte Anhänger des Islam und zur dauernden Besetzung des Landes durch England geführt hatte. Immer neue Hilfe verlangte auch die Seelsorge der katholischen Deutschen in Konstantinopel. Ihrer nahm sich tatkräftigst der durch den Kulturkampf aus dem Deutschen Reich vertriebene Lazaristenpater Ströver an, dem es (1882) gelang, die Kirche der bosnischen Franziskaner für die deutsche Mission zu erwerben (St.-Georgs-Mission). Deutsche Kapuziner, Mitglieder der von Papst Leo XIII. für die europäische Türkei und Kleinasien eingerichteten Orientmission, ließen (1884) an den Katholikentag die Bitte um Unterstützung, hauptsächlich mit Büchern theologischer und sprachwissenschaftlicher Art, gelangen. Inspektor J. Diefenbach aus Sachsenhausen unterstützte diese Bitte mit Worten voll nationalen Selbstbewußtseins: „Wie Deutschland jetzt die Führung der Politik übernommen hat, so sollen die Katholiken Deutschlands die Führung der katholischen Interessen in die Hand nehmen und die Hegemonie hierin erreichen“ [18].

Zur Zeit, wo noch ein Fürst Bismarck die auswärtige Politik

---

[17] Verhandlungen 1880 (Konstanz) 302 ff.
[18] Verhandlungen 1884 (Amberg) 122 ff.

des Deutschen Reiches leitete, waren derartige Gedankengänge nicht ohne Berechtigung. Und es war keineswegs erstaunlich, daß nach dem Katholikentag von Münster (1885) unter gewaltiger Anteilnahme ein Verein gegründet werden konnte, der ‚Palästinaverein der Katholiken Deutschlands', der sich zur besondern Aufgabe setzte, für die spezifisch deutschen Interessen im Hl. Land, in Syrien und Ägypten, zu wirken, katholische deutsche Schulen und deutsche Seelsorgestationen einzurichten, zumal in den Hafenstädten. Die katholische Kirche Deutschlands müsse im Orient eine würdige Repräsentation erhalten, so führte A. Huhn aus, deutsch und protestantisch dürfe fürderhin von den Orientalen nicht mehr identifiziert werden. Also sei ein Verein mit weiteren Zielen als denen des immer noch wichtigen und wärmstens zu unterstützenden Heiliggrabvereins zu gründen. Und ein Laie, Landrat W. L. Janssen aus Burtscheid, führte eindringlich den Gedanken aus: „Sonst überall zu hohem Ansehen gelangt, in dem Kampfe für die Rechte unserer heiligen Kirche im Vordertreffen stehend, in der ganzen Welt anerkannt als Muster und Beispiel treuester Kämpfer für unsere höchsten Güter, bedeuten die deutschen Katholiken in dem Lande, wo der göttliche Heiland seine Kirche stiftete, leider allzu wenig. Suchen wir denn diese Scharte auszuwetzen, rüsten wir uns zu einem Kreuzzug im friedlichen Sinn, um das zu vollenden, was das Mittelalter begonnen hat, um unserem Vaterlande einen den Absichten unserer Vorfahren entsprechenden Anteil an der Wiederaufrichtung des Hl. Landes zu erringen, um auch auf diesem Gebiete des katholischen Lebens zwar in aller christlichen Demut, aber auch in bewußter Kraft zu arbeiten zur größeren Ehre Gottes." Wie Landrat Janssen bei der konstituierenden Versammlung des neuen Vereins mitteilen konnte, zählte dieser bereits 4524 Mitglieder[19]. Der Bau eines deutschen Hospizes zu Jerusalem wurde alsbald in Angriff genommen und dessen Leitung den Borromäerinnen aus Teschen übertragen, deutsche Schulen in Jerusalem und Alexandrien

---

[19] Verhandlungen 1885 (Münster) 116 ff., 142 ff., 372 ff.

konnten mit ansehnlichen Summen unterstützt werden, da die Einnahmen 1885/86 bereits auf 18 394 Mark stiegen. Grundbesitz erwarb der Palästinaverein zunächst in Emmaus und am See Genesareth. Weit ausschauende Pläne deutscher Ausdehnungspolitik waren mit diesen Erwerbungen verknüpft, wie Landrat Janssen 1887 in Trier andeutete: „Infolge des Baus des Suezkanals ist das Hl. Land jetzt die verkehrreichste Straße zwischen Orient und Okzident. Hier ist das Stelldichein aller Bekenntnisse und Nationen; die christliche Macht, die dereinst im Lande der Verheißung herrschen wird, ist die erste Macht der Welt. Sorgen wir daher, daß wir am Tage der Entscheidung über Wehr und Waffen gebieten, daß wir auf einen ansehnlichen Besitzstand hinweisen können, damit man uns nicht als die bisher Untätigen mit Verachtung beiseite schiebt“ [20].

Einer Neubelebung bedürftig erschien das Interesse der deutschen Katholiken für das von P. Ratisbonne gestiftete Erziehungs- und Waisenhaus für Mädchen jüdischer oder arabischer Herkunft, mit dessen Unterstützung sich der ‚Sionsverein‘ befaßt. In München, Trier und Mainz besaß dieser Verein rührige Mitglieder, zumal aus Damenkreisen, die es sich angelegen sein ließen, Kleidungsstücke, Leinwand, Spielsachen u. a. der großen Erziehungsanstalt des verstorbenen Ratisbonne zuzusenden [21].

Auf einen kleineren Missionsverein, der schon seit 1852 in Köln bestand, wurde auf dem Maizer Katholikentag von 1871 aufmerksam gemacht. Es war der ‚Verein zur Unterstützung der armen Negerkinder‘. Er unterstützte zumal den italienischen Missionar Don Daniel Comboni zu Kairo, der dem schmachvollen afrikanischen Sklavenhandel entgegenarbeitete und sich bestrebte, der Sklaverei entrissene Negerkinder zu Missionaren heranzubilden. Die Rede, die 1871 Stadtverordneter Wolff aus Köln zum Zwecke der Verbreitung der kurzerhand ‚Negerverein‘ genannten Vereinigung über ganz Deutschland hielt, sollte den

[20] Verhandlungen 1887 (Trier) 83 f.
[21] Daselbst 85 f.

gewünschten Erfolg nicht erzielen. Aber in Köln selber und am Niederrhein blieb der Verein erhalten; er ließ seine nicht unbedeutenden Jahreseinnahmen später der zentralafrikanischen Sudanmission zukommen [22].

Als dringendste Hilferufe aber mußten nach wie vor die Bitten der Diaspora in Deutschland, zumal in Norddeutschland, behandelt werden. Man war berechtigt, von einer wirklich furchtbaren Not der durch die modernen Erwerbsverhältnisse in protestantische Gebiete versprengten Katholiken zu sprechen: viele Hunderte Neugeborene katholischer Eltern empfingen die Taufe durch protestantische Prediger, nach Zehntausenden mußten katholische Kinder protestantische Schulen und protestantischen Religionsunterricht besuchen, der Nachwuchs aus gemischten Ehen ging der Kirche fast ganz verloren. Kranke und Sterbende mußten den Trost der heiligen Sakramente schmerzlich vermissen, das religiöse Leben der Gesunden, aller Pflege entbehrend, war der Verelendung ausgesetzt, und das in einer Zeit, wo die Agitation der atheistischen Sozialdemokratie täglich weiteren Umfang annahm. Und wo bereits aus Mitteln des St.-Bonifatius-Vereins opferfreudige Missionspriester wirkten — zumeist mit 2—300 Talern Jahresgehalt dotiert —, war das gottesdienstliche Lokal in nur zu zahlreichen Fällen eine Lehmhütte, ein Wirtszimmer, ein Theater- oder Tanzsaal, Räume, ganz unwürdig, den eucharistischen Heiland zu beherbergen. Wenn der Katholikentag auch fürderhin zur Abstellung dieser zum Himmel schreienden Not für den St.-Bonifatius-Verein eintrat, erfüllte er eine unabweisliche Pflicht gegen die katholischen Glaubensgenossen und nicht zuletzt auch gegen das deutsche Vaterland.

Die nicht zu qualifizierende Art ‚evangelischer' Polemik, welche die Tendenzmäre aufgebracht hat, der Katholikentag sei eine gegen die Existenz des Protestantismus gerichtete Kampforganisation, trug bei dem ihr eigenen Maß geschichtlicher Objektivität auch kein Bedenken, die Pflege und Förderung des

---

[22] Verhandlungen 1871 (Mainz) 271 ff.

Bonifatiusvereins als eine ‚schwere Bedrohung anderer Bekenntnisse‘ hinzustellen; man sagte, zu den Aufgaben dieses Vereins gehöre es, ‚die Wege zu bahnen zur Eroberung des protestantischen Deutschland für Rom und seine Kirche‘ [23]. Die Anklage auf antiprotestantische Propaganda wird ausgerechnet vom Evangelischen Bunde erhoben, dem Bunde, der in ungeniertester Weise seine Hintertreppenbeziehungen zu hochmögenden politischen Kreisen des alten Preußenstaates dazu benutzt hat, in der Ostmark antipolnisch-protestantische Propaganda zu treiben und auf Kosten der preußischen Steuerzahler, auch der katholischen, propagandistisch wirkende Anstalten auf katholischem Boden zu errichten [24]. Eroberungen solcher Art lagen keineswegs im Sinne des Bonifatiusvereins noch des Katholikentages. Wurde überhaupt bei Verhandlungen des letzteren von ‚Eroberungen‘ gesprochen, so waren regelmäßig moralische Eroberungen gemeint: die Herzen der Protestanten zu gewinnen, die dem Konfirmandenunterricht entstammenden antikatholischen Vorurteile zu überwinden durch das Beispiel eines Lebens nach den Grundsätzen des katholischen Glaubens und in solcher Weise zur religiösen Einigung Deutschlands beizutragen, auch das erschien als eine den Katholiken der Diaspora gestellte Aufgabe. Lehrreich ist es, daß der so ganz auf die Beobachtung ‚römischer Umtriebe‘ eingestellte Evangelische Bund gestehen muß: „Zu einer Übertrittsbewegung zum Katholizismus im Deutschen Reiche freilich, die an Stärke auch nur einigermaßen der österreichischen Los-von-Rom-Bewegung vergleichbar wäre, ist es bisher nicht gekommen“ [25]. Bei diesem Hauptunternehmen des Bundes hat bekanntlich schnödes Geld eine schnöde Rolle gespielt, z. B. hat einer der ersten Wegebereiter der Emission des Evangelischen Bundes, der Advokat Dr. Eisenkolb, der ersten Katholikin, die sich in dem protestantischen Betlokale trauen lasse, 200 Gulden verheißen. Mit derlei Praktiken hat sich der

---

[23] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 246.

[24] Näheres s. bei Kißling, Der deutsche Protestantismus II 257 ff.

[25] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 259.

Bonifatiusverein niemals befaßt. Wie er zu missionieren pflegte, wurde 1872 auf der Generalversammlung zu Breslau von Propst Nacke aus Paderborn geschildert, der zunächst den Bonifatiusverein als einen echt konservativen Verein schilderte. „Erhalten will der Verein, was katholisch ist, erhalten will er unsere braven Katholiken, die getrennt sind von ihren katholischen Brüdern, erhalten will er sie in ihrem Glauben und in ihren guten Sitten. Unsere Missionare kommen nicht mit vollen Geldsäcken in die protestantischen Gegenden, um Protestanten anzulocken; sie können nicht große und einflußreiche Stellen im Staate versprechen, sie können nicht gewinnreiche Stellen bei industriellen Unternehmungen in Aussicht stellen. Sie verkünden nur klar und einfach die katholische Wahrheit den Katholiken: Wenn aber irgendein Andersgläubiger die Wahrheit der katholischen Religion erkannt hat und in reiner Absicht zu ihnen kommt, nämlich in der Absicht, Ruhe zu finden hier auf dieser Welt für seine Seele und seine Seele zu retten für jene Welt, dann nehmen sie einen solchen mit offenen Armen auf, sie nehmen ihn auf mit der Milde des barmherzigen Samaritaners. Verlangen, einen solchen zurückzuweisen, das nenne ich Gewissenszwang; denn ein jeder Deutsche hat doch wohl das Recht, sich eine religiöse Überzeugung zu bilden und dieser religiösen Überzeugung gemäß zu handeln. Das verhindern zu wollen, ist Gewissenszwang, ist Geistesknechtung.“ Übrigens lehre vielfach die Erfahrung, daß nach Errichtung eines Seelsorgerpostens für die Katholiken einer protestantischen Stadt dortselbst der religiöse Eifer der Protestanten nicht abgenommen, sondern zugenommen habe und die Prediger Anlaß gehabt hätten, die Ihrigen auf das Beispiel und den Eifer der kleinen katholischen Gemeinde hinzuweisen. Die einseitig protestantischen Staatsregierungen aber, z. B. die mecklenburgische, welche die Zulassung noch so notwendiger katholischer Missionsstationen mit allen Mitteln zu verhindern suchten, arbeiteten förmlich der Revolution in die Hände, indem sie den Ärmsten die Seelsorge vorenthielten und damit die Religion unterdrückten. „Wehe dem Staate, der die Religion unter-

drückt, durch Unterdrückung der Religion ist noch niemals ein Staat groß geworden!“ [26]

Die Tatsache, daß auch das Königreich Preußen in die Reihe der die katholische Religion verfolgenden Staaten trat, wirkte auf die Geschicke des Bonifatiusvereins höchst nachteilig ein. Als Bischof Dr. Konrad Martin von Paderborn vor der Verfolgung ins Ausland flüchten mußte, sah er sich auch genötigt, das von ihm erfolgreichst geführte Amt als Vorsitzender des Vereins niederzulegen. Sein Nachfolger wurde ein apostolisch gesinnter Laie, Freiherr von Wendt-Gevelinghausen. Seit Inkrafttreten der Maigesetze wurde es dem Verein unmöglich, neue Missionsstellen zu gründen und die durch den Tod des Missionspriesters verwaisten Stellen wieder zu besetzen. In den ersten Jahren des Kirchenkampfes schwankten die Einnahmen des Bonifatiusvereins, sie zeigten vorübergehend (1873 bis 1874) eine Steigerung, sanken aber bedrohlich, nachdem das ‚Brotkorbgesetz‘ den Katholiken Preußens alljährlich Millionenopfer zur Erhaltung ihrer Seelsorge aufgebürdet hatte. Betrugen die Einnahmen im Jahre 1874: 539 000 Mark, so waren es 487 000 im Jahre 1875, 427 000 im Jahre 1876, den Anfang einer dauernden Besserung zeigte das Jahr 1877 mit 432 000 Mark. Aber niemand wird verkennen wollen, daß auch damals als man schon glaubte, von einem ‚Siechtum des Bonifatiusvereins‘ [27] reden zu müssen, nach Maßgabe aller Umstände die aufgebrachten Summen ein großartiges Zeugnis für den Opfersinn der Katholiken darstellten. Keineswegs hatte der Verein ein Abnehmen der Teilnahme des katholischen Deutschland festzustellen, das zeigte das Entstehen immer wieder neuer ‚Einigungen‘ von Priestern und frommen Laien zur Unterhaltung bestimmter Diasporakirchen und Schulen, die Zuwendung von Kapitalien unter Vorbehalt des Zinsengenusses auf Lebenszeit, die hochherzige Förderung seitens der katholischen Presse; so sammelte der Augsburger ‚Sendbote‘ mitunter 36 000 Mark im Jahre, andere bayerische und österreichische Blätter

[26] Verhandlungen 1872 (Breslau) 62 ff.
[27] Katholische Bewegung XII (1878) 342.

zeigten sich ebenfalls sehr tätig. Der bayerische Ludwig-Missionsverein stellte seine reichen Mittel mehr und mehr auch in den Dienst der norddeutschen Diaspora [28].

Hatte der Bonifatiusverein während der Glühhitze des Kulturkampfes keine neuen Missionsstationen errichten können, so hatte dies auch eine günstige Seite insofern, als er sein Augenmerk mehr auf die Gründung von sog. Kommunikantenanstalten richten konnte. Deren Idee wurde auf dem Katholikentag von Frankfurt durch den Dechanten Seneca-Halberstadt erläutert. Es sollten in diesen Anstalten Kinder von solchen Katholiken, die weit entfernt von Pfarrorten wohnten, einen religiösen Unterricht zur Vorbereitung auf den Empfang des Bußsakramentes und der hl. Kommunion erhalten. „Es genügt", so sagte der Redner, „für solche Kinder nicht ein Unterricht von zwei oder drei Monaten; denn Sie, m. H., müssen bedenken, was sollen die Kinder mitbringen, wenn sie ihre Jugend in gemischten Gegenden bei Eltern, die fast die Religion vergessen haben, durchlebt haben? Sie wissen von Religion eigentlich gar nichts, kennen das liebe Vaterunser und das hl. Kreuzzeichen nicht. Also reichen da, werden Sie selbst sagen, drei bis vier Monate unmöglich aus; es müssen Anstalten da sein, wo man ein solches Kind mindestens 1—2 Jahre unterhalten kann." Stürben die Eltern derartiger Kinder, so erweise sich die Existenz besonderer Waisenanstalten als notwendig. Und schließlich sei es wichtig, daß die aus den Kommunikantenanstalten Entlassenen in katholischen Familien als Lehrlinge oder Dienstboten untergebracht würden [29]. Im Jahre 1883 besaß der Bonifatiusverein zwanzig derartige Anstalten mit 558 Zöglingen.

Bonifatius-Sammelvereine entstanden im Jahre 1885. Die Kongregation katholischer Kaufleute zu Paderborn erließ am 14. März jenes Jahres einen Aufruf, der alle katholischen Vereine ersuchte, Zigarrenabschnitte, Staniol, alte Briefmarken u. a. zu sammeln. Der Ertrag sollte den Kommunikantenanstalten

[28] Verhandlungen passim; A. J. Kleffner und F. W. Woker, Der Bonifatiusverein, Paderborn 1899, 63 ff., 103 ff.

[29] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 178 f.

und Waisenhäusern zugeführt werden. Sammelvereine und Diözesanhauptstellen wurden alsbald in den meisten Bistümern errichtet; durch Sparen und Sammeln von Kleinem konnte bald Großes erreicht werden: bereits nach zwei Jahren (1887) wurde eine Jahreseinnahme von 65 488 Mark erzielt, und es dauerte nicht lange, bis schon 50 dem Besten hilfloser katholischer Kinder dienende Häuser mit stattlichen Beiträgen unterstützt und Hunderte von Einzelbeträgen an Diasporakinder zur Erleichterung des Besuches religiösen Unterrichtes gewährt werden konnten. Das katholische Deutschland begrüßte und befürwortete diesen neuen Verein wärmstens auf der Generalversammlung von Trier [30].

Ein Jahr zuvor hatte ein äußerst verdienter Wortführer der Diasporafürsorge, Propst Racke aus Paderborn, dem Katholikentag einen Gesamtbericht über die Entwicklung und Tätigkeit des Bonifatiusvereins während der Kulturkampfära erstattet, der geeignet war, geradezu Staunen zu erregen. Im Jahre 1871 hatten die Jahreseinnahmen 350 000 Mark betragen, nun beliefen sie sich auf 750 000 Mark; seit dem Nachlassen der Kirchenverfolgung hatten mehr als 100 neue Missionsgemeinden gegründet werden können; es waren nun etwas mehr als 300. Die Schulstellen, die der Bonifatiusverein unterhielt, waren auf 380 gestiegen. Und das alles war in einer Zeit der Heimsuchung erzielt worden, die an den Opfersinn des katholischen Volkes größte Anforderungen gerichtet hatte. „Ehre dem katholischen Volke," so rief der Berichterstatter aus, „welches in einer so schweren Zeit trotz seiner Drangsale, trotz seiner Leiden, doch in echt katholischer Liebe die Leiden der Katholiken in der Diaspora nicht vergessen hat! Ehre den katholischen Generalversammlungen, welche ein Werk geschaffen haben, welches jetzt sich allen ähnlichen Werken kühn an die Seite stellen darf — ja, ich darf wohl sagen — ein Werk zur Erhaltung und Befestigung des Glaubens, wie es in keinem einzigen andern Lande der Welt vorhanden ist.

---

[30] Kleffner und Woker, Der Bonifatiusverein 116 ff.; Verhandlungen 1887 (Trier) 164 ff.

Bei dem gleichen Anlaß machte Windthorst darauf aufmerksam, daß durch die von der preußischen Regierung jüngst begonnene Polenpolitik mit ihren Germanisierungs- und Protestantisierungstendenzen dem Bonifatiusverein neue schwere Aufgaben stellen werden: die Katholiken hätten die unabweisbare Pflicht, ihren Besitzstand vollauf zu behaupten[31].

Der 1862 zu Aachen gegründete St.-Josephs-Verein zur Unterstützung der Seelsorge deutscher Katholiken in den Großstädten des Auslandes sah sich vor große Aufgaben gestellt, da einzelne dieser Missionen durch den Deutsch-Französischen Krieg schwer gelitten hatten. Besonders schlimm war es der von Jesuitenpatres bedienten deutschen Kirche in Paris ergangen; die Beschießung der Stadt hatte das Gebäude erheblich beschädigt, bald kündigte auch die radikale Stadtverwaltung den Beitrag, den Paris bisher für die Unterhaltung der deutschen katholischen Schulen gezahlt hatte. Die Liebesgaben der französischen Katholiken verringerten sich nach dem Kriege auf ein Minimum; staatliche Unterstützung aus Deutschland für die deutschen Missionsstationen waren nicht zu erlangen, selbst nicht in so dringenden Fällen wie bei der furchtbaren Choleraepidemie von Marseille (1884) oder bei Gefährdung der deutschen katholischen Schule im ägyptischen Alexandrien. Die Errichtung neuer Missionsstationen in Verviers und Lüttich erwies sich als notwendig, deutsche Ordensmänner, durch den Kulturkampf aus dem Vaterlande vertrieben, stellten doch freudig ihre Kraft in den Dienst ihrer Landsleute. In der Londoner St.-Bonifatius-Mission wirkte der Priester der Trierer Diözese Volk, der gleichfalls die Heimat hatte verlassen müssen; infolge des Neubaus der St.-Bonifatius-Kirche hatte die deutsche Gemeinde in der Hauptstadt Englands große Lasten zu tragen. Mit all diesen wachsenden neuen Anforderungen hielten die Einnahmen des St.-Josephs-Vereins ungefähr gleichen Schritt. Wie einer seiner beredtesten Freunde, Dr. Lingens, dem Katholikentag von Würzburg (1877) mitteilte, hatten sie in jenem Jahre die Summe

[31] Verhandlungen 1886 (Breslau) 69 ff., 152 f.

von 33000 Mark erreicht. Aber das Interesse für den Verein mußte immer wieder auf den Katholikentagen geweckt und erneuert werden[32].

Nicht unbeträchtliche Gaben spendete alljährlich das katholische Deutschland auch den Missionsgemeinden des skandinavischen Nordens, die sich fast völlig aus Konvertiten rekrutierten. Ein höchst eindrucksvolles Bild über das Wachstum der katholischen Gemeinden in Dänemark, Schweden und Norwegen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entrollte 1883 auf dem Düsseldorfer Katholikentag der überaus seeleneifrige Apostolische Präfekt Hermann Grüder aus Kopenhagen, von Hause aus Priester der münsterschen Diözese[33]. Nicht mindere Teilnahme erweckte auf derselben Versammlung der Bericht, den Dr. Jos. Verres über die gewaltigen Fortschritte der Katholisierung Englands während der letzten Jahrzehnte erstattete[34]. Wiederholt war auch das Wachstum der katholischen Kirche in Nordamerika Gegenstand beredter Schilderungen dort wirkender deutscher Seelsorger, die der alten Heimat einen Besuch abstatteten. Der deutsche Kulturkampf, der vielen Hunderten von Ordensleuten das Wirken in Deutschland unmöglich gemacht und sie über den Ozean hinüber gejagt hatte, war ein für die Entwicklung des Katholizismus in den Vereinigten Staaten segensreiches Ereignis ersten Ranges geworden. „Es war“, so führte Bischof Martin Marty-Dakota 1885 in Münster aus, „großer Mangel an deutschen Priestern, an deutschen Ordensgenossenschaften; durch die Verfolgung aber sind uns dieselben gerade in dem Augenblicke zugekommen, wo wir in der größten Not waren. Es ist nicht zu sagen, wie groß der Einfluß der Priester gewesen ist, welche durch die Verfolgung nach Amerika gesendet worden sind; von jenen Zeiten an hat namentlich die deutsche Mission in Amerika Fortschritte gemacht wie nie zuvor.“

---

[32] Vgl. Verhandlungen 1871 (Mainz) 250 ff.; 1877 (Würzburg) 192; 1879 (Aachen) 22; 1880 (Konstanz) 296 ff.; 1884 (Amberg) 133 ff.; 1885 (Münster) 154 ff.; 1887 (Trier) 167 ff.

[33] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 125 ff.

[34] Daselbst 53 ff.

Ein weiterer Segen des deutschen Kulturkampfes für Amerika habe darin bestanden, daß die katholischen durch hundertjährige Leiden in ihrem Glauben befestigten Iren, die ehedem die katholischen Deutschen nicht als vollwertig genommen hätten, nun eines Besseren belehrt und zum Aufgeben jedes Mißtrauens gegen die Glaubenskraft der Deutschen bewogen worden seien: die Einheit zwischen Katholiken irischer und deutscher Herkunft stehe nun festgegründet. Über die Gesinnungen der Protestanten Amerikas gegen die Katholiken und die Aussichten der Konversionsbewegung sprach sich der Bischof zufrieden und hoffnungsfreudig aus [35].

Den Gedanken, durch unausgesetztes Gebet für die Einigung Deutschlands im wahren Glauben zu wirken, belebte unter den Katholiken Deutschlands der 1879 durch den Bischof Dr. Philipp Krementz gestiftete und alsbald durch Papst Leo XIII. gutgeheißene und durch Ablaßverleihungen ausgezeichnete ‚Gebetsverein'. Als dessen näheren Zweck bezeichnete die vom Aachener Katholikentag ausgesprochene Empfehlung, „durch bußfertiges Gebet die Herrschaft des Unglaubens und der aus ihm entspringenden Übel von unserm deutschen Vaterlande abzuwenden und die Herstellung eines wahren kirchlichen Friedens und die Wiedervereinigung im Glauben für Deutschland zu erlangen".

Das dieser Meinung entsprechende Gebet wurde, wie Fürst Löwenstein 1880 in Konstanz berichtete, binnen kurzer Zeit in 200 000 Exemplaren unter den Katholiken Deutschlands und Österreichs verbreitet. Nach zwei Jahren war die Nachfrage nach dem Gebetsformular auf eine halbe Million gestiegen. Professor Rebbert aus Paderborn setzte die Idee des Gebetsvereins 1881 in Bonn auseinander in begeisterter Rede, die er mit Zitierung eines von Friedrich von Schlegel gedichteten Gebetes zum göttlichen Stifter der Kirche schloß:

„Sohn der Liebe, wollst vereinen
Doch die Deinen,
Daß der Zwietracht dunkle Binde
Vor dem Blick verschwinde,

[35] Verhandlungen 1885 (Münster) 245 ff.

Alle deines Heiles Licht erkennen,
Und, in dir verbündet,
Gern sich alle Brüder nennen.
Denn vor welcher Hölle Ungewittern
Dürft' erzittern
Wohl dein Volk, wenn einig wieder
Es wie eh'dem bieder
Wandelte im alten Heldenglauben?" [36]

Weiteres in Sachen der Wiedervereinigung der Protestanten mit der katholischen Kirche zu tun, etwa durch Pflege irenischer Literatur und Aussprache, konnte sich der Katholikentag nicht entschließen. Der Münchener Tagung von 1876 lagen zwei Anträge vor, welche die Gründung eines eigenen Organes für die Besprechung der katholisch-protestantischen Kontroverse bzw. deren dauernde Berücksichtigung durch die katholische Presse erstrebten. Beide Anträge wurden abgelehnt, soviel selbstverständliche Sympathie der Gedanke einer Wiedervereinigung fand. Die Gründung einer eigenen Zeitschrift würde als ‚Mittel, Konvertiten zu machen', angesehen werden, so meinte man; sie sei überflüssig, weil den Protestanten Bücher genug zur Verfügung ständen, um sie über die Unterscheidungslehren zu unterrichten. Übrigens habe die Presse, z. B. die Germania, irenisch gesinnten Protestanten gern ihre Spalten zur Verfügung gestellt [37].

Durch Zusammenwirken des tüchtigen Theologen Dr. Karl Seltmann und einer katholisierenden Dame, der späteren Konvertitin Julie von Massow [38], entstand im Jahre 1879 die der Annäherung der Konfessionen dienende Zeitschrift Ut omnes unum. Auch der vollendeten Tatsache gegenüber blieb die Haltung des Katholikentages unverändert. Eine Empfehlung der neuen Zeitschrift zu erlangen, bezweckte ein bei der Generalversammlung von Düsseldorf (1883) eingereichter Antrag des Pfarrers J. Dell-Zell. Freiherr von Böselager referierte in der

---

[36] Verhandlungen 1879 (Aachen) 391; 1880 (Konstanz) 102; 1881 (Bonn) 260 ff.

[37] Verhandlungen 1876 (München) 280 ff.; 1883 (Düsseldorf 244 f.

[38] Über sie s. M. Bernardina (Grua), Julie v. Massow, geb. v. Behr [2], Freiburg 1912.

vierten geschlossenen Versammlung über die Diskussion des Ausschusses betreffend den Dellschen Antrag, die sehr lebhaft gewesen sei: „Es wurde gesagt: wir wollen uns hier nur mit katholischen, mit ausschließlich katholischen Angelegenheiten beschäftigen, und wir wollen uns gar nicht in die Diskussion mischen, die fortwährend zwischen beiden Konfessionen weitergeht. Ob diese Diskussion irenische oder polemische Gestalt hat, das ist für uns ganz irrevelant, wir wollen uns an dieser Diskussion überhaupt nicht beteiligen. Nachdem namentlich am ersten Tage hier bei der Generalversammlung, sowohl in der geschlossenen als auch in der öffentlichen, betont worden ist, daß wir uns nur um unsere Angelegenheiten kümmern wollen, glaubte der Ausschuß schon aus diesem formellen Grunde über diesen Antrag zur Tagesordnung übergehen zu sollen." Diesem Antrag von Böselager wurde in der Vollversammlung entsprochen. Und Windthorst kam in seinem Schlußwort noch einmal auf den Beschluß zurück, indem er zu erwägen gab, daß eine so große Versammlung sich schwerlich mit der Empfehlung nicht allgemein bekannter literarischer Erscheinungen beschäftigen könne, und daß die zu erstrebende Wiedervereinigung weniger auf dem Weg der gewiß zu pflegenden Aussprache als durch das Mittel des Gebetes zu erreichen sein werde[39].

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Neue Bahnen caritativ-sozialer Tätigkeit.

Über Wesen, Ziele und Umfang der sozialpolitischen Bestrebungen des katholischen Deutschland wurden während des Kulturkampfes seitens des liberalen Lagers Aufsehen erregende Nachrichten verbreitet. Die Katholiken schienen den Glauben an ein besseres Jenseits und an die göttliche Vorsehung beinahe verloren zu haben, so hieß es; denn sonst sei es gar nicht zu erklären, daß man die Geistlichkeit ‚mit einem Eifer und mit einer Hast sich auf irdische Staatsangelegenheiten werfen und

[39] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 244 ff., 279 f.

soziale Rezepte behandeln sehe, als gäbe es kaum eine höhere vergeltende Macht, als sei ihr eigener Glaube an ein dauerndes individuelles Sein ein wenig erschüttert, und als müsse man unverzüglich auf Erden der Vorsehung in die Räder greifen'. Oder aber es müsse dieses ganze Streben von geheimen Motiven ausgehen, von ‚klerikalem Egoismus diktiert' sein, ‚von einem Autoritätsegoismus, welcher geeignet erscheint, sich einen überwiegenden Einfluß auf die Massen zu wahren'[1].

Von der katholisch-sozialen Bewegung wurde gesagt, daß sie ‚in ihrer fast hermetisch geschlossenen Organisation eine Macht darstellt, welche, indem sie bestimmt vorgezeichnete Prinzipien verfolgt, gegen die meisten Angriffe der Gegenwart als gefeit erscheint'. Der Klerus habe es eben verstanden, ‚alt und jung, vornehm und gering, groß und klein, kurz alle möglichen Gesellschaftsklassen zu einer kompakten Masse zu verbinden und für einen einzigen Zweck, die Stärkung der hierarchischen Macht, zu verwenden'. Selbstverständlich sollten auch die sozialen Bestrebungen der Katholiken enorm staatsgefährlich sein, schon um deswillen, weil der Katholizismus im wesentlichen alle Ziele der Sozialdemokratie akzeptiere und bereit sei, sich mit dieser zu verständigen, wenn sie nur das Christentum anerkennen wolle. Eine weitere Gefahr beruhe darin, daß das ganze katholische Deutschland ‚wie mit einem Netz von Vereinen umspannt erscheine', das katholisch-soziale Vereinswesen ‚eine scharfe Waffe, ein festes Bollwerk gegenüber der Regierung im Kulturkampfe' bilde. ‚Auch brächte diese Vereinstätigkeit den Priesterstand in unmittelbare hundertfache Berührungen mit dem Volke und die Einwirkung auf dasselbe würde auf diese Weise am ungefährlichsten und bequemsten.' Mit ‚verzweiflungsvoller Anstrengung' habe der Katholizismus sich auf das soziale Gebiet geworfen, die Massen gewonnen für einen katholisch modifizierten Sozialismus, für den auch das Papsttum sich ausgesprochen habe. ‚Die Kurie ergriff mit diesem Radikalmittel

[1] G. Wermert, Neuere sozialpolitische Anschauungen im Katholizismus innerhalb Deutschlands, Jena 1885, 16.

zwar eine gefährliche Waffe, ein zweischneidiges Schwert; aber sie wußte, wie wir gesehen haben, dasselbe mit solchem Geschicke zu handhaben, daß allerdings eine feste Aneinanderkettung des katholischen Teiles unseres Volkes bewerkstelligt wurde und eine Organisation erzielt ist, welche für sie immerhin ein vollkommenes Mittel zur Erreichung ihrer religiösen wie politischen Pläne darstellt. Sie hat es durch ihre Konsequenz zum großen Teil verstanden, den Sozialismus, der ihr den Todesstoß zu versetzen drohte, in eine geschlossene Phalanx umzuwandeln, welche für die Kirche streitet' [2].

Mit derlei Darstellungen des sozialen Katholizismus der Kulturkampfära sich kritisch auseinanderzusetzen erübrigt sich. Jedenfalls aber erhellt so viel aus ihnen, daß die sich ‚national' und ‚liberal' nennenden Parteien jener Zeit vor der katholisch-sozialen Bewegung einen ganz gewaltigen Respekt gehabt haben. Unfaßbar wäre es den zeitgenössischen protestantisch-liberalen Beobachtern gewesen, wenn einer ihrer Gesinnungsgenossen behauptet hätte, innerhalb der katholischen Kreise und des sie vertretenden alljährlichen Kongresses herrsche ‚Interessenlosigkeit' hinsichtlich der sozialen Frage. Diese Behauptung ist erst in unsern Tagen gewagt worden [3], und ihr Urheber, Lic. P. Bräunlich, hat nicht unterlassen dürfen, wenigstens den Schein eines Beweises für sie zu liefern. Dieser angebliche Beweis stützt sich vor allem auf die Tatsache, daß auf dem Bonner Katholikentag von 1881 das Zusammentreten des ‚Sozialen Ausschusses' dem Bericht des Vorsitzenden Dr. Moufang zufolge sich bedauerlich langsam vollzogen habe. Welche Gründe für diese Verzögerung verantwortlich gewesen sein mögen, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Keinesfalls aber war, wie Bräunlich ohne weiteres behauptet, Interessenlosigkeit am Werke, denn Moufang konnte im weiteren berichten, daß allmählich die Teilnehmer sich „in erfreulich großer Anzahl" eingefunden hätten und über die vorliegenden Anträge „in großer

---

[2] Daselbst 82 f., 110 ff.

[3] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 69 f.

Lebhaftigkeit“ debattiert worden sei [4]. Ob ein wahrheitsliebender Historiker diese wichtigen Feststellungen Moufangs hat einfachhin unterdrücken dürfen, ohne die Objektivität zu verletzen, mögen andere entscheiden.

Eine weitere Stütze für den angeblichen Nachweis des Mangels an sozialem Interesse seitens der Katholiken Deutschlands sollte ein Antrag liefern, der dem Katholikentag von 1877 (Würzburg) vorlag. In diesem wurde dringend die Unterstützung von zwei katholisch-sozialen Zeitschriften gefordert, ‚Die soziale Frage im Licht des Christentums‘ (Amberg bei Habbel) und ‚Christlich-soziale Blätter‘ in Aachen (redigiert von A. Bongartz): die Verleger beider Organe klagten schwer über Mangel an Beteiligung und könnten demnächst diese Blätter nicht weiter erscheinen lassen [5]. Dieser Antrag sei, so wird behauptet, ein Zeichen, ‚wie wenig die soziale Frage im katholischen Lager damals wirklich studiert wurde, und wie sehr man sich vielfach damit zufrieden gab, an begeisterten Reden einzelner sich zu berauschen‘ [6].

Hier wäre vor allem zu berücksichtigen gewesen, daß außer der periodischen Literatur eine ungleich wichtigere und umfangreiche Buchliteratur sozialen Charakters im katholischen Deutschland bestand, darunter sehr brauchbare Einführungen in die schwierigen Probleme des Sozialismus und der Arbeiterfrage [7], ferner daß der durch den Kulturkampf großenteils seines Einkommens beraubte, dezimierte und mit unmittelbar seelsorgerlichen Arbeiten überlastete Klerus sehr viel weniger Zeit zur Lektüre sozialer Zeitschriften besaß als etwa die evangelische Geistlichkeit, von der nur ganz wenige Männer, wie R. Todt und A. Stöcker, sich ökonomischen Studien widmeten. Tatsächlich haben angesehene protestantische Nationalökonomen den katholischen Männern, die durch ihre Schriften und ihre Reden

[4] Verhandlungen 1881 (Bonn) 282 f.

[5] Verhandlungen 1877 (Würzburg) 15 f.

[6] *Bräunlich*, Die deutschen Katholikentage I 70.

[7] Vgl. A. v. *Hohenberg* (= P. Haffner), Die soziale Frage im katholischen Deutschland, Frankfurt a. M. 1885, 17 ff.

auf den Katholikentagen für den sozialen Frieden und Ausgleich wirkten, freudige Anerkennung gezollt. Ja, es wurde zugegeben, daß der katholischen Sozialpolitiker Auffassung des Kerns der sozialen Frage ‚eine durchaus tiefere als die gewöhnliche' sei, weil ihre Betrachtung das katholische Christentum und damit eine großartige und allumfassende Weltansicht zum Ausgangspunkt nehme und daran festhalte, daß die sozialen Schäden im tiefsten Grunde auf Unordnungen religiös-sittlicher Art beruhten und ihre Heilung nicht möglich sein werde ohne tiefgreifende Rechristianisierung der Gesellschaft [8].

Die Hervorhebung dieses Gedankens zeugt für den richtigen Blick des Beobachters. In der Tat haben der Katholikentag und seine Sozialpolitiker die Religion als wichtigstes Heilmittel für die sozialen Gebrechen des Zeitalters angesehen. Mit starker Betonung sagte Dr. Moufang 1872 in Breslau, für den Katholiken verstehe es sich ganz und gar von selbst, daß das allerunentbehrlichste Rettungsmittel der Gesellschaft die Religion sei, sie vor allem sei berufen, die möglichst glückliche Existenz aller auf Erden zu bewirken, gesunde Zustände für alle Stände herbeizuführen [9]. In weiterer Ausführung begegnet uns dieser zentrale Gedanke in einer Resolution, die 1876 in München angenommen wurde: „Die Generalversammlung spricht die Überzeugung aus, daß unsere gesellschaftlichen Zustände nur gebessert werden können, wenn die Grundsätze der zehn Gebote Gottes und der christlichen Offenbarung Regierenden und Regierten als Leitstern und Richtschnur dienen, und daß die Wiederherstellung des sozialen Friedens nur möglich ist, wenn der Glaube, die Gerechtigkeit und Barmherzigkeit der christlichen Lehre die Beziehungen zwischen den verschiedenen Berufsklassen durchgeistigen, regeln und festigen. Es wird darum als nächste Aufgabe aller Katholiken erachtet, die Erhaltung und Wiederherstellung der christlichen Schule, der christlichen Ehe, des christlichen Begräb-

---

[8] A. Thun, Die Sozialpolitik des deutschen Katholizismus im Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, herausgegeben von A. Schmoller, VI (1882), H. 3, 22 ff.

[9] Verhandlungen 1872 (Breslau) 153 f.

nisses sowie die Heiligung der Sonn- und Feiertage anzustreben“ [10].

Jedermann sieht sofort, daß diese Entschließung in ihrem Schlusse den Kulturkampf verurteilt, wie überhaupt das Streben, der Kirche sittigende und erziehliche Tätigkeit zu unterbinden und die Religion aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Emporgekommen durch die liberale Wirtschaftsordnung, habe der Kapitalismus, die ‚goldene Internationale‘, so führte Dr. G. Ratzinger in München aus, nun auch die politische Macht in seiner Hand gesammelt und nütze sie in der Gesetzgebung aufs rücksichtsloseste aus, um wenn möglich selbst den christlichen Namen zu vertilgen: Mammonismus und Kulturkampf seien Zwillingsbrüder. „Man hat nicht bloß das Kapital freiwerbend gemacht, man hat nicht bloß die sittlichen Schranken entfernt, welche früher das Kapital zur Barmherzigkeit und Mildtätigkeit anspornten, man ist noch weiter gegangen, man hat auch die christliche Ehe, die christliche Schule beseitigt, und damit sind die letzten Grundpfeiler des sozialen Lebens verschwunden.“ Staatsomnipotenz und Militarismus seien die Mächte, auf welche die Regierung des Fürsten Bismarck sich stütze. Der moderne liberale Staat sei der Vater des Sozialismus und Kommunismus. Christliche Sozialpolitik vermöge bei solcher Zeitlage herzlich wenig zu leisten. „Wir haben höchstens die Aufgabe des Lebensretters, der am Strome steht und sich abmüht, ob er vielleicht ein Menschenleben erretten kann, der aber nicht mehr imstande ist, dem Strom eine andere Richtung zu geben.“ So sei denn zutreffend, was jüngst ein christlich-sozialpolitischer Schriftsteller ausgesprochen habe: „Wir gehen rettungslos dem Abgrunde entgegen, und selbst wenn Fürst Bismarck noch umkehren wollte, es würde kaum mehr helfen.“ Was das katholische Lager noch zu tun vermöge, das sei, den Sauerteig der christlichen Lehre in die Massen zu tragen, zumal die Presse und die Vereine zu benützen, um den christlichen Ideen wieder Eingang und Geltung zu verschaffen [11].

[10] Verhandlungen 1876 (München) 239 f.
[11] Verhandlungen München 1876 (München) 317 ff.

Man begreift, daß der Katholikentag es bei seinem sozialpolitischen Beratungen geradezu zu seinem Ceterum censeo machte, die Einstellung des Kulturkampfes zu verlangen, der in so hohem Grade Staat und Gesellschaft und den sozialen Frieden bedrohe, und daß er das von Kaiser Wilhelm I. angesichts der Umsturzgefahr gesprochene Wort: alles komme darauf an, daß dem Volke die Religion erhalten bleibe, mit den Worten umschrieb: Alles komme darauf an, daß der Kulturkampf eingestellt und der Kirche die volle Möglichkeit und Freiheit zur Befriedigung und Sittigung der Seelen und damit zur Erhaltung der menschlichen Gesellschaft wiedergegeben werde [12]. Die Wahrheit, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche Frage sei, fand auf den Katholikentagen die beredtesten Verteidiger. Als 1882 in Frankfurt a. M. der Dominikanerpater A. M. Weiß über dieses Thema eine kraftvoll packende Rede hielt, konnte er für seine These als Zeugen den Leipziger Volkswirt W. Roscher anrufen, der gesagt hatte: „Es ist ein ganz verkehrtes Bemühen, wenn jemand glaubt, die soziale Frage lösen zu können, ohne daß die Menschheit wieder sittlich wird, und es ist eine verkehrte Sache, zu glauben, daß die Menschheit sittlich werden wird, wenn sie nicht religiös wird, und es ist eine ganz verkehrte Sache zu glauben, daß die Menschheit religiös werden kann, so lange man von einer verschwommenen Religiosität redet, die mit der Kirche nichts zu tun hat“ [13].

In praktischer Ausdeutung des von Roscher ausgesprochenen allgemeinen Satzes legte treffend Dr. Julius Bachem 1883 zu Düsseldorf dar: „Wenn die Lehren des Christentums die zeitgenössische Gesellschaft gleichmäßig durchdrängen, wenn sie entscheidend einwirkten auf das Verhältnis von arm und reich, von hoch und niedrig, von Arbeitgeber und Arbeiter, wenn die Wirksamkeit der Kirche nicht so vielfach beengt und behindert wäre — die soziale Frage würde nicht so beängstigend vor uns stehen, wir sähen nicht soviel Härte und Eigennutz oben, soviel Haß und Mißgunst unten, soviel Lüderlichkeit und Genußsucht oben und unten.

[12] Vgl. Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 212 ff.
[13] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 287 f.

Wäre der christliche Geist lebendig in unserer heutigen Gesellschaft, wie könnte da den Orden der katholischen Kirche, die in so hervorragender Weise zur Mitarbeit auf dem sozialen Felde berufen sind, weil sie in sich Opferwilligkeit und Selbstlosigkeit verkörpern, mit Mißtrauen, Abneigung und offener Feindschaft begegnet werden!" Fern liege es den katholischen Sozialpolitikern, die sozial Notleidenden lediglich mit religiösem Troste, mit der Hoffnung auf den Himmel abspeisen zu wollen, ohne an die nächstliegende Aufgabe, die Behebung irdischer Not, zu denken. Aber so viel müsse gesagt werden, daß der Hinweis auf ein besseres Jenseits auch sozialpolitich unendlich wohltätiger wirke als der Hinweis auf das Nichts. „Der Mensch, dem der Glaube an ein ewiges Leben in vollkommener Glückseligkeit geblieben ist, wird niemals so elend und verloren sein bei aller zeitlichen Not, wie derjenige, der nichts hofft, weder hier noch dort" [14].

Betrachtete der Katholikentag es als unmöglich, daß der soziale Friede wiederhergestellt werden könne ohne Rückkehr der einzelnen und der Gesellschaft zu ernstem und entschiedenem Christentum, so hatte er als eindrucksvolles Argument immer die Tatsache zur Hand, daß aus tiefgegründeter katholischer Glaubensüberzeugung zu allen Zeiten Werke der helfenden, rettenden und bewahrenden Caritas hervorgegangen seien, die zur Heilung sozialer Schäden Großartiges beigetragen haben. Auf die vorzüglichste der caritativen Laienorganisationen, die St.-Vinzenz-Konferenzen, lenkte schon bei der ersten Tagung unserer Periode, der zu Mainz (1871), Legationsrat Friedrich v. Kehler aus Berlin die Aufmerksamkeit der Versammelten, indem er ausrief: „Wenn jeder Christ seinen Nebenmenschen als Bruder betrachtet, und wenn jeder seinen Nächsten liebt wie sich selbst, so, seien Sie versichert, schaffen wir ein gutes Stück der sozialen Frage aus der Welt. Der Vinzentiusverein hat es sich aber gerade zur Aufgabe gestellt, diese evangelische Lehre zu einer praktischen auszubilden." Der Verein gewähre reichsten

[14] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 142.

Nutzen den Seelen der in ihm Tätigen, er trage nicht wenig zur Abmilderung der Klassengegensätze bei, wie denn in der Reichshauptstadt ein hochverehrter Fürst (B. Radziwill) in den Vinzenzkonferenzen neben den schlichtesten Arbeitern Platz nehme und in gleicher Weise wie alle Mitglieder sich an den wöchentlichen Besuchen bei Kranken und Armen beteilige [15].

Gegenüber Lic. Bräunlichs Versuch, die segensvolle Tätigkeit auch dieses katholischen Vereines zu bemäkeln, zumal durch Andeutungen, als ob die Vinzenzkonferenzen bei Gelegenheit politische Absichten verfolgten, muß bemerkt werden, daß freilich einmal in München (1876) ein derartiger Gedanke von Dr. Joseph Lingens angedeutet worden ist, alsbald aber entschiedener Widerspruch sich geltend machte. Sofort stellte Domkapitular Kronast fest, „daß der Vinzentiusverein, wo immer er besteht, statutengemäß mit der Politik nichts zu tun hat"; und 1879 in Aachen unterstrich der Bonner Oberpfarrer Neu, daß der Katholikentag eine neue dringende Befürwortung der Vinzenzvereine ausgesprochen habe, „weil dieselben, jedem politischen Treiben fern, am besten geeignet seien, soziale Schäden zu heilen". Von diesen wichtigen Erklärungen erfahren Bräunlichs Leser nicht das geringste [16].

Für die weitere Ausbreitung des großen caritativen Vereines zu wirken, wurden auch während der Kulturkampfära die Katholikentage nicht müde, so besonders der von Aachen (1879), auf dem als ausnehmend segensreich die für bäuerliche Verhältnisse berechneten ‚Landkonferenzen' rühmende Erwähnung fanden, deren Mitglieder, „meist selbst arm, in einer Art von patriarchalischem Verhältnisse stehend, sich gegenseitig durch Saatkorn, Hand- und Spanndienste unterstützen und so eine eigentliche Armut von ihren Gemeinden fernhalten". Oberpfarrer Neu aus Bonn konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß in der rheinischen Universitätsstadt 40—50 Studenten Mitglieder der Konferenzen seien. Als Vertreter des Pariser Generalrates ergriff

---

15 Verhandlungen 1871 (Mainz) 282 ff.

16 Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 58 f.; Verhandlungen 1876 (München) 218 f.; 1879 (Aachen) 143.

dessen Vertreter A. Legentil in Aachen das Wort zu einer von warmer katholischer Caritas beseelten Rede. Im Plenum wurde die bereits berührte Entschließung angenommen: „Die Generalversammlung erklärt, daß die Verbreitung des St.-Vinzenz-Vereins gerade in gegenwärtiger Zeit besonders wünschenswert ist, weil er, allen politischen Parteiungen fernstehend, durch die in ihm liegende Kraft der echten christlichen Liebe die sozialen Gegensätze am sichersten auf dem Gebiete des Glaubens und der eigenen Heiligung auszugleichen bestimmt ist. Insbesondere wird den katholischen Studierenden und den Mitgliedern der katholischen kaufmännischen Vereine und Kongregationen die Beteiligung an den in den betreffenden Orten bestehenden Vinzenzvereinen angelegentlichst empfohlen, da dieselben mit Rücksicht auf ihre spätere Lebensstellung vorzugsweise in der Lage sein werden, die Ausbreitung und Wirksamkeit des Vinzenzvereines zu fördern. Desgleichen wird die Verbreitung und Förderung der St.-Elisabeth- und verwandten Frauenvereine für wünschenswert erklärt.“ Zu einer abermaligen Empfehlung dieser Vereine nahm man 1885 in Münster den Anlaß wahr, daß soeben Papst Leo XIII. in der Enzyklika Humanum genus sie als den Zeitbedürfnissen ausnehmend angemessen bezeichnet und durch Breve vom 12. Mai 1885 den hl. Vinzenz zum Patron aller Bestrebungen auf dem Gebiet der christlichen Caritas erkoren hatte[17].

Bei den zusammen mit dem Katholikentag veranstalteten Generalversammlungen der deutschen Vinzenzvereine wurde wiederholt festgestellt, daß die dem Provinzialrat Mainz unterstehenden Konferenzen der oberrheinischen Kirchenprovinz nur ein geringes Wachstum zeigten, und zumal in den kleineren Städten das Interesse zu wünschen übrig lasse. Von zwei besonderen Veranstaltungen des blühenden Vereins zu Mainz pflegte Kaufmann Eugen Haffner Bericht zu erstatten, der Mietsparkasse für Arme und der St.-Vinzenz-Schule für Handwerkslehrlinge. Unvergleichlich reicher hatte sich die Entwicklung in

[17] Verhandlungen 1879 (Aachen) 141 ff., 392 f.; 1885 (Münster) 217.

Rheinland und Westfalen gestaltet, wo alljährlich Hunderttausende von Mark für die Unterstützung von notleidenden Familien verwandt werden konnten. Noch belangreicher als diese materiellen Gaben erschien den Berichterstattern die persönliche Fühlungnahme zwischen den Konferenzmitgliedern mit den Armen, durch die allein es möglich werde, die Quellen der Armut zu verstopfen, Irreligiosität, Trunkenheit, Sittenlosigkeit, und geistliches Almosen, Belehrung, Ermunterung und Trost zu spenden. Während des Kulturkampfes war hier und da eine unfreundliche Haltung der Staatsbehörden gegen den katholischen Wohltätigkeitsverein wahrzunehmen. Das besserte sich beim Nachlassen des Kirchenstreites, bald nahmen gar die Organe der provinzialen Selbstverwaltung die Tätigkeit der Konferenzen in Anspruch bei Fragen der Unterbringung verwahrloster Kinder in guten katholischen Familien [18].

Mit der Frage, ob der seit 1826 in Frankreich segensreich wirkende Verein vom hl. Franz Régis, der sich bemüht, wilde Ehen zu kirchlich und bürgerlich rechtsgültigen zu machen und die dazu nötigen Dokumente kostenlos zu beschaffen, in Deutschland eingeführt werden solle, beschäftigte sich der Frankfurter Katholikentag (1882). Er verkannte nicht, daß die neue Zivilstandsgesetzgebung auch unter Katholiken zur Mißachtung des kirchlichen Eheabschlusses geführt habe, glaubte aber der Tätigkeit eines eigenen Vereins entraten zu können, da die Vinzenzkonferenzen sich bislang erfolgreich in der gleichen Richtung bemüht hätten. Es wurde deshalb übergang zur Tagesordnung beschlossen. Gegen Ende des Jahrhunderts jedoch sollte sich die Einführung besonderer Régisvereine als notwendig erweisen, ein dahingehender Beschluß kam 1900 in Bonn zustande. Auf einem angrenzenden Gebiet sozialer und sittlicher Not Abhilfe zu schaffen, war ein Beschluß aus dem Jahre 1887 bestimmt, der lautete: „Die Generalversammlung empfiehlt den Katholiken Deutschlands, namentlich den Vinzenz- und Elisabethvereinen, dringend die Fürsorge für die gefährdete weibliche Jugend,

---

[18] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 113 ff.; 1885 (Münster) 388 ff.

sowie für die durch Verführung Gefallenen, insbesondere durch Gründung und Unterstützung von Zufluchts- und Rettungsanstalten (Mägdeherbergen, Anstalten vom Guten Hirten, Asyle u. dgl.). Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf das von den Katholiken Bonns ins Leben gerufene ‚Magdalenastift' und befürwortet die Gründung und Unterstützung ähnlicher Anstalten an denjenigen Orten, wo sich ein dringendes Bedürfnis ergibt." Gegen eine furchtbare Schmach des Jahrhunderts, den Mädchenhandel, wandte sich eine Entschließung von Amberg (1884)[19].

Gestützt auf die gewaltige Caritasarbeit der Kirche in Gegenwart und Geschichte — Dr. Felix Porsch hielt darüber 1883 in Düsseldorf einen gehaltvollen Vortrag — nahmen die deutschen Katholiken entschieden Stellung gegen die Pläne des liberalen Lagers, die Armenpflege vollständig zu verweltlichen, zur Sache der Polizei zu machen. Derartige Bestrebungen wurden als Auswirkungen des modernen Materialismus, der auch die Armenpflege lediglich als Frage des Magens und Geldbeutels behandele, gekennzeichnet und als Konsequenzen der Lehre von der Staatsallmacht. „Einer nur ist allmächtig", so rief Porsch aus, „und das ist Gott. Darum muß der Staat nicht alles selbst in seine Hand nehmen wollen, sondern er hat die Pflicht, alle jene Kräfte sich entfalten zu lassen, die dem gleichen Zwecke dienen können; er hat vor allem die Pflicht, die Kraft der Kirche sich frei entfalten zu lassen, und er hat die Pflicht, sie zu unterstützen, wie die christlichen Staaten früher das gerade auf dem Gebiete der Armenpflege getan haben." Ohne die Kirche werde die soziale Frage niemals gelöst werden. Und mit starkem Nachdruck betonte 1887 in Trier Freiherr Franz Joseph v. Gruben, der sich unter dem Pseudonym J. Albertus als sozialpolitischer Schriftsteller betätigte: „Die Armen- und Krankenpflege ist doppelter Natur, geistiger und materieller Natur; sie bedarf daher geistiger und weltlicher Mittel. Nur mit Worten der Liebe auf den Lippen, ohne materielle Mittel

[19] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 240; 1887 (Trier) 160; 1884 (Amberg) 219; 1900 (Bonn) 258 ff.

in der Hand, bei den Armen und Kranken zu erscheinen, würde weder geistige Besserung noch leibliche Hilfe gewähren; und andererseits ohne persönliche Opfer und Pflege und Sorge nur durch materielle Mittel die Armen und Kranken zu unterstützen oder unterstützen zu lassen, würde die Blumen der Liebe nimmermehr im Garten der Menschheit zur Entwicklung bringen"[20].

Der Wahrheit, daß alle caritative Tätigkeit nur im Einzelfalle Abhilfe schaffen kann, der soziale Notstand ganzer Gruppen und Stände aber eine Wohlfahrtspflege auf anderer Grundlage fordere, die jedoch gleich der Caritas eine gewaltige Tragkraft erhalte aus dem Geist der christlichen Nächstenliebe, verschlossen sich die Sozialpolitiker des Katholikentages keineswegs. Daß für die Beschäftigung mit dem zurzeit dringendsten Teile der sozialen Frage, der Arbeiterfrage, eine bedeutsame Organisation sich gebildet und ihre Tätigkeit bereits eröffnet habe, konnten 1881 in Bonn Dr. Chr. Moufang und 1882 in Frankfurt a. M. Franz Hitze dem katholischen Deutschland mitteilen. Hitze stellte sie vor als ‚Verband Arbeiterwohl', einen Verein katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde, die es sich angelegen sein ließen, „für die wirtschaftliche und sittliche Hebung des Arbeiterstandes tätig zu sein, speziell auch die Industrie, das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeiter wieder auf christliche Ideen und Motive zu basieren, mit dem Geiste christlicher Liebe zu durchdringen"[21].

Die Vorgeschichte dieses Verbandes reicht zurück bis auf die Katholikenversammlung von Aachen (1879), sein Schöpfer war der Besitzer großer Buntwebereien Franz Brandts in München-Gladbach, der opferfreudigste und warmherzigste Freund der von ihm beschäftigten Arbeiterschar. Wie vielverheißend es war, daß ein solcher Mann als Vorsitzender an die Spitze der neuen Organisation trat, hat ein protestantischer Nationalökonom, Professor A. Thun in Basel, mit den Worten geschildert: „Der Verband (Arbeiterwohl) ist in der glücklichen

---

[20] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 69 ff.; 1887 (Trier) 180 ff.
[21] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 101.

Lage, nicht nur mit Worten zu operieren; er kann auf Taten hinweisen und zwar auf das Vorbild seines Präsidenten Franz Brandts in M.-Gladbach. Dieser Mann ist mir am Niederrhein in vieler Hinsicht als Ideal eines Fabrikanten erschienen, mit allen Vorzügen in geschäftlicher und allen Tugenden in sozialpolitischer Beziehung. Glücklich als Geschäftsmann, gerecht und wohltätig als Arbeitgeber, ein ganzer Mann aus einem Guß, der seinen intensiven katholischen Glauben auch in seinen Werken bekundet“ [22]. Ein Priester voll Sachkenntnis und starkem sozialen Interesse, Franz Hitze, wurde Generalsekretär des Verbandes, der im Jahre 1882 bereits 400 Fabrikanten aus Rheinland, Westfalen und Schlesien als Angehörige zählte und etwa gleich viele ‚Arbeiterfreunde‘, zumeist geistlichen Standes. Ihrem katholischen Glauben wollten die Arbeitgeber in dem Verbande den Antrieb und die Kraft zum sozialen Handeln ihren Untergebenen gegenüber entnehmen, daher schufen sie ihre Organisation auf streng konfessioneller Grundlage. Edeldenkende Protestanten haben das gar nicht befremdlich gefunden, wie denn alsbald ein maßgebender Mann aus diesen Kreisen äußerte: „Das Ziel der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes ist ein so hohes, die Aufgabe so schwierig, daß alle Kräfte, die in der Materie vorhanden sind, aufgeboten und organisiert werden müssen, um jenem Ziele näher zu kommen. Die religiösen Gefühle sind so stark, das Gebot der Nächstenliebe legt jedem Christen diese soziale Mitarbeit so nahe, daß der Tätigkeit der konfessionellen Vereine auf dem sozialen Gebiete gar nicht entbehrt werden kann. Getrennt marschieren, vereint kämpfen!“ Und ein anderer Protestant sprach seine Billigung in den Sätzen aus: „Sobald wir die Lage und das Leben unserer Arbeiter ohne Christentum verbessern wollen, streben wir etwas Unmögliches an, wir bauen ein Kartenhaus, welches beim leisesten Stoße zusammenfällt. Wenn wir konfessionell auch getrennt sind, so stehen wir doch auf dem gleichen christlichen

---

[22] A. Thun, Die Sozialpolitik des deutschen Katholizismus, 47.

Boden, haben wir doch einen Grund, auf welchem wir uns vereinigen können zu gemeinsamem Arbeiten“ [23].

Wenn behauptet worden ist, die katholischen Fabrikherren hätten bezüglich ihrer sozialen Pflichterfüllung ‚protestantischer Vorbilder‘ bedurft, speziell des Beispiels protestantischer Industriellen im Oberelsaß, so war es sehr unvorsichtig, an diese Dinge zu rühren. Die ehedem reklamehaft verherrlichte und in der Folge auch katholischerseits überschätzte ‚soziale‘ Betätigung jener protestantischen Industriemagnaten ist mittlerweile durch die Kritik auf ihren Unwert zurückgeführt worden, die vielgerühmte ‚Philanthropie‘ hat kaum etwas mehr bedeutet als ‚ein ganz gutes Geschäft‘ für die Herren Industriellen [24].

Als seine besonderen Ziele bezeichnete der Verband Arbeiterwohl die Abmilderung der Folgen des harten Gesetzes von Angebot und Nachfrage zugunsten der Arbeiter, zumal der Familienväter, Hebung der wirtschaftlichen und häuslichen Tugenden in den Arbeiterfamilien, Gestaltung eines persönlichen Verhältnisses des Wohlwollens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Schutz für Religion und Sittlichkeit der Angestellten, Gründung von Hilfs- und Unterstützungskassen, von Kinderbewahranstalten, Ledigenheimen. Durch Ausführung dieses im ständisch-zünftlerischen Sinn gehaltenen Programms hoffte das katholische Lager dem sozialen Frieden näher kommen zu können, den zu gleicher Zeit die Reichsregierung mit ganz anderen Mitteln, den Gewaltmaßregeln des Sozialistengesetzes, vergeblich zu erzwingen suchte. Erste Taten des Verbandes Arbeiterwohl bzw. einzelner seiner Mitglieder waren Gründung von Arbeiterinnenhospizen zu Aachen, M.-Gladbach, Bocholt, Werden, Einrichtung von Haushaltungsunterrichtskursen, Fabriksparkassen, wirksame Bekämpfung des Alkoholismus,

---

[23] Arbeiterwohl, hrsgb. von Franz Hitze, I, Köln 1881, 162 II (1882) 157.

[24] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 70; Lujo Brentano, Elsässer Erinnerungen [6], Berlin 1918, 85 ff.; H. Herkner, Die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter, Straßburg 1887.

Herausgabe der Zeitschrift ‚Arbeiterwohl‘ und einer alsbald in mehr als 100 000 Exemplaren verbreiteten Anleitung zum hauswirtschaftlichen Wirken mit dem Titel ‚Das häusliche Glück‘. Ein kompetenter Beurteiler, Professor Thun, fand an dem von Kaplan Liesen verfaßten Büchlein ‚die Einfachheit und Wärme des volkstümlichen Stiles bewundernswert‘ [25]. Aus der weiteren von dem Verband geschaffenen Literatur seien genannt Abhandlungen über die Notwendigkeit von ‚Ältestenkollegien‘, heute würde man ‚Betriebsräte‘ sagen, in den Fabriken, Anweisungen für Haushaltungskurse, je ein ‚Kompaß‘ für junge Arbeiter, für verheiratete Arbeiter und für ‚Söhne Kolpings‘, eine Antialkoholschrift ‚Der Schnaps‘. Es war, wie 1885 in Münster als Referent Matthias Wiese, Fabrikant zu Werden (Ruhr), ausführte, das Streben des Verbandes, „von allen vielleicht unausführbaren Ideen zu abstrahieren und auf realem, praktischem Boden zu verbleiben“ [26].

Bei der genannten Gelegenheit rief Matthias Wiese mit flammenden Worten zur weiteren Gründung von Standesvereinen für Arbeiter auf. Diese Vereine seien unentbehrlich, wolle man der Sozialdemokratie entgegentreten, die aufgehört habe, eine politische Partei zu sein, und eine Weltanschauung geworden sei, erfüllt von dem Vernichtungswillen gegenüber der katholischen Kirche. Für die Sache dieser Vereine sich einzusetzen mit opfermütiger Hingabe der christlichen Persönlichkeit, sei Aufgabe zumal der Priester [26a]. „Jeder Seelsorger wird mir zugeben, daß, wenn er seine Tätigkeit auf Kirche und Schule beschränken will, er der nachfolgenden, der heranwachsenden Generation nicht sicher ist.“ Das 19. Jahrhundert sei das Jahrhundert der Presse und der Vereine. Für die Idee der katholischen Arbeitervereine hätten Papst Leo XIII. und der Episkopat sich autoritativ ausgesprochen. Ein Priester müsse als Präses an die Spitze jedes Vereins treten, aber auch alle Gebildeten

---

[25] A. Thun, Die Sozialpolitik des deutschen Katholizismus 47.
[26] Verhandlungen 1885 (Münster) 270.
[26a] Vgl. Max Heimbucher, Die praktisch-soziale Tätigkeit des Priesters, Paderborn 1902.

durch Übernahme von Vorträgen und Unterrichtskursen. „Helfen Sie uns alle," so schloß der Redner, „den katholischen Arbeiterstand katholisch und christlich zu erhalten! Denn davon hängt wesentlich die Erhaltung der christlichen Gesellschaft ab. Helfen Sie dazu, diese Seelen vor dem Untergang zu bewahren, und lassen Sie sich dadurch das Wort des hl. Augustinus an sich wahr werden: Animam salvasti, tuam praedestinasti: ‚Du hast Seelen gerettet und die deinige zur Auserwählung vorbereitet'" [27].

M. Wieses werktätige Liebe zur Arbeiterschaft war durch so viele Tatsachen erwiesen, daß eine etwaige Nachrede, er vertröste in bequemer und selbstsüchtiger Weise die Darbenden auf den Himmel, ihn unmöglich treffen konnte. Wenn er mit so starken Worten eine religiöse Orientierung der Arbeitervereine empfahl, so entsprang das der für ihn und alle Mitglieder des Verbandes felsenfest dastehenden Überzeugung, daß ohne Religion und Kirche eine Lösung der Arbeiterfrage unmöglich sein werde. Es muß, so sagte des Verbandes Arbeiterwohl Generalsekretär Franz Hitze 1886 in Breslau, „dem Arbeiter wieder vor Augen treten, daß die Arbeit und das Christentum noch solidarisch sind, daß es noch nicht vergessen ist, daß der göttliche Heiland hervorgegangen ist aus der Werkstatt und selbst bis zu seinem dreißigsten Lebensjahre als Lehrling, als Geselle gedient hat". Im gleichen Zusammenhang umschrieb Hitze den Wirkungskreis der Arbeitervereine, die Sparkassen, Bibliotheken und Fachbildungskurse einzurichten, edle Erholung und Aufklärung über soziale, apologetische und Standesfragen, Abwehr der sozialdemokratischen Agitation zu bieten hätten, und von einem sozial geschulten Geistlichen zu leiten seien. „Wir müssen die Lebensfragen des Volkes studieren, soll der Arbeiter das Gefühl haben, daß der Klerus noch ein Herz hat für seinen Stand, daß er die Not des Arbeiterstandes kennt, daß auch noch andere sich um diese Fragen bekümmern als die Sozialdemokraten. Unser Arbeiterstand hat großes Vertrauen, hat große Liebe, hat große Achtung vor dem Klerus; soll diese Achtung,

---

[27] Verhandlungen 1885 (Münster) 273 f.

diese Liebe, dieses Vertrauen nicht abnehmen, dann müssen wir diesen Fragen des Arbeiterstandes nähertreten" [28].

Für die Leitung der Arbeitervereine durch Priester trat mit beredten Worten in Münster (1885) auch Windthorst ein. Auf eine tüchtige Führung komme alles an, sonst könnten die Vereine Brutstätten der Sozialdemokratie werden. Es müßten die rechten Männer an der Spitze stehen, die der kirchlichen Organisation und der kirchlichen Disziplin eingeordnet seien. Aber so geleitet, würden die Arbeitervereine überaus geeignet sein, die Sozialdemokratie mit Erfolg zu bekämpfen [29].

Für die neu einsetzende Arbeitervereinsbewegung war der Boden bereits vorbereitet durch die ‚christlich-sozialen Arbeitervereine', die auf ein Referat hin, das Bischof v. Ketteler 1869 bei der Bischofskonferenz zu Fulda erstattet hatte, in Westdeutschland ins Leben getreten waren zum Zweck der religiös-sittlichen und materiellen Hebung des Arbeiterstandes, und die unter den katholischen Bergleuten sehr segensreich wirkenden Knappenvereine. Der kulturkämpferischen preußischen Regierung schien ihre Frontstellung gegen die katholische Kirche auch jede sozialpolitische Einsicht zu verderben, sonst hätte sie nicht die für die Staatswohlfahrt so wichtigen Vereine sozialistischer, staatsfeindlicher und kirchenpolitischer Tendenzen beschuldigen und dementsprechend schlecht behandeln können [30]. Über die Zahl von 10 000 Mitgliedern sind während des eigentlichen Kulturkampfes die christlich-sozialen und Knappenvereine nicht hinausgewachsen. Als entscheidende Förderung wirkte es, daß Papst Leo XIII. in der Enzyklika Humanum genus vom 20. April 1884 die Bildung von Arbeitervereinen dringend anriet und der Amberger Katholikentag von 1884 ein diesem Rate entsprechendes ausführliches Programm ausarbeitete. Es be-

---

[28] Verhandlungen 1886 (Breslau) 190 ff.

[29] Verhandlungen 1885 (Münster) 352, 386 f.

[30] Näheres s. bei Arn. Bongartz, Das katholisch-soziale Vereinswesen in Deutschland, Würzburg 1879, 99 ff.; Otto Müller, Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Karlsruhe 1905, 11.

standen gegen Ende der achtziger Jahre 168 Arbeiter- und 51 Knappenvereine [31].

Über die der preußischen Bureaukratie so verdächtig erscheinenden christlich-sozialen Vereine ist von der nationalökonomischen Wissenschaft manches Freundliche gesagt worden. Von seinem Standpunkte aus, daß ‚eine gute Moral die Grundlage gesunder wirtschaftlicher Zustände‘ sei, hat der Baseler Professor Thun es begrüßt, daß die katholischen Geistlichen sich bemühten, ‚auf die Sittlichkeit und Gerechtigkeit im wirtschaftlichen Leben Einfluß auszuüben‘, Menschennot zu lindern, Bildung und fröhliche Geselligkeit zu fördern. Aber als ungenügend fand der Gelehrte die Behandlung der ausschließlich wirtschaftlichen Fragen seitens der katholischen Vereine; begreiflich sei es ja, daß die priesterlichen Präsides nicht die Leitung von Lohnkämpfen übernehmen könnten. Er kam daher zu dem Schlusse: „Die Leitung der Vereine durch Geistliche hat zwei Seiten. Sie hat den Vorzug, daß gebildete Führer an der Spitze stehen, welche auf das religiös-sittliche und gesellige Leben wohltätig einwirken können; sie hat aber auch den Nachteil, daß die rein wirtschaftliche und soziale Aktion der Vereine geschwächt wird. Die Geistlichen mischen sich naturgemäß ungern in solche Kämpfe, und zu Kämpfen, und zwar erbitterten und leidenschaftlichen, kommt es doch so oft im wirtschaftlichen Leben“ [32].

Die beklagten Mängel zu beheben, bedurfte es einer intensiven christlichen Gewerkschaftsbewegung; eine solche einzuleiten, zauderten die seit Beginn der achtziger Jahre ein mächtiges Wachstum aufweisenden katholischen Arbeitervereine nicht lange, zumal auf Drängen des Freiherrn v. Hertling, der die Glaubensgenossen mahnte, sich auf den Boden der neuzeitlichen Staats- und Wirtschaftsordnung zu stellen und von spezifisch mittelalterlichen Idealen abzusehen und die staatliche Sozialpolitik zu unterstützen [33].

---

[31] M. Gasteiger, Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland, München 1908, 54 ff.

[32] A. Thun, Die Sozialpolitik des deutschen Katholizismus, 49.

[33] J. Kastert, Die Stellung der deutschen Katholiken zur Gewerkschaftsfrage, Soziale Kultur, Bd. 41, 277.

Blindwütiger Kulturkampfeifer bewog die preußische Regierung, auch die älteste und bislang erfolgreichste sozialreformerische Organisation deutscher Katholiken, die Gesellenvereine, mit schroffsten Verfolgungsmaßregeln zu bedenken. Seit dem Attentat des halbverrückten E. Kullmann, der niemals Mitglied eines Gesellenvereins gewesen war, auf den Fürsten Bismarck (13. Juli 1874) hagelte auf die Söhne Adolf Kolpings eine Wolke von Verboten, Haussuchungen, polizeilichen Überwachungen nieder, katholischen Lehrern wurde es untersagt, in den Gesellenvereinen Fortbildungsunterricht zu erteilen [34]. Je ungerechter all diese Maßregeln waren und je mehr sie das Gedeihen der um das vaterländische Wohl so verdienten Vereine zu unterbinden drohten, um so eifriger bemühte sich der Katholikentag, mit seiner Autorität für die Gesellenvereine einzutreten und das Interesse für sie wachzuhalten [35].

Besondere Fürsorge wandte die Generalversammlung dem Lehrlingswesen zu. Um welche Fragen es sich dabei handelte, zeigt in aller Deutlichkeit ein Beschluß von Frankfurt a. M., der lautete: „Die 29. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands empfiehlt dringend, namentlich da, wo der gute Brauch, Handlungs- oder Handwerkslehrlinge in das Haus des Prinzipals aufzunehmen, abhanden gekommen ist, die Fürsorge für katholische Lehrlinge entweder dadurch, daß katholische Lehrlingshäuser gegründet werden, welche den Lehrlingen ein Asyl, ein anständiges Unterkommen und billige, gute Kost, Schutz vor sittlichen Gefahren, angemessene Unterhaltung und Erholung, sowie Gelegenheit zu weiterer Fortbildung gewähren, oder auch dadurch, daß Anstalten und Vereine entstehen, in welchen den Lehrlingen während ihrer freien Zeit, besonders an den Ruhetagen, unter zuverlässiger Überwachung Gelegenheit zu entsprechender Unterhaltung und Fortbildung geboten

---

[34] Kißling, Geschichte des Kulturkampfes III, 1 ff.; Bongartz, Das katholisch-soziale Vereinswesen in Deutschland, 62.

[35] Vgl. Verhandlungen 1875 (Freiburg) 146 ff.; 1876 (München) 132 ff.; 1881 (Bonn) 176 ff.

werde"[36]. Als vorbildlich wurden die Anstalten eines Heros katholischer Caritas, des Turiner Priesters und Stifters der ‚Salesianer' Don Giovanni Bosco bezeichnet[37].

Ehemalige Gesellenvereinsmitglieder, die zu selbständigen Gewerbetreibenden geworden waren, blieben in großer Zahl ihrer ihnen liebgewordenen Organisation als außerordentliche Mitglieder treu; vielerorts schlossen sie sich zu eigenen ‚Meistervereinen' zusammen. Der Drang nach korporativem Zusammenschluß war im Handwerk in dem Maße lebhafter geworden, in dem die liberale Wirtschaftsordnung und die Fortschritte der Industrialisierung viele Gewerbe, die ehedem einen ‚goldenen Boden' besaßen, mit völligem Untergang bedrohte. Weitgehende Hoffnungen auf Reformen zugunsten des Handwerks wurden bei den katholischen Meistern rege, seitdem 1877 die Zentrumsfraktion des Reichstages im ‚Antrag Galen' gesetzgeberische Maßregeln verlangt hatte „zum Schutze und zur Hebung des Handwerkerstandes durch Einschränkung der Gewerbefreiheit, Regelung des Verhältnisses der Lehrlinge und Gesellen zu den Meistern und Förderung korporativer Verbände", und durch das Reichsgesetz vom 18. Juni 1881 fakultative Innungen öffentlich-rechtlichen Charakters geschaffen worden waren.

Der Frankfurter Katholikentag des folgenden Jahres begrüßte sympathisch „alle Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, das Handwerk zu heben sowie einen tüchtigen Meisterstand im Handwerk zu erhalten und, soweit derselbe bereits fehlt, wieder heranzubilden". Des weiteren wurde empfohlen, „daß die ein Gewerbe praktisch betreibenden oder durch eine Meisterprüfung bewährten Handwerker sich zu Innungen oder wenigstens zu Meistervereinen zusammenschließen, welche einerseits die Hebung des Gewerbes und die Vervollkommnung der herzustellenden Arbeiten, anderseits den gegenseitigen Schutz der Gewerbetreibenden, besonders gegen wucherische Ausbeutung, zum Zwecke haben"; nur derart organisierten Meistern solle die Ausbildung von Lehrlingen anvertraut werden. In einer

---

36 Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 158 ff.

37 Verhandlungen 1885 (Münster) 69 ff., 218 ff.

weiteren Resolution bezeichnete es der Katholikentag als eine große Aufgabe der Gesetzgebung, „die mißbräuchliche Ausnutzung der Produzenten durch den Zwischenhandel mit den Erzeugnissen des Bodens und des Handwerks nach Möglichkeit zu beschränken“ [38].

Ein Jahr später, in Düsseldorf, kam es zu sehr lebhaften Debatten anläßlich der Bestrebungen einzelner idealgesinnter Handwerksmeister, welche gesetzliche Einführung von Zwangsinnungen auf streng kirchlicher Grundlage forderten. Den sachkundigen Darlegungen des Referenten, Pfarrer Leonhard Wassermann, gelang es, die Antragsteller zu überzeugen, daß ihre Pläne gar zu wenig mit den faktisch obwaltenden Verhältnissen rechneten. Zur Annahme gelangte ein Antrag des Verlegers L. Pleß-Düsseldorf, der die Bestrebungen des Handwerkerstandes, eine Einigung in gewerblichen Körperschaften zu erzielen und seine Wiedergeburt auf christlicher Grundlage und nach christlichen Grundsätzen zu erreichen, mit voller Sympathie begrüßte. Ludwig Windthorst sprach in seinem Schlußwort die Befriedigung aller über diesen Ausgang der Debatten aus, die um so größer sei, als wieder einmal die Liberalen sich um die Hoffnung betrogen sähen, das katholische Lager werde eine Spaltung erleben, diesmal aus Meinungsverschiedenheit bezüglich konfessioneller Zwangsinnungen. Er führte aus: „Die Handwerker haben teilgenommen an den Verhandlungen, sie haben die Scheu überwunden und haben ihre Sache selber vertreten, und zwar mit dem schönsten Erfolge; sie haben bewiesen, wie intelligent und wie tüchtig der Handwerkerstand in Deutschland ist. Sie sind es gewesen, welche auch in dieser Frage selbst die Anträge formuliert haben, die mit Einmütigkeit angenommen worden sind, und nicht bloß mit Worten, sondern auch mit dem Herzen“ [39].

Die katholisch-soziale Standesorganisation, die der Zentrumsführer zu seinem wahren Schoßkind erkor, war der

---

[38] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 160 ff.
[39] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 221 ff., 276.

Verband katholisch-kaufmännischer Vereine, dem sich die Kongregationen junger Kaufleute angeschlossen hatten. Die Wiege des 1877 von Dr. Friedrich Elz gegründeten Verbandes stand in Mainz [40]. Windthorst floß über von Worten herzlichster Empfehlung, so oft er auf den Generalversammlungen dieses Verbandes gedachte. „Was die Studenten für uns auf dem wissenschaftlichen Gebiete sind," so sagte er 1882 in Frankfurt, „das sind die jungen Kaufleute auf dem materiellen Gebiete." Dem Nachwuchs des Kaufmannsstandes drohten besondere Gefahren in religiöser und sittlicher Hinsicht; eine Organisation könne sehr viel Gutes zur Bewahrung und Festigung im Glauben und zur Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen dienen. Auch 1886 in Breslau wies der große Parlamentarier darauf hin, wie verhängnisvoll für die jungen katholischen Kaufleute ihre Vereinzelung sei. Der katholisch-kaufmännische Verein erzeuge Korpsgeist und sichere damit Solidarität sowohl wie Solidität. Sehr erwünscht sei es, daß die katholischen Prinzipale dem Verbande als außerordentliche Mitglieder beiträten, Hilfskassen und Stellenvermittlung weiter ausgebaut würden [41].

Von eindrucksvoller sozialreformerischer Arbeit, die zugunsten des durch die liberale Erbteilungsgesetzgebung, die Zerstückelung und Überschuldung der Güter und wucherische Ausbeutung in seiner Grundlage gefährdeten Bauernstandes geleistet worden war, berichtete Frhr. v. Schorlemer-Alst 1879 in Aachen, als er die Erfolge aufzählte, welche die westfälischen Bauernvereine seit ihrer Gründung [42] im Jahre 1862 hatten erzielen können. Die Bauernvereine waren interkonfessionell; erwartet wurde von jedem Mitgliede, daß es sich durch treue Übung seiner Religion, Sonntagsheiligung, nüchternen Lebenswandel und ein musterhaftes Familienleben auszeichne. Trotz seines nicht

[40] Näheres s. bei J. B. Kißling in Festschrift zum Silberjubiläum der katholisch-kaufmännischen Vereinigungen, Mainz 1902, 7 ff.

[41] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 296 f.; 1886 (Breslau) 264 ff.

[42] Vgl. dieses Werk I 395 f.; Alb. Franz, Der soziale Katholizismus in Deutschland bis zum Tode Kettelers, M.-Gladbach 1914, 178 ff.

spezifisch katholischen Charakters hatte auch dieser Verein im Kulturkampfe schwere Prüfungen zu erleiden[43]. Die hochbedeutenden Wohlfahrtseinrichtungen, die Freiherr von Schorlemer-Alst, der westfälische Bauernkönig, in der von ihm geschaffenen Organisation ins Leben rief, waren gemeinsame Feuerversicherung, Hagelversicherung, juristische Beratungsstellen, ein Pfandbriefinstitut; erstrebt wurde ferner eine Reform des Erbrechtes, welche unter Aufrechterhaltung der Testierfreiheit den Fortbestand der Bauernhöfe sichern sollte. Der Verein zählte im Berichtsjahre (1879) 16 000 Grundbesitzer als Mitglieder, sein Vermögen betrug 60 000 Mark, die Jahreseinnahme 33 000 Mark. Alle Reformtätigkeit müsse, so legte der wackere Freiherr dar, an die ererbten Traditionen, die Stammessitte, anknüpfen, das bewährte Gute wieder zu beleben suchen, sie müsse wachsen und dürfe nicht gemacht werden wollen, vor allem aber müsse sie auf ihre Fahne als Palole schreiben ‚Mit Gott und für Gott' und ‚Einigkeit'[44].

Ähnliche Ziele wie der Westfälische Bauernverein verfolgte in der Rheinprovinz der vom Freiherrn Felix von Loe-Terporten gegründete ‚Volkswirtschaftliche Verein für Rheinland' und verschiedene ‚Winzervereine', in Bayern des Freiherrn F. X. von Hafenbrädl ‚Bayerisch-patriotischer Bauernverein', des Redakteurs Miarka ‚Oberschlesischer Bauernverein'. Vielerorts gründeten Katholiken eigene Volksbanken, Spar-, Kredit- und Unterstützungsvereine[45]. Dem von F. W. Raiffeisen begründeten Genossenschaftswesen widmete der Katholikentag freundliche Aufmerksamkeit, glaubte aber wegen des den Raiffeisenkassen zugrunde liegenden nicht ungefährlichen Prinzips der Solidarhaft von einer förmlichen Empfehlung absehen zu sollen[46].

Der ständige Kommissar der deutschen Katholikentage, Fürst

---

[43] Franz, Der soziale Katholizismus 186 f.

[44] Verhandlungen 1879 (Aachen) 243 ff.

[45] Ausführliches s. bei Bongartz, Das katholisch-soziale Vereinswesen 130 ff.

[46] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 149 ff.

Karl zu Löwenstein, hatte auf der Generalversammlung zu Frankfurt a. M. (1882) eine Besprechung katholischer Sozialpolitiker herbeiführen wollen zum Zwecke der Aufstellung prägnanter Leitsätze über die brennendsten Fragen der Sozialreform. Es war an die Mitarbeit des Fürsten Karl zu Isenburg-Birstein, des Domkapitulars Dr. Moufang, des Dominikaners P. A. M. Weiß, des Generalsekretärs F. Hitze, des Pfarrers L. Wassermann, des Fabrikanten F. Brandts u. a. gedacht. Die Abhaltung einer derartigen Konferenz im Rahmen des Katholikentages erschien untunlich; deshalb lud der Fürst die genannten Männer, dazu noch den Österreicher Freiherrn Karl von Vogelsang, zu einer Zusammenkunft auf dem Schloß Haid in Böhmen (Juni 1883). In der Folge entstanden die ‚Haider Thesen' über Handwerkerfrage und Arbeiterfrage; für die Lösungen vorgeschlagen wurden Sätze von mittelalterlich ‚christlich germanischen Sozialprinzipien' aus und im ‚diametralen Gegensatz zu den Grundanschauungen des Kapitalismus'. Die Rettung des Handwerks erwarteten die Thesen von der Einrichtung obligatorischer Innungen, Handwerkskammern und Handwerksgerichten. Bezüglich der Arbeiterfrage wurde stark betont, daß der Arbeitsvertrag einer Umbildung im Sinne christlich-sozialer Gerechtigkeit bedürfe. Der Großindustrie wurde korporativer Zusammenschluß zur Einrichtung eines Versicherungswesens auf korporativer Grundlage, von Kranken-, Unfallversicherungs- und Altersversicherungskassen, empfohlen. Für förderlich wurde angesehen eine stufenweise Gliederung der Arbeiterschaft, vielseitige Ausbildung des Lehrlings, Emporsteigen des tüchtigen Arbeiters zu lohnenderer Beschäftigung, Einführung von Arbeiterkammern[47]. Als Freiherr von Vogelsang die Haider Thesen in seiner ‚Monatschrift für Gesellschaftswissenschaft' veröffentlichte, fügte er auf eigene Verantwortung einige ‚Erläuterungen' hinzu, in denen er die Gesamttendenz der Besprechungen in den Schlagwörtern zusammenfaßte: Gerechter Arbeitslohn, Einschränkung der Alleinherrschaft des Unternehmertums,

---

[47] Verhandlungen 1884 (Amberg) 42 ff.

korporative Organisation der Industrie, Aufwärtsbewegung der Arbeiter, Ausscheidung eines Teiles des Industriegewinnes zu einem korporativ zu verwaltenden, Unternehmern und Arbeitern gemeinsam gehörenden ‚Gesellschaftsvermögen'. Er fügte hinzu, schließlich werde die korporative Reorganisation von Handwerker- und Bauernstand, von Arbeiterschaft und Unternehmertum zu einer Neugestaltung der politischen Vertretungskörper führen: „ständische Interessenvertretung an Stelle des jetzigen ideologischen und plutokratischen konstitutionellen Wahlsystems".

Die ‚Thesen' wurden von der katholischen Öffentlichkeit mit einiger Zurückhaltung aufgenommen; ihr akademischer Charakter drängte auch nicht eben zu einer baldigen Stellungnahme. Einzelne katholische Organe fanden den vom Freiherrn von Vogelsang angeschlagenen Ton ‚apodiktisch' und glaubten nicht zugestehen zu können, die Thesen seien d i e Lösung aller Rätsel der sozialen Frage. Über das Maß der Autorität, das die Haider Beschlüsse beanspruchten, veröffentlichte Fürst Löwenstein unterm 13. August 1883 eine beruhigende Erklärung[48].

Eine Reihe weiterer Thesen wurde anläßlich des Amberger Katholikentages von dem ‚sozialpolitischen Komitee' beraten. Zunächst behandelte man die Fragen über ‚Kapital, Zins und Wucher', wobei die anerkannte moraltheologische Doktrin zur Richtschnur genommen und eine Reform befürwortet wurde, die sich ‚gleich sehr von der liberalen Anschauung über die schrankenlose Berechtigung der Kapitalwirtschaft fernhalte wie von der radikalen Forderung gewaltsamer Abschaffung des Kapitalvermögens'. Außerdem stand die Frage der Grundentlastung zur Beratung. Als Hauptursachen der Überschuldung des bäuerlichen Besitzes wurden bezeichnet die Isolierung der einzelnen Besitzer und die Mobilisierung des Grundbesitzes durch die liberale Ära, die Abstellung der Notlage erhofft von einer Reform des Erbrechtes und der Steuergesetzgebung, von Schutz-

---

[48] Germania (Berlin) 1 8 8 3, Nr. 187, 2. Vgl. Histor.-pol. Blätter 92 (1883) 439 ff.; Köln. Volkszeitung 1883, 207; K a st e r t, Die Stellung der deutschen Katholiken zur Gewerkschaftsfrage, Soz. Kultur, Bd. 41, 2 ff.

zöllen und direkten staatlichen Hilfsmaßregeln. Schließlich einigte sich in Amberg noch das sozialpolitische Komitee auf einige Zusätze zu den Haider Beschlüssen über die Arbeiterfrage: es wurden Durchdringung des Verhältnisses von Arbeitgeber und Arbeitnehmer von dem Geiste des Christentums, Festsetzung eines Maximalarbeitstages, möglichste Einschränkung der Sonntags- und Nachtarbeit, neben Kranken- und Unfallversicherung obligatorische Alters-, Witwen- und Waisenversorgung und Fürsorge bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit als Hauptdesiderien bezeichnet.

Bei Beurteilung des dargelegten Programms der Sozialpolitiker des Katholikentages wird diesen jeder gerecht Denkende die Wohltat des Satzes ‚In magnis voluisse sat est' nicht streitig machen wollen, er wird das warme soziale Empfinden dieser Männer, ihr Streben nach Herbeiführung sozialer Gerechtigkeit, nach Verwirklichung durchgreifender Solidarität im Gegensatz sowohl zu liberalen wie sozialistischen Einseitigkeiten bereitwillig anerkennen. Der sorgsam abwägende Kritiker wird sich auch vergegenwärtigen, wie wenig Richtpunkte für die Sozialreform selbst die Wissenschaft der Universitäten einstweilen anzugeben imstande war, wie bedeutsam aber die Bestrebungen der deutschen Katholiken sich darstellten auf dem Hintergrund der weitgehenden sozialen Interessenlosigkeit, die namentlich für den über die politische Macht im neugegründeten Deutschen Reich verfügenden Liberalismus charakteristisch war. Das sah das katholische Lager sehr wohl ein, daß seine theoretische soziale Arbeit großenteils nur vorbereitender und anregender Art sein könne. „Wir müssen uns gewöhnen," sagte Windthorst 1883 in Düsseldorf, „daß wir die Ideen, die wir persönlich vielleicht schon für richtig erkennen, und die wir deshalb gern ins Leben einführen möchten, immer von neuem der Beobachtung auch anderer aussetzen, mit diesen darüber sprechen, die öffentliche Diskussion veranlassen, und dann erst, wenn sie reif geworden, meine ich, kann man mit Erfolg zu praktischen Resultaten kommen." Jedenfalls aber dürften die Katholiken und ihre Generalversammlungen sich rühmen, „daß sie es

gewesen sind, welche das Banner der sozialen Reform zuerst entfaltet und mit mutiger Hand weitergetragen haben“ [49].

Unter den Spezialfragen der Sozialreform, welche die Reichstagsfraktion des Zentrums wie den Katholikentag in besonderem Maße interessierten, stand die Frage der Sonntagsruhe obenan. Die hierher gehörende Tätigkeit der Zentrumspartei, als deren rühriger Wortführer Dr. Joseph Lingens einen Ruf hatte, unterstützte eine Resolution der Düsseldorfer Tagung von 1883: „Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands begrüßt die in dem Deutschen Reichstag mit ansehnlicher Majorität beschlossenen, auf möglichste Förderung der Sonntagsruhe und -feier für große Beamtenkreise abzielenden Maßregeln. Sie fordert die Katholiken Deutschlands auf, in dem Streben nicht nachzulassen, daß Sonntagsruhe und Möglichkeit der Sonntagsfeier für alle und allerwärts erlangt werde. Sie beklagt vor allem auch die um sich greifende Vernachlässigung der Sonntagsfeier unter der Landbevölkerung infolge der in ländlichen Distrikten etablierten Fabriken und empfiehlt allen Katholiken, durch Wort und Beispiel die Beobachtung der Sonntagsruhe zu fördern.“ In öffentlicher Versammlung hielt Pfarrer L. Wassermann eine die soziale Wichtigkeit dieses Beschlusses nach den verschiedensten Richtungen beleuchtende gedankenreiche Rede. Ähnliche Beschlüsse wurden von den folgenden Generalversammlungen gefaßt mit besonderem Hinweis auf die Stände der Beamten und der Fabrikarbeiter [50].

Das Entstehen des in Kassel residierenden ‚Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke‘ (1883) war dem Katholikentag nicht unsympathisch, aber er bedauerte es, daß dieser interkonfessionelle Verein von allen Motiven religiöser Art absehen zu wollen erklärte und damit auf ein Hauptmittel zur Erreichung seiner idealen Ziele verzichtete. Was vor ihrer Unterdrückung durch den unseligen Kulturkampf die katho-

---

[49] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 282.

[50] G. v. Hertling, Erinnerungen aus meinem Leben I 298, 326 f.; Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 177, 201 ff.; 1884 (Amberg) 136 f.; 1885 (Münster) 223; 1886 (Breslau) 268.

lischen Volksmissionen in Sachen der Abstinenz- und Mäßigkeitsbewegung erzielt hatten, hätte für die Kasseler Herrn eine rechte Lehre sein können. Die Düsseldorfer Katholikenversammlung (1883) betonte demgemäß, daß die Trunksucht in erster Linie mit moralischen und kirchlichen Mitteln bekämpft werden müsse, und daher die Gründung kirchlicher Mäßigkeitsbruderschaften oder Kongregationen zu empfehlen sei. Bald hatte das katholische Deutschland die Freude, die Errichtung derartiger Mäßigkeitsbruderschaften begrüßen zu können. Allein man täuschte sich nicht darüber, daß nur im Anschluß an Volksmissionen der Kampf gegen den Alkoholmißbrauch mit Energie und Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden könne, und forderte auch aus diesem Grunde die Rückkehr der durch die Kirchenverfolgung vertriebenen Volksmissionare. Selbstverständlich wurde auch all das erörtert, was der Staat, die Unternehmung und die Familie zur Abwehr des volksverderbenden Übels zu tun vermöchten [51].

Die durch die denkwürdige Botschaft Kaiser Wilhelms I. eingeleitete Reformgesetzgebung zugunsten der Arbeiterklasse wurde wie von der Zentrumsfraktion, die ja im Antrag Galen von 1877 auf die Nöte der Industriearbeiter ausführlich eingegangen war, so auch von dem Katholikentag freudig willkommen geheißen und unterstützt. Franz Hitze schilderte 1882 auf der Frankfurter Versammlung die zum Himmel schreiende Not der Arbeiterbevölkerung und bezeichnete im einzelnen die zunächst dringendsten Aufgaben der Staatsgesetzgebung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, wärmstens insbesondere für den achtstündigen Normalarbeitstag eintretend. Die Kosten der zu schaffenden Arbeiterversicherung seien vor allem von der Industrie zu tragen, so verlange es die verteilende soziale Gerechtigkeit; denn auch dem Arbeiter müsse die hochgesteigerte Produktion zugute kommen, und Unrecht würde es sein, wenn das Kapital für sich allein die Früchte des

[51] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 102 ff.; 1885 (Münster) 225 f.; 1886 (Breslau) 274.

industriellen Fortschrittes in Beschlag nehmen wolle[52]. Weitgehender Beihilfe des Staates auf Kosten der Steuerzahler redeten die katholischen Sozialpolitiker nicht das Wort, weil die Katholiken im Kulturkampfe die Folgen der Staatsallmacht am eigenen Leibe in schmerzvollster Weise hatten fühlen müssen und sowohl dem Überwuchern der Bureaukratie wie jeglicher Art von Staatssozialismus nicht hold sein konnten aus Gründen des Schutzes der persönlichen Freiheit[53]. Die Katholiken seien, so führte Dr. Adolf Franz 1886 auf der Breslauer Generalversammlung aus, „nach ihrer ganzen sozialpolitischen Haltung, nach ihren bisherigen Bestrebungen durchaus nicht gemeint, den Staat zum großen Nährvater jedes einzelnen Menschen zu machen, ... nicht gewillt, hohe ideale Güter, wertvolle staatsbürgerliche Rechte gegen zweifelhafte materielle Wohltaten preiszugeben, zu glauben, daß dem Staat die Aufgabe zugewiesen werden könne, jedes einzelnen Menschen Wohlfahrt ganz allein zu besorgen". Keine Staatssozialisten seien die Katholiken, aber was sie von dem Staate forderten, das sei der Schutz der Schwachen, und diesen Schutz zu gewähren, sei nach ihrer Auffassung „das eminenteste Vorrecht des Staates, die heiligste Pflicht und das schönste Privilegium der Gesetzgebung"[54].

Auf die ersten Arbeiterversicherungsgesetze, Kranken- und Unfallversicherung wies F. Hitze 1887 in Trier hin, zumal des Anteils gedenkend, den die Zentrumsfraktion an deren Zustandekommen gehabt habe. Auch für Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversorgung würden die Katholiken im Reichstage bereitwilligst eintreten. Bezüglich der materiellen Lasten für diese verschiedenen Arten von Versicherung sagte der Redner die bezeichnenden Worte: „Der gemeinsame Gedanke der Arbeiterversicherung ist: dem Arbeiter seine Zukunft zu sichern; es ist ein eminent christlicher Gedanke: wo die individuelle

---

[52] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 91 ff.
[53] Vgl. v. Hertling, Erinnerungen I 324.
[54] Verhandlungen 1886 (Breslau) 269 f.

Kraft versagt, soll die Solidarität der Genossenschaft eintreten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber je mit ihrem Anteil" [55].

Es war notwendig, auf die Stellung der Katholiken zum Staatssozialismus etwas näher einzugehen. Von gegnerischer Seite ist insinuiert worden, die schlauen ultramontanen Sozialpolitiker hätten bei den genannten Gesetzgebungsmaßregeln die Kosten der Versicherungen vor allem auf den Staat abwälzen wollen, von dem Gedanken geleitet, daß der protestantische Steuerzahler reich und der katholische arm sei: ‚Die finanziellen Lasten der dem Staat zugewiesenen sozialen Reformen waren also in der Hauptsache nicht von der katholischen Bevölkerung zu bestreiten, während ihr diese Gesetzgebung am stärksten zugute kommen mußte' [56]. Also der Plan einer Auspowerung des Protestantismus zugunsten der Katholiken! Auf solche Abwege kommt man, wenn man Polemik um jeden Preis treiben will.

Noch einiger Anstalten sozial-caritativer Art bleibt zu gedenken, deren sich der deutsche Katholikentag angenommen hat. Für die Pflege von Idioten hatten in Bayern und Baden opferfreudige Priester, ein Joseph Probst, ein Dominikus Ringeisen, ein Joh. E. Wagner und Karl Rolfus Wohltätigkeitsanstalten in ausreichender Zahl geschaffen [57]. Nicht so gut stand es in Preußen, wo vielerorts idiotische Kinder in konfessionslosen oder protestantischen Anstalten untergebracht werden mußten. Dieser Mißstand führte wiederholt zu Klagen und Besprechungen innerhalb der Katholikenversammlungen; die Errichtung von Anstalten katholischen Charakters wurde mit schönem Erfolg empfohlen. Über den ganzen Komplex der sich auf die Irrsinnigenpflege beziehenden Fragen erstattete 1886 in Breslau ein sachkundiger und praktisch bewährter Freund dieser Ärmsten einen mit warmer Teilnahme aufgenommenen Bericht [58].

---

[55] Verhandlungen 1887 (Trier) 66 f.

[56] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 55.

[57] Näheres s. bei H. Brück und J. B. Kißling, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert IV, 2, Münster 1908, 438.

[58] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 244 f.; 1883 (Düsseldorf) 100 f.; 1887 (Trier) 158 f.; 1886 (Breslau) 239 ff.

Die der Bekämpfung des Landstreichertums dienenden Arbeiterkolonien des Bielefelder Pastors F. v. Bodelschwingh fanden auch im katholischen Lager Beachtung, von entsprechenden Anstalten katholischerseits versprach man sich aber, wie ein Beschluß von Trier (1887) hervorhob, nur dann Erfolg, „wenn der Kirche auf die Gründung und Leitung derselben ein maßgebender Einfluß eingeräumt wird". Konfessionelle, von Trappisten oder Franziskanerbrüdern geleitete Arbeiterkolonien sollten denn auch in Bälde erstehen [59].

Die paritätischen oder protestantischen Vereine zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene wirkten gern mit den St.-Vinzenz-Konferenzen zusammen zur Rettung gestrandeter Existenzen. Als im Großherzogtum Baden der Kulturkampf nachgelassen hatte, suchte die dortige Regierung gar die katholischen Pfarrgeistlichen für dieses Rettungswerk zu gewinnen, dieselbe Bureaukratie, deren Organe ehedem auf viele Priester förmlich Jagd gemacht hatten. Man begreift, daß manche Mitglieder des badischen Klerus für das Zusammenarbeiten mit der liberalen Beamtenschaft nicht allzuviel Sympathie hegten. Indes folgten viele Priester der vom Staat ausgegangenen Einladung, erwägend, daß es sich hier um ein hochwichtiges Werk christlicher Liebe handele. Welch große Aufgabe noch auf dem Gebiet der Wiedereinfügung ehemaliger Sträflinge in den sozialen Organismus zu lösen sei, wurde eindringlich auf dem Düsseldorfer Katholikentag (1883) verhandelt. Dortselbst konnte mitgeteilt werden, daß in Bonn ein katholischer, von einem Priester geleiteter ‚Gefangenenverein' ins Leben getreten sei [60].

Das 1868 in Bamberg gegründete, vom Fürsten Karl zu Isenburg-Birstein geleitete ‚Komitee zum Schutz der deutschen Auswanderer' ließ 1871 vor dem Katholikentag von Mainz durch seinen Sekretär P. P. Cahensly einen Bericht über seine weitverzweigte Tätigkeit erstatten, der in dem Antrag gipfelte, daß ein eigener St.-Raphaels-Verein ins Leben gerufen werde. Sofort zeterte die Kulturkampfpresse, daß beabsichtigt werde,

[59] Verhandlungen 1887 (Trier) 170 f.
[60] Verhandlungen 1881 (Bonn) 145 f.; 1883 (Düsseldorf) 179 ff.

das deutsche Vaterland zu entvölkern und den katholischen Volksteil nach Amerika hinüberzuführen. Eine der ersten Aktionen des St.-Raphaels-Vereins war die, durch die katholische Presse erklären zu lassen, daß er lediglich beabsichtige, den zur Auswanderung bereits fest Entschlossenen Schutz und Rat zu erteilen, im übrigen aber vor unüberlegter und leichtsinniger Auswanderung aufs entschiedenste warne. Demnächst bemühte sich der Verein, an den verschiedenen Hafenplätzen Vertrauensmänner zu bestellen, welche alles für die materielle und geistliche Wohlfahrt der Auswanderer Nötige vermitteln sollten; in Hamburg, Bremen, Rotterdam und Le Havre konnten bald Männer teils weltlichen teils geistlichen Standes die betreffende Tätigkeit aufnehmen. Wie Pfarrer Schlösser, Vertrauensmann in Bremen, 1875 in Freiburg darlegte, gestaltete sich die Wirksamkeit des Raphaelsvereins im einzelnen dahin, daß dieser an die Pfarrämter Empfehlungskarten sandte, welche den Auswanderungslustigen an den Vertrauensmann in der Hafenstadt wiesen. Dieser nahm sich dann der Hilflosen an durch Zuweisung eines einwandfreien Quartiers, beim Geldwechseln, wo der Harmlosigkeit regelmäßig schwere Benachteiligung drohte, und durch religiöse Vorbereitung auf die lange Seereise. Nach Mitteilung des Generalsekretärs P. P. Cahensly war es dem Verein allmählich auch gelungen, die an Bord der Auswandererschiffe der Sittlichkeit drohenden Gefahren wenigstens herabzumindern und auch in den überseeischen Ankunftshäfen katholische Vertrauensmänner zu gewinnen. Gegenüber ungerechtfertigten Angriffen der offiziösen preußischen Provinzialkorrespondenz mußte Cahensly noch einmal 1877 zu Würzburg in aller Form feststellen, daß der Raphaelsverein nicht den Zweck habe, zur Auswanderung zu ermuntern; „im Gegenteil, unsere Vertrauensmänner raten nach besten Kräften vom Auswandern ab und haben schon viele zurückgehalten, welche durch Berichte betrügerischer Agenten verlockt waren". Allein der grundlose Argwohn der preußischen Regierung hatte ein zähes Leben. Noch im Jahre 1883 wurde die Kölnische Volkszeitung letztinstanzlich zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie bei ihr bereit-

liegende Empfehlungskarten des Raphaelsvereins angeboten hatte und dadurch in widergesetzlicher Weise Auskunft über die Beförderung von Auswanderern ohne staatliche Konzession erteilt haben sollte. Selbst ein liberaler Reichstagsredner verurteilte dieses Verfahren mit den Worten: „Es gibt kaum ein rücksichtsloseres Eingreifen in die Rechte einer Wohltätigkeitsanstalt oder überhaupt in die wohlberechtigten Interessen der Gesamtheit als ein derartiges Vorgehen der preußischen Staatsanwaltschaft.“ Die Gebefreudigkeit des katholischen Volkes, die Anerkennung des Episkopates und des Hl. Stuhles entschädigten den Verein für derartige Vexationen. Das Interesse des Katholikentages für den Schutz der Auswanderer aufrechtzuerhalten und zu steigern, ließen sich Fürst Karl zu Isenburg-Birstein und Kaufmann Cahensly mit unermüdlicher Sorge angelegen sein[61].

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Kriegs- und Friedensarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, Erziehung, Volksbildung, Presse und der christlichen Kunst.

Deutsche Professoren der Rechtswissenschaft, Anhänger der Hegelschen Staatsidee, waren die intellektullen Wegebereiter des Kulturkampfes gewesen, Männer wie R. Dove, O. Mejer, E. Friedberg, B. Hübler, P. Hinschius. Die Universitäten Berlin, Bonn und Halle erwiesen sich während des Kirchenstreites als wahre Feuerherde des antikatholischen kulturkämpferischen Fanatismus, als Zentralpunkte eines liberal-protestantischen Klüngelwesens, das entschlossen war, auch nicht einem einzigen katholischen Laien den Weg zur akademischen Lehrtätigkeit freizugeben. Die nicht zu qualifizierende Tatsache, daß die philosophische Fakultät von Bonn es fertig brachte[1], einem so

[61] P. P. Cahensly, Der St.-Raphaels-Verein zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer (Caritas-Schriften, H. 5), Freiburg 1900, 17 ff.; Verhandlungen 1871 (Mainz) 187 ff.; 1872 (Breslau) 163 ff.; 1875 (Freiburg) 155 ff.; 1876 (München) 236 ff.; 1879 (Aachen) 194 ff.; 1882 (Frankfurt) 135 ff.; 1884 (Amberg) 151 ff.; 1887 (Trier) 234 ff.

[1] G. v. Hertling, Erinnerungen I 232 ff., 264 ff., 361 ff.

unbezweifelbar hochbefähigten Privatdozenten wie dem Freiherrn G. v. Hertling dreizehn Jahre lang den mit keinerlei Staatsgehalt verbundenen Titel eines außerordentlichen Professors vorzuenthalten, spricht Bände. In vielen Hunderten von Hörsälen der deutschen Universitäten nahmen die Inhaber der Katheder jeden Anlaß wahr, an der katholischen Kirche und Glaubenslehre ihr Mütchen zu kühlen [2]. Speziell aus Professoren der Bonner Universität rekrutierten sich die Wortführer des im Westen die niedrigste antikatholische Spionage- und Spitzeltätigkeit ausübenden und sich geradezu als Nebenregierung gebärdenden ‚Deutschen Vereins', in Bonn war auch die Mehrzahl der katholisch-theologischen Katheder Mitgliedern der altkatholischen Sekte ausgeliefert worden. Und den Organisator dieser Sekte, J. F. v. Schulte, hatte Kultusminister Falk auf einen juristischen Lehrstuhl der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität berufen. Diese Zustände an der Hochschule einer überwiegend katholischen Provinz verletzten aufs tiefste und schmerzlichste das Rechtsgefühl der Katholiken. Mußte nicht, so fragte Dr. Franz Hülskamp auf dem Katholikentag des Jahres 1881, eine Universität, gegründet für die zu vier Fünfteln katholischen Rheinlande, zum großen Teil aus ehemaligem Kirchengut dotiert, im Schloß der kölnischen Erzbischöfe residierend, von Gottes und Rechts wegen einen vorwiegend katholischen Charakter tragen?

Der soeben genannte Redner schilderte im weiteren die ungeheure Gefahr, die dem katholischen Volksteile seitens des zu weit überwiegendem Teil der Kirche und Offenbarung feindselig gegenüberstehenden Professorentums der Universitäten drohte. „Auf diese Hochschulen haben wir vermöge staatlichen Zwanges die Blüte unserer Jugend zu senden, solche Hochschulen sind die letzten und höchsten Bildner der Elite unserer Jünglinge! In diese Hörsäle strömt hinein und aus den Hörsälen strömt nach drei, vier oder fünf Jahren ins Leben zurück alles, was berufen ist, demnächst die wichtigsten und einflußreichsten

[2] Ausführliches s. bei Kißling, Geschichte des Kulturkampfes II 272 ff.; III 167 ff.

Stellen und Ämter einzunehmen, alles, was da berufen ist, nach allen Richtungen des Lebens hin in Zukunft den maßgebendsten Einfluß zu entfalten. Und was in diesen Hörsälen mit der ganzen Eindringlichkeit und Überredungskraft des lebendigen Wortes, der viva vox, gelehrt wird, das dringt weit über die Hörsäle hinaus in das Leben hinein. Aus Vorlesungen gestalten sich Bücher, aus Schülern werden Lehrer, aus Hörern werden neue Verkünder des Gehörten, aus den Hörsälen entwickelt sich die große Schar der Lehrer, und zu den vielen Lehrern gesellt sich noch die ungezählte Zahl von berufenen oder auch unberufenen Schriftstellern, sei es von fachmännischen Gelehrten, sei es von populären Essayisten, sei es von Dichtern und Erzählern, sei es von Publizisten und Journalisten — was dann alles wieder denselben Geist ausatmet, den es in den Hörsälen vor Jahren eingeatmet hat." Ein unermeßlicher Einfluß steht den Universitäten zu, und dieser Einfluß sei vorzugsweise böse[3].

Die naturgemäße Gegenwehr wider diese Gefahr wäre die Gründung einer freien katholischen Hochschule gewesen. Aber auf die zarte Pflanze des Universitätsprojektes war der Kulturkampf gleich einem verderblichen Meltau gefallen. Es bestand nicht die geringste Hoffnung, daß die preußische oder eine andere deutsche Regierung eine katholische Universität oder Akademie werde aufkommen lassen. Die Unterrichtsverwaltung Preußens ließ in aller Form im Abgeordnetenhause erklären, daß der preußische Staat niemals der Verwirklichung des Planes der Katholiken zustimmen könne, „ohne wesentliche Grundlagen seiner Existenz zu opfern"[4]. Lehrreich war diese Erklärung jedenfalls für die Erkenntnis der Grundlagen des Hohenzollernstaates. Ihr setzte der Aachener Katholikentag von 1879 die Resolution entgegen: „Die Katholiken Deutschlands werden abermals aufgefordert, festzuhalten an dem (1862) in Aachen gefaßten Beschlusse, in Deutschland wenigstens eine freie katholische Universität zu gründen und in ihrer Opferwilligkeit für diesen

[3] Verhandlungen 1881 (Bonn) 264 ff.
[4] Näh. s. bei Kißling, Geschichte des Kulturkampfes III 186 f.

Zweck nicht nachzulassen, da katholische Hochschulen erst die Grundbedingung und die Vollendung des christlichen Unterrichts der Elementar- und Mittelschulen sind" [5].

Der Universitätsfonds, der in den sechziger Jahren begründet worden war, betrug, wie 1882 zu Frankfurt a. M. mitgeteilt wurde, 187 364 Mark, die Sammeltätigkeit des St.-Katharinen-Vereins zugunsten des Hochschulprojektes hatte 94 900 Mark zusammengebracht; kleinere Kapitalien wurden in Fulda und an anderen Orten verwaltet. Dieser Finanzstand wirkte nicht entmutigend; wiederholt wurde auf dem Katholikentag das Vertrauen ausgesprochen, falls für die Verwirklichung des Universitätsplanes sich irgendwelche Aussicht biete, werde sofort auch die Gebefreudigkeit der Katholiken Deutschlands sich wieder bewähren. Die katholischen Unternehmungen seien nicht ephemerer Art, so tröstete 1882 Professor Haffner die Besucher des Katholikentages von Frankfurt, die Kirche bedürfe nicht des augenblicklichen Erfolges, da sie nicht nach Jahrzehnten, nicht nach Generationen, sondern nach Jahrtausenden lebe. Der heutige Druck, der die Katholiken hindere, auf deutscher Erde frei zu lehren, sei nur eine Wolke, die vorüberziehen werde. „Wie schnell freilich, das weiß Gott allein. Aber ich glaube nicht, daß dieses so bald geschehen werde. Darum mögen auch unsere deutschen Staatsprofessoren sich nicht beunruhigen. Ich weiß, die Herren sind empfindlich. Sollte vielleicht einer meinen, wir wollten durch unsere katholische Universität ihnen Konkurrenz machen oder bewirken, daß sie nicht mehr lehren könnten, so erinnere ich sie daran, daß wir ja nichts als die Freiheit verlangen. Wir verlangen nicht, daß man die Atheisten und Materialisten von den Hochschulen vertreibe. Die Wohlmögenden können alle ruhig sterben, ohne von uns etwas zu befürchten. Wir hätten wohl ein Recht zu fordern, daß man mit unseren Steuern nicht unsere Feinde besolde, daß man wenigstens Parität übe und unseren Gelehrten an den Hochschulen einen Platz gewähre. Wir haben wenig Hoffnung für die Gegenwart. Aber wir wollen doch unser Recht fordern und dann mutig und zuversicht-

[5] Verhandlungen 1879 (Aachen) 299.

lich an dem Werke der Gründung einer freien katholischen Universität fortarbeiten." L. Windthorst erklärte launig, wenigstens auf dem Gebiet der Wissenschaft für ‚freie Konkurrenz' eintreten zu können. Zu den besonderen eigentümlichen Freiheiten in Deutschland gehöre es, daß kein Katholik lehren dürfe, was er wolle, wenn auch in den Verfassungen das stolze Wort stehe: Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Durch die katholische Universität solle erreicht werden, daß die Katholiken in den Stand gesetzt würden, die Wissenschaft auf ihre Weise zu betreiben. Die freie Konkurrenz in diesem Sinne zu erringen, werde aber sehr schwer sein; denn die katholische Forderung entspreche nicht dem, was die Liberalen unter Freiheit verständen. „Die finden nur das liberal, was ihnen in den Kram paßt; was andern Leuten in den Kram paßt, ist alles reaktionär" [6].

Die Katholiken der Kulturkampfära waren nicht gemeint, lediglich zu hoffen und zu harren, bis sich für sie die akademischen Verhältnisse holder gestalten würden, sie schritten auch zu einer Tat, indem sie (24. Januar 1876) anläßlich des Zentenars der Geburt Josephs von Görres in dessen Heimatstadt Koblenz die ‚Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland' gründeten. Die Idee, daß ein freier Verein im Dienst der genannten Aufgabe Großes leisten könne in einer Zeit, wo sich den für die akademische Laufbahn geeigneten Katholiken fast unübersteigliche Hindernisse entgegenstellten, war von dem Mainzer Domdekan Dr. Heinrich ausgegangen [7]. Idealgesinnte rheinische Männer zumeist jüngeren Alters, geführt vom Bonner Privatdozenten Dr. Georg Freiherrn von Hertling und beraten von Oberbürgermeister Leopold Kaufmann, hatten diesen Gedanken aufgegriffen und guten Mutes die Jahrhundertfeier ihres großen Landsmannes in der Rhein-Moselstadt durch die Gründung einer katholischen wissenschaftlichen Gesellschaft zu verherrlichen beschlossen. Der Umstand, daß

---

[6] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 220 ff., 296 f.

[7] H. Cardauns, Die Görresgesellschaft 1876—1901, Köln 1901, 3; G. v. Hertling, Erinnerungen I 283 ff.

Dr. Heinrichs Festrede über Görres und dem Festmahle als ungeladener Gast ein preußischer Polizeikommissar anwohnte, der jedes öffentlich gesprochene Wort stenographieren ließ, beeinträchtigte keineswegs die zuversichtliche Stimmung[8].

Dem Freiherrn v. Hertling, als dem Vorsitzenden der Görresgesellschaft, kam es zu, diese anläßlich des Münchener Katholikentages dem katholischen Deutschland vorzustellen[9]. Die Jahrhundertfeier des großen rheinischen Publizisten und Gelehrten, so führte er aus, habe das Andenken an ihn selbst in den weiteren Volkskreisen erneuert und eine Begeisterung geweckt, die nicht habe fruchtlos verrauschen dürfen. Den Geist des katholischen Forschers und Denkers Görres lebendig zu erhalten, habe sich die neue Vereinigung gebildet. Zwei Weltansichten, die christliche und die widerchristliche, rängen zur Zeit in schwerem Streite. „Jene falschen und verzerrenden Schlagwörter, denen nur zu oft die blinde und urteilslose Menge im Ansturme gegen die Kirche folgt, sind zuerst ausgedacht und ausgeprägt worden auf den Höhen der Wissenschaft, in Kreisen von glaubensfeindlichen Gelehrten, und was da oben ausgeprägt und ersonnen wurde, ist allmählich in die Niederungen der Popularliteratur und der Tagesblätter hinabgedrungen. Darum gilt es, demgegenüber mit allem Ernste und umsichtiger, ausdauernder Arbeit die katholische Wahrheit nach allen Seiten hin auf allen Gebieten immer aufs neue zu beleuchten, zu erklären, zu verteidigen und zu erforschen; denn auch hier muß das gleiche die Folge sein. Auch hier werden wir mit Zuversicht annehmen dürfen, daß die Ergebnisse dieser geistigen Arbeit gleichfalls für das große Ganze nicht verloren sein werden, daß auch sie immer mehr in die ganze Breite des Volkes hinabdringen werden, um hier Fuß für Fuß, Schritt für Schritt jenen Trugbildern und Sophistikationen das Terrain streitig zu machen. Ein Organ also zu gründen zur Pflege der katholischen Wissenschaft, das

[8] H. Cardauns, Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs, Köln 1912, 80 f.; vgl. Verhandlungen 1884 (Amberg) 168.

[9] G. v. Hertling, Erinnerungen I 304 ff.

schien ein Denkmal zu sein, würdig des großen Mannes und würdig der Zeit."

In der Ausschußsitzung des folgenden Tages erreichte Freiherr v. Hertling, daß eine Resolution beschlossen wurde, welche die Görresgesellschaft allen deutschen Katholiken wärmstens empfahl. Über die nächsten Absichten des neuen Vereins äußerte er, daß sie dahin gingen, junge katholische Gelehrte materiell zu unterstützen, damit sie ohne beengende Sorgen sich ihrem wissenschaftlichen Berufe widmen, etwa ausgeschriebene Preisfragen beantworten könnten. Bereits bewährte Forscher sollten mit bestimmten wissenschaftlichen Arbeiten betraut werden. Populärwissenschaftliche Literatur fördere die Gesellschaft dadurch, daß sie alljährlich den 10 Mark zahlenden Mitgliedern mehrere Schriften zustelle, welche interessante Fragen aus verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten in allgemein verständlicher Weise behandelten; die 3 Mark zahlenden ‚Teilnehmer' sollten alljährlich ein Heft mit dem Rechenschaftsbericht und den bei der Generalversammlung gehaltenen Vorträgen erhalten[10].

Drei hervorragende Gelehrte, Dr. Haffner, Dr. Heinrich und Dr. Hettinger nahmen sich 1877 zu Würzburg der Görresgesellschaft an; der letztgenannte verbreitete sich ausführlich über die Notwendigkeit, katholischen Privatdozenten ihre dornenvolle Laufbahn zu erleichtern[11]. Die Gesellschaft hatte mittlerweile 1200 Mitglieder gewonnen, ihre ersten Veröffentlichungen waren mit Beifall belohnt worden. Sie gründete 1880 ihr bald zu hohem Ansehen gelangtes ‚Historisches Jahrbuch' und begann die Herausgabe eines Staatslexikons, das dem liberalen Rotteck-Welckerschen und dem protestantisch-konservativen von Hermann Wagener gegenüber in vielen Prinzipienfragen der Rechts- und Staatswissenschaft ein Korrektiv bieten sollte. Im Jahre 1881 zählte sie gar schon 2400 Vereinsgenossen und hatte eine Jahreseinnahme von 27000 Mark; Kardinal Joseph Hergenröther, den Papst Leo XIII., um die deutsche Wissenschaft zu ehren, an die

[10] Verhandlungen 1876 (München) 81 ff.; 142 ff.; G. v. Hertling, Erinnerungen I 304 f.

[11] Verhandlungen 1877 (Würzburg) 174 ff.; 1880 (Konstanz) 167 ff.

Spitze der Verwaltung des soeben eröffneten vatikanischen Archivs berufen hatte, war ihr erlauchter Protektor geworden. Als erfolgreichen Schutzherrn erwies sich auch Ludwig Windthorst, der für sie 1882 in Frankfurt ein gewichtiges Wort sprach und den Irrtum beleuchtete, daß es eine besondere katholische Wissenschaft gar nicht gebe. „Es gibt eine ungläubige Wissenschaft, es gibt auch eine spezifisch evangelische Wissenschaft, und es gibt eine katholische Wissenschaft. Das liegt einfach darin, daß die eigentliche und letzte Wurzel aller Wissenschaft die Religion ist; darum divergieren in sehr vielen Dingen die Auffassungen auf dem Gebiet der Wissenschaften. Ich will insbesondere namhaft machen die Philosophie und die Geschichte." Im weiteren huldigte Windthorst mit begeisterten Worten dem anwesenden Professor Johannes Janssen, dessen Geschichte des deutschen Volkes gegen die einseitig protestantische Auffassung zumal des 16. Jahrhunderts die wertvollsten Waffen liefere, und dem in Wien lebenden Historiker Onno Klopp, der so erfolgreich gegen Geschichtsverfälscher, ‚Geschichtsbaumeister', gekämpft habe [12].

Der mächtige Impuls, welchen den historischen Studien die Hochherzigkeit Leos XIII. durch Eröffnung des beispiellos reichhaltigen vatikanischen Archivs gab, erstreckte sich auch auf Deutschland. Die Görresgesellschaft gründete bald in der Ewigen Stadt ihr Historisches Institut; im gleichen Sinn wirkte das am deutschen Campo santo bestehende, von Dr. Anton de Waal umsichtig geleitete Priesterkollegium, das neben kirchengeschichtlichen Forschungen, in den Bahnen des so erfolgreichen Giambattista de Rossi wandelnd, eifrigst die christliche Archäologie pflegte und sich in der Römischen Quartalschrift im Jahre 1887 ein eigenes Organ schuf [13].

Einen nach langen, bis ins Jahr 1875 zurückreichenden Vorarbeiten konstituierten weiteren wissenschaftlichen Verein stellte dem Amberger Katholikentag (1884) Rechtsanwalt Dr. Felix Porsch vor in dem ‚Katholischen Juristenverein'. Redner beklagte es, daß der Vortrag des Kirchenrechtes an den juristischen

---

[12] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 170 f., 298 f.
[13] Verhandlungen 1887 (Trier) 223 f.

Fakultäten mehr und mehr Monopol von Protestanten, Juden und Namenskatholiken geworden sei. „Wenn Sie nachsehen, welche von den Dozenten der deutschen Hochschulen bei Doktion des Kirchenrechtes vollständig auf dem kirchlichen Standpunkte stehen, welche die katholische Kirche so anerkennen, wie sie anerkannt zu werden Anspruch hat, welche die katholische Kirche verstehen und auf Grund dieses Verständnisses den Institutionen der Kirche gemäß das Kirchenrecht lehren, wenn Sie nachsehen, wie groß die Zahl solcher Dozenten ist, so brauchen Sie, um das an den Fingern abzurechnen, leider nur e i n e Hand zu nehmen, und von der einen Hand werden Ihnen noch einige Finger übrig bleiben." Zu den Füßen ausgesprochen kulturkämpferisch gesinnter Professoren sitzend, müsse der junge Jurist erfahren, was das Recht der Kirche sei oder angeblich sei. Zur Pflege der Rechtswissenschaft vom wirklich kirchlichen Gesichtspunkt aus nun sei der Juristenverein gegründet worden; seine Mitglieder wollten auf dem Boden der Rechtswissenschaft für die kirchlichen Grundsätze fechten, das Studium des kanonischen Rechtes beleben, möge die Aussicht, daß ein Katholik Professor von einer juristichen Fakultät werde, auch noch so gering sein. Der Kulturkampf habe die bedenklichsten Kuriosa von Gerichtsurteilen gebracht, von denen der Katholik, der immer für die Stärkung der Autorität eintrete, lieber schweige; nur ein besonders markantes Beispiel wurde von Dr. Porsch zitiert. Notwendig sei es, daß die in dem Juristenverein zusammengeschlossenen Männer — zumeist waren es Anwälte — auch die Aufgabe des Rechtsschutzes übernähmen gegenüber denen, die selbst wehrlos seien, ihnen hälfen mit Gutachten, mit Vertretung in Zivil- und Strafsachen. Organe des Vereins seien die Juristische Rundschau für das katholische Deutschland und das von Friedrich Vering trefflich redigierte Archiv für katholisches Kirchenrecht.

Der Mitgliederstand des Juristenvereins (281 im Jahre 1885) konnte als erfreulich bezeichnet werden. Die Bereitwilligkeit des Vereins, für arme Kirchengemeinden in Prozeßsachen unentgeltlich Gutachten zu erstatten, wurde auf dem Münsterschen Katholikentag dankbar begrüßt. Daß der Bonifatiusverein

ihn zu seinem Rechtskonsulenten gemacht habe, bezeichnete der Juristenverein als ‚schönsten Erfolg‘ [14].

Die schnöden Anwürfe gegen den Katholischen Juristenverein, die jüngst ein protestantischer Kritiker sich geleistet hat, verdienen nicht einmal im einzelnen erwähnt zu werden [15]. Der betreffende ‚Geschichtschreiber‘ versündigte sich an einem obersten Gesetze der geschichtlichen Forschung, indem er bei seinem Bericht über unseren Verein nicht die Umstände berücksichtigt, unter denen dieser ins Leben getreten ist. Entstanden ist aber der Katholische Juristenverein im Kulturkampf, der mit seiner antikatholischen, die Gewissen knechten wollenden Ausnahmegesetzgebung, seinen alle Zivilisation verhöhnenden Polizeimaßregeln gegen wehrlose Priester und Ordensleute die deutsche Rechtsentwicklung auf einer höchst sonderbaren Höhe gezeigt hat.

Eine ihm sehr angenehme Pflicht erfüllte der Katholikentag, als er 1876 (München) den farbentragenden katholischen Studentenverbindungen und den nichtfarbentragenden Studentenvereinen seine ‚höchste Anerkennung‘ ausdrückte und die katholischen Studierenden ‚zur gesteigerten Teilnahme an denselben‘ einlud. Referent war Dr. Georg Freiherr von Hertling, immer noch Privatdozent der Philosophie zu Bonn, aber bereits angesehenes Mitglied des Deutschen Reichstages. Er führte aus: „Bei meinem neunjährigen Aufenthalt in einer deutschen Universitätsstadt habe ich wiederholt Gelegenheit gehabt zu sehen, wie günstig solche Verbindungen und Vereine auf die jungen Leute einwirken, sie aus schlechter Gesellschaft entfernen und schon allein dadurch segensreich wirken, zugleich aber auch dieselben anleiten, frühzeitig mit Mut und Charakterfestigkeit die katholische Sache zu vertreten und sich in der Verteidigung ihrer Prinzipien als Männer zu zeigen.“ Im Namen der katholischen Universitätsprofessoren stattete sodann Professor Dr. Aloys Schmid, der Münchener Apologet, innigen Dank ab den katholischen Studierenden, die ‚in den vergangenen mehr oder minder

---

[14] Verhandlungen 1875 (Freiburg) 173; 1876 (München) 263 ff.; besonders 1884 (Amberg) 112 ff.; 1885 (Münster) 220 f.

[15] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage II 322 ff.

schlimmen Tagen‘ ihre Lehrer gehoben und gekräftigt hätten. „Offenbar sind diese Korporationen das beste und das zweckmäßigste Mittel, um in der ganzen Studentenschaft den katholischen Geist zu heben und ihm öffentlich und gemeinsam, wo es dessen bedarf, Ausdruck zu geben.“ Besonders erfreulich und wichtig sei die rege Teilnahme von Studierenden weltlicher Fächer am katholischen Korporationsleben und deren Durchdringung von den Grundsätzen gediegener katholischer Weltanschauung. „Daraus, daß solche Männer im gemeinsamen Verkehr Anregung und Stählung empfangen, möchte sich die freudige Tatsache ergeben, daß wir auf den weltlichen Tribünen, in den Parlamenten und Gerichtshöfen, allüberall, wo die Not an den Mann kommt, kräftige Vertreter unserer katholischen Sache uns bilden und gewinnen“ [16].

Es war bloß ein leiser Schatten, den die altkatholischen Wirren in das Korporationsleben der katholischen Akademiker hatten tragen können; nur einige wenige haben sich an Kundgebungen zugunsten Döllingers beteiligt; immerhin verloren mehrere Korporationen einzelne Mitglieder, welche ‚die vatikanischen Dekrete‘ nicht akzeptieren zu können erklärten. Doch das waren nur Ausnahmen [17]. Schon im Herbste 1871 erklärte feierlichst zu Mainz der Studiosus der Medizin August Lieber: „Man hat versucht, uns im Namen der Wissenschaft zu beweisen, daß wir den Entscheidungen in Glaubenssachen gegenüber frei sein müßten; aber indem man uns die Freiheit in Glaubenssachen aufoktroyieren wollte, oktroyierte man uns zugleich den Glauben an eine infallible Wissenschaft auf; die Wissenschaft, welche heute sich gegen die Dekrete des Vatikanischen Konzils auflehnt, sie ist ganz dieselbe wie die der Reformatoren des sechzehnten Jahrhunderts: sie setzt dem infallibeln Papst einen infallibeln Professor entgegen. Und sollen wir uns entscheiden? Wir haben uns entschieden. Ich spreche es im Namen des ganzen Kartells deutscher katolischer Studentenverbindungen

[16] Verhandlungen 1876 (München) 149 ff.

[17] H. Cardauns, Fünfzig Jahre Kartellverband (1863—1913), Kempten 1913, 66 ff.

aus: wir haben uns entschieden und zwar gegen den infallibeln Professor“ [18].

Wahren Bekennermut bekundeten die katholischen Korporationen während des Kulturkampfes, der die alte Abneigung mancher akademischer Behörden, die sich selbst bis zur Verfolgungssucht entwickelte, noch nachhaltiger aber die ohnehin feindselige Stimmung vieler Korps und Burschenschaften gegen die katholischen Kommilitonen in bedauerlichster Weise steigerte. Katholische Glaubenstreue bewährten in solcher aufgeregten Zeit die katholischen Akademiker, indem sie sich korporativ an der Fronleichnamsprozession beteiligten, ebenso an andern Feiern kirchlicher Art, wie Papst- und Bischofsjubiläen, ferner indem sie sich der Arbeit in dem Akademischen Bonifatiusverein und in dem St.-Vinzenz-Verein widmeten und die Anzahl ihrer Korporationen nicht allein aufrechterhielten sondern aller Mißgunst der Zeit zum Trotz selbst steigerten, zunächst an allen größeren Universitäten [19]. So waren die jungen Leute denn auch gern gesehene Gäste auf den Katholikentagen, mit dem zusammen häufig das Kartell der farbentragenden Verbindungen seine Generalversammlung abhielt, was ihm die Freude eintrug, zahlreiche führende Männer des katholischen Deutschland auf seinem Kommerse begrüßen zu können. Der Katholikentag gewährte auch recht gern den Korporationen die Gelegenheit, in öffentlicher Versammlung ihre Prinzipien zu entwickeln, die Reden eines August Lieber (1871), Felix Porsch (1872), Max Sdralek (1877) — um nur einige der studentischen Redner aus den siebziger Jahren zu nennen — ließen vollauf ahnen, daß aus diesen Studenten prächtige katholische Männer erwachsen würden. Über die Aachener Rede des Studiosus A. Böhmer (1879) urteilte als kompetenter Kritiker Ludwig Windthorst mit der ihm eigenen Schalkhaftigkeit, sie sei so lebendig und schön und für ihn anheimelnd gewesen selbst in ihrer Form, da sie ihn erinnert habe an die Vergangenheit, wo man sich üben mußte, nach ciceronianischem Modell eine Rede

[18] Verhandlungen 1871 (Mainz) 228 f.
[19] Cardauns, Fünfzig Jahre Kartellverband 71 ff.

zu machen, kurzum eine ganz vortreffliche, ausgezeichnete Leistung [20].

Mit ernsten Worten sprach sich der große Katholikenführer 1884 auf dem Amberger Katholikentage, dem mitgeteilt worden war, daß katholische farbentragende Verbindungen nunmehr an 16 Universitäten existierten, über die Bedeutung des katholischen Korporationslebens aus. „Diese Verbindungen haben einen großen, wirklich nicht hoch genug anzuschlagenden Einfluß auf die Verhältnisse an den Universitäten, insbesondere aber auf die jungen Leute selbst. In dieser Zeit, in diesem Alter klar und bestimmt vor der Welt seinen Glauben zu bekennen, das ist Mannesmut. Wenn noch einige Dezennien vorüber sind, wird die große Mehrheit der Studierenden in einem solchen Bekenntnisse ihre Ehre suchen und daher auch solchen studentischen Korporationen angehören. Aus den scharfen Anfeindungen, die solche Korporationen zu erleiden haben, wird gerade ihr hoher Wert erkannt, denn nur was etwas wert ist, wird eben angefeindet... Wenn wir die Freiheit der Kirche errungen haben werden, dann sind Garantien dafür zu schaffen, daß nicht wieder die Katholiken solchen Anfechtungen und Unterdrückungen ausgesetzt werden, wie wir sie heute zu ertragen haben. Wenn die Katholiken stets in Staat und Gemeinde ihre Rechte klar und entschieden vertreten hätten, so wären Zeiten wie die heutige eben einfach unmöglich gewesen. Man glaubte, wir wären schlafen gegangen, aber man mußte erkennen, daß wir doch auf der Wache standen. Die katholischen Studenten haben den Beruf, auf der Universität früh schon den Gedanken der Verteidigung des Glaubens wachzuhalten“ [21].

Man wird den Katholiken des Kulturkampfszeitalters das Lob nicht vorenthalten dürfen, daß sie klaren Auges die seitens des staatlichen Hochschulunterrichtes der katholischen Jugend drohenden Gefahren erkannt und ihnen zu begegnen mit aller Kraft gestrebt haben. Daß ihre Abwehrmittel nur Notbehelfe waren, und entscheidende Besserung nur durch geregelte Frei-

---

[20] Verhandlungen 1879 (Aachen) 362 f.
[21] Verhandlungen 1884 (Amberg) 278 f.

heit des Unterrichts für alle Stufen herbeigeführt werden könne, haben sie sich nicht verhehlt [22]. Aber das Ideal der Unterrichtsfreiheit zu verwirklichen, schien niemals aussichtsloser als in der Zeit des Kirchenkonfliktes, einer Zeit, wo Vertreter der staatlichen Unterrichtsverwaltung erklärten, daß der Staat durch die Staatsschule seine besonderen Zwecke verfolge, daß der Sieg der kulturkämpferischen Ideen vor allem von der Schule erhofft werden müsse, wo Baden und Hessen gesetzlich die Simultanschule einführten, wo in Preußen liberale Magistrate sich um die Wette bemühten, konfessionelle Schulen zu beseitigen. Faktisch war, wie Dr. H. J. Schmitz 1882 an der Hand eines gewaltigen Tatsachenmaterials dartat, der höhere wie der niedere Unterricht in flagrantester Weise einer politischen Partei, der liberal-fortschrittlichen, dienstbar gemacht worden. Damit der Liberalismus in dem von ihm frevelhaft heraufbeschworenen Kampfe obsiege, wurden kraft des preußischen Schulaufsichtsgesetzes vom 11. März 1872 die katholischen Pfarrer, die geborenen Ortsschulinspektoren, ihres Amtes verlustig erklärt, während die protestantischen Prediger unbehelligt blieben; in ganzen Regierungsbezirken wurde den Priestern nicht einmal mehr die Erteilung des Religionsunterrichtes gestattet, den ‚im Auftrage des Staates' nunmehr der Lehrer zu erteilen hatte. Die Staatsregierung und der mit ihr verbündete Liberalismus hatten in offenkundigster Weise die Politik in das Schulwesen getragen. Keinem einzigen Priester aber konnte nachgewiesen werden, daß er den katechetischen Unterricht zur politischen Beeinflussung der Jugend mißbraucht habe. Mit flammenden Worten forderte Dr. Schmitz: „Die Politik muß aus der Schule hinaus, die Schule soll frei sein; es hat keine Partei das Recht, das Kind im eigenen Interesse zu mißbrauchen" [23]. Diesen Verhältnissen gegenüber forderten die Katholiken Preußens zum mindesten die Rückkehr zum Zustand vor der Erlassung des Schulaufsichtsgesetzes, den 1883 Windthorst als ein freies, ge-

---

[22] Vgl. die hochbedeutsame Rede von Dr. F. J. Knecht in den Verhandlungen 1875 (Freiburg) 116 ff.

[23] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 205 ff.

regeltes, geordnetes Zusammenwirken von Staat und Kirche charakterisierte. Sei dieser Zustand — selbstverständlich unter Aufrechterhaltung der Konfessionsschule — nicht zu erreichen, so müßten sich die Katholiken auf die Erkämpfung der Unterrichtsfreiheit vorbereiten [24]. Anerkannt wurde 1885 in Münster, daß das Kultusministerium des Herrn v. Puttkamer von seiner ‚diskretionären' Praxis auch in Schulfragen Gebrauch gemacht, einzelne Pfarrer wieder zur lokalen Schulinspektion und zum Religionsunterricht zugelassen habe; aber dringend warnte Stadtdechant Kappen vor den Versuchen des Ministers, den Schulkampf ‚versumpfen' zu lassen, die Katholiken in Sicherheit einzuwiegen. Es war eine große und fundamentale Aufgabe, der sich zumal der Trierer Katholikentag (1887) widmete, als er feststellte, daß eine Revision der kulturkämpferischen Schulgesetzgebung das allernächste und dringendste Anliegen der kirchlichen Kreise sei. „Wir können nicht zugeben," so rief Windthorst aus, „daß die Gegner allein über die Schule disponieren, und das tun sie jetzt." In allen Staaten des Deutschen Reiches habe sich ein Grundtypus der Schulpolitik entwickelt, demzufolge die Bureaukratie in Hinsicht auf das Unterrichtswesen alles entscheide. Von dem Rechte der Kirche, dem so naturgemäßen Rechte der Eltern, in Sachen der Lehreranstellung und Schulaufsicht ein Wort mitzureden, nehme die Gesetzgebung nicht die geringste Notiz. Ganz unleidlich sei es, daß vielerorts der Geistliche aus der Schule verwiesen worden sei, und der Staat einseitig Weltliche mit der Erteilung des Religionsunterrichts ‚beauftragt' habe. Bei solcher Praxis bleibe jede Garantie der Lehre unmöglich. „Der Heiland hat nicht den Staat, nicht die Minister, nicht die Geheimräte beauftragt, die Religion zu lehren, sondern der Kirche hat er den Auftrag gegeben, seinen Aposteln. Und die Forderung scheint mir so klar, so unbestreitbar, daß, wenn wir sie nur kräftig erheben und konsequent immer erneuern, es notwendig zur Erfüllung dieser Forderung kommen muß... Den Religionsunterricht wollen wir ganz und

---

[24] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 283.

voll wieder haben. Diejenigen, welche von den Bischöfen hingestellt werden, den Unterricht in der Religion zu geben, sollen gar nicht unter irgendeiner anderen Kontrolle stehen“ [25].

Indem die liberale Parteipolitik am Ende des Kirchenkampfes erklären mußte, daß ihre Maßnahmen auf dem Gebiet der Schule den erwünschten Erfolg nicht gezeitigt hätten, vielmehr die junge Generation der Katholiken den unverfälschten katholischen Glauben treu bewahrt habe, so gebührt dafür innigster Dank vielen Tausenden von katholischen Lehrern und ihrer vorbildlichen Pflichterfüllung. In feierlichster Form wurde dieser Dank auf der Generalversammlung von Trier abgestattet, wo ein kompetenter Mann die mit reichem Beifall belohnten Worte sprach: „Ich halte es für eine heilige Pflicht der Generalversammlung, dem treuen katholischen Lehrerstande ihre volle Anerkennung nicht zu versagen. Denn für die katholischen Lehrer war der Standpunkt während des Kulturkampfes viel schwerer, die Versuchung viel größer als für uns Priester... Möge auch die jüngere Generation der Lehrer dem schönen, edlen Beispiele der alten Lehrer treu folgen. Gott der Herr im Himmel wird es allen Lehrern in der Ewigkeit besonders lohnen, was sie an den Kindern in so schwerer Zeit getan haben“ [26].

Bei dem gleichen Anlaß wies L. Windthorst darauf hin, daß die katholische Jugend aller Stufen die Pflicht habe, außerordentlich viel mehr zu lernen und zu leisten, als die Angehörigen anderer Konfessionen, denn die Katholiken fänden im bürgerlichen Leben nicht dieselbe Förderung, die anderen zuteil werde. Nichts läge ihnen auch tatsächlich so fern als weniger lernen zu wollen denn andere Leute. Das war zweifellos aus dem Herzen aller Anwesenden gesprochen.

Gleichwohl hatten die Katholiken Preußens — nicht minder übrigens auch die gläubigen Protestanten — nur allzu begründete Beschwerden und Bedenken gegen die das erziehliche Moment zurückdrängende und eine oberflächliche Vielwisserei

---

[25] Verhandlungen 1885 (Münster) 309 ff.; 1887 (Trier) 206 ff., 265 ff.

[26] Verhandlungen 1887 (Trier) 214.

fördernde Volksschulpolitik des Kulturkampfministers Dr. Falk. Aus diesen Stimmungen war ein Antrag erwachsen, den Kaplan G. Savels-Burtscheid bei dem Aachener Katholikentag (1879) einbrachte und der es als empfehlenswert bezeichnete, daß Kinder, die gute Elementarkenntnisse besäßen, nach vollendetem 12. Lebensjahre aus der Schule entlassen würden zum Zweck der Beschäftigung in Haus oder Handwerk. Als Motive hatte der Antragsteller die Sätze beigefügt: „Eine gewisse Reife mancher Kinder widerspricht dem Schulzwang bis zum vollendeten 14. Jahre." „Unlust und Ungeschicklichkeit zu körperlicher Arbeit, Trägheit sind manchmal Folgen jenes so weit ausgedehnten Schulzwanges."

Der Mann, den der Evangelische Bund mit einer eigentümlichen Art von Durchforschung der Verhandlungen des Katholikentages für die Zwecke ‚evangelischer' Polemik beauftragt hat, war über Auffindung dieses Antrages so beglückt, daß er seinen Fund, der ein Hauptbeweisstück für ‚die bildungsfeindlichen Bestrebungen im deutschen Katholizismus' darstellen sollte, durch Sperrdruck auszeichnen zu müssen geglaubt hat[27]. Sofern der Antrag Savels nicht eben von großem Respekt vor der allgemeinsten und unabänderlichen Ausdehnung der Schulpflicht bis zum vollendeten vierzehnten Jahre im speziellen und vor den Leistungen der Falkschen Volksschule im allgemeinen getragen war, hatten für ihn der Kulturkampfgeist und der einseitige Bildungsfanatismus der liberalen Ära die Verantwortung zu tragen. Aber bildungsfeindlich sollte der Antrag, der ausgesprochenermaßen nur Ausnahmefälle zugunsten von Kindern, die gute Schulkenntnisse bereits erworben haben, ins Auge faßte, ganz gewiß nicht sein; wirklich erfahrene Pädagogen wissen, wie mißlich es ist, wenn Kinder, die bereits ‚eine gewisse Reife' erlangt haben, allzulange auf der Schulbank sitzen müssen. Und das soll nun ein Hauptdokument im Verfahren des Evangelischen Bundes zur Entlarvung ‚ultramontanen' Volksver-

---

[27] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage II 71.

dummungsstrebens sein! Solch blinder Eifer des Anklägers enthüllt nur seinen Mangel an Beweismaterial.

Der Aachener Katholikentag, dem der Antrag des Kaplans Savels vorlag, erledigte diesen durch Übergang zur Tagesordnung. In unmittelbarem Anschluß aber beriet er einen Antrag, der das katholische Bildungsideal in seinem wahren Wesen kennzeichnet, und den Lizentiat Bräunlich, wenn es ihm wirklich darum zu tun war, über diesen Gegenstand objektiv und wahrheitsgemäß Bericht zu erstatten, auf keinen Fall hätte totschweigen dürfen. Der vom Fürsten Karl von Löwenstein eingereichte Antrag hatte nämlich folgenden Wortlaut: „Die katholische Generalversammlung möge eine Kommission einsetzen mit der Aufgabe a) die Ziele zu bezeichnen, welche an der Volksschule, dem Gymnasium, dem Lyzeum und der Universität angestrebt werden sollen, b) dementsprechende Unterrichtspläne zu entwerfen und dabei vor allem den Grundsatz non multa, sed multum im Auge zu behalten, ferner an die frühere, christliche Schulordnung des Mittelalters anzuknüpfen, aber alle Errungenschaften christlicher Kultur und Wissenschaft, insbesondere die christlichen Klassiker, Kirchenväter und Kirchenlehrer, die Schätze der Literatur der lebenden Sprachen und die großartigen Leistungen auf dem Gebiete der Geschichte und der Naturwissenschaften zu benutzen und an richtiger Stelle in den Unterrichts- und Studienplan einzufügen“ [28]. Die Kommission erkannte die von dem Fürsten bezeichneten Grundsätze als richtig und die angedeuteten Ziele als zu erstrebend an, mußte aber feststellen, daß der Antrag zweckmäßigerweise der jüngst gegründeten Görresgesellschaft zu überweisen sei.

Doch in den Rahmen der Bestrebungen dieser Gesellschaft gehörte die Behandlung einer derartigen Frage strenggenommen nicht. Da traf es sich denn vortrefflich, daß gerade zur selben Zeit der Jesuitenpater G. M. Pachtler, der sowohl im württembergischen Staatsdienst wie an Ordensgymnasien eine langjährige und erfolgreiche pädagogische Tätigkeit entfaltet hatte,

---

[28] Verhandlungen 1879 (Aachen) 300 f.

als berufener Fachmann in den ‚Stimmen aus Maria-Laach' zu dem Thema das Wort nahm [29] und eine Reform der Gymnasien forderte: Diese Anstalten litten an einem doppelten Gebrechen, an einem lediglich ungesunde Vielwisserei befördernden allzu buntscheckigen Unterrichtsprogramm und an dem Mangel aller eigentlichen und wahren erzieherischen Tätigkeit. Die Durchdringung des gesamten Unterrichts mit christlichem Geiste und die Rückkehr zu den bewährten pädagogischen Grundsätzen der Vorzeit sei dringend geboten. Fürst Löwenstein belobte auf der Generalversammlung von Konstanz (1880) besonders den kritischen Teil der Untersuchungen P. Pachtlers, der die Schäden des modernen Gymnasiums aufs wirksamste durch Zeugnisse aus dem protestantischen und selbst dem liberalen Lager beleuchtet habe. Die praktischen Vorschläge des Autors charakterisierte der Fürst als sehr gediegen, tief durchdacht und allen wahren Fortschritten der Wissenschaft Rechnung tragend. Er erwartete, daß P. Pachtler auch bald eine auf denselben Prinzipien beruhende Untersuchung über die Zustände und die notwendigen Reformen an der Volksschule, der Fortbildungsschule und den Realanstalten veröffentlichen werde. Der Katholikentag sprach in der Folge dem Jesuitenpater ‚für die anregenden Bestrebungen, die Organisation der Gymnasien auf ihre richtigen Prinzipien zurückzuführen, Dank und Anerkennung aus' und knüpfte daran die Hoffnung, ‚daß auch die Reorganisation der übrigen höheren Schulen von berufenen Fachmännern in ähnlicher Weise besprochen werde' [30].

Auf der gleichen Versammlung von Konstanz wurde auch eine praktische, den höheren Unterricht im katholischen Deutschland berührende Frage behandelt. Der Dominikanerpater Ceslaus Maria aus dem gräflichen Hause Robiano gab bekannt, daß deutsche Mitglieder des Dominikanerordens zu Venlo (Holland) eine den Forderungen des Trienter Konzils entsprechende Lehranstalt zur Heranbildung von Weltpriestern, ein

[29] Erweitert erschienen unter dem Titel „Die Reform unserer Gymnasien", Paderborn 1883.

[30] Verhandlungen 1880 (Konstanz) 60, 99 f., 399.

seminarium puerorum, eröffnet hätten. Ihr Heim hatte die Anstalt in den Räumen eines ehemaligen Annuntiatenklosters gefunden, das während der französischen Revolution untergegangen war. Das Collegium Albertinum wollte zunächst die katholische Jugend in den Gymnasialfächern unterrichten. In Aussicht genommen war ferner ein philosophisch-theologischer Kurs, der die Studien im Geiste des hl. Thomas von Aquin zu pflegen bestimmt sein und dem drohenden Priestermangel abhelfen sollte. Der letztere Plan sollte keine Verwirklichung finden, da mit dem Nachlassen des Kulturkampfes wieder auf deutschem Gebiete die notwendigen philosophisch-theologischen Lehranstalten erstehen konnten. Aber der gymnasialen Lehranstalt der Dominikanerpatres vertrauten in der Folge viele Hunderte katholischer Familienväter freudig die Söhne an, die sie ohne große Gewissensbangigkeit in staatliche Anstalten nicht hätten senden können, und dieses Vertrauen ist reich belohnt worden; auch sehr viele Angehörige weltlicher Berufsstände haben in Venlo ihre Ausbildung gefunden [31].

Eine durch nichts zu rechtfertigende Erschwerung der Gymnasialstudien begabter katholischer Knaben zumal ländlicher Herkunft hatte die Kulturkampfgesetzgebung mehrerer Staaten herbeigeführt, indem sie die bischöflichen Konvikte einfachhin aufgehoben hatte. Und doch boten diese Anstalten mit ihren mäßigen Pensionspreisen vielen Minderbemittelten die einzige Möglichkeit, sich den höheren Studien zu widmen, und die katholischen Eltern waren beruhigt, ihre studierenden Söhne in jenen Häusern vor vielen Gefahren bewahrt zu wissen. Durch Fleiß und gutes Betragen hatten sich die Konviktoren durchweg vor den Stadtschülern ausgezeichnet. All das half nichts, dem liberalen Fanatismus mußten die ehedem so blühenden Anstalten zum Opfer fallen. Einen Ersatz für sie suchte der Würzburger Katholikentag zu schaffen durch Annahme der folgenden Resolution: „Die Generalversammlung anerkennt das dringende Bedürfnis, für auswärtige Schüler der Gymnasien, Realschulen

[31] Verhandlungen 1880 (Konstanz) 195 f.

und höheren Lehranstalten gute Quartiere zu beschaffen. Sie schlägt deshalb vor, an allen Orten, wo sich solche Lehranstalten befinden, sollen Kommissionen aus den Ortsgeistlichen und erfahrenen zuverlässigen Männern zusammentreten, welche die Anerbietungen gewissenhafter katholischer Mietgeber entgegennehmen, den Eltern und Vormündern entsprechende Wohn- und Kosthäuser bezeichnen und eine wirksame Kontrolle über diese Wohn- und Kosthäuser führen. Insbesondere wendet sie sich an die Vinzentiusvereine derjenigen Orte, an denen sich solche Lehranstalten befinden, mit der Bitte, diese Beaufsichtigung in den Kreis ihrer Tätigkeit aufzunehmen" [32].

Beklagenswerteste Ruinen hatte der Kulturkampf auch auf dem Gebiete des höheren Unterrichtes für die weibliche Jugend geschaffen. Dieser Unterricht hatte zumeist in den Händen von Ordensfrauen gelegen, zur allgemeinen Zufriedenheit der katholischen Eltern. Diese gottbegnadeten Erzieherinnen aber waren zu vielen Hunderten in das Ausland vertrieben worden, die weibliche Jugend der höheren Stände sah sich vielerorts auf die städtischen oder staatlichen ‚Töchterschulen' angewiesen. Über die an diesen Anstalten obwaltenden Schäden, Vernachlässigung des Religionsunterrichtes und religiöser Erziehung, Heranzüchtung unfruchtbarer Vielwisserei auf Kosten der Bildung des Herzens und Geistes, wurde 1882 auf der Frankfurter Generalversammlung wohlbegründete Klage geführt. Den Eltern schärfte die Tagung die Pflicht ein, sich der Tendenz einer Erziehung zu verschließen, die über die Lebensverhältnisse und den Beruf ihrer Töchter hinausgehe. Eine angelegentliche Sorge müsse es ihnen sein, die religiösen Grundsätze in den Lebensanschauungen und dem gesellschaftlichen Verkehr zur Anwendung zu bringen und dadurch die Einfachheit und Bescheidenheit der Sitten und die Tauglichkeit zum künftigen Berufe ihrer Töchter zu erzielen. Rühmend war bei der Diskussion über diesen Beschluß des katholischen Müttervereins gedacht worden [33].

---

[32] Verhandlungen 1877 (Würzburg) 161 f.
[33] Verhandlungen 1882 (Frankfurt) 163 ff.

Die Heimat dieses Vereins war Paris und sein Stifter der Konvertit aus dem Judentum P. Theodor Ratisbonne, bekannt als Biograph des hl. Bernhard. Nach Deutschland hatte ihn kein Geringerer verpflanzt als Wilhelm Emanuel v. Ketteler, der apostolische Bischof von Mainz, den Gräfin Ida v. Hahn-Hahn opferfreudig bei dem Werke unterstützte. Im Jahre 1861 entstanden, wurde der Mainzer Verein christlicher Mütter Ausgangspunkt für zahlreiche weitere Gründungen auf deutschem Boden [34].

Das Augenmerk weiterer Kreise wurde auf den neuen Verein gelenkt, als bei der Mainzer Tagung von 1871 Geistlicher Rat Dr. Speil aus Breslau über den entscheidenden Einfluß sprach, den die christliche Mutter auf die Erziehung und Lebensgestaltung ihrer Kinder auszuüben vermöge. Dann machte der Redner nähere Angaben über den Verein der christlichen Mütter, dessen Mitglieder es sich zur Aufgabe setzten, vor allem gemeinsam zu beten für das Gedeihen ihres Erziehungswerkes, sich zu heiligen durch öfteren Empfang der heiligen Sakramente und durch Hören von eigenen Standespredigten sich über ihre große Aufgabe und die Mittel, sie zu lösen, mehr und mehr zu belehren, aus Gottes Wort Mut und Kraft zu schöpfen [35].

Dr. Speil gründete noch im gleichen Jahre in Breslau einen Zweigverein, er wurde zum eifrigen Verbreiter der Idee des Vereins, der zu einer religiösen Organisation aller katholischen Mütter werden müsse. „Die christlichen Mütter brauchen auch eine Vereinigung, sie müssen auch wissen, daß sie gemeinsame Interessen haben. Was nützt es einer Mutter, ihr Kind brav zu erziehen, wenn die Nachbarin ihr Kind schlecht erzieht und das schlechte das gute Kind verdirbt!“ [36]

Über ganz Deutschland verbreitete sich von nun an der Verein, zu dessen deutscher Zentrale durch Anordnung des Hl. Stuhles der besonders blühende Zweigverein von Regensburg bestimmt wurde. Bereits zu Anfang des Jahres 1874

[34] Pfülf, Bischof v. Ketteler II 153 ff.
[35] Verhandlungen 1871 (Mainz) 160 ff.
[36] Verhandlungen 1872 (Breslau) 216 ff.

wurden zirka 200 000 Mitglieder gezählt, die seinen Zwecken gewidmete Zeitschrift ‚Monika‘ wurde (1876) in 42 000 Exemplaren gelesen und deren für die Hand der katholischen Jugend selber bestimmte Beilage, ‚Das Schutzengelblatt‘, in 51 000 Exemplaren. Der pädagogische Verlag Ludwig Auer in Donauwörth, der sich durch die Gründung dieser beiden Organe hochverdient gemacht hat, veröffentlichte auch eine Zeitschrift ‚Ambrosius‘ für die Leiter der Müttervereine [37].

Einen als umfassender geplanten katholischen Erziehungsverein gründete im Jahre 1879 Freiherr Felix v. Loe-Terporten. Benannt wurde der Verein nach dem seligen Petrus Canisius aus dem Orden der Gesellschaft Jesu, der sich um die Erhaltung des katholischen Glaubens in Deutschland sowie durch Gründung zahlreicher Kollegien zur Erziehung des Nachwuchses der höheren Stände und durch seinen weltbekannten Katechismus so unsterbliche Verdienste erworben hat. Die Mitglieder des neuen ‚Canisiusvereins‘ verpflichteten sich zu besondern Gebeten um die Bewahrung der katholischen Jugend durch den Schutz dieses großen Patrones und ferner dazu, nach Maßgabe ihrer Verhältnisse dahin zu wirken, daß die Jugend von entchristlichten Schulen ferngehalten und im Geist der katholischen Kirche unterrichtet und erzogen werde. Seinen Sitz erhielt der Canisiusverein in Mainz. Freiherr v. Loe stellte ihn 1879 in Aachen der katholischen Öffentlichkeit vor, er erwartete von dessen Wirksamkeit baldige Herbeiführung des Tages, „an dem die Wissenschaft nicht mehr der Spielball menschlicher Phantasie und menschlicher Leidenschaft, sondern wieder die aufrichtige Dienerin der Wahrheit sein wird, wo die Schule nicht mehr ein Werkzeug der herrschenden Parteien, sondern die edle, folgsame Tochter der heiligen Kirche sein und wie sie mit Recht wieder das Vertrauen der christlichen Familie verdienen wird“ [38]. Tüchtige Aufklärungsarbeit zugunsten der katholischen Erziehungs-

---

[37] Vgl. Pfülf, Bischof v. Ketteler III 281 f.; Verhandlungen 1876 (München) 261 f.

[38] Verhandlungen 1879 (Aachen) 15.

grundsätze leistete der Verein — er zählte nach einem Jahre bereits 60000 Mitglieder — durch die ‚Canisiusvereinsbroschüren‘ [39].

Reiche und fruchtbare Teilnahme brachte der Katholikentag den Bestrebungen des soeben genannten bayerischen Lehrers Ludwig Auer entgegen, der im Hinblick auf die sehr besorglich stimmende Propaganda, die der Liberalismus in der Lehrerschaft seines Heimatstaates betrieb, im Jahre 1867 einen katholischen Erziehungsverein gründete und acht Jahre später im ‚Cassianeum‘ zu Donauwörth diesem nunmehr 4500 Mitglieder zählenden Verein sowohl wie seinen verschiedenen pädagogischen Presseunternehmungen und der von ihm erfolgreich geleiteten Knabenerziehungsanstalt ein stattliches Heim schuf [40].

Trotz aller Not der schweren Zeit verlor der Katholikentag auch die Fragen der Volksbildung und der Volksbibliotheken nicht aus dem Auge. Die Katholischen Büchervereine zu München und Salzburg sowie der Bonner Verein vom hl. Karl Borromäus erwiesen sich als die wichtigsten Stützen der dahin gehenden Bewegung. Mit der Frage der Aufstellung eines Musterkataloges befaßte sich die Generalversammlung von 1877, die empfahl, von den Volksbibliotheken die Streitschriften kirchenpolitischer Art und konfessionell polemische Literatur fernzuhalten; diese Büchereien sollten tunlichst einen rein belehrenden Charakter besitzen. Sache der Tagespresse sei es, die kirchenpolitischen Fragen zu behandeln. So wenig agitatorisch waren die katholischen Volksbildungsbestrebungen gedacht. Eine Spezialfrage, die der Jugendlektüre, behandelte ein von Professor Dr. Clemens Baeumker gestellter Antrag, der 1886 in Breslau zur Annahme gelangte: „Die 33. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, durchdrungen von dem Gefühl der Wichtigkeit einer sorgsamen, von sittlichen, religiösen und pädagogischen Grundsätzen geleiteten Auswahl der Jugendliteratur, spricht, unter Anerkennung des auf diesem Gebiete bisher von einzelnen wie von Vereinigungen Geleisteten, die Erwartung aus, daß die zunächst beteiligten Kreise fortfahren werden,

[39] Freiburg 1880 f.
[40] Verhandlungen 1876 (München) 261 f.

durch möglichst vollständige und rasche Zusammenstellung der geeigneten und Aussonderung der ungeeigneten Jugendschriften Eltern und Erziehern bei der Aufgabe, die ihnen anvertraute Jugend vor sitten- und glaubensgefährlicher Lektüre zu schützen, einen geeigneten Wegweiser an die Hand zu geben"[41].

Dem kulturkämpferisch liberalen Volksbildungsfanatismus, der so sonderbare Blüten trieb wie die durch einzelne Wanderlehrer direkt den Materialismus propagierende 'Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung'[42], mußte der Katholikentag schon um deswillen entgegentreten, weil die dem Volke zugedachte atheistische 'Aufklärung' die furchtbarste Gefahr für Millionen unsterblicher Seelen sowohl wie für Staat und Gesellschaft bedeutete. Diesen angeblich gegen das 'verdummende Pfaffentum' gerichteten Bestrebungen leuchtete in Amberg (1884) Dr. Haffner ins Gesicht, indem er sich auf die Klagen bezog, die das liberale Lager selber Tag für Tag anstimmte über die wachsende Korruption und Sittenverwilderung, die Lüderlichkeit und den Leichtsinn in allen Schichten der Gesellschaft, die sich steigernde Kriminalität. Die moderne Bildung habe eben das Heiligtum des Gewissens und der Religiosität verachtet und verwüstet; der Betrieb der Naturwissenschaften nach Art des Zoologen Brehm erziehe nicht Menschen, sondern Bestien, der Neuhumanismus leite zur Überschätzung des klassischen Altertums an auf Kosten des Christentums. Literatur, Presse und Theater seien weitere Mächte des Verderbens.

Der Redner eiferte sodann besonders energisch gegen die Lektüre von Romanen, seien es nun Liebes- oder Kriminalgeschichten, von den naturalistisch-atheistischen Produkten des deutschen und französischen Büchermarktes ganz zu schweigen. Er empfahl im Sinne des hochverdienten Schulmannes Heinrich Bone das Studium der großen literarischen Meisterwerke in gebundener Sprache, die an ästhetischem Wert turmhoch die Er-

---

[41] Verhandlungen 1876 (München) 352; 1877 (Würzburg) 39 f., 92 ff.; 1886 (Breslau) 198.

[42] Näheres s. bei Kißling, Geschichte des Kulturkampfes II 283 f.

zeugnisse moderner ‚Fabrikarbeiter‘ in Prosa überragten. Die dauernde Lektüre selbst harmloser Romane verwüste die Herzen, nehme dem Gewissen seine Schärfe und Kraft, raube den Seelen die Liebe zum Gebet und zum Studium ernster Werke.

In ähnlichem Sinne sprach sich 1887 zu Trier Franz Hülskamp aus. Er warnte vor den Modeschriftstellern, den Spielhagen, Dahn, Ebers, aus guten Gründen ausdrücklich. Rückgrat der literarischen Bildung müßten die mit Auswahl — und von der Jugend in gereinigten Ausgaben — zu lesenden Klassiker der deutschen Nationalliteratur sein. Vergessen aber dürfe das katholische Deutschland nicht, daß unter seinen eigenen Söhnen ein verheißungsvoller Liederfrühling sich eingestellt habe, dem man so großartige Dichtungen verdanke wie Friedrich Wilhelm Webers ‚Dreizehnlinden‘. Derartige Werke müsse das katholische Publikum nicht allein lesen, sondern auch kaufen. Bezüglich des Romanes erweiterte Hülskamp das Wort Gustav Freytags — „Das deutsche Volk soll man dort suchen, wo es zu finden ist, bei der Arbeit“ — dahin, daß der Dichter vor allem das christliche deutsche Volk suchen solle und seine Stoffe nicht zuletzt auch aus der großen, reichen deutschen und christlichen Vergangenheit zu wählen habe. Den Schriftstellern rief der Redner das Wort zu: „Wem der Genius gelächelt hat, der möge die Flamme rein und keusch auf seinem Herde wahren, sie hegen und sie pflegen, das Pfund wuchern lassen, welches der liebe Gott ihm gegeben, es wuchern lassen zu seinem ewigen Heile, uns zur Freude und zum Nutzen und damit auch im tiefsten Grunde und im vollsten Maße zur Ehre Gottes, in dessen Dienst ja alles, was wir tun, stehen soll, auch die ganze katholische Unterhaltungsliteratur“ [43].

Wer möchte bestreiten, daß die geschilderten Auffassungen über die Literaturfrage eines katholischen, alle Dinge sub specie aeternitatis betrachtenden Kongresses würdig gewesen seien? Gleichwohl hat ein protestantischer Theologe der Gegenwart es fertig gebracht, sie in einer Weise zu behandeln und zu ver-

[43] Verhandlungen 1884 (Amberg) 179 ff.; 1887 (Trier) 110 ff.

unglimpfen, als ob er es darauf anlegte, etwa in einer Versammlung des Goethebundes, wie sie zur Zeit des lex-Heinze-Rummels üblich waren, wohlfeile Lachsalven zu provozieren[44]. Daß ein evangelischer Prediger in weitgehendem Maße auf dem Gebiete der Literatur religiöse und ethische Erwägungen unbeachtet läßt, erscheint um so auffallender, als viele seiner Mitbrüder offenherzig dem antichristlichen Charakter der modernen Dichtung ein großes Maß von Schuld an dem neuerlichen religiösen Niedergang des deutschen Protestantismus beigemessen haben[45].

Wie völlig weltfremd diejenigen gewesen waren, die gegen Ende der sechziger Jahre die Frage aufgeworfen haben, ob nicht die Existenz einer katholischen Presse als ein zwar notwendiges Übel, immerhin aber als Übel zu bezeichnen sei, sollte sich im Kulturkampf zeigen, während dessen die katholischen Zeitungen einen Hauptteil der Gegenwehr übernehmen mußten und freudigen Mutes übernommen haben. Der Liberalismus betrachtete die in seinem Dienste stehende Presse als eine der schneidigsten Waffen im Kampf wider die katholische Kirche, offizielle und offiziöse Organe der preußischen Regierung haben alles Erdenkliche aufgeboten, die Protestanten gegen den katholischen Volksteil aufzuhetzen. Die Mittel aber, deren sich die kulturkämpferische Presse bediente, waren zu erheblichem Teile schlechtweg Lügen. Sieben verschiedene Arten von Lügen, wie sie die liberale Zeitungswelt im Kampf gegen ‚Rom' zu benützen pflegte, machte Dr. Hermann Joseph Schmitz, auf beweiskräftigste Einzelheiten eingehend, 1879 auf dem Aachener Katholikentage namhaft. Die Reichsfeindlichkeit und Vaterlandslosigkeit der Katholiken, der Geist der Herrschsucht im Episkopate, zu erwartende Gelüste der Auflehnung im Klerus, Hetzerei der Kapläne, Fanatismus im irregeleiteten Volke — das seien die Hauptschlagwörter, deren sich die liberalen Redakteure immer wieder bedienten, furchtbare ‚Lügen wider den Heiligen Geist'. Diesem System der Unwahrhaftigkeit gegenüber sei es der

[44] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage II 38 ff.
[45] Vgl. Kißling, Der deutsche Protestantismus II.

Katholiken heiligste Pflicht, in ihrer Presse für die Majestät der Wahrheit einzutreten: Veritas liberabit vos [46].

Aufs entschiedenste nahm der Katholikentag wiederholt gegen die Katholiken Stellung, die noch immer auf liberale Zeitungen abonnierten und die Schmähungen auf ihre Religion mit ihrem Gelde bezahlten. Als eine empörende Unsitte wurde es bezeichnet, daß katholische Staatsbürger behördlich gezwungen waren, auf kulturkämpferische Kreisblätter und Amtsverkündiger der mitgeteilten Erlasse wegen zu abonnieren [47]. Auf der andern Seite empfahl die Generalversammlung immer wieder dringendst Unterstützung der katholischen Zeitungen durch Bestellung, Zuwendung von Anzeigen, Einsenden von Korrespondenzen. Diese Beschlüsse haben reiche Frucht getragen, tatsächlich nahm die katholische Presse während des Kulturkampfes einen unerhörten Aufschwung, über den sich Ludwig Windthorst 1887 in Trier mit den Worten aussprach: „Ich habe vergebens gesucht, in der Geschichte ein Analogon zu finden, wonach eine Presse, die früher nur sehr schwach existierte, in so kurzer Frist zu einem so großen Riesenbaum gewachsen ist, sodaß wir beinahe sagen können, wir haben jetzt eher katholische Zeitungen zu viel als zu wenig“ [48].

Die während der schweren Zeit in großer Fülle gegründeten neuen Organe waren zumeist für weitere Volkskreise berechnete, zwei- oder dreimal wöchentlich erscheinende Blätter; opferwillige Geistliche und Laien hatten vielerorts das nötige Aktienkapital geschaffen. Auch die Zahl der Kirchen- und Sonntagsblätter hatte reichen Zuwachs erhalten. Als großes Zentralorgan des Westens fungierte nach wie vor die seit 1876 von Dr. Hermann Cardauns in Verbindung mit Dr. Julius Bachem musterhaft geleitete ‚Kölnische Volkszeitung‘; in der Reichshauptstadt trat neben sie, vorzugsweise für den Osten, die ‚Germania‘. Sie

---

[46] Verhandlungen 1879 (Aachen) 226 ff. Die Rede war eine Vorstudie zu dem lehrreichen Buche: Zur Naturgeschichte der Kölnischen Zeitung [2], Krefeld 1879.

[47] Verhandlungen 1875 (Freiburg) 169 f.; 1876 (München) 265 f.

[48] Verhandlungen 1887 (Trier) 262.

wurde während der Stürme der siebziger Jahre von dem schlagfertigen, derb zupackenden, vom Berliner Literatentum bald gefürchteten Dr. Paul Majunke redigiert. Die 1869 gegründete Schlesische Volkszeitung hatte in dem Konvertiten Dr. Arthur Hager einen hochbefähigten Schriftleiter. Als tüchtige Provinzialblätter bewährten sich der ‚Münsterische Anzeiger' und der ‚Westfälische Merkur', gleichfalls in Münster, die ‚Deutsche Reichszeitung' in Bonn, die Koblenzer Volkszeitung, die Trierische Landeszeitung, die Niederrheinische Volkszeitung in Krefeld, das Düsseldorfer Volksblatt. Wie vollständig der Kreis einer katholischen Presse für Deutschland geschlossen war, zeigt eine statistische Aufstellung, nach der 1880—1881 gezählt wurden in der Rheinprovinz 69, in Westfalen 25, Schlesien 13, Hannover 8, Hessen-Nassau 5, Brandenburg 3, Ostpreußen 2, Westpreußen 1, Bayern 44, Württemberg 14, Hessen 9, Baden 6, Hamburg 1, Oldenburg 1, zusammen 201 katholische Zeitungen mit etwa 600 000 Abonnenten [49].

Die liberale Welt betrachtete mit ebensoviel Überraschung wie Sorge dieses Wachstum der ‚Kaplanspresse', der sie immerhin zugestehen mußte, daß sie vortrefflich den Bedürfnissen des Volkes angepaßt sei. Ein lebhaftes Bravo löste es aus, als Dr. A. Hager auf dem Freiburger Katholikentag (1875) das unwirsche Wort eines kulturkämpferischen Broschürenschreibers zitierte: „Die pfäffischen Verfasser der katholischen Volkszeitungen kennen und befriedigen die Wünsche und Bedürfnisse des ungebildeten [so!] Publikums weit besser als die doktrinären Redakteure der staatsschwätzerischen liberalen Organe. Die Kaplanspresse ist vielleicht die wirksamste der Welt" [50]. Auch ein demokratisch gerichteter Schriftsteller, der Historiker Dr. H. Wuttke, anerkannte bereitwillig die hohe Bedeutung der ‚ultramontanen' Presse und meinte: „Stark ist diese, weil in ihr kräftige Überzeugung das Wort führt, von den angenommenen Voraussetzungen aus folgerichtig verfährt, unzugänglich andern

---

[49] Kl. Löffler, Das katholische Zeitungswesen in der Kulturkampfzeit, ‚Der Aar' (Regensburg) II (1912) 497 f.

[50] Verhandlungen 1875 (Freiburg) 78.

als kirchlichen Einflüssen. Wankelmut darf ihr nicht vorgeworfen werden“ [51]. Damit war zumal anerkannt, daß die katholischen Blätter in erfreulichem Gegensatz zu der Käuflichkeit vieler demokratischer und liberaler Organe der ‚Schwindel- und Gründerperiode‘ sich der Beeinflussung durch die Börsen- und Industriekreise als völlig unzugänglich gezeigt hatten.

Zu beklagen war es, daß den katholischen Redakteuren, von denen viele durch die Vexationen kulturkämpferischer Staatsanwälte ein wahres Martyrium freudig erduldet hatten, nur wenig Gelegenheit zur Aussprache und Verständigung über Fragen der Taktik zu Gebote stand, was sich mitunter durch mancherlei Fehden im eigenen Lager bemerklich machte, und daß auch die Beziehungen zwischen Schriftleitung und Leserkreis zu wünschen übrig ließen. Hier Wandel zu schaffen war das Streben des Krefelder Kaplans Dr. H. J. Schmitz, eines geborenen Organisators, der 1877 beim Würzburger Katholikentag die Gründung eines unter dem Patrozinium des hl. Augustinus stehenden Vereins zur Pflege der katholischen Presse anregte. Der ‚Augustinusverein‘ sollte die Gründung katholischer Tagesblätter an solchen Orten, wo das Bedürfnis vorhanden sei, anregen, unterstützen und regeln, die katholischen Journalisten zum harmonischen Zusammenwirken untereinander in beständige Verbindung setzen, die Heranbildung von katholischen Journalisten ordnen und fördern, Fachjournalisten im Falle der Hilfsbedürftigkeit unterstützen. Dieser Antrag wurde im wesentlichen angenommen und ein Komitee, bestehend aus Dr. Schmitz, Dompfarrer Münzenberger-Frankfurt, Professor Dr. Haffner, Dr. Göpfert-Würzburg und Freiherr v. Schierstädt, mit der Konstituierung des Vereins betraut [52]. Die Arbeiten dieses Komitees verliefen nicht ohne Hemmungen und Widerstände, führten aber dennoch zu dem Ergebnis, daß im Jahre 1878 der Augustinusverein mit 112 Mitgliedern ins Leben treten,

[51] H. Wuttke, Die deutschen Zeitschriften[2], Leipzig 1875, 268.

[52] Verhandlungen 1877 (Würzburg) 12 f., 257 f.; vgl. R. Ficker, Weihbischof Dr. Herm. Jos. Schmitz, Bonn 1900, 39; H. Cardauns, Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs, Köln 1912, 106 f.

ein parlamentarisches Bureau in Berlin zur Übermittlung der Berichte über die Reichstags- und Landtagsverhandlungen und eine Korrespondenz zur Mitteilung der neuesten Erlasse des Hl. Stuhles (Acta romana) begründen konnte. Der Katholikentag von 1879 lud alle Freunde der Presse, zumal die Nichtjournalisten, zum Eintritt in den Augustinusverein und zur Unterstützung seiner idealen Zwecke ein [53].

So hatte denn auch die Presse ihre Berufsvereinigung; um ihr Wachstum machte sich besonders der aus dem Lehrerstande hervorgegangene Verleger der Krefelder Niederrheinischen Volkszeitung Heinrich Otto verdient. Dieser hat, nach H. Cardauns' Urteil „ein Präsident ersten Ranges, immer ruhig, besonnen, verbindlich", „zusammen mit seinen treuen Mitarbeitern im Vorstande im Laufe der Jahre in zäher Arbeit den Verein aus kleinen Anfängen zu einer ganz Deutschland umspannenden mächtigen Organisation ausgebaut, mit eigenem parlamentarischen Bureau in Berlin, umfassender gemeinsamer Berichterstattung über Versammlungen und Kongresse aller Art, Pensionskasse, Ehrengericht, Schiedsgericht usw." [54].

Den katholischen Journalisten wurde für die Berichterstattung über den Katholikentag selber, die nicht immer und überall alle wünschenswerte Unterstützung gefunden hatte, durch einen Beschluß von Bonn (1881) freundliches Entgegenkommen bewiesen; den in Betracht kommenden Schriftleitungen sollte eine Berichterstatterkarte gratis übersandt und neben dem offiziellen Stenographenbureau ein eigenes Bureau für die Presseberichterstatter eingerichtet werden und zwar auf Kosten der Generalversammlung, sofern diese einen Überschuß der Einnahmen erziele [55].

Der kirchlichen Kunst im katholischen Deutschland erging es während des Kulturkampfes wie dem deutschen Volke unter der Hungerblockade des Weltkrieges: die Ersatzmittel und Surrogate nahmen in erschreckendem Maße überhand, für die

[53] Verhandlungen 1879 (Aachen) 305 ff.
[54] Cardauns, Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs, 106 f.
[55] Verhandlungen 1881 (Bonn) 224 ff.

Beschaffung und Pflege des Echten konnten seitens der schwer notleidenden Gläubigen nur ganz geringe Mittel bereitgestellt werden. Die rasche Bevölkerungszunahme der Großstädte drängte zu überhasteten Kirchenbauten; viele durch die Gewalttat des Altkatholikengesetzes ihrer Gotteshäuser beraubte Gemeinden mußten zur Errichtung dürftiger Notkirchen schreiten. Die kahlen Wände der Neubauten zu schmücken, ließen sich auch in dieser schweren Zeit die frommen Christen nicht nehmen, aber was aufgeboten werden konnte, war häufig leider wenig würdig: Heiligenbilder und Kreuzwegstationen in ‚Ölfarbendruck', fabrikmäßig hergestellte Statuen aus ‚Masse', ‚Rouleaux' anstatt Glasmalerei. Gegen diesen ‚Krebsschaden' trat bereits 1876 in München ein Referat des Freiherrn G. v. Hertling auf, noch eifriger predigte 1877 in Würzburg August Reichensperger den Krieg wider die Surrogate im Heiligtum, auf die Kunstbestrebungen der voraufgehenden Generalversammlungen zurückverweisend. Der Redner schloß mit den Worten: „Mancher mag vielleicht sagen, in so unerquicklicher, dornenvoller Zeit, in einer Zeit des Kulturkampfes — allerdings ein kurioser Kampf, in welchem, beiläufig bemerkt, der eine Teil bis an die Zähne bewaffnet und der andere wehrlos ist und nur zu dulden hat — in der Zeit des Kulturkampfes sind die Kräfte anderweitig beansprucht, da kann die Kunst nicht blühen, es müssen andere Zeiten abgewartet werden. Nein, im Gegenteil! sage ich. Je dornenvoller, je unerquicklicher und härter die Zeiten sind, desto mehr haben wir Veranlassung, in das Reich der Ideale, in das Reich des erhabensten Ideales, in das Reich der christlichen Kunst uns zu erheben und dort Stärkung und Erquickung zu suchen“ [56].

Eine Besserung der geschilderten Zustände erwartete der Katholikentag von der Einführung der Theologiekandidaten in die Geschichte der christlichen Kunst, der Hebung und, wo nötig, der Neubelebung der Diözesankunstvereine. Als großes Anliegen betrachtete man, nachdem Friedrich Baudris ‚Organ für

[56] Verhandlungen 1876 (München) 242 ff.; 1877 (Würzburg) 164 ff.

christliche Kunst' und der württembergischen Kunstforscher F. J. Schwarz und F. Laib angesehene Zeitschrift ‚Kirchenschmuck' eingegangen waren, die Neugründung einer Kunstzeitschrift. Mehrere Tagungen beschäftigten sich mit dem Projekte. Dieses näherte sich der Verwirklichung, als von der Münsterschen Generalversammlung Freiherr Klemens v. Heereman-Zuydwyk — zwei Jahre später, zu Trier, hielt dieser eine bedeutsame Prinzipienrede über christliche Kunst — ersuchte, sich mit geeigneten Verlagsbuchhandlungen in Verbindung zu setzen. Endlich konnte im Jahre 1888 die ‚Zeitschrift für christliche Kunst', redigiert von dem Kölner Forscher und Sammler Dr. Alexander Schnütgen, ihr Erscheinen beginnen[57].

Rühmend sprach sich August Reichensperger 1879 auf der Aachener Versammlung über das Kunsthandwerk aus. Es sei bezeichnend, daß dieses gerade auf kirchlichem Boden neu aufgelebt sei. „Unsere Gegner, Sie können mir das glauben, unsere Gegner im Glauben erkennen es an, daß in den katholischen Ländern, namentlich in unserm Rheinland, das Kunsthandwerk kräftig vorangeht, und zwar soweit es namentlich kirchlichen Zwecken dient.“ In der Tat haben die gleichzeitig mit verschiedenen Generalversammlungen veranstalteten Ausstellungen von Erzeugnissen der Altarschnitzerei, der Glasmalerei, der Goldschmiedekunst, besonders aber der Kunststickerei und Paramentik das von dem rheinischen Kunstforscher ausgesprochene Urteil nur bestätigen helfen können. An Werken hoher Kunst wurden auf diesen Ausstellungen charakteristische Kartons und Gemälde von Spätnazarenern, wie Eduard v. Steinle, Franz Ittenbach, Eduard v. Heuß, Ernst Deger u. a. gezeigt. Reichsten künstlerischen Genuß bot die Ausstellung von Bonn (1881) durch Vorführung des Gesamtwerkes Joseph Kellers, des durch seine Wiedergabe von Raffaels ‚Disputa' und ‚Madonna di San Sisto' zu Weltruhm gelangten Düsseldorfer Kupferstechers. Wohl die bedeutendste Erscheinung auf dem Gebiet kirchlicher Kunst war

[57] Verhandlungen 1883 (Düsseldorf) 176 ff.; 1885 (Münster) 227 f.; 1886 (Breslau) 281 ff.; 1887 (Trier) 96 ff.

das mächtige Voranschreiten der cäcilianischen Bewegung. Chordirigent J. B. Molitor aus Sigmaringen teilte dem Konstanzer Katholikentag (1880) mit, daß die der Wiederherstellung der Kirchenmusik im Geist der großen Tradition sich widmenden, ebenso den Choral wie den polyphonen Palestrinastil und das deutsche Kirchenlied pflegenden Cäcilienvereine unter Führung des Kanonikus Dr. F. Witt sich zu einem Gesamtverein von 12 000 Mitgliedern zusammengeschlossen hätten. Mit beredten Worten schilderte Molitor die weittragende Bedeutung des Wirkens jener Vereine: „Welche großartigen Dienste der St.-Cäcilien-Verein der Popularisierung der Tonkunst und damit der Veredlung und Erziehung des Volkes geleistet hat und noch leistet, ergibt sich aus der überaus großen Zahl von Singchören, welche sich bildeten, aus dem Eifer derselben für ideale Zwecke, aus der Teilnahme der Volksmassen an unseren Aufführungen, aus der Uneigennützigkeit, mit welcher sehr viele Mitglieder des Vereins die größten Opfer bringen. Welch bildendes und erziehendes Moment liegt nicht schon darin, daß Tausende durch den Verein darauf hingewiesen und dazu angetrieben werden, die Verherrlichung des Gottesdienstes, die volle Feierlichkeit der Meßopferliturgie wie die praktische Übung einer so herrlichen und erhabenen Kunst, wie die Tonkunst es ist, jedes Opfer an Zeit und Mühe, jeder Selbstaufopferung und Selbstverleugnung und Unterordnung unter das Ganze, jeder, auch der größten Anstrengung wert zu betrachten, gar nicht zu reden von der übernatürlichen Gnade, welche solche Opfer und solche Selbstverleugnung begleitet“ [58].

Ein Rückblick auf die Gesamttätigkeit der deutschen Katholikentage in den sturmbewegten Jahren 1871—1887 ergibt ein fesselndes und überraschendes Bild, die eindruckvollste Vorstellung von der Lebenskraft der katholischen Organisation Deutschlands. Zum Zweck, die Einheit und Geschlossenheit des katholischen Lagers zu zerstören, Gegensätze zwischen Klerus

[58] Verhandlungen 1880 (Konstanz) 126 ff.

und Laien zu schaffen, war von dem kurzsichtigen Liberalismus das gigantische Kulturkampfunternehmen begonnen worden, doch nicht entzweiend, sondern einigend und die Einigkeit verstärkend hatte die von blindem Religionshasse ins Dasein gerufene Katholikenverfolgung gewirkt. Wie bezeichnend war es für die Unkenntnis der Kirchenstürmer, daß eine ihrer ersten Kampfesmaßregeln darin bestanden hatte, den Kirchenaustritt zu erleichtern. Diese Leute träumten davon, daß die Intelligenz in hellen Scharen aus der als rückständig oder gar staatsfeindlich und staatsgefährlich verlästerten Kirche auswandern werde. Was aber war geschehen? Auch Tausende und Hunderttausende von lauen und unentschiedenen Katholiken sind in den Kampfesjahren zu Bekennern, zu opferwillig tätigen Christen, zu Mitgliedern der katholischen Organisation geworden. Daß durch ihre Organisation die Katholiken stark waren, hat das gegnerische Lager sich nicht verhehlt, daher denn auch sein Sturmlaufen gegen den kirchlich-politischen ‚Mainzer Verein Deutscher Katholiken', der eigens zur Gegenwehr im Kulturkampf gegründet worden war. Diesen Verband zu Tod zu maßregeln, war freilich den Gegnern gelungen. Aber der Hauptpfeiler des katholischen Zusammenschlusses, der rein religiös gerichtete Katholikentag war unerschüttert und tragfähig geblieben. Was die alljährliche Generalversammlung für das katholische Leben, die Rekrutierung und die Neubelebung der Widerstandskraft der katholischen Streiterschar bedeutete, hat, je länger je mehr, auch die gegnerische Öffentlichkeit anerkannt durch Entsendung von Berichterstattern. Brechen mußte sie mit der jahrelang geübten Praxis, den Katholikentag ganz zu ignorieren oder seiner nur in dem Sinne zu gedenken, als ob es gar nicht darauf ankomme, was er verhandele und beschließe, nachdem im Lauf der Jahre ein großer Teil dessen, was immer wieder katholischerseits verlangt worden war, hatte bewilligt werden müssen von der Regierung, an deren Spitze ein Bismarck stand. Freilich, viel Halbverstandenes und völlig Mißverstandenes aus den Verhandlungen haben noch in den achtziger Jahren liberale Korrespondenten den sie beauftragenden Redaktionen telegraphiert

und geschrieben, und oftmals mußte noch während der Verhandlungstage selber gegen Schiefheiten und Unrichtigkeiten in den Depeschen draußen stehender Berichterstatter Stellung genommen werden, so noch 1887 in Trier. Anderseits fehlte es in all diesen Jahren auch nicht an Stimmen aus Feindesmund, die sich darüber äußerten, von welcher Teilnahme der Katholiken aller Stände diese Versammlungen getragen waren, wie praktisch und zielbewußt und vielseitig ihre Arbeit sich gestaltete. Getreu der katholischen Tradition, die auf solche notgedrungene Komplimente wenig Wert legt, verzichten wir auf die Wiedergabe derartiger Zeugnisse; aber eine einzige Ausnahme wird man uns zugute halten. Der als Bekämpfer Renans bekannte französisch-reformierte Theologe und freikirchliche Pastor zu Paris, Edmond de Pressensé, besuchte auf seinen häufigen Reisen nach Deutschland wiederholt den Katholikentag und berichtete über die Frankfurter Tagung von 1882 in einem geistvollen und inhaltreichen Artikel des Journal des Débats. Einem solchen Kongreß in Deutschland müsse man angewohnt haben, um sich eine Vorstellung von seinem wahren Charakter machen zu können. „Man fühlt, daß man einer mächtigen Partei gegenübersteht, welche im Zunehmen begriffen und sich ihrer Stärke bewußt ist. Diese in ihren Kundgebungen so kirchlich fromme Versammlung hat dennoch einen viel weltlicheren Charakter als ähnliche Zusammenkünfte in Frankreich. Die Reden haben etwas Frisches, Ursprüngliches, Kraftvolles; sie lassen erkennen, daß der deutsche Katholizismus mit dem nationalen Leben verwachsen ist, daß er im Schatten der großen Universitäten sich entwickelt und an der allgemeinen Geistesbildung teilgenommen hat“ [59].

Als wichtiger erscheint, wie die Katholiken des Kulturkampfzeitalters selber die Bedeutung der alljährlichen Zusammenkunft eingeschätzt haben. Nur zwei Zeugnisse seien angeführt, eines von einem Laien und eines von einem Theologen.

Das Urteil des Mannes aus dem Laienstand darf große Autorität in Anspruch nehmen, denn es stammt von Ludwig

---

[59] Vgl. Katholische Bewegung XXII (1883) 19.

Windthorst. Dieser wandte sich in Amberg (1884) zunächst wider die Vorurteile, die er nicht selten seitens der Gegner wider die Katholikentage habe aussprechen hören: Wozu dieses Zusammentreten aus allen Ländern auf einige Tage, wo man die Dinge doch nicht gründlich vornehmen kann? Hätten die Versammlungen nicht einen ausschließlich agitatorischen Zweck? Diese Ein- und Ausrede, so entgegnete der große Führer, müßte sich eigentlich mit gleicher Kraft auch gegen die liberalen Parteitage richten. Allein von diesen werde behauptet, daß sie erhebend, begeisternd wirkten, und man immer in gehobener Stimmung auseinandergehe. „Wir allein“, so fuhr Windthorst fort, „sollen keine gehobene Stimmung haben, wir allein sollen uns ins Mauseloch verkriechen, aber das tun wir nun einmal nicht.“ „überall sehen wir, daß die Bataillone des Unglaubens und des Umsturzes sich rangieren. Nun, die katholischen Versammlungen wollen ihrerseits die Bataillone des Glaubens und der Ordnung rangieren, damit wir am Tage der Entscheidung nicht ungewappnet sind, und was wir hier in Deutschland tun, das müssen in allen andern Ländern die, welche gleicher Gesinnung mit uns sind, auch tun.“ So erheische es das Bedürfnis der Zeit, zumal die Notlage des seiner weltlichen Herrschaft beraubten Hl. Vaters. Einstweilen sei in den Versammlungen den Katholiken Gelegenheit geboten, sich einander näher zu kommen, persönliche Beziehungen anzuknüpfen, Land und Leute kennenzulernen, die katholische Organisation auszubauen. „In vereinter Kraft sind wir stark, einzeln würden wir zerbrochen werden.“ Und denjenigen, die sagten, auf den Katholikentagen lerne man nichts, sei anzuraten, sich gründlich in das Studium des Stenogramms all der gehaltenen Vorträge und der Ausschußverhandlungen zu vertiefen. Im übrigen finde auch der Frohsinn auf den Generalversammlungen seine Stätte. „Leute, die genau wissen, was sie wollen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, tun ihre Arbeit, und wenn sie die getan haben in Ernst und Entschiedenheit, dann erholen sie sich. Das ist es, was die Natur angeordnet hat“ [60].

---

[60] Verhandlungen 1884 (Amberg) 239 f.

Nun noch das Urteil des Theologen!

Gegen Ende der Kulturkampfzeit charakterisierte im Mainzer ‚Katholik‘ Dr. Heinrich den Katholikentag als ein „ganz einziges, überaus merkwürdiges Institut“. Unübertroffen sei die innere Einheitlichkeit dieser nun seit 37 Jahren sich immer wieder erneuernden Wanderversammlung, ihre Beschlüsse ließen sich so an, als seien sie von einer und derselben in Permanenz sich befindenden Körperschaft gefaßt. „Absolut dieselben Grundsätze des Glaubens und des christlichen Lebens, dieselbe Ergebenheit gegen die Autorität der Kirche wie des Staates, dieselben Forderungen für Wissenschaft, Schule und Presse, dasselbe Interesse für die Assoziationen des kirchlichen Lebens, dieselbe Hingebung an die Werke der Barmherzigkeit, der Frömmigkeit und der kirchlichen Kunst, ein Geist, eine Seele, ein Herz belebt sie alle in ihrer langen Reihe ... Diese Einheit und Kontinuität der an sich ganz lose konstituierten Generalversammlungen hätte etwas Unbegreifliches, wenn sie nicht katholische Versammlungen wären. Sie reflektieren die Einheit der Kirche, aus deren innerstem Lebensquell sie sich nähren. Hier liegt das Geheimnis der Übereinstimmung, welche alle Mitglieder vereinigt. Wohl mögen äußere Umstände zurzeit die Einmütigkeit steigern. Der seit 15 Jahren in Deutschland wütende Kulturkampf war sehr geeignet, die Katholiken zur Einheit anzutreiben. Auch hat die politische Organisation, welche die Katholiken Deutschlands in der Zentrumsfraktion gefunden haben, und ganz besonders die tätige Mitwirkung ihrer Führer den Verhandlungen ein erhöhtes Interesse und geschärftes Gepräge gegeben. Allein weder dieser noch jener äußere Umstand würde eine so unvergleichliche Einmütigkeit begründen, wenn sie nicht in dem Geiste des katholischen Volkes, seiner Glaubenskraft und seiner Opferwilligkeit ihre Wurzeln hätte“ [61].

---

[61] Der Katholik 1885 II 323 ff.

Fünftes Buch.

Die Bemühungen um Herbeiführung eines vollständigen ‚Kulturfriedens'.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Die politische und kirchenpolitische Lage am Ende der Kulturkampfzeit. Die neuen Aufgaben der katholischen Organisation.

Von der ehrlichen und allgemeinen Teilnahme, welche der Hingang Kaiser Wilhelms I. († 9. März 1888) in Deutschland weckte, schlossen sich die Katholiken keineswegs aus, mochten auch einzelne schroffe Bekenntnisse zum politischen Protestantismus, die der Monarch in den Jahren des Kulturkampfes abgelegt hatte, noch unvergessen sein. Auch das katholische Deutschland betrauerte den Begründer der deutschen Einheit, den sieggekrönten Heerführer, den mit unermüdlichem Pflichtgefühl sich den Regierungsgeschäften widmenden Herrscher; konnte es sich auch nicht verhehlen, daß ein so ungeheuerlicher Fehler der inneren Politik, wie ihn das Kampfunternehmen gegen die religiöse Freiheit der Katholiken darstellte, zu nicht unerheblichem Teile auf die persönliche Initiative des übelberatenen und zeitlebens an antikatholischen Vorurteilen festhaltenden Herrschers zurückging[1], so blieb nicht unvergessen, daß Wilhelm I. auch seine Person eingesetzt hatte, um den katholischen Untertanen der preußischen Krone den kirchlichen Frieden wieder zu verschaffen.

Als Stellvertreter des durch das Nobilingsche Attentat verwundeten greisen Kaisers hatte Kronprinz Friedrich Wilhelm förderſam in die Einleitung kirchenpolitischer Friedensverhand-

[1] Historisch-politische Blätter Bd. 101 (1888) 542 ff.

lungen eingegriffen. Mit dieser Tatsache stand es im Einklang, daß Kaiser Friedrichs III. Proklamation vom 12. März 1888 religiöse Duldung allen Untertanen verhieß, „welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnis sie auch angehören". „Ein jeglicher unter ihnen", so hieß es ferner, „steht Meinem Herzen gleich nahe, haben doch alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt." Es war zu verstehen, daß gerade aus katholischen Kreisen an das Krankenlager des kaiserlichen Dulders († 15. Juni) zahlreiche, dort dankbar aufgenommene Bezeugungen der Teilnahme ergingen [2].

Preußens Episkopat begrüßte die Thronbesteigung des Kaisers und Königs Wilhelm II. mit einer Huldigungsadresse (29. August 1888), in der die Bischöfe sagten: „Die Gewähr einer glücklichen Zukunft des Landes erblicken wir in den wiederholten allerhöchsten Kundgebungen, in welche Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät die christlichen Grundwahrheiten, die Hebung der religiösen und sittlichen Güter des Volkes als den Leuchtturm bezeichnen, zu welchem die Menschheit unablässig aufblicken muß, um den Frieden hienieden und die ewigen hohen Interessen sich zu sichern. Und daraus schöpfen wir auch die freudige Zuversicht, daß unter der Regierung Ew. Majestät die friedlichen und wohlwollenden Beziehungen zwischen Kirche und Staat sich befestigen und ausgestalten werden als der sichere Hort in der Sturmflut der umsturzdrohenden Lehren und Ideen der Gegenwart." So vertrauensvoll wie seine Oberhirten war auch das katholische Volk in Preußen gestimmt, soweit es auf die Person des neuen Herrschers ankam [2a]. Aber die Regierungsmehrheit im Reichstag, auf die sich der einstweilen noch im Amte bleibende Fürst Bismarck zu stützen gedachte, war das im Vorjahre unter Aufpeitschung der konfessionellen Leidenschaften zustandegekommene nationalliberal-konservative ‚Kartell'. Über die kirchenpolitischen Absichten des Gros dieses Kartells konnte kein Zweifel obwalten.

---

[2] Chl. von Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten II 430 f. [2a] Deutschland unter Kaiser Wilhelm II., hrsg. von Ph. Zorn, II, Berlin 1914, VIII, 60 ff.

Als der Kulturkampf zu Ende ging, widmete ihm ein im liberalen Lager höchst angesehenes Organ, die ‚Preußischen Jahrbücher‘ [3], einen Epilog voll der beachtenswertesten Gesichtspunkte. Der Berichterstatter bemühte sich zunächst, das Ziel festzustellen, um dessentwillen der Kampf unternommen worden sei: „Die Idee der Falkschen Politik war, auf die Bildung und Haltung der katholischen Geistlichkeit einen solchen Einfluß zu gewinnen, daß das ultramontane Element ihres geistigen Daseins möglichst unterdrückt und statt dessen enger Anschluß an die moderne Bildung und den nationalen Gedanken gewonnen werde.“ „Dieser Plan“, so lesen wir weiter, „hat nicht durchgeführt werden können, er ist vollständig gescheitert. Harte Kampfgesetze, aufs härteste durchgeführt, haben die katholische Geistlichkeit und die katholische Bevölkerung nicht zwingen können, sich dieser Gesetzgebung, in welcher sie eine halbe Protestantisierung erblickten, zu unterwerfen.“ Einen Kampf bis aufs äußerste zu führen, habe sich die preußische Regierung eben nicht entschließen können. Mit dem ersten Milderungsgesetz von 1880 sei eine grundsätzlich neue Richtung der staatlichen Kirchenpolitik eingeschlagen worden, nunmehr sei wieder prinzipiell dem Katholizismus die Möglichkeit eröffnet worden, „sich ganz seinem eigenen Geiste gemäß zu entwickeln“. Vor hundert Jahren habe die ‚Aufklärung‘ die Kluft zwischen katholischem und protestantischem Wesen beinahe völlig geschlossen, die höhere Bildung der Katholiken protestantisiert. Aber ein unerhörter Umschwung sei im 19. Jahrhundert erfolgt: „Heute hat der Katholizismus auf allen Gebieten des Lebens eigene Kräfte, welche sich in immer schärferen Gegensatz zu allem Protestantischen stellen. Nicht nur Philosophie, Geschichte, Recht, Belletristik wird in katholischem Geiste behandelt, es wird auch systematisch dafür gesorgt, daß alle nützlichen Handbücher, Konversationslexika und was dahin gehört, in demselben Geiste bearbeitet, existieren.“

So sei nun der Plan, den Katholizismus der protestantisch-

---

[3] Preußische Jahrbücher, hrsgb. v. H. v. Treitschke und H. Delbrück, Bd. 59 (1887), 383 ff.

deutschen Bildung anzupassen, aufzugeben. Der neuesten Friedensgesetzgebung zufolge dürfe der katholische Geist sich in seinen eigenen Bahnen frei fortbewegen. Falk habe eine Änderung des ultramontanen Geistes erstrebt, nun aber bleibe nur noch die weniger anspruchsvolle Aufgabe, den ‚Ultramontanismus‘ zu zügeln, damit nicht die deutschen Katholiken rettungslos dem ‚Jesuitismus‘ ausgeliefert würden. Ohnehin würden auch die katholischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Der Kulturkampf habe die Masse der Katholiken zusammengeschweißt, sein Aufhören werde die politische Einheit des katholischen Lagers wieder lockern. Fortwährende Berührung mit den Protestanten und die Leitung des Schulwesens durch den Staat werde immer noch viele Katholiken zur ‚geistigen‘ Emanzipation‘ bringen, eine Opposition innerhalb des Katholizismus selber herbeiführen. „Hier also“, so verkünden nun die ‚Preuß. Jahrbücher‘ ihr kirchenpolitisches Programm, „liegt die bescheidenere Aufgabe für die zukünftige Staatskunst des preußischen Kultusministeriums, nachdem die stolze Falksche Position definitiv verloren ist: immer noch möglichst viele Machtmittel in der Hand zu behalten, um für die Leitung der Kirche ein wünschenswerter Freund, ein gefährlicher Feind zu sein und doch diese Machtmittel so anzuwenden, daß in der katholischen Bevölkerung nicht die Empfindung erregt werden kann, als sei ihre Kirche eine unterdrückte. Dies letztere ist das eigentliche Merkmal des jetzt erstrebten Friedens nach dem Kulturkampf. Aber der Kampf nimmt einen anderen Charakter an. Der Einfluß auf die Schule, der Ausschluß der Jesuiten, selbst die praktische Ausführung des eben prinzipiell geschlossenen Friedens wird immer wieder Streit gebären. Aber der Streit ist nicht mehr derartig, daß er die Leidenschaften der Massen erregt.“ Am künftigen Fortbestehen der im Zentrum gesammelten politischen Macht der Katholiken könne leider nicht gezweifelt werden, und Windthorst werde weiter den Grundsatz geltend zu machen suchen, „daß von der preußischen Regierung Konzessionen für den Katholizismus nur zu erreichen seien durch Aufgebot parlamentarischer Macht, durch ein do

ut des Zug um Zug, mithin nicht anders als auf Grund der strengsten Fraktionsdisziplin". Diese Disziplin aufrechtzuerhalten, werde aus den genannten Gründen dem Zentrumsführer jedoch nicht gelingen. Unter diesen Umständen sei es Pflicht der Nationalliberalen, das anläßlich der Reichstagswahlen von 1887 abgeschlossene Parteikartell und das Bündnis mit der Regierung aufrechtzuerhalten. Es bleibe „stete Wacht gegen klerikalen Einfluß die dauernde Aufgabe des echten, hauptsächlich von den Nationalliberalen vertretenen Liberalismus, und sie können diese Aufgabe nicht besser und sicherer erfüllen, als indem sie selbst sich der Regierung unentbehrlich machen".

In vielfacher Hinsicht waren diese Darlegungen interessant sowohl nach ihrer geschichtlichen wie ihrer programmatischen Seite hin. Als besonders lehrreich mußte die Tatsache angesehen werden, daß nach wie vor der deutsche Liberalismus allein dem josephinisch-febronianischen, protestantischen Wesen angenäherten Aufklärungschristentum, wie es um 1800 viele mißleitete Katholiken vertreten hatten, Existenzberechtigung einzuräumen, den konsequenten und unverfälschten katholischen Glauben aber weiterhin als ‚Ultramontanismus' oder ‚Jesuitismus' oder ‚Klerikalismus' zu verfolgen gesonnen war. Nur sollte die neue Verfolgung nicht einen akuten, sondern einen schleichenden Charakter besitzen, ihr Hauptmittel die langsame geistige Vergiftung der katholischen Jugend, deren Herüberziehen zur liberal-aufgeklärten Weltanschauung sein. Daß die Schulfrage fürderhin die Zentralfrage sein werde, war damit auch liberalerseits zugegeben. Die neue Machtstellung, die dem politischen Protestantismus durch die konservativ-liberale antikatholisch gerichtete Kartellpolitik des Fürsten Bismarck zugefallen war, verbürgte in den Augen der Liberalen, daß auch das alte preußische System der Disparität beibehalten und kein überzeugter Katholik in eine leitende Stellung einrücken werde; im Kulturkampf war ja die ‚Reinigung' des Beamtenstandes von katholischen Elementen nahezu vollendete Tatsache geworden [4],

[4] Kißling, Geschichte des Kulturkampfes III 149 ff.

beileibe nicht etwa im Interesse liberalen Geld- oder Machthungers, sondern, wie sich versteht, ausschließlich zur Abwehr ‚klerikalen‘ Einflusses, vor dem die ‚Preußischen Jahrbücher‘ nun wieder graulich machen zu müssen glauben. ‚Wahrung der protestantischen Personalien‘ sollte also auch künftig das Arkanum der preußischen inneren Politik sein. Und dieses antikatholische Klüngelwesen in einem paritätischen Staate wollte als ‚liberal‘ angesehen werden! Aus dem Herzen der Katholiken heraus sprach Windthorst 1888 in Freiburg das Urteil über ein derartiges Treiben: „Ich bin bereit, mit jedem Manne, der sich angeblich liberal nennt, hier öffentlich eine Diskussion darüber zu führen, daß nur wir eigentlich liberal sind, und daß diejenigen, welche mit einem so großen Wortschwall, wie er ihnen eigen ist, jederzeit sich als die Liberalen hinstellen, nichts anderes sind als Leute, die für sich allein das Recht haben wollen, zu reden, zu handeln, zu gelten, die Ämter wegzunehmen, für sich allein nur das zu tun, was ihre Macht und ihr Ansehen heben kann, und die uns gerne als Heloten behandeln wollen“ [5].

Nicht erst von den ‚Preußischen Jahrbüchern‘ brauchten es sich die Katholiken sagen zu lassen, daß ein Haupthindernis für die Verwirklichung der eigensüchtig liberalen Pläne die Existenz und Wirksamkeit der Zentrumspartei sei, die als eigentliche und wahre Volkspartei die Freiheit und das Recht und die Interessen aller Volksgenossen gegen die monopolisierenden Bestrebungen des Junkertums und des Geldbürgertums zu vertreten berufen und entschlossen war. Ihren Charakter als Verfassungspartei, die in allen Fragen der Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik den Bedürfnissen zumal der Schwachen und Unterdrückten unter Wahrung der ausgleichenden Gerechtigkeit entgegenkommen wollte, hatte die Fraktion längst bewährt, auch zu der Zeit, wo durch den von dem Liberalismus frivol heraufbeschworenen Kirchenkonflikt ein Hauptteil ihrer Tätigkeit in Anspruch genommen war. Die Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit des Kirchenwesens, die in schwersten Kämpfen

---

[5] Verhandlungen 1888 (Freiburg) 11.

das Zentrum zum Vorteil ebenso der Protestanten[6] wie der Katholiken geführt hatte, mußte auch fürderhin ein wesentlicher Programmpunkt der Partei bleiben, das lehrte schon ein Blick auf die keineswegs zufriedenstellende staatskirchenrechtliche Lage in Preußen und dem Reiche, auf die hinblickend Papst Leo XIII. die Revisionsgesetzgebung von 1886 und 1887 nicht einen Friedensschluß, sondern einen „Zugang zum Frieden" genannt hatte. Und daß nur die von Windthorst so meisterhaft geübte Taktik den Katholiken zu ihrem Rechte verhelfen könne, sah man bald auch in Süddeutschland ein. Im Großherzogtum Baden verrichtete die Unduldsamkeit des Kammerliberalismus, der im Frühjahr 1888 gegen die 9 Stimmen der ‚katholischen Volkspartei' und eines Demokraten sich weigerte, in einem zu zwei Drittel katholischen Lande Ordenspriester auch nur zur Aushilfe in der Seelsorge zuzulassen; die vorzüglichste Werbearbeit zugunsten des Zentrumsgedankens. Um für alle katholischen Priester, ob Welt- oder Ordenspriester, das Recht zu erwirken, durch öffentlichen Vortrag und Predigt für christliche Sitte und sozialen Frieden mit derselben Freiheit tätig zu sein, mit der jüngst in Mannheim ein vielberufener ‚Freidenkerkongreß' seine gotteslästerlichen Reden hatte halten dürfen, reorganisierten die Katholiken Badens im Herbste 1888 die seit Jahren durch persönliche Gegensätze zerklüftete Katholische Volkspartei nach den Grundsätzen des Zentrums im Reichstage und Preußischen Landtage. Fast zu gleicher Zeit nahm in Bayern die ‚Patriotenpartei' den Namen ‚Zentrum' an.

Die kirchenpolitische Lage in dem süddeutschen Königreiche war heillos verfahren, seitdem Kultusminister v. Lutz dem Unfehlbarkeitsdogma das staatliche Plazet versagt hatte und in der Folge die altkatholische Sekte als rechtmäßig der katholischen Kirche angehörend zu behandeln nicht aufhören wollte. Zum schweren Leidwesen der Katholiken hielt der Minister auch fest an seinem Wirken zugunsten der Simultanschule, seiner Aufkündigung aller das schroffe Staatskirchenrecht abmildernden Verordnungen, seiner Verächtlichmachung der bekannten, von den

[6] Vgl. Kißling, Der deutsche Protestantismus 1817—1917, II.

Katholiken so hochgehaltenen ‚Tegernseer Erklärung', die von ihm als ‚rätselhafte Phrase' bezeichnet wurde. Im Kampf wider diesen Staatsmann war die Patriotenpartei nur insofern glücklich gewesen, als sie einen akuten Kirchenkampf von dem Lande ferngehalten hatte. Obschon sie über die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer verfügte, war es ihr nicht gelungen, den Kultusminister zu stürzen, weil diesem der Inhaber der Krone, König Ludwig II., in kritischen Zeiten immer wieder das allerhöchste Vertrauen aussprach, und im übrigen die innere Geschlossenheit der Fraktion andauernd viel zu wünschen übrig ließ, Freiherr v. Lutz auch nicht versäumte, allmählich in Einzelfällen katholischen Wünschen entgegenzukommen. Wenig opportun war es, daß die Patriotenpartei anläßlich der tragischen Ereignisse vom Juni 1886, die zur Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen Luitpold führten, einen neuen Vorstoß gegen die Stellung des Ministeriums Lutz machten. Das Ergebnis des Schrittes war eine Vertrauenserklärung des Prinzregenten an das Kabinett, die zumal damit begründet war, daß der Hl. Vater seine „vollkommene Befriedigung über die Lage der katholischen Kirche in Bayern" ausgesprochen habe. Daß hier ein Mißverständnis obwaltete, ersah alle Welt aus des Papstes Leo XIII. an den bayerischen Episkopat gerichteter Enzyklika Officio sanctissimo vom 22. Dezember 1887, in der alle die Punkte namhaft gemacht waren, in denen sich die katholische Kirche in Bayern beschwert fühle. Vom Zusammenwirken des Episkopates mit dem katholischen Volke und dessen Vertretern in der Kammer sowie der Religiosität des Prinzregenten erhoffte das Oberhaupt der Kirche die Abstellung der genannten Beschwerden [7]. Eine Gewähr für die Erfüllung dieser Hoffnungen war es, daß die bayerische Patriotenpartei in Programm und Namen sich auf die Basis des Zentrums stellte, und der bayerische Episkopat im Juni 1888 sich in einer Konferenz zu Freising über eine die kirchliche Freiheit reklamierende Denkschrift an die Regierung einigte. Alle diejenigen aber, die

---

[7] Ausführliches s. bei Kißling, Geschichte des Kulturkampfes III 370 ff.

auf das Auseinanderfallen der politischen Geschlossenheit des katholischen Deutschland spekuliert hatten, beobachteten das Vordringen des Zentrumsgedankens nach Süddeutschland mit der Miene betrübter Lohgerber.

Hätte die religiöse Organisation der Katholiken irgendwelche Lücken und Mängel aufgewiesen, so wäre es hohe Zeit gewesen, derartige Schäden zu beheben. Kaum war der mit Mitteln der Staatspolitik gegen die katholische Kirche geführte Vernichtungskampf abgewendet, da begann schon ein neues Kriegstreiben gegen den katholischen Volksteil und zwar im Namen des Evangeliums. Am 15. Januar 1887 konstituierte sich in Erfurt, vorwiegend unter Leitung von protestantischen Theologen und Laien, die notorisch weder an die Gottheit Christi noch an den göttlichen Ursprung des Evangeliums glaubten, der ‚Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen'. Binnen kurzem begann die Werbearbeit des Bundes zur Gründung von Zweigvereinen und provinzialen oder landschaftlichen Hauptvereinen, am 15. August 1887 trat in Frankfurt a. M. die erste Generalversammlung zusammen. Wieweit all diese Arbeit vom Geist des Evangeliums der Liebe und der Wahrheit getragen war, läßt sich daraus ermessen, daß die allenthalben zur Agitation verwandten Schlagwörter lauteten: Kampf gegen die vaterlandslosen Römlinge und Roms anwachsende Macht, Mobilisierung des evangelischen Volkes gegen den römischen Erbfeind, Nieder mit Jesuitismus und Ultramontanismus, Hie evangelische Wahrheit, dort römischer Trug, Hie protestantische Freiheit, dort Priesterherrschaft. Den Hexensabbat vervollständigten die gleichzeitigen ‚Religionsprozesse' des in maßlosester Weise agitatorisch tätigen Remscheider Pastors Thümmel, durch die sich viele verhetzte Protestanten zur Forderung einer Änderung des die christlichen Kirchen vor Beschimpfung schützenden § 166 des Strafgesetzbuches hinreißen ließen, da angeblich der Paragraph ‚eine freimütige Kritik der römischen Kirche' unmöglich mache [8].

---

[8] Vgl. Kißling, Der deutsche Protestantismus 1817—1917 II 244 ff.

Auf dieses Treiben hinblickend, führte 1888 auf dem Begrüßungsabend des Freiburger Katholikentags Ludwig Windthorst aus: „Wir werden uns nicht bemühen, Paragraphen des Gesetzes aufzuheben, welche das Schimpfen auf andere verbieten, wir werden aber derartige Bemühungen dadurch beantworten, daß wir überhaupt nicht schimpfen. Denn dann kann in dem Gesetze etwas stehen oder nicht stehen: es ist für uns ganz gleichgültig.“ Möge es anderswo Leute geben, die ohne Schimpfen nicht auszukommen glaubten, die Katholiken hätten einen solchen Paragraphen nicht nötig, weil sie eben niemals schimpften, und weil es ihnen vollkommen gleich sei, ob Leute dieser Sorte schimpfen. „Wir sind bereit, niemals anzugreifen, aber unter allen Umständen uns zu wehren, wenn wir angegriffen werden — doch stets mit offenem Visier“ [9].

Im Getöse der Kampfposaunen des Evangelischen Bundes verhallten leider die Stimmen maßvoller protestantischer Männer, welche nicht die Hoffnung hegen zu können erklärten, daß ‚Rom‘ durch demagogische Massenkämpfe zu besiegen sei, und leugneten, daß durch den Ausgang des Kulturkampfes der deutsche Protestantismus in eine Abwehrstellung gedrängt, geschweige denn, wie die Haupttreiber wollten, zur ‚Offensive‘ zu schreiten berechtigt sei [10].

Der Angriffscharakter, den der neue Bund von Tag zu Tag deutlicher offenbarte, mußte die Katholiken aufs äußerte kränken und beunruhigen, nicht zuletzt im patriotischen Interesse. Ernste Worte hierüber sprach Windthorst 1889 in Bochum: „Will man einen Evangelischen Bund gründen zur inneren Stärkung der evangelischen Gemeinden, zu wechselseitiger Belehrung, zur Kräftigung des evangelischen Bewußtseins — niemand kann und wird etwas dagegen haben. Wir tun ja dasselbe. Aber will man evangelische Bünde schließen und tätig werden lassen, nur um uns bei jeder Gelegenheit anzugreifen und auf diese Weise das Volk zum hellen Streit aufzustacheln, dann, meine ich, ist das ein Unternehmen, welches mit der Vaterlandsliebe nicht

[9] Verhandlungen 1888 (Freiburg) 10. [10] Kißling, Der deutsche Protestantismus 1817—1917 II 247, 251.

übereinstimmt. Wenn man mir auch nur eine Versammlung des Evangelischen Bundes nachweisen kann, in welcher nicht auf uns und Rom geschimpft worden ist, dann gäbe ich eine Prämie." Sodann appellierte der Redner an die friedeliebenden protestantischen Kreise, von denen zu erhoffen sei, daß sie die konfessionelle Hetze zu überwinden trachten würden. Andernfalls müsse das katholische Lager einen Katholischen Bund entgegenstellen, der gegen alle Angriffe Front zu machen, die agitatorisch verbreiteten irrigen Ansichten zu korrigieren, nach allen Seiten die katholischen Interessen wahrzunehmen haben würde. „Ich würde nicht wünschen, daß wir zu derartigen Mitteln gezwungen werden, denn das würde dann die Schlachtordnungen beider Konfessionen vollständig herstellen, und das würde meiner Ansicht nach zum Schaden und zum Verderben des Deutschen Reiches sein. Das Deutsche Reich kann nicht bestehen, wenn nicht ein voller konfessioneller Friede herrscht, und der kann nur bestehen, wenn den verschiedenen Kirchen in voller Parität volle Freiheit gegeben wird, wenn diese Kirchen in gleichmäßiger gegenseitiger Achtung nichts anderes suchen und wollen, als sich in den Tugenden zu übertreffen, die das Christentum lehrt." Die Kontroversfragen zu behandeln sei nicht Sache der politischen Agitation, sondern der Wissenschaft und des Unterrichtes. Da zur Zeit auf ein Ende der Glaubensspaltung in Deutschland nicht gehofft werden könne, müßten die Religionsparteien einen modus vivendi treffen auf dem Boden der gegenseitigen Achtung und der Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande. „Dieses ist wahrlich schön genug, um uns alle zu befriedigen, es ist groß genug, um für alle eine volle Übung der Kräfte zu gestatten. Diese nach meiner Ansicht allein richtige Toleranz halte ich für notwendig. Wenn unsere Verhandlungen, unser Beispiel etwas dazu beitragen könnten, daß wieder ein besonnener Ton in die Verhandlungen unserer Gegner kommt, dann würden wir damit etwas Großes getan haben. Man möge aber auf unsere Geduld nicht zu sehr spekulieren, denn der Wurm, wenn er getreten wird, krümmt sich schließlich doch"[11].

[11] Verhandlungen 1889 (Bochum) 195 f.

Der von dem Parlamentarier erwähnte Gedanke der Gründung eines katholischen Abwehrvereins wurde in der Tat von hervorragenden Männern vertreten und mit gewichtigen Gründen gestützt. Windthorst selber aber war es, der diese Strömungen in ein anderes Bett leitete und der zu gründenden Vereinigung völlig positive Ziele setzte: Stärkung des Glaubens im katholischen Volke, Schulung der breiten Massen in sozial-kultureller Hinsicht und damit indirekte Bekämpfung des modernen Antichristentums und des Umsturzes. So war die von den Gegnern gewiß ungewollte Folge der Gründung des hetzerischen Evangelischen Bundes die Entstehung des mächtigsten apologetisch-sozialen Vereins, den die Erde gesehen hat, des Volksvereins für das katholische Deutschland, dessen Geschichte mit der letzten Periode der deutschen Katholikentage aufs innigste verflochten ist.

Wenn das gegnerische Lager hoffte, daß die von ihm hämisch ‚Ultramontanismus' genannte lebensvolle Verbindung der Katholiken Deutschlands mit dem Hl. Stuhle wieder im febronianischen Sinne könne gelockert werden, so konnte es über die Hoffnungslosigkeit derartiger Träume belehrt werden durch die glanzvollen, von katholischem Glaubenseifer und begeisterter Liebe getragenen Papstfeiern, die zu Beginn des Jahres 1888 allerorts begangen wurden aus Anlaß des goldenen Priesterjubiläums Leos XIII. Dankbar schlugen Millionen von Herzen dem Heiligen Vater entgegen, der unter tausend Mühsalen der katholischen Kirche in Preußen und Baden und Hessen den ‚Kulturfrieden' erwirkt, dessen große gedankenreiche Enzykliken zur Vertiefung des religiösen Lebens, zur Erneuerung der kirchlichen Wissenschaft, zur Weckung christlich-sozialen Geistes und Strebens aufgerufen hatten, der in Wort und Werk dafür eingetreten war, daß alle wahren Errungenschaften der Kultur mit dem katholischen Glauben nicht allein durchaus vereinbar seien, sondern aus diesem selbst eine unvergleichliche Weihe und Lebenskraft und Dauer erhalten würden. Wuchtige Worte über die Gesinnung, in der die Katholiken Deutschlands den Ehrentag ihres Hohepriesters zu begehen gedachten, sprach Windthorst

am Schlusse der Trierer Tagung von 1887: Es müsse der Stolz der Deutschen sein, bei dieser großen Repräsentation der ganzen katholischen Welt in würdigster Weise vertreten zu sein, möglichst viele sollten bei dem Anlaß zu den Gräbern der Apostelfürsten Petrus und Paulus pilgern und dem Hl. Vater durch Überreichung besonderer Gaben eine Freude machen. Die das nicht könnten, sollten in der Heimat ihre Papstfeier begehen und zwar in einer Weise, „daß alle Welt erkennt, wie fest und unerschütterlich die Katholiken Deutschlands zum Hl. Stuhle stehen. Nichts in der Welt kann uns von diesem Hl. Stuhle trennen. Wir wissen, daß von diesem Hl. Stuhle der Bestand der Kirche abhängt; denn wenn der Grundstein wegfiele, würde das Haus nicht stehen können. Und da dies bis zu der Zeiten Ende nicht geschehen kann, wollen wir dafür sorgen, daß auch unser Bestand in diesem Hause bis dahin gesichert bleibe. Das aber kann nur so geschehen, daß wir mit dem Eckstein verbunden bleiben in unauflöslicher fester Treue“ [12].

An der Ausstellung der Millionen von Geschenken, welche die katholischen Christen aller Länder und viele Souveräne — von Kaiser Wilhelm I. war eine juwelengeschmückte Mitra gesandt worden — dem Jubelpapst dargebracht hatten, und die eine wahrhafte Welthuldigung an den Statthalter Christi bedeutete, waren die deutschen Katholiken in ausgezeichneter Weise beteiligt. Beinahe anderthalb Tausend Pilger aus Deutschland, geführt vom Mainzer Bischof Dr. Haffner und dem Grafen Konrad Preysing, empfing der Hl. Vater am 27. Februar 1888, seine Anerkennung aussprechend für das, was sie erduldet und erstritten, und ihnen Einigkeit, Standhaftigkeit und Klugheit empfehlend. Mit einigen schmerzvollen Worten gedachte der Papst der für ihn sich so besorglich anlassenden Lage in Rom. Als die deutschen Pilger nach dem Ende der Audienz in der Sala ducale ein mächtiges ‚Großer Gott, wir loben dich‘ anstimmten, kehrte der Gefeierte zurück, um alle Strophen von

[12] Verhandlungen 1887 (Trier) 272.

seinem Thronsessel aus anzuhören[13]. Überaus eindrucksvoll waren auch die Papstfeiern der zu Hause gebliebenen deutschen Katholiken: „Allüberall," so schilderte sie in einem Rückblick gelegentlich des Freiburger Katholikentages Pfarrer Dr. Arenhold aus Großauheim, „allüberall Festversammlungen und glänzende Aufzüge, Freudenfeuer und Illuminationen, Festschriften und Festzeitungen; allüberall gefüllte Gotteshäuser, Festpredigten, innige Dankgebete, brausender Jubelgesang"[14]. In der Tat mußte, wie der gleiche Redner ausführte, die Feier des goldenen Priesterjubiläums Leos XIII. geschichtlich als ein für die katholische Welt überaus ruhmvolles und trostreiches Ereignis, ethisch als eine außerordentliche Betätigung ihres Glaubens und Vertrauens, kirchenpolitisch als ein monumentaler Beweis ihrer Solidarität mit dem Römischen Stuhle in den Augen aller erscheinen.

Um so schmerzlicher waren die Betrachtungen, welche die Katholiken gleichzeitig über das Verhältnis des Gefangenen im Vatikan zu dem Königreiche Italien anstellten. Gerade in jenen Tagen war es, daß der italienische Radikalismus, geführt von Francesco Crispi, erklärte, eine Römische Frage existiere nicht, und von einem ‚Prätendenten im Vatikan' redete. Aber gerade der blindwütige Eifer, den Papst und das Papsttum zu schmähen und verächtlich zu machen, den die zur Herrschaft gelangte Crispische Partei bei jeder Gelegenheit an den Tag legte, zeigte nur zu deutlich, wie sehr die Machthaber die päpstlichen Rechtsansprüche fürchteten. In der Allokution vom 23. Mai 1887, in welcher Leo XIII. dem Kardinalkollegium mitteilte, daß Fürst Bismarck mit ihm Frieden geschlossen habe, richtete er auch an das Königreich Italien Worte des Friedens und schlug eine Verständigung auf der Grundlage vor, daß der Statthalter Christi als wahrhaft souverän und keiner irdischen Macht untertan dastehe; in dem Briefe an den neuernannten Kardinalstaatssekretär Rampolla del Tindaro vom 15. Juni 1887 sprach er aufs

---

[13] J. Weinand, Leo XIII. Seine Zeit, sein Pontifikat, seine Erfolge[2], Köln 1892, 371 ff.
[14] Verhandlungen 1888 (Freiburg) 63.

neue aus, „unbedingte Voraussetzung der Wiederherstellung des Friedens in Italien sei die Wiederherstellung einer wahren Souveränität des römischen Papstes“ [15]. Crispi antwortete mit einer ganzen Reihe gehässigster Verfolgungsmaßregeln gegen kirchliche Personen und kirchliches Eigentum. Als besonders empörend empfanden es die katholischen Römer und Italiener, daß der Bürgermeister von Rom, Herzog von Torlonia, brüsk deshalb seines Amtes entsetzt wurde (30. Dezember 1887), weil er Glückwünsche an den Hl. Vater durch den Kardinalvikar Parocchi hatte überbringen lassen.

Ob den Eisernen Kanzler, der sich eben erst als wahrhaft großzügig bei den den Kulturkampf abschließenden Verhandlungen gezeigt hatte, sein diplomatisches Genie auch in den Stand setzen werde, für die Lösung der Römischen Frage etwas Entscheidendes zu tun, war eine Frage, die den Papst lebhaft beschäftigte. Monsignore Galimberti, den während der Jahre 1887—1888 wiederholt diplomatische Missionen nach Berlin führten, sollte dieserhalb sondieren. Was Bismarck antwortete, ging über Gemeinplätze nicht hinaus: Wenn Italien Rom dem Papste gäbe, würde es nur um so stärker sein, denn dann würde ein Konflikt weniger existieren. Aber man müsse warten, jeder Tag habe seine Plage. Unbedingt werde er für die Wiederherstellung des Kirchenstaates eintreten, falls in Italien das Republikanertum hochkomme [16]. Im September 1887 reiste Crispi zum Besuch des Reichskanzlers nach Friedrichsruh; die Annäherung zwischen Italien und dem Deutschen Reiche hatte durch diese Zusammenkunft an Intimität nur gewonnen, so jubelten alsbald die italienischen kirchen- und papstfeindlichen Blätter.

Mancherlei Erwartungen wurden im katholischen Deutschland rege, als im Sommer 1888 verlautete, Kaiser Wilhelm II. werde demnächst dem ihm verbündeten König Umberto seinen Antrittsbesuch abstatten und zwar in Rom, und der Monarch

[15] H. Bastgen, Die Römische Frage III 50 ff.
[16] C. Crispolti e G. Aureli, La Politica di Leone XIII., Roma 1912, 356 ff.

werde mit Rücksicht auf die vielen Millionen deutscher Katholiken auch dem Oberhaupt der katholischen Kirche persönlich seine Verehrung bezeugen. Des Kaisers Besuch im Vatikan fand am 12. Oktober statt. Eine gewisse Anerkennung der Ansprüche des Papsttums auf die Ewige Stadt konnte darin gesehen werden, daß der Kaiser nicht vom Königsschlosse, dem Quirinal, aus zum Hl. Vater fuhr, sondern von exterritorialem Boden, der preußischen Gesandtschaft beim Vatikan, aus. Authentisches über die Unterhaltung zwischen Papst und Kaiser ist ebensowenig bekannt geworden wie über eine angebliche Störung dieses Zwiegespräches durch den Prinzen Heinrich von Preußen und den Grafen Herbert Bismarck. Jedenfalls wirkte es bei den Katholiken Deutschlands verstimmend, daß der Kaiser im Quirinal, auf König Humbert toastierend, Rom als „Hauptstadt Ew. Majestät“ bezeichnet hatte, was sofort von der italienischen offiziösen Presse als äußerst bedeutungsvoll hingestellt worden war. Zweifelsohne hätte die gesamte katholische Welt es lieber gesehen, wenn Wilhelm II. den italienischen König außerhalb Roms, etwa in Venedig oder Mailand besucht und dem italienischen Radikalismus nicht die Möglichkeit gewährt hätte, die Begegnung der beiden Staatshäupter als feierliche Bestätigung der italienischen Ansprüche auszuposaunen [17].

Schwerlich war für Leo XIII. der ergebnislose Ausgang des Kaiserbesuches eine herbe Enttäuschung. Zu gut wußte der Papst, daß er seinen Schutz nicht so sehr von den Kabinetten der Fürsten als von der treusorgenden Liebe der organisierten Katholiken aller Länder zu erhoffen habe, und ein wie großes Anliegen der Kirche es sei, daß allenthalben die katholische Organisation mehr und mehr ausgebreitet und befestigt werde. In diesem Sinn wollte es gedeutet werden, daß der Hl. Vater in einem Breve vom 25. Juli 1888 alle Katholiken Deutschlands eigens ersuchte und ermahnte, die in Freiburg i. Br. stattfindende Generalversammlung in besonders großer Zahl zu besuchen [18].

---

[17] Vgl. Germania 1888, 27. Oktober.
[18] Verhandlungen 1888 (Freiburg) XIX f.

Sechsundzwanzigstes Kapitel.

Die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands 1888—1900.

Der Erzbischof von Freiburg, Dr. Johannes Christian Roos, durfte am 2. September 1888 zu vielen Tausenden, die in der festlich geschmückten Tonhalle versammelt waren, ein oberhirtliches Wort sprechen über den Segen katholischer Versammlungen. Die Einheit und Einigkeit der Katholiken in dem gottgeoffenbarten Glauben wirke ergreifend und mächtig anregend selbst für den, der in einsamer Zelle sie dem betrachtenden Geiste vorführe. „Sie ist aber hundertmal ergreifender für den, der im lebendigen persönlichen Austausch mit katholischen Männern aus allen Klassen der Gesellschaft, aus allen Arten menschlichen Berufes sich zusammenfindet, welche die nämliche heilige Überzeugung des Glaubens, die nämliche warme und freudige Hingabe an die Aufgaben und die Güter des hl. Glaubens — ich möchte sagen, wie ein Pulsschlag des Geistes verbindet, wie ein Pulsschlag des Geistes, der da ausgeht vom Herzen Gottes selber.“ Und was nun in den nächsten Tagen in Freiburg beraten und beschlossen werden solle, das werde von begeisterten Männern in die weitesten Kreise hinausgetragen werden, damit es wirke zum Heile des Vaterlandes, des Staates und der Gesellschaft.

Als speziellen Zweck der diesmaligen Tagung bezeichnete der Vorsitzende des Lokalkomitees Domkapitular Dr. Knecht, daß es gelte, Front zu machen gegen die in Baden herrschende Disparität, wider die Intoleranz des badischen Liberalismus gegen die katholische Kirche, zumal die kirchlichen Orden; zu diesem Ende müsse die Organisation der Katholiken Badens eine durchgreifende Neubelebung erfahren, wie Papst Leo XIII. selber jüngst bei einer Audienz zu einem badischen Priester geäußert habe.

Großen Applaus weckte Dr. Knecht, als er zum Präsidenten der 35. Generalversammlung einen Landsmann Josephs von

Görres vorschlug, den Koblenzer Rechtsanwalt Eduard Müller, der „mit Kraft und Geist“ die katholische Bewegung in seiner Heimat leite. Ein glücklicher Gedanke des Lokalkomitees war es auch, daß es zur Belehrung des badischen Liberalismus, der soeben erst so gewaltige Angst vor den Mönchen geoffenbart hatte, einige Ordensleute auf die Rednerliste gesetzt hatte. Der Dominikaner P. Albert M. Weiß sprach über drei Pflichten der katholischen Männer: diese müßten „aushalten, zusammenhalten und haushalten“. Und der Benediktinerabt von Emaus-Prag, Dr. Benedikt Sauter, charakterisierte die Orden als integrierenden Bestandteil der Kirche, da sie nichts anderes seien als die vollendete praktische Erfüllung des Evangeliums. Der Ordensmann begnüge sich nicht, die Pflichten des Evangeliums zu erfüllen, er erhebe sich über das allgemeine Pflichtgesetz und übe eine besondere Nachfolge Christi durch Befolgung der evangelischen Räte, des Gehorsams, der Armut und der Keuschheit. In einer Zeit, wo Habgier, Sinnlichkeit und Auflehnung wider alle Autorität die Götzen weiter Kreise seien, bedürfe die Menschheit mehr denn je der in den evangelischen Räten enthaltenen Ideale. Auf das liberale Schlagwort von der Staatsgefährlichkeit der Orden antwortete der Abt mit dem schlichten Satze: „Die Gefahren für den Staat werden ganz anderswo ausgebrütet als in den Klöstern,“ und wies im weitern auf die unermeßlich segensvolle kulturelle und soziale Tätigkeit der Orden hin. Auch das Land Baden, ehedem so reich an Orden, werde solche wieder erhalten, denn diese seien ein Segen, weil sie Zeit und Ewigkeit, himmlisches und irdisches Vaterland, Gott und Menschheit in e i n e r Liebe umfaßten.

Eine andere Seite der Klosterfrage behandelte Oberpfarrer Dr. Schmitz-Krefeld, auf die Unentbehrlichkeit der Ordensleute für die Volksmissionen hinweisend, deren eifrige Pflege das katholische Deutschland nach so langen Jahren des äußern Kampfes dringend notwendig habe. Die Ungeheuerlichkeiten neuester Polemik gegen die Klöster geißelte ein Laie, Nik. Racke aus Mainz, wie sie es verdienten, und betonte, daß kraft der Religions- und Gewissensfreiheit die Katholiken aller Staaten

des Deutschen Reiches das Recht hätten, Klöster zu besitzen und in Klöstern nach Vollkommenheit zu streben.

Zeitgemäß war es auch, daß Professor Mosler aus Trier sich in gründlichen Ausführungen über das Thema ‚Toleranz‘ verbreitete. In Deutschland bedürften Katholiken und Protestanten einander, seien aufeinander angewiesen; sie hätten in der Folge gegenseitige Duldung auszuüben, nicht allein auf bürgerlichem, sondern auch auf dem staatlichen Gebiete. Diese Duldung vollauf zu üben, seien die Katholiken gewillt, sie wollten die Rechte und den Besitzstand der Andersgläubigen nicht im geringsten angreifen, ihnen vielmehr das volle und unverkürzte Maß der Rechte und Freiheit zubilligen, das sie für sich selbst in Anspruch nähmen. „Aber indem wir das tun, verwahren wir uns auch gegen jeden Versuch, unsere eigenen Rechte und Gewohnheiten zu verkümmern oder in parteilicher Weise zurückzudrängen.“ Toleranz sei verschieden von Gleichgültigkeit gegen den eigenen Glauben. Im 18. Jahrhundert habe man gar im Namen der Duldung ein förmliches System der Verfolgung und Bevormundung der Kirche entwickelt. Nur wahrhaft Gläubige vermöchten es, wirklich tolerant zu sein, den Irrenden zu lieben, so sehr sie den Irrtum hassen müßten. Dogmatische Toleranz zu üben, in Fragen des Glaubens nachzugeben, könne den Katholiken nicht zugemutet werden, denn die Wahrheit sei nur eine, die Wahrheit sei intolerant. Die zu erstrebende praktische Toleranz müsse allen anerkannten Religionsgemeinschaften die Freiheit gewähren, sich nach ihrer Eigenart einzurichten, ihre Grundsätze und Lehren im Leben zu betätigen. Was von der so unduldsamen Kulturkampfgesetzgebung noch erhalten sei, müsse beseitigt, den Katholiken ihr volles Recht zurückgegeben, alle Härten und Schärfen der konfessionellen Gegensätze gemildert und abgeschliffen werden. Voller Friede unter den Konfessionen sei herzustellen, nicht zuletzt mit Rücksicht auf den immer näher rückenden Entscheidungskampf zwischen Glauben und Unglauben [1].

---

[1] Verhandlungen 1888 (Freiburg) 126 ff.

Daß Freiburg selber hochbegabte Redner aufzuweisen hatte, zeigten die Ausführungen des Philosophen und Indologen Prof. Dr. E. Hardy über den Bonifatiusverein und des Moralprofessors Dr. P. W. Keppler, der über christliche Kunst sprach. Das für Baden besonders aktuelle Thema ‚katholische Presse' rief zwei Redner auf die Tribüne, einen Gast — unter vielen — aus der Schweiz, Pfarrer J. von Ah und Pfarrer Fr. Werber-Radolfzell.

Stürmisches Bravo erfüllte die weite Festhalle, als der Präsident ‚auf unbeschränkte Zeit' Windthorst das Wort zur Schlußrede erteilte. Daß die Katholiken Badens sich so rege an der Generalversammlung beteiligt hatten, war dem Redner ein besonderer Trost. Das Lager der Gegner habe sich darüber getäuscht, „wie tief und wie fest auch in dem badischen Lande die katholischen Herzen für ihre katholische Kirche schlagen, und wenn sie nicht zu jeder Zeit in derselben lebendigen Weise diese ihre Gefühle zum Ausdruck gebracht haben, so liegt das vielleicht daran, daß sie nach langem Ringen glaubten, es sei fruchtlos, es könne doch nicht durchdringen gegenüber den kompakten Verhältnissen, die sich hier gebildet hatten". Aber der katholische Volksteil im Großherzogtum, ermuntert durch die Teilnahme aller deutschen Glaubensbrüder, brauche nicht mutlos zu sein, zumal auch im Hinblick auf das Gerechtigkeitsgefühl des Großherzogs Friedrich. Nur müßten die Katholiken der liberalen Koterie entgegentreten bei den Wahlen, durch Neuorganisation und Unterstützung ihrer eigenen Presse; erhalten bleiben müsse die kernhafte Frömmigkeit der Schwarzwälder Bauern.

Bei seinem Rückblick auf die einzelnen Verhandlungsgegenstände ging der Zentrumsführer mit besonderer Wärme auf die Römische Frage und auf deren Beziehungen zur Dreibundpolitik des Deutschen Reiches ein. Die Defensivallianz begrüße und unterstütze er aus innerster Überzeugung im Interesse des Weltfriedens. Aber der Dreibund sei kein Hindernis, daß dem Hl. Vater die ihm gebührende territoriale Souveränität wieder eingeräumt werde. „Sollte denn ein kräftiges, ermahnendes, freundliches Wort unseres mächtigen Kanzlers im Bunde

mit der österreichischen Staatskanzlei nicht ausreichen, den Italienern klarzumachen, daß, wenn sie recht feste, gute Bundesgenossen sein wollen, sie den Hl. Vater so stellen müssen, daß er in Rom seines Amtes walten kann? Man wird in Wien, man wird in Berlin doch sicher nicht unterschätzen, welch stärkere Kraft es gibt, wenn die Katholiken in den vitalsten Interessen geschützt sind, wenn sie nicht verletzt sind, wenn sie nicht stets mit Trauer nach Rom sehen. Und verständige Staatsmänner Italiens werden das ganz bestimmt auch einsehen und werden um so sicherer der gewonnenen Einsicht folgen können, wenn sie des Schutzes von Österreich und Deutschland sicher bleiben. Denn gewiß ist in den destruktiven Elementen Italiens vieles enthalten, was die italienische Regierung hindert, so zu handeln, wie sie handeln müßte. Der Vorwurf, daß wir das große Friedensbündnis irgendwie stören wollten, ist ein absolut verkehrter. Nein, wir wollen es stärker machen" [2].

Die für den Hl. Vater die Wiederherstellung territorialer Souveränität fordernde Resolution des Freiburger Katholikentages fand Leos XIII. besonderes Wohlgefallen, wie ein Breve an den Präsidenten Eduard Müller bekundete, das bereits unterm 12. September 1888 erging. Der Papst bezeichnete es darin als ein ausgezeichnetes Mittel zur Wiedererlangung seiner wahren Unabhängigkeit, „wenn um einer so großen Sache willen die einmütige Begeisterung der katholischen Völker und das eifrige Streben aller Gleichgesinnten sich öffentlich kundgeben" [3]. Dem päpstlichen Winke nachkommend, veranstalteten, das Beispiel der Deutschen nachahmend, die Katholiken vieler europäischer und überseeischer Länder, große Kundgebungen zugunsten des im Vatikan Gefangenen; besonders imposant waren die Katholikentage von Madrid und Paris, welch letzterer durch den Trubel der Weltausstellung von 1889 nicht im geringsten beeinträchtigt wurde.

Dafür, daß in jenem Jahre die Römische Frage wieder

---

[2] Verhandlungen 1888 (Freiburg) 337 f.

[3] Das Breve ist abgedruckt in den Verhandlungen 1888 (Freiburg) 386 f.

allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkte, sorgten sowohl die italienische Kammer durch Verabschiedung des Strafgesetzbuches vom 30. Juni 1889, das höchst gehässige Ausnahmebestimmungen gegen den Klerus, namentlich gegen jede auch nur entfernte Vorbereitung auf eine Wiederherstellung eines Kirchenstaates enthielt[4], zumal aber die Orgien, die das Freidenkertum der ganzen Welt aus Anlaß der Enthüllung eines Denkmals für den sittenlosen Pantheisten Giordano Bruno feierte, und die eine Zeitlang dem Papste den Gedanken nahelegten, Rom zu verlassen[5].

Gegen die widerlichen neuen Vorkommnisse zu protestieren, war Pflicht des Katholikentages von Bochum (25.—29. August 1889), und er tat dies in würdigster Weise. Nach ausführlicher Begründung durch Freiherrn v. Wendt, die Herren F. v. Kehler, R. v. Rochow und Windthorst erneuerte der Katholikentag sein Ceterum censeo bezüglich der souveränen Stellung und territorialen Unabhängigkeit des Papstes und sprach seine „ernste Mißbilligung aus über die Verherrlichung des Giordano Bruno, jenes Mannes, dessen ganze Haltung einen direkten Gegensatz zum christlichen Glauben und insbesondere zum Papsttum darstellt, und dessen Standbild gegenüber dem Vatikan eine stete Beleidigung des Oberhauptes der Christenheit enthält“[6].

Zum erstenmal war der Katholikentag nach einer der großen modernen Industriestädte gekommen, die weder durch Schätze von Kunst und Altertum, noch durch Naturschönheit ausgezeichnet sind, wo vielmehr die treue, opferbewährte Gesinnung der katholischen Einwohner die Hauptanziehungskraft für die Gäste sein mußte. Vierzigtausend Katholiken zählte die nunmehr in sieben Pfarreien eingeteilte, rasch emporgeschossene Stadt. Hier wie in der ganzen westfälischen Mark hatte nach den Ausführungen, mit denen Propst Kösters die Versammlung in dem gewaltigen Saale des ‚Schützenhofes‘ begrüßte, katho-

---

[4] Ausführliches s. im Archiv für katholisches Kirchenrecht, Bd. 62, 338 ff.

[5] Vgl. Bastgen, Die Römische Frage III 73, 86.

[6] Verhandlungen 1889 (Bochum) 202 f.

lische Organisation und kirchliches Leben mit dem Wachstum der Industriebevölkerung erfreulich Schritt gehalten, für die soziale Hebung und Schulung des Arbeiters war vieles geschehen. Daß ein hervorragender katholischer Sozialpolitiker, Freiherr G. v. Hertling, auf den Präsidentenstuhl der Bochumer Versammlung berufen wurde, lag ebenso nahe wie das Thema, über das der Gelehrte in seiner Einleitungsrede sprach, das Jahrhundertgedächtnis der französischen Revolution und die Lehren, die sich aus der Betrachtung des revolutionären Prinzips, des der unbedingten Selbstherrlichkeit des Menschen, ergäben: Notwendigkeit der Autorität und der Unterordnung des einzelnen unter die Zwecke des Ganzen. Was die Sozialpolitiker des Zentrums seit ihrem ersten Antrag von 1877 an gesetzgeberischer Arbeit zugunsten der wirtschaftlich Schwachen geleistet hatten, legte in einer von idealer christlicher Gesinnung getragenen Rede Graf Ferdinand von Galen dar. Das Wirken des Verbandes ‚Arbeiterwohl' schilderte als berufener Praktiker Fabrikant Matthias Wiese aus Werden. Und die organisatorische Arbeit, die bereits unter den katholischen Industriearbeitern und Handwerkern geleistet war, fand in Franz Hitze und Schreinermeister Jakob Euler-Bensberg kundige Berichterstatter. Eine machtvolle Kundgebung war die Versammlung der Arbeitervereine, in der Windthorst sprach und der Mainzer Rektor K. Forschner eine außerordentliche Gabe, zum Herzen und Verstande des Arbeiters zu reden, offenbarte.

Eine brennende Frage behandelte Dr. Julius Bachem, die der Parität in Preußen. Er stellte zwei Thesen auf, die sich unmittelbar aus dem Prinzip des paritätischen Staates ergäben: Keinerlei vorzugsweise Aufwendung von Staatsmitteln zugunsten des Protestantismus! Keine irgendwie geartete Propaganda von Staats wegen zugunsten des Protestantismus, weder direkt noch indirekt! Mit diesen Rechtssätzen stand es in schreiendem Widerspruch, daß es in Preußen keinen einzigen katholischen Minister gab, keinen einzigen katholischen Oberpräsidenten, daß immer noch nur sehr wenige katholische Priester als Lokal- und Kreisschulinspektoren tätig sein durften, dagegen

sehr viele protestantische Pastoren und Dekane, daß im Oberlandesgerichtsbezirk Köln seit 1. Januar 1887 in Stellungen vom Landgerichtsrat aufwärts 17 Protestanten befördert worden waren, aber nur ein Katholik, daß die größten katholischen Städte des Rheinlandes alle von protestantischen Oberbürgermeistern verwaltet wurden. Der Redner fragte: „Ist das alles Zufall? Mein Glaube reicht nicht aus, um das anzunehmen. Sollte aber unter Ihnen einer sein, welcher es glauben möchte, dann bitte ich denselben, sich photographieren zu lassen, damit wir ihn als Urtypus eines harmlosen Menschen im Lande umherreichen können. Ich sage nun auch andrerseits nicht, daß überall Bosheit vorliege, daß man überall, in allen Fällen, die Katholiken mit Absicht zurücksetze. Aber dies steht fest, der Gedanke der Gleichberechtigung der Katholiken ist in weiten Kreisen unseres Vaterlandes noch nicht in dem Maße zur Geltung gelangt, wie wir das dringend wünschen müssen und zwar auch im Interesse des Staatslebens“[7]. Dr. Felix Porschs große Prinzipienrede, die Katholiken auffordernd, ‚furchtlos und treu‘ für Kirche und Staat zu wirken, war eine wertvolle Ergänzung der Ausführungen Julius Bachems.

Anknüpfend an das Wort eines liberalen österreichischen Reichsratabgeordneten: „Der glaubenslose Staat reißt sich um die Volksschule, weil in der Volksschule die Axt angelegt wird an die Wurzel des Christentums“, beleuchtete Professor Dr. Franz Schädler aus Landau die letzten schulpolitischen Absichten des Liberalismus. Es war nur allzu berechtigt, wenn im Anschluß daran Windthorst ausrief: „Wenn wir alles für die Kirche erreichen, was von uns im Kulturkampf beansprucht worden ist, aber wir kommen mit der Schule nicht auf einen anderen Boden, dann hilft uns alles nichts.“ Eine Kirche werde man dann haben, aber keinen Nachwuchs von Gläubigen. Die Schulfrage sei ungemein ernst: „Ich rufe Ihnen zu — ich weiß nicht, wie oft ich es noch kann, vielleicht zum letztenmal: Deutsche Katholiken, rettet die christliche Schule oder ihr seid verloren.“

[7] Verhandlungen 1889 (Bochum) 115.

Eine hochwichtige schulpolitische Tat brachte dann auch der Katholikentag von 1889 zustande, es wurde der ‚Katholische Lehrerverband' gegründet [8].

Laut eines Bochumer Beschlusses sollte der nächste Katholikentag in der Hauptstadt des Königreiches Bayern stattfinden. Dieser Beschluß erhielt keine Verwirklichung infolge aufregender Ereignisse auf kirchenpolitischem Boden.

Die im Juni 1888 vom bayerischen Episkopate der Regierung überreichte ‚Freisinger Denkschrift', in der die dringendsten durch die Ära des schleichenden Kulturkampfes geschaffenen Desiderien der Kirche namhaft gemacht waren, beantwortete Ministerpräsident v. Lutz unterm 28. März des folgenden Jahres mit einigen Zugeständnissen auf dem Gebiete des höhern und niedern Unterrichts, aber ablehnend bezüglich der Konkordat-, Plazet- und Altkatholikenfrage — so fordere es das Kirchenhoheitsrecht der Krone.

Gegen den josephinisch-liberalen Doktrinarismus des Ministers v. Lutz gab es nur e i n Mittel, dasselbe, das Windthorst der Falkschen Kirchenpolitik gegenüber so meisterhaft gehandhabt hatte — das Aufgebot des katholischen Volkes zur Erringung seiner religiösen Freiheit. Organisator der Volksbewegung war Fürst Karl von Löwenstein, der wegen dieser seiner Aufgabe in Bochum nicht erscheinen konnte und in seiner Stellung als ständiger Kommissar der Generalversammlungen sich hatte vertreten lassen müssen. In eindrucksvollen Versammlungen zu Neustadt (Pfalz) und München machten die Katholiken Bayerns Front gegen das staatskirchliche System. Nächstdem begann in der Abgeordnetenkammer die Aktion der bayerischen Zentrumsfraktion gegen das Plazet und die Stellungnahme der Regierung in der Altkatholikenfrage; auch forderte die Partei die Rückberufung der Redemptoristen, die in Ausführung des Reichsgesetzes gegen den Jesuitenorden 1872 ungeachtet ihres vorbildlichen seelsorgerlichen Wirkens aus Bayern vertrieben worden waren. Das Ergebnis der höchst bewegten parlamen-

---

[8] Die Statuten s. Verhandlungen 1889, 297.

tarischen Debatten war, daß die Regierung in der Redemptoristen- und Altkatholikenfrage nachgab, und bedingt die Beseitigung des Plazets in Aussicht stellte. Im Königreiche Bayern wurde in der Folge die altkatholische Sekte endlich nicht mehr seitens der Staatsregierung als der katholischen Kirche angehörend behandelt, und der bayerische Gesandte in Berlin erhielt den Auftrag, beim Bundesrat für die Wiederzulassung der Redemptoristen zu wirken, die freilich erst im Jahre 1894 — vier Jahre nach dem Tod des Ministers v. Lutz — infolge einer ‚Bekanntmachung' des Reichsgesetzblattes möglich wurde [9].

Die kurz skizzierten innerbayerischen Kämpfe übten eine gewisse Wirkung auch auf die katholische Organisation Gesamtdeutschlands, da Prinzregent Luitpold sich von seinen Ratgebern zu dem Schritte bereden ließ, beim Münchener Erzbischof A. v. Thoma dafür einzutreten, daß die anberaumte Generalversammlung der Katholiken Deutschlands nicht in München stattfinde. „Ich vermag", so hieß es in dem Schreiben, „diese Abhaltung nicht als geeignet dazu zu erachten, hier den Frieden zu erzielen und zu festigen, der von ruhig Denkenden aller Kreise der Stadt dringend gewünscht wird. Gerade in der unmittelbaren Folge auf den vorjährigen bayerischen Katholikentag gewinnt die beabsichtigte Versammlung einen besonderen Charakter. Neben derselben können daher auch leichter als sonst Bewegungen Platz greifen, welche neue Störungen des Friedens mit sich bringen" [10].

Diese Maßnahme des Verwesers der Krone Bayerns hat im katholischen Deutschland schmerzlichstes Befremden hervorgerufen, dem ein Presseorgan einen bezeichnenden Ausdruck verlieh, indem es auf die Mächte des Umsturzes hinwies, deren unterirdisches Wirken in München bereits recht bemerkbar war: „Fast möchte man zu dem verzweifelten Rate kommen, die

---

[9] Ausführliches s. bei H. Grauert, Die Anfänge der Regentschaft in Bayern, Hochland 1910—11, II 270 ff.; Kißling, Geschichte des Kulturkampfes III 380 ff.

[10] Verus, Der Kulturkampf in Bayern und dessen Bedeutung für die katholische Kirche Deutschlands, Berlin 1890, 81.

bayerischen Katholiken sollten sich um das politische Leben in München nicht mehr bekümmern, sondern die Dinge gedeihen lassen, wie sie gedeihen, und die Hauptstadt Bayerns der Sozialdemokratie überlassen. Tu l'as voulu"[11].

Solch erste peinliche Eindrücke zu verwischen, half die Beobachtung der musterhaften Religiosität des greisen Prinzregenten; dieser säumte auch nicht, Windthorst, dem großen Laienführer, eine besondere Freude zu machen durch ein fürstliches Geschenk an die Marienkirche zu Hannover, die dessen Lieblingsschöpfung und Sorgenkind war.

Statt in München fand die Generalversammlung des Jahres 1890 in Koblenz statt (24.—28. August). Des Zwischenfalles von München gedachte Windthorst am Begrüßungsabend mit Worten des Bedauerns über die dort obwaltenden ‚Hindernisse' und fuhr dann fort: „Ich bin für mich ganz davon überzeugt, daß der Grund, weshalb Hindernisse entstanden, nicht darin liegt, daß man überhaupt der katholischen Bewegung entgegentreten wolle. Man hat vielmehr geglaubt, daß in diesem Jahre besondere Gründe vorlägen, in München nicht zu tagen. Ich bin dieser Meinung nicht! Aber wenn sie an anderer Stelle geltend gemacht wird, so glaube ich, daß es gut ist, darüber Kontroversen in keiner Weise entstehen zu lassen. Ich habe die Meinung, daß Bayern nach seiner Geschichte und nach seiner Geographie nach wie vor berufen ist, der Vorort der katholischen Interessen in Deutschland zu sein. Und wenn mehr, als ich es billigen kann, unter einem früheren Minister diese Aufgabe Bayerns vergessen zu sein schien, so glaube ich, daß der Vorgang, den wir beklagen, und die Erörterungen, die sich daran geknüpft haben, wesentlich dazu beitragen werden, in Bayern und ganz Deutschland das Bewußtsein neu zu wecken, Bayern sei der Vorort des katholischen Deutschland. Außerdem habe ich für mich das feste Vertrauen, daß der erhabene Regent dieses Landes für die katholische Sache ein großes und lebhaftes Interesse hat, und bin ich überzeugt, die weitere Entwicklung wird uns dieses lehren,

---

[11] Die katholische Bewegung, Jahrg. 1889, 360.

wenn wir noch nicht belehrt sind... Wir sind in diesem Jahre nach München nicht gegangen, wir gehen wahrscheinlich auch im nächsten Jahre nicht nach München. Aber wir kommen ganz bestimmt einmal nach München“ [12].

Aus dieser Lage erklärte es sich, daß in Koblenz der wackere pfälzische Jurist Dr. Julius Siben über Geschichte und Wirkungen des Staatskirchentums in Bayern einen übersichtlichen Bericht erstattete und im Namen seiner Landsleute das Gelöbnis ablegte, weiterhin für die völlige Befreiung der Kirche kämpfen zu wollen, bis Josephs von Görres Wort Wahrheit geworden sei: Die freigeborene Tochter des Himmels darf nicht die Magd des Staates sein. Wider Erwarten der Gegner war das alles, was in Koblenz über die jüngsten bayerischen Vorgänge verhandelt wurde. Daß Bayerns aber noch des öftern in freundlichster Weise gedacht wurde, dafür bürgte der bei den Verhandlungen oft zitierte und über allen leuchtende Name des großen Koblenzers Joseph v. Görres, um den sich König Ludwig I. unsterbliche Verdienste erworben. Des Freiherrn v. Hertling Gedächtnisrede auf Görres feierte diesen als den Mann der Ideen, den Mitentdecker des christlich-germanischen Mittelalters, den Vorkämpfer der Freiheit, der durch das Sittengesetz und das Autoritätsprinzip geregelten Freiheit, den Streiter für die Rechte der Kirche.

Rheinischer Sonnenglanz lag über den Koblenzer Tagen, angefangen von der Eröffnungsrede des Präsidenten, des badischen Freiherrn R. v. Buol-Berenberg, den gewinnenden Begrüßungsworten des Diözesanbischofs Dr. M. F. Korum und dem gehaltvollen Vortrag des Professors Gustav Schnürer zur 13. Jahrhundertfeier des um das Germanentum so hochverdienten Papstes Gregor des Großen. Am inneren Aufbau katholischen Lebens wollten arbeiten Graf F. v. Galen mit seiner Rede über die christliche Familie, P. A. M. Weiß, der über die Bedeutung des Ordenslebens sprach, der Wiener Seminarregens Dr. Gustav Müller, der die übernatürliche Stellung des Priestertums schil-

[12] Verhandlungen 1890 (Koblenz) 76 f.

derte, N. Racke mit seinen schwungvollen Ausführungen über das Thema „Kirche und Kultur". F. Schädler, welcher sich wider die liberale Presse wandte, Oberpfarrer Dr. Schmitz, der die Bestrebungen der liberalen Lehrervereine kennzeichnete, Dr. Porsch mit seiner wohlbegründeten Forderung freier Wirksamkeit für alle Orden, auch den Jesuitenorden, und Dr. E. Lieber, von dem die territoriale Souveränität des Papstes reklamiert wurde, hatten notgedrungene Abwehrarbeit zu leisten.

Tief ergreifend war es, als Domdekan Dr. J. B. Heinrich, nunmehr ein gebrechlicher Greis und durch die Würde eines Ehrenpräsidenten ausgezeichnet, vom Katholikentage Abschied nahm. Seid eifrig, einig und freudig! so lautete das Testament, das der große Theologe, frohe und wehmütige, bis in die ersten Anfänge der katholischen Organisation hinaufreichende Erinnerungen in seine Ansprache einflechtend, den Vertretern des katholischen Deutschland zurief.

Eine Abschiedsrede sollte auch Ludwig Windthorsts Schlußwort sein, das noch einmal den Achtundsiebzigjährigen auf der vollen Höhe seines oratorischen Könnens zeigte. „Gelobt sei Jesus Christus!" so begann er, Zeugnis ablegend gegen die moderne Christusleugnung, „sei der Herr uns gnädig, wir werden für seinen Namen streiten heute und immerdar." Nach Worten herzlichen Dankes an die Stadt Koblenz und einzelne illustre Gäste, wie August Reichensperger und den Kölner Erzbischof Dr. Ph. Krementz, sowie an katholische Organisationen des Auslandes, die Grüße gesandt hatten, hob der Redner hervor, daß deutsche Katholiken aller Stände vom Fürsten bis zum Bauern sich in der schönen Rheinstadt ein Stelldichein gegeben hätten. „Wir bilden und zeigen hier ein Bild von Brüderlichkeit und Gleichheit, wie es einzig im Leben der Völker dasteht; wir sehen da, daß nur die Kirche und die kirchliche Gemeinschaft es sein kann, welche die Gegensätze ausgleicht. Wir sind ein Volk von Brüdern, und alle Welt von oben bis herab zum niedrigsten soll wissen: es gibt unter dem katholischen Volke *einen* Gedanken, der allen gemeinsam ist,

das ist die Liebe zur Kirche, die ja bestimmt ist, uns zum Himmel zu führen."

Ein wichtiges Anliegen sei die Missionierung des deutschen Kolonialbesitzes, und daß dazu die Katholiken ihren vollen Anteil an Arbeitskräften stellten. Im Reichstage sei er für die Missionssache wiederholt eingetreten, Sache des katholischen Volkes sei nun, diese Aktion des Zentrums kräftig zu unterstützen. „Wenn wir in Berlin nur Solo singen und der Chor nicht gründlich einfällt, dann hilft alles nichts. Vor dem einzelnen hat man vielleicht Achtung, aber keinen Respekt; aber der einzelne mit Zehntausend hinter sich — da hat man Respekt." Nicht minder wichtig als die äußere sei die innere Mission, wie sie der verdoppelter Unterstützung würdige Bonifatiusverein pflege. Unschätzbare Dienste für die innere Mission leisteten die Orden, von denen keiner zu entbehren sei, auch nicht die Jesuiten. Wie illiberal sei es von den ehedem für freies Vereinsrecht eintretenden Liberalen in Baden und anderswo, bestimmen zu wollen, wie viele und welche Orden zugelassen werden sollten. Auch in vielen anderen Punkten werde den Katholiken die freie Religionsübung verkürzt, wie zumal Zustände in Mecklenburg und Braunschweig bewiesen. Und da werfe man dem Katholikentage vor, daß er sich zuviel mit kirchenpolitischen Fragen beschäftige! „So lange man jede Lebensregung eines Katholiken und der katholischen Kirche auf jedem Schritt bewacht und beschränkt, so lange müssen wir unsere Stimme erheben, und ich werde sie erheben, so lange sie klingen wird."

Zur sozialen Frage sich wendend, begrüßte Windthorst dankbar die im Februarerlasse Kaiser Wilhelms II. enthaltenen Anregungen hinsichtlich der Arbeiterfrage, die nichts anderes erstrebten, als was die katholischen Sozialpolitiker seit langem im Reichstag vertreten hätten, ohne dafür die Mehrheit gewinnen zu können. Ziel der Reform müsse sein, die Forderungen der Arbeiter und der Arbeitgeber in Harmonie zu bringen, beide Teile zur Mäßigung zu bewegen. Der Sozialdemokratie mit Ausnahmegesetzen entgegentreten zu wollen, sei eine aussichts-

lose und vom Zentrum verurteilte Politik gewesen. Die zum Umsturz der gesamten Weltordnung führenden Tendenzen des Sozialismus zu bekämpfen, werde das katholische Lager besondere Maßregeln auf dem Boden der Literatur und der Vereinsgründung zu treffen haben.

Die Abstellung der katholischen Beschwerden hinsichtlich der Erziehung und des Unterrichtes zu erzielen, müsse Gegenstand fortdauernder Bemühungen der katholischen Parlamentarier in den Einzellandtagen sein; inzwischen habe das Elternhaus den religiösen Unterricht der Kinder zu überwachen und zu ergänzen. Einläßlich hatte sich Windthorst über die Schulfrage bereits am Begrüßungsabend geäußert. Für die Schule müsse der Rechtsstand vor dem Schulaufsichtsgesetz von 1872 wiederhergestellt werden, die Verfassungsurkunde verheiße Unterrichtsfreiheit. Werde diese nicht gewährt und den katholischen Eltern zugemutet, die Kinder Schulen anzuvertrauen, denen kein Vertrauen geschenkt werden könne, so bliebe den Katholiken nur die ultima ratio, ihrerseits Privatschulen zu gründen und den Staatsschulen entgegenzustellen.

In bedeutungsvollem Zusammenhang sprach der Zentrumsführer in seinem Koblenzer Schlußwort von der Römischen Frage. Dem Hl. Vater volle Freiheit für sein erhabenes Wirken zu sichern, müßten die treuen Söhne der Kirche als wichtigste Pflicht betrachten, zumal auch im Interesse der Weltstellung des Papstes und des Weltfriedens. Abrüstungs- und Schiedsgerichtsideen seien letzthin vielerorts zur Diskussion gestellt worden. „Diesen Anträgen“, so urteilte der weitblickende Staatsmann, „würde ich und meine Freunde sicher mit mir gern und willig beitreten; aber zu dieser Abrüstung sind die Voraussetzungen erst dann vorhanden, wenn die Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten, allgemein anerkannt worden ist. So lange die Großmächte, die rund um uns sind, gerüstet dastehen, auf den Moment wartend, wo sie uns zweckmäßig überfallen können, kann von einer solchen Abrüstung kaum die Rede sein; es muß darin jedenfalls versichert werden, die innere Anschauung der Völker

dahin zu bringen, daß ein Krieg überhaupt nicht mehr sein soll, und daß, wenn Mißhelligkeiten, wenn Zweifel entstehen, dieselben zur Entscheidung gebracht werden müssen auf einem gütlichen, nichtkriegerischen Wege. Das kann nur ein Schiedsgericht sein. Die Konstruierung eines Schiedsgerichtes wird immer schwer sei, wenn es in künstlicher Weise geschieht; es kann außerordentlich leicht sein, wenn ein neutraler, verständig sprechender Mann mit Autorität vorhanden ist, der die Sache leitet, wenn das Bedürfnis des Schiedsspruches im allgemeinen anerkannt worden ist. Und so werden die Völker, auch die, welche dem katholischen Glauben nicht angehören, sich überzeugen, daß keiner geeigneter ist, den Schiedsspruch zu geben, zu vermitteln oder dem betreffenden Gerichte zu präsidieren, als der Hl. Vater." In der Streitfrage zwischen Spanien und dem Deutschen Reiche bezüglich der Karolineninseln sei denn auch schon tatsächlich der Papst mit Erfolg als Schiedsrichter tätig gewesen.

Mit bewegten Worten schloß Ludwig Windthorst seine Rede. Es stehe in Gottes Hand, ob er noch einmal zu einem Katholikentage werde kommen können. „Wenn es mir aber nicht vergönnt sein wird, dann bewahren Sie mir ein freundliches Andenken und lassen Sie mich hoffen, daß wenigstens Ihre Gebete mir folgen, wenn ich nicht mehr bin" [13].

Der Koblenzer Katholikentag, der letzte, dem Windthorsts Anwesenheit und Tätigkeit das entscheidende Gepräge verlieh, hat weit über die katholischen Kreise hinaus Beachtung und Würdigung gefunden. Fast die gesamte liberale Presse brachte ausführliche Berichte und Betrachtungen, die Taktik des Totschweigens war endgültig aufgegeben. Lehrreicherweise rühmte sich die Dortmunder Rheinisch-Westfälische Zeitung, schon seit dem Jahre 1880 bemüht gewesen zu sein, ihren Lesern einen erschöpfenden und objektiven Bericht der sämtlichen Verhandlungen des Katholikentages zu liefern, „gemäß unserm alten Grundsatz, wonach wir an jede Frage ohne Voreingenommenheit

[13] Verhandlungen 1890 (Koblenz) 362—380.

herantreten". „Unserem Beispiele sind allmählich dann auch andere liberale Blätter gefolgt, die meisten freilich mit unseres Erachtens ganz unbegründetem und der Aufgabe der Tagespresse nicht entsprechendem Zögern" [14].

Hervorgehoben wurde vor allem Windthorsts Eventualprogramm der katholischen Privatschule und gegen dieses zum Sturm geblasen. So schrieb z. B. die fortschrittliche Wochenschrift ‚Die Nation' (29. Aug. 1890): „Der in Koblenz abgehaltene Katholikentag hat aufs neue festgestellt, daß Herr Windthorst nach wie vor die Seele der Zentrumspartei ist, und daß der achtundsiebzigjährige Herr sich noch jung genug fühlt, um den Kampf um die Schule allen Ernstes zu führen. Hoffentlich wird der Staat nicht den Fehler begehen, sich dieser Bewegung gegenüber einfach auf seine formalen Zwangsrechte zu versteifen. Der Kampf um die Schule wird nur dann zu einem Siege über den Ultamontanismus führen, wenn die Leistungen der Staats- und Gemeindeschulen so weit erhöht und durch Unentgeltlichkeit in solchem Maße allen Teilen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, daß die Klerikalen mit ihren separatistischen Gelüsten dagegen nicht aufkommen können." Auf den Geist, in dem die demnächstigen parlamentarischen Kämpfe um die von den Katholiken mitzubezahlenden öffentlichen Schulen geführt werden würden, ließen derartige Kundgebungen mit aller Sicherheit schließen.

Mit Lobesworten feierte die Nationalliberale Korrespondenz die der alten Tradition entsprechenden Beschlüsse der Koblenzer Tagung hinsichtlich der sozialen Frage, über die man sich nur freuen könne. „Denn darüber besteht kein Zweifel, daß unsere ganze Kultur vor einer Katastrophe von unabsehbarer Tragweite nur behütet werden kann, wenn alle, welche ernstlich eine solche Katastrophe vermieden zu sehen wünschen, zur gemeinsamen Arbeit zusammenstehen." Allein die Koblenzer Versammlung habe doch wohl etwas des Guten zuviel getan, „um gerade die katholische Bevölkerung bzw. die Zentrumspartei als eine

[14] Vgl. Germania, 31. August 1890 (Nr. 200).

besonders zuverlässige Stütze einer Sozialpolitik darzustellen, welche man mit geflissentlichem Nachdruck als ‚kaiserliche‘ bezeichnete, wohl um einen Gegensatz zwischen dem Kaiser und der ‚Bourgeoisie‘ zu konstruieren“. Das liberale Organ vergaß leider, wie schwer belehrbar sein Leserkreis noch immer in sozialen Dingen war, und daß so gut nationalliberale Blätter, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die Allgemeine Zeitung und die Kölnische Zeitung, bald offen, bald versteckt Wilhelms II. sozialpolitische Bestrebungen bekämpften.

Durch solche liberalen Nörgeleien ließ sich das katholische Deutschland in der sozialen Aktion, welche für das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts charaktergebend werden sollte, nicht im geringsten beirren. Wenige Wochen nach der Koblenzer Generalversammlung wurde die von Windthorst so heiß erstrebte und in seinem Schlußwort angekündigte Gründung des ‚Volksvereins‘ vollzogen. Als klassisches, herrliches Kompendium christlich-sozialer Wahrheiten begrüßten demnächst die Katholiken Leos XIII. Rundschreiben über die Arbeiterfrage vom 15. Mai 1891, die Enzyklika Rerum novarum. Die dort niedergelegten Grundsätze ins praktische Leben überzuführen, besaß man fortan in Deutschland ein einzigartiges Organ.

Den Gedanken der eventuellen Gründung katholischer Privatschulen, der den deutschen Liberalismus so sehr alarmiert hatte, mußte Windthorst im Winter 1890/91 auch auf der Rednertribüne des Preußischen Abgeordnetenhauses vertreten und begründen. Es geschah dieses aus Anlaß des Volksschulgesetzentwurfes, den der Kultusminister v. Goßler am 12. November 1890 vorgelegt hatte. Der Entwurf mit seinem Festhalten am Staatsschulmonopol, seiner Begünstigung der Simultanschule, der ungenügenden Berücksichtigung der kirchlichen Rechte bezüglich des religiösen Unterrichtes empörte förmlich die Seele des Katholikenführers[15]. Dieser setzte denn auch seine letzte Kraft daran, das unheildrohende Gesetzgebungswerk abzuwenden; bereits schwer leidend, erschien er unermüdlich nach

[15] Vgl. Jos. Heß, Der Kampf um die Schule in Preußen 1872—1906, Köln 1912, 57 ff.

langem parlamentarischen Tagewerk an den Abenden in der Kommissionssitzung. Und die letzte große Freude, die er erlebte, war die Nachricht, daß Goßler gestürzt sei, daß die Regierung die Vorlage zurückgezogen habe und durch den neuen Kultusminister Grafen v. Zedlitz-Trützschler einen revidierten Entwurf einzubringen beabsichtige. Wie ein Held auf dem Schlachtfeld ist Ludwig Windthorst in der Frühe des 14. März 1891 entschlafen im gottgesegneten Alter von beinahe 80 Lebensjahren. Kaiser Wilhelm II. ließ der Leiche des Verblichenen fürstliche Ehren erweisen, in allen Lagern wurde den hohen Charakter- und Geisteseigenschaften des Heimgegangenen vorbehaltlose Anerkennung gezollt. In monumentalen Worten verlieh der von den Zentrumsfraktionen des Reichstages und Preußischen Abgeordnetenhauses veröffentlichte Nachruf dem Schmerz der deutschen Katholiken Ausdruck: „Das katholische Volk Deutschlands verliert in dem Entschlafenen den bewährtesten und eifrigsten Vertreter, den geliebtesten und hochverehrtesten Führer, den gewaltigsten Vorkämpfer."

Daß die katholische Organisation ihres unvergleichlichen, überragenden Leiters beraubt worden sei, war einer der Leitgedanken des Katholikentages von Danzig (30. August bis 3. September 1891). Schon am Begrüßungsabende huldigte in diesem Sinne Freiherr Burghard v. Schorlemer-Alst dem Andenken des Toten, und diese Huldigung wollte um so mehr besagen, als auf wirtschaftspolitischem Gebiete zwischen dem westfälischen Freiherrn und Windthorst letzthin nicht immer volle Harmonie bestanden hatte. Mit tief schmerzlichem Gefühle, so sagte v. Schorlemer, sei er an Hannover vorbeigefahren, mit dem herzlichsten Bedauern, Windthorst nicht mit nach Danzig bringen zu können. „Nach Danzig! Und er hatte doch gerade so sehr gewünscht, daß hier die Generalversammlung stattfände. Und wie würde er, wenn er heute und an den folgenden Tagen in unserer Mitte wäre, die Versammlung mit seinem Geiste, mit seinem warmen katholischen Herzen durchdringen! Wie würde er sie erfreuen durch seine Reden, wie würde er sie ermuntern durch den guten Humor, der ihm so eigen-

tümlich war. Gott hat es anders gewollt! Aber das darf ich wohl sagen: Der Geist Windthorsts wird auch diese Generalversammlung beseelen, und wir werden uns bemühen, in dem Geiste, in welchem er so glücklich die früheren Generalversammlungen — ich darf sagen — geleitet hat, auch unsererseits zu wirken, so daß auch diese 38. Generalversammlung ihren Vorgängerinnen sich in würdiger Weise anschließen und zur Ehre Gottes und zum Wohle der katholischen Kirche in Deutschland abgehalten werden wird“ [16].

Durch Berufung auf den Präsidentenstuhl wollte der Katholikentag einen Mann auszeichnen, der weit über seinen Heimatstaat Württemberg hinaus bekannt geworden war aus Anlaß seines Auftretens wider die Intoleranz der württembergischen Regierung, die der Bitte des hochbetagten Rottenburger Bischofs K. J. v. Hefele, in seiner Diözese zur Aushilfe in der Seelsorge eine Anzahl von solchen Ordensmännern berufen zu dürfen, wie sie in Preußen, Bayern und den Reichslanden zugelassen waren, sich hartnäckig verschlossen hatte. Graf Otto von Rechberg-Rothenlöwen war der Organisator der diese Engherzigkeit und Rückständigkeit schärfstens verurteilenden Aktion der katholischen Württemberger, die am 23. November 1890 in einer von 20 000 Männern besuchten Riesenversammlung zu Ulm machtvoll für die endliche Zulassung von Männerorden eintrat. Auch in dem süddeutschen Königreiche sollte es sich als dringend notwendig erweisen, daß die sog. ‚Landespartei‘ sich im Sinne des Zentrumsprogramms reorganisiere, was denn auch im Jahre 1894 erreicht worden ist [17].

Mit wärmsten Worten hatten die Katholiken Danzigs, „fern von dem Mittelpunkte des katholischen Lebens, in der Diaspora, unter besonders schwierigen Verhältnissen“ lebend, die Glaubensbrüder aus allen Gauen Deutschlands eingeladen, in großer Zahl nach der alten Ordensritter- und Hansastadt zu kommen,

---

[16] Verhandlungen 1891 (Danzig) 85.

[17] Näheres s. bei Brück-Kißling, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland IV, 2, 302 f.; Katholische Bewegung, Jahrg. 1892, 188 f.

mit dem Hinweis auf Danzigs zahlreiche Denkmäler alter Herrlichkeit, seine Erinnerungen an ein reiches katholisches Glaubensleben, seine architektonisch so bedeutenden Bauten, seine herrliche Lage am Ostseestrande. Dem Aufruf wurde in erfreulicher Weise entsprochen; für die polnisch sprechenden Gäste aus Westpreußen und Posen tagte unter dem Vorsitz des Grafen Hektor Kwilecki eine Parallelversammlung.

Die Erwartungen, die als Diözesanoberer Bischof Dr. Leo Redner von Kulm in der ersten öffentlichen Versammlung aussprach, daß die Verhandlungen reiche Früchte zeitigen möchten zugunsten der christlichen Caritas, echter Wissenschaft, Bildung und Erziehung sowie der Abwehr des Umsturzes, sollten nicht unerfüllt bleiben. In meisterhafter Rede warnte Freiherr von Schorlemer-Alst vor der Auffassung, daß der sozialistischen Bewegung hauptsächlich eine ‚Magenfrage' zugrunde liege, nein, viel mehr sei es eine Seelenfrage. Der Atheismus, der Internationalismus und Utopismus der deutschen Sozialdemokratie erhielten die verdiente Züchtigung; mit dringenden Mahnungen an das deutsche Volk, durch das Beispiel aufrichtiger, werktätiger Religiosität, durch Wahrung der kirchlichen Freiheit, christliche Jugenderziehung, einträchtiges Zusammenleben der Konfessionen und unablässiges Weiterarbeiten an der Sozialreform den Umsturzbestrebungen entgegenzutreten, schloß der Redner seine Ausführungen.

Diesem ersten Vortrag hatte als Gast Herr v. Goßler, nunmehr Oberpräsident von Westpreußen, angewohnt. Es wurde vielerseits bemerkt und begreiflich gefunden, daß der hohe Herr den Saal verließ, als Dr. Porsch das Wort ergriff zur Frage des Volksschulgesetzes. Man befinde sich in dieser Frage den Erklärungen des neuen Kultusministers zufolge gewissermaßen zwischen zwei Schlachten. Was von der zu erwartenden neuen Gesetzesvorlage unbedingt erwartet werden müsse, sei die Anerkennung des Rechtes der Kirche, den Religionsunterricht durch ihre eigenen Organe zu urteilen. Den Katholiken liege es fern, die staatlichen Oberaufsichtsrechte bezüglich der Schule nicht anzuerkennen, aber sie faßten das Verhältnis von Staat

und Kirche zur Schule auf als ein Kondominat, beide Mächte hätten in weiser Teilung ihrer Funktionen für die Schule und in der Schule für die christliche Erziehung des Volkes zu sorgen. Die Kirche lebe nicht vom Gnadenbrot des Staates, sie sei nicht eine Magd, die für den Staat die bösen Buben in Ordnung zu halten habe. „Es ist ein dringendes staatliches Interesse, daß in unserem Volke die Meinung stets festgewurzelt sei, daß über den mächtigsten Fürsten dieser Erde noch eine Gewalt besteht, vor der die Kirche ein eigenes Recht auf Existenz und auf Bewegung besitzt, daß über den mächtigsten Fürsten dieser Erde noch eine göttliche Gewalt besteht, vor der die Fürsten und die Organe des Staates sich nicht bloß aus äußerer Konvenienz neigen, sondern aus tiefster innerer Überzeugung vor der Allmacht des ewigen Gottes. Und diese Meinung im Volke zu verbreiten, liegt ein staatliches Interesse vor, daß die Kirche kraft eigenen Rechtes die Völker für die Ewigkeit erzieht."

Selbstverständlich forderte Dr. Porsch, daß die Schule überall da, wo nicht unübersteigliche Hindernisse vorlägen, konfessionell eingerichtet werde. Er schloß mit Worten des Vertrauens auf die preußische Staatsregierung und die Einsicht aller politischen Parteien. Von den Konservativen sei zu erhoffen, daß sie bei dem neuen Versuch einer Lösung der Schulfrage sich für die Aufrechterhaltung historischer Rechte einsetzen würden, und jedem Liberalen müßte die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn er in dieser Frage, die sich durchaus als Gewissensfrage christlicher Eltern darstelle, die Gewissensfreiheit mit Füßen treten wollte [18].

Die Schulfrage wurde auch in weiteren Reden sowohl der öffentlichen wie der geschlossenen Versammlungen vorzugsweise behandelt; auf die soizale Frage lenkte sich von neuem die Aufmerksamkeit, als Dr. K. Trimborn den ‚Volksverein für das katholische Deutschland' als jüngstes Glied der katholischen Organisation einzuverleiben bat, und Dr. Schädler die päpstliche Enzyklika Rerum novarum mit ihrer dringenden Forderung der Hilfe für unzählige notleidende Söhne des arbeitenden

[18] Verhandlungen 1891 (Danzig) 146 ff.

Volkes als Leitstern für die soziale Betätigung des Staates, der Kirche und der Privaten charakterisierte.

Einer religiösen Kundgebung sondergleichen, die in jenen Tagen und Wochen im Westen Deutschlands stattfand und die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zog, wurde wiederholt in Danzig gedacht, es war die Wallfahrt nach Trier zum hl. Rock, dem ungenähten Gewande des Heilandes. Beinahe zwei Millionen frommer Wallfahrer, eine Riesenarmee von Betern, kamen im Sommer 1891 in die alte Römerstadt an der Mosel. „In Trier“, so rief mit glücklicher Nutzanwendung in der Schlußsitzung Stadtpfarrer Huhn aus München aus, „ist eine große Manifestation katholischen Lebens. Sie gilt dem heiligen Gewande, das Christus, der Herr, getragen hat. Dieses Gewand ist, wie die Schrift uns sagt, ungenäht und ungeteilt. Laßt auch uns alle, katholische Brüder, ungeteilt sein! Laßt uns einig sein und laßt uns über dem, was uns etwa trennen zu können scheinen mag, das nicht vergessen, was eminent uns vereinigt: Das ist unser heiliger katholischer Glaube!“

Schier unersetzliche Verluste hatte die kirchliche Sache in Deutschland während der Jahre 1890 und 1891 erlitten, gestorben waren die Mainzer Moufang und Heinrich, Kardinal Hergenröther und Prälat Hettinger, ferner der Parlamentarier Frhr. v. Frankenstein. All diese teuren Namen erwähnte Dr. Ernst Lieber, als er sich anschickte, die Gedächtnisrede auf den Meistbetrauerten der jüngst Verstorbenen zu halten, auf Ludwig Windthorst. Er feierte den Heimgegangenen als den Kämpfer für das Recht. Gerechtigkeit und Freiheit unermüdlich, mit allen Mitteln, zu verteidigen, gleichmäßig für alle zu reklamieren, für sie unter schwierigsten Verhältnissen einzutreten durch die Mittel des passiven Widerstandes und des aktiven Gehorsams, jenes Gehorsams, „der nicht im stillen Quietismus wartet, bis die göttliche Vorsehung den Despotismus bricht, sondern der unermüdlich handelt, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln handelt, um Wandel im Unrecht zu schaffen und dem Rechte und der Freiheit eine Gasse zu bereiten“ — das sei der Inhalt seines Strebens gewesen. Der

tausendmal als Reichsfeind Verleumdete habe sich tatsächlich stets bereit gezeigt, für die Größe, Macht und Herrlichkeit des deutschen Vaterlandes alles einzusetzen, immer sei er ein loyaler Staatsbürger gewesen. Gewiß, lange Jahre habe er sich in der Opposition befunden, aber diese sei nichts anderes gewesen als der „Widerstand gegen Unrecht und Bedrückung um des Volkes willen, das nach Befreiung und nach Recht lechzt". Ergänzende Züge und programmatische Ausführungen fügte Graf von Ballestrem hinzu. Das Große an dem verstorbenen Führer sei gewesen, daß er ‚Schule gemacht', die Jüngeren je nach ihrer besonderen Befähigung an den richtigen Platz gestellt habe. Deshalb brauche man um das gewaltige, für einen einzelnen übergroße Erbe, das er hinterlassen, nicht zu bangen: Diejenigen, die unter Windthorsts Führung gekämpft und gesiegt hätten, werde Gott stärken, daß sie, ein jeder an seiner Stelle, die große Hinterlassenschaft zu erhalten und zu mehren vermöchten. Große Aufgaben lasteten auf diesen geistigen Erben, die Beseitigung aller Reste des Kulturkampfes, die Erkämpfung eines wahrhaft christlichen Schulgesetzes, die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Garantien der kirchlichen Freiheit. „Wir müssen nie vergessen, daß wir eine geborene Minorität sind. Wir müssen nie vergessen, daß die andersgläubige Majorität sich nicht gescheut hat, gegen unseren Willen uns Gesetze auf dem uns eigensten kirchlichen Gebiete aufzuzwingen, und daß sie das wieder tun kann. Wenn wir aber in imposanter Macht und Organisation Gewehr bei Fuß dastehen, da werden sie sich es dreimal überlegen und vielleicht noch öfter." Im Geiste Windthorsts habe die katholische Organisation Deutschlands zu wirken, das sei vor allem der Geist aufrichtiger Gottesfurcht und tiefer Religiosität, gehorsamer Hingebung an das Oberhaupt der katholischen Kirche, ferner der Geist treuer Vaterlandsliebe und politischer Mäßigung[19].

Ein mit der bischöflichen Würde ausgezeichneter Greis, der zum Opfer des Kulturkampfes gewordene ehemalige Feldpropst

---

[19] Verhandlungen 1891 (Danzig) 405 ff.

Namszanowski, schloß die Versammlung mit ergreifenden Worten der Mahnung und dem bischöflichen Segen. Es war eine würdige und gehaltreiche Tagung am Strand der Ostsee gewesen, und die gegnerische Presse spottete ihrer selbst, wenn sie diese als ‚Versammlung führerloser Epigonen‘ kurzerhand abtun zu können glaubte.

Der Winter 1891—1892 ist unvergeßlich wegen des hochdramatischen Weltanschauungskampfes, der sich im Preußischen Abgeordnetenhause abspielte. Um das in der preußischen Verfassungsurkunde niedergelegte Versprechen eines umfassenden Volksschulgesetzes endlich einzulösen, hatte der Kultusminister Graf Zedlitz-Trützschler, ein ernster Christ und gläubiger Protestant, eine entsprechende Gesetzesvorlage eingebracht, die auf christgläubigen Grundsätzen aufgebaut war, zwar die bestehenden Simultanschulen aufrechterhielt, aber die Neubildung von solchen verhindern wollte, wie sie denn überhaupt prinzipiell die Konfessionsschule als das Normale hinstellte, auch in Sachen der Privatschule und des Religionsunterrichtes die Kirchen besser stellte als die bisherige Verwaltungspraxis es zugelassen hatte. Selbstverständlich war der Minister von Kaiser und König Wilhelm II. zur Einbringung der Vorlage ermächtigt, unter dem denkwürdigen Schriftstücke standen die Namen aller preußischen Staatsminister. Einen gewaltigen Redekampf entfesselte die Generaldebatte; für die Vorlage traten Konservative, Zentrum und Polen ein, so daß ihr eine Mehrheit sicher war, mochten die Gegner, Freikonservative, Nationalliberale und Deutschfreisinnige, auch Zeter und Mordio rufen wegen geplanter ‚Auslieferung der Schule an die Kirche‘ und ‚Auslieferung der Lehrerschaft an die Geistlichkeit‘, mochten sie noch so leidenschaftlich für ‚dogmenlosen Moralunterricht‘ oder wenigstens für einzige Zulassung ‚liberaler‘ Theologie eifern. Mit wahrem Mannesmut traten auf seiten der vom Zentrum entsandten Redner, Dr. Porsch, P. Reichensperger, Dauzenberg und Rintelen, der Kultusminister sowohl wie der Ministerpräsident, des Fürsten Bismarck Nachfolger Graf Caprivi, der liberal-fortschrittlichen Agitation entgegen. Des Grafen Caprivi

soldatisch knappe Ausdrucksweise prägte den Angriffen des geeinten Liberalismus gegenüber das berühmt gewordene Wort: „Ich glaube, es handelt sich hier in letzter Instanz nicht um evangelisch und katholisch, sondern es handelt sich um christlich und atheistisch.“ Nach sehr stürmischen Generaldebatten gelangte die Vorlage an die Kommission, die 22 Sitzungen abhielt. Da fand am 17. März 1892 ein Kronrat statt, nach dessen Schluß der Kultusminister Graf Zedlitz-Trützschler aus dem Staatsdienst, Reichskanzler Caprivi aus der Stellung eines preußischen Ministerpräsidenten ausschied und die nunmehr vom Grafen Botho von Eulenburg präsidierte preußische Staatsregierung die ganze Vorlage zurückzog[20].

Auf das Drängen amtlicher und außeramtlicher Ratgeber hin hatte der Inhaber der Krone diesen folgenschweren Entschluß gefaßt, für Kaiser Wilhelms II. vielberufene Zickzackpolitik war der Schritt besonders charakteristisch. Triumphierend hatte bereits unterm 30. Januar ein ungenannter freikonservativer Führer an das Haupt der nationalliberalen Partei, Rudolf v. Bennigsen, gemeldet: „Majestät will sich nicht von den Nationalliberalen trennen ... Das Volksschulgesetz versumpft oder kommt mit den Nationalliberalen zustande. Die feste Stellungnahme der Freikonservativen war entscheidend“[21]. Den Monarchen hatte man mit dem Gedanken bange zu machen gesucht, daß der katholische Volksteil von dem Recht, Privatschulen zu gründen, einen der Regierung ungenehmen Gebrauch machen würde. Wilhelm II. vertraute dem Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst eine Nachricht an, deren Unglaubwürdigkeit jedem Kenner der tatsächlichen Verhältnisse ohne weiteres hätte feststehen müssen: Aus Rom werde ihm berichtet, daß die Jesuiten schon sieben Millionen zusammen hätten, um freie Schulen zu gründen. „Und da versichern mir die Minister, daß

---

[20] Vgl. V. Rintelen, Der Volksschulgesetzentwurf des Grafen v. Zedlitz-Trützschler, Frankfurt 1893, 5 ff.; Heß, Der Kampf um die Schule in Preußen, 63 ff.

[21] H. Oncken, Rudolf v. Bennigsen. II, Stuttgart 1910, 561; vgl. H. v. Petersdorff, Kleist-Retzow, Stuttgart 1907, 530 ff.

die Katholiken kein Geld haben, um freie Schulen zu gründen" [22]. Das Bedauern des katholischen Volksteiles über das Scheitern eines Schulgesetzes auf christlicher Grundlage wurde vollauf von den positiven Protestanten geteilt, wie denn der Berliner Hofprediger Rudolf Kögel schrieb: „Für den Kaiser, für die Volksschule und das Vaterland, für die ganze konservative Sache tut mir Zedlitzs Abschied sehr leid" [23].

Unter dem vollen Eindruck dieser Ereignisse tagte 1892 (28. August—1. September) in Mainz die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, die es als Pflicht betrachtete, einen Mann zum Präsidenten zu wählen, der in dem jüngsten Schulkampf zu den hervorragendsten Wortführern des katholischen Lagers gehört hatte, den Breslauer Juristen Dr. Felix Porsch. In der ersten geschlossenen Versammlung bereits hob ein Standesgenosse des Vorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. A. Schmitt aus Mainz, die Lehren hervor, welche der letzte Schulkampf den Katholiken von Preußen und ganz Deutschland erteilt habe. Die Notwendigkeit katholischer Organisation sei wieder allen aufs klarste bewußt, ein heilsames Mißtrauen allgemein rege geworden: Die Katholiken dürften eben niemals vergessen, daß sie eine Minderheit in Deutschland seien und ihr Pulver trocken halten müßten. „Mag die Zukunft noch so große Verlockungen bringen — das Schicksal der preußischen Schulgesetzvorlage wird stets ein günstiger Regulator unserer Gefühle und eine wohltätige Dusche für etwa noch übrig gebliebene Optimisten sein. Wie es uns von Gott gesetzt ist, gegen uns selbst zu kämpfen, solange wir leben, so ist es uns auch in unserem Vaterlande bestimmt, zeitlebens kampfbereit und kampfgerüstet zu sein." In seiner Rede voll von Geist und Feuer dankte Bischof Dr. Paulus Leopold Haffner dem Grafen Caprivi für die Klarheit, mit der er die dem gesamten modernen Geisteskampf zugrunde liegende Alternative ‚christlich oder atheistisch' aus-

[22] Chl. von Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten II 485 f.

[23] G. Kögel, Rudolf Kögel. Sein Werden und Wirken III, Berlin 1904, 333.

gesprochen habe: „Das ist eine gewaltige Wendung, welche wir kaum fassen können, über welche aber unsere liberalen Professoren geradezu den Verstand zu verlieren scheinen. Der Atheismus hat mit diesem Worte seine gedeckte, um nicht zu sagen bevorzugte Stellung verloren. Das ist bitter für unsere liberalen Professoren, das muß ihnen wie ein Märchen erscheinen. Hat man denn nicht bis jetzt den Atheismus frei und offen in allen Tonarten gelehrt auf unseren Hochschulen?" Im Zusammenhang mit der sozialen Frage zeichnete die Berliner parlamentarischen Vorgänge Freiherr v. Schorlemer-Alst. Heute jubelten die Liberalen, die Leute ‚von Bildung und Besitz'. Aber wehe ihnen! All das, woran ihre Herzen mit allen Fasern hingen, werde ihnen genommen werden, wenn einmal die aus der religionslosen Schule sich rekrutierende Sozialdemokratie zur Macht gelange. Die von dem Liberalismus angepriesenen pädagogischen ‚Ersatzmittel', konfessionslosen Religionsunterricht, konfessionslose Moral, ästhetisch-literarische Bildung, wies Dr. Siben als völlig wertlos nach. Mit energischen Ausführungen wandte sich Dr. Lieber dagegen, daß Graf Caprivi am 29. Januar den wegen des Schulgesetzes aufgeregten Nationalliberalen zur Beruhigung gesagt hatte, die preußische Regierung werde gegebenenfalls im Bundesrate ihre Stimmen gegen eine von der Reichstagsmehrheit beschlossene Wiederzulassung des Jesuitenordens abgeben. Graf Ballestrem sprach über den Zickzackkurs: Die Kosten der Ereignisse vom März 1892 werde nicht das Christentum zu tragen haben, sondern das Königtum, das einen ‚großen échec erlitten' habe. „Das Vertrauen in die stetige Führung der Geschäfte ist verloren gegangen. Das ist nicht bei uns allein verloren gegangen, sondern bei allen. Denn auch der Gegner will wissen, ob die Geschäfte stetig geführt werden; auch er will sich darauf einrichten; auch er will nicht, daß, was heute offiziell schwarz war, morgen ohne jeden Grund auf einmal für weiß erklärt wird." Im übrigen begrüßte der Redner den neuen Kultusminister Robert Bosse vertrauensvoll als gläubigen Christen [24].

[24] Verhandlungen 1892 (Mainz) 434 ff.

Von den ferneren Reden seien hervorgehoben zwei Gedächtnisreden, die des Oberpfarrers Dr. Schmitz auf den am 24. Dezember 1891 verstorbenen unvergeßlichen Zerstörer der protestantischen ‚Reformations'-Legende Johannes Janssen und des Schweizers Nationalrat Dr. Decurtins auf Wilhelm Emanuel v. Ketteler, den Bahnbrecher auf einem andern, dem sozialen Gebiete. Reichen Beifall fanden auch der badische Zentrumsführer Pfarrer Wacker mit seinen instruktiven Aufschlüssen über die Parität bzw. Disparität, zumal in Baden, und eines Württembergers, Adolf Gröbers, Jungfernrede, die das Thema der Freigebung des Wirkens katholischer Männerorden behandelte, die auf diesem Gebiete herrschenden Zustände in einem seitdem oft zitierten Memorialverse prägnant schildernd:

„In Preußen — erträglich,
In Hessen — kläglich,
In Württemberg — traurig,
In Baden — — schaurig" [25].

Die Lehre, welche die preußische Regierung aus den Mainzer Verhandlungen zog, war einer Auslassung der offiziösen Norddeutschen Allg. Zeitung zufolge (5. September 1892) die, daß nach wie vor das katholische Lager bewundernswert einig, alle anderen Gruppen in Deutschland aber heillos uneinig seien und leider von den Katholiken nichts lernen wollten. Diese Worte glaubte die liberale Nationalzeitung so auslegen zu dürfen: „Das Zentrum imponiert der Regierung aufs höchste." Ernstliche Beachtung fanden die Verhandlungen, zumal Bischof Dr. Haffners Worte über das ungläubige Professorentum, in gläubig protestantischen Kreisen, die gerade wegen des an den Namen A. Harnacks sich knüpfenden ‚Apostolikumsstreites' [26] voll lebhafter Besorgnis waren. Unter diesen Umständen glaubte die Universitätswissenschaft sich verteidigen zu müssen, und das geschah alsbald von zwei verschiedenen Seiten her, in einer

[25] Verhandlungen 1892 (Mainz) 264.

[26] Über diesen s. Kißling, Der deutsche Protestantismus II 360 ff.

eigenen Broschüre des Bonner Professors Jürgen Bona Meyer und in dem Beitrag, den der Berliner Philosoph Friedrich Paulsen zu der Festschrift der deutschen Universitäten für die Weltausstellung in Chicago beisteuerte [27].

So kam es, daß in der ersten öffentlichen Versammlung des vom Grafen Ferdinand v. Galen präsidierten Würzburger Katholikentages (27.—31. August 1893) unmittelbar nach den Begrüßungsreden des Diözesanbischofs Dr. F. J. v. Stein und des Erzbischofs von Bamberg Dr. J. v. Schork der Würzburger Apologet Dr. Hermann Schell das Wort nahm zu dem Thema ‚Der Katholizismus in Deutschland und die deutschen Universitäten'. Seinen Vorteil, ex concessis argumentieren zu können, nahm der Gelehrte trefflich wahr. Von Jürgen Bona Meyer war zugestanden worden, daß die zeitigen Vertreter der Geisteswissenschaften zumeist Pantheisten seien. Das sei, so legte Schell dar, ein äußerst bequemer Ausweg, die moderne Wissenschaft von dem Vorwurfe der Gottlosigkeit zu befreien. Nicht auf den Namen komme es an, sondern auf die Sache. Wie die Pantheisten die Welt Gott nennen, so könne auch der derbste Materialist dem Urstoff den Namen Gottes beilegen, um sich als des Atheismus unverdächtig hinzustellen. „Worauf es ankommt, ist nichts anderes als der lebendige, persönliche Gott, der als Schöpfer, Herr und Richter mit ersturſächlicher Weisheit und Heiligkeit über der Welt steht und sich als Lehrer, Vater und Heiland in Gnaden zu geistigem Verkehr mit seinem Geschöpf herablassen kann. Wenn aber der eigentliche Gegensatz ‚Christlich oder atheistisch!' lautet, auf welche Seite kommen da die pantheistischen Philosophen zu stehen? Auf welche Seite werden sie sich selber stellen? Wird der salbungsvolle Gebrauch oder Mißbrauch des Namens ‚Gott' stark genug sein, sie auf die gottesgläubige Seite herüberzuziehen, oder wird der Spott über Weltschöpfung und Offenbarung sich als der richtigere Ausdruck ihrer Gesinnung erproben?" Übrigens habe ein so hervorragen-

[27] Jürgen Bona Meyer, Der Mainzer Katholikentag, der Fall Harnack und die Gottlosigkeit unserer Universitäten, Hamburg 1893; W. Lexis, Die deutschen Universitäten I, Berlin 1893, 79 ff.

der Denker wie der jüngere Fichte im Jahre 1876 als die eigentliche Signatur der philosophischen Gegenwart gleich dem Grafen Caprivi festgestellt den Gegensatz von Theismus und Atheismus. Im weitern wies Schell es als sonderbare Unterstellung zurück, wenn von den Gegnern das Drängen der Katholiken nach einer gebührenden Vertretung christlicher Philosophie an den Hochschulen intolerant gescholten werde. „Das soll Intoleranz sein, wenn man dem Gegner nicht die Alleinherrschaft, zumal an stiftungsmäßig katholischen Universitäten, geduldig zugesteht? Und das in einem Lande, dessen Bevölkerung, mindestens in den katholischen Gebieten. wirklich und ernstlich christgläubig ist?“ Mit einem wuchtigen programmatischen Satz schloß der Würzburger Apologet seine geistvollen Ausführungen: „Dem Grundgedanken und den Traditionen des katholischen Geistes in Deutschland und seiner Weltaufgabe entspricht es nicht, seine Ansprüche auf eine gebührende Vertretung an unseren öffentlichen Universitäten zu mindern oder gar aufzugeben — aus Unmut oder Überdruß an dem engherzigen Geiste, der dort die Alleinherrschaft mit allen Mitteln behaupten will. Es entspricht ihm nicht, sich dafür auf die Gründung neuer Stiftungen zurückzuziehen und den Schwerpunkt der katholischen Wissenschaft etwa auf seine Universitäten oder in die Seminarien zu verlegen. Vielmehr fordert Zeit und Land, daß das katholische Deutschland sein grundsätzliches, sein geschichtliches und sein politisches Recht auf die gebührende Vertretung des christlichen Geistes an unsern Universitäten geltend mache durch öffentliche Forderung wie durch fachmännische Beteiligung an der wissenschaftlichen Arbeit“ [28].

Diesem Auftakt entsprach es, daß die Würzburger Tagung zu beträchtlichem Teile unter dem Zeichen der Unterrichtsfrage stand. Über die Mängel und die Reformbedürftigkeit der humanistischen Gymnasien verbreitete sich der Aschaffenburger Professor Dr. J. Straub, Lehrer E. Antoni aus Dahn stellte als erstes Ziel aller Pädagogik hin die Erziehung zur opferwilligen Hin-

[28] Verhandlungen 1893 (Würzburg) 85 ff.

gabe an Gott; Dechant Dr. Hammer-Wolfstein, als humorvoller, packender Redner längst anerkannt, legte seiner Rede über wahre Volksbildung das Wort zugrunde: Omnium quaestionum solutio Christus, aller Fragen endgültige Lösung ist Christus.

Anderseits hatte die Rednerkommission des Würzburger Lokalkomitees sich von dem Gedanken leiten lassen, dem Dr. Lieber Ausdruck verlieh, als er in seiner Rede über die Pflichten des katholischen Mannes im öffentlichen Leben ausrief: „Die soziale Frage ist die Signatur, die rechte eigentliche Signatur der Gegenwart, und diese soziale Aufgabe, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Neugestaltung auf christlicher Grundlage in gewissenhafter Anbahnung an das geschichtlich Gewordene ist für die Gegenwart und eine unabsehbare Zukunft die wesentliche Pflicht für den katholischen Mann." Adolf Gröber war eingeladen worden, über ‚korporative Organisation der Berufsstände' zu sprechen, Graf Sylva-Tarouca aus Wien hatte über das Wesen der sozialen Frage, Benefiziat Hauser-Augsburg über Sozialdemokratie und Massenunglauben zu referieren. Anknüpfend an den zu Jerusalem mit außerordentlichem Glanz und Erfolg gefeierten Eucharistischen Kongreß beleuchtete der Kirchenhistoriker Dr. Albert Ehrhard die Zustände in den vom Hl. Stuhl getrennten orientalischen Kirchen und die besonders durch das hochherzige Unionswirken Leos XIII. neubefestigten Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung der griechischen mit der lateinischen Kirche.

An eine 35 Jahre zurückliegende Begebenheit von europäischem Rufe wurde die Würzburger Versammlung erinnert durch das Auftreten eines Gastes aus Italien, des Abbate Mortara. Der Sachverhalt war der, daß das christliche Dienstmädchen einer in Bologna (Kirchenstaat) wohnenden jüdischen Familie Mortara ein dem Tode nahe scheinendes Kind derselben, Edgar, heimlich getauft hatte. Als der Knabe wieder gesund wurde, entdeckte das Mädchen in seiner Gewissensnot das Geschehene der Obrigkeit, die entsprechend einem Gesetze vom 28. Februar 1747 darauf bestand, daß der dem Knaben durch das Taufsakrament erteilte christliche Charakter bei seiner Erziehung anerkannt

werde. Trotz des Widerstandes der jüdischen Eltern wurde der siebenjährige Junge in ein römisches Kolleg verbracht, dem Elternpaar blieb es unbenommen, ihn zu besuchen. Eine unbeschreibliche Hetze wider die Kirche ging während des Jahres 1858 durch die gesamte liberale Welt, sie drang selbst bis in die Kabinette der Fürsten, der ‚Fall Mortara' war eine Zeitlang das stehende Thema der Presse, nicht zuletzt auch der protestantischen Kirchenzeitungen. Es gehörte ein gewisser Mut dazu, daß in diesem Zusammenhange Hengstenbergs Evangelische Kirchenzeitung bei allem Poltern gegen ‚Rom', dem vor allem daran liege, den Ruf unerschütterlicher Festigkeit und Konsequenz zu wahren, es wagte, einen Fall aus Berlin heranzuziehen, wo (im Jahre 1715) drei Judenmädchen von 8—12 Jahren von einem evangelischen Prediger begehrt hätten, getauft zu werden, und nach der Taufe ihren Eltern nicht zurückgegeben worden seien. Justus Henning Böhmer, der berühmte Jurist, habe das Verfahren gebilligt mit den Worten: „Das Recht der Eltern kann hier kaum in Betracht kommen, da ihre Gewalt nicht auf dasjenige ausgedehnt werden kann, was die Gnade Gottes in den Kindern wirkt"[29]. Die alte lutherische Orthodoxie hatte eben noch den richtigen Begriff von dem übernatürlichen Charakter des Tauffakramentes und den Rechten auf alle Gnaden des Christentums, die es dem Täufling erteilt. Weil aber in dem modernen Protestantismus mehr und mehr eine völlig naturalistische Auffassung der Taufe die Oberhand zu gewinnen droht[30], muß man es erleben, daß noch heute der Fall Mortara agitatorisch ausgebeutet wird als ‚himmelschreiende Gewalttat', ‚päpstliche Schändlichkeit', ‚Hinterlist' usw.[31].

Als Mortara in Würzburg die deutschen Katholiken begrüßte, war er katholischer Priester und lateranensischer Chor-

[29] Evangelische Kirchenzeitung 1859, 62 f.

[30] Ausführliche Nachweise s. bei Kißling, Der deutsche Protestantismus II 338 ff.

[31] So Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 339 ff., II 78. Die Akten über den Fall Mortara s. im Archiv für katholisches Kirchenrecht III 644 ff., IV 491 ff.

herr zu Rom. Er sprach davon, daß das Übernatürliche sich geltend machen müsse im öffentlichen Leben, in der Schule, in der Bildung der Jugend. „Gerade diesem übernatürlichem habe ich es zu verdanken, daß ich durch die Gnade Gottes bin, was ich bin. Der Betonung dieses übernatürlichen Rechtes der Kirche, wie es Pius IX. so hervorhob, habe ich es zu verdanken, daß ich heute ein Christ, ein Katholik bin, daß ich der katholischen Kirche angehöre ..., daß ich die Ehre habe, der Katholikenversammlung der deutschen Nation beizuwohnen." All der Hader und Streit um seine bescheidene Person habe längst aufgehört, geblieben aber sei das Non possumus des Papstes, sowohl Pius' IX. wie Leos XIII., die Betonung ewiger, übernatürlicher Rechte [32].

Mit besonderer Liebe wandten die in Würzburg Versammelten ihren Blick nach Rom, hatte doch Papst Leo XIII. im Februar den fünfzigsten Jahrestag seiner Bischofsweihe begangen. Die Pilger aus Deutschland, die in großer Zahl persönlich (9. Mai) dem Jubilar ihre Verehrung hatten bezeugen können, waren von ihm in besonderer Weise ausgezeichnet worden. Niemand, so berichtete als Augenzeuge Dr. A. v. Steinle, der in der Nähe war und gesehen habe, wie der Hl. Vater mit den Pilgern sprach, werde es je in seinem Leben vergessen, in welch liebevoller, wahrhaft väterlicher Art Leo XIII. sich der Deutschen angenommen habe. Markig war die Rede, in der Dr. A. Schmitt-Mainz den Jubelgreis als den sozialen Papst feierte, kraftvoll der Protest, den der rheinische Jurist gegen das von Italien wider den Hl. Stuhl verübte Unrecht erneuerte im Sinne der noch von Windthorst formulierten wuchtigen und nun wieder angenommenen Resolution. Nicht Sache des Papstes, des durch das Unrecht Verletzten, sei es, die Mittel zu zeigen, wie die ihm zugefügte Unbill gesühnt werden könne. „Italien hat sein Unrecht wieder gutzumachen, Italien muß die Wege finden, und wenn das heutige Italien im Verein mit allen Papstfeinden uns das Wort zuruft: Es geht nicht, so antworten wir Katho-

[32] Verhandlungen 1893 (Würzburg) 151 f.

liken mit um so größerer Entschiedenheit: Es muß gehen, sieh du zu!" Der Gottmensch, der von den Toten auferstanden sei, werde zu gegebener Zeit auch den Kirchenstaat wieder auferstehen lassen[33].

In Danzig war von beredtem Munde die Erwartung ausgesprochen worden, daß nach einer glanzvollen Periode, in der den Zeitumständen entsprechend große Kirchenpolitiker, allen voran Ludwig Windthorst, dem Katholikentage sein Gepräge gegeben hätten, nun wieder die Männer der Wissenschaft mehr hervortreten möchten: es solle eine Zeit kommen, von der ein künftiger Historiker werde sagen können, „das ist die Periode, wo die Männer der Gelehrsamkeit und die Männer des öffentlichen Lebens sich einander auf den Generalversammlungen die Hand gereicht haben". Diese Hoffnung zu verwirklichen, hatte der Würzburger Katholikentag einen verheißungsvollen Anfang gemacht, weiteres tat der von Köln (26.—30. August 1894), der, geleitet von dem bayerischen Zentrumsführer Dr. Georg Orterer, eine glänzende Heerschau des katholischen Lagers werden sollte, nicht zur Vorbereitung unberechtigter Angriffe, aber zur entschlossenen und nachdrucksvollen Abwehr der gegen eine wahre und gerechte Parität, wider die höchsten idealen Güter des katholischen Volkes und die soziale Ordnung gerichteten Bestrebungen. Sowohl der verdiente Vorsitzende des Lokalkomitees, Justizrat Custodis, wie der Präsident und nach ihm der Kölner Weihbischof Dr. H. J. Schmitz hoben gleich zu Beginn diesen letzteren Gedanken lebhaft hervor. Einem wichtigen Teile der Paritätsfrage war der Vortrag des Bonner Kirchenhistorikers Dr. H. Schroers gewidmet, der Frage der höheren wissenschaftlichen Bildung. Auf dem Gebiet der Wissenschaft müsse das katholische Deutschland Kräfte in solcher Anzahl zur Verfügung stellen, daß es den Gegnern unmöglich werde, sie fürder übersehen zu wollen. So entspreche es den großen Traditionen der katholischen Kirche, welche die antike Kultur christianisiert, im Mittelalter erfolgreich den Kampf mit der arabischen Philosophie aufgenommen, in der

[33] Verhandlungen 1893 (Würzburg) 252 ff.

Renaissance alles, was an dem Humanismus berechtigt war, in ihren Dienst genommen habe. Die gewaltige geistige Gärung der Gegenwart fordere von dem Idealismus der katholischen Christen, getreu den Weisungen Papst Leos XIII. alle Kräfte einzusetzen, damit der Lüge die Wahrheit, der gottentfremdeten Wissenschaft die christliche entgegengestellt werde[34].

Die Paritätsklagen der Katholiken Preußens in ihrem vollen Umfang trug der Trierer Rechtsanwalt Dr. Damian Görtz vor, mit dem Gebiete der Gesetzgebung beginnend. Die Existenz und Wirksamkeit der katholischen Ordensniederlassungen hänge von dem Belieben der Landespolizeibehörde ab, die erwiesenermaßen bei jeder Gründung eines katholischen Schwesternheimes die umständlichsten und langwierigsten Erhebungen betreffs der ‚Bedürfnisfrage' veranstalte, während neue Diakonissenhäuser ohne Staatsgenehmigung entstehen dürften. Was aber den Diakonissen recht sei, müsse unseren katholischen Ordensschwestern billig sein. Die Wirksamkeit des Jesuitengesetzes illustrierte der Redner an einem zurzeit vielbesprochenen Vorfall: „Als in Aachen ein Jesuitenpater über religiös-wissenschaftliche und sozialpolitische Themata Vorträge halten wollte, wurde das auf Grund des Jesuitengesetzes verboten. Um dieselbe Zeit aber ließ man einen bekannten badischen sozialdemokratischen und atheistischen Wanderprediger in demselben Aachen seine atheistischen Vorträge halten." Ehrensache für die Katholiken sei es, daß diese ganze Art von Gesetzgebung, möge sie sich auf die Kirchenverwaltung oder das Ordenswesen beziehen, beseitigt werde — ihres disparitätischen Charakters wegen. Ganz und gar ungleich behandele Preußen Protestanten und Katholiken bei Zuwendungen aus öffentlichen Fonds, bei Gründung von Kirchengemeinden in der Diaspora, bei Anerkennung konfessioneller Lehranstalten, in Fragen der Lokalschulinspektion durch Geistliche. Wie in der Staatsverwaltung das katholische Element vertreten sei, lehre die Tatsache, daß im Kultusministerium Minister und Unterstaatssekretär und 40 Räte protestantisch

---

[34] Verhandlungen 1894 (Köln) 150 ff.

seien, katholische Räte gebe es 4 oder 5. „Keiner von sämtlichen Ministern in Preußen ist katholisch, kein Unterstaatssekretär ist katholisch, kein Oberpräsident ist katholisch. Schlesien und die Rheinprovinz haben nie einen katholischen Oberpräsidenten gesehen, solange sie bei Preußen sind. Kein Oberlandesgerichtspräsident ist katholisch, und bei den 36 Regierungen, die wir haben, haben wir nach meiner Zählung gegenwärtig zwei Regierungspräsidenten. In den 36 Regierungen findet sich nirgends in der wichtigen Abteilung für Schul- und Kirchensachen ein katholischer Oberregierungsrat, überall steht an deren Spitze der protestantische Oberregierungsrat."

Die Frage, ob das alles Zufall sei oder System, beantworte sich von selber. Das System sei begründet in der Geschichte des preußischen Staates, in fortdauernder unberechtigter konfessioneller Befangenheit. Die herrschende Disparität bedeute aber für den katholischen Volksteil eine ungeheure Einbuße auf wirtschaftlichem, sozialem, ethischem und idealem Gebiete. „Und deshalb ist es für uns eine Lebensfrage, daß wir dieser Disparität mit allen uns von der Verfassung und Gesetzgebung gegebenen loyalen Mitteln ein Ende zu machen streben" [35].

Gerade im Gegensatz zu den dargelegten Verhältnissen in Preußen wirkte es wahrhaft grandios, daß Prof. Dr. Schaepman die vollkommen freiheitliche Stellung schilderte, welcher die katholische Kirche in Holland auf allen ihren Lebensgebieten, in Unterricht, Ordenswesen, Seelsorge sich zu erfreuen habe.

Mit besonderen Erwartungen hatte man den sozialpolitischen Beratungen des Kölner Katholikentages entgegengesehen. Im Juni 1894 veröffentlichten die Historisch-politischen Blätter [36] einen Rückblick auf die bisherige Tätigkeit der Ge-

[35] Verhandlungen 1894 (Köln) 205 ff. Zu vergleichen sind das Rededuell über die Paritätsfrage zwischen dem Abgeordneten Dr. Karl Bachem und dem Kultusminister Dr. Rob. Bosse vom 1. März 1894 in den Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses 1894 II 752 ff. und die Aufsätze ‚Die konfessionelle Parität im Beamtentum des preußischen Staates' in den Historisch-politischen Blättern Bd. 114 (1894) 477 ff., 549 ff., 646 ff.; vgl. daselbst S. 800 ff.

[36] Historisch-politische Blätter Bd. 113 (1894) 890 ff.

neralversammlungen auf diesem Gebiete, der mit Recht hervorheben konnte: „Wir haben in den letzten Jahrzehnten in der sozialpolitischen Erkenntnis und ihrer praktischen Geltendmachung doch recht ansehnliche Fortschritte gemacht, so vieles auch noch zu tun bleibt." In Köln aber müsse man einen großen Schritt weiterkommen, wenn möglich in einem knappen Arbeitsprogramm vor allem das zu formulieren suchen, was alsbald mit einiger Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden könne. „Wenn manche der früheren Generalversammlungen weniger fruchtbar an positiven Ergebnissen namentlich auf sozialpolitischem Gebiete waren, so erklärt sich dies hauptsächlich aus dem Mangel genügender Vorbereitung. In so schwierigen Fragen darf man es nie auf die Eingebungen des Augenblicks ankommen lassen, sondern muß ein wohlgesichtetes Material als Unterlage der Erörterung in Bereitschaft halten."

In Verfolgung des derart bekanntgegebenen Zieles hatte das Kölner Lokalkomitee eine ‚sozialpolitische Kommission' gebildet, die in monatelangen Beratungen die Hauptpunkte eines Aktionsprogramms — Sonntagsruhe, gewerkschaftliche Organisation, praktisch-soziale Kurse in den Arbeitervereinen, Regelung der Arbeitszeit, Hilfskassen, Wohnungsreform, Agrar- und Handwerkerfrage u. a. in wohlerwogenen Thesen aufführte. Diese gründliche Arbeit wurde von dem Ausschuß des Katholikentages in fünfstündiger Sitzung durchberaten und zur Annahme en bloc empfohlen. Weihbischof Dr. Schmitz feierte die Bedeutung des unter großen Mühen Erreichten: eine Marschroute sei nunmehr festgestellt, die Thesen könnten und sollten in allen sozialen Standesvereinigungen zur Diskussion gestellt und in das praktische Leben umgesetzt werden. In öffentlicher Sitzung hielt Freiherr v. Schorlemer-Alst einen dem wohlverdienten Ruf dieses warmherzigen katholischen Sozialpolitikers alle Ehre machenden gedankenreichen Vortrag, der sein letzter sein sollte; am 17. März 1895 ist der ‚westfälische Bauernkönig' gestorben. Auch ein anderer Veteran des Katholikentages, August Reichensperger, dessen Verdienste in Köln durch Wahl zum Ehrenpräsidenten anerkannt worden waren, sollte die nächste Tagung nicht mehr erleben († 16. Juli 1895).

Just in den Tagen, in denen ganz Deutschland das Gedächtnis der vor einem Vierteljahrhundert errungenen denkwürdigen Siege beging, trat (25.—29. August 1895) die Generalversammlung von München zusammen, ausgezeichnet durch die Anwesenheit der Erzbischöfe A. v. Thoma-München und J. v. Schork-Bamberg; Präsident war ein Rheinländer, Eduard Müller-Koblenz.

Ein ‚preisendes, bewunderndes, dankbares Gedenken' wurde den Helden von 1870, welche den Boden des deutschen Vaterlandes vor den Schrecken des Krieges bewahrt, die deutsche Einheit erkämpft hatten, schon am Begrüßungsabend geweiht, noch öfters wurde ihrer in den folgenden Tagen gedacht. Es konnte gleichzeitig auch das Jubiläum der Definition des Unfehlbarkeitsdogmas begangen werden. Mit würdigsten Worten legte Freiherr v. Hertling die Bedeutung dieses weltgeschichtlichen Ereignisses dar, anknüpfend an die schweren Kämpfe, die ihm voraufgegangen waren. „In gefestigtem Glauben, voll Dank gegen die Vorsehung, blicken wir heute auf jene Zeit zurück. Keine der Befürchtungen hat sich erfüllt, welche kleingläubige Freunde und Glieder der Kirche gehegt hatten, irregeführt von den Vorurteilen des Weltsinnes oder den Bedenken einer nur die Außenseite der Dinge beachtenden Wissenschaft, und ebenso keine der Hoffnungen, welche die Feinde der Kirche an das geknüpft hatten, was sie den Sieg der Kurialistenpartei und ihres vornehmsten Trägers, des Jesuitenordens, zu nennen pflegten. In den Kreisen der Staatsmänner lächelt man heute über die künstlich erdachten Schreckbilder, mit denen man damals sich und andere geängstigt hatte. Einiger als je steht die Kirche da, und das katholische Volk seufzt nicht etwa unter einem neuen Joche, welches die Vertreter der Geistesknechtschaft ihm auf den Nacken gelegt hätten, sondern es verehrt in der Unfehlbarkeit des Papstes als des obersten Hüters und Lehrers der geoffenbarten Wahrheit das wertvollste Unterpfand jener unmittelbaren und ganz speziellen Leitung, welche Christus der von ihm gestifteten Kirche zur Fortsetzung seines Heilswerkes angedeihen läßt."

Noch wenige Tage, und es war auch ein Vierteljahrhundert verflossen, seitdem das neue Italien den Statthalter Christi zum

Gefangenen im Vatikan gemacht hatte. Der Ruinen, welche die pietätlose piemontesische Herrschaft in der Ewigen Stadt geschaffen hatte, gedachte Freiherr v. Hertling mit Worten tiefster Entrüstung; er erinnerte aber auch daran, daß noch immer Roms Charakter durch das Papsttum bestimmt sei, daß die religiöse Autorität des Heiligen Vaters begeisterter anerkannt werde denn je, und daß der Papst als Herrscher über das geistige Reich von 250 Millionen noch immer ein mächtiger politischer Faktor sei. Und gerade deswegen habe der 20. September 1870 einen so gewaltigen Konflikt geschaffen, denn diese 250 Millionen könnten nicht dulden, daß ihr geistliches Oberhaupt Untertan einer einzelnen Macht werde; weil die Stellung des Papsttums eine internationale, universale sei, könne sie der Basis territorialer Souveränität nicht entbehren. Nicht von kriegerischen Verwicklungen erhofften die Katholiken die Lösung der Römischen Frage, sondern von der Gewalt der öffentlichen Meinung[37].

Des Freiherrn v. Hertling Kollege an der Münchener Universität, Professor H. Grauert, machte auf merkwürdige Zeichen der Zeit aufmerksam. Während in Deutschland die atheistischen Kreise Friedrich Nietzsches ‚Antichrist' zujubelten, zeige sich in Frankreich ein entschiedener Zug zu einer im Glauben gebundenen Weltanschauung, wie zumal der jüngst in der Revue des deux mondes erschienene Artikel Ferdinand Brunetières ‚Nach einem Besuch im Vatikan' beweise. Es sei Sache der katholischen Gelehrten, die neuerdings auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und Medizin, der Geschichte und Archäologie durch Namen ersten Ranges vertreten seien, mit immer zahlreicheren bestgebildeten Kräften mitzuwirken an der Aussöhnung zwischen Wissen und Glauben.

In schönem Einklang mit dieser Forderung stand es, daß Stadtpfarrer Huhn die vielen Tausende der anwesenden Männer mit dem ganzen Aufgebote seiner Beredsamkeit ermahnte, apologetische Studien zu treiben: Mann für Mann müsse werden ein christlicher Philosoph, ein christlicher Theologe, ein christ-

---

[37] Verhandlungen 1895 (München) 256 ff.

licher Politiker, ein christlicher Soziologe. Überhaupt war der moderne Kampf der Weltanschauungen das große Hauptmotiv in den Münchener Verhandlungen. Unter diesem Gesichtspunkte behandelte Dr. Porsch die Ordensfrage, Dr. Orterer die Frage des Mittelschulunterrichts, Lehrer A. Wörle die des Volksschulunterrichts. Dr. K. Bachem schilderte quellenmäßig die Weltanschauung des Sozialismus, A. Gröber sprach über ‚Das Christentum als Grundlage des staatlichen Lebens', Dr. Schädler über ‚Die Arbeit im Lichte des Christentums'.

Oftmals waren die Katholikentage als Ergänzung der Volksmissionen bezeichnet worden. Dieser Charakter kam der Münchener Versammlung buchstäblich zu. Im Frühjahr 1895 waren, wie Domherr Dr. Stigloher berichtete, in 12 Kirchen der Hauptstadt Bayerns durch 48 Ordenspriester Missionspredigten abgehalten worden, viele Tausende hatten die hl. Sakramente der Buße und des Altars empfangen. Was die priesterlichen Missionäre begonnen hatten, war von den Laienmissionären des Katholikentages gefördert worden. Die örtliche Anteilnahme an der Tagung war gewaltig groß, über 3000 Mitgliederkarten und beinahe 4000 Tageskarten waren gelöst worden. Ja, man war ein sehr großes Stück weiter gekommen im katholischen München seit jenem Jahre 1876, wo die Generalversammlung, schwach besucht, unter so trüber Stimmung hatte verhandeln müssen.

Von dem Hochsitze der Wissenschaften und Künste an der Isar wanderte der Katholikenkongreß nach dem westdeutschen Industriegebiete, nach Dortmund (23.—27. August 1896), er nahm dort beinahe den Charakter eines sozialen Kongresses an, ohne daß die rein religiösen Interessen hätten völlig zurücktreten müssen. Bedeutsam hieß es in dem Aufruf des Lokalkomitees: „Hier, wo der gleichmäßige Gang der Maschinen keinen Stillstand duldet, wo der nächtlich gerötete Himmel ein Wahrzeichen irdischen Schaffens des rastlosen Menschengeistes ist, pulsiert auch ein frisches kirchliches Leben. Hier bietet sich unseren Glaubensbrüdern so recht Gelegenheit zu sehen, welch schwierige Aufgaben die Religion in ihrer segensreichen Wirk-

samkeit zu lösen berufen ist. Vor wenigen Jahrzehnten hatte Dortmund noch nicht 1000 Katholiken und nur ein katholisches Gotteshaus, heute zählt die Stadt unter 115 000 Einwohnern an 50 000 Katholiken, die drei Pfarrkirchen, mehrere Kapellen und blühende Wohltätigkeitsanstalten besitzen. Mehr denn 20 katholische Vereine sind bestrebt, unser Volk vor den Gefahren und Irrlehren einer Gott entfremdeten Zeit zu schützen." Von der imposanten katholischen Organisationsarbeit, die in Dortmund geleistet war, empfingen die Gäste nach dem Worte des Präsidenten der Generalversammlung, des Landgerichtsrates A. Gröber, schon am Vorabend einen tiefen Eindruck: das an diesem Tag gefeierte Verbandsfest der Dortmunder Vereine war von zirka 25 000 Teilnehmern besucht. „Das war", so sagte Gröber, „eine Versammlung von beängstigender Größe. Man mußte sich fragen: Wie kann das ablaufen, ohne daß ein Unglück entsteht? Eine solche Menschenmasse! Und doch ist kein Unglück geschehen, alles hat sich in bester Ruhe und Ordnung abgewickelt. Das war eine Versammlung von Katholiken, die an Ordnung gewöhnt sind" [38].

Ein schlichter apostolischer Mann, der Kapuzinerpater Cyprian, gab einen Überblick über die neuere Entwicklung und die Aufgaben der katholischen Caritas. Nicht das zur Verfügung gestellte Almosen und Geld sei die Hauptsache bei den Werken der Liebestätigkeit, sondern „die Persönlichkeiten, die Seele und Leben hingeben für die Armen". Notwendig sei das größere Bekanntwerden der caritativen Anstalten, zum Besten des notleidenden Volkes sowohl wie auch im Interesse ihrer apologetischen Bedeutung. Über die Handwerkerfrage referierte Freiherr v. Schorlemer-Overhagen, über die Agrarfrage Gutsbesitzer K. Herold, der es sich angelegen sein ließ, die seit dem ‚Antrag Kanitz' (1895) auch in die katholischen bäuerlichen Kreise dringende einseitig agrarische Agitation zurückzuweisen. Praktische Lösungen von Fragen über die gewerkschaftliche Organisation machte ein mitten in der Praxis stehender Mann,

[38] Verhandlungen 1896 (Dortmund) 151.

Bergmann A. Brust, zum Gegenstand eines lehrreichen Vortrages. Fabrikant Bogeno sprach über ‚Arbeiterwohl, Rechte und Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer‘, Dr. Schädler über ‚Die sittliche Bewahrung der Jugend‘, Pfarrer Dr. Schmitz-Trier über ‚Klerus und soziale Frage‘. Daneben gingen Vorträge über die großen Prinzipienfragen, so der des Weihbischofs Dr. Schmitz, der die Bedeutung der kirchlichen Autorität für die Menschheit darlegte, und des Fabrikanten Matthias Wiese apologetisch wie programmatisch bedeutende, das orare wie das laborare gleichmäßig berücksichtigende Rede ‚Katholizismus und wirtschaftlicher Fortschritt‘ [39]. Selbstverständlich hatte es sich die Generalversammlung zur Ehrenpflicht gemacht, die protestantische Mehrheit der Stadt Dortmund auch nicht mit einem einzigen Wort in ihren konfessionellen Gefühlen zu kränken; der einen Wunsch in dieser Hinsicht am Begrüßungsabend aussprechende Bürgermeister Arnecke hatte offenbar die alten Traditionen des Katholikentages nicht gekannt.

Es wurde soeben berührt, daß in der Mitte der neunziger Jahre extrem agrarische Bestrebungen wie die Einheit zwischen deutschem Norden und deutschem Süden — das Schlagwort von der ‚bayerischen Reichsverdrossenheit‘ war damals in lebhaftem Umlaufe — so auch die Einheit der katholischen Organisation zu stören drohte. Des radikalen ‚Bayerischen Bauernbundes‘ angeblich nur ‚antiklerikale‘ Hetze verriet zudem bereits dessen religionsfeindliche Tendenzen, die später sich so erschreckend offenbaren sollten. In Unterfranken hatten treue katholische Männer auf der Wacht gestanden und diesen gefährlichen Bestrebungen gegenüber einen ‚Christlichen Bauernverein‘ gegründet. Dringend geboten erschien es, daß diese Organisation auch nach der ‚Kornkammer Bayerns‘, nach Niederbayern, verpflanzt werde. Diese Erwägung war dafür maßgebend, daß die Generalversammlung des Jahres 1897 in der niederbayerischen Hauptstadt Landshut abgehalten wurde (29. August—2. September). Die Begeisterung der nur 20 000 Einwohner zählenden

[39] Verhandlungen 1896 (Dortmund) 340 ff.

eingesessenen Bevölkerung überwand die Schwierigkeit, für 3000 Festgäste Quartier zu beschaffen, über alles Erwarten gut; die Anwesenheit der Erzbischöfe von München und Bamberg sowie des Regensburger Bischofs Dr. J. v. Senestrey verlieh der Versammlung besonderen Glanz. Mit Stolz konnte Bürgermeister O. Marschall bei seiner Begrüßung den katholischen Charakter von Landshut hervorheben: 39 von den 40 Ratsherren seien Mitglieder des Lokalkomitees.

Auf den Präsidentensitz wurde ein Mann berufen, der bei den neuerlichen parlamentarischen Kämpfen des Zentrums in der Paritätsfrage in erster Reihe gestanden hatte, Dr. Karl Bachem aus Köln. Ihm fiel es zu, die Frage der agrarischen Sonderwünsche im großen Zusammenhang vorzuführen. Er ging aus von dem politischen Gebiete, auf dem allerdings die Katholiken eine bedeutende Machtstellung erlangt hatten; war es doch die Zeit, wo man von dem Zentrumsführer Dr. Lieber als dem ‚Reichsregenten' redete. „Es ist ja wahr," so gab Dr. Bachem zu, „daß das Zentrum zurzeit teils auf dem Grunde der Treue des katholischen Volkes, teils aber auch auf dem Grunde einer sonderbaren Gunst der Verhältnisse eine Stellung einnimmt, wie vielleicht niemals vorher eine Vertretung katholischer Ideen in unserem Parlamente sie eingenommen hat. Die Vertretung des katholischen Volkes in Berlin hat ein Ansehen gewonnen, mit dem wir allerdings, für sich allein betrachtet, zufrieden sein könnten. Aber dabei bleibt bestehen, daß das katholische Volk in Deutschland wie auch zumal in dem größten Bundesstaat Preußen eine Minorität ist, und wenn eine Minorität einen derartigen Einfluß ausübt, so ist ihr Posten immer vergleichbar einer Pyramide, die auf der Spitze steht." Keinesfalls erlaube die Lage den Katholiken den Luxus von Spaltungen und Sonderungen. Könne man denn wünschen, daß der Kulturkampf in anderer Gestalt wiederkehre? Bedürfe nicht die Position der Katholiken an den Hochschulen noch dringend der Stärkung? Bedeute nicht das Staatsschulmonopol eine dauernde Gefahr? Politik im eigentlichen Sinne zu treiben, sei nicht Aufgabe der Katholikentage. „Wohl aber treiben wir hier Politik in dem

Sinne, daß wir auf die großen Prinzipien uns besinnen, die alle Politik durchwehen müssen“ [40].

Über die Agrarfrage im besonderen referierte der Reichstagsabgeordnete L. Gerstenberger, den Bauernstand warnend vor hetzerischen Agitatoren, aber auch die schwere Notlage der Landwirtschaft ebenso verständnisvoll schildernd wie die in Betracht kommenden Abhilfsmaßregeln. Unter diesen stehe die Gründung ‚christlicher Bauernvereine‘ obenan. An und für sich könnten die katholischen Landwirte mit dem ‚Bauernbund‘ oder dem ‚Bund der Landwirte‘ in vielen Fragen Hand in Hand arbeiten, ihre Organisation aber könne nur ein Verein darstellen, „der den Menschen nach jeder Seite hin in Angriff nimmt und behandelt“. Wirkliche Erziehungsarbeit vermöge nur eine christliche Organisation zu leisten. Sowohl Dr. Gerstenberger wie der nach ihm sprechende Kapuzinerpater Benno Auracher ermunterten den katholischen Klerus, trotz etwaiger Mißerfolge und Anfeindungen weiterhin tüchtige soziale Arbeit zu leisten. Die wichtigen wirtschaftlich-sozialen Fortschritte, die das neue Bürgerliche Gesetzbuch zumal für die bäuerliche Bevölkerung bedeute, erläuterte eingehend Adolf Gröber. Mit großem Freimut behandelte Freiherr v. Morsey in seiner Rede über die katholische Einigkeit die für Niederbayern so aktuelle Tagesfrage der bäuerlichen Organisation: „Wo der Bauernbund seine Versammlungen gehalten, kommen die sozialistischen Führer am nächsten Sonntag. Wo der Bauernbund zuerst den Unfrieden, das Mißtrauen und die Zwietracht gesät hat, da kommen die Sozialisten und reißen das Erbe an sich. Wir haben bereits weite Teile des Landes, wo die Agitatoren des Bauernbundes für die sozialistischen Kandidaten eintraten und umgekehrt.“ „Vor einem möchte ich warnen“, so rief der Freiherr den Versammelten zu, „in den heutigen schweren politischen Zeiten, wo die wirtschaftlichen Fragen so brennend geworden sind, da geben Sie acht, daß diese wirtschaftlichen Fragen nicht das Grab der katholischen Einigkeit werden! Denken Sie, daß Sie alle aufrichtige Katholiken

[40] Verhandlungen 1897 (Landshut) 122 ff.

sind, daß das Heil und das Leben der Völker, daß die Quelle der Genesung, die Kraft einer wahrhaften sozialen Reform doch nur immer aus der Wirksamkeit der katholischen Kirche hervorgeht. Die katholische Kirche ist heute noch, wie sie in den Katakomben abgebildet wurde, die Arche Noah, in die wir uns retten müssen aus der Sintflut der Zeit" [41].

Aus diesen Angaben erhellt hinreichend der besondere Charakter der Landshuter Tagung. Sie hat zweifelsohne ihre Früchte getragen, wie das spätere Aufblühen der bayerischen ‚christlichen Bauernvereine' bezeugen sollte. An der Zentralorganisation der deutschen Katholiken lag es nicht, daß diese Früchte nicht so reich geworden sind, wie jeder Freund der Kirche und des Vaterlandes es wünschen mußte.

Hoffnungs- und arbeitsfreudiger Optimismus war der Grundzug des Katholikentages von Krefeld (21.—25. Aug. 1898). Als Männer, die ein halbes Jahrhundert vorher an der Gründungsversammlung sich beteiligt hatten, stellten sich Rentner Joh. Falk III aus Mainz und Dr. Joseph Lingens aus Aachen am Begrüßungsabend vor; rückschauende Betrachtungen legten sich naturgemäß nahe, ihnen verlieh der Münchener Historiker Dr. H. Grauert den würdigsten Ausdruck.

Zunächst aber hatte der Präsident, der bayerische Freiherr Karl v. Freyberg-Eisenberg, ein offenes Grab zu salutieren, das des Altreichskanzlers Fürsten v. Bismarck: Es sei im Rahmen der Verhandlungen nicht der staatsmännischen Verdienste des Fürsten, nicht der Schöpfung der deutschen Einheit zu gedenken. Erinnern wolle er auch nicht an den Versuch der nun erstarrten sieggewohnten Faust, an den Institutionen der katholischen Kirche zu rütteln, bei welchem Versuch die Staatskunst gescheitert sei an der Glaubenstreue des katholischen Volkes. Aber anerkennen wolle er den Mut, mit dem der Verstorbene umgekehrt sei auf verderblicher Bahn. „Er hat uns allerdings den religiösen Frieden nicht zu bringen vermocht, aber er hat einen Zustand geschaffen, den der Hl. Vater selbst als den ‚Zugang zum

[41] Verhandlungen 1897 (Landshut) 326 f.

Frieden' zu bezeichnen geruht hat. Und wer weiß, ob er, wenn er noch länger im Amte geblieben wäre, nicht mit der gewohnten Energie durch alle die häßlichen Reste aus jener unseligen Zeit, durch das Jesuitengesetz z. B., mit dem langen Bleistift einen dicken Strich gemacht hätte? Und darum dürfen angesichts des noch nicht der Erde übergebenen Sarges auch bei uns Katholiken die Leidenschaften des Kampfes zurücktreten und die bitteren Erinnerungen schweigen"[42].

„Wir sind gewachsen!" Mit diesen Worten leitete Weihbischof Dr. H. J. Schmitz die Rede ein, die einen Überblick über die katholische Lage der Gegenwart geben wollte. Gewachsen sei das Heerlager der Katholiken Deutschlands an Zahl, an Festigkeit, an Glaubenskraft, an Liebe, an Bedeutung im öffentlichen Leben, in der nationalen Politik. Wie bedeutungsreich sei es, daß die entscheidende Mitarbeit des Zentrums am Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches und der die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes sichernden Heeres- und Flottengesetze allenthalben anerkannt werde. Vorwärts gekommen seien die Katholiken auch in Technik und Industrie, in Handel, Gewerbe und Verkehrswesen, in Kunst und Wissenschaft. Die Gleichbefähigung des katholischen Volksteiles werde nur noch von Fanatikern angezweifelt, sein Wirken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bekunde eine begeisterte Hingabe an das Wohl des Vaterlandes. So sei denn zu hoffen, daß auch die hohe Bureaukratie mancherlei Engherzigkeiten in Behandlung katholischer Dinge, zumal hinsichtlich des Ordenswesens, überwinden werde.

Die errungene gesteigerte Bedeutung lege aber auch den Katholiken Verantwortungen und Pflichten auf, vor allem die Pflicht der Einigkeit. „Ein Rückschlag in unserer Einigkeit und Energie wird einen Rückgang in der von uns angestrebten christlichen Entwicklung unseres staatlichen, politischen und sozialen Lebens bedeuten. Ja sogar ein Stillstand wird einen Rückgang zur Folge haben. Jeder Verlust ist schwer wett zu machen. Eine

---

[42] Verhandlungen 1898 (Krefeld) 127.

Unstetigkeit unserer Existenz und unserer Leistungen hat eine Unsicherheit in dem Ausbau gesetzgeberischer Tätigkeit, der politischen Richtung und des staatlichen Regimentes zur Folge. Jede maßgebende Partei hat vor Gott, vor der Mitwelt und dem Forum der Geschichte die Verantwortung für die Bewährung ihrer Sache und entsprechend für den Auf- und Niedergang des Gemeinwohles zu tragen. Auch hier berühren sich katholische und patriotische Interessen." Am Schlusse seiner groß angelegten Rede rief der Bischof alle einzelnen Stände auf zur Arbeit an diesem Programm, zur Steigerung energischer Freiwilligenarbeit in den katholischen Organisationen, auf dem kommunalen, caritativen, sozialen und wirtschaftlichen Gebiete. „Das 19. Jahrhundert erzählt von einer Gesellschaft, welche das Christentum lästert, das 20. Jahrhundert soll erzählen von einer Gesellschaft, welche durch das Christentum gerettet wird. An uns ist es, diesen schönsten Triumph mitzufeiern. Möge das katholische Volk stets jene geheiligte Liebe besitzen, welche Begeisterung gibt für Kirche und Vaterland"[43]. Für spezielle Ausführungen zu dem Thema des Weihbischofs Dr. Schmitz war die Versammlung dem Dompropst Dr. Scheuffgen-Trier dankbar, der über den Einfluß des katholischen Gedankens auf die Lösung der sozialen Frage sprach, ferner dem Offenbacher Juristen O. v. Brentano, welcher den katholischen Mann in der praktischen Betätigung des Glaubens schilderte; Adolf Gröbers Rede hatte ‚Die Staatskunst der Katholiken Deutschlands' zum Gegenstande, die des Reichsgerichtsrates Dr. P. Spahn den ‚Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen und die Einigkeit des katholischen Volkes', mit besonderer Bezugnahme auf die Agrar- und die Handwerkerfragen.

In der Frühe des 24. August führten zwei Sonderzüge viele Hunderte von Teilnehmern des Katholikentages nach dem nahen Gnadenorte Kevelaer, wo in feierlichem Pontifikalamt Bischof Dr. Dingelstad von Münster über den Segen der Andacht zu Maria predigte.

Ein wichtiges Ergebnis der Krefelder Tagung war eine

---

[43] Verhandlungen 1898 (Krefeld) 195 ff.

organisatorische Änderung des Statuts für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Fürst Karl von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg hatte durch 26 lange Jahre hindurch als ständiger Kommissar fungiert, die entscheidenden Vorbereitungen für die jeweilige Tagung getroffen und der Ausführung der gefaßten Beschlüsse sich mit nie versiegender Hingabe gewidmet. Der betagte Fürst, entschlossen, seinen Lebensabend in der Stille eines Klosters zu verbringen, stellte in Krefeld den Antrag: „Die 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands beschließt die Wiedereinsetzung eines ‚Zentralkomitees der Katholiken Deutschlands', welches die Obliegenheiten des bisherigen Kommissars zu übernehmen hätte, nachdem die Gründe hinweggefallen sind, welche im Jahre 1872 die Generalversammlung zu Breslau veranlaßt haben, das Kommissariat an Stelle des Zentralkomitees einzusetzen." Das Bedauern über den Entschluß des hochverdienten Fürsten fand lebhaftesten Ausdruck, aber dieser beharrte bei seinem Antrage, besonders den Grund hervorhebend, daß in einem Komitee sich besser die Tradition aufrechterhalten lasse; falle ein Mitglied hinweg, so seien noch die übrigen sachkundig. Es wurde in der Folge der Vorstand der Krefelder Versammlung unter Hinzuziehung des Präsidenten der vorjährigen mit der Bildung eines Zentralkomitees beauftragt. Die Wahl fiel auf die Herren: Fabrikbesitzer F. Brandts-M.-Gladbach, Prof. Dr. F. Hitze-Münster, Graf Cl. Droste-Erbdroste-Darfeld, Graf K. Preysing-Moos, Propst Nacke-Paderborn, Dr. L. Werthmann-Freiburg, Erbgraf v. Königsegg-Aulendorff, Erbprinz A. v. Löwenstein, Dr. F. Porsch-Breslau, Domkapitular Dr. F. Schädler-Bamberg, Prälat Dr. F. Hülskamp-Münster, Justizrat K. Custodis-Köln, Verleger H. Otto-Krefeld, Prinz Franz v. Arenberg, Rechtsanwalt Dr. K. Stephan-Beuthen, Kaufmann K. Walther-Erfurt. Außerdem sollten Mitglieder sein der Präsident und Vizepräsident des letzten und vorletzten Lokalkomitees und der letzten und vorletzten Generalversammlung. Zum Vorsitzenden des Zentralkomitees wurde Graf Droste zu Vischering, Erbdroste des Fürstentums Münster, erkoren. Die nächste Generalversammlung hatte die durch Bildung des Zen-

tralkomitees nötig gewordenen Änderungen der Geschäftsordnung zu treffen. Ferner beschloß sie: „Sobald die nächste Generalversammlung einen neuen Überschuß geliefert hat, wird der alte einschließlich der etwa inzwischen aufgelaufenen Zinsen verwendet zur Ansammlung eines Reservefonds bis zur Höhe von 30 000 Mark, über dessen Verwaltung und Verwendung das Zentralkomitee zu beschließen hat. Die danach entstehenden Überschüsse werden dem St.-Bonifatius-Verein überwiesen [44].

Die Krefelder Tagung war, von dem sie eröffnenden Festzug von 120 niederrheinischen Arbeitervereinen an bis hin zum Schlußbankett, eine so überwältigende Manifestation katholischer Eintracht und Geschlossenheit, daß gerade dieses Charakteristikum in den Pressebetrachtungen der verschiedensten Richtungen unterstrichen wurde. In dem parteizerklüfteten protestantischen Lager wirkte die kundgegebene unbestreitbare Einmütigkeit der Katholiken äußerst peinlich. Um unliebsamen Vergleichungen vorzubeugen, bemühte sich der ‚Reichsbote', das bekannte Pastorenblatt, die katholische Einigkeit selber zu bemäkeln unter Zuhilfenahme antikatholisch lutherisch-pietistischer Phrasen und völlig falscher Angaben über die seelische Verfassung, die in Krefeld maßgebend gewesen war. Der ‚Reichsbote' schrieb am 23. August 1898: „Das Macht- und Herrschaftsstreben der katholischen Kirche beherrscht diese Katholikentage ganz und gar. Kein anderer Gedanke kommt zum Ausdruck, keine Selbsterkenntnis, kein Ruf zur Buße, nichts als eitles Rühmen. Und doch hätten sie gerade jetzt alle Ursache, daran zu denken, daß die äußere Einheit, wenn sie nicht aus der sittlichen Wahrheit und der Gewissenhaftigkeit hervorwächst, sondern prahlerisches, pharisäisches Trotzen und Pochen auf die Macht ist, welche keine Meinungsverschiedenheit aufkommen läßt, ein verhängnisvolles Geschenk für die Völker ist." Das Blatt exemplifizierte sodann auf Spanien, dessen Niederlage in dem ihm frevelntlich von Amerika aufgedrungenen Krieg um Kuba zur Zeit von allen objektiven und gerechten Beobachtern so sehr

---

[44] Verhandlungen 1899 (Neisse) 354 f.

bedauert wurde, die aber in den Augen des ‚Reichsboten‘ offenbar ein Gottesgericht zugunsten des überwiegend protestantischen Amerika sein sollte. Heute, nach den Erfahrungen des Weltkrieges, ist das Pastorenblatt wohl vorsichtiger geworden in der Feststellung von Gottesgerichten, und im übrigen haben alle Katholikentage, von jeglicher Selbstgerechtigkeit frei, immer Gott und seinem eingeborenen Sohne die Ehre gegeben, weil sie nicht im geringsten irdische Macht und Herrschaft erstrebten, sondern immer nur das Heil der Seelen und die Ehre Gottes. Einmal eine gelegentliche Probe orthodox-protestantischer Polemik gegen den Katholikentag mitzuteilen, hielten wir im Interesse der Vollständigkeit geboten.

Wieder war es eine gewisse Rücksicht auf agrarisch-agitatorisches Treiben, die es veranlaßte, daß im Jahre 1899 die Generalversammlung in ein vorwiegend ackerbautreibendes Gebiet verlegt wurde, in die schlesische Kreisstadt Neisse, wo sie vom 27.—31. August unter der Leitung des Reichsgerichtsrates Dr. Peter Spahn tagte. Besondere Bedeutung kam der ersten geschlossenen Versammlung zu, wo eine Abänderung der von Windthorst 1890 in Koblenz redigierten Resolution zur Römischen Frage, die seitdem immer wieder zur Annahme gelangt war, beschlossen wurde. In der Koblenzer Formel war ‚Wiederherstellung der territorialen Souveränität des Hl. Stuhles‘ gefordert worden. Die neue Formulierung, Bezug nehmend auf eine Kundgebung des Papstes selber, hatte folgenden Wortlaut: „Die 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erhebt wie alljährlich so auch in diesem Jahre eindringlichsten Einspruch gegen die Lage des Hl. Stuhles in Rom seit dem Jahre 1870, welche den durch den Ablauf so vieler Jahrhunderte geheiligten Rechtsansprüchen der katholischen Kirche in der schroffsten Weise widerspricht und für die Person des Hl. Vaters wahrhaft unerträglich ist. Sie erklärt ihre volle und rückhaltlose Zustimmung zu den von unserem glorreich regierenden Papste Leo XIII. in seinem Rundschreiben vom 5. August 1898 an die Bischöfe, die Geistlichkeit und das Volk Italiens gerichteten, aber auch für die Katholiken des ganzen Erdkreises geltenden

Worte: ‚Die italienischen Katholiken, eben weil sie Katholiken sind, können nicht das Verlangen aufgeben, daß ihrem höchsten Oberhaupte die notwendige Unabhängigkeit und die wahre und wirkliche Freiheit ganz und voll wiedergegeben werde, welche die unerläßliche Bedingung der Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche ist.‘ Sie erkennt in der Stellung und der Aufgabe des Papsttums in der Welt den wichtigsten Faktor zur Sicherung des Friedens und hält darum den Hl. Stuhl in erster Linie für berufen, der Schiedsrichter bei jedem Interessenstreit der Völker und Staaten zu sein, wie es derselbe von den Zeiten Attilas an oft erfolgreich gewesen ist“ [45].

Der letztere Satz war veranlaßt durch die vom Zaren Nikolaus II. herbeigeführte Friedenskonferenz im Haag, die leider so wenig bleibenden Nutzen stiften sollte.

Der Diözesanbischof, Kardinal Kopp, erläuterte in der ersten öffentlichen Versammlung den gefaßten Beschluß mit den Worten: „Es ist eine unerläßliche Notwendigkeit, daß der Papst in der Ausübung seines heiligen Amtes volle Freiheit habe. Diese Freiheit aber darf nicht von dem guten Willen irgend jemandes abhängen, denn daraus würde folgen, daß sie ihm von demselben auch wieder entzogen werden könnte. Diese Freiheit muß unser ganzes, volles Vertrauen in Anspruch nehmen können, und daraus folgere ich, daß der Papst niemals der Untertan irgend einer weltlichen Macht sein kann.“ Jene Freiheit für den Hl. Vater zu reklamieren, würden die Katholiken nie ablassen. Der von den Nationen ersehnte dauernde Völkerfriede könne nur auf der Grundlage der Religion herbeigeführt werden, die größte religiöse Macht auf Erden aber sei das Papsttum. Daher werde dem Hl. Vater in der Schiedsgerichtsbarkeit der Nationen eine ganz besondere Stellung zukommen, ihm, dem Statthalter des himmlischen Friedensfürsten.

Dem Deutschen Kaiser, der im Vorjahr anläßlich seiner Jerusalemreise den Katholiken Deutschlands die Stätte des Todeshauses Mariä, die Dormitio oder Mariä Heimgang, zum

---

[45] Verhandlungen 1899 (Neisse) 110.

Geschenk gemacht hatte, huldigte Prof. Dr. Dittrich-Braunsberg und schilderte die Aufgaben im Orient, die dem deutschen Katholizismus gesetzt seien.

Die Agrarfrage behandelte Pfarrer Langer-Bärwalde; er warnte vor übertriebenen Erwartungen bezüglich des Kanitzschen Programms der staatlichen Festsetzung von Durchschnittsgetreidepreisen und verwies den Bauernstand auf die Mittel der Selbsthilfe. Eine sozialpolitische Rede großen Stiles hielt der Jesuitenpater H. Pesch. Zumal ließ sich der Neisser Katholikentag angelegen sein, daß in Schlesien der Volksverein für das katholische Deutschland Wurzel fasse, die dritte öffentliche Versammlung wurde zur Generalversammlung des Volksvereins gemacht.

Von katholischer Frömmigkeit war die Wallfahrt beseelt, welche in der Frühe des 30. August 800 Teilnehmer des Katholikentages nach dem Gnadenorte Wartha unternahmen. „Unsere Verhandlungen", so konnte Präsident Dr. Spahn in seinem Schlußworte sagen, „sind durchweg auf den Grundton gestimmt gewesen — und kein Mißklang hat diesen Grundton gestört —, daß die Religion Jesu Christi die Grundlage wie unseres ewigen, so unseres zeitlichen Heiles sei, und daß wir diese Religion Christi als wahre aufbewahrt nur finden in unserer heiligen katholischen Kirche." Und Kardinal Kopp sagte zum Schlusse mit berechtigter Freude: „Ich bin stolz auf meine Schlesier, welche in geschlossenen Reihen an dem Katholikentage teilgenommen haben, um sich ihren Mitbürgern aus dem übrigen Deutschland als ebenbürtige Elitetruppe an die Seite zu stellen. Ich bin stolz auf meine alte Bischofsstadt Neisse, welche in allen ihren Einwohnern schlesische Gastfreundschaft im hellsten und schönsten Bild dargestellt hat."

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Beunruhigende Wetterzeichen um die Jahrhundertwende.

Gelegentlich des Krefelder Katholikentages war von protestantischer Seite ausgesprochen worden, daß es dem katholischen

Lager an jeder Selbsterkenntnis und Selbstkritik fehle. Dem Polemiker muß es an Kenntnis der zeitgenössischen Geschichte sehr erheblich gefehlt haben: gerade in jener Zeit wurde in katholischen Kreisen eine Kritik der kirchlichen Lage geübt, die im einzelnen beachtenswerte Gesichtspunkte zutage förderte, im ganzen aber maßlos übertrieb bis zur Ungerechtigkeit. Das meiste Aufsehen erregte die Aktion des Würzburger Apologeten Hermann Schell, die an die Antifreimaurereibewegung der neunziger Jahre anknüpfte.

Der Anteil der deutschen Freimaurerloge an dem die religiösen Gefühle der Katholiken aufs grausamste verwundenden Kulturkampfe war, wie eine neuere streng quellenmäßige Untersuchung gezeigt hat, ganz und gar nicht unerheblich, aber andererseits auch nicht so wesentlich, als er von vielen eingeschätzt werden mochte [1]. Die Geheimniskrämerei des Maurertums verschuldete es in hohem Maße, wenn über dessen antikirchliche Tätigkeit abenteuerliche Vorstellungen kursierten und die deutsche Loge schlechtweg als mit den radikal irreligiösen ‚Brüdern' in den romanischen Ländern auf völlig gleicher Stufe des Kirchenhasses stehend betrachtet wurde. Den Kreisen, die über das unterirdische Treiben der Freimaurerei gern etwas Gewisses erfahren hätten, schien sich eine willkommene Gelegenheit zu bieten, als in Frankreich ein Monsieur Gabriel Jogand, unter dem Decknamen Leo Taxil und zunächst unter Zuhilfenahme echter Dokumente, ‚Enthüllungen' über die Dreipunktebrüder veröffentlichte, die in Übersetzung auch bald in Deutschland verbreitet wurden. Taxils Unternehmen war auf eine ungeheure Schädigung der Katholiken an Geld, aber auch an Ansehen in der öffentlichen Meinung angelegt. Das zeigte sich, als er und seine Helfer immer wüstere Phantasiestücke über die Loge, die eine ‚Synagoge des Teufels' sein sollte, in den Buchhandel brachten und schließlich die Romanfigur der ‚Miß Diana Vaughan' erfanden, in deren Memoiren angeblich die letzten Aufschlüsse über alle Scheußlichkeiten der Loge und deren Bündnis mit dem

[1] Kißling, Geschichte des Kulturkampfes II 259 ff.

Teufel geboten war. In Frankreich und Italien fand die Taxilliteratur gläubige Leser in Fülle, es schien geboten, gegen die ‚enthüllten‘ Freimaurer kirchlicherseits etwas Entscheidendes zu tun: in Trient sollte (26. Sept. 1896) ein internationaler Antifreimaurerkongreß zusammentreten. Da warnte (24. Sept.) ein deutscher Jesuit, der sein Leben dem Studium der geheimen Gesellschaften gewidmet hatte, in der Presse entschieden vor dem Vaughanschen Enthüllungsschwindel, die Redaktion der Kölnischen Volkszeitung war alsbald auch in der Lage, den Beweis, den P. Hermann Gruber aus inneren Kriterien geführt hatte, durch unwidersprechliche äußere Zeugnisse zu stützen. ‚Taxil‘ wurde in Trient, als er seinen verbrecherischen Aufschneidereien zu ihrem Haupttriumph hatte verhelfen wollen, von zwei deutschen Theologen, Dr. P. M. Baumgarten und Dr. Gratzfeld, heftig zugesetzt, er entschloß sich demnächst, sein und seiner Freunde Schwindelwesen öffentlich zuzugeben mit vielen Worten des Hohnes gegen die Katholiken in Frankreich und Italien, die seine ‚Offenbarungen‘ so gläubig hingenommen hatten [2].

Mit sehr wenig Vorsicht, aber mit um so größerem Behagen hat ein neuerer protestantischer Polemiker diese Geschichte, natürlich sehr einseitig erzählt, seinem Publikum auftischen zu müssen gemeint und geglaubt, sie als eine ‚ungeheure Blamage‘, eine ‚alle Maße übersteigende Bloßstellung des Katholizismus‘, ‚eine schmähliche Niederlage‘ hinstellen zu können [3]. Der verehrte Verfasser weiß offenbar nicht, daß derlei Vorkommnisse keiner Konfession eigentümlich sind, und daß sich ein mächtiges Buch über all die Fälle schreiben ließe, wo protestantische Prediger und Laien, zumal pietistischer Richtung, mit dem Hausbrot der Religion sich nicht begnügend, auf tollen aftermystischen Schwindel hereingefallen sind. Übrigens ist es eine völlig irrige

---

[2] Vgl. Jul. Bachem, Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers, Köln 1913, 161 ff.; H. Cardauns, Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs, 187 ff.; H. Gerber (= H. Gruber S. J.), Leo Taxils Palladismusroman, I—III, Berlin 1897 f.; ders., Betrug als Ende eines Betruges, Berlin 1897.

[3] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 228 f.

Annahme, daß in Deutschland die ‚Taxiliade‘ eine irgendwie erhebliche Anzahl von Opfern gefordert habe. „Tatsächlich“, so urteilt Freiherr v. Hertling, „war es bei uns in Deutschland innerhalb der gebildeten Laienwelt nur ein recht kleiner Teil, der sich für die abgeschmackten Enthüllungen der geheimnisvollen Diana Vaughan interessierte und sich von ihren frechen Erfindern düpieren ließ. Weite Kreise des Volkes sind überhaupt nicht davon berührt worden, niemand, der im politischen Leben eine ernsthafte Rolle spielt, war beteiligt, unsere Zeitungen haben zuerst gewarnt und die Entlarvung der Schwindler betrieben. Und auch von dem deutschen Klerus möchte ich nicht glauben, daß er in erheblichem Umfange an den ebenso dummen als abstoßenden Märchen Geschmack gefunden hätte, jedenfalls war kein Würdenträger und kein namhafter Theologe darunter ...“[4].

So fand man es denn auch befremdlich, daß gerade dieses Tagesereignis der Anlaß war, daß Hermann Schell in den Broschüren ‚Der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts‘ und ‚Die neue Zeit und der alte Glaube‘ Betrachtungen anstellte, deren wesentlicher Inhalt darauf hinausging, daß das berührte Vorkommnis sich aus dem übermächtigen Vordringen des ‚romanischen‘ Geistes in die ‚germanische‘ Welt erkläre, das eine Folge der neuerlichen kirchlichen ‚Zentralisation‘ sei. Zumal glaubte der Autor das Überhandnehmen ‚romanischer‘ Art der Frömmigkeit feststellen zu müssen, eine Bevorzugung der theologischen Bildung in bischöflichen Seminarien vor der an Universitäten erworbenen, eine Geringschätzung der Mitarbeit an wissenschaftlichen, kulturellen und nationalen Aufgaben. Die Besserungsmittel, die er anpreist, sind „die dem Ideal des allgemeinen Priestertums entsprechende Verwertung des Laientums“[5], stärkere Rücksicht auf die gebildeten Stände und deren berechtigte Ansprüche, freiere Entwicklung der theologischen Wissenschaft, der Entschluß aller Katholiken, ihren Glauben als ‚Prinzip des

---

[4] Historisch-politische Blätter 119 (1897) 902 f.

[5] H. Schell, Der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts[6], Würzburg 1897, 107 f.

Fortschritts‘ praktisch zu zeigen durch Vorwärtsstreben auf allen Gebieten, und schließlich eine Revision des bisherigen Gottesbegriffes, für den er hier die Formel ‚Verwirklichung des vollkommenen Geisteslebens‘ vorschlägt.

Jedermann weiß, daß aus dringenden Gründen das kirchliche Lehramt gerade den von Schell vertretenen Gottesbegriff der Causa sui abgelehnt hat, und daß mancherlei Persönlichkeiten, die an des Würzburger Theologen Geisteskraft und warme Liebe zur Kirche, besonders zur kirchlichen Wissenschaft, auch nicht im entferntesten heranreichten, aus den vielberufenen ‚Reformbroschüren‘ sich Schlagwörter angeeignet haben, die zum Teil irreführend, zum Teil direkt unkatholisch waren. Viel Mißbrauch wurde zumal mit dem von Schell lediglich zur Kennzeichnung einer zur Zeit allenthalben erörterten Erscheinung gebrauchten Ausdruck ‚Inferiorität‘ des derzeitigen Katholizismus getrieben. Die Tatsache, um die es sich bei jener Diskussion handelte, war die, daß in den leitenden Stellungen im Staate und an den Universitäten, in Industrie, Erwerbsleben und materiellem Besitz, im Besuch höherer Lehranstalten, besonders der Anstalten realistischer Richtung, die Protestanten Deutschlands den Katholiken einen gewaltigen Vorsprung abgewonnen hatten. Triumphierend hatten 1896 die liberalen Münchener Neuesten Nachrichten geschrieben: „Die Katholiken werden trotz aller Deklamationen mit mathematischer Sicherheit allmählich aus den bedeutenderen und einflußreicheren Stellungen des Geisteslebens und Erwerbslebens der Nation verdrängt werden. Sie werden zunächst verarmen, und infolge dieser Verarmung werden sie immer weniger in der Lage sein, ihre Kinder in höhere Schulen zu schicken. Das bereits bestehende Mißverhältnis wird sich noch steigern, und schließlich wird kein Mahnruf mehr helfen, da die Mittel fehlen, ihm Folge zu leisten.“ Mit der geschichtlichen Erklärung dieses Zurückbleibens der Katholiken haben wir uns an dieser Stelle nicht zu beschäftigen, unsere bisherige Geschichtserzählung bringt ja der Erklärungsgründe genug. Jedenfalls hätte Professor Schell den unglücklichen Ausdruck ‚Inferiorität‘ nicht anwenden sollen; in einem von ihm

durchaus ungewollten Sinne brachten ihn sofort die Gegner der katholischen Kirche in Kurs: die katholische Religion als solche sollte die Ihrigen am Fortkommen auf wissenschaftlichem und materiellem Gebiete hindern [6]. Auch der Polemiker, mit dem wir uns leider so oft zu beschäftigen hatten, benützt häufig die Schlagwörter ‚Inferiorität' oder ‚Rückständigkeit der Katholiken', die sich nach ihm erklären soll aus der katholischen ‚geistigen Unfreiheit, die wirklich bedeutende Geister abstößt'. Niedriger gehängt seien die weiteren Ausführungen des Lizentiaten Bräunlich: „Tatsache bleibt es, daß wirklich wissenschaftlicher Geist und Forschen von spezifisch römischen Glaubensvorstellungen — wie der Anbetung der Hostie als Gott, dem Glauben an die unbefleckte Empfängnis der Maria, an die Wunder und Erscheinungen der Heiligen, die Kraft der Gnadenorte, die Unfehlbarkeit des Papstes usw. — wegführt. Deshalb geht dem Katholizismus sogar von den durch ihn künstlich gezüchteten Gelehrten immer wieder ein Teil verloren. Und zwar geschieht das in demselben Maße, als die wissenschaftliche Urteils- und Leistungsfähigkeit der katholischen Forscher wächst und der äußere Zwang nachläßt, durch den sie sich an ihre Nährväter gefesselt fühlen" [7]. Jeder Katholik weiß, daß nur ein Teil der von dem Polemiker in seiner protestantischen Sprechweise namhaft gemachten Punkte zu den Glaubenssätzen der Kirche gehört, und daß nicht der Widerspruch gegen diese Wahrheiten zum Ausgangspunkt des Unglaubens mancher katholischer Studierender zu werden pflegt, sondern die kritiklos hingenommene, auf protestantischem Boden erwachsene Philosophie, die bekanntermaßen an dem Gebäude des Glaubenssystems Luthers gründliche Unterminierungsarbeit geleistet hat, ausgenommen das odium papae; im Papsthaß sind die verschiedenen modernen Philosopheme und protestantisch-kritischen Systeme unentwegte Verbündete.

Bemerkenswerterweise legte Freiherr von Hertling auf

[6] Vgl. übrigens das gewaltige Material bei H. Rost, Die wirtschaftliche und kulturelle Lage der deutschen Katholiken, Köln 1911, 153 ff.

[7] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage II 147.

dem Landshuter Katholikentag förmlichen Protest gegen das Wort ‚Inferiorität‘ ein. „Wer miterlebt hat, was zumal das katholische Deutschland an politischer Arbeit und politischer Intelligenz gesehen hat, wird über den Vorwurf der Inferiorität nur lächeln. Aber das ist begründet, daß wir gut tun werden, die Superiorität, die wir auf politischem Gebiete glänzend bekunden können und bekundet haben, auch auf wissenschaftlichem Gebiete zu bekunden.“ Der sichere Besitz übernatürlicher Wahrheit bewahre den katholischen Christen wie vor Überschätzung so auch vor Unterschätzung der menschlichen Wissenschaft. Die höheren Studien gebührend zu achten lege sich schon deswegen nahe, weil heutzutage die Wissenschaft in hervorragendem Maße der Technik, dem praktischen Leben vorarbeite. „Von diesem engen Zusammenhange zwischen der Wissenschaft und der Technik, zwischen theoretischer Erkenntnis und den Gütern der Kultur ist heute ja alle Welt durchdrungen. Jedermann weiß das, jedermann preist die Wissenschaft vor allem, weil sie die Kultur so mächtig gefördert hat. Und nun sage ich, wir dürfen diese Güter doch nicht als Bettler aus fremder Hand nehmen! Wir müssen uns doch selbst an ihrem Erwerbe beteiligen, wir müssen selbst mitwirken, um gleichfalls zu entdecken und zu erfinden auf allen Gebieten, wie die Andersgläubigen es getan haben . . . Wenn unsere studierende Jugend, die von Begeisterung für Wissenschaft und ihre Macht erfüllt ist, in der Geschichte der Wissenschaft und der großen Errungenschaften des menschlichen Geistes immer nur die Namen Andersgläubiger findet und nur hie und da einen einzelnen katholischen Gelehrten, so ist die Versuchung sehr nahe, für solche jugendliche und noch schwankende Geister, an die Inferiorität des Katholizismus zu glauben, und diese Gefahr müssen wir beseitigen, und wir werden sie wirksam beseitigen, wenn wir auf allen Gebieten menschlichen Wissens hervorragende Gelehrte besitzen.“ Die richtige Wertschätzung wissenschaftlicher Betätigung sei im katholischen Deutschland mit allen Kräften zu erstreben[8].

---

[8] Verhandlungen 1897 (Landshut) 143 f. Vgl. G. v. Hertling,

Es war gut argumentiert, wenn Freiherr von Hertling den Vorwurf der ‚Inferiorität' der Katholiken gerade mit dem Hinweis auf deren politische Leistungen zurückwies. Seit 1895 ruhte die parlamentarische Geschäftsführung des Reichstags in den Händen der Zentrumsfraktion, und sowohl dem Freiherrn v. Buol-Berenberg, der bis 1898 an der Spitze der Volksvertretung stand, wie dessen Nachfolger, dem Grafen F. v. Ballestrem, versagten auch die Gegner nicht das Zeugnis, daß sie vorbildliche Präsidenten seien. Mit entscheidender Hilfe der ehedem als ‚reichsfeindlich' verschrienen Fraktion war, wie 1879 die Reichsfinanzreform, so 1896 die Großtat der deutschen Rechtseinheit zustandegekommen. Und entsprechend ihrer Zusammensetzung aus den verschiedensten Elementen der Bevölkerung hatte die Partei in den gewaltigen Interessengegensätzen der Zeit auf den verschiedensten Gebieten der Gesetzgebung einen vermittelnden, ausgleichenden, versöhnenden Einfluß ausgeübt. Die durch echt vaterländische Arbeit errungene Machtstellung des Zentrums bereitete naturgemäß dem zur Einflußlosigkeit herabgesunkenen Nationalliberalismus schwerste Herzensbeklemmungen. Die ihm entglittene Macht schien unwiederbringlich verloren, weil er durch eigene Schuld im Volke keinen Wurzelboden mehr besaß, und die auf ihn schwörenden Geldbürger, Industrielle und Professoren beim allgemeinen gleichen Wahlrecht eben keine Legionen bedeuten. Aber die nationalliberale Taktik glaubte die schlimme Situation dennoch erheblich verbessern und das Zentrum bedeutend schwächen zu können, wenn es gelang, den deutschen Michel gruselig zu machen vor den Folgen der Machtstellung der Zentrumsfraktion auf geistigem, kirchenpolitischem Gebiete: Das Gespenst des ‚Ultramontanismus' mußte heraufbeschworen werden. Bereits unterm 9. Juli 1896 schrieb die Kölnische Zeitung, daß bei der politischen Haltung, die letzthin die Zentrumsmänner eingenommen hätten, „sehr wahrscheinlich die Hoffnung mitspielte, auch die Regierung werde schließlich nicht umhin können, so trefflichen Leuten

Das Prinzip des Katholizismus und die Wissenschaft, Freiburg 1899, 54 ff.

auf dem Gebiete ihrer besonderen Herzenswünsche, durch Auslieferung der Schule an die Kirche, Rückberufung der Jesuiten, Bevorzugung ultramontaner Streber im Staatsdienst, zu willen zu sein. In der Tat hat die wohlerwogene Haltung des Zentrums in weiteren Kreisen Befürchtung für die deutsche Geistesfreiheit erregt.“ Hoffentlich werde die Reichsregierung das Zentrum nicht deswegen belohnen, weil es nur seine Pflicht getan habe, und nicht daran denken, „die Kreise der deutschen Bildung und den Protestantismus in die Opposition zu treiben“. Es war System in der Sache. Denn schon am 11. Juli schrieb das süddeutsche ‚Weltblatt‘, die Allgemeine Zeitung: „Wer das Wesen des Zentrums und des Ultramontanismus nur einigermaßen durchschaut, kann und muß sich sehr ernste Gedanken machen angesichts der unerhörten Annäherung der Fraktion an die Regierung, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat, und man wird es sicherlich niemand übel nehmen, wenn er wünscht, daß bald einmal wieder ein recht helles Licht auf den schroffen Abgrund fiele, der zwischen den beiden Weltanschauungen sich auftut: derjenigen, auf welche der moderne Kultur- und Rechtsstaat, das Deutsche Reich und das neue Kaisertum sich aufbaut, und derjenigen, von welcher das Zentrum trotz aller Kompromisse und Konzessionen sich niemals losmachen kann, weil es eben mit ihr sein Wesen aufgeben würde.“

Ausgerechnet in dieser Situation war ein katholischer Professor der Theologie, der Freiburger Kirchenhistoriker und Archäologe F. X. Kraus, weltfremd genug, anonym in der Allgemeinen Zeitung die Spektatorbriefe zu veröffentlichen, die für die kommende ‚antiultramontane‘ Hetze ein Arsenal bedeuten sollten. Den ‚Jesuitismus‘, der den Papst nicht allein in geistiger, sondern besonders auch finanzieller Abhängigkeit halte, den zentralistischen ‚Ultramontanismus‘, der die Kirche höher stelle als die Religion, den Papst mit der Kirche verwechsele, eine weltliche Jurisdiktion des Papstes über Fürsten und Staaten konstruiere, die Annahme, daß 1870 die Jesuiten über die in Döllinger verkörperte deutsche Wissenschaft gesiegt hätten, machte Kraus zur Zielscheibe seiner aus dem Hinterhalt versandten Pfeile. Große

Betrübnis zeigte er darüber, daß das liberale Bürgertum, die ‚Leute von Bildung und Besitz‘, sich mehr und mehr von der Kirche zurückzögen, kirchliche Wissenschaft und Kunst darniederlägen, der Klerus einerseits so voller Mißtrauen gegen die Bureaukratie erfüllt sei und anderseits durch sein Eintreten für das Zentrum die Religion der Politik dienstbar mache. Ein solches Vorgehen widerspreche ganz und gar dem Ideale so großer Denker wie Dante und Rosmini. Dieses Ideal aber heiße ‚religiöser, nicht politischer Katholizismus‘.

Im Gegensatz zur liberalen Welt, welche die Spektatorbriefe begeistert aufnahm und zumal für die endlich gewonnene ‚wissenschaftliche‘ Kennzeichnung des ‚Ultramontanismus‘ sich dankbar erzeigte, nahm die katholische Öffentlichkeit von den Ergüssen Kraus' wenig Notiz. Nur die Historisch-politischen Blätter[9] veröffentlichten über sie eine Reihe gründlicher Artikel unter dem nur zu sehr berechtigten Titel ‚Doellinger redivivus‘. Den Gedankengängen Döllingers, seiner mehr als einseitigen Beurteilung des Jesuitenordens und des Papsttums, seiner krankhaften Furcht vor der Wiederkehr in spezifisch mittelalterlichen Anschauungen wurzelnder kirchenpolitischer Verhältnisse entstammte tatsächlich ein gutes Teil der Krausschen Betrachtungen, nach denen katholische Kirche und moderner Staat unversöhnliche Gegensätze sein sollten. Bei dem Münchener Stiftspropste war Kraus auch in die Schule gegangen, als er im Eifern wider ‚römischen Zentralismus‘ nationalistischen und subjektivistischen Ideen das Wort redete. Abwehr alles kirchlichen Formalismus, angelegentlichere Pflege von Kunst und Wissenschaft empfahl auch der Kritiker in den Historisch-politischen Blättern, aber er meinte abschließend: „Die kirchliche Einheit und Autorität sind Güter und Werte, hinter die alle andern Wünsche zurücktreten müssen. Um diese Einheit beneiden uns einsichtige Protestanten, sie erblickten in der zeitlichen und räumlichen Einheit der Kontinuität und Solidarität mit Recht eine wesentliche Quelle der Macht und des Einflusses der katholischen Kirche, wiewohl

[9] Bd. 118 (1896), 512 ff., 562 ff., 709 ff., 889 ff.

sie sich täuschen, wenn sie darin die einzige Quelle dieser Macht sehen und die kirchlichen Gnadenmittel übersehen." „Wenn daher in jüngster Zeit die zentralistische Tendenz über die nationalen Bestrebungen siegte und alle liberalisierenden und subjektivistischen Velleitäten zurückgedrängt wurden, so ist darin das Walten der Vorsehung und des Hl. Geistes deutlich zu spüren. Jener Vorgang hatte seinen tiefen Grund, sonst müßte man an der göttlichen Leitung der Kirche verzweifeln" [10].

Nach Kraus' Tod († 28. Dezember 1901) begannen die auf Schells Ideen schwörenden, zumeist sehr jugendlichen ‚Reformkatholiken' damit, auch das Schlagwort vom ‚religiösen Katholizismus' aufs Panier zu schreiben. Diesem Anlaß war es zu verdanken, daß auf dem Katholikentag von Mannheim der Bonner Theologieprofessor Gerhard Esser das verwirrende Schlagwort einer gründlichen Untersuchung unterzog. Daß warmes Interesse für die Kirche den Spektator zur Niederschrift seiner ‚Briefe' bewogen habe, wollte der Redner gern anerkennen. „Aber", so fuhr er fort, „die Sprache des erzürnten Kritikers war die Sprache eines vielfach enttäuschten Politikers, der in eigener Person in Widerspruch trat gegen sein eigenes Gesetz. Der Maßstab für die kritische Beurteilung der Tatsachen war zu sehr dem eigenen verstimmten Innern entlehnt, und zudem war er gewonnen worden von einem gänzlich isolierten Standpunkt aus, der das volle Verständnis für manche Erscheinungen des katholischen Volkslebens erschwerte. Der eigene psychologische Entwicklungsgang und dazu der Mangel einer lebensvollen Verbindung mit seinen Glaubensgenossen hatten den Blick des Spektators mit einem Flor umgeben, der auch dem Lichte, das aus der Geschichte strömt, klar durchzuspielen nicht gestattete." Wie die Formel vom allein religiösen Katholizismus zu subjektiv und zu psychologisch bedingt sei, so müsse sie auch als von einer verhängnisvollen Unklarheit behaftet bezeichnet werden. Denn zwischen religiöser Überzeugung und öffentlicher Betätigung derselben

[10] Daselbst 714.

walte eine innere Verbindung ob, die von Kraus ignoriert werde. Übrigens sei schon während des ganzen so ungerechten Kulturkampfes von den Feinden der Kirche die Taktik verfolgt worden zu erklären, der Kampf richte sich keineswegs gegen die echten und rechten Katholiken, sondern nur gegen den ‚politischen Katholizismus‘, ‚Romanismus‘, ‚Ultramontanismus‘ usw. Wärmste religiöse Überzeugungstreue aber sei es gewesen, welche den parlamentarischen Widerstand der katholischen Führer beseelt habe. „Ein Katholik, der glaubt, an diesen Männern mit abgewandtem Gesicht vorbeigehen und den erleuchteten Kritiker ihres Heldenmutes spielen zu dürfen, der ferner sich einredet, diese ganze machtvolle Bewegung sei als verkehrte Frontstellung zu beurteilen, der genügt zur Widerlegung sich selbst, und seine Pfeile prallen ab an der Einsicht und der Pietät des katholischen Volkes.“ Das sei eben die große Lehre der neuesten Geschichte, daß die Katholiken „auch die Ellenbogen politischer Mittel gebrauchen müssen im Kampfe ums Dasein, im Kampfe um ihre natürlichsten und heiligsten Rechte gegenüber solchen Parteien, die alle politischen Mittel, welche ihnen die Entwicklung des Staatslebens an die Hand gab, rücksichtslos gebrauchten, um die Katholiken im öffentlichen Leben zurückzudrängen, und die selbst die gesetzlich garantierte Freiheit der Religionsübung uns schmälern wollten“. Wollten die Katholiken sich aus dem politischen Leben zurückziehen, so stünden schon die Parteien bereit, die den Kirchenkampf, diesmal mit andern Mitteln, aufzunehmen gewillt seien.

Religiöser Katholizismus sei aller Katholiken höchstes Ideal, aber dieses schließe die natürlichen Ordnungen in Familie und Staat, in Unterricht und Erziehung, in Wissenschaft und Kunst, im Erwerbsleben, nicht aus, sondern umspanne sie. So deutlich der Katholik Kirche und Staat, Religion und Politik, Kredo und Parteiprogramm zu unterscheiden wisse, so klar wisse er, daß die Religion nicht ein schönes Gebilde von Gefühlsidealen oder eine spekulative Idee sei, sondern eine reale Lebensmacht, der tiefgreifende Faktor im Menschen- und Volksleben. Die Religion lege und schütze die tiefsten und sichersten

Fundamente des gesellschaftlichen Lebens. Angesichts mancher die Religion mit Vernichtung bedrohender Zeitströmungen sollten sich alle christlichen Konfessionen der Solidarität ihrer Interessen bewußt werden und im Kampf der Weltanschauungen eine einzige Front bilden. „Keine einzige der uns gegenüberstehenden Weltanschauungen verzichtet auf die politischen Mittel, um sich durchzusetzen. Will man also in gehässigem Sinn von einem politischen Katholizismus sprechen, so könnten wir mit gleichem Rechte von einem politischen Atheismus, einem politischen Materialismus, einem politischen Liberalismus und von einem politischen Protestantismus reden." „Solange diese Weltanschauungen um die Wette bestrebt sind, auch im politischen Leben sich zur Geltung zu bringen, woher sollte man einen inneren oder Rechtsgrund hernehmen, um uns das zu verbieten, was andere tun?" Dem alten verleumderischen Vorwurf der Gegner, daß die Katholiken auf politischem Gebiete letztlich nichts anderes erstrebten, als die Aufrichtung eines theokratischen Weltstaates, einer päpstlichen Universalmonarchie, begegnete Professor Esser mit dem Hinweise auf die maßgebenden Enzykliken Leos XIII., in denen die völlige Unabhängigkeit der Staatsgewalt auf dem staatlichen Gebiete ebenso wie die Souveränität der Kirche auf dem kirchlichen Gebiete aufs unzweideutigste ausgesprochen ist. Dadurch, daß beide höchste Gewalten es mit denselben Menschen zu tun hätten und in der Folge die beiderseitigen Rechte ineinander griffen, entstehe das, was man ‚Kirchenpolitik' nenne. „Wenn die Politik den verhängnisvollen Weg einschlägt, daß sie durch einseitige staatliche Gesetzgebung der Kirche das nehmen oder schmälern will, was durch Staatsgrundgesetz oder durch feierliche Versprechungen ihr garantiert ist, dann verteidigt der Katholik das göttliche und historische Recht der Kirche. Ob wir nun jene Entwicklung des modernen Staatslebens, nach welcher über die vitalsten Rechte und Interessen der Kirche in den Parlamenten debattiert und entschieden wird, loben oder tadeln, wir stehen mit beiden Füßen in der Wirklichkeit, und wie rauh diese Wirklichkeit sich gestalten kann, das haben wir am eigenen Leibe

erfahren. Es ist ein Recht und eine Pflicht, ja eine Ehrensache des katholischen Volkes, daß es durch seine Erwählten die Kirche verteidigt und schützt mit aller Macht und mit allem Ernst da, wo sie angegriffen wird" [11].

Mit ‚stürmischem, langanhaltendem Beifall' quittierte der Mannheimer Katholikentag über diese glänzende Abrechnung mit dem ‚Spektator'. Es war zum mindesten sehr naiv, wenn drei Jahre später die paar Leutchen von der ‚Krausgesellschaft' es für schicklich hielten, über ihre krausen Sondermeinungen vor der Gesamtvertretung des katholischen Deutschland laut gestellter entsprechender Anträge disputieren zu wollen. Verdientermaßen wurde dieses Ansinnen durch das Zentralkomitee und das Straßburger Lokalkomitee a limine abgewiesen [12].

Das Häuflein der sich um den Namen Kraus sammelnden ‚Reformkatholiken' war bald zu solcher Bedeutungslosigkeit herabgesunken, daß die sich ‚antiultramontan' nennenden Kreise nur wieder eine neue Enttäuschung zu verzeichnen hatten. Zudem schienen die Waffen, die der Spektator für den Kampf gegen den Ultramontanismus bereitet hatte, als völlig ungeeignet für Massenkämpfe, wie sie von dem Stand der Technik zu Ende des 19. Jahrhunderts gefordert wurden. Da war es nun ein Ereignis ersten Ranges für alle der katholischen Kirche feindlichen Lager, daß ein Mann sich fand, der die zeitgemäßen schweren Geschütze zum Kampf wider Rom zu schaffen sich anheischig machte, und dieser Mann gar als ein in alle Geheimnisse der Ultramontanen tiefst eingeweihter Jesuit a. D. auftreten konnte. Des Grafen P. v. Hoensbroech marktschreierisch verbreiteten Bücher über Themen wie ‚Ultramontanismus', ‚Inquisition, Aberglaube, Teufelsspuk und Hexenwahn', ‚Die ultramontane Moral', ‚Moderner Jesuitismus', ‚Der Zweck heiligt die Mittel', ‚Moderner Staat und römische Kirche', ‚Rom und das Zentrum' usw. usw., wurden von den Hetzern als die einen unfehlbaren Sieg verheißenden Waffen mit lautem, überlautem Enthusiasmus begrüßt. Der

---

[11] Verhandlungen 1902 (Mannheim) 464—480.
[12] Vgl. Verhandlungen 1906 (Essen) 185 f.

Evangelische Bund und der diesem an Papst- und Romhaß ebenbürtige ‚Jungliberalismus‘ führten in manch einer mehr als geräuschvollen Versammlung den neuen Waffenschmied ihren Interessentenkreisen vor. Doch auch diese Siegeshoffnungsräusche wurden von einem beträchtlichen Katzenjammer abgelöst, zumal als auch protestantische Kritiker gegen den Grafen von Hoensbroech den Vorwurf erhoben, ein Plagiator, Fälscher und fanatisch ungerechter Geschichtsklitterer zu sein, als (30. März 1905) das Oberlandesgericht zu Köln entschied, der Graf habe den Nachweis dafür, daß die Jesuitenmoral den Satz lehre: Der Zweck heiligt jedes Mittel, nicht erbracht, und als schließlich der Exjesuit sich in politischer und religiöser Hinsicht chamäleonartig ‚weiter entwickelte‘.

Wer sich entschuldigt, klagt sich an. An dieses Wort erinnerten nicht wenige Tagungen des Evangelischen Bundes, auf denen immer wieder Redner sich gegen die Auffassung verwahrten, als seien sie ‚Hetzbrüder‘ und ihr Bund ein ‚Hetzbund‘, als seien ‚Haß‘ und ‚Fanatismus‘ die Triebfedern ihres Tuns, als lebten sie allein vom ‚Protest‘, ‚Widerspruch‘, von ‚Hader und Streit‘. Gegen diese Auffassung wurde vor allem ins Feld geführt, daß der Bund doch auch den modernen Materialismus bekämpfe. Von einem solchen Kampfe und seinen Erfolgen ist in Wahrheit blutwenig zutage getreten. Dann sollte das Streiten der Bündler ein Eifern sein für das Haus Gottes, für ‚evangelisches Christentum‘. Daß das evangelische Christentum, wie es um die Jahrhundertwende von den meistbeachteten Kathedern modern-protestantischer Theologen herab verkündet wurde, sich ungefähr wie ein ausgeblasenes Ei repräsentierte, hätte den Evangelischen Bund ein Blick in das mit einem Riesenerfolg gekrönte Buch von Adolf Harnack ‚Das Wesen des Christentums‘ lehren können, das einen förmlichen Bankrott der von Luther ausgegangenen Theologie bedeutete. Und nicht einmal mehr für dieses unermeßlich verwässerte und verdünnte ‚Christentum‘ waren die protestantischen Massen zu gewinnen, die Weltanschauung, der sie huldigten, war der theoretische und praktische Materialismus, wie ihn die sozialistischen Agitatoren verkün-

deten. Sehr begreiflich war es bei solcher Sachlage, daß die Bündler höchst ungern den Blick in das eigene Lager wandten und krampfhaft nach außen blickten, nach ‚Rom‘, auf die katholischen deutschen Volksgenossen. Diese von ‚Papalismus‘, ‚Romanismus‘, ‚Jesuitismus‘ und ‚politischem Katholizismus‘ zu befreien, sollte die große Aufgabe der im Evangelischen Bunde Gesammelten sein. Mit Schlagwörtern, die der unwahrhaftigsten, gehässigsten und einseitigsten protestantischen Polemik entnommen waren, versuchte man diese Forderungen zu begründen. Dabei wurde im Kampf wider den angeblichen politischen Katholizismus der unverhüllteste politische Protestantismus gepredigt. Unser deutsches protestantisches Volk, so rief 1901 beim Schluß der 14. Generalversammlung des Evangelischen Bundes zu Breslau Superintendent Friedrich Meyer-Zwickau aus, „muß sich aufraffen, die Hegemonie des Zentrums zu brechen. Wir konservativen, wir liberalen Wähler werden es nicht mehr ertragen, daß die von uns erkorenen Vertreter die Geschäfte des Zentrums fördern“. „Unser evangelisches Volk muß alles tun, daß ein anderer Geist in unseren Reichstag einziehe. Auch dort sollen und müssen die deutsch-protestantischen Interessen zum Heil unseres Vaterlandes gewahrt werden. Auf dem Präsidentensitz muß evangelischer Geist thronen.“ Deutschtum und Protestantismus wurden von diesem Diener am Worte schlechthin gleichgesetzt; die germanische Welt habe Gott zur Führung des Protestantismus bestimmt. „Der Romanismus ist der Abfall vom Evangelium. Er ist der neue Julian, der aus seinem Herrschaftsgebiete das Evangelium verdrängen will. Es wird ihm nicht gelingen, er empfängt durch die evangelische Bewegung die Todeswunde; er wird auf deutschem Boden sterben ...“ [13]. Im gleichen Geiste sprach auf der Magdeburger Bundesversammlung (1898) der Berliner Professor Scholz den Wunsch aus: „Wir wünschen, recht viele Politiker unter uns zu haben, womöglich von Bismarckscher Schule. Ja es wäre uns eine besondere

---

[13] Vorträge und Ansprachen, gehalten bei der 14. Generalversammlung des Evangelischen Bundes zu Breslau (8.—11. Oktober 1901), Leipzig 1901, VI, 5 f.

Freude und Ehre, ganze Reichstagsfraktionen, vorbehaltlich ihrer politischen Richtung und Haltung, mit dem Bekenntnis bei uns einziehen zu sehen: Wir sind protestantisch bis auf die Knochen. Kein Zweifel, der Tag wird kommen, wo jedermann einsieht, entweder Rom oder Wittenberg, so wie bisher geht es nicht weiter"[14].

Sehr weltlich-politischen Motiven entstammte es auch, wenn gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Evangelische Bund in Fühlung trat mit der deutsch-radikalen Partei in Österreich und darauf die wüste ‚Los-von-Rom'-Hetze in Szene setzte, die im Sinne der österreichisch-deutschvölkischen Agitatoren für altgermanischen Wotansdienst sehr viel weniger ein ‚Hin zum Evangelium von Wittenberg' bedeutete als ein ‚Los vom Kaiserhause Habsburg'. Daß der sich ‚evangelisch' nennenden Bewegung eine hochverräterische Aktion gegen den österreichischen Kaiserstaat zugrunde lag, gab in unbehüteter Stunde auch Superintendent Meyer-Zwickau mit umschreibenden Worten zu, indem er in seiner an Luther und der altlutherischen Polemik gebildeten Sprache und Dialektik ausführte: „Gewiß kann es geschehen, daß der österreichische Staat in eine schwere Krisis sich stürzt, wenn er fortfährt, als gehorsamer Diener der Jesuiten das deutsche Volkstum niederzuwerfen und den freien christlichen Geist zu dämpfen; aber sein Zerfall wäre doch nur die Frucht, die seine unheilvolle Politik sich selber gezogen hätte. Wer heißt ihn denn, den Vasallen Roms zu spielen? Wie kann er vergessen, daß er ausschließlich den Deutschen verdankt, was er an geistigem und materiellem Vermögen, was er an physischer und moralischer Kraft besitzt? Wie kann er denen mit Fußtritten lohnen, die Träger der Kultur, Band des staatlichen Zusammenhalts, Hort der dynastischen Treue waren? Versteht er nicht, daß er sein eigenes Gefüge zerreibt, wenn er das Deutschtum vernichtet? Hätte die Regierung einen offenen und weiten, nicht durch die Nebel der Tradition getrübten Blick, so müßte sie der

---

[14] Aus den Verhandlungen der 11. Generalversammlung des Evangelischen Bundes zu Magdeburg (3.—6. Oktober 1898), Flugschriften des Evangelischen Bundes Nr. 158, Leipzig 1898, 7 f.

evangelischen Bewegung unverschränkte Bahn ebnen, ja an ihre Spitze sich stellen. Der Protestantismus würde ihr ein tüchtiges, zuverlässiges Volk schaffen, das in unerschütterter Treue seinem Staat und seinem Herrscherhaus sich anschlösse. Die Hegemonie protestantischer Deutscher würde mit starken Bändern den Staat der Habsburger an unser Reich heften und seine Zukunft im innerlich gestützten Dreibund sichern"[15].

Die auf österreichischem Boden mit den Geldern des Evangelischen Bundes betriebene Abfallsbewegung sollte, wenn es den berauschten Köpfen der Bündler nach ginge, auch in dem deutschen Protestantismus die Aggressive gegen den katholischen Volksteil stärken, ‚die Hegemonie der Römlinge' im Deutschen Reiche zu Falle bringen, ja die Protestantisierung aller Deutschen einleiten. „Es ist hohe Zeit," so rief der streitbare Superintendent von Zwickau aus, „daß die Herrschaft des Vatikans im deutschen Lande ein Ende gewinne; das Werk der Reformation, das Luther begonnen, muß durchgeführt werden, und dann erst sind wir Deutsche ein einig Volk von Brüdern"[16].

Diese Tendenzen waren am Werke, als zu Beginn des Jahres 1900 die neugebildete ‚Deutsche Evangelisationsgesellschaft' aufrief zur Weiterführung des „herrlichen Werkes der Reformation" unter denen, „die an das römische Wesen gefesselt sind". Ganz eindeutig hieß es in dem Aufrufe[17]: „Als gottgewiesenen Weg zu dem vorgenannten Ziel betrachten wir in der Regel den Übertritt zur evangelischen Kirche, möchten aber dabei alles vermeiden, was einerseits als ein äußeres Drängen der Seelen sowie andererseits als ein Wertlegen auf zahlenmäßige Registrierung von Übertritten gedeutet werden könnte." Die „Fühlung mit den katholischen Brüdern" zu gewinnen, sollten Bibelboten, Evangelisten und Kolporteure tätig sein, die „gute evangelische Schriften" unter der katholischen Bevölkerung zu

---

[15] Fr. Meyer, Die evangelische Bewegung in Österreich, Flugschriften des Evangelischen Bundes Nr. 163, Leipzig 1899, 8.

[16] Daselbst, 19.

[17] Monatliche Mitteilungen des Evangelischen Bundes, hrsgb. vom Rheinischen Hauptverein (Duisburg) 1900, 9 f.

verbreiten, zumal aber Bibeln zu verschenken hätten. Es wurde nicht gesagt, ob es sich dabei um Luthers Übersetzung oder die von der modernen protestantischen Kritik zu tausend Stücken zerfetzte Bibel handelte, über die als „die Bibel in der Westentasche" die Sozialdemokratie der protestantischen Exegese längst so höhnische Komplimente zu machen pflegte.

Als eine wirkliche und ernste Gefahr für ihren konfessionellen Besitzstand konnten die deutschen Katholiken dieses neue Unternehmen der protestantischen Propaganda nicht einschätzen, aber sie betrachteten es als eine unerhörte Herausforderung, daß der so zerklüftete und innerlich zerrissene Protestantismus sich anmaßte, ihnen das ‚Evangelium' bringen zu wollen. Aufs äußerste empörte sie eine weitere Erscheinung, die gleichfalls eine plumpe Los-von-Rom-Bewegung bezweckte; es war das schamlose Treiben des Stettiner Verlegers R. Graßmann, der Tausenden und selbst Hunderttausenden von Katholiken eine von den niederträchtigsten Beschimpfungen der katholischen Moral strotzende Broschüre gratis ins Haus sandte. Der Mann, gerichtsnotorisch eine übelbeleumdete Persönlichkeit [18], muß seine sich im Hintergrunde haltenden Geldgeber gehabt haben, über die das Dunkel noch nicht gelichtet ist.

Es ist zu fürchten, daß dereinst die Geschichte ein strenges Urteil fällen wird über alle die, die es erlaubt und ratsam fanden, in das deutsche Volk konfessionellen Haß und Hader zu tragen, unter dem katholischen Volksteil protestantisches Proselytentum treiben zu wollen ausgerechnet in der Zeit, wo der vollendete Unglaube und der revolutionäre Umsturz zu entscheidenden Schlägen ausholten, wo das sozialdemokratische ‚Komitee Konfessionslos' so ungestüm zumal unter den Protestanten für den Materialismus zu werben anfing, wo tatsächlich die Alternative lautete: Christentum oder Atheismus.

Alles in allem gab es gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts Erscheinungen in Fülle, welche die Katholiken Deutschlands mit schweren Besorgnissen erfüllen mußten.

---

[18] Vgl. den Bericht über eine Gerichtsverhandlung gegen Graßmann in der Germania 1895, Nr. 208 (8. September).

Aber all dieser Andrang feindseliger Mächte hatte nur die schon zum historischen Gesetz gewordene Folge, daß das katholische Deutschland sich immer nur enger zusammenschloß zu kraftvollster Einheit, daß es die Organisation, durch die es stark geworden war, noch weiter ausbaute und befestigte den Gegnern zum Trutz, dem katholischen Volke zum Heile.

Achtundzwanzigstes Kapitel.

Die Katholikentage von der Jahrhundertwende bis zum Jahre 1913.

Es entbehrte nicht eines feinen Humors, wenn die führende Zentrumspresse für die Schilderung der Externa des Katholikentages von Bonn (2.—6. September 1900) mit sichtlicher Vorliebe sich auf die Berichte der Kölnischen Zeitung stützte, desselben liberalen Organs, das jahrzehntelang vom äußeren Hergang des großen katholischen Kongresses überhaupt nicht und von den Verhandlungen in wegwerfendem Tone berichtet hatte. Im Jahre 1900 aber konnte die Berliner Germania (Nr. 206) ihren Lesern gar das Heim der diesmaligen Generalversammlung mit einem Zitat aus dem Kölner ‚Weltblatt' vor Augen führen: „Geeignete Säle gibt es für diese Tagungen in den Zentrumsfeststädten schon längst nicht mehr. Seit Jahren wird, wo möglich, ein Zirkusgebäude dazu benutzt, oder man geht zum Bau einer besonderen Festhalle über. Zu letzterem entschloß man sich hier in Bonn. Man schuf südlich der Poppelsdorfer Allee auf freiem Straßengelände an der Weber- und Marienstraße eine Festhalle im Zirkusbaustil, die für 7500 Personen berechnet ist. Heute am Begrüßungsabend war sie sofort dicht besetzt, der Zudrang von Bonner Katholiken und auswärtigen Teilnehmern war ganz ungeheuer." In ihrem Schlußurteil aber schrieb die ‚Kölnische': „Man mag die Zentrumsherbstparade beurteilen wie man will, zweifellos ist zurzeit keine andere politische Partei in Deutschland mehr da, die ein solches Schauspiel als Kundgebung geschlossener Einheit und bewußter Machtfülle zustande

bringen könnte.“ Gegen das längst kursierende Schlagwort von der ‚Zentrumsherbstparade‘ hatte die katholische Presse regelmäßig Einspruch erhoben. Mit besonderem Rechte konnte sie das in dem Jahre tun, in dem nach der Auffassung vieler bereits das zwanzigste Jahrhundert begann, und es dem deutschen Katholiken ein tiefgefühltes Bedürfnis war, das in Dunkel gehüllte Säkulum zu begrüßen mit religiösem Gruße. Den Grundgedanken der Bonner Verhandlungen gab der Präsident, Graf Friedrich Praschma-Falkenberg, mit dem Dichterworte an:

‚Drei Blicke tu' zu deinem Glück,
Schau vorwärts, aufwärts, schau zurück.‘

Aufwärts lenkte den Blick der imposanten Versammlung bereits Erzbischof Dr. Simar, als er bei seiner Begrüßungsrede die Erwartung aussprach, es werde aus ihren Verhandlungen ein vieltausendstimmiges Gelöbnis der Treue, der Liebe und des Gehorsams emporsteigen zum Throne des menschgewordenen Gottessohnes, des Erlösers und Herrn der Welt, eine einmütige Huldigung des lebhaftesten Dankes für alle Gnaden, mit welchen seine liebevolle Vorsehung die Katholiken Deutschlands in Zeiten schwerer Bedrängnis beschützt und zu manchem herrlichen Siege geführt habe.

In einer nach Inhalt und Form der Größe des Themas durchaus angemessenen Rede feierte der Rottenburger Domherr P. Stiegele Christus den Herrn als den Angelpunkt der Weltgeschichte; als solcher müsse der Heiland bezeichnet werden wegen seiner alles überragenden gottmenschlichen Persönlichkeit sowohl wie wegen des Werkes der Erlösung und der Gründung seiner Kirche. Ganz unmöglich sei es dem wahnwitzigen Beginnen so vieler Christusleugner, das Christentum herauszumeißeln aus dem Monument der Geschichte. Das deutsche Volk sei zu Beginn des neuen Jahrhunderts vor eine Schicksalsfrage gestellt, die alte Frage: Was dünket euch von Christo? Für die deutschen Katholiken sei diese Frage längst beantwortet. „Wir wollen, daß Christus unter uns fortherrsche; wir wollen, daß Christus das süße Band bleibe, das in der Ehe Mann und Weib verbindet, das

die Familie zusammenhält. Wir wollen, daß Christus in der Schule bleibe, wir wollen, daß keine unchristliche Pädagogik, daß keine irreligiöse Schulgesetzgebung die Kinder hindert und ihnen wehrt, zu Christus zu kommen. Wir wollen Christus auch in unserer Gesetzgebung, wir wollen ihn in der Verwaltung, wir wollen ihn in den Gefängnissen, in unsern Wohltätigkeitsanstalten, wir wollen ihn in der Lösung aller Fragen, vorab auch der sozialen Frage." „Wir wollen mit ihm sammeln, wie er selbst gesagt hat: Wer nicht mit mir sammelt, der zerstreut. Wir wollen sammeln zu der Einheit, zu der Wahrheit und dem Frieden in unserm großen Vaterlande" [1].

Durch Ausschreibung des großen Jubiläumsablasses hatte der nun neunzigjährige Papst Leo XIII. die Katholiken des Erdrundes aufgefordert, die ewige Stadt und ihre großen Heiligtümer zu besuchen. Von dem ersten deutschen Pilgerzuge, der im Mai 1900 stattgefunden hatte, gab Dr. F. Porsch begeisterte Kunde und trat aufs neue für die Unabhängigkeit des Hl. Stuhles ein.

Für einen großen Rückblick auf alles das, was die katholische Kirche in Deutschland während des 19. Jahrhunderts erlitten, erkämpft, errungen hatte, gab die umfassende Schilderung des Pfarrers Dr. Wurm-Hausberge die Gesichtspunkte an. Zum weiteren Vorwärtsstreben aber ermunterten die großen Referate über die derzeitigen großen Aufgaben des deutschen Katholizismus, die durchweg in ausgezeichneten Händen lagen. Fabrikbesitzer Vogeno sprach über Handel und Gewerbe auf christlicher Grundlage, Landwirt Blum-Krefeld über die Agrarfrage, J. Giesberts über die Arbeiterfrage, Lehrer Sittard über die Volksschule, K. Fehrenbach über die Frage des Bildungsdefizits. Die Aufgaben der Vinzenzvereine fanden in Regierungsrat Dr. Würmeling, die des St.-Bonifazius-Vereins in Dominikanerpater Bonaventura Krotz beredte Schilderer. Große geisteswissenschaftliche Probleme rollte Professor Mausbach-Münster auf in seinem Vortrag über Autorität und Freiheit als

[1] Verhandlungen 1900 (Bonn) 109 f.

Grundfragen aller Krisen der Zeit und ihren Ausgleich im Geiste der Kirche.

Dr. Lieber, kaum einigermaßen genesen von schwerer Krankheit, hielt die Schlußrede, noch einmal auf die großen Säkularerinnerungen zurückverweisend, und zumal bei der fast übermäßig groß gewordenen katholischen Organisation verweilend. „Ich möchte den Gedanken auszusprechen wagen: ich glaube, wir haben an dem, was wir jetzt schon besitzen, für eine absehbare Zeit an Vereinigungen und an Aufgaben genug, um unsere Tätigkeit mit wahrem Segen für die ins Auge gefaßten Ziele einzusetzen.“ Volksverein, Bonifatiusverein und Zentrum müßten als die großen Pfeiler katholischer organisatorischer Arbeit erhalten und gefestigt werden [2].

Mit einer märchenhaft schönen Rheinfahrt, stromaufwärts bis Niederbreisig, schlossen die Bonner Tage. Im Tale waren auf sechs Wegestunden hin Städtchen und Dörfer, Burgen und Villen glänzend illuminiert, Glockengeläute ertönte allenthalben, auf den Bergen loderten Flammenstöße, auf den Schiffen wurden Lieder weltlichen und religiösen Charakters gesungen. „Wahrlich“, so sagte das Lokalkomitee in seiner Dankesbezeugung, „das war eine Kundgebung, so allgemein, so großartig, so frei aus der Volksseele kommend, wie sie nur das Bewußtsein der gemeinsamen höchsten Interessen, wie sie nur die Liebe katholischer Herzen zu ihrer Kirche hervorzubringen vermag.“

Nach alledem war es begreiflich, daß die Katholiken der Stadt Osnabrück mit einem gewissen Gefühl der Beklommenheit die deutschen Glaubensbrüder zum 48. Katholikentag (25.—29. August 1901) in die alte Sachsenstadt einluden. Aber sie vertrauten, daß das katholische Gemeingefühl viele Gäste herbeiführen werde in ihre an kirchlichen und politischen Erinnerungen reiche Bischofsstadt, die Stadt, wo Ludwig Windthorst einen Teil seiner Studienjahre verbracht und seine juristische Karriere begonnen hatte.

---

[2] Verhandlungen 1900 (Bonn) 296 ff.

Auffallenderweise lag für den Katholikentag kein Begrüßungsbreve des Hl. Vaters vor. Das Lokalkomitee hatte unterm 30. Juli durch den Münchener Nuntius den Papst von der bevorstehenden Tagung unterrichten und um den apostolischen Segen bitten lassen. Nuntius Cäsar Sambucetti gab, wie spätere Ermittelungen feststellten, das Schreiben sofort an den hohen Adressaten weiter, aber erst am 29. August gelangte dieses — durch offenbares Verschulden der italienischen Post — in die Hände des Kardinalstaatssekretärs Rampolla. Doch einen telegraphischen Gruß des Papstes an das Lokalkomitee hatte der Nuntius noch vermitteln können.

Drei Bischöfe, der Diözesanobere Dr. Hubert Voß, der Apostolische Vikar von Dänemark J. von Euch, und der von Schweden, A. Bitter, beehrten die Osnabrücker Versammlung mit ihrer Anwesenheit. Ein Rheinländer, Dr. Karl Trimborn-Köln, bekleidete die Präsidentenwürde. Er mußte die Lage der Katholiken Deutschlands mit einem schmerzlichen, tiefernsten Wort charakterisieren: Ein neuer Kulturkampf scheint im Anzuge. Die katholische Presse habe der Sturmzeichen nur allzu viele signalisieren müssen. „Es handelt sich nicht um einen amtlichen Kulturkampf; es drohen uns keine neuen Maigesetze. Es droht uns auch in Deutschland in mehr oder weniger veränderter Form eine Agitation nach Art der Los-von-Rom-Bewegung. Eine gewisse Propaganda scheint zu einem gewaltigen Ansturme auszuholen, und in der Agitation politisch-gegnerischer Parteien entdecken wir immer mehr zu unserem Schmerze, daß sich die kirchenfeindlichen Instinkte in den Vordergrund drängen. Auch die Manier des drohenden Kampfes ist von unserer Presse deutlich erkennbar gemacht worden. Man sucht die Kirche und ihre Diener verächtlich zu machen; man sucht die antikatholischen Instinkte bei Nichtkatholiken wachzurufen. Man sucht unter den Katholiken Mißtrauen und Widerwillen gegen die Kirche zu erregen, und man sucht namentlich die katholische Welt- und Lebensauffassung als veraltet, als mit den Erfordernissen des modernen Kulturlebens unvereinbar hinzustellen.“ Bei dieser

Sachlage habe der Katholikentag vor allem Apologetik in großem Stile zu betreiben [3].

In diesem Sinne wirkten machtvolle Reden zweier Laien, Adolf Gröbers und Dr. Karl Bachems. Ein geistlicher Apologet, Professor Eugen Müller-Straßburg, hielt dem trostlosen Ignoramus bezüglich der höchsten Fragen, das die moderne Wissenschaft ausspreche, die ganze Sicherheit und den erquickenden Trost der katholischen Weltanschauung entgegen. Dr. Schädler forderte an Hand besorgniserregender statistischer Angaben Förderung der Wissenschaft auf dem Boden des katholischen Glaubens.

In der Heimat Windthorsts wurde selbstverständlich immer wieder des heimgegangenen großen Führers gedacht. Seinem Andenken widmete Dr. Porsch bedeutungsvolle Ausführungen, die zumal unterstrichen, daß Windthorst auch schon in seiner Osnabrücker Zeit der überzeugungstreue katholische Mann gewesen sei, als der er später Gesamtdeutschland bekannt werden sollte, wie er denn, dreißigjährig zum vorsitzenden Rat des katholischen Konsistoriums ernannt, sich um die Wiedererrichtung des Bischofsstuhles von Osnabrück die größten Verdienste erworben habe und bereits als Vertreter eines Osnabrückischen Landkreises in der Hannöverschen Kammer in den Kampf für die katholischen Interessen eingetreten sei [4].

Einen Jugendfreund Windthorsts, den hochverdienten Mäßigkeitsapostel Kaplan J. M. Seling, schilderte ein von prächtigem Humor belebter Vortrag des Pfarrers Grauert-Quakenbrück.

Dr. Lieber beleuchtete die von Papst Leo XIII. an die Katholiken Frankreichs zur Behebung ihrer politischen Uneinigkeit gerichtete Enzyklika über die christliche Demokratie; nicht im geringsten bezwecke das Schriftstück, der politischen Demokratie Vorschub zu leisten, seine Tendenz sei Belebung der christlichen Tätigkeit zum Wohle des Volkes. „In diesem Sinne sind wir alle Demokraten!“

---

[3] Verhandlungen 1901 (Osnabrück) 119.
[4] Verhandlungen 1901 (Osnabrück) 126 ff.

Als in Osnabrück der Antrag erörtert wurde, im Jahre 1902 den Katholikentag in Mannheim abzuhalten, begründete ihn der dortige Redakteur Feige mit den Worten: „Innere sachliche Gründe lassen es uns in hohem Maße erstrebenswert erscheinen, diese großartige Kundgebung katholischer Glaubenstreue in die Metropole des badischen Pfalzgaues zu verpflanzen. Zwar werden Sie noch in Mannheim Denkmäler katholischer Vergangenheit und kirchlichen Geistes finden, allein wir wollen bei diesem allgemeinen katholischen Feste bei weitem mehr die Empfangenden als die Gebenden sein. Wir wollen, daß sich Mannheim und das ganze pfälzische und badische Land von den Beispielen katholischer Tatkraft und Begeisterung, die sich in diesen Tagen vor unseren Augen so herrlich vollzogen haben, aufrichte, daß die Wirkungen solcher Tage auch unserem katholischen Leben einen neuen und kräftigen Impuls geben“ [5].

Eröffnet wurden die Mannheimer festlichen Tage (24.—28. August 1902) durch eine Feier, die vorzugsweise dem Arbeiterstand zugedacht war. Was binnen weniger Jahre organisatorische Tatkraft in den benachbarten Industriestädten Badens, Württembergs, Hessens, der Rheinpfalz und Elsaß-Lothringens geleistet hatte, zeigte jener sonnige Sonntag (24. August) zu Mannheim, wo 22 000 Männer, 250 katholische Arbeitervereine repräsentierend, durch die Straßen der Stadt einen feierlichen Aufzug veranstalteten, der vor allem eine Huldigung für den Erzbischof von Freiburg, Dr. Thomas Nörber, bedeutete. Der hohe Kirchenfürst begrüßte in der Festhalle eine Arbeiterversammlung von über 8000 Personen; gleichzeitig tagten drei Parallelversammlungen, wo bewährte Sozialpolitiker zu einem begeisterten Auditorium über die jenseitigen und diesseitigen Ziele der katholischen Arbeiterbewegung sprachen.

Reichen Beifall fand der um das Zustandekommen der Versammlung besonders verdiente Vorsitzende des Lokalkomitees, Landgerichtsdirektor Gießler, als er den Vorschlag machte, zum Vorsitzenden des Katholikentages einen Mann zu wählen, „der

---

[5] Verhandlungen 1901 (Osnabrück) 354 f.

unter die geistigen Führer des katholischen Volkes zu zählen ist, gleich ausgezeichnet in der Wissenschaft wie in der täglichen Arbeit im öffentlichen Leben mit der Feder", den Chefredakteur der Kölnischen Volkszeitung, Dr. Hermann Cardauns. Es gelte, diesem Herrn „für seine bisherige Tätigkeit und seine Verdienste eine Ehrenschuld abzutragen" und „damit gleichzeitig gegenüber der Presse, der Großmacht der öffentlichen Meinung, unsere Anerkennung in einem hervorragenden katholischen Mitglied derselben Ausdruck zu verleihen".

Die interkonfessionelle Lage, die im Vorjahre so viele Besorgnisse geweckt hatte, wies noch schärfere Züge auf. Es mußte in Mannheim vor allem Stellung genommen werden gegen die weitere Ausdehnung der protestantisch-konfessionellen Kämpfe wider die deutschen Katholiken. „Wir wünschen", so sagte Dr. K. Bachem, „mit unseren protestantischen Mitbürgern ein bürgerliches Leben in Frieden zu leben, und wollen alles tun, damit nicht unsererseits dieser Friede gestört werde. Selbst wo wir uns notgedrungen verteidigen müssen, wollen wir es tun mit aller Achtung der Überzeugung unserer Gegner. Wo immer wir daher sehen, daß diese Gesinnung erwidert wird, da werden wir das laut und freudig anerkennen. Darum danken wir auch denjenigen Protestanten, welche uns hier in Mannheim freundlich oder höflich aufgenommen haben oder auch nur uns nichts in den Weg haben legen wollen. Diese werden sich überzeugen, daß wir stets bemüht sind, solche bürgerliche Achtung vor unserer Überzeugung in gleicher und vermehrter Weise zu vergelten" [6]. Über den Ansturm des sich ‚voraussetzungslos' nennenden Professorentums richtete Professor K. Braig-Freiburg gründliche, von tiefstem wissenschaftlichen Ernste getragene Ausführungen. Der Nachbarbischof von Speyer, Dr. G. v. Ehrler, hob hervor, daß die neuen Kämpfe kraft des Waltens der göttlichen Vorsehung der Kirche nur Ruhm und neues Wachstum bringen würden. Da im Lande Baden noch immer kein einziger Ordensmann wohnen und walten durfte, war es geboten, daß der

[6] Verhandlungen 1902 (Mannheim) 206 f.

Freiburger Arzt Dr. H. Gassert ebenso friedfertig wie entschieden über Wert und Bedeutung der katholischen Orden sprach. Im Hinblick auf einen die Öffentlichkeit aufs lebhafteste beschäftigenden Skandal, den Leipziger Bankkrach, geißelte Rechtsanwalt Dr. Feigenwinter-Basel die ungeheure Gefahr des modernen Mammonismus, die Sucht, ohne Rücksicht auf Gott und den Nächsten sich zu bereichern. Die hohe soziale Bedeutung der katholischen Volksbildungsbestrebungen beleuchtete Rechtsanwalt Dr. Bitter-Kiel.

Zu betrauern hatte der Katholikentag den Tod zweier so ausgezeichneter Parlamentarier wie Dr. E. M. Lieber und v. Buol-Berenberg, ferner den des pfälzischen Volksredners Dechant Dr. Hammer, der viele Jahre lang, immer laut umjubelt, auf den Begrüßungsabenden Grüße aus seiner Heimat überbracht hatte, und von dem das Wort stammte: ‚Katholisch ist Trumpf'. Der Präsident Dr. Cardauns kommentierte in Mannheim dieses Wort, indem er sagte: „Das ist viel bejubelt und viel bestritten worden, von beiden Seiten, in einem Sinn, an den der gute selige Dechant Hammer gar nicht gedacht hat. Katholisch ist Trumpf! Ganz gewiß in dem Sinne, daß der Herr niemals seine Kirche verläßt und daß sie triumphieren wird am Ende der Zeiten. Aber wer gibt uns die Gewähr, daß gerade die Katholiken des 20. Jahrhunderts, daß speziell die deutschen Katholiken in diesem Spiele — um im Bilde zu bleiben — die Trümpfe in der Hand behalten werden?“ [7]

Bezug nehmend auf Dr. Essers große Auseinandersetzung mit den Ideen des ‚Spektators' Prof. Kraus, schloß Erzbischof Dr. Nörber die Versammlung mit einem programmatischen Worte: „Unsere Parole soll sein nicht ein träger religiöser Katholizismus, der von Gott allein Wunder erwartet und selber nichts leisten will, nicht politischer Katholizismus, der im Herzen nicht besteht, sondern mit dem katholischen Namen Geschäfte machen will. Unsere Parole soll sein praktischer Katholizismus, der, wenn die Glocken läuten, in die Kirche geht, um Gott die Ehre

[7] Verhandlungen 1902 (Mannheim) 498.

zu geben, praktischer Katholizismus, der auch in der Familie die Pflichten übt, die Glaube und Religion uns auferlegen, praktischer Katholizismus, der gegebenen Falles auch mit dem Stimmzettel in der Hand dazu mitwirkt, daß die christliche Weltanschauung zur Geltung und überall zur Herrschaft kommt“ [8].

Am 20. Februar 1902 war Papst Leo XIII. in das fünfundzwanzigste Jahr seines glorreichen Pontifikates eingetreten. Gleich seinem Vorgänger war es ihm beschieden, dieses Jubeljahr zu überschreiten. In seinem Rundschreiben vom 19. März 1902 ‚Annum ingressi sumus‘ hatte der Hochbetagte ein von wärmster Hirtenliebe diktiertes Testament veröffentlicht, das in zahlreichen Versammlungen aus Anlaß des silbernen Papstjubiläums das große Thema der Festreden bildete. Frühzeitig hatten die Katholiken von Köln, als sie daran gingen, die fünfzigste Generalversammlung der Katholiken Deutschlands vorzubereiten, für diese den Segen ihres kirchlichen Oberhauptes erbeten, doch langte keine Antwort mehr an. Am 20. Juli ging Leo XIII. in die ewige Ruhe ein.

Aber die katholische Kirche war nicht mehr verwaist, als die Jubeltagung herannahte. Am 4. August 1903 hatte die Wahl des Kardinalkollegiums den Patriarchen von Venedig, Giuseppe Sarto, zur höchsten Würde der Christenheit erhoben. Auf das Glückwunschschreiben des Kölner Lokalkomitees antwortete Papst Pius X. huldvollst, und gab den Wunsch zu erkennen, daß bei der Gelegenheit das Andenken Ludwig Windthorsts und seiner Mitstreiter erneuert werde.

Ein Riesenfestzug von 340 Arbeiter- und Gesellenvereinen bewegte sich am 23. August durch die glänzend geschmückten Straßen der niederrheinischen Metropole, Arbeiterfestversammlungen fanden im Anschluß daran in der 10 000 Personen fassenden Festhalle und in sieben weiteren Lokalen statt.

Bei der abendlichen Begrüßungsfeier führte sich Joh. Falk III-Mainz als einer der wenigen überlebenden Augenzeugen der Gründungsversammlung von 1848 ein, und ein an-

[8] Verhandlungen 1902 (Mannheim) 505.

derer Mainzer, N. Racke, versicherte, daß der Katholikentag, der sein Jubelfest im heiligen Köln begehe, immer wieder willkommen sein werde in der Stadt, wo seine Wiege gestanden.

Das im hohen Dom von Kardinal Antonius Fischer zelebrierte Pontifikalamt, währenddessen der Domchor Palestrinas majestätische Missa Papae Marcelli vortrug, war die religiöse Eröffnungsfeier. Seine begrüßende Ansprache voll tiefer katholisch-sozialer Gedanken beschloß der Vorsitzende des Lokalkomitees Justizrat Custodis mit dem Vorschlage, wieder wie im Jahre 1894 den Führer des bayrischen Zentrums, Dr. G. v. Orterer, auf den Präsidentenstuhl zu berufen.

Die ansprechende Gedächtnisrede[9], mit welcher der Vorsitzende sein Amt antrat, hatte viele glänzende, dem katholischen Deutschland unvergeßliche Namen von Geistlichen und Laien im Zusammenhang mit der Geschichte der Generalversammlungen zu nennen. Die besonderen Verdienste, die sich Fürst Karl von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg längst gesichert hatte, anerkannte die Versammlung, indem sie ihn zum Ehrenpräsidenten erkor. In seinem Willkommgruß hob Kardinal Fischer die Bedeutung der Rheinlande für den deutschen Katholizismus und das deutsche Volkstum hervor.

Programm des Kölner Katholikentages war, darzulegen, was seine 49 Vorgänger auf den verschiedensten Gebieten der kirchlichen, sozialen und kulturellen Interessen geleistet hatten. Der gewaltige Stoff mußte naturgemäß unter eine große Zahl von Referenten verteilt werden. Das erste Referat, ‚Katholikentag und römische Frage' und die Gedächtnisrede auf Leo XIII. war dem Rechtsanwalt Rumpf-München anvertraut, der Bericht über Missionen und Bonifatiusverein dem Pfarrer Dr. Wurm-Hausberge, der über die Paritätsfrage dem Domdekan Dr. Schädler. Durch den Eintritt eines erlauchten Gastes, des Kardinals Ferrari von Mailand, dem die Versammlung ein brausendes Evviva entgegenrief, wurde Dr. Schädlers Vortrag etwas unterbrochen. Nach ihm konnte noch Professor Mausbach

---

[9] Verhandlungen 1903 (Köln) 146 ff.

in seiner geistvollen Art über die christliche Kunst sprechen, die anwesenden hohen Kirchenfürsten durch Erwähnung dessen erfreuend, was Köln und Mailand auf diesem Boden an unvergänglichen Werten besitzen. In der dritten öffentlichen Versammlung schilderte Verleger L. Lensing-Dortmund den an Mühen wie an Erfolgen reichen Entwicklungsgang der katholischen Presse, Dr. Porsch den Kampf der Katholiken um die Erringung kirchlicher Freiheit, der Dominikaner P. Dalmatius die katholisch-caritativen Bestrebungen, Adolf Gröber die Sozialpolitik der Katholikentage. Die Rückschau und Rundschau vollendeten in der vierten öffentlichen Versammlung Freiherr v. Hertling mit dem Berichte über die Fortschritte der katholischen Wissenschaft und Oberlehrer Dr. Kummer mit dem über die Volksbildungsbestrebungen. Kardinal Ferrari stellte in seinem Abschiedswort die katholische Organisation Deutschlands den übrigen Nationen als Muster hin mit dem denkwürdigen Worte: Germania docet [10].

Seit Jahren hatte sich der Brauch herausgebildet, daß zahlreiche katholische Spezial- und Standesvereinigungen aus Anlaß des Katholikentages zu eigenen Beratungen zusammentraten. In Köln gestaltete sich der Kranz dieser Nebenversammlungen besonders reich, es tagten fünf verschiedene religiöse Vereine, ferner die Cäcilienvereine, drei caritative und zwei Mäßigkeits- bzw. Abstinentenvereine, der Augustinusverein und die Hilfskasse der katholischen Journalisten, die Windthorstbunde, der Volksverein, fünf akademische Vereinigungen, der Verband katholisch-kaufmännischer Vereine, die katholischen Lehrer- und Schulrektorenvereine, der Kasinoverband ‚Omnes unum'. Schon aus diesen kargen Angaben erhellt, welch ausnehmend großes Maß von Arbeit auf der Jubelversammlung geleistet worden ist, und in welch erstaunlicher Weise der im Jahre 1848 gepflanzte Baum katholischer Organisation seine Triebkraft bewahrt und vermehrt hatte. Beinahe 5000 Mitgliederkarten und ca. 6500 Tageskarten waren gelöst worden,

---

[10] Verhandlungen 1903 (Köln) 362.

welche Zahlen eine Vorstellung von dem Massenandrang zu den öffentlichen Versammlungen des Katholikentages ermöglichen.

Die von Dr. Felix Porsch geleitete 51. Generalversammlung von Regensburg (21.—25. August 1904) fand ein wichtiges kirchenpolitisches Novum vor. Was der Katholikentag und die Reichstagsfraktion des Zentrums so oft gefordert hatten, die Aufhebung des so intoleranten und gehässigen Jesuitengesetzes, war wenigstens zum Teil erreicht worden, trotz alles Lamentos der Jungliberalen und des Evangelischen Bundes. Unterm 8. März 1904 war Artikel 2 des Ausnahmegesetzes vom 4. Juli 1872 durch den Bundesrat aufgehoben worden, so daß laut des Art. 1 nur noch die Niederlassung des Ordens der Gesellschaft Jesu verboten war, den Jesuitenpatres also künftig freie Bewegung im Deutschen Reiche und Vornahme kirchlicher Handlungen — mit Ausschluß freilich eigentlicher ‚Ordenstätigkeit‘ — gestattet sein sollte. In Regensburg konstatierte Dr. Porsch, wenigstens so viel sei erreicht, daß für die Mitglieder eines Ordens der katholischen Kirche nun nicht mehr dieselbe Rechtslage bestehe, „in der sich bei uns nur die Vagabunden und die zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilten Verbrecher befanden“. Gegen die gelegentlich der Aufhebung des vielberufenen Artikels 2 selbst von offiziellen protestantisch-kirchlichen Stellen ergangenen Proteste mußte der Redner, ohne in konfessionelle Polemik einzutreten, ein sehr ernstes Wort sprechen [11].

Grundton der Regensburger Tagung war die Devise, mit der Papst Pius X. sein Pontifikat angetreten hatte: Omnia instaurare in Christo. Die erneuernde Kraft Christi auf dem ethischen und dem sozialen Gebiete pries Professor Esser-Bonn, Geh. Justizrat H. Rören zerpflückte das Schlagwort vom ‚religiösen, nicht politischen Papsttum‘. Beifällig wurden auch die übrigen Referate aufgenommen, das des Professors Schnürer-Freiburg (Schweiz) über Wissenschaft und Katholizismus, des Redakteurs Dr. Ph. Huppert über moderne Belletristik, des

[11] Verhandlungen 1904 (Regensburg) 281 ff.

Dr. B. Barth-Straßburg über die katholische Presse und Dr. Schädlers Rede über die konfessionelle Schule, die das zündende Wort enthielt: ‚Religion ohne Konfession ist Konfusion.' Adolf Gröber sprach über das Prinzip der Autorität und seine Kräftigung, Dr. L. Werthmann über christliche Caritas, Justizrat Dr. Thaler-Würzburg über die Pflichten des katholischen Mannes, Dr. Pieper über christliche Sozialpolitik. Als hochbedeutenden Redner erwies sich Professor Meyenberg-Luzern mit seinen Darlegungen über die Sicherheit und die Weitherzigkeit der katholischen Weltanschauung.

Als Schlußredner hatte Dr. Porsch dem anwesenden Erzbischof von München, Dr. v. Stein, dem Diözesanbischof Dr. v. Senestrey und dem in Regensburg residierenden Fürsten von Thurn und Taxis herzliche Worte des Dankes zuzurufen und festzustellen, daß entgegen den Erwartungen des Zentralkomitees, das nach der Riesenversammlung von Köln eine Tagung in kleinerem Kreise für wünschenswert gehalten habe, die Regensburger Generalversammlung nun doch wieder eine überfüllte Massenversammlung geworden sei.

Eine besondere Freude weckte es, daß Kaiser Wilhelm II., der bislang den telegraphischen Huldigungsgruß, den seit der Versammlung von Würzburg (1893) der Katholikentag an ihn zu entsenden pflegte, durch das Zivilkabinett hatte erwidern lassen, nun zum erstenmal persönlich geantwortet hatte: „Den Mitgliedern der in Regensburg tagenden Generalversammlung der Katholiken Deutschlands sage ich meinen kaiserlichen Dank für die mir übermittelte Huldigung. Ich hoffe zu Gott, daß die Verhandlungen „vom Geiste des Friedens geleitet, guten Fortgang nehmen und der Ehre und dem Wohle des deutschen Vaterlandes dienen werden"[12]. Ein Mitglied des bayerischen Königshauses, Prinzessin Ludwig Ferdinand, hatte die dritte öffentliche Versammlung mit ihrer Anwesenheit beehrt; die letzte Versammlung beschloß der Nuntius zu München, Erzbischof Caputo, mit der Spendung des apostolischen Segens.

---

[12] Verhandlungen 1904 (Regensburg) 353.

Hatte die nach außen hin am mächtigsten hervortretende Kundgebung zu Regensburg, der Arbeiterfestzug, gegen 12000 Teilnehmer gezählt, so wies die nächste Kongreßstadt, das reichsländische Straßburg, einen Festzug auf, der in 525 Vereinen einen Zug von zirka 35500 Mann aufmarschieren ließ. Das war denn etwas, was selbst grimmigen Gegnern der katholischen Organisation Hochachtung abnötigen mußte.

Die Tatkraft des Bischofs Dr. Adolf Fritzen und des von dem Arzte Dr. P. Burguburu geleiteten Lokalkomitees sorgten dafür, daß in Straßburg (20.—24. August 1905) die Katholiken aus Altdeutschland die herzlichste Aufnahme fanden. In seiner Einleitungsrede warf der Präsident, Erbprinz Alois von Löwenstein, die Frage auf, warum nicht schon längst in den Reichslanden ein Katholikentag stattgefunden habe, und suchte die Antwort auf diese Frage ‚in Gründen persönlicher oder örtlicher Natur'. „Vielleicht haben auch ängstliche Seelen gefürchtet, daß hier der gewohnte Erfolg der Versammlungen nicht verbürgt sei." Aber schon jetzt hätten sich alle Besorgnisse als völlig unbegründet erwiesen. Bezüglich der zu erhoffenden Erfolge in nationaler, politisch-organisatorischer Beziehung sagte der Prinz: „Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands wird auf die Katholiken von Elsaß und Lothringen denselben mächtigen und tiefgehenden Eindruck machen, den alle Katholikenversammlungen bisher auf die Stadt und den Landesteil ausgeübt haben, in dem sie tagten, und den Bewohnern dieses Landes wird es überlassen bleiben, aus unseren Verhandlungen die Folgerungen, jenes Fazit zu ziehen, das ihrem eigenen zeitlichen und geistlichen Wohl, der Ehre Gottes und dem Wohle unseres ganzen Vaterlandes am besten dient"[13].

Man weiß, daß schon im folgenden Jahre der größere Teil der ‚Elsässer' im Reichstage sich auf das Zentrumsprogramm einigte, eine Tatsache, die jeden einsichtigen Politiker mit Freude erfüllen mußte.

Die Rednerkommission des Straßburger Lokalkomitees

---

[13] Verhandlungen 1905 (Straßburg) 213.

hatte auf Vorschlag des Weihbischofs Dr. Zorn v. Bulach das Wort des hl. Paulus 1 Korinther 16, 13 f. zum Leitgedanken gewählt und daraufhin folgende Themata aufgestellt: Die Quellen und Segnungen des religiösen Lebens, die Bedeutung des Papsttums für Religion und Kultur, die katholischen Missionen, der Bonifatiusverein, die Pflichten des katholischen Volkes, die Volksbildungsbestrebungen, wahre und falsche Toleranz, der Kampf gegen die Unsittlichkeit, die soziale Arbeit der Katholiken, katholische Mitarbeit an Kunst und Wissenschaft, die Zusammenarbeit von Kirche und Staat zum Heil der Gesellschaft. Daß diese Themata bewährten Männern der Wissenschaft, der seelsorgerlichen und politischen Praxis anvertraut worden waren, zeigte die Rednerliste mit Namen wie A. Gröber, Alb. Ehrhard, de Witt, B. Auracher, Rören, Meyenberg, Liese S. J., Mausbach. Für die Teilnehmer aus dem französischen Sprachgebiete wurde eine Sonderversammlung abgehalten, in der Graf Andlau, Bischof Dr. Benzler von Metz und Kanonikus Collin sprachen. Große Munifizenz bewies die Stadt Straßburg, die dem Katholikentage ein glänzendes Gartenfest spendete.

Den größten deutschen Bundesstaat, das Königreich Preußen, durchtobte im Winter 1905—1906 wiederum ein Kampf um die Volksschule. In Anbetracht, daß die stetig wachsenden Schullasten den Klagen der Gemeinden zufolge wenig gerecht verteilt und konfessionelle Minderheiten bei Errichtung neuer Schulen vielerorts offensichtlich unberücksichtigt geblieben waren, hatte sich Kultusminister Studt entschlossen, aus dem weitschichtigen Stoff eines Schulgesetzes wenigstens die Frage der Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen zu einer gesetzlichen Regelung zu bringen. Der Minister konnte sich auf ein Kompromiß von Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen stützen, welche die Schulunterhaltungsvorlage und die Konfessionalität der Volksschulen anzunehmen gewillt waren, wenn die bestehenden Simultanschulen aufrecht erhalten blieben. Der parlamentarischen Koalition gegenüber befand sich das Zentrum des Preußischen Abgeordnetenhauses, das die simultanen Schulen prinzipiell verurteilen mußte, in einer schwierigen Lage, zumal

auch die Ablehnung der Vorlage ihre schweren Bedenken hatte. Es entschloß sich, an dem Gesetzgebungswerke mitzuarbeiten, da es immerhin einen großen Gewinn bedeutete, wenn als Regel die konfessionelle Schule gesetzlich festgelegt und die Errichtung katholischer Schulen in überwiegend protestantischen Städten auf Kosten aller Steuerzahler erleichtert wurde[14]. Auf dem Katholikentag von Essen (19.—23. August 1906) fand Dr. Porsch, als er die Haltung der Fraktion erläuterte, die Billigung des katholischen Volkes.

Die Essener Generalversammlung berief den Landgerichtsrat Adolf Gröber an ihre Spitze. Der Zudrang zu dem Festzuge (42 000 Arbeiter) wie zur Begrüßungsfeier, die in der riesigen Festhalle weit über 10 000 Gäste zusammenführte, war überwältigend. Der religiösen Haltung der eingesessenen Katholiken, besonders auch der Industriearbeiter, konnte als Diözesanoberer Kardinal Fischer hohes Lob zollen. Zugleich teilte der hohe Redner mit, daß als spezieller Abgesandter des Hl. Vaters Kardinal Vincenzo Vanutelli sich auf dem Wege nach der großen Industrie- und Arbeiterstadt befinde. Schon während der ersten öffentlichen Versammlung lief ein Telegramm des Kaisers ein: „Ich habe den freundlichen Gruß der dort versammelten Katholiken Deutschlands gerne entgegengenommen und mich aufrichtig über die Versicherung gefreut, daß die Generalversammlung der Versöhnung der Konfessionen und der sozialen Gegensätze zu dienen bestrebt sein wird. Für diese Kundgebung spreche ich der Generalversammlung meinen wärmsten Dank aus.“ Im Geiste dieser Sätze sollten sich tatsächlich alle Verhandlungen von Essen vollziehen.

Bezüglich der Römischen Frage wurde die in Neisse beschlossene Resolution wie in den letzten Jahren wieder angenommen mit einem Zusatze, der den deutschen Katholiken eifrige Unterstützung des Peterspfennigs empfahl, damit die die Katholiken Frankreichs mit so schweren finanziellen Lasten bedrohende

---

[14] Ausführliches s. bei J. Heß, Der Kampf um die Schule in Preußen 137 ff.

Trennung von Kirche und Staat nicht auch für die Bedürfnisse des Hl. Stuhles sich fühlbar mache.

Fragen des Unterrichts und der Erziehung wurden in der ersten öffentlichen Versammlung durch Felix Porsch und Nikola Racke behandelt, in der zweiten die Römische Frage durch Oberlandesgerichtsrat Dr. Burlage, die Aufgaben der Volksbildung und künstlerischen Erziehung durch Dr. R. v. Kralik-Wien und Prof. Dr. Jos. Zahn-Straßburg, die Frauenfrage durch Seminarpräses Lausberg-Köln.

Zum Grabe des hl. Ludgerus im benachbarten Werden veranstalteten mehr als 2000 Versammlungsteilnehmer am Morgen des 22. August eine Wallfahrt. Der Nachfolger des großen Bischofs von Münster, Dr. H. Dingelstad, brachte dabei das hl. Meßopfer dar. Am Nachmittage dieses Tages legte Kardinal Vanutelli in der dritten öffentlichen Versammlung das Zeugnis ab, ein großartigeres Schauspiel als das heutige niemals gesehen zu haben. Der Kirchenfürst wohnte den Vorträgen an, die Graf Galen-Assen über den Bonifatiusverein, Reichstagsabgeordneter de Witt über Katholizismus und Wirtschaftsleben, der Jesuitenpater Seiler über die Caritas hielt.

Die Schlußversammlung eröffnete Arbeitersekretär J. Giesberts mit einem nach Inhalt und Form bedeutungsvollen Referate über des Arbeiters Mitwirken an der Lösung der sozialen Frage sowohl wie die Mitarbeit der gebildeten Stände, des Staates und der Kirche, besonders auf die Gewerkschaftsfrage eingehend. Den Gegensatz von modernem Atheismus und altem Gottesglauben besprach schließlich Professor Einig-Trier; angesichts der vom Materialismus her drohenden Gefahr müsse in Deutschland alle konfessionelle Polemik verstummen. Sodann bestellte Kardinal Vanutelli die ihm von Papst Pius X. aufgetragenen huldvollsten Grüße und Segenswünsche an die Katholiken Deutschlands. Diese umfasse der Hl. Vater mit besonderer Liebe, weil sie, eine bewunderungswürdig organisierte Schar, für Gott und Vaterland unter der Fahne Christi stritten und „bereitwilligst auf das Wort ihrer Bischöfe hören und in ihrem ganzen Vorgehen, möge es sich auf die Religion

oder auch, sofern die Religion dadurch berührt wird, auf bürgerliche und soziale Angelegenheiten beziehen, ihrer und des Hl. Stuhles Autorität sich unterordnen“[15].

In Essen bewährte sich glänzend eine von dem Zentralkomitee getroffene organisatorische Maßregel, die Schaffung einer Liste ‚ständiger Mitglieder der Generalversammlung‘. Ein ständiges Mitglied, berechtigt zur Teilnahme am Katholikentag und Bezug des stenographischen Berichtes, gewährte durch die Zahlung seines Beitrages (Mk. 7,50) jeder ferneren Versammlung Unterstützung und Förderung, auch wenn es am persönlichen Erscheinen verhindert war. Zu Tausenden betrachteten es wohlhabende Katholiken als ihre Pflicht, sich in diese Liste aufnehmen zu lassen und dadurch auch mittleren und kleineren Städten es zu ermöglichen, den Katholikentag bei sich aufzunehmen. Unfreundliche Kommentare gegnerischer Blätter über diese Maßregel wies der Vorsitzende des Zentralkomitees, Graf Cl. Droste, mit vornehmen Worten zurück[16].

Konfessionelle Versöhnlichkeit hatten alle in Essen gehaltenen Reden geatmet. Noch in seinem Schlußworte richtete Kardinal Fischer „einen warmen Appell an all unsere deutschen Mitbürger, die nicht unseres Glaubens sind, aber wohl des Willens, den durch den lieben Gott zugelassenen Spalt, der durch unser Volk geht, nicht weiter zu vertiefen und zu verbreitern, die noch mit uns glauben an einen Gott im Himmel und seinen menschgewordenen Sohn, unsern gebenedeiten Herrn und Heiland, und die Erlösung durch das heilige Kreuz“. „Ich möchte an sie alle einen warmen Appell richten, daß sie mit uns sich verbünden und gemeinsam in dieser ernsten Zeit mit uns Front machen gegen die unheimlichen Mächte der Finsternis, die rütteln an den Fundamenten der christlichen Ordnung, auf der auch die deutsche Kultur beruht bis zum heutigen Tage. So handeln ist wahrhaft patriotisch und wahrhaft ein Zeichen echter Vaterlandsliebe“[17].

---

[15] So der Wortlaut. S. Verhandlungen 1906 (Essen) 406, 648 ff., 678 f.; vgl. Cardauns, Aus dem Leben eines deutschen Redakteurs 148 f. [16] Verhandlungen 1906 (Essen) 180 f.

[17] Verhandlungen 1906 (Essen) 417 f.

Die protestantische Presse redete von einem ‚Friedensangebot‘, das von dem Katholikentag ausgegangen sei. Von einem solchen Angebote konnte um deswillen nicht gesprochen werden, weil die Katholiken mit ihren andersgläubigen Volksgenossen nicht im Kriege gelegen hatten. Diejenigen, die Kampf und Zwietracht suchten, waren in einem ganz anderen Lager, wie sich alsbald wieder mit aller Deutlichkeit zeigen sollte. Am 10. Oktober 1906 nahm die in Graudenz tagende Hauptversammlung des Evangelischen Bundes die folgende Resolution an: „Der Essener Katholikentag hat die Losung ausgegeben: Zusammenschluß der Gott- und Christusgläubigen aller Konfessionen zum Kampfe wider den Unglauben und Umsturz. Demgegenüber geben wir zur 19. Tagung des Evangelischen Bundes versammelten Protestanten folgende Erklärung ab: Mit den Christen aller Kirchen und Konfessionen, die in dem Herrn Christus allein das Heil sehen, fühlen wir uns im Geiste vereint. Jene Essener Losung ist indes nur eine Wiederholung der seit Gründung der konfessionellen Zentrumspartei stets von ihr erlassenen Aufforderung zum politischen Zusammenschluß der ‚gläubigen Christen‘. Dieses Ansinnen weisen wir als verhängnisvoll für unser Vaterland und unsere evangelische Kirche zurück. Wir erachten es vielmehr als Gewissenspflicht, unsere evangelischen Volksgenossen und insbesondere die von jener Seite als gläubig angesprochenen Kreise vor einem Eingehen auf das angebotene Bündnis zu warnen; denn bei aller Anerkennung der Ehrlichkeit, mit der viele fromme Katholiken meinen, uns auf diese Weise die Hand zu bieten, können wir doch in jenem Beschlusse des Katholikentages nichts anderes erkennen als den geschickten Versuch, die Macht der die römischen Interessen in erster Linie vertretenden Zentrumspartei zu stärken und uns jene ‚Freiheit der Kirche‘ erobern zu helfen, die unvereinbar ist mit den Grundlagen des souveränen, nationalen Staates und eine beständige Bedrohung des konfessionellen Friedens bedeutet. Unsere evangelische Losung dagegen ist: Freie Entfaltung der Lebenskräfte der Reformation, die sich von jeher als volks- und staatserhaltend erwiesen haben, Zusammenarbeiten mit allen Schaf-

fensfreudigen, die dem Vaterlande dienen wollen auf dem Gebiete der christlichen Gesittung und Volkswohlfahrt, aber kein Bündnis mit dem Zentrum und keinerlei politische Unterstützung dieser parlamentarischen Interessenvertretung der römischen Kirche. Denn die römische Kirche ist kein Bollwerk gegen Revolution und Umsturz, und noch jeder Verbündete des Ultramontanismus war schließlich der Betrogene."

Heute, wo furchtbare Tatsachen die Frage beantwortet haben, ob der Protestantismus sich als Stütze der Throne und als Bollwerk gegen Revolutionen hinzustellen berechtigt sei, wo ferner alle ehrlichen Protestanten zugeben, daß nur durch die religiöse und politische Haltung der Katholiken Deutschlands die Interessen aller Konfessionen hinsichtlich der Rechtsverhältnisse von Kirche und Schule vor schweren Kränkungen durch die Revolution bewahrt worden seien, ist ein derartiger Erguß in den Augen aller Einsichtsvollen gekennzeichnet als das, was er von Anfang an war, als eine nur von blindem Hasse und völliger Verkennung der geistigen Zustände Deutschlands zu erklärende, durch nichts gerechtfertigte Beleidigung der Katholiken Deutschlands. Übrigens haben schon im Jahre 1906 konservativ gerichtete Protestanten den Graudenzer Beschluß so beurteilt. Aber die liberale Presse war von dem Beschlusse entzückt.

Nur wenige Wochen vergingen, und der in Graudenz angegebene Ton wurde von Fanfarenbläsern im ganzen protestantischen Deutschland geblasen. Wegen einer wenig belangreichen Budgetfrage betreffend die Unruhen der Hereros in Südwestafrika hatte es der Reichskanzler Fürst Bülow zu einem Konflikte mit der Zentrumsfraktion des Reichstages kommen lassen und diesen am 13. Dezember 1906 aufgelöst. Für die Neuwahlen wurde seitens des Evangelischen Bundes, des Antiultramontanen Reichsverbandes und der Liberalen aller Schattierungen die Parole ‚Kampf gegen Rom, den Ultramontanismus, den vaterlandslosen Jesuitismus, die Nebenregierung des Zentrums' ausgegeben, und in seinem sehr wenig staatsmännischen ‚Silvesterbrief' wirkte der höchste Beamte des Reiches in dem gleichen volksverhetzenden Sinne. Die Macht des Zentrums sollte ge-

brochen werden durch Herstellung eines ‚Blockes' von Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen. Aus dem eine einzige antikatholische Hetze darstellenden Wahlkampfe ging das Zentrum mit 104 Mitgliedern und einem Hospitanten hervor, die ‚antiultramontane' Wahlparole hatte auf die Katholiken lediglich einigend gewirkt. Die sich ‚Nationalkatholiken' nennenden Außenseiter vereinigten auf sich noch keine 20 000, das Zentrum aber 2 179 800 Stimmen. Diese stärkste Partei im deutschen Volke vom Reichstagspräsidium auszuschließen, war die erste Tat des ‚Bülowblockes'.

Wer gedacht hatte, die Katholiken Deutschlands würden alle in jenem sturmreichen Winter erlittene Unbill zum Gegenstand einer ausführlichen Aussprache auf der nächsten Generalversammlung machen, derjenigen von Würzburg (25.—29. August 1907), sollte sich enttäuscht sehen. Erst in seiner Schlußrede wies der Präsident, Rechtsanwalt Konstantin Fehrenbach, kurz darauf hin, „daß man sich nicht gescheut hat, die konfessionellen Leidenschaften aufzurufen gegen uns". „Man hat dabei nicht gefragt, ob wir, die Katholiken, je einmal Anlaß gegeben haben zur Klage bei anderen Konfessionen, und man hat auch nicht gedacht, welche Summe von mühsam erworbenem Vertrauen man leichtsinnig preisgab. Diese Tatsachen predigen eine klare und eindringliche Predigt für jeden verständigen Mann: wir können nur bauen auf unsere eigene Kraft und auf Gottes Hilfe" [18].

Fehrenbach betonte gleichzeitig, in wie hohem Grade der Würzburger Versammlung ein religiöser Charakter zugekommen sei. „Wir betrachten", so hatte der Diözesanobere, Dr. F. v. Schlör, zu Beginn gesagt, „die Generalversammlungen als höchst festliche Gelegenheiten, uns freudig zu bekennen als treue Jünger unseres göttlichen Heilandes, als treue und verlässige Anhänger der christlichen Lebensanschauung; wir wollen die Generalversammlung dazu benützen, die Liebe zu unserer heiligen Religion in unseren Herzen recht zu entflammen und die Liebe zu unserer christlichen Wahrheit in möglichst viele

[18] Verhandlungen 1907 (Würzburg) 454.

Herzen hineinzulegen und dort stark zu machen zu ihrem eigenen persönlichen Wohle, zum Wohle der Familien, denen sie angehören, zum Wohle des Vaterlandes und unserer heiligen Kirche."

Die Würzburger Rednerkommission hatte ein Schema ausgearbeitet, demzufolge als Hauptthema bezeichnet wurde: Ideale des Katholizismus im öffentlichen Leben und Mitwirkung der Katholiken an der Verwirklichung dieser Ideale. Es ergaben sich daraus als Beratungsgegenstände: Religion und Konfession, äußere und innere Mission, Katholizismus und Hochschule, Kirche und Volksschule, Religion und Nationalität, Katholizismus und wirtschaftliches Leben, Caritas, Literatur und Kunst und schließlich: das Papsttum.

Besonders glänzende rednerische Leistungen waren die des Professors Meyenberg (Religion und Konfession), des Professors M. Spahn über die Universitäten, des Pfarrers Wacker über Kirche und Nationalität, des Professors Meyers-Luxemburg über christliche Kunst und des Erbprinzen Alois von Löwenstein über das Papsttum. Die große Männerprozession auf das ‚Käppele' durfte Fehrenbach mit Recht „als majestätischen Ausdruck des katholischen Bewußtseins, der katholischen Überzeugung und Frömmigkeit" bezeichnen.

Ein Beschluß von Würzburg erstrebte die würdige Feier des goldenen Priesterjubiläums Papst Pius' X. (18. September 1908). Es wurde ein Pilgerzug nach Rom, Festversammlungen, die Sammlung eines stattlichen Peterspfennigs sowie kirchlicher Gefäße und Paramente in Vorschlag gebracht. Diesen Anregungen leistete das katholische Deutschland um so bereitwilliger Folge, als es mit steigender Bewunderung die von dem Hl. Vater auf dem Gebiet der kirchlichen Verwaltung, Rechtspflege und Liturgie, der theologischen Studien und der kirchlichen Frömmigkeit geübte Reformtätigkeit verfolgte. Die Veranstaltung einer großen deutschen Pilgerreise unterblieb auf Wunsch des Papstes, nachdem sich Pilger aus anderen Ländern schweren Belästigungen durch den römischen Pöbel ausgesetzt gesehen hatten. Aber eine Deputation des Zentralkomitees, geführt von zwei Bischöfen, durfte am 4. Mai 1908 dem hohen

Jubelpriester die Glückwünsche und reichen Geschenke der Deutschen überbringen. Dem Grafen Droste sprach der Papst seine besondere Anerkennung über die Wirksamkeit der von den deutschen Katholiken alljährlich abgehaltenen Generalversammlungen aus.

Als größte und glanzvollste Kundgebung auf deutschem Boden anläßlich des Jubiläums war die nach Düsseldorf zum 16.—20. August 1908 einberufene große Heerschau der Katholiken gedacht, die mit militärischer Strammheit ein ehemaliger Offizier leitete, Graf Hans von Praschma. Und fast wie ein gewaltiges Kriegsheer nahm sich der über 60 000 Arbeiter zählende Festzug aus, der am 16. August in anderthalbstündigem Vorbeimarsch dem Kardinal und Erzbischof Fischer von Köln huldigte.

Im Namen von 10 000 in der hochgetürmten Festhalle Versammelten forderte Graf Praschma in seiner Eröffnungsrede, auf die Vorgänge hinweisend, die einen deutschen Pilgerzug verhindert hatten, für das Oberhaupt der katholischen Kirche eine volle und wirkliche Unabhängigkeit und Freiheit. Sodann erörterte der Präsident mit hohem rednerischen Schwunge die Gründe, warum das Papstfest eine Weltfeier und zugleich eine Familienfeier bedeute, warum die Katholiken ihrem höchsten Hirten und Lehrer zujubelten.

Ganz anders geartet und doch nicht weniger wirkungsvoll war die zweite Rede, die in Düsseldorf gehört wurde. Professor Mausbach hatte über Pius' X. unterm 8. September 1907 ergangene Enzyklika Pascendi dominici gregis zu sprechen, jenes Rundschreiben, das von der katholischen Theologie die Gefahren des Kantianismus, Agnostizismus und Immanentismus abwehren wollte, die auf protestantisch-theologischem Boden so furchtbare Verheerungen geschaffen hatten. Die unter dem Namen ‚Modernismus' zusammengefaßten Irrtümer seien, so legte der Referent dar, für einzelne katholische Priester in England, Frankreich und Italien verhängnisvoll geworden; anderseits bleibe bestehen: „Die katholische Theologie und Philosophie in Deutschland stand in allen ihren namhaften Ver-

tretern schon vor der Enzyklika entschieden ablehnend dieser Strömung gegenüber; jüngere Ausnahmen bestätigen hier nur die Regel." Den einzelnen Schlagwörtern des Modernismus leuchtete der Münstersche Gelehrte dann ins Antlitz, um darzutun, auf welche Abwege sie die katholische Wissenschaft führen würden, und wie notwendig und heilsam das von Pius X. gegen die Neuerer eingeschlagene Verfahren sei. Niemals dürfe der Katholik vergessen, wieviel seine Kirche der modernen Welt an sicheren und beseligenden Erkenntnissen zu bieten habe, und wie vergleichsweise gering das wirklich und bleibend Wertvolle sei, das er von dem modernen Geiste sich aneignen könne [19].

Die hundertste Wiederkehr der Geburt des um die katholische Bewegung und die Pflege christlicher Kunst einzigartig verdienten Rheinländers August Reichensperger gab Matthias Wiese den Anlaß, ein großzügiges Lebens- und Charakterbild dieses unvergeßlichen Kämpen vor der Versammlung zu entwickeln. Daß am Niederrhein, hinter dem gewaltigen Aufschwung der Industrie die katholische soziale und wirtschaftliche Organisation nicht zurückgeblieben sei, legte ein berufener Mann, Dr. H. Brauns-M.-Gladbach dar. Düsseldorf als Heimatstätte christlicher Kunst feierte Professor Meyers-Luxemburg unter Darlegung der Prinzipien, welche die Katholiken bei ihrem künstlerischen Schaffen zu befolgen hätten. Nach einer Wallfahrt zu dem durch die Erinnerungen an den hl. Suitbert geheiligten Kaiserswerth brachte der dritte Verhandlungstag die meisterhafte Rede des Juristen Dr. Laarmann-Essen über die Ideale des katholischen Studententums, des Prof. Dr. Zahn-Straßburg Vortrag über die Frauenfrage und des Oberlandesgerichtsrates Marx-Düsseldorf Überblick über die Lage der Katholiken Deutschlands. Wieviel Wünsche des katholischen Volksteils hinsichtlich der Ordensgesetzgebung, der Gleichberechtigung und des konfessionellen Friedens noch immer unerfüllt seien, wurde von Marx durch empörende Einzelheiten nachgewiesen.

---

[19] Verhandlungen 1908 (Düsseldorf) 231 ff.

Mit atemloser Spannung lauschten am vierten Tage die Versammelten dem Berichte, den der holländische Pfarrer Dr. Janssen über das ersprießliche politisch-parlamentarische Zusammenwirken von Katholiken und Protestanten in dem Nachbarreiche und die segensvollen Früchte dieses Zusammenarbeitens erstattete. Schließlich wandte Ständerat Wirz-Sarum das Augenmerk noch einmal auf die hohepriesterliche Gestalt Pius' X., indem er über die religiöse, soziale und kulturelle Tätigkeit der Päpste sprach. Stürmischer Applaus lohnte den Präsidenten Grafen Praschma, als er zum Schluß der Versammlung die Parole ausgab: „Seien wir eine Elitetruppe, überall voraus, daß die andern mit Fingern auf uns weisen, weil sie von uns immer das Beste zu sehen bekommen, damit in der Stunde der Gefahr der besorgte Mitbürger und auch der um sein Wohl bekümmerte Staat rufen muß: Katholiken vor die Front! Zeigen wir den Mitbürgern, daß gut deutsch und gut katholisch sein nicht nur kein Gegensatz ist, sondern daß es zueinander gehört, daß der gute Katholik immer zu den Besten der Nation gehört, zeigen wir zugleich den Katholiken der Welt, daß wir so treu wie kein anderer zum katholischen Glauben halten, daß wir alle wie ein Mann uns scharen um den Thron unseres Hl. Vaters zur Verteidigung seiner Rechte, zum Kampfe für unseren Glauben! Die Katholiken in Deutschland voran, die deutschen Katholiken in der Welt voran!“ [20]

Eine Satzungsänderung des Katholikentages, die in Düsseldorf beschlossen wurde, ermöglichte es auch ganzen katholischen Vereinen, Genossenschaften und Körperschaften, die Mitgliedschaft zu erwerben. Beantragt war auch, Frauen zur Mitgliedschaft zuzulassen, doch wurde nach eingehender Beratung diese Frage als noch nicht spruchreif erklärt.

Zu Frankfurt a. Main war neuerdings eine Riesenhalle errichtet worden, die den Bedürfnissen des zur Massenversammlung gewordenen Katholikentages vorzüglich entsprochen haben würde. So war denn für die 56. Generalversammlung die Mainstadt in Aussicht genommen worden. Aber man hatte die

---

[20] Verhandlungen 1908 (Düsseldorf) 466.

Rechnung ohne die in Frankfurt ausschlaggebenden Faktoren gemacht, welche die Benutzung der Halle versagten unter Angabe des offiziellen Grundes, daß die Halle für eine Ausstellung benötigt werde. Da erhielt das Zentralkomitee zu seiner Freude von den Katholiken der Hauptstadt Schlesiens das Angebot, bei sich die Generalversammlung aufzunehmen.

Den Katholikentag von Breslau (29. August—2. September 1909) eröffnete ein Festzug, an dem 680 Arbeitervereine mit 26 000 Mitgliedern sich beteiligten. Das war angesichts der Tatsache, daß das oberschlesische Industriegebiet so weit entfernt lag, eine hocherfreuliche Zahl. Für die polnisch redenden Arbeiter eine Versammlung zu halten, in denen zu diesen in ihrer Muttersprache hätte geredet werden können, hatte leider die Landespolizeibehörde in ihrer unglücklichen Polenpolitik verboten. Der Vorsitzende des Lokalkomitees Dr. Porsch behielt sich vor, im Parlamente auf das unliebsame Vorkommnis zurückzukommen [21]. Ein Westfale, Gutsbesitzer Karl Herold, wurde zum Präsidenten, der greise Graf Franz Ballestrem zum Ehrenpräsidenten der 56. Generalversammlung erkoren. Diese sollte, wie Kardinal Kopp, soeben von schwerer Krankheit genesen, betonte, sich wie herkömmlich einzig mit innerkatholischen Angelegenheiten, nicht mit denen anderer Lager, beschäftigen und das Werk des vor kurzem mit außerordentlichem Glanz zu Köln gefeierten Eucharistischen Kongresses ergänzen.

Tüchtige Arbeit wurde in Breslau geleistet zumal auf dem Gebiet der Heidenmissionen, die in dem Fürsten Alois von Löwenstein einen beredten Anwalt hatten, der Schulfrage, deren fundamentalen Grundsätze Oberlandesgerichtsrat Marx aufzeigte; die Unentbehrlichkeit des St.-Bonifatius-Vereins behandelte Rechtsanwalt Dr. H. Herschel-Breslau. Dr. Bell wies darauf hin, daß ein halbes Jahrhundert verflossen sei seit der Grundlegung katholischer Sozialpolitik durch W. E. Freiherrn v. Ketteler und gab einen Überblick über all das Gewaltige, was in diesen 50 Jahren an katholisch-sozialer Arbeit geleistet worden

[21] Verhandlungen 1909 (Breslau) 163 f.

war. Die katholische Caritas hatte ihren Lobredner in Professor Meyers-Luxemburg. Einen offenbaren Aufstieg der christlichen Kunst stellte Rechtsanwalt Dr. Rumpf-München fest und warb mit warmen Worten um das Interesse weiterer Kreise für die Anliegen der in christlichem Geiste schaffenden modernen Künstler. Eine Antialkoholrede eindringlichster Art hielt Pfarrer Kapitza-Tichau. über die Presse referierte Amtsgerichtsrat de Witt, über Literatur Pfarrer Mumbauer, über die Römische Frage Domdekan Dr. Schädler und die Frauenfrage Professor Dr. M. Faulhaber-Straßburg.

Der Erholung der Festgäste diente ein hohe musikalische Genüsse bietendes Volksfest im Schießwerder Garten, an das sich ein stimmungsvolles Feuerwerk anschloß. Von den wiederum in sehr großer Zahl (21) abgehaltenen Nebenversammlungen fand außerordentlich große Teilnahme die des Volksvereins, dessen Mitgliederzahl das sechste Hunderttausend soeben überschritten hatte [22].

Das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts endete auf geistig-religiösem Gebiet nicht mit einem Jahre des Friedens. Das war vor allem die Schuld des materialistischen Monistenbundes, der im Winter 1909/10 alles daran setzte, dem deutschen Volke den Christusglauben zu nehmen durch Propagierung der von beschämendster philosophisch-historischer Urteilslosigkeit getragenen Theorien des Karlsruher Professors A. Drews über die ‚Christusmythe'. Daneben ging die kirchenfeindliche Agitation des im ‚Deutschen Lehrerverein' zentrierten radikalen Lehrertums, eine alle Grenzen überschreitende Hetze des Evangelischen Bundes anläßlich des Rundschreibens Pius' X. über das Zentenarium des hl. Karl Borromäus, die auch dann nicht zur Ruhe kam, als des Papstes hochherzige Friedensliebe von einer Verkündigung der Enzyklika in Deutschland absah. In Berlin tagte ein ‚Weltkongreß für freies Christentum', auf dem die Anhänger der fortgeschrittensten ‚Theologie' sich ein Stelldichein gaben zur Verhöhnung der katholischen Kirche. Die Einigkeit der Katho-

[22] Verhandlungen 1909 (Breslau) 479 ff.

liken Deutschlands schien bedroht durch die Verschärfung eines Federkriegs, in dem die Schlagwörter von einer Kölner und einer Berliner Richtung die bekannte Rolle spielten; es handelte sich um die Frage, ob die katholischen Fabrikarbeiter in interkonfessionellen ‚christlichen Gewerkschaften‘ oder in konfessionellen ‚Fachabteilungen‘ zu organisieren seien. Dazu kam der Streit um den ‚literarischen Modernismus‘, den einzelne auch in Deutschland feststellen zu können glaubten.

Einmütigen und kräftigen Widerhall fanden die Worte, mit denen die Katholiken Augsburgs, voller Freude, endlich einmal den Katholikentag bei sich beherbergen zu können, ihre Glaubensgenossen aus ganz Deutschland zum 21.—25. August 1910 in ihre ehrenreiche Stadt einluden. Sie wiesen auf den das Vaterland durchzitternden Kampf gegen das positive Christentum hin: „In diesem Kampfe steht nicht mehr Christ gegen Christ, sondern es stehen oder sollen stehen alle Christen vereint gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Unglauben und das Freidenkertum, das nunmehr mit offenem Visier gegen Thron und Altar mobil macht. Enger Zusammenschluß aller treuen Christusbekenner, Erforschung der besten Abwehr- und Verteidigungsmittel, Ausgleichung des doch nur vorgeblichen Gegensatzes zwischen Christentum und wahrer Kultur, Fortschrittsbestrebungen auf allen Gebieten der wahren Kunst und Wissenschaft, Stärkung der kirchlichen und staatlichen Autorität — diese und manch andere einschlägige Fragen sollen beraten, beschlossen und zur Durchführung vorbereitet werden.“

Als Präsident der Versammlung hatte Oberlandesgerichtsrat Marx die Ehre, fast alle Mitglieder des bayerischen Episkopates und mehrere Missionsbischöfe zu begrüßen, denen am Tage zuvor von einem Festzuge von 854 Arbeitervereinen mit 35 000 Mitgliedern begeisterte Ovationen zuteil geworden waren. Mit ernstesten Worten aber mußte Marx die geistige Situation der Gegenwart schildern, in der nicht mehr eine christliche Einzellehre bekämpft werde, sondern die Gesamtgrundlage des Christentums und des Gottesglaubens, der in den Augen nur Allzuvieler einen Ersatz finden solle durch die ‚moderne Kultur‘; dazu werde

um politischer Zwecke willen immer wieder der Deutschland so notwendige konfessionelle Friede gestört. Zu den innerkatholischen Fragen sich wendend, sprach der Präsident ein vielbejubeltes Wort: „Es soll keine verschiedenen ‚Richtungen‘ in unserem Lager geben. ‚Richtung Rom!‘ heißt die für alle Katholiken gemeinsame Parole, ‚für Gott, Kirche und Vaterland!‘ das Feldgeschrei. Mit etwas gutem Willen, mit einem echt katholischen Herzen voll von Liebe zu Christus und seiner Kirche und allen, die ihr angehören, läßt sich alles Verletzende, alle Schärfe aus der Vertretung abweichender Meinungen, die doch nur dem einen großen Ziele dienen wollen, fernhalten, und damit ist die erste und wichtigste Vorbedingung dauernder Verständigung gegeben“ [23].

Ein Österreicher, Geheimrat Dr. A. Ebenhoch, erhielt sodann das Wort zu einem überaus zeitgemäßen Vortrage über die Gewinnung der Gebildeten für die katholische Weltanschauung. Wichtige angrenzende Themen wie ‚Moderne Großstadtseelsorge‘, ‚Katholizismus und Bildungsstreben‘, ‚Frauenbildung und Frauenstudium‘ fanden treffliche Behandlung durch Professor J. K. Beck-Freiburg (Schweiz), Dr. J. Bernhart-München und Professor Mausbach. Graf Pestalozza-Nürnberg deckte die ganze Armseligkeit und Gefährlichkeit des neuzeitlichen Freidenkertums auf. Christliche Solidarität als Gegenmittel wider den sozialistischen Klassenkampf war das Thema Adolf Gröbers, ‚Fürsorge für die schulentlassene Jugend‘ das eines gewiegten Pädagogen, des Reallehrers Bornewasser-Köln. Für die Heidenmission sprachen Abt Norbert Weber und Prof. Meyers. Und mit Freude wurde die Mitteilung des Grafen Droste begrüßt, daß das Zentralkomitee einen eigenen Missionsausschuß gebildet habe, der es sich zum Zweck setze, die Opferfreudigkeit der deutschen Katholiken für die Missionen zu steigern [24].

Eine beängstigende Zunahme radikaler Strömungen war die Signatur des Jahres 1911 im außerkatholischen Lager. Des deutschen Protestantismus innere Nöte spiegelten der ‚Fall

[23] Verhandlungen 1910 (Augsburg) 208.
[24] Verhandlungen 1910 (Augsburg) 187.

Jatho' und dessen alarmierende Begleiterscheinungen wider, der ‚Monistenbund' trat mit dem Anspruch auf, die Religion der Zukunft darzustellen, große liberale Lehrerverbände ereiferten sich für die Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts. Eine ausschließlich innerkatholische Angelegenheit, den von Papst Pius X. zur Reinerhaltung der Lehre vorgeschriebenen Eid gegen den Modernismus, nahmen zahlreiche protestantische Universitätsprofessoren zum Anlaß, wider die Existenz der katholisch-theologischen Fakultäten Sturm zu laufen. Angesichts alles dessen bedurften die Katholiken Deutschlands, unter denen der ‚Richtungsstreit' leider noch immer fortdauerte, des konzentriertesten Zusammenschlusses, der Sammlung um einen leuchtenden Namen und ein apostolisches Beispiel. Es war wohlgetan, daß die 58. Generalversammlung, die von Mainz (6.—10. August 1911), tagen wollte unter dem Namen des Bischofs Wilhelm Emanuel v. Ketteler, um in hochfestlicher Weise die Jahrhundertfeier der Geburt dieses einzigartigen Mannes zu begehen.

Die katholische Arbeiterwelt ehrte das Gedächtnis ihres großen Fürsprechers auf dem Mainzer Bischofsstuhl durch einen Festzug, dem beinahe 1000 Banner eine herrliche Farbenpracht verliehen; die Zahl der Teilnehmer wurde auf 56 000—60 000 geschätzt. In den sich anschließenden Arbeiterversammlungen war das Wirken des ‚Arbeiterbischofs' das große Thema. Im Mainzer Arbeiterviertel wurde zu einer Herz-Jesu-Kirche als einer Ketteler-Gedächtniskirche der Grundstein gelegt.

Die Bürde des Präsidiums legte die Versammlung auf die Schulter des dem Hochseligen nahe verwandten Grafen Friedrich v. Galen. Als Nachfolger und Interpret Wilhelm Emanuels rief Bischof Dr. G. H. Kirstein den in der Mainzer Stadthalle versammelten Tausenden die Worte zu: Katholiken Deutschlands, steht fest im Glauben! Katholiken Deutschlands, seid einig!

Aus reicher persönlicher Kenntnis geschaffen war das Bild, in dem Freiherr v. Hertling den Bischof v. Ketteler zeichnete als den seeleneifrigen Hirten, den gewaltigen Redner, den schlagfertigen Beherrscher des geschriebenen Wortes, den Parlamen-

tarier und Sozialpolitiker, den Freund des arbeitenden Volkes, den Apostel der Deutschen im 19. Jahrhundert.

Die ‚Löwensorge' des Mainzer Oberhirten, so führte Bischof M. v. Faulhaber-Speyer aus, sei die Heranbildung eines des Altares würdigen Klerus gewesen. Daran knüpfte der hohe Redner einen gedankentiefen und alle Herzen bewegenden Vortrag über das Thema ‚Priester und Volk und unsere Zeit', zunächst das Daseinsrecht eines besonderen Priesterstandes begründend. ‚Laienapostolat, aber kein Laienregiment' in der Kirche, die Bedeutung des priesterlichen Zölibates für das Wirken des Priesters, die theologische Jugend und ihr Bildungsgang, soziale Vertonung der Seelsorge, die Rückeroberung der Arbeiterwelt sowohl wie der Gebildeten — das waren die weiteren Punkte, die der Bischof in überzeugend wuchtiger Sprache darlegte [25].

Im Geiste Kettelers sprachen auch die Redner des zweiten Tages, Dr. Trimborn über ‚Rückblick und Vorschau auf sozialem Gebiete', Landesrat Dr. Schmittmann über ‚Caritas und Leben' und Dr. A. Donders über den Bonifatiusverein. Die ungeheure Größe der Gefahr, von der die christliche Schule bedroht sei, legte mit tief eindringender Sachkenntnis Oberlandesgerichtsrat Marx dar; daß Kirchlichkeit und wahre Wissenschaftlichkeit nichts weniger als Gegensätze seien, wies Prof. Gisler-Chur nach. Heidenmission und christliche Kunst erhielten beredte Fürsprecher in P. Kassiepe und Abt Alban Schachleiter-Prag. über den großen inneren Zusammenhang der kirchlichen Reformen Papst Pius' X. sprach, einem Theologen ebenbürtig, Fürst Alois von Löwenstein [26]. Zehn Bischöfen und zwei Äbten als Teilnehmern des Katholikentages hatte Präsident v. Galen Dank abzustatten; und Bischof Faulhaber faßte beim Festmahle den Gesamteindruck der Tagung in den Worten zusammen: „Wir haben in Mainz eine unvergeßlich herzliche Aufnahme gefunden. Der Straßenschmuck und Häuserschmuck von einer Pracht und Fülle, die an die Zeiten erinnerte, da Kaiser Barbarossa mit den Edlen seines Reiches nach Mainz zum Reichstag zog. Daß auch Anders-

[25] Verhandlungen 1911 (Mainz) 226 ff.
[26] Verhandlungen 1911 (Mainz) 437 ff.

gläubige in der Sprache der Fahnen und Blumen den katholischen Mitbürgern Willkomm sagten, sei mit besonderer Freude öffentlich dankbar anerkannt."

Am 17. Januar 1912 war ein Jahrhundert verflossen, seitdem Ludwig Windthorst das Licht der Welt erblickt hatte. Die Stadt Aachen, in der er (1879) zum ersten Male auf einer Generalversammlung der Katholiken Deutschlands das Wort ergriffen hatte, setzte ihre ganze Ehre darein, die 59. Generalversammlung (11.—15. August) zu einer Säkularfeier größten Stiles zu gestalten. Getrübt waren die Aachener Tage durch die Verwaisung des Kölner Erzstuhles; Kardinal Fischer war am 30. Juli im Herrn entschlafen. Sowohl Graf Cl. v. Droste wie der auf den Präsidentensitz berufene Mainzer Jurist Dr. Adam Schmitt widmeten dem Heimgegangenen einen warm empfundenen Nachruf. Jupiter Pluvius war den Aachenern wenig hold. Es schien, als ob der Arbeiterfestzug ganz unterbleiben müsse; gleichwohl kam trotz aller Unbilden des Wetters ein Zug von 33 000 Männern zur Entwicklung.

Ein gutes Wort zur Verständigung im ‚Richtungsstreit' sprach der Präsident in der ersten öffentlichen Versammlung: „Für uns gilt in Wahrheit der Satz: Alle Wege führen nach Rom, einerlei, ob sie von Berlin oder Köln, Trier oder M.-Gladbach ausgehen — alle führen nach Rom. Alle, alle ohne Ausnahme, die diese verschiedenen Wege gehen, sie wollen die Verbindung mit Rom unbedingt aufrechterhalten und im Gehorsam gegen die kirchliche Autorität ihr ganzes Handeln und Wirken einrichten. Alle, alle ohne Ausnahme, wollen nur, was die von Gott gesetzten Hirten anordnen, und ich meine, wir sollten glücklich darüber sein, daß es so ist. Wir wollen nie vergessen, daß wir alle Glieder der einen großen katholischen Familie sind, daß wir Brüder sind, die denselben himmlischen Vater anbeten, dieselbe Mutter verehren, Brüder, die nach ihrem Glauben sich lieben, aber nicht streiten sollen. Wir wollen Gott bitten, daß er uns bald den richtigen Weg zum Ausgleich der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zeigt. Der Zugang dazu ist gegeben, denn der Ausgangspunkt, der Boden und das Ziel ist

für sie alle wie für unsere Bestrebungen dasselbe: Unser heiliger Glaube und das geistige und leibliche Wohl unseres Volkes“ [27].

Auch in Aachen redete eine Zierde des deutschen Episkopates, der Rottenburger Bischof P. W. v. Keppler, über eine Programmfrage von größter Tragweite, über die Stärkung des Prinzips der Autorität. Freiheit, nicht Autorität, sei das Schlagwort von Millionen geworden, eine wahre Freiheitsschwindelperiode sei angebrochen, die niemanden genützt habe als der Sozialdemokratie; die Wahrheit, daß der einzelne wie die ganze Menschheit zu einem geordneten Leben der zwei Prinzipien bedürfe, der Freiheit und der Autorität, scheine vergessen. Und darum werde auch der stärkste Hort der Autorität, das Papsttum, in der Gegenwart so bitterlich gehaßt. Der katholische Christ aber habe allen Anlaß, inmitten einer autoritätsfeindlichen Atmosphäre, in Treuen fest zu stehen zum Felsen Petri, vor pietätsloser Kritik sich zu bewahren. „Einem Papste wie Pius X., der in schwerer Zeit wirklich das dorngekrönte Haupt vom mystischen Leibe Christi darstellt, das Haupt, das immer blutet, in dessen Adern nunmehr Opferblut fließt, einem Papste, der so sich verzehrt im Eifer für die Ehre Gottes und das Wohl seiner Kinder, einem solchen Papste mit Mißtrauen und Lieblosigkeit begegnen, mutwillig seine Sorgen und seinen Kummer vermehren — das ist herzlos und ein Verstoß gegen die Kindestreue.“ „Zeiten, in denen man von Autorität nichts mehr wissen will, sind immer unglückliche, traurige Zeiten, Zeiten allgemeiner Unsicherheit und Unruhe, Zeiten größter Wehen und Erschütterungen. Auch in diesen unglücklichen Zeiten wird der Primat nicht seine irdische Staatskunst, sondern seine höhere Mission, seine überweltliche Hoheit und Festigkeit darin bewähren, daß er die Autorität, seine Autorität und jede Autorität wahrt und festigt“ [28].

Dr. Felix Porschs Gedächtnisrede auf Windthorst nahm siegreich den Kampf auf mit einer Geschichtslüge, die keinen Geringeren zum Urheber hatte als den Fürsten Bismarck. Noch

[27] Verhandlungen 1912 (Aachen) 204 f.
[28] Verhandlungen 1912 (Aachen) 212 ff.

über das Grab hinaus hatte sich der ehemalige Reichskanzler als furchtbaren Hasser erwiesen und seinem Gegner von ehedem die heute noch wirkende Verleumdung nachgerufen, dieser sei ‚religiös ungläubig‘ gewesen. Mit schärfster historisch-juristischer Methode führte Porsch den Beweis für seine These: „Windthorst war sein ganzes Leben lang konsequent ein Katholik der Tat und der Arbeit, ein katholischer Mann ohne Furcht der Betätigung auch im öffentlichen Leben.“ Für das Grab des Helden, welcher der katholischen Kirche in Preußen die Freiheit wiedererkämpft, für die Freiheit der christlichen Schule bis zum letzten Atemhauche gestritten, an seinem Lebensabend noch eine große apologetisch-soziale Organisation im ‚Volksverein‘ geschaffen hatte, flocht der Redner den wohlverdienten Ehrenkranz.

Das Andenken des großen Toten trat noch in vielen Beratungen vor das Auge der Hörer, besonders machtvoll in einer Nebenversammlung, der Generalversammlung des Volksvereins, der zur Zeit beinahe 700 000 Mitglieder zählte. Und eine Tat, dieses Andenkens würdig, war das erstmalige öffentliche Auftreten der neugeschaffenen ‚Organisation zur Verteidigung der christlichen Schule‘.

Tiefen Ernst hauchten die großen Referate, die Direktor Dr. Werra-Münster über wissenschaftliche Betätigung der Katholiken, Dr. Mayer-München über wirksamere Tätigkeit des katholischen Volksteiles im wirtschaftlichen Leben, Dr. Mausbach über den Kampf gegen die moderne Sittenlosigkeit, J. Giesberts über die Probleme der Binnenwanderung, Kaufmann J. Weber-Essen über konfessionelle und nationale Organisationen, Lehrer Langenberg-Köln über Jugendpflege, Pfarrer Knebel-Mannheim über die Frauenfrage, der Jesuitenpater Cohausz über Atheismus und Revolutionismus erstatteten.

Graf Droste, das Haupt des Zentralkomitees, beging während der Aachener Tage den achtzigsten Geburtstag. Dem opferfreudigen Organisator brachte die Generalversammlung herzlichste Ovationen dar.

Auf sehr betrübende Zeitereignisse wies eine in Aachen beschlossene Resolution hin. Bezüglich der in der Hitze des

Kulturkampfes ergangenen ‚Ausführungsbestimmungen' zu dem Jesuitengesetz hatte längst in einzelnen Bundesstaaten, auch in Preußen, eine mildere Praxis Platz gegriffen und den Mitgliedern des verbannten Ordens die im Rahmen allgemeiner priesterlicher Tätigkeit liegenden Funktionen vielfach freigegeben. Das bayerische Ministerium Podewils hatte unterm 4. August 1911 diese faktischen Milderungen zurückgenommen, sich aber auf den einmütigen Protest des Volkes wie des Episkopates hin zur Zurücknahme der gehässigen Maßregel entschlossen. Podewils' Nachfolger, Freiherr G. v. Hertling, erließ am 11. März 1912 die diesem Beschluß entsprechende Verordnung, sah sich aber sofort den leidenschaftlichsten Angriffen seitens aller antikatholischen Kampfesorganisationen und der ‚Liberalen' des bayerischen Landtages wie des Reichstages ausgesetzt.

Die Resolution des Katholikentages bezeichnete den Überrest des Jesuitengesetzes als eine schwere Rechtsverletzung, „die beklagenswerte Entrechtung einer ganzen Klasse unbescholtener Deutschen, die ohne jeden haltbaren Grund unter ein gehässiges Ausnahmegesetz gestellt wurden", als Eingriff in das innere Leben und Wirken der katholischen Kirche und als bittere Kränkung von 20 Millionen treuer deutscher Reichsangehöriger. Mit wachsender Sorge erfülle es die Katholiken, wenn sie sehen müßten, daß der Geist der Unduldsamkeit, der das Gesetz geschaffen, immer noch am Werke sei, um sogar dessen Vollzug auf jene Praxis zurückzuführen, wie die Jahre des Kulturkampfes sie gestaltet hätten. Nachdrucksvoll wies der Beschluß die Unterstellung zurück, daß der katholische Volksteil es sei, der den konfessionellen Frieden störe, und forderte völlige Aufhebung jenes Ausnahmegesetzes [29]. Doch wartete der Katholiken eine schwere Enttäuschung seitens des Bundesrates.

Sechzehn Jahrhunderte waren im Februar 1913 dahingegangen, seitdem die römischen Kaiser Konstantin und Licinius das Toleranzedikt von Mailand erlassen und der Kirche ihr höchstes irdisches Gut, die Freiheit, gewährt hatten. Der Katho-

[29] Verhandlungen 1912 (Aachen) 607 f.

likentag, aus dem Kampf um die Kirchenfreiheit geboren, mußte dieses welthistorische Jubiläum mit besonderem Glanze begehen. Die Katholiken der Stadt Metz, in der 1907 ein den katholischen Herzen so teurer Weltkongreß, der Eucharistische Kongreß, in großartigster und erfolgreichster Weise getagt hatte, versprachen, für die Gedächtnisfeier alles in ihren Kräften Stehende aufbieten zu wollen. Der Aufruf, in dem sie für die Tage vom 17.—21. August die Glaubensbrüder aus Gesamtdeutschland zu Gaste baten, erinnerte an die Zeiten der jungen Christenheit, „wo die Religion, der Glaube an den Auferstandenen alles war, wo die schönsten Tugenden sich in makelloser Reinheit entfalteten, wo die todesmutigen Christusjünger in froher Begeisterung ihr Leben und ihre Güter hingaben für den Glauben". „Das Jahr 1913 lenkt unsern Blick auf den stets wachsenden Einfluß, den das Christentum auf die Menschheit ausübte, auf den Sieg und die Freiheit der Kirche, die durch unerschütterlichen Glaubensmut und zähe Ausdauer in einem dreihundertjährigen Kampfe erstritten werden mußten. Dieser großen Zeit, dieser Kämpfe, dieses Sieges, dieser mühsam errungenen Freiheit wollen wir auf der diesjährigen Versammlung der Katholiken Deutschlands gedenken. An den Idealen der damaligen Christenheit wollen wir uns stärken und begeistern und diese Begeisterung mitnehmen in unser trautes Heim sowohl wie ins öffentliche Leben."

An einen Triumphzug im alten Rom mahnten die 30 000 Arbeiter, die am 17. August mit ihren Bannern die festlich geschmückte Stadt durchzogen. Christus vincit, Christus regnat, Christus imperat war das Leitmotiv der Begrüßungsrede des Professors Kintzinger, Vorsitzenden des Lokalkomitees, der in deutscher und französischer Sprache sich an die Festgäste wandte. Schon das Programm der Doppelsprachigkeit des Metzer Katholikentages hatte in der liberalen Presse ‚Entrüstung' hervorgerufen, was den zum Präsidenten erwählten Fürsten Alois von Löwenstein zu der abwehrenden Bemerkung veranlaßte: „Zu Deutschland gehört nun einmal eine schöne Provinz, deren Bewohner schon französisch gesprochen haben, als sie noch dem alten Reiche angehörten und auch jetzt trotz der Verschiedenheit

der Sprache treu zu ihrem deutschen Vaterlande halten. Und weil wir diese Provinz als unzertrennlichen Teil des deutschen Vaterlandes anerkennen, so gehören nach unserer Meinung die Provinz und ihre Bewohner mit allen ihren Stammeseigentümlichkeiten als vollberechtigte Mitglieder in eine Generalversammlung der Katholiken Deutschlands"[30].

Daß gerade in dem Jubeljahr der Großtat Konstantins die bedrängte Lage des Hl. Vaters besonders schmerzlich von der Generalversammlung empfunden und aufs neue für das Oberhaupt der Kirche volle und wirkliche Freiheit in der Ausübung seines obersten Hirtenamtes gefordert wurde, welche die unerläßliche Vorbedingung für die Freiheit und Unabhängigkeit der ganzen Kirche sei, war ebenso naheliegend wie die Erneuerung des Protestes gegen das so freiheitswidrige Ausnahmegesetz, das einem Orden der katholischen Kirche weit weniger Betätigung offen ließ als den am Fundament aller Staats- und Gesellschaftsordnung rüttelnden Anarchisten und Atheisten.

Nachdem Bischof Dr. Willibrord Benzler den im Mailänder Edikt verkörperten Triumph des Kreuzes gefeiert und die Pflichten dargelegt hatte, die das christliche Triumphzeichen den Bekennern predige: fides devota, caritas firma, vita christiana, nahm der Nachbarbischof Dr. M. v. Faulhaber das Wort zur welthistorischen Würdigung des Säkularereignisses. Wie Posaunenstöße des Gerichts seien an die Ohren der noch heidnischen Römer die Worte des Cäsarenediktes geklungen: „Jeder, der die christliche Religion bekennen will, muß das frei und offen und ohne jede Belästigung tun dürfen. Wir haben den Christen freie und uneingeschränkte Vollmacht zur Ausübung ihres Kultus gegeben." So kurz nach dem Blutbad der diokletianischen Verfolgung habe dieser Erlaß die Entdeckung eines neuen Regierungssystems, einer neuen Welt und einer neuen Zeit bedeutet. „Konstantin hatte mit eigenen Augen beobachtet, wie heldenhaft die Christen die Ketten der Verfolgung getragen hatten, ohne auf dem Wege der Revolution jene Tage der Heim-

[30] Verhandlungen 1913 (Metz) 106.

suchung abzukürzen. Er hatte beobachtet, wie die christliche Religion als Lamm an der Schlachtbank mehr welterobernde und staatsbejahende Kraft entwickelt hatte als die heidnische Religion im Besitze der staatlichen Allgewalt. Konstantin, einer jener seltenen Staatsmänner, die aus der Geschichte der Kirche gelernt haben, hatte den Mut, daraus die Konsequenz zu ziehen: wenn die christliche Kirche mit gefesselten Händen die Welt so reich gesegnet, wie wird sie erst ohne Ketten einen Weltsegen über das Reich sprechen, einen Waffensegen über die Truppen und einen Haussegen über das Kaiserhaus: so sei sie frei, um die Welt zu segnen! Das war die Psychologie des Mailänder Ediktes."

Im Abendlande habe die Idee der kirchlichen Freiheit, nicht ohne Widerspruch und Kämpfe, eine aufwärts gehende Entwicklung gezeigt; nicht so im Morgenlande, wo die freie Kirche ein Opfer des byzantinischen Staatskirchentums geworden sei. Schatten dieses Byzantinertums seien auch auf das Abendland gefallen in den Tagen Kaiser Josephs II. und des Kulturkampfes, und die Entscheidung, die am 28. November 1912 der Bundesrat des Deutschen Reiches in Sachen der Ausführung des Jesuitengesetzes gegeben habe, sei kein Toleranz-, sondern ein Intoleranzedikt gewesen. „Es ist für uns Katholiken ein unerträglicher Gedanke, unter einem Ausnahmegesetz zu stehen, das von irgendeiner Polizeiinstanz heute gnädig, morgen schikanös ausgelegt werden kann." „Gerade in dem Jubeljahr unseres in Ehrfurcht gegrüßten Kaisers, in dem Jahre, wo es Gnaden regnet auf schuldig Verurteilte, da empfinden wir das Jesuitengesetz, das grausame Urteil über unschuldige Ordensleute, als eine Härte, als eine Rechtskarikatur, die des deutschen Namens und der deutschen Führerstellung im Kulturleben nicht würdig ist." Der hohe Redner entwickelte sodann das Idealbild der kirchlichen Freiheit: Anerkennung des Daseinsrechtes der Kirche, Entwicklungsfreiheit der katholischen Eigenart, Freiheit des Bekenntnisses und der Lehre, Freiheit der Verfassung und Verwaltung, souveräne Unabhängigkeit des kirchlichen Oberhauptes, Freiheit des Kultus. Das reale Bild

der Beziehungen zwischen Kirche und Staat zeige zur Zeit drei Typen: Knechtung der vom Staat getrennten Kirche nach französischem Muster, freie, von dem Staat getrennte Kirche wie in Nordamerika, Verbindung und Zusammenwirken von Kirche und Staat wie in Deutschland auf der Grundlage völkerrechtlicher Verträge. Diesen Typus bezeichnete der Bischof als den idealen: der Staat erweise sich durch seinen Schutz als Wohltäter der Kirche, und diese sei die Wohltäterin des Staates durch ihre religiös-sittliche, soziale und nationale Mission. „Religiöse Verarmung geht mit sozialer Verwilderung Hand in Hand. Der moralische Bankrott eines Volkes ist der Schrittmacher des politischen Zusammenbruchs. Die religiös-sittliche Mission der Kirche ist also zugleich eine vaterländische Tat. Durch ihre Lehre von Autorität, von Eigentum und Ehe spricht die Kirche zugleich ihren Segen über die Tragpfeiler der sozialen Ordnung. Gerade auf den Fahnen Konstantins steht geschrieben: Das Kreuz führt auch zu nationalen Triumphen. Kulturkämpferische Schroffheit gegen die Kirche entwertet staatserhaltende Werte und entwurzelt starke Wurzeln nationaler Kraft“ [31].

Eines anderen Zentenariums, der hundertsten Wiederkehr des Geburtstages Adolf Kolpings, war in Metz zu gedenken. Prälat Schweitzer, Generalpräses der Gesellenvereine, zeichnete deren Gründer, den ersten praktischen Organisator sozialer Arbeit im katholischen Deutschland, als den Volkserzieher sondergleichen, den Mann, der seine priesterlichen Standesgenossen mitten in das Volksleben hineinzustellen gewußt habe. Dringende Gegenwartsaufgaben besprachen Dr. K. Höber-Köln (‚Die religiösen Pflichten des gebildeten Laienstandes‘), Weihbischof Dr. Hähling v. Lanzenauer-Paderborn (‚Die deutschen Katholiken und ihre Glaubensbrüder in der Diaspora‘), J. Joos-M.-Gladbach (‚Welche Forderungen stellt die neuzeitliche Entwicklung der Industrie an die katholische Arbeiterwelt?‘), Graf Friedrich von Galen (‚Die katholischen Orden in der heutigen Zeit‘). Zu dem gewaltigen Enthusiasmus, den Bischof v. Faul-

---

[31] Verhandlungen 1913 (Metz) 189 ff.

habers Rede geweckt hatte, erhob sich noch einmal die Stimmung, als der Dominikanerpater Bonaventura den Rest seiner sinkenden Lebenskraft aufbot zu einer Kreuzzugsrede, mit unwiderstehlicher Gewalt aufrief zu einem Kreuzzug wider die Entchristlichung des öffentlichen Lebens, die sich ausdrücke in der gottentfremdeten Wissenschaft, in der korrupten Presse, in der zur Dirne gewordenen dramatischen Kunst, in der Zügellosigkeit der Lebensführung. Zum Kampfe für die Erhaltung der heiligsten Güter müssen die Angehörigen aller Stände und Geschlechter gleich den Kreuzfahrern der alten Zeit das Kreuz nehmen, für Gottes Ehre und der Menschen Heil zu kämpfen bereit sein, den Schild des Glaubens, des übernatürlichen, opferbereiten, lebendigen Glaubens ergreifen, sich schirmen mit dem Helm des hoffenden Vertrauens und als Schwert das Kreuz gebrauchen, die Waffe der großen Liebe. „Auf nun zur Fahrt, zum Kampf, deutsche Kreuzfahrer des 20. Jahrhunderts! Wenn irgendein Kampf, gilt dieser dem Frieden. Wie ein heiliges Gelöbnis steige es in dieser Stunde zum Himmel: Gott will es, Gott will es. Komm, heiliges Kreuz, du geliebtes Zeichen unseres Heiles, komm in unsere Hände, regiere unser Leben, sei bei uns im Kampfe und stärke uns im Tode, steige mit uns ins Grab und erhebe dich über unserem Haupt und verkünde der Welt: Hier liegt einer, der im Kreuze gesiegt. Und wenn die letzte Kreuzfahrt kommt, wenn du am Himmel erscheinst zur letzten Scheidung und Entscheidung, dann laß uns auf der Seite derer stehen, die für immer preisen dürfen den Sieg des Kreuzes! In hoc signo vinces!“ [32]

Am dritten Verhandlungstage von Metz hatte die Frage nach dem nächstjährigen Tagungsorte zur Beratung gestanden. Bitten lagen vor seitens der Katholiken von Köln und von Münster. Westfalens Hauptstadt, die nun seit beinahe 30 Jahren den großen Kongreß nicht mehr hatte beherbergen dürfen und wiederholt ihre Meldung zugunsten anderer Städte zurückgezogen hatte, sollte diesmal keine Fehlbitte tun. Die Zusage

[32] Verhandlungen 1913 (Metz) 394 ff.

weckte im gesamten Münsterlande herzlichste Freude. Allein die Vorsehung hatte anders beschlossen. In den Augusttagen des Jahres 1914, in denen der Katholikentag hätte zusammentreten sollen, strebten der großen westfälischen Stadt bei Tag und Nacht unermeßliche Eisenbahnzüge zu, aber diese beförderten nicht erwartungsvolle, festesfrohe Reisende, sondern Hunderttausende deutscher Krieger, die nach den Schlachtfeldern Belgiens und Frankreichs eilten, ungeheuren Geschicken entgegen.

Neunundzwanzigstes Kapitel.

Die religiös-caritative und Missionstätigkeit der deutschen Katholikentage 1888—1913.

Mit herzlichster Freude begrüßten am Ende des Kulturkampfes die katholischen Priester und Laien Deutschlands die Ordensmänner, denen es vergönnt war, aus der Verbannung heimzukehren, in die der „Kulturkampf" sie gesandt hatte. Nun konnten endlich wieder in größerem Maße Volksmissionen abgehalten und durch diese Tausende und Hunderttausende, die in den langen Jahren der Kirchenverfolgung durch mangelnde Seelsorge religiös matt geworden waren, mit Gott und Kirche wieder ausgesöhnt werden. Ein Ausdruck dieser Erwartungen war es, daß Oberpfarrer Dr. Schmitz-Krefeld auf dem ersten Katholikentage unserer Periode, dem von Freiburg, die Bedeutung und den Segen der katholischen Volksmission in hinreißender Rede schilderte. Den anwesenden Seelsorgern rief der Redner zu: „Legen wir die Hand aufs Herz: wir haben Jerusalem mit dem geistigen Schwerte während der letzten Jahrzehnte verteidigt; aber muß uns nicht die Furcht beschleichen, daß vielleicht, während wir äußerlich die Kirche verteidigten, innerlich ihr Geist gesunken und das katholische Leben selbst in denen, die sich Katholiken nennen, merkwürdig in Abnahme begriffen ist? Gewiß, wir zählen unsere Vereinsgenossen nach Tausenden; aber muß es nicht unser Bestreben sein, daß in jedem Mitgliede eines katholischen Vereins auch innerlich ein ganzer Katholik lebt? Wenn das nicht der Fall ist, dann zählen wir Bäume, denen das Mark fehlt, die bald verdorren; dann haben wir Mannschaften

ausgerüstet, die wohl Schwerter tragen, aber in der Stunde der Gefahr nicht bestehen werden, weil sie nicht innerlich ganze Katholiken sind. Und fragen Sie, wie solchen Übelständen entgegengearbeitet werden kann, so antworte ich: vor allem durch das alte Mittel der Kirche, durch Volksmissionen“[1]. Die genannten religiösen Veranstaltungen kamen denn auch bald in allen Teilen Deutschlands wieder in Aufnahme und rechtfertigten die auf sie gesetzten Hoffnungen wenigstens zu erheblichem Teile. Daß sie die durchschlagende Kraft wie in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts nicht allenthalben erzielen konnten, lag daran, daß es infolge des Vordringens der modern antireligiösen Strömungen breite Massen gab, welche die rettende und heilende Hand der Kirche schnöde zurückstießen.

Die ferneren kirchlichen Institutionen, bestimmt, inniges religiöses Leben zu wecken, zu erhalten und zu steigern, wie z. B. der Dritte Orden des hl. Franziskus, das Gebetsapostolat, die Marianischen Sodalitäten, waren auch weiterhin Gegenstand warmer Empfehlungen des Katholikentages. Ein erster deutscher ‚Sodalentag‘, zumal besucht von Mitgliedern studentischer Marianischer Kongregationen, fand 1902 aus Anlaß der Mannheimer Tagung statt. Er begrüßte die an den Hochschulen wieder erwachten akademischen Kongregationen mit Freuden, da sie ein besonderes Mittel seien zur ‚religiösen Erneuerung der höheren Stände und zu deren Wiedergewinnung für die christliche Weltanschauung‘. Die Verbreitung der ‚Sodalenkorrespondenz‘, Mitarbeit der Sodalen an der St.-Vinzenz-Vereinsarbeit, Teilnahme an geistlichen Exerzitien und apologetischen Vorträgen wurden den Mitgliedern ans Herz gelegt. Bei der nächsten Zusammenkunft in Köln (1903) konnte festgestellt werden, daß die niederrheinische Erzdiözese 360 Männerkongregationen besaß, die Diözese Münster 250, Paderborn 216, Trier 108, Osnabrück 105, Straßburg 90, Breslau 74, Freiburg i. B. 72, Metz 58, Mainz 30, Fulda 30, Limburg 12, Hildesheim 6, Gnesen 5; über die sehr zahlreichen in Bayern

[1] Verhandlungen 1888 (Freiburg) 154.

existierenden Sodalitäten lagen genauere Zahlen nicht vor. Ein altes diesen Gebetsvereinen zugefügtes Unrecht rügte eine Resolution folgenden Wortlautes: „Der Sodalentag drückt sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der preußische Ministerialerlaß vom 4. Juli 1872, durch welchen den Schülern höherer Unterrichtsanstalten die Teilnahme an religiösen Vereinen, besonders Kongregationen, untersagt wird, noch immer in Kraft besteht, obgleich die Angelegenheit bereits zweimal im Preußischen Abgeordnetenhause Gegenstand eingehender Verhandlungen gewesen ist. Er bedauert das Fortbestehen um so mehr, als die Gefahren für die studierende Jugend, insbesondere in größeren Städten, in religiöser und sittlicher Beziehung sich fortwährend mehren, und richtet an alle katholischen Männer Deutschlands die Bitte, mit allen Mitteln auf Beseitigung dieser rückständigen Kulturkampfmaßregel zu wirken“ [2].

Daß die Zentenarfeiern besonders volkstümlicher Heiligen, wie des hl. Fürstensohnes und Jugendpatrons Aloysius und des seligen Petrus Canisius, in Deutschland besonders großartig und segensreich gestaltet würden, ließ sich der Katholikentag lebhaft angelegen sein. Zumal aber sollte die von Papst Leo XIII. zur Jahrhundertwende angeordnete Weihe der Menschheit an das göttliche Herz Jesu so religiös fruchtbar werden, wie es den Erwartungen des Oberhauptes der Kirche entsprach. Von der Neisser Tagung wurden die Katholiken aufgefordert, immer mehr, mündlich oder schriftlich, mittelbar oder unmittelbar die Überzeugung und das Bekenntnis zu befestigen und zu verbreiten, daß für das Wohl der Individuen wie der Familien und der Gesellschaft, des Staates und der Menschheit ein immer engerer Anschluß an Christus unentbehrlich sei und ohne wahren Anschluß an den Heiland kein wahrhaftes und dauerndes Wohl erwartet werden könne, und daß die Pflege der Andacht zum Herzen Jesu ein besonders wirksames Mittel zur Förderung des Anschlusses an den Welterlöser sei [3].

---

[2] Verhandlungen 1890 (Koblenz) 355; 1896 (Dortmund) 292; 1902 (Mannheim) 586 ff.; 1903 (Köln) 381 (vgl. 186); 1910 (Augsburg) 542 ff.

[3] Verhandlungen 1891 (Bochum) 180; 1895 (München) 314; 1896

Ein Denkmal der treuen Marienverehrung des katholischen Deutschland war die Ausmalung der Deutschen Kapelle im Heiligtum von Loretto, für die (seit 1890) Fürst Karl von Löwenstein auf zahlreichen Katholikentagen mit nie versagendem Erfolg eintrat, immer wieder auf die Fortschritte hinweisend, welche das große Freskowerk des Professors Ludwig Seitz inzwischen gemacht hatte. Für die Pflege der Wallfahrten nach dem Gnadenorte Lourdes bildete sich ein eigener deutscher Lourdesverein; freilich mußte auch gelegentlich auf schwere Insulte hingewiesen werden, die deutsche Pilger seitens französischer Chauvinisten hatten erdulden müssen [4].

Ernsteste Aufmerksamkeit widmete die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands der Tatsache, daß es der städtischen Seelsorge nicht hatte gelingen können, mit dem alle Voraussicht überflügelnden Wachstum der Großstädte gleichen Schritt zu halten, und daraus für Millionen katholisch Getaufter die Gefahr erwachsen war, ohne lebendige Berührung mit der Kirche, völliger religiöser Verwahrlosung zu verfallen [5]. Bezüglich der brennendsten Frage auf diesem Gebiete, der Kirchennot in der Reichshauptstadt Berlin, hat der Katholikentag eine umfassende Hilfstätigkeit geübt. Er akzeptierte 1889 in Bochum den Antrag: „Mit Rücksicht auf den großen Mangel an katholischen Kirchen und Geistlichen in Berlin, auf das unbestreitbare Unvermögen der dortigen Katholiken, sich selbst zu helfen, die vielen Tausende von Katholiken, welche dort um Glaube und gute Sitte kommen, mit Rücksicht endlich darauf, daß der größte Teil der Berliner Katholiken erst dorthin zugezogen ist, werden die Katholiken gebeten, eine vermehrte Aufmerksamkeit auf die Lage der Berliner Katholiken zu richten und dem kirchlichen Notstand derselben durch Zuwendung von milden Gaben, Gebet

---

(Dortmund) 289; 1897 (Landshut) 145; 1899 (Neisse) 353 f.; 1900 (Bonn) 188.

[4] Verhandlungen 1896 (Dortmund) 478.

[5] Verhandlungen 1910 (Augsburg) 284 ff.; vgl. H. Swoboda, Großstadt-Seelsorge [2], Regensburg 1911.

usw. soweit tunlich Abhilfe zu schaffen." Es gab in der Riesenstadt nur die Kirchen von St. Hedwig und St. Michael, daneben ein Pfarrkirche in Charlottenburg und einige wenige Kapellen. Der Antrag auf eine Hilfsaktion wurde von Dr. Karl Bachem wärmstens begründet, im folgenden Jahre übernahm kein Geringerer als Ludwig Windthorst die Begründung. Alsbald entwickelte die katholische Presse, namentlich die Kölnische Volkszeitung, eine umfassende Sammlertätigkeit, durch die Hunderttausende von Mark für Berliner Kirchenbauten aufgebracht wurden. Dr. K. Bachem blieb auf den Katholikentagen der beredte Anwalt der hauptstädtischen Katholiken, die ihrerseits daran gingen, eine mäßige Kirchensteuer zu erheben. Die Haupthilfe leistete aber der Bonifatiusverein; als dessen Vertreter konnte Prälat Nacke 1907 zu Würzburg berichten, daß das eigentliche Berlin nunmehr 18 Pfarreien bzw. Pfarrkuratien besitze, die Vororte zählten 22 Kuratien [6].

Der soeben genannte Diasporamissionsverein konnte im Jahre 1899 sein goldenes Jubiläum feiern, beglückwünscht vom Hl. Vater und dem deutschen Episkopat. P. Bonaventura, der berühmte Kanzelredner, hielt im folgenden Jahre eine ergreifende Jubiläumsfestrede, mit Schmerz auf die vielen Hunderttausende von Katholiken hinweisend, die, in die Diaspora verschlagen, für sich und ihre Kinder den katholischen Glauben verloren hatten. Wenn die Zahl dieser Unglücklichen nicht noch weit größer geworden sei, so habe das Verdienst der nach dem Apostel der Deutschen benannte Verein, der in dem halben Jahrhundert seines Bestehens 40 Millionen Mark für die verlassenen Glaubensbrüder aufgebracht, 3000 neue Seelsorgestellen gegründet oder unterstützt habe. In seinem Jubiläumsjahre verfügte der Verein über eine Einnahme von zwei Millionen, seine Missionsstationen pastorierten etwa anderthalb Millionen Seelen; die Einnahmen stiegen noch dauernd, 1914 waren es 2 703 064 Mark. Gute Fortschritte erzielten auch der Bonifatius-Sammelverein und die Akademischen Bonifatiusvereine; diese zählten in fast

[6] Verhandlungen 1889 (Bochum) 174; 1890 (Koblenz) 168 f.; 1892 (Mainz) 320 ff.; 1907 (Würzburg) 194 ff.

allen Universitätsstädten Ortsgruppen, und ihr Organ, die Akademische Bonifatius-Korrespondenz, erfreute sich allgemeiner Anerkennung[7].

Leider verhielt sich die Erzdiözese Gnesen-Posen ganz ablehnend gegen unseren Verein, auch die bayerische Staatsregierung machte ihm nach wie vor Schwierigkeiten. „Es ist", so berichtete Prälat Nacke 1909 in Breslau, „von der bayerischen Regierung geradezu verboten worden, öffentliche Sammlungen für den Bonifatiusverein zu veranstalten. Es darf noch nicht einmal unser Bonifatiusblatt dort erscheinen oder als Beilage ausgegeben werden, weil dort aufgefordert wird, hier und da zu sammeln. Da haben aber trotzdem eifrige Priester in Bayern ein Mittel gefunden, um zu ihrem Zweck zu kommen. Sie haben einen Priesterverein gegründet und es verstanden, unter sich Spenden anzunehmen und in Laienkreisen zu sammeln." Dieser Priesterverein mit dem Sitze in Augsburg habe schon viel erreicht[8].

Bei dem Katholikentag warb auch um Sympathie der in Böhmen als Gegenwehr wider die Los-von-Rom-Bewegung gegründete Bonifatiusverein. In 200 000 Exemplaren einer Korrespondenz in deutscher und tschechischer Sprache wurden nach dem Berichte, den der Benediktinerpater Alban Schachleiter-Prag 1904 in Regensburg erstattete, jeden Monat von dem Verein versandt. Darin werde der Angriff abgewehrt, der moderne Protestantismus, den die Los-von-Rom-Pastoren offerierten, auf seinen Wert untersucht. „Das dürfen wir, das ist eine Tätigkeit zum Frieden und wahrlich nicht zum Kampfe. Daß wir uns zur Wehr setzen, Böhmen und überhaupt ganz Österreich katholisch zu erhalten, das werden Sie begreifen. Mit unserem Blut, mit unserem Leben stehen wir dafür ein." Ein Jahr später quittierte P. Alban über die empfangene Hilfe: „Der Bonifatiusverein hat uns aufs Pferd gesetzt, und nun reiten wir." Der böhmische Verein suche, sich auf eigene Füße zu

[7] Verhandlungen 1899 (Neisse) 116 f.; 1900 (Bonn) 240 ff.; 1913 (Metz) 479 f.

[8] Verhandlungen 1909 (Breslau) 313.

stellen, seine Korrespondenzen erschienen nunmehr in einer Auflage von ca. 800 000 Exemplaren, mehrere Kirchenbauten seien im Gange. Ein erfreulicher Rückgang der Abfallsbewegung zum Protestantismus hin war bald zu verzeichnen, indessen drohte besonders unter den Tschechen eine Agitation zur ‚Konfessionslosigkeit‘ [9].

Sehr dankbar war der deutsche Bonifatiusverein der Zentrumsfraktion des Reichstages, die durch ihren ‚Toleranzantrag‘ gesucht hatte, dem „Wuste kleinlicher, engherziger, drückender, belästigender Bestimmungen und polizeilicher Bedrückungsmaßregeln“, unter dem die Katholiken der norddeutschen Diaspora so namenlos zu leiden hatten, ein Ende zu machen. Scheiterte auch der Antrag an dem Widerspruch des Bundesrates, so sahen sich doch einige Regierungen der Bundesstaaten veranlaßt, in Einzelpunkten dem Anspruch der Katholiken auf Gleichberechtigung mit den Protestanten wenigstens einigermaßen Rechnung zu tragen, wiewohl des Drückenden und Unwürdigen übergenug bestehen blieb [10].

Das katholische Deutschland erfüllte auch in unserer Periode die Ehrenpflicht der Fürsorge für das religiöse Leben der im Auslande lebenden Volksgenossen. Mittelpunkt dieser Bestrebungen blieb der Aachener St.-Josephs-Verein, dem die in vielen Bistümern angeordneten Kirchenkollekten die finanziellen Hilfsmittel boten. Die von Jesuitenpatres geleitete St.-Josephs-Mission zu Paris bewährte sich weiterhin als Quelle reichen Segens für Tausende, die ohne bewährte Seelsorger der Verführung des Seinebabel zum Opfer gefallen wären. Auf ein weiteres Missionsunternehmen, dessen Seele der Lazaristenpater Beckmann war, die St.-Elisabeths-Mission auf dem Montparnasse, lenkte 1891 in Danzig Stadtpfarrer A. Huhn-München die Aufmerksamkeit des Katholikentages. „Ich habe vor zwei Jahren dem Sonntagsgottesdienst dort beigewohnt: nach dem Hochamte war deutsche Predigt; es ist dort ein deutscher Gesellenverein,

---

[9] Verhandlungen 1904 (Regensburg) 343 f.; 1905 (Straßburg) 249 ff.; 1907 (Würzburg) 198 f.; 1909 (Breslau) 314.

[10] Verhandlungen 1901 (Osnabrück) 200 f.; vgl. 1905 (Straßburg) 290 ff.; 1908 (Düsseldorf) 406 f.

ein deutscher Jünglings- und ein Jungfrauenverein. Es ist hoch erbaulich, dieses herrliche Leben dort zu sehen. Es sind da Männer, die 30 Jahre dort weilen und die die Stütze der katholischen Gemeinde sind, und der alte Pater Beckmann wiederholt es unaufhörlich: Wenn wir den armen Deutschen, die in diese verlassenste Station von Paris kommen, nicht ihre Muttersprache erhalten und nicht in der Muttersprache zu ihnen von Gott reden, dann gehen sie sicherlich verloren“ [11].

Eine Resolution, die 1894 in Köln zur Annahme gelangte, empfahl den jugendlichen Katholiken beider Geschlechter, sich nicht verleiten zu lassen, ohne gegründete Aussicht auf Arbeit, Anstellung und geziemenden Unterhalt in die ausländischen Großstädte, namentlich nach Paris, zu reisen, falls sie aber nach der französischen Hauptstadt kämen, mit der St.-Josephs- oder der St.-Elisabeth-Mission in Verbindung zu treten und dort nach geeigneter Unterkunft zu fragen. „Die Unterlassung dieser Punkte hatte und hat gewöhnlich viel Schaden und Elend an Leib und Seele zur Folge.“ Der Antrag war von einem erfahrenen und verdienten Seelsorger, dem Jesuitenpater H. Nix, gestellt worden [12].

Der Vollzug des Gesetzes über Trennung von Kirche und Staat brachte den in Frankreich existierenden deutschen Missionen schwerste Nachteile. So wurde z. B. in Le Havre der beinahe 90jährige Seelsorger P. Lambert Rethmann aus dem von Deutschen für eine halbe Million erworbenen Eigentum, Kirche nebst Kloster, vertrieben, die Gemeinde mußte fortan dem neuen Laienbesitzer Miete zahlen [13].

Der Seelsorger der deutschen St.-Bonifatius-Gemeinde in London Dr. Joseph Verres teilte 1894 dem Katholikentage von Köln unter dessen stürmischem Beifall mit, daß die Munifizenz des Deutschen Kaisers ihm helfe, die schwer belastete deutsche Schule zu erhalten. Von der großen Teilnahme, die Kardinal

---

[11] Verhandlungen 1891 (Danzig) 261 f.

[12] Verhandlungen 1894 (Köln) 180.

[13] Kirchliches Handbuch, hrsgb. von H. A. Krose II, Freiburg 1909, 324.

Vaughan den Deutschen Londons schenke, gab in Bonn (1900) Verres' Nachfolger Bernhard Schäfer Kunde. Im Jahre 1903 übernahmen deutsche Pallottinerpatres die Pastoration der deutschen Katholiken in der Hauptstadt Englands[14].

Das Eintreten des St.-Josephs-Vereins für die Seelsorge der Deutschen in Italien rief 1902 in Mannheim Dr. Lorenz Werthmann an, im folgenden Jahre war ihr Fürsprecher Kardinal Fischer von Köln. Wie Dr. Werthmann ein weiteres Jahr später ausführte, bemühten sich in vielen Städten Italiens deutsche Jesuiten und Graue Schwestern von der hl. Elisabeth, den zahlreichen dort weilenden deutschen Dienstboten und Erzieherinnen religiöse Pflege angedeihen zu lassen. Der von Bischof Bonomelli-Cremona gegründeten Opera di assistenza zugunsten der in Deutschland arbeitenden Italiener widmete der Katholikentag gerne seine Aufmerksamkeit[15]. Größte Teilnahme weckte es, als 1910 Dr. Werthmann und Professor Glaser-Saratow darüber berichteten, daß an der Wolga und in Südrußland 250 000 deutsche Kolonisten lebten in treuer Anhänglichkeit an ihren angestammten katholischen Glauben, und unmittelbar anschließend Missionar Klöcker-Florianopolis vom katholischen Deutschtum in Brasilien erzählte. Diese Berichte führten zur Annahme einer bedeutsamen Resolution: „Aus religiösen, nationalen, kulturellen und caritativen Gründen ist es wichtig, daß wir mit den über die ganze Welt zerstreuten Stammes- und Glaubensbrüdern einige Verbindung unterhalten und, wo dieselbe gelöst ist, wiederherstellen. Wir müssen in ihnen das Andenken an Heimatfamilie und Heimatkirche erhalten, müssen sie mit den geistigen Produkten der heimatlichen katholischen Literatur bekannt machen, sie in ihren religiösen Bedürfnissen unterstützen und in ihnen neben der gewissenhaften Erfüllung aller Pflichten gegenüber dem Lande ihrer Wahl die Liebe zum Ursprungslande und zur Muttersprache pflegen und stärken.“ Als Träger

[14] Verhandlungen 1894 (Köln) 101 f.; G. Timpe, Die deutsche St.-Bonifatius-Mission in London 61 ff.

[15] Verhandlungen 1902 (Mannheim) 439; 1903 (Köln) 236; 1904 (Regensburg) 496 ff.

dieser Hilfsaktion wurden der St.-Josephs-Verein, der St.-Raphaels-Verein und der Caritasverband angeführt[16].

Dem letztgenannten Verbande gelang es, auf seinen Namen das Eigentum der zwei Missionen in Paris zu übernehmen, die durch die antikirchliche Gesetzgebung Frankreichs schwer gefährdet waren, desgleichen die deutsche Mission von Marseille, drei deutsche Niederlassungen in Italien, eine in Belgien. Von diesen wichtigen Erfolgen wurde dem Katholikentage des Jahres 1911 Kenntnis gegeben. Gleichzeitig wurde gefordert, daß nach Möglichkeit allenthalben den katholischen Auslandsdeutschen Gelegenheit gegeben werde, das Wort Gottes in der deutschen Muttersprache zu hören[17].

Das war ein alter Programmpunkt auch des um den Schutz der katholischen deutschen Auswanderer so verdienten St.-Raphaels-Vereins, dessen unermüdlicher Gneralsekretär P. P. Cahensly in Verbindung mit den Vorständen gleichartiger Vereine des Auslandes im Februar 1891 bei Papst Leo XIII. für religiösen Unterricht der in Amerika Einwandernden in ihrer betreffenden Muttersprache eingetreten war. Wegen dieser Tätigkeit zugunsten deutscher Pastoration der Deutschamerikaner mußte der verdiente Mann seitens der irisch-katholischen Blätter ungeheuerliche Anklagen erdulden, bei den Iren kam das verhetzende Schlagwort ‚Cahenslyismus' auf[18]. Anläßlich des Mainzer Katholikentages (1892) definierte der Professor an der katholischen Universität Washington Dr. Joseph Schröder „den echten und wahren Cahenslyismus" als „das rastlose Bestreben eines katholischen Ehrenmannes, nach den Grundsätzen der opferfreudigsten Nächstenliebe einen sehr wichtigen Teil der sozialen Frage dadurch zu lösen, daß er als Werkzeug der göttlichen Vorsehung die Lage armer und hilfloser, allen Gefahren an Leib und Seele ausgesetzter Auswanderer nach allen Richtungen zu bessern und zu heben sucht". Durchaus zu billigen sei

---

[16] Verhandlungen 1910 (Augsburg) 360 ff., 605 f.

[17] Verhandlungen 1911 (Mainz) 263 ff.

[18] Ausführliches s. bei P. P. Cahensly, Der St.-Raphaels-Verein 33 ff.

es, wenn die deutschamerikanischen Katholiken für die Erhaltung ihrer Muttersprache, für die Errichtung und Förderung freier katholischer Schulen, in denen neben der englischen Sprache auch das Deutsche zu seinem Rechte komme, einträten [19].

Im übrigen hatten der St.-Raphaels-Verein und seine seeleneifrigen Vertrauensmänner zu Bremen, Hamburg, Antwerpen und Rotterdam die Freude zu sehen, daß die Auswanderung katholischer Deutschen dank der Hebung des deutschen Wirtschaftslebens mehr und mehr zurückging, und ihre Dienste hauptsächlich von Glaubensbrüdern slawischer und italienischer Zunge in Anspruch genommen wurden, der Verein nunmehr auch seitens der Reichsregierung die ihm so lange vorenthaltene Anerkennung fand [20].

Die Bemühungen des Katholikentages, um eine regelmäßige Pastoration der Auswanderer auf hoher See herbeizuführen, empfingen durch die Titanic-Katastrophe einen mächtigen Impuls; mit Genugtuung konnte 1912 in Aachen festgestellt werden, daß die großen deutschen Reedereien sich durchaus entgegenkommend zeigten und gerne den mitreisenden Priestern die Gelegenheit gewährten, an Bord das hl. Meßopfer zu feiern. Katholische Seemannsmission pflegte das 1911 eröffnete Seemannsheim ‚Meeresstern‘ [21].

Ein anderes Werk innerer Mission, die Vorbereitung der zum Militärstand bestimmten Jünglinge auf die in den Garnisonstädten lauernden Gefahren durch Abhaltung geistlicher Exerzitien und die Bewahrung der katholischen Soldaten durch Gründung von Soldatenheimen, beschäftigte von 1906 an den Katholikentag. Überaus fördernd wirkte eine Konferenz zu Mainz (21. und 22. Februar 1911), wo ein Zentralkomitee der Militärfürsorge der katholischen Vereine Deutschlands und je in

---

[19] Verhandlungen 1892 (Mainz) 503 ff.

[20] Cahensly, Der St.-Raphaels-Verein 58 ff.; Verhandlungen 1906 (Essen) 253 ff.; 1909 (Breslau) 178 ff.

[21] Verhandlungen 1911 (Mainz) 519 f.; 1912 (Aachen) 192 ff.; 1913 (Metz) 169 ff.

Aachen und Ingolstadt Auskunftsstellen für die einschlägigen Fragen gegründet wurden, geleitet von Oberstleutnant a. D. E. Hasse und Militärpfarrer Barth. Meier. Im Jahre 1913 nahmen bereits 7970 Jünglinge an den ‚Rekrutenmissionen bzw. Exerzitien' teil [22].

Als Schutzwehr wider die großen Gefahren, denen alleinstehende und stellensuchende Mädchen im Ausland und Inland ausgesetzt sind, wurden 1898 in Krefeld der im Vorjahr zu Freiburg (Schweiz) ins Leben getretene Internationale katholische Mädchenschutzverband und die Gründung einheimischer Marianischer Mädchenschutzvereine nach dem Vorbild des in München seit 1895 bestehenden empfohlen. Demnächst wurde dieser Beschluß erweitert durch eine Empfehlung der ‚Katholischen Bahnhofsmission', deren Zweck war, die alleinreisenden Mädchen, insbesondere die vom Lande in die großen Städte wandernden weiblichen Dienstboten, bei ihrer Ankunft auf den Bahnhöfen gegen Irreleitung durch gewissenlose Agenten zu schützen [23]. Den Bestrebungen, dem unsagbar schändlichen ‚Mädchenhandel' zu steuern und die gefährdeten und gefallenen Mädchen dem Elend und Laster zu entreißen (Anstalten vom Guten Hirten, Magdalenenheime, Fürsorgevereine), lieh der Katholikentag seine Hilfe und Fürsprache. Die katholischen caritativen Vereinigungen wurden zumal aufgefordert, Helfer und Helferinnen zu stellen für das Gebiet der Zwangs- oder Fürsorgeerziehung, des Vormundschaftswesens und der Jugendgerichte [24]. Vorbildliches in dieser Beziehung leistete der in Dortmund beheimatete Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder, der im Jahre 1910 bereits 67 Ortsgruppen und 25 Fürsorgevereine besaß [25].

---

[22] Verhandlungen 1906 (Essen) 372 ff.; 1907 (Würzburg) 318; 1911 (Mainz) 326 ff.; 1913 (Metz) 444.

[23] Näheres s. Krose, Kirchliches Handbuch IV (1913) 352 ff.

[24] Verhandlungen 1898 (Krefeld) 192; 1900 (Bonn) 260; 1902 (Mannheim) 432; 1904 (Regensburg) 491, 595.

[25] Verhandlungen 1902 (Mannheim) 437; 1905 (Straßburg) 431 ff.; 1909 (Breslau) 305 ff., 530; 1910 (Augsburg) 373 ff.; 1912 (Aachen) 341 ff.

Höchst volkstümlich wurde das von dem Kapuzinerpater Cyprian 1889 in Ehrenbreitstein gegründete ‚Seraphische Liebeswerk‘ zur Rettung der religiös und sittlich gefährdeten Kinder, für die öffentliche Mittel nicht in Anspruch genommen werden konnten. Es stieg von kleinen Anfängen zu einem (1912) 380 000 deutsche Mitglieder zählenden mächtigen Vereine empor [26]. Auch der körperlich notleidenden Kinder nahm sich der Katholikentag wiederholt an; als erste Anstalt für krüppelhafte Kleinen trat die Hüfferstiftung zu Münster ins Leben, für die Errichtung weiterer gleichartiger Häuser bemüht sich die St.-Josephs-Gesellschaft [27].

Eine Neubelebung des ehrwürdigen St.-Vinzenz-Vereines bedeutete es, als 1912 in Köln für ihn ein von Dr. August Löhr geleitetes eigenes Generalsekretariat errichtet und ein Jahr später zu Metz unter großer Anteilnahme die Jahrhundertfeier der Geburt Friedrich Ozanams begangen wurde. Das Organ des Generalsekretariats, die St.-Vinzenz-Blätter, konnte sofort in einer Auflage von 16 000 Exemplaren verbreitet werden [28].

„Allen Freunden des Landvolkes“ empfahl der Mannheimer Katholikentag (1902), „auf die Hebung der ländlichen Krankenpflege insbesondere in jenen Orten bedacht zu sein, in denen Barmherzige Schwestern wegen der Armut der Gemeinde ihre Tätigkeit nicht entfalten können.“ Er begrüßte es mit Freuden, „daß der Caritasverband für das katholische Deutschland den noch bestehenden großen Mängeln der ländlichen Krankenpflege durch Ausbildung von unbezahlten Krankenbesucherinnen für die kleinen Gemeinden auf dem Lande erfolgreich entgegenzuwirken sucht“ [29].

Der mehrerwähnte ‚Caritasverband‘ war das Werk des Organisationstalentes Dr. L. Werthmanns, der in ihm eine Zentrale zur Herbeiführung geordneten Zusammenwirkens zum

---

[26] Verhandlungen 1905 (Straßburg) 417 ff.; 1906 (Essen) 375.

[27] Verhandlungen 1903 (Köln) 325 ff.; 1905 (Straßburg) 433; 1906 (Essen) 297; 1908 (Düsseldorf) 433 ff.

[28] Verhandlungen 1912 (Aachen) 347 ff.; 1913 (Metz) 521 ff.

[29] Verhandlungen 1902 (Mannheim) 428 ff.; vgl. 1906 (Essen) 304 f.

Zweck der Förderung aller Werke der Nächstenliebe geschaffen und durch die Zeitschrift ‚Caritas‘ Hochbedeutendes für die Kenntnis und Weiterentwicklung der katholischen Wohltätigkeitsveranstaltungen geleistet hat. Dem Katholikentage, auf dem Dr. Werthmann so oft als sachkundigster Referent für alle caritativen Fragen fungieren sollte, war die Gründung der ‚Caritas‘ sehr erwünscht „angesichts der Tatsache, daß mit der industriellen Entwicklung und der wachsenden Volksvermehrung sich die Aufgaben der christlichen Nächstenliebe stetig steigern und schwieriger gestalten“: es sollten „die wirkenden Kräfte ihre Erfahrungen austauschen, die bewährten Einrichtungen und Organisationsformen weiteren Kreisen bekanntgeben und regelmäßig zu gegenseitiger Belehrung und Anregung zusammentreten, um so mehr Einheit, Klarheit und eine zweckmäßige Organisation in den Bestrebungen zu sichern“ [30].

Die alljährlichen Caritastage, die Gründung von Diözesan- und Lokalverbänden, eine Caritasbibliothek und -Auskunftsstelle, die Veröffentlichung von ‚Caritasschriften‘ und nach Diözesen geordneten historisch-statistischen Arbeiten über die bestehenden sozial-caritativen Anstalten waren die Hauptmittel zur Erreichung des angestrebten großen Zweckes.

Das Bedürfnis einer Zusammenfassung wurde auch rege auf dem Gebiete der Fürsorge für die männliche Jugend, auf dem die katholischen Jugendvereine und Kongregationen mit immer noch steigendem Erfolg tätig waren. Um diese schlang sich ein einigendes Band in dem ‚Zentralverband katholischer Jugendvereinigungen Deutschlands‘ mit dem Sitze in Düsseldorf, der im Jahre 1913 254 465 Mitglieder in 2656 Vereinen umfaßte; daneben bestand in Bayern ein Verband Katholischer Burschenvereine (498 Vereine mit 16 650 ordentlichen und 9600 außerordentlichen Mitgliedern). Diese Organisationen möglichst in ihrer Wirksamkeit zu fördern, machte sich der Verband katholischer Jugendfreunde zur Aufgabe, den der Essener Katholiken-

---

[30] Verhandlungen 1896 (Dortmund) 165 ff., 282; L. Werthmann, Die Ziele des Caritasverbandes für das katholische Deutschland, Freiburg 1899.

tag (1906) in die weitere Öffentlichkeit einführte mit einer wärmstens gehaltenen Resolution: „Die 53. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Katholiken auf die zum Zweck der religiösen, sittlichen, sozialen und wirtschaftlichen Förderung der schulentlassenen Jugend gegründeten ‚Vereine katholischer Jugendfreunde' und empfiehlt ihre Einführung in Stadt und Land, namentlich in allen Großstädten."

„Die Vereine katholischer Jugendfreunde, zusammengeschlossen in dem Verbande katholischer Jugendfreunde mit dem Sitze in Köln, sind keine Jugendvereinigungen. Sie sollen an ihrem Orte eine Zentrale sein zur Unterstützung bestehender und zur Förderung neuer Einrichtungen zum Wohle der Jugendlichen in Verbindung mit den Vereinspräsides der katholischen Jünglingsvereine; sie sollen die direkte Tätigkeit der katholischen Laienwelt unter den Jugendlichen organisieren und den Gedanken, daß in unsern Tagen die Jugendfürsorge zur sittlichen Pflicht geworden ist, zum Volksgedanken machen" [31].

Die sehr zahlreichen Jungfrauenkongregationen blieben zumeist ohne Fühlungnahme unter sich, in einigen Bistümern kam es zu Diözesanverbänden der Jungfrauenvereine.

In den Rahmen der bewahrenden Jugendfürsorge des Katholikentages gehörte es auch, daß dieser einen unnachsichtigen Kampf gegen die sich unheimlich ausbreitende öffentliche Unsittlichkeit aufnahm, den Kampf wider obszöne Zeitungen, Bücher, bildliche Darstellungen, Theateraufführungen, zumal gegen die ‚Gerichtszeitungen', ‚Jugend' und ‚Simplizissimus'. Die Ausschreitungen der Agitation, die gelegentlich der Reichstagsverhandlungen über die lex Heinze der ‚Goethebund' im Namen der angeblich gefährdeten ‚Kunst' betrieb, veranlaßten die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Bonn (1900) zu einer feierlichen Verwahrung und zur Empfehlung des in Köln

[31] Verhandlungen 1906 (Essen) 246 ff.; vgl. 1910 (Augsburg) 332 ff.; A. Pieper, Jugendfürsorge und Jugendvereine², M.-Gladbach 1910, 83 ff.

bestehenden ‚Vereins zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit‘, der seinen edlen Zweck verfolgte, indem er ärgerniserregende öffentliche Schaustellungen in der Presse geißelte, in geeigneten Fällen behördliches Einschreiten herbeiführte und seine Mitglieder veranlaßte, nicht in Ladengeschäften zu kaufen, in denen sich sittenwidrige Ausstellungen befanden. Die gewaltige Größe des zu bekämpfenden volksverderbenden Übels wurde in Bonn durch Oberlandesgerichtsrat Dr. H. Roeren geschildert. Der gleiche Redner erwies sich auf späteren Tagungen als tatkräftigsten Vorkämpfer christlicher Sitte, und es war wohlverdient, wenn in Breslau (1909) Oberlandesgerichtsrat Marx ihm und seinem Mitstreiter Dr. Armin Kausen, dem Herausgeber der ‚Allgemeinen Rundschau‘, den wärmsten Dank des katholischen Deutschland aussprach[32].

Die Tatsache, daß noch immer, zumal in der Armee und den Kreisen der akademisch Gebildeten, das fünfte Gebot des Dekalogs öffentlich mißachtet wurde durch das Duellunwesen, nötigte den Katholikentag wiederholt zu energischem Einspruch. Dieser äußerte sich besonders wirksam 1902 in Mannheim, wo Oberbürgermeister Antoni-Fulda mitteilte, daß durch die Tätigkeit des Fürsten Karl von Löwenstein auch Deutschland seine Anti-Duell-Liga erhalten habe. Der Beitritt zu der Liga, „in welcher sich Angehörige fast aller Parteien und Konfessionen zur Bekämpfung der gegen göttliches und menschliches Gebot verstoßenden Duellunsitte zusammengefunden haben“, wurde allen katholischen Männern empfohlen, denen ihre gesellschaftliche Stellung dies nahelege, und zugleich die Erwartung ausgesprochen, „daß es bald gelingen möge, dem Duell und vor allem dem moralischen Duellzwange ein Ende zu machen“[33].

Bei der goldenen Jubelfeier des Katholikentages würdigte dessen weitverzweigte caritative Betätigung ein Redegewaltiger, der Dominikanerpater Dalmatius, in einer Rückschau, die mit

---

[32] Verhandlungen 1897 (Landshut); 1898 (Krefeld) 166 ff.; 1900 (Bonn) 190 f., 284 ff.; 1903 (Köln) 194; 1905 (Straßburg) 372; 1906 (Essen) 316; 1909 (Breslau) 335 ff.

[33] Verhandlungen 1902 (Mannheim) 393 ff., 520.

dem Hoch auf die Armen begann, das bei der ersten Generalversammlung Freiherr Wilhelm Emmanuel v. Ketteler ausgebracht hatte. Gar schlimm, so führte der Redner aus, war es der Armut in Deutschland ergangen, sie war gewohnt, an mancherlei Türen zu pochen, die sich nicht öffnen wollten. „Da hörte sie auf einmal von einer Versammlung der Katholiken in Deutschland. Schon das bloße Wort klang ihr so freundlich ans Ohr; sie machte sich auf, in der Hoffnung, daß hier ihre rührende Stimme nicht überhört werden könne. Und siehe: kaum erschien sie, da brachte man ihr aus der Mitte der Versammlung ein Hoch entgegen! Und aus der glühenden Begeisterung der Mitglieder löste sich die Caritas los, und diese Caritas, sie ergriff die Armut mit zarter Hand, und seitdem haben sich diese beiden nicht mehr getrennt, seitdem fand keine Generalversammlung statt, wo nicht auch die Caritas dabei gewesen wäre. Ja, heute kann man es rühmend sagen: Die caritative Bestrebung stellt das Herz der Katholikenversammlungen dar, ein Herz so groß und so weit, daß das ganze deutsche Volk mit all seinen Nöten darin Platz hat.“ Die Herzen zu beeinflussen und zu gewinnen für den Dienst der christlichen Liebestätigkeit, neue Gesichtspunkte aufzuweisen, neue Begeisterung zu wecken zum Kampf gegen menschliche Not in tausenderlei Gestalten, sei das heiße Bemühen der Katholikentage gewesen, und nun erweise es sich unmöglich, in kurzem Überblick die Hunderte von katholischen Vereinen und Liebeswerken auch nur zu nennen, heute sei das ganze Land der Not durchzogen von den Wegen der Caritas. Aber die neue Zeit, so arm an Gesittung und Unschuld, an Glaube und Hoffnung, fordern ein wahres und eigentliches ingenium caritatis, wie es der hl. Paulus besessen, den Geist der Nächstenliebe als Lebenszweck, Hochschulen der Caritas, selbstloses hingebendes Wirken katholischer Männer und Frauen. „Wir Männer“, so rief P. Dalmatius aus, „können in der Caritas ohne die christliche Frau heute wenigstens nicht mehr fertig werden. Die Frauen müssen helfen. Die Frauen müssen helfen, heute noch die Herzen zu entwaffnen, damit wir morgen nicht vergebens die Hände zu entwaffnen ver-

suchen.“ Aber die christliche Liebe werde siegen, sie werde als Königin ihren Einzug halten, als Herrscherin das Zepter führen [34].

Ein höchst eindrucksvoller Appell an die Liebestätigkeit des katholischen Deutschland in Sachen der Heidenmission erging im Jahre 1888 von seiten eines ebenso verdienstreichen wie hochgestellten Missionars, des Erzbischofs von Algier Kardinal Lavigerie [35]. Der greise Kirchenfürst, aufgefordert durch Papst Leo XIII. hatte sich an die europäischen Staatsregierungen und die öffentliche Meinung gewandt, damit endlich der namenlos schändlichen Jagd arabischer Sklavenhändler auf jugendliche Neger ein Ende gemacht und eine durchgreifende Missionierung Afrikas eingeleitet werde. Der Katholikentag von Freiburg konnte zu der an ihn gerichteten Denkschrift des Kardinals nur vorläufig Stellung nehmen, da er die Schritte des Episkopats und der Regierungen abwarten wollte. Nachdem Freiherr Felix v. Loe und Ludwig Windthorst für die Not der schwarzen Rasse wärmstens eingetreten waren, wurde eine Resolution beschlossen, welche die Bemühungen des Kardinals zu unterstützen als Ehrenpflicht des katholischen Deutschland bezeichnete und von den Regierungen erwartete, daß sie in den deutscher Herrschaft unterworfenen afrikanischen Kolonien den Sklavenhandel baldigst unterdrücken würden im Geiste des Christentums [36]. Einige Wochen später wurde in Köln der ‚Afrikaverein deutscher Katholiken‘ gegründet, der in seinen ersten Jahren sehr beträchtliche Summen für die Christianisierung Afrikas aufbrachte, dann aber freilich in seinen Leistungen nachließ. Eine stetige erstaunliche Aufwärtsentwicklung aber zeigte die 1902 von Fräulein K. Schynse gegründete ‚Missionsvereinigung katholischer Frauen

---

[34] Verhandlungen 1903 (Köln) 279 ff.

[35] Mémoire en forme de lettre à Mr. le Président du Congrès des Catholiques Allemands de Fribourg sur la création d’une société antiesclavagiste en Allemagne par le Cardinal Lavigerie, Primat d’Afrique, Paris 1888; in Übersetzung bei Humanus (= Walter Helmes), Der Sklavenhandel in Afrika und seine Greuel, beleuchtet nach den Vorträgen des Kardinals Lavigerie und dessen Denkschrift an die Katholiken Deutschlands, Münster 1888.

[36] Verhandlungen 1888 (Freiburg) 182 ff.

und Jungfrauen', die den Missionen neben ansehnlichen Geldunterstützungen alljährlich reiche Ausstattungen an Paramenten und gottesdienstlichen Gefäßen liefern konnte. Die Ausstellung von zahlreichen für die Glaubensboten hergestellten Tragaltären, Meßgewändern und Altargeräten, welche die Missionsvereinigung 1911 aus Anlaß des Mainzer Katholikentages veranstaltete, erweckte freudige Bewunderung [37].

Dieselbe warme Teilnahme, welche die Katholikenversammlungen diesem Frauenmissionsverein seit dessen ersten Anfängen geschenkt hatten, widmeten sie auch der verwandte Ziele verfolgenden, 1894 von der Gräfin Ledochowska begründeten St.-Petrus-Claver-Sodalität, dem bayerischen St.-Ludwig-Missionsverein und der deutschen katholischen Jugendmissionsvereinigung, dem Kindheit-Jesu-Verein; dieser brachte im Jahre 1911 beinahe über eine Million Mark für seinen hohen Zweck auf. Das war, wie Papst Pius X. in einem Schreiben an die Zentrale in Aachen feststellte, ungefähr die Hälfte aller Gaben, „die überhaupt auf dem ganzen Erdenrund aus Spenden von katholischen Kindern eingegangen sind". Einer gewissen Belebung bedurfte der Franziskus-Xaverius-Verein, der an das Lyoner Werk der Glaubensverbreitung angegliedert war. Es wurde 1910 in Augsburg hervorgehoben, daß der Lyoner Verein in wahrhaft katholisch allgemeiner Weise wirke und nicht etwa ein Land der französischen Mission einseitig bevorzuge, sondern die deutschen Missionen in ganz gleicher Weise mit seinen Gaben bedenke [38].

Für einzelne Missionsgebiete und Missionshäuser spendeten Jahr für Jahr Spezialvereine ansehnliche Unterstützungssummen, und schon im Jahre 1903 konnte auf der Generalversammlung von Köln angegeben werden, daß das alljährliche Missionsalmosen der deutschen Katholiken 20 Pfennig pro Kopf betrage,

---

[37] Verhandlungen 1911 (Mainz) 508 ff.; vgl. F. Hamm, Die Missionsvereinigung katholischer Frauen und Jungfrauen, Trier 1912, 127 ff.

[38] Verhandlungen 1897 (Landshut) 305; 1904 (Regensburg) 347; 1907 (Würzburg) 254; 1910 (Augsburg) 255.

das der Protestanten aber nur 9 Pfennig. Das Missionsinteresse des katholischen Deutschland noch mehr zu steigern, ließ sich in ganz besonderer Weise der Katholikentag von Breslau angelegen sein. Auf ihm sprach Fürst Alois von Löwenstein über das Ziel und Wesen der Missionstätigkeit als hinreißender Laienapostel: das Recht Gotttes auf die Weltherrschaft, das Königtum Christi zu verwirklichen, das sei das heiße Bemühen der Glaubensboten. Missionierung gehöre zum Wesen der weltumspannenden katholischen Kirche. Und diese Aufgabe sei ins Riesengroße gewachsen durch die Aufteilung Afrikas, die Agitation des Islam, den Emporstieg Japans, die Gärung der Geister in China und Indien. An die Seelsorger trete die Pflicht heran, in Predigt und Katechese das Volk über die Verbreitung des Glaubens zu belehren, an alle Gläubigen die, durch Gebet und Almosen die Arbeiten der Missionare zu fördern, und diese Pflicht sei für die Katholiken Deutschlands um so gebieterischer, weil das katholische Frankreich, das bisher den Hauptanteil an den Missionslasten der ganzen Welt getragen, unter der Bürde des französischen Kulturkampfes zu erliegen drohe und sich ganz auf sich selbst zurückziehen müsse, um nur vegetieren zu können[39].

Die Früchte, welche die Rede des Fürsten getragen hat, waren überaus reich. Innerhalb des Zentralkomitees für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands wurde ein eigener Missionsausschuß gebildet; dieser ergänzte sich durch Aufnahme von Mitgliedern, die im Dienste der äußeren Mission tätig waren, und hielt am 22. Januar 1910 zu Berlin eine mit fruchtbaren Anregungen gesegnete Konferenz. Die Verbreitung des Lyoner Vereins, die Propagandatätigkeit spezieller Freunde einzelner Missionen und Missionsgesellschaften, die Beteiligung am Kolonialkongreß 1910, die Pflichten und Aufgaben der Wissenschaft gegenüber der Mission (theologisch-wissenschaftliche Missionskunde und Missionsgeschichte), die katholische Presse im Dienste der Missionen waren die Themen der einzelnen Referate[40]. Eine der katholischen Presse zur Verfügung gestellte

[39] Verhandlungen 1909 (Breslau) 199 ff.

[40] L. Werthmann, Die Konferenz der Missionskommission des

‚Missionskorrespondenz‘ wurde alsbald ins Leben gerufen, und der Vertreter der Missionswissenschaft an der theologischen Fakultät zu Münster Dr. Jos. Schmidlin veröffentlichte ein Promemoria über ‚Akademische Mittel zur Hebung der heimatlichen Missionspflege‘, dem sich demnächst als Taten der inhaltreiche erste Band der von dem gleichen Gelehrten herausgegebenen ‚Zeitschrift für Missionswissenschaft‘ (1911) sowie die Gründung ‚Akademischer Missionsvereine‘ anschließen sollten. Weitere wichtige Fingerzeige für eine Steigerung des Missionsinteresses im katholischen Deutschland ergaben sich aus den Verhandlungen der folgenden Katholikentage, sowohl der geschlossenen wie der öffentlichen Versammlungen, in denen sich zumal M. Erzberger als ein unermüdlicher praktischer Förderer der katholischen Glaubensboten bewährte.

Wie blühend sich der Kranz in Deutschland zugelassener Missionsgesellschaften im Laufe der Jahre gestaltet hatte, lehrt ein Beschluß des Straßburger Katholikentages (1905), der dem Wohlwollen und der Freigebigkeit der Glaubensgenossen folgende Anstalten empfahl: Knechtsteden (Rheinprovinz), Zabern (Elsaß) und Neuscheuern (Lothringen) — Väter vom Hl. Geiste — für Deutsch-Ostafrika; Trier, Marienthal (Luxemburg) und Haigerloch (Hohenzollern) — Weiße Väter — für Deutsch-Ostafrika; Hiltrup bei Münster — Väter vom heiligsten Herzen Jesu — für den Bismarckarchipel und die Marschallinseln; St. Ottilien (Oberbayern) — Benediktinermissionare — für Deutsch-Ostafrika; Limburg (Nassau) und Ehrenbreitstein — Pallottiner — für Kamerun; Heiligkreuz bei Neisse, Steyl (Holland), St. Wendel (Rheinland) — Gesellschaft des göttlichen Wortes — für Togo, Kaiser-Wilhelms-Land und Deutschchina; Hünfeld bei Fulda und Engelport (Eifel) — Oblaten von der Unbefleckten Empfängnis — für Südwestafrika; Meppen (Hannover) — Maristen — für Samoa und Salomonsinseln; Straßburg-Königshofen — Kapuziner — für die Karolineninseln; Schmieding bei Wels — Oblaten vom hl. Franz v. Sales — für Deutschsüdwest-

Zentralkomitees der Katholikenversammlungen Deutschlands am 22. Januar 1910 zu Berlin, Freiburg 1910.

afrika; dazu traten später noch als Missionshilfskräfte deutsche Lazaristen, Franziskaner, Dominikaner und Salvatorianer [41].

Auch die großen Missionsunternehmen der Trappisten, Mariastern bei Banjaluka (Bosnien) und Marianhill in Südafrika, die in Bulgarien wirkenden Passionisten, die St.-Georgs-Mission von Konstantinopel u. a. wandten sich nicht ohne Erfolg an den Opfersinn der deutschen Katholiken. Daß die beiden im Interesse des Heiligen Landes wirkenden deutschen Vereine, der Verein vom Hl. Grabe und der Palästinaverein der Katholiken Deutschlands, sich (30. Juli 1895) zu einem mit Korporationsrechten versehenen Deutschen Verein vom Hl. Lande verschmolzen, war ein auf dem Münchener Katholikentag bewillkommnetes freudiges Ereignis. Die Verstärkung der Aktion des katholischen Deutschland an den heiligen Stätten war dringend notwendig, wie die empörenden Angriffe griechischer Mönche auf die Hüter des hl. Grabes, die Franziskaner (4. November 1901) bewiesen; begeisterten Dank stattete der Mannheimer Katholikentag des folgenden Jahres der deutschen Reichsregierung für ihr entschiedenes Eintreten zugunsten der Patres ab. Er lenkte gleichzeitig die allgemeine Aufmerksamkeit auf die großen deutschen Bauten in Jerusalem, das Pilgerhospiz beim Damaskustore und die Benediktinerkirche ‚Mariä Heimgang' auf dem Berge Sion. Die Erfolge des Deutschen Vereins vom Hl. Lande fanden in dessen Generalsekretär L. Richen-Köln auf der Tagung von 1909 einen beredten Schilderer: „Der fromme Pilger ist bei seinen heutigen Reisen nicht mehr wie früher einzig auf fremde Hilfe angewiesen: ein herrliches Besitztum von 1200 Morgen mit aufstehenden Gebäuden am See Genesareth, ein Kranz von Schulen ringsum. Ein Hospiz und Hospital deutscher Schwestern in Haifa, das schöne Erholungsheim in Emmaus, ein deutsches Kirchlein mit ausgedehntem Besitz im Philisterland, das einzige katholische Haus im ganzen Süden Palästinas, in Jerusalem ein Greisenasyl, eine Mädchenschule und vor allem das große Paulushospiz mit Lehrerseminar und die herrliche

---

[41] Verhandlungen 1905 (Straßburg) 316 ff.

Kirche Mariä Heimgang auf dem Berge Sion bezeugen vor aller Welt, was deutscher Fleiß und deutsche Opferliebe in dem Lande der Erlösung fertig gebracht haben“ [42].

Heute, wo die Zukunft der Missionstätigkeit des katholischen Deutschland gleich der des ganzen Volkes in dichtesten Nebel gehüllt erscheint, kann man nicht ohne tiefe Wehmut auf all das zurückschauen, was die Katholiken zur Zeit der höchsten Machtstellung ihres Vaterlandes Großes in Angriff genommen und durchgeführt haben zur Ausbreitung des Reiches Gottes auf Erden. Dieser Rückblick aber birgt in sich eine Hoffnung und eine Stärkung, den besten Schutz gegen verzagende Mutlosigkeit: für ein Volk, das so heroische Opfer der Gottes- und Nächstenliebe freudig gebracht hat, hält die göttliche Vorsehung eine lichtere Zukunft und die Möglichkeit weiteren Wirkens zur Verbreitung des Evangeliums Jesu Christi bereit.

Dreißigstes Kapitel.

Weitere Fortschritte der sozial-caritativen Tätigkeit.

Die eindringlichste demonstratio ad oculos war es, wenn seit der Jahrhundertwende anläßlich der Katholikentage alljährlich viele Zehntausende von Industriearbeitern durch ihren festlichen Umzug vor aller Welt ihr treues Festhalten am katholischen Glauben und den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes bekundeten. In wie hohem Grade die katholische Kirche es verstanden hatte, die Herzen der Angehörigen des vierten Standes sich zu bewahren, bewiesen diese Feiern mit unvergleichlich stärkerem Nachdruck als alle statistischen Zahlen es vermocht hätten. Der Kraft eines derartigen augenfälligen Argumentes hat auch mancher protestantischer Beobachter der Katholikentage sich beugen müssen, wie denn selbst Liz. Bräunlich von diesen schreibt: „Alle Eindrücke treten auf ihnen mit solch einer Wucht an den Teilnehmer heran, daß sich auch der Nichtkatholik der Gewalt einer solchen Massensuggestion nur schwer entziehen

[42] Verhandlungen 1895 (München) 278 ff.; 1902 (Mannheim) 233 ff.; 1909 (Breslau) 185 ff.

kann. Wenn z. B. am ersten Tage der Generalversammlung Extrazug auf Extrazug — in Düsseldorf (1908) waren es deren im ganzen gegen hundert — vollgepfropft mit Menschen auf dem Bahnhof einläuft und eine Flut von an die hunderttausend katholischer Männer sich in den Festort ergießt, so hat man den Eindruck einer gewaltigen sich auf den Beschauer zuwälzenden Meereswoge. Wenn der seit dem Jahre 1898 eingeführte Arbeiterfestzug, der damals mit 70 Vereinen begann, im Jahre 1908 aber auf 600 Vereine mit sechzigtausend Teilnehmern angeschwollen war, wenn dieser Arbeiterfestzug mit seinen im letztgenannten Jahre wohl hundert Musikkorps, seinen sechshundert Fahnen und siebenhundert Schildträgern durch die Straßen zieht, um dem auf irgendeinem Platz seiner harrenden Bischof Huldigungen darzubringen und schließlich in die riesige Festhalle sowie 29 andere Versammlungslokale hineinströmen: so versteht man es, wenn der Zentrumsabgeordnete Gröber, als Präsident der Essener Tagung, von hoher Tribüne auf das wogende Meer von Männerköpfen herabblickend, den Kopf zurückwarf und mit blitzendem Auge ungefähr ausrief: „Ja, wir Katholiken! Heute nachmittag der große Arbeiterfestzug: ein ganzes Armeekorps in doppelt geschlossenen Kolonnen! Und nun diese Riesenversammlung! Das macht uns keiner nach'"[1].

Kaiser Wilhelms II. Februarerlasse von 1890, die daran anschließende Berliner Arbeiterschutzkonferenz, an der als Vertreter Papst Leos XIII. Kardinal Kopp teilnahm, und die denkwürdige Enzyklika über die Arbeiterfrage Rerum novarum vom 15. Mai 1891 — all diese Momente wirkten zusammen, um der Sache der katholischen Arbeitervereine kräftigste neue Impulse zu verleihen. Auf dem Danziger Katholikentag (1891) klang immer wieder das Motiv an, daß in der Arbeiterfürsorge und Arbeiterselbsthilfe nunmehr ein großer Schritt vorwärts getan sei; es wurde die Resolution angenommen: „Die 38. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands spricht dem Hl. Vater Papst Leo XIII. den ehrerbietigsten wärmsten Dank aus für die ebenso bedeutungsvolle wie zeitgemäße Enzyklika über die

[1] Bräunlich, Die deutschen Katholikentage I 134 f.

Arbeiterfrage, mit dem feierlichen Gelöbnis, unerschütterlich festzuhalten an den in derselben niedergelegten Grundsätzen, eifrig und treu, jeder an seiner Stelle, die Pflichten zu erfüllen, welche die steigende Zerklüftung der Gesellschaft und die drohende Gefahr einer ungläubigen, materialistischen Zeitrichtung den Katholiken auferlegen"[2].

Im Einklang mit den Weisungen Papst Leos XIII. erweiterte und vertiefte die Seelsorgegeistlichkeit alsbald ihre Tätigkeit zur Hebung oder Neugründung von Arbeitervereinen, durch die deren Mitglieder gegen die seitens der atheistischen Sozialdemokratie dem Glaubensleben drohenden Gefahren sichergestellt, zu einer echt christlichen Lebensführung angeleitet, in ihren wirtschaftlichen Interessen gefördert, staatsbürgerlich und sozialpolitisch geschult und kulturell gehoben werden sollten. Die Abhaltung religiöser, besonders apologetischer Vorträge, soziale Unterrichtskurse, die Gründung von Unterstützungskassen und katholischen Arbeitersekretariaten, die Pflege edeler Erholung, Einrichtung von Büchereien und Vorbereitung von Arbeiterfachblättern — das waren die Mittel, mit denen die Vereine ihre Zwecke zu verwirklichen strebten. Religion und Organisation galten eben den Katholiken als die hauptsächlichsten sozialen Heilmittel, besonders die Religion. Ahnungsvoll rief der greise Freiherr v. Schorlemer-Alst auf dem Mainzer Katholikentage von 1892 aus: „Auf die Dauer wird der Glaube sich als die stärkste Macht erweisen, welche jede Staatsform und alle Politik überlebt. Immer nur eine kurze Weile, und Christus kehrt wieder"[3].

Die Arbeiterwelt zu Christus zu führen und in Verbindung mit dem Heiland zu erhalten, war demnach dem Katholikentag ein stetes Anliegen; der in dieser Hinsicht außerordentlich segensreichen Tätigkeit des Arbeiter-Exerzitienhauses zu Münster schenkte er seine beondere Aufmerksamkeit und wünschte allgemeine Abhaltung von Exerzitienvorträgen in den Arbeiter- und Gesellenvereinen ebenso wie die Veranstaltung förmlicher

---

[2] Verhandlungen 1891 (Danzig) 144 ff., 221 ff., 304 ff., 336.
[3] Verhandlungen 1892 (Mainz) 211.

apologetischer Vortragskurse[4]. Die dahingehenden Bestrebungen zu erweitern erschien besonders geboten, als die Sozialdemokratie auch in das katholische Volk eine förmliche Freidenkerbewegung zu tragen, durch Versammlungen, Verbreitung der Schriften eines E. Häckel und anderer Monisten und zahllose Flugblätter den Atheismus bis hin in die Kreise der Frauen und der Jugend zu propagieren suchte. Mit den Gegenmitteln wider diese Agitation beschäftigte sich einläßlich die Generalversammlung von Breslau, das bisher von den Arbeitervereinen Geleistete freudig anerkennend[5].

Den weiteren speziellen Aufgaben dieser Vereine versagte der Katholikentag keineswegs sein Interesse, er empfahl zumal die Gründung von Auskunftsstellen (Volksbureaus) und Arbeitersekretariaten und alle Bestrebungen, die Lebenshaltung der erwerbstätigen Bevölkerung zu heben und zu veredeln. Er erklärte sich völlig damit einverstanden, daß die Arbeitervereine, aus dem Rahmen allgemeiner sozialcaritativer Veranstaltungen heraustretend, sich zu möglichst ‚reinen Standesvereinen' entwickelten im Sinne der mittelalterlichen Zünfte. Das war in einer zu Straßburg (1905) angenommenen Entschließung förmlich ausgesprochen. Im weiteren machte die Resolution einige wichtige Arbeitsgebiete der Arbeitervereine namhaft: „Besonderes Augenmerk ist auf die geistige Aufklärung und Durchbildung der Arbeiter sowohl in religiös-apologetischer wie sozialer Hinsicht durch Vorträge, Verbreitung der Verbandsorgane, Errichtung und zweckentsprechende Ausgestaltung von Bibliotheken und Unterrichtskursen zu richten, damit dieselben mehr und mehr befähigt werden, in den Arbeitervereinen selbst sowohl wie in der christlichen Arbeiter- und sozialen Reformbewegung überhaupt selbständig agitatorisch und ausbauend mitzuarbeiten“[6].

Zum ausgesprochenen Mißbehagen vieler fehlte in dieser

---

[4] Verhandlungen 1903 (Köln) 251, 443.

[5] Verhandlungen 1909 (Breslau) 423 f.

[6] Verhandlungen 1892 (Mainz) 380; 1902 (Mannheim) 459; 1909 (Breslau) 399 ff.; 1905 (Straßburg) 265 ff.

Aufzählung eine empfehlende Stellungnahme zur christlichen Gewerkschaftsbewegung, der wichtigsten Form berufswirtschaftlicher Organisation der Arbeiter. Ein Redner wünschte, daß die Straßburger Generalversammlung Klarheit schaffe in der Frage des gewerkschaftlichen Zusammengehens katholischer Arbeiter mit gläubig protestantischen Standesgenossen. Doch wurde die Diskussion vorzeitig geschlossen. Und doch war die christliche Gewerkschaftsbewegung auf dem Marsche.

Als bedeutsames Ereignis hatte die Art gewirkt, in der die christlichen Gewerkschaften 1896 zu Dortmund in den Gesichtskreis des Katholikentages getreten waren. Der Bergmann August Brust aus Altenessen trug in öffentlicher Versammlung die Beweggründe vor, aus denen (Ende 1894) katholische und protestantische Bergarbeiter von Essen zu einem ‚Gewerkverein christlicher Bergarbeiter' sich zusammengeschlossen hatten. Es sollten gerechte, dem Wert der geleisteten Arbeit und der durch diese Arbeit bedingten Lebensführung entsprechende Löhne erstrebt werden, ferner Einschränkung der Schichtdauer, soweit solche zum Schutze von Gesundheit, Leben und Familie geboten sei, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über die Verwendung der in die Zechenunterstützungskassen fließenden Beträge, eine Vermehrung der Kontrollorgane zur Überwachung der Durchführung der bergpolizeilichen Vorschriften unter Hinzuziehung praktisch erfahrener Bergleute, schließlich eine zeitgemäße Reform des Knappschaftswesens. Weder den zum Klassenkampf erziehenden sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen noch den auf dem Boden der Fortschrittspartei stehenden Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen hätten sich die christlich denkenden Arbeiter Essens aus Gründen ihrer Überzeugung anschließen können. „Ohne Gott", so sagte Brust, „ist keine gesunde Sozialreform möglich. Das göttliche Gesetz, die zehn Gebote, die Gottes- und Nächstenliebe, sie müssen Richtschnur sein für die soziale Reform, und darum muß sich jeder Berufsverein, der dauernd die richtigen Grundsätze vertreten will, auf den Glauben an Gott und die zehn Gebote stellen. Wir können uns deshalb nur zu christlichen Berufsvereinen bekennen, und von allen andern

sollten sich die christlichen Arbeiter fernhalten." Eine Trennung der nichtsozialistisch Gesinnten in konfessionelle katholische und protestantische Berufsvereine würde die Förderung der wirtschaftlichen Interessen und das notwendige gemeinsame Vorgehen erschwert, einen doppelten Verwaltungsapparat gekostet haben; konfessionelle Streitigkeiten seien bislang in dem Bergarbeiterverband nicht zutage getreten. Konfessionelle Arbeitervereine und interkonfessionelle Berufsvereine sollten sich in ihrer Tätigkeit gegenseitig ergänzen, der einzelne Verein für sich genüge nicht.

In der vierten geschlossenen Versammlung stand ein Antrag A. Brusts zur Beratung, in dem für den Gewerkverein christlicher Bergleute um einen Ausdruck der Sympathie des Katholikentages ersucht wurde. Wie Dr. Franz Hitze als Referent ausführte, lag es nicht im Rahmen der Aufgaben der Versammlung, einen speziellen Berufsverein zu empfehlen. Zur Annahme gelangte ein allgemein gehaltener von Dr. Lieber und A. Brust formulierter neuer Antrag: „Die 43. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands beklagt es tief, daß die Gewerkvereine von vielfach unchristlichen Bestrebungen in Beschlag genommen werden, und fordert die katholischen Arbeiter auf, soviel an ihnen liegt, zu tun, um diese Vereine auf christliche Grundlage zu stellen und auf christlichem Wege zu erhalten"[7].

Ein anderer Weg, den die katholischen Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Berufsinteressen betreten könnten, war auf dem Kölner Katholikentag (1894) aufgezeigt worden, nämlich die fachgenossenschaftliche Organisation innerhalb der katholischen Arbeitervereine. Es hieß in der betreffenden Resolution: „Als erster Schritt zur Anbahnung einer derartigen Organisation auf christlichem Boden ist freudig zu begrüßen die in einzelnen Gesellen- und Arbeitervereinen bereits durchgeführte Gliederung der Mitglieder nach Fachabteilungen bzw. Fachausschüssen, eine Einrichtung, deren Verallgemeinerung lebhaft befürwortet wird"[8].

[7] Verhandlungen 1896 (Dortmund) 253 ff., 374 f.
[8] Verhandlungen 1894 (Köln) 272.

Man glaubte, daß diese konfessionellen Fachabteilungen eine größere Gewähr dafür bieten würden, religiöse Entfremdung von den Arbeitern fernzuhalten als eine freiere Organisation, wie interkonfessionelle Gewerkschaften sie darstellten[9]. Bemerkenswerterweise aber hatten die letztgenannten in der dritten öffentlichen Versammlung einen Wortführer gefunden in Vikar Th. Kochmeyer, dem Diözesanpräses der katholischen Gesellenvereine von Münster, der ausführte: „Wir sehen, daß in unseren Tagen die Not der Zeit die Arbeiterbrüder gezwungen hat, sich zusammenzuscharen zu sog. Fachgenossenschaften, Gewerkvereinen, Gewerkschaften; denn der vereinzelte muß heutzutage unterliegen, und wenn wir überall das Bestreben nach Organisation sehen, das Bestreben nach beruflicher Gliederung der Stände, dann sagen wir: Es ist die berufliche Gliederung der Arbeiter und der Gesellen in den einzelnen Gewerken das notwendige Glied in der Kette. Die Bewegung steigt mit Macht, allüberall bilden sich diese Vereine. Jetzt ist es Zeit, daß wir Katholiken die Sache in die Hand nehmen, daß wir den Strom in die richtigen Bahnen lenken, daß wir den religionsfeindlichen Gewerkschaften und den religionslosen Gewerkvereinen gegenüber christliche Gewerkschaften errichten. Ich sage christliche, denn in diesem Punkte darf die Konfession uns nie und nimmer trennen“[10]. Lebhaftes Bravo lohnte den Redner. Die zu Köln angenommene auf eine Empfehlung der Fachabteilungen sich beschränkende Entschließung wird Kochmeyers Erwartungen kaum entsprochen haben.

Die allgemeine Idee, welche die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands von 1894 der katholischen Arbeiterwelt zur Wahrung und Förderung ihrer Berufsinteressen vorgelegt hatte, wurde einige Tage später in einer Konferenz der geistlichen Präsides von Arbeitervereinen näher erläutert an der Hand von Leitsätzen, die Dr. Franz Hitze ausgearbeitet hatte. Auch hier wurde anerkannt, daß gegenüber der seitens der

[9] Vgl. M. Gasteiger, Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland 198.

[10] Verhandlungen 1894 (Köln) 245 f.

sozialdemokratischen und liberalen Gewerkschaften drohenden Gefahren der Gedanke der Gründung christlicher Gewerkvereine nicht abzuweisen sei; als bester und sicherster Weg zur Erreichung einer erfolgreichen Arbeiterorganisation aber wurde wiederum die Bildung von Fachabteilungen in den bestehenden katholischen Arbeitervereinen bezeichnet. Als Ziel dieser Fachabteilungen bezeichneten die Leitsätze Förderung der Fachbildung, gründliche Unterweisung bezüglich der sozialen Gesetzgebung, Vorschläge, Anregungen und Veröffentlichungen zur Behebung bestehender Mißstände; bezüglich des ‚äußersten Mittels', der Arbeitsniederlegung, hieß es: „Gewiß kann und soll auch das letzte Mittel zur Erreichung berechtigter Wünsche und Forderungen, der Streik, den Arbeitern nicht beschränkt werden, aber schon die lokale und konfessionelle Beschränkung der Organisation wird die selbständige Aufnahme und Durchführung eines solchen kaum möglich erscheinen lassen" [11].

Obschon die Fachabteilungen sich zugestandenermaßen für Zwecke gewerkschaftlicher Selbsthilfe zur Erzielung besserer Arbeitslöhne weniger eigneten, schienen sie eine Zeitlang berufen, die hauptsächlichste Organisation katholischer Arbeitnehmer zu werden, und dies um so mehr, als auch zahlreiche Mitglieder des deutschen Episkopats sie ausdrücklich empfahlen. In den an den ‚Sitz Berlin' angeschlossenen Arbeitervereinen erlangte die Idee der den Lohnkampf grundsätzlich verurteilenden katholischen Fachabteilungen die Alleinherrschaft durch die Bemühungen der Sozialpolitiker v. Savigny, Fournelle und Dr. Fleischer. In West- und Süddeutschland aber wurden, zunächst unter den Textilarbeitern und den Eisenbahnhandwerkern, nicht wenige Fachabteilungen zu einer Vorstufe für die Bildung interkonfessioneller christlicher Gewerkschaften; in den Pfingsttagen 1899 traten zu Mainz 48 Delegierte zu einem ersten Kongreß christlicher Gewerkvereine Deutschlands zusammen [12].

---

[11] O. Müller, Katholische Arbeitervereine[3], M.-Gladbach 1907, 111 f.

[12] Alf. Faulhaber, Die christliche Gewerkschaftsbewegung, Nürnberg 1913, 29 ff.

In der Ausschußsitzung des Bonner Katholikentages (1900) wurde die Frage ‚katholische Fachabteilungen‘ oder ‚christliche Gewerkschaften‘ Gegenstand bewegter Auseinandersetzungen. Die zur Annahme in der geschlossenen Sitzung vorbereitete Resolution legte den katholischen Arbeitern Förderung ihrer geistigen Bildung und sozialen Schulung ans Herz, „welche sie vor allem in den katholischen Arbeitervereinen und christlichen Berufsorganisationen finden“. Dem Bedenken, ob der Ausdruck ‚christliche Berufsorganisationen‘ nicht zu allgemein gehalten sei, trat als Berichterstatter Dr. P. Spahn entgegen mit der Erklärung, „daß wir das Christentum auch für das Erwerbsleben so verstehen, wie es uns gelehrt ist: in der Tradition, in der Lehre unserer heiligen Kirche, und daß der Ausdruck ‚christliche Berufsorganisationen‘ Organisationen treffen soll, welche auf dem Boden des Christentums stehen und sich von dessen Geist durchdringen und treiben lassen, eines Christentums, wie unsere Kirche es lehrt“ [13]. Daraufhin glaubte Assessor v. Savigny seinen in der Ausschußsitzung erhobenen Widerspruch zurückziehen zu können, da nach der von dem Referenten gegebenen Interpretation des Ausdrucks ‚christliche Berufsorganisation‘ festgestellt worden sei, „daß das gesamte wirtschaftliche Leben ebenfalls den Lehren der katholischen Kirche unterworfen sein und nur in diesem Sinne der Ausdruck verstanden werden solle“ [14].

Nichtsdestoweniger kam es zu dem viele Jahre lang andauernden literarischen Streit um die konfessionelle oder interkonfessionelle Grundlage der Arbeiterberufsorganisation, dem Gegensatz zwischen der ‚Berliner‘ und der ‚Kölner‘ Richtung [15]. Dieser Zwiespalt brachte es naturgemäß mit sich, daß der Katholikentag fürderhin in dieser Spezialfrage eine große Reserve beobachtete, die nicht immer von allen Teilnehmern richtig gewürdigt wurde. Es war indes aufschlußreich, daß der Reichstags-

[13] M. Gasteiger, Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland 271 ff.

[14] Verhandlungen 1900 (Bonn) 142 ff.

[15] Die Literatur s. bei M. Gasteiger, Die christliche Arbeiterbewegung, in Geschichte und Arbeit dargestellt, Hamm 1914, 16.

abgeordnete und Arbeitersekretär J. Giesberts lebhaften Beifall fand, als er in der vierten öffentlichen Versammlung des Essener Katholikentages über die Bestrebungen der Arbeiter sprach, durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, ihren Gegensatz zu den Interessen anderer Stände aber auszutragen auf dem Boden der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit, und nicht auf dem des Klassenkampfes. Gewiß biete die junge christliche Gewerkschaftsbewegung noch Seiten, wo die Kritik einsetzen könne. „Aber ein Zeugnis wird man den christlichen Arbeitern nicht versagen können: es war ein heldenmütiger Akt, daß sie, die Gedrücktesten und Ärmsten der Gesellschaft, sich mutvoll von der sozialdemokratischen Gedankenwelt emanzipiert haben und ihre Bewegung auf den Boden der christlichen Grundsätze stellten. Es ist uns christlichen Arbeitern nicht leicht geworden, und es ist uns heute noch nicht leicht, gegen den Strom der gegnerischen Bestrebungen unsere Bewegung hochzuhalten, aber wir haben den Mut dazu und scheuen nicht die Opfer, und ebenso energisch, wie wir uns gegen die antireligiösen und klassenkämpferischen Strömungen in der Arbeiterbewegung wehren, ebenso entschieden treten wir ein für die Schaffung gesunder Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die katholischen Arbeiter können von sich sagen, und es wird uns von anderer Seite des öfteren bestätigt, daß sie die ersten waren, die in den vordersten Reihen gekämpft haben in der christlichen Gewerkschaftsbewegung; sie sollen auch weiterhin dieser Aufgabe treu bleiben“ [16].

Die Stunde, zu der vielumstrittenen Frage Stellung zu nehmen, war für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands gekommen, als Papst Pius X. in seiner Enzyklika Singulari quadam vom 24. September 1912 ein autoritatives Wort gesprochen hatte. Der Hl. Vater hatte in jener Kundgebung die auf der Grundlage des katholischen Glaubens aufgebauten Arbeiterorganisationen an erster Stelle belobt, den katholischen Arbeitern aber es nicht verwehrt, zur Verbesserung

---

[16] Verhandlungen 1906 (Essen) 389 ff.

ihrer wirtschaftlichen Lage mit Nichtkatholiken zusammenzuarbeiten; nur müßten alle notwendigen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, zumal sollten alle Mitglieder interkonfessioneller Gewerkschaften gleichzeitig Angehörige katholischer Arbeitervereine sein. Im weitern hatte Pius X. die deutschen Katholiken angewiesen, nunmehr alle Streitigkeiten über die Gewerkschaftsfrage ruhen zu lassen.

Als Präsident des Metzer Katholikentages (1913) gab Fürst Alois von Löwenstein die Hauptgedanken der päpstlichen Enzyklika wieder und knüpfte daran die folgenden Ausführungen: „Die große Menge des katholischen Volkes hat in den letzten Jahren mit steigender Betrübnis, ich kann wohl sagen, mit Mißstimmung, gesehen, wie der Streit zwischen den beiden Richtungen der Arbeiterorganisationen sich verschärfte, wie er tüchtige Kräfte im katholischen Lager, berufen, miteinander den gemeinsamen Feind zu bekämpfen, in fruchtlosem Kampfe gegeneinander aufrieb, wie allmählich über diese Kreise hinaus das Gift der gegenseitigen Verdächtigung sich verbreitete. Nun ist von der Stelle aus, die mit väterlicher Unparteilichkeit über die Einigkeit der großen katholischen Familie wacht, dem Kampf Einhalt geboten. Jetzt ist auch der Moment gekommen, wo die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands ihre Autorität einsetzen darf."

„Nicht als ob die Generalversammlung eine Interpretation der Enzyklika geben wollte — das steht ihr nicht zu — auch nicht, als ob vor ihrem Forum nun der Streit ausgefochten werden sollte. Damit würden wir dem strengen Befehle des Papstes direkt ungehorsam werden, wir sollen uns ja jeden Streites unter uns über diese Sache enthalten. Wir richten auch nicht über Worte und Taten, die dieser traurige Streit gezeitigt hat. Wir wissen, daß auf beiden Seiten die Überzeugung vom eigenen Rechte die Streiter antrieb. Aber deshalb kann die Generalversammlung jetzt sprechen, weil sie den Wunsch des Hl. Vaters unterstützt, wenn sie spricht, und deshalb ist die Erörterung dieser ernsten Angelegenheit dem Präsidenten vorbehalten worden, damit er es in Ihrer aller Namen sagen

könne: der Streit über die Zulässigkeit der Organisationen ist entschieden, und nun verlangen wir Katholiken Deutschlands, daß er ruhe."

Die Arbeiterschaft dürfe nicht weiterhin beunruhigt werden, ebensowenig sei es statthaft, daß Friede und Einigkeit unter den deutschen Katholiken fernerhin bedroht würden. Besonders möge die Presse von jeder Fehde ablassen, nachdem der ‚Friede von Metz' geschlossen worden sei [17].

Der Friede trat leider nicht so schnell ein, als Fürst Löwenstein es als wünschenswert bezeichnet hatte. Die überraschende Wendung aber, in der mitten in den Stürmen der Revolution durch Papst Benedikt XV. die Gewerkschaftsfrage definitiv gelöst werden sollte, ist noch in aller Gedächtnis.

Von der Bedeutung der Organisationsarbeit innerhalb der katholischen Arbeiterschaft Deutschlands vermitteln die folgenden Ziffern eine Vorstellung: Es bestanden kurz vor Ausbruch des Weltkrieges ein süddeutscher Verband katholischer Arbeitervereine mit 112 000, ein westdeutscher mit 203 000, ein ostdeutscher mit 20 000 und der Verband katholischer Arbeitervereine ‚Sitz Berlin' mit 132 000 Mitgliedern, außerdem ein polnischer und elsässischer Verband mit 35 000 bzw. 11 000 Mitgliedern; zusammen zählten diese Verbände 513 000 Angehörige, während die evangelischen Arbeitervereine 185 000 Mitglieder aufzuweisen hatten. An den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften mit dem Sitze in Köln waren 4615 Ortsgruppen mit 352 752 Mitgliedern angeschlossen [18].

Für die Ausbreitung der in ihren Anfängen bis in die sechziger Jahre zurückreichenden katholischen Arbeiterinnenvereine trat 1897 auf dem Katholikentag von Landshut der Münchener Domherr Dr. M. Stigloher ein, und im deutschen Süden errang diese Bewegung auch, unterstützt durch die von der Fürstin von Öttingen-Spielberg nach Deutschland verpflanzten ‚Patronagen',

---

[17] Verhandlungen 1913 (Metz) 180 ff.; vgl. A. Pieper, Von der Arbeiterbewegung zum Arbeiterstande, M.-Gladbach 1920, 8 ff.

[18] Gasteiger, Die christliche Arbeiterbewegung in Geschichte und Arbeit 23 ff.

ihre ersten neuen Erfolge (1913: 164 Vereine mit 22 000 Mitgliedern). Nächstdem kam Westdeutschland, wo die Diözesen Köln und Münster zur selben Zeit 40 Vereine mit 7500 Angehörigen aufwiesen. Die Sekretärin der Standeszeitung ‚Die christliche Arbeiterin' durfte in geschlossener Versammlung des Essener Katholikentages die Interessen ihrer Schutzbefohlenen vertreten, freilich nicht als Mitglied der Generalversammlung, sondern als ‚Gutachterin'. An den ‚Sitz Berlin' schloß sich der ‚Verband erwerbstätiger Frauen und Mädchen' mit 31 000 Mitgliedern an [19].

Eine wichtige Aufgabe war es, die in großer, übergroßer Zahl alljährlich vom Lande in die Industriestädte abwandernden Jugendlichen den dortselbst bestehenden katholischen Organisationen zuzuführen, um sie so vor den zahlreichen Gefahren auf religiös-sittlichem und sozialem Gebiete drohenden Gefahren zu sichern [20]. Der Regensburger Katholikentag machte auf die bedauerliche Erscheinung aufmerksam, „daß nach Ausweis der Statistik ein großer Teil der ständig den Städten und Industriebezirken vom platten Lande abwandernden katholischen Bevölkerung dem kirchlichen Leben entfremdet wird, daß insbesondere ein Teil der Arbeiter der sozialdemokratischen Agitation zum Opfer fällt". Als Vorbeugemittel wurde vor allem die Gründung von Kongregationen und Jugendvereinen in den Landgemeinden und Überweisung der Wegziehenden an die entsprechenden Vereinigungen der künftigen Heimat genannt. „In den Städten und Industriebezirken selbst muß dementsprechend von den vorhandenen caritativen und sozialen Vereinen und Einrichtungen in Verbindung mit den Pfarrseelsorgern eine systematische Werbearbeit organisiert werden, um die zuziehenden Katholiken aller Stände und Lebensalter mit den für sie geschaffenen kirchlichen, caritativen und sozialen

---

[19] Verhandlungen 1897 (Landshut) 294 f.; 1903 (Köln) 252; 1914 (Regensburg) 418 ff.; 1906 (Essen) 362 ff.; Gasteiger, Die christliche Arbeiterbewegung in Geschichte u. Arbeit 25 f.; O. Müller, Katholische Arbeiterinnenvereine, M.-Gladbach 1905, 4 ff.

[20] Vgl. Fürsorge für die Abwanderer vom Lande (Soziale Tagesfragen, H. 31), M.-Gladbach 1905, 6 ff.

Einrichtungen bekannt zu machen und für eine lebendige Anteilnahme am öffentlichen katholischen Leben zu interessieren“ [21].

Den genannten Zielen entsprach es vorzüglich, wenn in den Großstädten eigene Arbeitervereinshäuser und Hospize eingerichtet wurden; was in dieser Richtung zu München und Köln getan worden war, erhielt von dem Katholikentag von Landshut die gebührende Billigung [22].

Für das Fortschreiten und die Weiterentwicklung der Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung traten die deutschen Katholiken bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf ihren Generalversammlungen ein, so besonders, als bekannt wurde, daß in Berlin sich eine Richtung geltend machte, welche die Februarerlasse Kaiser Wilhelms II. nicht zur vollen Ausführung gelangen lassen wollte. Kraftvolle Worte richtete 1892 zu Mainz Freiherr B. v. Schorlemer-Alst an die Adresse der sich den Ernst der Arbeiterfrage verhehlenden Herren in der kaiserlichen Umgebung, die den Kopf in den Sand steckten und sagten: „es war ja alles nicht so sehr schlimm, es hat sich alles schon wieder beruhigt, es ist nur eine große Aufhetzerei gewesen, wir hätten uns manche Konzessionen und Gesetze sparen können,“ und die glaubten, die Armee werde Deutschland vor der Lava der sozialdemokratischen Revolution schützen können [23]. Als zweckdienliches Mittel zur Wahrung des Friedens im Wirtschaftsleben wurden von der Straßburger Generalversammlung (1905) die Bestrebungen begrüßt, durch Abschluß von Tarifverträgen die so verderblichen Streiks zu verhüten. Der betreffende Beschluß betrachtete es als wichtige Aufgabe der Sozialpolitik, „Mittel und Wege zu suchen, welche unter Wahrung des freien Koalitionsrechtes und der Gleichberechtigung von Arbeiter und Arbeitgeber geeignet sind, dem Ausbruch solcher Differenzen vorzubeugen und das Arbeitsverhältnis im Geist der sozialen Gerechtigkeit und Versöhnung zu regeln“. Zu diesem Zwecke

---

[21] Verhandlungen 1904 (Regensburg) 401 ff.; vgl. 1906 (Essen) 356 f.; 1907 (Würzburg) 320 f.

[22] Verhandlungen 1897 (Landshut) 297 ff.

[23] Verhandlungen 1892 (Mainz) 199 f.

sei zu erstreben die Errichtung von paritätischen Arbeitskammern, die als Einigungsämter und Schiedsgerichte fungieren und vor der Proklamierung von Streiks und Aussperrungen von den streitenden Parteien anzurufen sind, ferner der Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen (Tarifverträgen), in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Vereinbarung zwischen den Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber auf längere Dauer möglichst einheitlich geregelt werden. Die stetig wachsende Zahl von Tarifverträgen beweise, daß diese sowohl im wohlverstandenen Interesse von Arbeitern wie von Arbeitgebern lägen [24].

Der Notlage der Heimarbeiter, deren ganze Größe die Berliner Ausstellung für Heimarbeit von 1906 weiteren Kreisen bekanntgemacht hatte, nahm sich der Katholikentag wiederholt aufs wärmste an. Entschieden forderte er auch kommunale und staatliche Maßregeln gegen die Schäden der Arbeitslosigkeit, Einschränkung und gesetzliche Regelung der so schwere Mißstände mit sich führenden gewerblichen Kinderarbeit; ferner sollte es mit allen Mitteln der erwerbstätigen verheirateten Frau möglich gemacht werden, ihren Pflichten als Gattin, Hausfrau und Mutter nachzukommen. Den Bemühungen gebildeter katholischer Frauen, die Arbeiterinnen für Haushalt und Familienleben tüchtig vorzubilden, wurde ebensoviel Beifall gezollt wie dem Streben, Standesorganisationen für Dienstmädchen zu schaffen, sowohl für städtische wie für ländliche; der Vortrag, den der bayerische Bauernführer Dr. Heim über die Ziele einer Organisation der ländlichen Dienstboten 1907 in Würzburg hielt, wirkte geradezu aufsehenerregend. Eine im folgenden Jahre zu Düsseldorf angenommene Resolution empfahl den katholischen Hausfrauen Beachtung und Unterstützung jener Dienstbotenorganisationen, „welche nebst der Förderung des religiös-sittlichen Lebens in Vereinen auch der Pflege ihrer Standesinteressen, teils durch eine entsprechende Vorbildung für ihren Beruf, teils durch Erlangung vorteilhafter gesetzlicher

[24] Verhandlungen 1902 (Mannheim) 449 ff.; 1905 (Straßburg) 337 ff.; 1906 (Essen) 358; 1907 (Würzburg) 349.

Bestimmungen obliegen"; befürwortet wurde die Bildung von Hausfrauenausschüssen und Dienstbotenausschüssen, die zur Wahrung gemeinsamer Interessen dienten [25].

Als Sebastian Georg Schäffer, der verdiente Nachfolger Adolf Kolpings in der Stellung eines Generalpräses der katholischen Gesellenvereine, sein silbernes Amtsjubiläum beging (1891), umfaßte das Werk des ehrwürdigen Gesellenvaters im In- und Auslande 794 Vereine mit ca. 75000 Mitgliedern [26]. Diese Ziffer wurde in den nächsten Jahrzehnten sehr erheblich überschritten, es gab im Jahre 1911 nach der Statistik des Generalsekretariats im Auslande 300, auf deutschem Boden 921 Gesellenvereine; die des Deutschen Reiches allein besaßen 60742 aktive und 108585 außerordentliche Mitglieder (Meister); 249 Vereine besaßen eigene Hospize, die meisten aber ein hochentwickeltes Sparkassen- und Fachunterrichtswesen. Wieviel das für die Heranbildung eines tüchtigen Handwerkerstandes bedeutet, mußte von allen Volksfreunden bereitwillig anerkannt werden [27].

Es war selbstverständlich, daß der Katholikentag immer wieder mit besonderem Nachdruck die katholischen Handwerksgesellen zum Eintritt in diese Vereine aufrief. „Die großen Gefahren," so hieß es in einem Beschluß von Köln (1903), „welche der heranwachsenden Handwerkerjugend in religiöser und sittlicher Beziehung in der Fremde, besonders aber in den Großstädten drohen, machen für die jungen Leute den Anschluß an die Institution Kolpings, welche sich die religiös-sittliche Erziehung ihrer Pflegebefohlenen zum Hauptziel gesetzt und dieses Ziel seit mehr als fünfzig Jahren mit nicht geringem Erfolge angestrebt hat, in unserer Zeit fast zur Notwendigkeit. Zudem lassen die Bestrebungen der katholischen Gesellenvereine, namentlich derjenigen in den größeren Städten, ihre Mitglieder in technischer,

---

25 Verhandlungen 1906 (Essen) 359 ff.; 1907 (Würzburg) 352, 372, 392 ff.; 1902 (Mannheim) 444 ff.; 1908 (Düsseldorf) 371, 557.

26 W. Koch, Generalpräses S. G. Schäffer, Paderborn 1891, 24 f.

27 Vgl. Der Katholische Gesellenverein in seiner sozialen Bedeutung², Köln 1911.

gewerblicher und kaufmännischer Beziehung fortzubilden, diese Vereine hervorragend geeignet erscheinen, dem Handwerke einen tüchtigen Nachwuchs zu sichern“[28].

Auch die Sache der Lehrlingsvereine und Lehrlingshospize, bestimmt, „der Jugend in der gefahrvollsten Zeit nach der Entlassung aus der Schule beim Eintritt in Werkstätte und Fabrik einen festen Glaubenshalt zu geben“, besaß in dem Kaholikentag weiterhin einen warmherzigen Anwalt. Die Regelung des Lehrlingswesens blieb auch in unserer Periode eine stehende Forderung katholischer Angehöriger und Freunde des Handwerkerstandes: es sollte nur derjenige Lehrlinge ausbilden dürfen, der in dem betreffenden Handwerk die Meisterprüfung abgelegt habe (Befähigungsnachweis). In dem ‚Handwerkergesetz‘, der Novelle zur Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897, war diese Forderung zwar nicht ganz erfüllt; aber die immerhin nicht unbeträchtlichen Fortschritte, die das Gesetz sonst brachte durch Schaffung von Handwerkskammern, freien Innungen und eventuell fakultativen Zwangsinnungen, wurden von dem Krefelder Katholikentag (1898) willkommen geheißen[29]. Daß noch immer sehr viele und sehr berechtigte Ansprüche der Handwerker der Berücksichtigung harrten, zeigte sich auf der Tagung von Köln (1903), welche unter Anerkennung des von den Genossenschaften, Innungen und Handwerkskammern Geleisteten als Aufgaben einer energischen Mittelstandspolitik bezeichnete: Weiterbildung der Gesellen- und Meisterkurse, Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker, Regelung des Submissionsverfahrens, weitergehende Beschränkung bzw. höhere Besteuerung der Warenhäuser und Filialgeschäfte, gesetzliche Einführung der obligatorischen Gesellenprüfung. Wiederholt wurden die besser Situierten ermahnt, das heimische Handwerk durch Bestellungen und Einkäufe am Orte zu unterstützen[30].

Fragen der Erhaltung eines gesunden selbständigen Mittel-

---

[28] Verhandlungen 1903 (Köln) 441; vgl. 1905 (Straßburg) 352 ff.; 1910 (Augsburg) 340 ff. [29] Verhandlungen 1898 (Krefeld) 277.

[30] Verhandlungen 1903 (Köln) 246 ff.; 1904 (Regensburg) 407 f.; 1907 (Würzburg) 416 ff.

standes standen auch bei den zahlreichen Gelegenheiten zur Beratung, wo die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands die katholisch-kaufmännischen Vereine aufs neue empfahl, die als Vereinigungen von selbständigen Kaufleuten und von Handlungsgehilfen zur Erhaltung des sozialen Friedens und durch ihre religiösen, Unterrichts- und Wohlfahrtseinrichtungen zur Hebung des ganzen Standes Ausgezeichnetes leisteten. Am Schlusse der hier behandelten Periode zählte der Verband 310 Vereine mit 35 000 Mitgliedern und 100 Jugendabteilungen mit 6500 Angehörigen. Die ‚Vereine für katholische weibliche Gehilfen im Handelsgewerbe', die der Katholikentag erstmalig im Jahre 1896 empfehlen konnte [31], zählten an dem angegebenen Zeitpunkte 7500 Mitglieder in 56 Vereinigungen.

Gedankenreiche grundsätzliche Ausführungen über die katholische Mittelstandspolitik machte Adolf Gröber 1910 auf der Generalversammlung von Augsburg. Er bedauerte es tief, daß die Staatsregierungen sich nicht hatten entschließen können, entscheidende Maßregeln zum Schutz des Handwerkes und der kleineren kaufmännischen Betriebe zu treffen. Dadurch aber habe der Staat nur der Sozialdemokratie und ihrem Klassenkampfe Vorschub geleistet. „Denn wenn das ganze Volk nur mehr in zwei Klassen schließlich geteilt sein würde, dann wäre das Signal gegeben zu einem blutigen Vernichtungskampfe. Dann ist es mit dem sozialen Frieden dauernd zu Ende. Die Teilung des Volkes in nur zwei Klassen heißt den Gegensatz der wirtschaftlichen Interessen derart verschärfen, die Kluft so erweitern, daß das Überspringen von einer in die andere Klasse nur allzu schwer oder gar nicht möglich ist. Wenn aber ein gesunder, kräftiger Mittelstand eingeschaltet wird, dann verengert sich die Kluft, dann verringert sich die Reibungsfläche zwischen den kämpfenden Klassen, dann ist das Emporsteigen einzelner tüchtiger und strebsamer Elemente aus einer Klasse in eine höhere eher ermöglicht, und deshalb ist es eine staatsmännische Frage allerersten Ranges, Mittelstandspolitik zu

[31] Verhandlungen 1896 (Dortmund) 306 f.

treiben, freilich nicht eine Aufgabe für liberale Staatsmänner, die in ihrer Überschätzung des Besitzes sich an die Großbetriebe halten. Die Kehrseite dieser Überschätzung des Besitzes ist eine Unterschätzung des Menschen, eine Unterschätzung, die im tiefsten Grunde auf einer materialistischen Auffassung beruht. Solange diese Auffassung in den Geheimratskanzleien immer noch herumgeistert, so lange darf man sich nicht wundern, wenn das Volk an ein aufrichtiges Wohlwollen der Staatsverwaltung und Gesetzgebung nicht glauben will. Vertrauen gewinnt man nur durch Vertrauen, Liebe nur gegen Liebe." Nicht Gewalt und Klassenhaß, sondern Gerechtigkit und Liebe vermöchten den sozialen Frieden zu bringen. Die Quelle dieser Tugenden aber seien nirgends zu finden als in der Religion; der Arzt für alle sozialen Schäden heiße Jesus Christus, und die Arznei christliche Erneuerung des sozialen Lebens. Die Kirche lehre nicht allein den sozialen Frieden, sie bringe ihn auch. „Sie vermittelt uns in ihren Gnadenmitteln auch die Kraft, den steilen Weg zum sozialen Frieden zurückzulegen. Was nützt die klügste Selbsthilfeorganisation, was hilft das weiseste Staatsgesetz, wenn die Männer fehlen, die in voller Selbstlosigkeit und Opferwilligkeit an der Spitze der Organisationen stehen und die Gesetze durchführen." Vorbildlich müsse Adolf Kolping sein, in dessen Leichenrede der Prediger gefragt habe: „Was ist das Geheimnis der so segensreichen Wirksamkeit Kolpings? Dieser Mann hat so Großes auf sozialem Gebiete geschaffen, weil er durchdrungen war von der wärmsten Liebe zum Volke. Und woher diese Kraft der Liebe, die vor keiner Schwierigkeit zurückschreckte, die alles überwand, die alles ertrug? Die Antwort lautet: Er hat sie Tag für Tag geschöpft vom Herzen desjenigen, der selber sein Blut und Leben für das Volk hingegeben hat"[32].

Von diesen Prinzipien aus will auch alles das gewürdigt werden, was weiterhin der Katholikentag zugunsten des damals mit schweren Existenzsorgen ringenden Bauernstandes zum Beschluß erhoben hat. Es handelte sich darum, die das Gesamtwohl und

[32] Verhandlungen 1910 (Augsburg) 473 ff.

den inneren Frieden der Nation bedrohenden einseitig agrarischen Tendenzen, wie sie im Süden der bayerische Bauernbund, in Norddeutschland der Bund der Landwirte vertraten[33], vom katholischen Volksteil fernzuhalten und anderseits alle berechtigten Forderungen der Landwirtschaft nachdrücklich zu vertreten. In welchem Sinne dies geschah, lehrt eine Resolution der Kölner Generalversammlung (1894): „Die hohe Bedeutung des Standes der Grundbesitzer als Stütze christlichen Geistes, gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung einerseits und die äußerst bedrückte Lage der Landwirtschaft anderseits erfordern sowohl Maßregeln zur Erhaltung eines seßhaften Bauernstandes als auch eine geordnete Vertretung der Landwirtschaft behufs Wahrnehmung der Interessen der gesamten ackerbautreibenden Bevölkerung, insbesondere bezüglich der Grundverschuldung, des ländlichen Kreditwesens und eines der Stammessitte entsprechenden Erbrechtes. Daher ist die Schaffung einer wirklichen, gesetzlich geordneten berufsgenossenschaftlichen Organisation des landwirtschaftlichen Standes auf christlicher Grundlage nachdrücklichst anzustreben“[34].

Von den Einzelheiten zur Verwirklichung einer Agrarreform, die auf späteren Tagungen empfohlen worden sind, seien genannt Bildung christlicher Bauernvereine und landwirtschaftlicher Genossenschaften, besonders von ländlichen Kreditkassen, Verbreitung und Anwendung aller Fortschritte im landwirtschaftlichen Betriebe zur besseren Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Raiffeisensche Darlehnskassen, Hebung der landwirtschaftlichen Berufsbildung, Verstärkung des Zollschutzes. Um der vielbeklagten ‚Leutenot‘ zu steuern, empfahl die Generalversammlung von Neisse (1899) Gründung von ‚Vereinen für ländliche Arbeiter und Dienstboten auf christlicher Grundlage‘, deren Aufgabe sein sollte religiöse und sittliche Bildung, Veredelung der geselligen Erholung und wirtschaftliche Wohlfahrtspflege. Weiter gingen die Anträge, die Dr. Heim

[33] Vgl. Hütet Euch! Erörterungen über den Bund der Landwirte, Heiligenstadt 1903.
[34] Verhandlungen 1894 (Köln) 334.

1907 in Würzburg stellte, und die eine den Gewerkschaften ähnliche Organisation der ländlichen Arbeiter und Dienstboten erstrebten[35].

Zu den sozial schwer Notleidenden gehörten auch die katholischen Schiffer, deren Kinder gewöhnlich mit einem Minimum von Schulbildung und religiösem Unterricht aufwuchsen, deren erwachsene Söhne als Matrosen schweren sittlichen Gefahren ausgesetzt waren, und die einer Sonntagsruhe und sonntäglichen Erbauung fast niemals teilhaftig werden konnten. Dekan Bauer-Mannheim schilderte 1905 in Straßburg diese ganze Not der Rheinschiffer. In der Diskussion wurde auch die mangelnde Pastoration der auf der Elbe tätigen böhmischen Schiffer zur Sprache gebracht. Freudige Aufnahme fand es, daß vor kurzem im Rheinischen St.-Nikolaus-Schifferverband eine soziale Organisation für diesen Stand geschaffen worden war. Die Weser- und Elbeschiffer traten in einem eigenen ‚Verband katholischer Seemanns- und Schiffervereine' zusammen[36].

Als hochwichtiges soziales Problem betrachtete die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands die Frage der Wohnungsreform. Die Gründung und selbstlose Verwaltung gemeinnütziger Baugesellschaften und Baugenossenschaften wurde als Mittel empfohlen, für die unteren und mittleren Klassen des Volkes Wohnungen zu schaffen, die den Ansprüchen der Gesundheit und der Sittlichkeit genügten. Staat, Gemeinde und Industrie aber sollten tätige Mithilfe leisten. Auch erschien es wünschenswert, daß die katholische öffentliche Meinung sich mehr und mehr mit der so weittragenden Frage befasse, um auf eine Wohnungsgesetzgebung hinzuwirken. Auf den im Oktober 1904 zu Frankfurt a. M. veranstalteten Wohnungskongreß wurde das katholische Deutschland auf der Regensburger Tagung ausdrücklich aufmerksam gemacht[37].

---

[35] Verhandlungen 1896 (Dortmund) 303 f.; 1897 (Landshut) 241 f.; 1899 (Neisse) 299 f., 303 f.; 1902 (Mannheim) 457; 1904 (Regensburg) 395 ff.; 1907 (Würzburg) 393 ff.

[36] Verhandlungen 1905 (Straßburg) 345 ff.

[37] Verhandlungen 1894 (Köln) 273; 1904 (Regensburg) 420 ff.

Die Dringlichkeit eines entschiedenen Kampfes gegen den Mißbrauch alkoholischer Getränke wurde stehendes Thema der Verhandlungen des Katholikentages seit dem Jahre 1895, wo geistlicher Rat A. Hauser-Augsburg mit Dank das nachwies, was auf literarischem Wege, zumal durch den Volksverein, auf diesem Gebiete an Aufklärungsarbeit geleistet worden sei, die noch zu leistenden Aufgaben aber auch in ihrem ganzen Ernste darlegte [38]. Ein Jahr später brachten die Kapläne Enderich-Homburg und Neumann-Rellinghausen bereits ein ausgearbeitetes Programm zur Bekämpfung des Dämons Alkohol ein, besonders die Wiederbelebung kirchlicher Mäßigkeitsbruderschaften und die Gründung von katholischen Trinkerheilstätten fordernd. Das Entstehen von zwei derartigen Anstalten, des Kamillushauses zu Werden-Heidhausen und des St.-Josephs-Hauses in Waldernbach, konnte bald begrüßt werden. Eine wirkungsvolle Antialkoholrede hielt 1899 zu Neisse Rechtsanwalt Dr. Stephan-Beuthen [39].

Katholische Mäßigkeitsvereine hatte Joseph Neumann seit 1895 an einigen Orten ins Leben rufen können; er suchte sie aber (seit 1899) mehr und mehr, um ihre Stoßkraft zu vergrößern, zu Vereinen zu machen, die vollständige Abstinenz von geistigen Getränken übten. Nur Abstinenzler konnten Vollmitglieder des ‚Katholischen Kreuzbündnisses' werden, die sich auf Mäßigkeit Beschränkenden waren als Teilnehmer oder Gönner zugelassen. Schließlich verzichtete das Kreuzbündnis völlig auf die Mitarbeit aller nicht volle Enthaltung übenden und wurde zum ausschließlichen Verein abstinenter Katholiken [40], der im Jahre 1912 370 Ortsgruppen mit 40 000 Mitgliedern zählte nebst 75 000 ababstinenten Schülern, Mitgliedern des ‚Schutzengelbundes'. Es war für die Abstinenzbewegung ein bedeutender Gewinn, daß sich auch seine Ziele verfolgende Standesvereine bildeten, so der Priesterabstinentenbund (1901), der Verband katholischer aka-

---

[38] Verhandlungen 1895 (München) 302 f.

[39] Verhandlungen 1899 (Neisse) 271 ff.

[40] B. Schmüderich, Die katholische Abstinenzbewegung, Hamm 1913, 15 ff.

demischer Abstinentenvereine (1907), der Annabund abstinenter Lehrerinnen u. a.

Der in den Anforderungen an seine Mitglieder mildere Katholische Mäßigkeitsbund, gegründet 1906, hatte um die gleiche Zeit etwa 14 000 erwachsene und 90 000 jugendliche Mitglieder (‚Johannesbund‘ und ‚Schutzengelbund‘). Sein Direktor, J. Haw-Trier, legte 1910 auf dem Augsburger Katholikentag sein Verhältnis zum Abstinentenbunde mit wohlabgewogenen Worten dar: „Wir stehen auf dem Standpunkte, daß beide Organisationen gleichberechtigt sind, und wir würden es im höchsten Grade bedauern, wenn man von radikaler Seite aus die Mäßigkeitsorganisation bekämpfen wollte. Alle Übertreibungen können da nur schaden. Hüten wir uns vor allem davor! Beide Richtungen müssen sich eben gegenseitig ergänzen. Wir haben Grund genug, dafür zu sorgen, daß wir auf dem Gebiete recht einig vorgehen, ein Herz und eine Seele sind. Denn wir haben genug zu tun, um den großen gemeinsamen Feind, den Alkohol, zu bekämpfen“ [41].

Sanatorien für katholische Alkoholkranke gab es am Schluß unserer Periode je sieben für Männer und für Frauen.

Für das Wanderarmen- und Arbeiterkolonienwesen ein den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechendes Interesse zu erwecken, wollte leider nicht gelingen, hier behielt die protestantische Innere Mission einen bedeutenden Vorsprung vor den Katholiken. Ähnlich, aber nicht ganz so ungünstig, waren die Verhältnisse bezüglich katholischer Fürsorge für entlassene Strafgefangene. Der Düsseldorfer Katholikentag (1908) nahm Stellung gegen die Theorien moderner Strafrechtslehrer, welche, die Willensfreiheit leugnend, die Verbrecher lediglich als anormale, kranke Menschen behandelt wissen wollten, und verlangte, daß die erziehende und bessernde Tätigkeit der Gefängnisse sich mehr und mehr der religiösen Mittel bedienen möge; zum Zweck stärkerer religiöser Einwirkung auf die Strafgefangenen sei bei Auswahl der Beamten eine genügende Anzahl von Katho-

[41] Verhandlungen 1910 (Augsburg) 381.

liken heranzuziehen. Eine Zunahme der Fürsorgetätigkeit für entlassene Strafgefangene seitens der katholischen Kreise, zumal der gebildeten Frauenwelt, konnte bei dem Anlaß dankbar festgestellt werden [42].

Als unermeßlich segensreich erwies es sich, daß durch Ludwig Windthorsts sozialpolitischen Weitblick zu Beginn der neunziger Jahre als katholisch-sozialer Zentralverein der Volksverein für das katholische Deutschland ins Leben getreten war, der treffend bezeichnet wurde als „Verein der Vereine, gleich dem blauen Himmel, der sich über alle wölbt, der mit seinem Sonnenschein alle erwärmt und alle erleuchtet“ [43]. Ihm kam es zu, als gewaltige Kraft des Ständeausgleiches zu wirken. Die einzelnen Standesvereine hätten leicht zu einseitiger Interessenvertretung führen können; dem war, wie A. Gröber 1895 in München betonte, durch die Existenz eines das ganze katholische Volk umfassenden Vereines vorgebeugt. Die Periode, so führte, zum Zweck des Vereines sich wendend, der Redner weiter aus, wo eine kirchenfeindliche Staatsgewalt die Katholiken verfolgt habe, sei vorüber; es sei eine neue Phase gekommen, eine neue antireligiöse Macht aufgetreten, die Sozialdemokratie. „Und in diesem neuen Kampfe stehen sich nicht einzelne Staatsmänner, sondern die großen Massen des Volkes gegenüber. Und für diesen Massenkampf gab uns Windthorst die Massenorganisation.“ Der Volksverein ist kein politischer, sondern ein sozialer und religiöser Verein, der politische Fragen nur so weit in den Kreis seiner Tätigkeit ziehe, als sie nach der sozialen und religiösen Seite hin bedeutsam seien. Durch seine Abwehr der schweren die Volksseele umdrohenden Gefahren verdiente es der Verein, zu den wichtigsten im wahrhaft nationalen Sinne tätigen Organisationen gerechnet zu werden. Er wurde auch durch seine Arbeit im Dienst staatsbürgerlicher und sozialpolitischer Erziehung weiter Kreise des Stadt- und Landvolkes ein bedeutungsreicher Faktor innerdeutscher Einigung und Verständigung. Ein Süddeutscher hat das im ersten Jahre des Weltkrieges anerkannt

---

[42] Verhandlungen 1908 (Düsseldorf) 430 ff.
[43] Verhandlungen 1895 (München) 479.

mit den Worten: „Unzweifelhaft das beste und größte Verständnis für den Reichsgedanken wird dem katholischen Volke durch den Volksverein für das katholische Deutschland gesichert. Der Volksverein lehrt in allererster Linie volkswirtschaftlich, weltwirtschaftlich, damit großzügig und gesamtstaatlich denken, nicht partikularistisch oder standeseinseitig. Und diese Art der Arbeit fördert wohl in einzigartiger Weise auch den Reichsgedanken. Das große Ganze steht im Zielpunkte, nicht das Einzelstaatliche oder Einzelberufliche" [44].

Dem katholischen Volke seinen Anteil an den großen Bildungs- und Kulturgütern der Zeit zu sichern, den Einfluß der Katholiken auf die kulturelle und geistige Entwicklung zu stärken, war eine fernere Hauptsorge des Volksvereins. „Zweck aller unserer sozialen Betätigung", so sagte einer der Direktoren des Volksvereins, Dr. Heinrich Brauns, 1913 zu Metz, „war und ist der Mensch. Ihm die Harmonie des Daseins zu geben für seine Person, für seine Familie, für sein Leben in der Gesellschaft, das ist die höchste Stufe unserer sozialen Reformarbeit." Im Programm des Volksvereins seien soziale und religiös-apologetische Arbeit innerlich und harmonisch miteinander verbunden. „Man lese und studiere seine Schriften, vom Flugblatt bis zur Vereinsschrift bis hinauf zu den Werken für die Gebildeten und Führer unseres Volkes: überall durchweht sie der Glaube an die Harmonie zwischen Natur und Übernatur, zwischen Gottesglaube und Liebe und Menschheitsideal, zwischen religiösem Leben und sozialer Tat" [45].

Der Vorstand des Volksvereins, an seiner Spitze Franz Brandts unvergeßlichen Andenkens, sein in M.-Gladbach beheimatetes Direktorium mit seinen arbeitsfreudigen rednerischen und literarischen Hilfskräften, ferner ein über ganz Deutschland verbreitetes System von Vertrauensmännern haben in vorbildlichem Idealismus ihre Kräfte daran gesetzt, dieses Programm zu verwirklichen. Als Bindeglied mit den Einzelmitgliedern diente

---

[44] Vgl. J. Joos, Der Volksverein für das katholische Deutschland, M.-Gladbach 1914, 26.

[45] Verhandlungen 1913 (Metz) 501.

die Zeitschrift „Der Volksverein", achtmal im Jahre erscheinend; viele Millionen Flugblätter sozialpolitischen, apologetischen und gemeinnützigen Charakters, je eine für die katholische Presse bestimmte sozialpolitische und apologetische Korrespondenz, entsprechende Serien von Volksbroschüren und wissenschaftlichen Abhandlungen waren weitere vielbegehrte Erzeugnisse der Druckerei des Volksvereins. Soziale und apologetische Hilfskräfte, darunter viele Hunderte von Arbeitersekretären, bildete es in seinen praktisch-sozialen Kursen aus. Die größte Bedeutung aber maß er den alljährlich zu Tausenden allerorts veranstalteten Versammlungen bei, dem lebendigen, an das Herz des Volkes sich wendenden Worte. „Wer den Volksvereinsgeist begreifen will," so rief Direktor Dr. W. Hohn auf dem Aachener Katholikentage (1912) aus, „der wisse, daß nicht die staatswissenschaftlich und volkswirtschaftlich gelehrte Untersuchung, nicht die unendliche Paragraphenreihe der Gesetzgebungsmaschine, nicht der dickleibige Foliant voll Dogmatik, Apologetik und Kirchengeschichte Speisen für das Volk sind. Trotz all der Wissenschaft und der Gesetze ginge am Ende die christliche Gesellschaftsordnung doch in Trümmer. Volk lebt vom Volke. Geh zu ihm hin! Schaffe, arbeite unter ihm, mit ihm, und das Volk arbeitet mit dir. Hilf, daß es sich selber helfe! Mache Hunderte und Tausende zu Führern unter ihresgleichen! Lehre sie, indem du sie lehrst, selber zu lernen und andere zu lehren, und du hast den Weg gefunden, die Religion zu vertiefen, die Sitten zu bessern, die Vergnügen vernünftiger zu machen, politisch zu denken, sozial zu arbeiten, wirtschaftlich sich zu organisieren, in Wohlstand und Wohlfahrt weiter zu kommen" [46].

Die an der Seite des Katholikentags veranstaltete Generalversammlung des Volksvereins war alljährlich eine ausnehmend günstige Gelegenheit zu fruchtbarer Propaganda. Als für ihn Dr. Lieber 1901 in Osnabrück die ganze Macht seiner Beredsamkeit einsetzte, war das für seine Verbreitung eine ge-

[46] Verhandlungen 1912 (Aachen) 509.

radezu entscheidende Tat. Denn ein Jahr später konnte Generaldirektor Dr. A. Pieper in Mannheim mitteilen, daß in unmittelbarer Folge 25 000 neue Mitglieder gewonnen worden seien, sodaß der Gesamtbestand sich nunmehr auf 210 000 Mitglieder belaufe. Von nun an ging es rapide aufwärts, 1913 in Metz wurde als Mitgliederzahl die gewaltige Zahl 776 090 angegeben [47].

Die in dem Verband ‚Arbeiterwohl‘ zusammengeschlossenen katholischen Arbeitgeber fuhren in unserer Periode eifrigst fort in ihrer Tätigkeit, die darauf gerichtet war, Unterrichts- und Wohlfahrtseinrichtungen aller Art für die Industriearbeiter zu schaffen. Der 1896 auf dem Katholikentag von Dortmund zum Ausdruck gelangte Wunsch, daß immer mehr katholische Industrielle im Interesse der Förderung und Erweiterung der Sozialreform im Geist der Gerechtigkeit und Liebe dem Verbande beitreten möchten, blieb nicht unerfüllt [48]. ‚Arbeiterwohl‘ konnte im Jahre 1905 seine Basis verbreitern als ‚Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege‘. Hätte der Verband auch nicht in Franz Brandts den gleichen Vorsitzenden gehabt wie der Volksverein, so wäre gleichwohl das innige Zusammengehen und Zusammenarbeiten beider Organisationen, das dem Ausbau der Arbeiterstandesvereinigungen so sehr zum Vorteil sein sollte, sicherlich zustande gekommen.

Noch enger war das Verhältnis des Volksvereins zu dem von Dr. Karl Sonnenschein organisierten und geleiteten ‚Sekretariat sozialer Studentenarbeit‘. Dessen Aufgabe sollte es sein, den Nachwuchs der akademischen Berufe mit sozialem Interesse zu erfüllen. In diesen Kreisen stehe man, so führte Dr. A. Pieper 1907 in Würzburg aus, dem Leben des Volkes zu ferne, „man hat kein Auge dafür, wo es fehlt, man weiß sich darum nicht zu helfen, wenn man herangezogen werden soll zu sozialer Arbeit, der sich die Mitglieder der einzelnen Erwerbsstände schon in weitem Maß gewidmet haben. Man geht wohl nicht fehl, wenn man dieses mangelnde soziale Verständnis und Interesse

---

[47] Verhandlungen 1901 (Osnabrück) 423 ff.; 1902 (Mannheim) 541 ff.; 1913 (Metz) 495 ff.

[48] Verhandlungen 1896 (Dortmund) 279 f.

zurückführt auf einen Mangel in der akademischen Vorbildung oder wenigstens auf den Mangel an Möglichkeiten, während der akademischen Studien sich wenigstens allgemeine Kenntnisse, eine gewisse Einführung in die praktische soziale Arbeit und vor allem soziales Interesse zu erwerben." Die neutralen sozialwissenschaftlichen Vereinigungen hätten an einzelnen Universitäten diesen Mängeln abzuhelfen gesucht, desgleichen an theologischen Lehranstalten die akademischen Piusvereine. Nun sei man auch an die katholischen Laienstudenten herangetreten, zum Teil im Anschluß an die Marianischen Studentenkongregationen. So seien 25 Studienzirkel eingerichtet worden. Hier werde der soziale Gedanke gepflegt in Verbindung mit der Ideenwelt der Religion, der Nächstenliebe und der Solidarität. Eine Empfehlung des Sekretariates sozialer Studentenarbeit sprach der Würzburger Katholikentag bereitwilligst aus; anläßlich der späteren Tagungen veranstaltete das Sekretariat gut besuchte Nebenversammlungen, auf denen über seine einzelnen Tätigkeitszweige, Studienzirkel, Ferienvereinigungen, heimatliche Arbeiterkurse, soziale Studienfahrten, ‚Residenzarbeiten' u. a. berichtet wurde [49].

Zum Zwecke, „die auf den verschiedenen Gebieten sich bewegende Vereinstätigkeit der katholischen deutschen Frauen zu einem planmäßigen Zusammenwirken zu verbinden, die Frauen über die gegenwärtig das Frauengeschlecht bewegenden Fragen aufzuklären und sie anzuregen, durch caritative und soziale Tätigkeit an einer Lösung derselben im Sinne der katholischen Weltanschauung zu arbeiten", trat im Jahre 1905 der Katholische Frauenbund ins Dasein. Noch im gleichen Jahre nahm der Katholikentag zu der neuen Organisation Stellung; ihm war der Zusammenschluß der auf religiösem, caritativem und sozialem Gebiet tätigen Frauenvereinigungen um so willkommener, als es dabei „sich nicht so sehr um einen neuen Verein, als vielmehr um eine Organisation handelte, in der jeder einzelne Verein seine vollständige Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit be-

---

[49] Vgl. K. Sonnenschein, Die sozialstudentische Bewegung², M.-Gladbach 1910; Verhandlungen 1907 (Würzburg) 401 ff.

wahrt". Auch war man erfreut, daß im Gegensatz zur ,modernen' Frauenbewegung die der katholischen Frauen einen durchaus maßvollen Charakter besaß [50]. Einzelaufgaben, die sich der Bund stellte, wurden in der vierten geschlossenen Versammlung der Würzburger Tagung namhaft gemacht: Hebung der höheren Jugendbildung, Armen- und Waisenpflege, Tätigkeit im Vormundschaftswesen und in Rechtsschutzstellen, in Fürsorgevereinen für Ladnerinnen, Arbeiterinnen, Dienstmädchen. Bei dem Anlaß empfahl Dr. Heim den katholischen Damen zumal eine allen Forderungen des Sittengesetzes entsprechende Behandlung der Dienstboten und gab zugleich seinen ,extremen' Standpunkt in Sachen der Frauenfrage zu erkennen: „Seitdem die Frau im Erwerbsleben eine selbständige Rolle spielt, ist ihr Verhältnis zur ganzen menschlichen Gesellschaft total verändert. Seitdem es Frauen gibt, die ihre Männer ernähren, hat sich die soziale, gesellschaftliche und staatsrechtliche Stellung der Frau geändert, und wir müssen zur Sache anders Stellung nehmen wie früher. Sie wissen, ich bin deswegen für das Frauenstimmrecht eingetreten und wurde deshalb vielfach angegriffen — im eigenen Lager. Das macht nichts. Man muß abwarten. Es wird oft etwas verlacht, später wird es doch gemacht" [51].

Wenn im Jahre 1913 der Katholische Frauenbund, geleitet von Hedwig Dransfeld, 140 Zweigvereine mit 60 000 Mitgliedern, 43 Jugendabteilungen und 402 angeschlossene Vereine sowie an seiner Zentrale Köln einen eigenen Arbeits- und Studienkursus für Vorsitzende und Vorstandsmitglieder der Zweigvereine besaß, so war dieser schöne Erfolg zu nicht geringem Teil den alljährlichen warmen Empfehlungen und der Werbetätigkeit seitens des Katholikentages zuzuschreiben.

Am Ende dessen angelangt, was die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands letzthin an sozial-organisatorischer Arbeit geleistet haben, können wir unsern Bericht nicht ohne einen Ausdruck dankbarer Bewunderung schließen. Auch in der hier behandelten Periode wurde Josephs von Görres Wort

[50] Verhandlungen 1905 (Straßburg) 566; 1906 (Essen) 516.
[51] Verhandlungen 1907 (Würzburg) 410 ff.

zur Wahrheit: „In den großen Weltbedrängnissen aller Jahrhunderte traten aus der Kirche Helferordnungen hervor, welche, die Quellen der Barmherzigkeit in perennierende Brunnen fassend, der durch die Wüsten der Not getriebenen Menschheit den Trunk Wasser reichten, welchem der Herr seinen Lohn verheißen hat.“ Um so lobenswerter erscheinen die geschilderten katholisch-sozialen Bestrebungen, als sie so wenig erfolgverheißend sich anließen, und es seit vielen Jahren beständiger Niederkämpfung eines lähmenden Pessimismus bedurfte; eines der Hauptziele, die Abwehr der sozialdemokratischen Gefahr, mußte je länger je mehr als unerreichbar scheinen, wenn auch katholisch Getaufte, freilich zu sehr viel geringerem Prozentsatz, dem roten Lager zuwanderten als Protestanten[52]. Durch den Hinweis der Pessimisten auf das Erstarken der Sozialdemokratie ließen sich die Katholiken nicht entmutigen. K. Trimborn warf 1911 in Mainz die treffend formulierte Frage auf: „Welche Angriffsflächen würde die heutige Gesellschaftsordnung erst bieten, wenn in den letzten Jahrzehnten keine soziale Reformarbeit geleistet worden wäre? Und wie wäre erst die Sozialdemokratie mächtig, wenn ihr nicht eine christlich-nationale Arbeiterbewegung entgegengetreten wäre, die ihre Daseinsberechtigung nur in Sozialreform und Sozialpolitik finden konnte!“ Und noch 1913 in Metz rief Dr. H. Brauns mancherlei Entmutigten und Enttäuschten das Wort zu: „Wir müssen den Kampf aufnehmen mit dem sozialen Pessimismus. Sozialer Optimismus muß an seine Stelle!“ Einen Stillstand der Sozialreform könne es nicht geben, der beständige Wandel der Lebensbedingungen der Völker, der Staaten und Erwerbsstände, Umwälzungen der Technik, innerpolitische Verschiebungen, ein neues Verhältnis der Staaten zueinander: all diese Erscheinungen erzeugten fortwährend neue soziale Fragen, die anwachsen könnten zu Existenzfragen für Staat und Gesellschaft[53].

---

[52] Vgl. Th. Wacker, Die Entwicklung der Sozialdemokratie in den 10 ersten Reichstagswahlen, Freiburg 1903; H. Rost, Die Kulturkraft des Katholizismus, Paderborn 1916, 196 ff.

[53] Verhandlungen 1911 (Mainz) 279; 1913 (Metz) 498.

Einunddreißigstes Kapitel.

Des Katholikentages ferneres Bemühen zugunsten der Wissenschaft, der christlichen Volksschule und Volksbildung, der Presse und Kunst (1888–1913).

Die Katholiken Deutschlands zur pflichtgemäßen Beteiligung an der wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeit der Nation aufzumuntern und zu begeistern, war den Generalversammlungen in den auf den ‚Kulturfrieden' folgenden Jahren eine wahre und eigentliche Herzenssache. Man erinnert sich an die gedankenreiche Rede, die H. Schrörs, der Bonner Theologe, auf der Kölner Tagung (1894) hielt: „Unsere Zeit ist eine Epoche des Überganges und der Umbildung auf allen Gebieten, von einer Bedeutung und tiefgreifenden Wirkung, wie die Geschichte ihrer wenige kennt. Von dem Alten versinkt ein Stück nach dem andern in das Meer der Vergangenheit, und in der Tiefe gärt es und will sich das Neue gewaltsam emporringen. Es gehört kein Seherauge dazu, um zu erkennen, daß das kommende Jahrhundert, das sich bereits anschickt, seine Tore zu öffnen, und uns einen ahnenden Blick in die Zukunft gestattet, eine wesentlich neue Gesellschaft sehen wird. Zugleich aber mit den äußeren Erscheinungsformen sind die Ideen, die in ihnen leben, zugleich mit der materiellen Kultur ist auch die geistige Kultur in einer gewaltigen Umwälzung begriffen. Die moderne Wissenschaft schlägt ganz andere Bahnen, neue Bahnen ein. So sehr wir auch die Verirrungen — und es sind ihrer wahrhaftig viele und große — derselben beklagen, so sehr wir auch den antichristlichen Geist, von dem sie beseelt ist, verdammen, so müssen wir doch anerkennen, daß sie wirklich großartige Errungenschaften aufzuweisen hat. Es würde töricht sein, wenn wir von katholischer, von kirchlicher Seite uns diesen verschließen wollten. Die Wissenschaft ist eine wahre Großmacht in der Gegenwart geworden, ihr Einfluß auf das gesamte Kulturleben der Menschheit ist zwar ein langsamer und ein verborgener, aber er ist ein ungeheurer. Durch tausend Kanäle sickern die neuen Anschauungen und Lehren hindurch bis in die untersten

Schichten des Volkes." An äußeren Mitteln, in den modernen Geisteskampf einzugreifen, fehle es den Katholiken Deutschlands keineswegs, sie hätten nur die ihnen an den Hochschulen verbliebenen Positionen zu wahren, ihre bereits reich entwickelte wissenschaftliche Literatur zu pflegen, zumal aber die große freie Organisation der katholischen Gelehrten, die Görresgesellschaft, werktätig zu unterstützen [1].

Daß glaubenstreue Katholiken derartige Mahnrufe beherzigt und sich in Jahr für Jahr steigender Zahl der wissenschaftlichen Tätigkeit zugewandt haben, sollte sich mit aller Deutlichkeit beim Anlaß des Fünften internationalen Kongresses katholischer Gelehrten zeigen, der in den Tagen vom 24.—28. September 1900 über 2000 wissenschaftlich tätige oder doch interessierte Männer aus Deutschland, 297 aus Frankreich, 290 aus Spanien, 181 aus Belgien, 160 aus Italien, 68 aus England — um nur die größeren Zahlen zu nennen — im gastlichen München zusammenführte und es verdiente, eine glänzende Apologie der katholischen Wissenschaft genannt zu werden, eine Apologie nicht allein des Wortes, sondern der Tat. Wie zahlenmäßig, so behaupteten auch sachlich die deutschen Forscher in den Spezialsektionen — Religionswissenschaft, Philosophie, Rechts- und Sozialwissenschaft, Geschichte, Kultur- und Kunstgeschichte, orientalische Sprachen, klassische Philologie, Naturwissenschaften — sowohl in den vorgelegten Arbeiten wie in den mündlichen Vorträgen einen ehrenvollen Rang, und die Akten dieses Kongresses [2] sind ein Dokument von entscheidender Wichtigkeit für die Geistesgeschichte des katholischen Deutschland um die Jahrhundertwende. Zerstört war das Vorurteil, als ob nur religiöser Unglaube oder allenfalls noch der Standpunkt des ‚freiesten' Protestantismus zu echt wissenschaftlicher Forschung befähige.

Es war für die Katholiken nicht bedeutungslos, daß ihr neben den theologischen Fakultäten wichtigster Besitzstand an den Universitäten, die sog. ‚konfessionellen Professuren', unter

---

[1] Verhandlungen 1894 (Köln) 150 ff.
[2] Erschienen München 1900.

der Wirkung des Kulturfriedens eine Festigung und selbst eine gewisse Erweiterung erfuhr. Diese Professuren reichten übrigens zum Teil bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zurück und trugen der auch in den Augen einsichtiger Protestanten selbstverständlichen Tatsache Rechnung, daß weite Gebiete der Geisteswissenschaften, je nach dem Standpunkt des Beschauers, ein verschiedenes Aussehen zeigen, und daß es keineswegs einerlei ist, ob Philosophie, Geschichte oder Kirchenrecht von katholischem, protestantischem oder jüdischem Gesichtspunkt aus vorgetragen werden. Gerade wegen der Selbstverständlichkeit dieser Tatsache war es für die Katholiken eine peinliche Überraschung, daß ein Mann von der Bedeutung Theodor Mommsens die Berufung Dr. M. Spahns auf den konfessionellen Lehrstuhl für Geschichte an der Universität Straßburg (1901) als einen ‚Axtschlag‘ wider den Baum der ‚voraussetzungslosen‘ Wissenschaft bezeichnen und die widerliche ‚Voraussetzungslosenaktion‘ deutscher Universitätsprofessoren einleiten konnte [3].

Auf dem Mannheimer Katholikentag (1902) hielt der Professor an der theologischen Fakultät zu Freiburg i. Br. Karl Braig Abrechnung mit dem Schlagwort: Der gläubige Anhänger des positiven christlichen Bekenntnisses, zumal der gläubige Katholik, könne die Wissenschaft nicht fördern; denn, gebunden an sein Glaubensbekenntnis, sei er nicht voraussetzungslos, sei er nicht frei, und doch müsse die rechte Wissenschaftlichkeit bekenntnislos sein, sie müsse leben und atmen in schrankenloser Freiheit.. Mit Stolz und Freude wiederholte Prof. Braig, zunächst sich zur Geschichtsforschung wendend, das Wort Ciceros, das Papst Leo XIII. zu dem seinigen gemacht hat: „Das erste Gesetz der Geschichtschreibung ist dies, daß sie nichts Falsches zu sagen, nichts Wahres zu verschweigen sich unterfängt, daß sie in der Darstellung weder von Gunst noch von Mißgunst sich leiten läßt.“ Das sei der Grundsatz reiner Sachlichkeit, strengster,

---

[3] Näheres s. bei W. Lossen, Meminisse juvat. Ein Rückblick auf den Fall Spahn, Köln 1902.

ernstester, heiliger Objektivität, den der Papst vertrete. Ebenso frei wie der Historiker sei der katholische Naturforscher. Diejenigen, die das Naturerkennen nach falsch verstandenen Bibeltexten hätten meistern wollen und die großen Bahnbrecher der Astronomie, einen Kopernikus und Galilei und Kepler befehdet hätten, irrende Menschen, hätten keinen Anspruch besessen, im Namen der katholischen Kirche zu sprechen, wie der Kopernikus und Kepler schlimmste Feinde Protestanten gewesen seien. Mit der Verurteilung des Galilei habe der katholische Glaube als solcher nichts zu schaffen. „Der katholische Glaube redet von dem Herrn des Weltalls, von seinem Wesen, seinen Ratschlüssen und davon, wie der Mensch, das Gottesbild und Gotteskind, zu seinem Ausgangspunkt zurückkehren soll. Die Welt selbst aber, den ganzen ungeheuren Weltmechanismus mit allen seinen Teilen überläßt der katholische Glaube dem Nachdenken des Astronomen, des Naturforschers ungehindert, frei, voraussetzungslos.“ Fern liege es der Kirche, wenn sie so dringend das Studium der Scholastik empfehle, den katholischen Philosophen auf das Schullatein toter Jahrhunderte festlegen zu wollen. Nein, ihre Mahnung laute: „Studiere Philosophie, wie Thomas von Aquin getan, und er hat studiert wie Augustinus, wie Aristoteles, wie Plato. Das ist: Studiere mit dem Ernste, den keine Mühe bleichet, mit dem Eifer, den keine Schwierigkeit schreckt, mit der Denkstrenge, die auf jeden Wahn hinweist, jeden Widerspruch aufweist, jeden Widersinn abweist. So allein — das ist eine Voraussetzung des katholischen Philosophen — so allein, nur durch gewissenhafte Logik, nimmermehr durch wortreiche Phantastik, wird die Philosophie den Fortschritt der menschlichen Erkenntnis zu dirigieren vermögen“ [4].

In die Fußtapfen vieler ihrer akademischen Lehrer trat die liberale Studentenschaft, als sie unter sehr tätiger Anteilnahme des Grafen P. v. Hoensbroech und mit dem Aufgebot roher brutaler Tathandlungen und massiver, zumal ‚antiultramontaner‘ Schlagworte, im Jahre 1904 vielerorts damit begann, von

---

[4] Verhandlungen 1902 (Mannheim) 294 ff.

den akademischen Behörden zu verlangen, daß die konfessionellen Studentenkorporationen suspendiert und die Neubildung solcher untersagt werde, angeblich im Interesse der akademischen Freiheit und der Toleranz. Der Kampf gegen die katholischen Verbindungen sollte ‚eine nationale Pflicht‘, der ungeheuerliche im Namen der Freiheit betriebene Terrorismus ‚ein Aufschrei des deutschen Gewissens‘ sein. Allen Injurien gegenüber haben sich die katholischen Korporationen in jenen stürmischen Monaten ebenso charakterfest wie taktvoll benommen, wie von den verschiedensten Lagern anerkannt worden ist[5].

Ein ermutigendes Wort rief bereits als Präsident des 51. Katholikentages Dr. Felix Porsch den unter der neuesten ‚Katholikenhetze‘ unsagbar leidenden Korporationen zu, deren Gegner und ihre Kampfweise durch drastische Einzelheiten beleuchtend. Ein Jahr später, in Straßburg, kam es zur Annahme einer inhaltreichen Resolution: „Die 52. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands hält es, im Bewußtsein, daß es das gute Recht der katholischen Studierenden ist, sich in Korporationen zusammenzuschließen, für eine ihr besonders am Herzen liegende Pflicht, den katholischen Studentenkorporationen zu ihren Prinzipien wie zu ihrer ebenso gesinnungstreuen wie ruhigen Haltung ihre Zustimmung auszusprechen. Sie ist mit ihnen auf Grund sechzigjähriger Erfahrungen überzeugt, daß das auch von ihr hochgeschätzte Wesen aller deutschen studentischen Korporationen, die Pflege idealer Bestrebungen im Rahmen studentischer Geselligkeit, durch die Wahl der Religion zum ersten Prinzip keinen Schaden erleidet, sondern beides sich vortrefflich miteinander verträgt. Mit ihnen ist sie der Meinung, daß sich die Mitglieder der katholischen Studentenkorporationen keineswegs vom Verkehr mit der übrigen Studentenschaft oder gegen ihre Lehrerschaft abschließen sollen oder wollen! Sie vertraut darauf, daß die Korporationen, wie sie es bisher gehalten haben, durch nichts sich in eine öffentliche Agitation und in den politischen Kampf werden hineinreißen

---

[5] Vgl. H. Cardauns, Fünfzig Jahre Kartellverband, 232 ff.

lassen. Mögen sie fortfahren, in der Hingabe an die idealen und vaterländischen Bestrebungen des deutschen Studententums mit ihren Kommilitonen zu wetteifern!“ [6]

Was Fürst Alois von Löwenstein bei der gleichen Versammlung prophezeit hatte: die jüngste Phase des ‚Kulturkampfes‘ werde zur segensreichen Folge haben, die Katholiken aufzurütteln und den Vereinigungen der katholischen Studierenden neues Leben und neue Kraft einzuflößen, traf buchstäblich ein. Das Wachstum der Korporationen veranschaulicht die Tatsache, daß im letzten Friedensjahre die farbentragenden katholischen Verbindungen (C. V.) an der Spitze überhaupt aller deutschen Studentenverbände standen. Sie zählten eine Aktivitas von 4171 Mitgliedern, die nichtfarbentragenden katholischen Vereine (K. V.) eine solche von 2003, die wissenschaftlichen katholischen Vereine Unitas hatten 655 Mitglieder, dazu kamen noch einige kleinere Kartellverbände, ferner die nur Theologen zählenden akademischen Piusvereine, innerhalb des Freistudententums die ‚Freie Vereinigung katholischer Studenten‘ und schließlich 11 Vereine katholischer Studentinnen [7].

In die Stimmung der Katholikentage brachten die Studentenkorporationen, mit ihren Fahnen und Chargierten zum festlichen Gottesdienst auffahrend, bei ihren Kommersen viele Hunderte Alter Herrn und Gäste begrüßend, eine unentbehrlich erscheinende Note. Katholische Begeisterung, katholischer Bekennermut wurde in den studentischen Teilnehmern der Generalversammlung geweckt, und der älteren Generation war die Jugend eine tröstliche Zukunftshoffnung und ein Stolz.

Eine soziale Tat zugunsten notleidender katholischer Besucher der Hochschulen war es, daß die Generalversammlung angelegentlichst den 1898 zu Trier gegründeten Albertus-Magnus-Verein förderte, der ausschließlich den Studierenden der weltlichen Fakultäten Unterstützungen gewähren wollte.

[6] Verhandlungen 1904 (Regensburg) 544 ff.; 1905 (Straßburg) 320 ff.

[7] Kirchliches Jahrbuch V (1914) 241.

Zur Hilfeleistung für studierende Frauen entstand ein eigener Hildegardisverein [8].

Die Görresgesellschaft bewährte sich unter der hingebenden Leitung des Freiherrn, späteren Grafen v. Hertling als wichtigsten Vereinigungspunkt der katholischen Gelehrten Deutschlands. Mit ihrem Jahresetat von 70 000 Mark konnte sie die gewaltige Serie ihrer für weitere Kreise berechneten Vereinsgaben fortsetzen, ihren periodischen Organen, dem Historischen und dem Philosophischen Jahrbuch, den Oriens christianus an die Seite stellen, das ‚Staatslexikon' in vierter Auflage vorlegen, die großen Serien ‚Studien und Darstellungen aus dem Gebiete der Geschichte', ‚Studien zur Geschichte und Kultur des Altertums', ‚Publikationen der Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft', ‚Vatikanische Quellen' veröffentlichen, neben dem Historischen Institut in Rom, das sich durch die Herausgabe der Akten des Trienter Konzils und die Hierarchia catholica medii aevi größtes Ansehen erwarb, noch ein Forschungsinstitut zu Jerusalem ins Leben rufen und Stipendien an Privatdozenten gewähren [9].

Es bedarf nur eines Blickes auf die Serie der hochwissenschaftlichen Zeitschrift ‚Stimmen aus Maria-Laach' und die übrige neuere wissenschaftliche Tätigkeit der deutschen Jesuitenpatres, der A. Baumgartner, St. Beissel, O. Braunsberger, V. Cathrein, B. Duhr, F. v. Hummelauer, F. Kugler, A. Lehmkuhl, Chr., H. und T. Pesch, O. Pfülf, G. Schneemann, E. Wasmann und vieler anderer, um zu verstehen, daß sich die 40. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands (Würzburg, 1893) gedrungen fühlte, „den durch ein beklagenswertes Gesetz an der freien Ausübung ihrer Ordenstätigkeit behinderten, aus dem deutschen Vaterlande ferngehaltenen Mitgliedern der deutschen Ordensprovinz der Gesellschaft Jesu ihren tiefgefühlten Dank für die fortgesetzte ruhmvolle und segensreiche Förderung der christlichen Wissenschaft auf allen Gebieten des Wissens und literarischen Schaffens auszusprechen, in der Hoff-

[8] Verhandlungen 1898 (Krefeld) 272 f.; 1907 (Würzburg) 330 ff.
[9] Verhandlungen 1912 (Aachen) 272 f.

nung, daß das deutsche Vaterland bald wieder eine offene Heimstätte für ihr gesamtes apostolisches Wirken werde“ [10].

Die Resultate der von katholischen Forschern geistlichen und weltlichen Standes verrichteten apologetischen Arbeit den weiteren Kreisen der Gebildeten zugänglich zu machen, wurde 1913 ein Verband der Vereinigungen akademisch gebildeter Katholiken zur Pflege der katholischen Weltanschauung geschaffen, dessen lokale Einigungen zum Teil schon nach vielen Hunderten zählten. „Sie arbeiten“, so berichtete von ihnen Oberlandesgerichtsrat Marx in Metz, „überaus eifrig und tatkräftig, und vielfach ist man geradezu verwundert gewesen, auf einmal so viele Akademiker zu sehen, von denen man bisher überhaupt nichts gewußt und von denen man nicht vermutet hat, daß sie auf dem Boden der katholischen Weltanschauung standen und stehen... Es wird sehr erwünscht sein, wenn allüberall, wo irgendwie die Möglichkeit dafür da ist, solche Vereinigungen gebildet werden, die durch Abhaltung von Vorträgen, durch das Studium der Akademischen Bonifatiuskorrespondenz, die jetzt als Vereins- und Verbandsorgan gewählt ist, durch Zeitschriften, durch Diskussionen, besonders geeignet sind, in hervorragender Weise die apologetische Kenntnis der Akademiker zu vertiefen“ [11].

Größte Heiterkeit weckte es auf der Generalversammlung von Dortmund (1896), als Dr. Schädler eine verspätete Kulturkampfblüte zerpflückte, mit der kurz zuvor die nationalliberale ‚Badische Landeszeitung‘ ihre Spalten geschmückt hatte. Es handelte sich um eine hochüberraschende Entdeckung auf dem anthropologisch-anatomischen Gebiete, die allen Klagen der Katholiken wegen staatlicher Zurücksetzung gegenüber den Protestanten mit einem Schlage den Boden entziehen sollte. Das liberale Blatt hatte geschrieben: „Der Protestant ist ein Langkopf, der Fortschritt ist sein stärkstes Bedürfnis. Es gibt nichts, was er nicht zu denken und zu wollen wagt, und Wollen und Ausführen sind bei ihm eins; seine unbegrenzte Kühnheit, seine mächtige

[10] Verhandlungen 1893 (Würzburg) 154.
[11] Verhandlungen 1913 (Metz) 378 f.

Fassungskraft, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit seiner Rasse geben ihm die größte Anwartschaft auf Erfolg. Der Rundkopf ist dagegen von Religion Katholik; seine Ziele sind eng gesteckt; er ist sehr mißtrauisch; er ist der Mann des Herkommens und des gesunden Menschenverstandes. Der Fortschritt erscheint ihm unnötig; er mißtraut ihm und will bleiben wie jedermann; er betet die Gleichmäßigkeit an." „Da wäre", so beurteilte der Redner diesen anatomischen Unsinn, „jetzt doch endlich einmal das Rätsel gelöst, das uns so oft aufgegeben wird, woher es komme, daß die Katholiken ärmer seien. Die Sache ist sehr einfach: die Katholiken sind ärmer, weil sie dummer sind, und sie sind dummer, weil sie Rundköpfe sind." Die ernste Seite an dem albernen Artikel sah Dr. Schädler darin, daß er zeige, wie von gewisser Seite die Katholiken taxiert würden. Gewiß, ein Bildungsdefizit katholischerseits sei vorhanden, wie die statistische Tatsache erweise, daß im Deutschen Reiche auf 10 000 Protestanten 55 Schüler höherer Lehranstalten kämen, auf je 10 000 Katholiken 32, auf je 10 000 Dissidenten 49 und je 10 000 Juden 333. Wollten die Katholiken verlangen, daß ihnen in den höheren und höchsten Berufen die ihnen gebührende Stellung eingeräumt werde, wollten sie einen ihren Überzeugungen entsprechenden Mittelschulunterricht erkämpfen, so obliege ihnen die Pflicht, „die entsprechende Anzahl von Leuten zu liefern, die in die uns gebührenden Stellungen einrücken können"[12].

Der Katholikentag versäumte keine Gelegenheit, katholische Eltern aufzumuntern, die talentierten Kinder den höheren Studien zuzuführen. Äußerst verdienstlich wirkten an vielen kleineren Orten, zumal der Rheinlande und Westfalens, die von opferwilligen Geistlichen geleiteten Rektoratschulen, die ihre Schüler zur Untersekunda des Gymnasiums vorzubereiten und den angesessenen Eltern viele Kosten und viele Sorgen ersparten[13]. Eingehende statistische Erhebungen haben dargetan, daß der katholische Volksteil gegen Ende unserer Periode den huma-

---

[12] Verhandlungen 1896 (Dortmund) 181 ff.
[13] Verhandlungen 1896 (Dortmund) 364 f.; 1909 (Breslau) 333 f.

nistischen Anstalten fast durchweg die seinem Gesamtprozentsatz entsprechende Schülerzahl zugeführt hat, aber nicht so den realistischen Anstalten, deren geographische Verteilung freilich für die Katholiken vielfach ungünstig war [14].

Für Gründung katholischer Real- und Fachschulen war die Generalversammlung von Bonn (1900) entschieden eingetreten. Sie bezeichnete derartige Anstalten als geeignetere Vorschulen für die bürgerlichen (kaufmännischen, technischen usw.) Berufsarten, auf deren Gebiet die Katholiken vielfach andern das Terrain und damit auch die Erwerbung größeren Wohlstandes und Einflusses überlassen hätten. Dazu komme, „daß die meisten Schüler der Gymnasium, nach der Statistik über 79 Prozent, doch nicht das Ziel derselben erreichen, ja meistens nicht einmal die Mittelklassen absolvieren, die besten Jugendjahre also mit den für sie zu schweren und deshalb unfruchtbaren altsprachlichen Studien verbringen, bis sie für ernste Arbeit vielfach überhaupt verdorben sind, während sie auf Real- und Fachschulen, die neben der höheren Bildung auch dem praktischen Leben mehr Rechnung tragen, eher und leichter die nötige Vorbildung zu tüchtigen Kaufleuten, Ingenieuren, Technikern usw. erhalten hätten“. Im gleichen Zusammenhang aber wurde gefordert, daß dem Gymnasium sein rein humanistischer Charakter erhalten bzw. zurückgegeben werde. Die Vermehrung der Berechtigungen für die Realanstalten sei zu begrüßen, weil dadurch die Gymnasien von vielem Schülerballast befreit, eine gründlichere Pflege der alten Sprachen und überhaupt eine tüchtigere Geistesschulung ermöglicht würden [15].

Bezüglich der Volksschule blieben sich die Katholiken Deutschlands der dringenden Dankespflicht gegen die Zentrumsfraktionen der Landtage bewußt, die in den heißen Schulkämpfen der Einzelstaaten zumeist erfolgreich den Grundsatz der Konfessionalität des elementaren Unterrichts zu wahren bemüht gewesen waren. Mit Besorgnis aber nahmen sie wahr, daß die Staatsregierungen der Schulpolitik des Liberalismus immer

[14] Kirchliches Jahrbuch III, 302 ff.; IV, 269 ff.; V, 160 ff.
[15] Verhandlungen 1900 (Bonn) 307 f.

neue Zugeständnisse machten, daß z. B. in der Rheinprovinz tatsächlich die Pfarrer vom Vorsitz in den Schulvorständen ausgeschlossen wurden, katholische Minderheiten sich von ‚liberalen‘ Stadtverwaltungen die Gründung konfessioneller Schulen geradezu erkämpfen mußten. Alarmierend aber mußte die Tatsache wirken, daß innerhalb der deutschen Lehrerschaft radikalungläubige Tendenzen die Oberhand zu gewinnen drohten. Dr. Hermann Joseph Schmitz, der spätere Kölner Weihbischof, bewies seinen Weitblick, als er 1890 auf dem Katholikentag von Koblenz jene Bestrebungen beleuchtete unter besonderem Hinweise auf die Vorgänge auf dem Berliner Achten deutschen Lehrertag, wo der Vorkämpfer für ‚konfessionslosen‘ Volksunterricht Dr. Dittes eine die Überzeugung aller Christusgläubigen schwer verletzende Gedächtnisrede auf Diesterweg gehalten hatte. Auf eine tröstliche Erscheinung konnte der Redner hinweisen: schon in Berlin und dann auf zahlreichen Konferenzen hatten katholische Lehrer in entschieden ablehnendem Sinne gegen Dittes Stellung genommen[16].

Es war höchste Zeit, daß die kirchentreuen Lehrer sich eine eigene Organisation schufen. Schon ein Jahr früher, bei der Tagung von Bochum, hatten 400 katholische Lehrer unter dem Vorsitz des dortigen Rektors Brück einen „die Hebung der Schule nach den Grundsätzen der katholischen Kirche und die Förderung der Interessen des Lehrerstandes“ erstrebenden Verband konstituiert, Ludwig Windthorst war in der denkwürdigen Versammlung anwesend. Ein Jahr später, in Danzig, konnte der neugegründete ‚Verband katholischer Lehrer Westpreußens‘ sich vorstellen[17]. Weitere Zweigvereine entstanden binnen kurzem in weiteren preußischen Provinzen und deutschen Bundesstaaten. Mit welchen Gegenwirkungen diese Bewegung zu kämpfen hatte, lehrt eine Resolution des Würzburger Katholikentages (1893), in der lebhaft bedauert wurde, daß der liberale bayerische Lehrerverein den Beschluß gefaßt hatte, keines seiner Mitglieder dürfe einem konfessionellen Vereine

[16] Verhandlungen 1890 (Koblenz) 217 ff.
[17] Verhandlungen 1889 (Bochum) 296 ff.; 1891 (Danzig) 356 f.

angehören. Die Versammlung verurteilte diesen Beschluß nicht bloß als einen Akt der religiösen Intoleranz, sondern auch als direkte Verletzung erworbener Rechte und erwartete bestimmt, „daß die Katholiken Bayerns für die in ihren Rechten bedrohten Lehrer mit allen gesetzlichen Mitteln eintreten“[18]. Sehr betrübend war es, daß zwei Drittel der Mitglieder des bayerischen Lehrervereins, gegen dessen Organ der Episkopat (1910) mit allem Nachdruck einschreiten mußte, katholisch waren. Auch der hessische liberale Landeslehrerverein folgte dem Beispiel des in Bayern versuchten Terrorismus und beschloß die Ausschließung aller einem ‚anderen‘ Verein angehörenden Mitglieder. Um so anerkennenswerter war die Überzeugungstreue der über 20 000 katholischen Lehrer, die sich im Katholischen Lehrerverband des Deutschen Reiches zusammenschlossen. Die Lehrerinnen besaßen eine Organisation bereits seit dem Jahre 1885, die vor dem Ausbruch des Weltkrieges etwa 15 000 Mitglieder zählte.

Der Radikalismus der liberalen Verbände, denen noch immer viele Tausende von katholischen Lehrern angehörten, ihre Agitation gegen jeden von der Kirche geleiteten Religionsunterricht haben seit der Jahrhundertwende wahrhaft giftige Blüten getrieben. Das bewog den katholischen Volksteil, auf der Tagung von Mainz (1911) die ‚Organisation der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung‘ zu gründen. Oberlandesgerichtsrat W. Marx legte deren Ziele dar: Man beabsichtige, alle Vereine, die sich mit Erziehungsfragen auf katholischer Grundlage beschäftigten, in erster Linie die Lehrer- und Lehrerinnenvereine, die bestehenden Schulvereine, den in Bayern so segensreich wirkenden Verein der geistlichen Schulvorstände, den Frauenbund, die Müttervereine, zusammenzufassen zum Zweck der Verteidigung, um diese einheitlicher zu gestalten. „Es sollen die verschiedenen Wege, auf denen der Liberalismus der christlichen Schule Untergang droht, beleuchtet und die Abwehrmittel besprochen werden, Auskünfte über die Auslegung der oft schwierigen Schulgesetze

[18] Verhandlungen 1893 (Würzburg) 156.

sollen erteilt und die Rechtsmittel zur Verteidigung unserer Stellung angegeben werden; statistische Nachrichten über die Lage des Volksschulwesens sollen gesammelt werden, um daraus unwiderlegliche Gründe für eine gerechtere Berücksichtigung der katholischen Minderheiten zu entnehmen. Der Hauptgesichtspunkt und der Hauptzweck ist der: Es soll das Interesse weiter Volkskreise an der Aufrechterhaltung christlichen, katholischen Geistes in Erziehung und Unterricht mehr als bisher geweckt und belebt werden." Seine von reichster Sachkenntnis zeugenden Ausführungen schloß der Redner mit den Worten: „Wahrlich, es handelt sich hier um etwas Ernstes, Großes und Wichtiges! Der Kampf um die Schule ist ein Kampf um die Rechte Gottes auf die Menschenseele, ein Kampf um die Rechte der Kirche auf die Christenseele, ein Kampf um die Rechte der Familie auf die Kindesseele, ein Kampf um die christliche Kultur und Gesittung des heranwachsenden Geschlechtes und somit auch um das Wohl und Gedeihen unseres Vaterlandes" [19].

Wie R. Marx auf den beiden folgenden Tagungen mitteilte, machte das Organisationswerk alsbald gute Fortschritte, Landesausschüsse für Bayern, Württemberg, Hessen, Preußen und Elsaß-Lothringen wurden gebildet, die katholische Presse leistete dankenswerteste Unterstützung, eine eigene Zeitschrift ‚Mitteilungen der Schulorganisation' entstand, verschiedene Flugschriften wurden verbreitet. Die Frage der Schulaufsicht, in der Pfarrer und Lehrer so leicht zu Meinungsverschiedenheiten zu kommen pflegten, werde der Organisation keine Schwierigkeiten bieten, so hoffte man. „Es ist sehr wohl möglich," so äußerte 1913 in Metz Direktor Mauel-Köln, „dem Schulaufsichtsrechte der Kirche gerecht zu werden und auch die Standesforderungen der Lehrer zu befriedigen. Das Aufsichtsrecht der Kirche ist eine unveräußerliche Forderung, aber über die Form, in der es festgelegt wird, läßt sich reden, und es lassen sich Formen finden, innerhalb deren auch der Lehrer als Rektor und Kreisschulinspektor seine Stelle haben kann" [20].

[19] Verhandlungen 1911 (Mainz) 369 ff.
[20] Verhandlungen 1912 (Aachen) 551 ff.; 1913 (Metz) 527 ff.

Eine lange Reihe von Katholikentagen hat sich mit dem alten zwischen der preußischen Regierung und dem Volksteile polnischer Zunge schwebenden Konflikt wegen der Sprache, in der der religiöse Unterricht zu erteilen sei, beschäftigt. Die Versammlung entschied sich regelmäßig dafür, daß der Religionsunterricht auf allen Stufen der Volksschule in der Muttersprache erteilt werden müsse. Es wurde aber auch anerkannt, daß für jeden Angehörigen des Deutschen Reiches die gründliche Erlernung der deutschen Sprache wünschenswert und zu erstreben sei, jedoch nicht durch das Mittel völliger Unterdrückung der Muttersprache, deren Recht nicht angetastet werden dürfe. An Orten, wo die ganze Bevölkerung oder ein erheblicher Teil eine andere als die deutsche Sprache spreche, seien nur solche Lehrer anzustellen, welche auch die andere Sprache vollständig beherrschten [21].

Zu einer andern Frage aus dem Gebiete des Volksunterrichtes, der des Fortbildungsschulwesens, nahmen die Generalversammlungen eine durchaus wohlwollende Stellung ein, betonten aber immer wieder, daß in diesen Schulen die Religion obligatorischer Unterrichtsgegenstand sein müsse, wenn der von sozialistischer Seite in die Jugend hineingetragenen Agitation wider Vaterland und Gottesglauben wirksam entgegengetreten werden sollte. „Es ist“, so rief Stiftspropst Dr. Kaufmann-Aachen 1913 in Metz aus, „nach unserer Überzeugung ein Unding, von dem religiös-sittlichen Einfluß der Fortbildungsschule zu sprechen und dabei in demselben Atemzug zu erklären, in dem Lehrplan dieser Schule sei für den Religionsunterricht keine Stelle. Es erscheint uns als eine Härte und ein Unrecht, Jünglinge und Jungfrauen in eine Schule zu zwingen und ihnen in diesen Schulen, die eine Fortentwicklung der Volksschule sind, die wichtigste Hilfe für die Gefahren ihres Alters zu versagen, die ihren Altersgenossen auf den höheren Schulen zu ihrem Segen gewährt wird.“ Der geforderte religiös-apologetische Unterricht sei von eigens angestellten erprobten Geistlichen zu erteilen. Ferner dürften die mit den Fortbildungsschulen ver-

[21] Verhandlungen 1891 (Danzig) 351; 1893 (Würzburg) 156; 1909 (Breslau) 332.

bundenen Veranstaltungen, Wanderfahrten, Turnen, Spiele usw., die Tätigkeit der religiösen Jugendvereinigungen und Kongregationen nicht durchkreuzen [22].

Daß für die Jugend- und Volkslektüre hauptsächlich die Werke katholischer Autoren, die katholischen Zeitschriften wie ‚Alte und Neue Welt‘ oder ‚Deutscher Hausschatz‘, in keinem Falle die ‚Gartenlaube‘, in Frage kommen sollten, war eine These, die auf mehreren Katholikentagen ein hervorragender Pädagoge, Dr. Ph. Huppert, vertrat unter Hinweis darauf, daß die meisten nichtkatholischen Belletristen sich zahllose Schmähungen der Kirche erlaubten, Duell, Selbstmord und Ehescheidung als erlaubte und harmlose Dinge hinstellten. Aber es wurde auch entschieden betont, daß bei Beurteilung katholischer schöngeistiger Erzeugnisse der literarische und ästhetische Wert derselben in erster Linie den Maßstab abzugeben hätten: „Es wäre zu mißbilligen, wenn die katholische Tendenz oder die religiös-sittliche Grundanschauung allein den Wert eines literarischen Erzeugnisses bestimmen oder die katholische Flagge gar minderwertige Erzeugnisse decken sollte.“ Als Veremundus (= Karl Muth) 1898 an das katholische Deutschland die Frage richtete: Steht die katholische Belletristik auf der Höhe der Zeit?, mahnte Dr. Huppert die Autoren eindringlich, die äußere Form angelegentlicher zu pflegen denn bisher und nicht den Erfolg allein von der Wahrheit und Güte ihrer Ideen zu erwarten. Programmatisch müßten für sie drei Punkte sein: Moderne Probleme, gesunder Realismus und künstlerische Darstellung [23].

In anderer, reicherer Formulierung trug 1909 in Breslau Johannes Mumbauer, ausgehend von der poetischen Eigenart eines katholischen Dichters von Gottes Gnaden, Josephs v. Eichendorff, ein katholisches Literaturprogramm vor. Katholisch bis ins Mark müsse das Schaffen der katholischen Dichter

[22] Verhandlungen 1902 (Mannheim) 346 ff.; 1903 (Köln) 322 ff.; 1913 (Metz) 268 ff.

[23] Verhandlungen 1895 (München) 200 ff.; 1897 (Landshut) 194 ff.; 1898 (Krefeld) 168 ff.; 1899 (Neisse) 216 ff.

sein und mit dem nationalen Leben der Gegenwart verwachsen. „Aber das alles," so fuhr er fort, „das religiöse wie das nationale Element, ist schließlich nur der Untergrund, der nahrhafte, fruchtbare Boden, aus dem echtes und tiefes Dichterschaffen ersprießen kann. Das spezifisch Künstlerische muß sich auf dieser wichtigen und notwendigen Grundlage erst aufbauen ... Der Besitz der katholischen Weltanschauung, der deutschen Gesinnung allein macht noch keinen zum Künstler. Einen günstigeren Nährboden als den Besitz der katholischen und nationalen Ideale in ihrem untrennbaren positiven Gewande kann es allerdings für die Entfaltung des Künstlertums nicht geben. Aber das künstlerische Vermögen selber muß doch dazu kommen, der Dichter muß aus seiner Künstlerindividualität heraus nach den der Kunst eigenen Gesetzen, die wieder nur er völlig versteht, gestalten und schaffen. Weil der katholische Dichter mit dem Höchsten und um das Höchste zu ringen hat, weil er die ganze und ungetrübte Idee des Christentums in lebendigen Gestalten auswirken, gewissermaßen also das unabweisbar sich aufdrängende Gefühl von der Ungenüge des irdischen Daseins, die tiefe Sehnsucht, das Erdendasein an ein höheres über diesem Leben anzuknüpfen, stillen soll, weil er Vergangenheit und Gegenwart beständig mit der geheimnisvollen Zukunft vermitteln muß, kurz, weil er die Einheit von christlicher Kunst und christlichem Leben darzustellen hat, darum müssen wir auch das Höchste an Künstlertum von ihm verlangen — und die bloße katholische Gesinnung darf über die Unzulänglichkeit des künstlerischen Vermögens nicht hinwegtäuschen."

Zur tatsächlichen Lage der katholischen Literatur sich wendend, meinte J. Mumbauer, daß es ganz ungerecht sein würde, verkennen zu wollen, daß diese sich in einem erfreulichen Aufschwunge befinde, die Anteilnahme des Volkes sich steigere. Ganz große und zum Fortleben in der Weltliteratur berufene Werke fehlten zur Zeit in allen Lagern, aber des vorhandenen Guten und Trefflichen dürfe man sich freuen. „Es darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß es sich im katholischen Dichterwalde recht erfreulich regt. Wir haben Gott sei Dank

Autoren, die sich kühn neben den andern sehen lassen können (ich werde aus selbstverständlichen Gründen keine Namen nennen); wir haben eine Anzahl von gut und weitblickend geleiteten Zeitschriften und sonstigen Organen, welche der verständnisvollen Pflege höherer Belletristik dienen; wir haben einsichtsvolle und opferbereite, leistungsfähige Verleger, die aufstrebenden Talenten einen Rückhalt bieten“ [24].

Fragen der Volksbildung und ihrer Mittel, Bibliotheken, Lesehallen, Kolportage, Vortragskurse, Ausstellungen, Musik und Gesang, Kinos, Theater, haben sehr viele Katholikentage unserer Periode beschäftigt. Immer wurde festgehalten, daß Kunst und Wissenschaft allein unmöglich imstande seien, sittlich große und harmonisch gebildete Menschen zu geben, daß nur lebendiger Glaube, wahre Religiosität die Pfeiler wahrer Volksbildung sein könnten. Das Wirken der die dramatische Kunst im christlichen Sinne pflegenden Calderongesellschaft beschränkte sich naturgemäß auf Großstädte. In die kleinsten Landgemeinden aber drang als hochwichtiger Bildungsfaktor der Borromäusverein vor, der im Jahre 1913 246 000 Mitglieder zählte und 4568 Vereinsbibliotheken besaß und ungezählten Familien zu wertvollen Hausbüchereien verholfen hatte [25].

Ähnliche Ziele setzte sich die Klagenfurter St.-Josephs-Bücherbruderschaft, die sich in Deutschland viele Mitglieder erwarb. Ein origineller Volksbildungsverein entstand 1901 in Süddeutschland, der Katholische Preßverein für Bayern, der es sich angelegen sein ließ, die bayerischen katholischen Zeitungsverhältnisse durch finanzielle Unterstützung, Herausgabe einer Korrespondenz u. a. zu bessern, Volksbibliotheken und Lesezirkel zu gründen, Vorträge und Lichtbilderabende zu veranstalten. Bald bekundete auch die bisher so mächtige liberale Presse Bayerns ihren Respekt vor „der intensiven Arbeit, dem recht tüchtigen Geschäftssinn des Preßvereins, der das ganze Land

---

[24] Verhandlungen 1909 (Breslau) 383 ff.

[25] Vgl. Verhandlungen 1899 (Neisse) 176; 1901 (Osnabrück) 361; 1902 (Mannheim) 348; 1906 (Essen) 268, 272 ff.; 1907 (Würzburg) 348; 1908 (Düsseldorf) 350; 1913 (Metz) 262 ff., 559 ff.

mit Agenten für die katholische Presse überschwemmt, den Abonnentenfang im Großen betreibt, und dessen Tendenz nur darauf gerichtet ist, den Ultramontanismus in all seinen Erscheinungsformen zu fördern“ [26].

Die gewaltige Teilnahme, die das katholische Volk seiner Presse während des Kulturkampfes geschenkt hatte, blieb leider nicht ungeschwächt erhalten, wie schon die Tatsache lehrte, daß viele Katholikentage gegen das Vordringen der ‚farblosen‘ Presse, der ‚Generalanzeiger‘, eifern und den Grundsatz vertreten mußten, in das katholische Haus gehöre eine katholische Zeitung. Auf der Generalversammlung von Osnabrück wurde gar das Wort von einer Notlage der katholischen Presse, besonders der kleineren Lokalblätter, gesprochen. Die Zahl von zwei Millionen Abonnenten auf katholische politische Zeitungen, die 1909 gezählt wurden, war keineswegs zufriedenstellend. Um so mehr wurde die mancherorts mangelnde Teilnahme beklagt, als die katholische Journalistik durch das Wirken des Augustinusvereins sich zweifellos bedeutend gehoben hatte, die meisten Organe redaktionell und technisch auf der Höhe der Zeit standen und die katholischen Blätter durch ihren Kampf gegen die liberalerseits verbreiteten ‚klerikalen‘ Skandalmären — als eigene Organe hierfür fungierten die Zentralauskunftsstelle des Augustinusvereins und die Apologetische Rundschau — sich große Verdienste um die Kirche erworben hatten. Es war deswegen wohl angebracht, daß die Generalversammlungen immer wieder das Interesse für die katholische Presse zu beleben suchten, wie denn noch 1913 in Metz Lib. Gerstenberger sagte: „Von all den guten Werken, die auf den Katholikentagen empfohlen werden, dünkt mich keines besser zu sein als die Unterstützung der katholischen Presse. Von allen wichtigen Aufgaben, deren Lösung uns so eindringlich auf den Katholikentagen vorgestellt wird, scheint mir keine beachtenswerter zu sein als die Förderung der katholischen Presse. Denn mit ihr und durch sie werden alle anderen guten Werke gefördert und alle anderen katholischen Aufgaben ihrer Lösung nahegebracht. Denn die Presse ist es, die sie

[26] Verhandlungen 1910 (Augsburg) 444.

propagiert, die sie bekannt macht in den Familien, die sie alle Tage wieder empfiehlt, die sie gegen Angriffe verteidigt und sie für die Zukunft sichert. Die Presse macht die öffentliche Meinung, sie gewinnt die öffentliche Meinung, und darum muß unser höchstes Ziel sein: In jedes katholische Haus eine katholische Zeitung"[27].

Nur sehr schwer und langsam wollte es gelingen, die während des Kulturkampfes auf dem Gebiete der christlichen Kunst eingetretenen Übelstände zu beheben. Zwar konnte Professor P. W. Keppler bereits auf dem Katholikentage von Freiburg die Kunstschule der Benediktiner von Beuron begrüßen als „Morgenrot und Morgentau eines neuen sonnigen Tages für die heilige Kunst", denn auf ihren Schöpfungen ruhe der Duft und die Weihe der Glaubensinnigkeit der alten Meister, der Andacht eines Fiesole, der Reinheit der Engel. Doch gingen schon damals die Ansichten darüber, ob diese strenge hieratische Kunst wahrhaft volkstümlich werden könne, weit auseinander. Aber es war bedeutsam, daß die Rede, in der P. Odilo Wolff O. S. B. 1892 in Mainz die Prinzipien der Beuroner Kunst darlegte, reichen Beifall fand. Auf der gleichen Generalversammlung trat die tröstliche Tatsache zutage, daß bedeutende Laienkünstler, die im Sinne der Kirche tätig waren, voran der Maler G. Fugel und der Bildhauer G. Busch, die Gründung einer Gesellschaft für christliche Kunst zur Anregung brachten. Es dauerte nicht lange, und die neue Vereinigung zählte 1500, schließlich 5000 Mitglieder; Reproduktionen der von ihren kunsttätigen Mitgliedern, die sich aus dem ‚Albrecht-Dürer-Verein' rekrutierten, erstellten anerkannten guten Werke wurden in einer ‚Jahresmappe' oder durch Verlosung weiten Kreisen zugänglich gemacht und verrichteten den vorzüglichsten Werbedienst. Wichtig war es auch, daß der Katholikentag die Vereinigung weiterhin unter seinen Schutz nahm und für ihre Grundsätze eintrat. Es wurde als dringlich notwendig erachtet, „daß die Wahrheiten des christ-

[27] Verhandlungen 1900 (Bonn) 196; 1901 (Osnabrück) 283 ff.; 1904 (Regensburg) 372 ff.; 1908 (Düsseldorf) 351 f.; 1909 (Breslau) 368 ff.; 1913 (Metz) 396 ff.

lichen Glaubens, die Tatsachen der christlichen Geschichte und die Grundsätze des christlichen Lebens nicht mehr für kirchliche, sondern auch für häusliche und öffentliche Zwecke viel mehr als bisher in selbständiger künstlerischer und religiöser Empfindung zur Darstellung gebracht würden". Der Generalversammlung von 1897 empfahl aufs wärmste direkte Zuwendung von Aufträgen an tüchtige und glaubenstreue Künstler und verwies das Kunstschaffen auf das Studium und den engen Anschluß — auch nach der theologischen und symbolischen Seite hin — an die kirchlichen Vorschriften und an mustergültige Schöpfungen aus der ruhmreichen Vergangenheit der christlichen Kunst, verlangte aber auch von den Künstlern die Fähigkeit und das Bestreben, diese Schöpfungen individuell zu benutzen unter Anwendung solider und erprobter Technik[28].

Damit war den Exzessen des modernen Naturalismus und Symbolismus — Professor Schrörs sprach über diese 1898 in Krefeld ein kräftiges Wort — Fehde angesagt. Anderseits war das katholische Lager nicht gesonnen, die schaffenden Künstler auf die bloße Nachahmung der alten Kunst festlegen zu wollen. Auch die christliche Kunst, so führte 1909 in Breslau A. Rumpf-München aus, müsse moderne Kunst sein. „Sie muß nicht bloß die Sprache unserer Zeit sprechen, in ihr muß auch der Geist unserer Tage, das Empfinden und Denken, Streben und Ringen der gegenwärtigen Generation sich ausprägen. Welch anderer gleichgearteter Geistesbetätigung, sei es Poesie oder Tonkunst, sei es Wissenschaft, wollte man zumuten, lediglich den Geist vergangener Tage zu spiegeln und in Formen, die eine vergangene Zeit sich geschaffen, Ausdruck zu suchen." Auch der christliche Künstler, der mit seiner Kunst Gottesdienst tut und tun will, er will diesen Gottesdienst verrichten unter lebenden Menschen, denen dieselbe Sonne wie ihm noch scheint und die gleichen Blumen blühen, nicht unter Särgen ferner, längst modernder Geschlechter"[29].

---

[28] Verhandlungen 1888 (Freiburg) 148 ff.; 1892 (Mainz) 421 ff.; vgl. 396 ff.; 1897 (Landshut) 180 ff.

[29] Verhandlungen 1898 (Krefeld) 202 ff.; 1909 (Breslau) 347.

Das Verständnis für diese Grundsätze zu vermitteln, waren die beiden neuen Zeitschriften ‚Die christliche Kunst‘ und ‚Der Pionier‘ nicht ohne Erfolg tätig. Aber es mußte auch gelegentlich festgestellt werden, daß einzelne Mitglieder des Klerus in ihrer Hochschätzung der alten Kunst einer maßvollen Weiterentwicklung des Kunstschaffens im modernen Sinne nicht die Wohlgeneigtheit entgegenbrachten, die wünschenswert gewesen wäre.

Wiederholt trat in reich besuchten Nebenversammlungen des Katholikentages der ‚Cäcilienverein‘ zusammen. Die örtlichen Chöre setzten ihre Ehre darin, ihr Bestes vor den Gästen zu Gehör zu bringen. Dies und die Verhandlungen selber vermittelten einen tiefen Eindruck davon, welche staunenswerten Fortschritte die Sache der musica sacra binnen der letzten Jahrzehnte in Deutschland gemacht hatte.

Zweiunddreißigstes Kapitel.

Die neue Zeit.

Ein wahrhaft furchtbarer militärischer, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Zusammenbruch war das Ergebnis des Krieges wider das von einer Übermacht von Feinden umringte deutsche Vaterland. Um so inniger wurde in allen katholischen Kreisen das Bedürfnis nach gegenseitiger Aussprache, Ermunterung und Stellungnahme zu alle den Wirren empfunden, die von dem unglücklichen Ausgang des Krieges und der Revolution vom 9. November 1918 geschaffen worden waren. Beweis waren die in den meisten Gegenden mit stärkerer katholischer Bevölkerung abgehaltenen Einzel-Katholikentage während der Jahre 1919 und 1920, von denen mit Recht gesagt werden konnte, daß sie äußerst zahlreich besucht waren und auf den religiösen Geist weiter Gebiete vertiefend und befruchtend gewirkt haben. Selbst das so ganz Diaspora bildende Thüringen hatte am 13. September 1920 seinen Katholikentag. Eine das gesamte katholische Deutschland repräsentierende Bedeutung wie den früheren Generalversammlungen kam selbstverständlich diesen, wenn auch noch so stark besuchten Einzeltagungen nicht zu.

Auch noch im Jahre 1920 war an eine Truppenschau über alle echtkatholischen Kämpfer für die unverändert gebliebenen katholischen Ideale nicht zu denken. Das Zentralkomitee berief aber, zum Ursprung der Katholikentage, der Zusammenkunft katholischer Führer zu Mainz (1848) zurückkehrend, einen ‚Vertretertag der katholischen Vereine' nach Würzburg (13. September 1920). Ein Hauptteil der Aktion lag in den Händen Dr. Karl Trimborns als des ersten Vorsitzenden des ‚Volksvereins'. Dieser hatte zunächst alle die schweren Verluste zu beklagen, die das katholische Deutschland im besonderen getroffen hatten, vor allem den Tod Adolf Gröbers, der schon in seinem Äußern das Ideal eines Laienapostels verwirklicht habe und ein rechter Brückenbauer gewesen sei zwischen Süd und Nord. Nach begrüßenden Worten des 82jährigen Bischofs Dr. Ferd. v. Schlör und des Oberbürgermeisters Grießer erstattete Dr. Marx den Jahresbericht über die größte katholische Organisation in Deutschland, den Volksverein; dieser Zentralverein hatte trotz aller territorialen Verluste des Vaterlandes einen Zuwachs von etwa 144 000 erzielt und zählte nunmehr 800 000 Mitglieder. Ein bedeutender Stab von Beamten an der Zentrale in M.-Gladbach (171), Landessekretariate (19), zahlreiche Volkssekretariate usw. standen der Hauptleitung zur Seite.

Wie der aus der Schule von M.-Gladbach hervorgegangene Reichsminister Dr. H. Brauns ausführte, stellt die neue Zeit den Volksverein vor keine neue Aufgabe, nur sei die Verfolgung seiner ursprünglichen Zwecke unendlich dringender geworden: die Pflicht der Versöhnung aller Standes- und Klassengegensätze auf dem Boden des Christentums. Dazu bedürfe es der Arbeitsgemeinschaft des ganzen christlichen Volkes; denn die schwere Not der Nation könne nur auf dem Boden der Religion, der christlichen Ideale überwunden werden. In ähnlichem Sinn sprach Dr. August Pieper über den Gemeinschaftsgeist beim Wiederaufbau.

Gegen ein schwer bedauertes Übel, die Klassengegensätze zwischen oben und unten sowohl wie von unten nach oben, zwischen den Besitzenden und den ungestüm Heischenden sprach

Oberingenieur Rauch aus München. Dafür, daß der Notlage des Hl. Vaters, die in ihrer ganzen Kompliziertheit sich im Weltkriege offenbart hatte, nicht vergessen wurde, sorgte Geheimrat Dr. Porsch. Einer großen öffentlichen Versammlung, hauptsächlich von Würzburger Katholiken besucht, die am Nachmittag abgehalten wurde, präsidierte Fürst Alois von Löwenstein.

Im Sommer 1921 schien die Lage der Katholiken Deutschlands so geklärt, daß wieder der Katholikentag, ungefähr in den Formen, wie sie sich in den Jahrzehnten vor dem Kriege herausgebildet hatten, glaubte zusammentreten zu können (Frankfurt a. M. 27.—30. August). Wie furchtbar aber noch die politischen Leidenschaften in Deutschland wüteten, zeigte die kurz vor der Tagung geschehene meuchlerische Ermordung Matthias Erzbergers, dessen Familie zu Frankfurt das innigste Beileid der Katholiken Deutschlands ausgedrückt wurde. Auch sonst war man sich klar bewußt, daß es noch nicht an der Zeit war, den Katholikentag in der alten Herrlichkeit wieder auferstehen zu lassen: man beschloß eine nur dreitägige Versammlung, Verzicht auf Festmahl, Gartenfest und Arbeiterfestzug. Aber, so hieß es in der Einladung des Lokalkomitees, man brauchte „die Generalversammlung für uns und unsere Gegner". „Wir wollen uns an den wetterfesten Grundsätzen unserer heiligen Kirche, an denen die Wogen der Verneinung zerschellen müssen, in diesen stürmischen Zeiten orientieren und im Lichte unseres heiligen Glaubens über die Probleme der modernen Welt uns klar zu werden suchen."

Daß die neue Zeit auch ihre guten Seiten hatte, zeigte der Flor der Ehrengäste: anwesend waren der Reichskanzler Dr. Wirth, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der Präsident der preußischen Staatsregierung Stegerwald, der Präsident des bayerischen Landtages Königbauer, der hessische Justizminister v. Brentano u. a. Welcher Gewaltige im alten Büreaukratenstaate hätte eine solche Entwicklung auch in seinen schwersten Träumen geahnt? Es waren freilich tief an das Leid der Gegenwart, besonders der Katholiken im besetzten Rheinland, rührende Worte, die der Reichskanzler am Begrüßungsabend

sprach: Trotz all der Schönheit des Vaterlandes könne ihm keine rechte Freude über die Lippen kommen, denn noch immer werde deutsches Land von den wildesten Parteikämpfen durchtobt, wie besonders der Meuchelmord der letzten Tage zeige. Der Staat sei losgerissen von der Kirche, die Schule von Gott, die Politik von der Religion. Wie im verflossenen Weltkriege herrsche über die Völker das nackte materielle Interesse. „Wir wollen vor Gott demütig unsere Kniee beugen, um auf ihn, unsere Rettung und Hoffnung, die Sicherheit des Vaterlandes neu begründen zu können. Wir deutschen Katholiken erstreben keine politische Vormachtstellung, wir wollen vielmehr mit Rat und Tat nur mithelfen, ein hohes Rettungswerk zu vollenden“ [1].

Die gottesdienstliche Einleitung im alten Kaiserdom war über alle Vorstellung glänzend. Dann begann die Aussprache über die Fragestellungen der schweren Zeit unter dem Vorsitz des Geheimrates Held-Regensburg. Wiederum referierte unter Begrüßung des Nuntius Pacelli Geheimrat Dr. Porsch über die Römische Frage. Diesmal konnte er feststellen, daß fast alle weltlichen Mächte, selbst Frankreich nicht ausgeschlossen, das Papsttum als größte moralische Macht des Erdkreises anerkännten durch Unterhaltung diplomatischer Beziehungen. In Italien sei sowohl von den Liberalen wie selbstverständlich auch von der katholischen Volkspartei, den Popolari, die Existenz einer Römischen Frage zugegeben.

In der von Dr. Porsch beantragten Entschließung war betont, daß nach neuerlicher Aussprache die Lage Papst Benedikts XV. in Rom nach dem Bekenntnis selbst der Liberalen nicht haltbar sei, und der größte Teil der Italiener wünsche, der schmerzliche und schädliche Zwiespalt möge endlich eine gerechte und schnelle Lösung finden. Diesen Wünschen schlössen sich Deutschlands Katholiken freudig an.

Geheimrat Held stellte fest, wie tief das Ausbleiben der Katholikentage seit 1913 vom deutschen Katholizismus bedauert worden sei. Nun sei auch diese Prüfung vorüber. „Gemeinsam

---

[1] Verhandlungen 1921 (Würzburg) 10.

wollen wir Zeugnis ablegen vor der Welt für die katholische Einheit und für die Einigkeit der deutschen Katholiken. Gemeinsam wollen wir Rat pflegen über die Lage der katholischen Kirche und der Katholiken in Deutschland, ihre Bedürfnisse erkennen lernen und danach unsere nächsten und wichtigsten Aufgaben feststellen."

Das altheidnische Prinzip: vae victis laste schwer auf dem deutschen Volke, das zudem bedrückt sei von schwerer wirtschaftlicher Not und von geistiger und sittlicher Verelendung. Materielle Not werde sich nur beheben lassen durch Hebung der moralischen Mächte: Krieg dem Mammonismus und Materialismus! Herzliche Worte der Begrüßung wurden den katholischen Frauen entgegengerufen, die nun mitten ins öffentliche Leben gestellt worden seien als vollberechtigte Träger aller Staatsbürgerrechte. Indes werde die katholische Frau nie vergessen, daß der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit nirgend anders liege als in der Familie. Ein tiefgefühlter Gruß galt den deutschen Glaubensbrüdern in Österreich und in den Sudetenländern, ebenso denen in der Schweiz, und herzlicher Dank wurde der Caritas der holländischen Katholiken sowie ihrer vorbildlichen politischen Tätigkeit gezollt. Der tief bedauerlichen Abneigung der französischen und belgischen Katholiken gegen das katholische Deutschland mußte auch gedacht werden. Schließlich forderte die Anwesenheit des päpstlichen Nuntius Pacelli und der Bischöfe von Limburg und Fulda besondern Gruß und Dank. Die endliche Wiederkehr der deutschen Jesuiten aus der Verbannung, die Jubiläen des Dominikaner- wie des Franziskanerordens erweckten festliche Freude.

Bischof Dr. Augustinus Kilian-Limburg erinnerte an das äußerst glanzvolle Jubiläum, das kürzlich Bischof M. F. Korum in Trier hatte begehen können.

Die Themen, die in Frankfurt a. M. besprochen werden mußten, legten sich nur allzunahe; so, wenn Staatsminister a. D. v. Seidlein-München über die gewaltige materielle Not Deutschlands und die aus ihr erwachsenen Pflichten sprach im Sinne des christlichen Solidarismus oder Dr. Nieder-M.-Gladbach und

Prof. Ignaz Klug in Parallelversammlungen über den „Gemeinschaftsgeist, unsere Rettung im inneren Zusammenbruch“, eine Dame, Freiin v. Gebsattel über „Familie und Schule als Pflanzstätten des Volksgemeinschaftsgeistes“, Oberregierungsrat Dr. Heß-Coblenz über „Deutschlands Not und die deutschen Katholiken“; hier war in umsichtigen Sätzen auch einer gewissen Verärgertheit vieler Akademiker gegenüber einfachen Männern der Praxis, die durch den Umschwung der Verhältnisse zu bedeutenden Ämtern gelangt seien, gedacht. Der alte engstirnige ‚Assessorismus‘ habe trotz all seiner Examina bedenkliche Schattenseiten gezeigt; aber eine wirkliche Gefahr, daß man in Deutschland an einen „Abbau seiner geistigen Oberschicht“ denke, bestehe nicht. Begreiflich sei es ja, daß das deutsche Volk bei der Frage des Wiederaufbaues zunächst in wirtschaftspolitischen, materiellen Vorstellungen lebe, sei doch der Weltkrieg ein ‚Materialkrieg‘ gewesen. Aber der Sinn des Lebens bestehe schlechterdings nicht in der Schaffung materieller Lebensmöglichkeiten, nicht im wütenden Klassenkampf, nicht im Mammonismus, sondern in christlicher Versöhnlichkeit: „Wir müssen uns sammeln zu einem Kreuzzug für die christliche Caritas!“ Das Vaterland sei tatsächlich durch den deutschen Katholizismus gerettet worden, „der sich als unerschütterliches Felsmassiv zwischen die radikalen Gewitterwolken von links und rechts schob“.

Daß die katholische Jugend, dem Geist der Zeit zu widerstehen, sich organisiert habe im „Quickborn“ auf Schloß Rothenfels und im Verbande „Neudeutschland“, war für die Versammlung eine trostvolle Kunde.

Über die durch die neue Geldentwertung entstandene Not der Diaspora und die Mittel, dieser zu steuern, berichtete im Auftrag des St.-Bonifatius-Vereins Graf Stolberg-Stolberg. Daß trotz aller schweren Einbußen, die der Krieg dem deutschen Missionswerk gebracht habe, dessen Aussichten keineswegs unbedeutend seien, und der Missionsgedanke immer noch seine treuen und opferwilligen Anhänger und Wohltäter finde, konnte der Apostolische Vikar von Kamerun, Bischof Franziskus Hennemann, feststellen.

In weit angelegter Rede[2] legte Prof. Dr. G. Schreiber-Münster dar, daß eine schwere Krisis der deutschen Kultur und Bildung bestehe infolge der allgemeinen Verarmung des Vaterlandes. Daraus resultiere die Pflicht des Schutzes unseres deutschen Volkstums sowohl wie der Beziehungen zur internationalen Forscherwelt. Auch sei die Bildungspolitik zu reformieren: Die Katholiken hätten das Recht, daß ihre Weltanschauung auch an überwiegend protestantischen Universitäten zum Vortrag käme. In der Volksschule sei der staatsbürgerliche Unterricht zu vertiefen, jedes Parteigetriebe in der Lehrerschaft möge zurücktreten. Der Katholik sei Anhänger des humanistischen Gymnasiums, verkenne aber auch nicht im geringsten die Pflicht, ebenso realistische Unterrichtsanstalten zu pflegen und zu fördern wie die Volkshochschule, um die deutsche Kulturgemeinschaft zu erhalten und die sozialen Gegensätze abzumildern, nicht zuletzt durch die Mitarbeit der Kirche. Die Förderung der katholischen Erziehungs- und Wissenschaftsarbeit müsse allerseits positiv als ernste Mitarbeit an der deutschen Gesamtkultur gewertet werden.

Gegen das ‚moralfreie' Prinzip der neueren Wirtschaftslehre von Angebot und Nachfrage wandte sich in leider nur zu wahrhaft zeitgemäßen Ausführungen Prof. Götz Briefs aus Würzburg. Solle ein Wiederaufbau gelingen, so müsse unbedingt zuvor eine Versittlichung des Wirtschaftslebens sich vollziehen.

Nicht minder zeitgemäß war es, daß (in Parallelversammlungen) Domherr Dr. Piontek-Breslau und Dr. Konrad Gröber-Konstanz das Thema behandelten „Stärkung der Schwankenden, Sammlung der Entfremdeten", und Bischof Ottokar Prohaszka-Stuhlweißenburg nebst Weihbischof Dr. Sproll-Rottenburg über das tiefgründige Problem „Freiheit, Autorität und Kirche" sprachen.

Dem Wunsche Papst Benedikts XV. gemäß sollte in allen katholischen Ländern der 600jährige Todestag des erhabenen Dichters Dante feierlich begangen werden. Wie fruchtbar dieses

[2] Erweitert erschienen: G. Schreiber, Deutsche Kulturpolitik und der Katholizismus, Freiburg 1922.

Jubiläum sein könne, legte Prof. S. Merkle-Würzburg der Versammlung dar. Denn der große Florentiner habe bei der Niederschrift seiner „Göttlichen Komödie“ zwei Gedanken vor Augen gehabt: die religiös-sittliche Erneuerung seiner Volksgenossen und den wahren Völkerfrieden.

Dann galt es noch, zweier um die katholische Organisation hochverdienter jüngst Verstorbener zu gedenken, Karl Trimborns, der an der Wiege des Volksvereins gestanden und zu dessen regsamsten Organisatoren gehört hatte, ferner des Prälaten Dr. Franz Hitze, der mit Recht als die Seele dieser ganz Deutschland umspannenden Vereinigung bezeichnet wurde.

Wer sich vergegenwärtigt, wie außerordentlich schwer das ehemalige Königreich Bayern unter den Greueln der Revolution gelitten hatte, und wie eng die Bande gewesen waren, die Volk und Königshaus verknüpft hatten, konnte sich nicht verhehlen, daß es den katholischen Bayern besonders schwer war, sich auf den Boden der neuen politischen Verhältnisse zu stellen, während die übrigen Katholiken Deutschlands die Republik, die ja sie nicht geschaffen hatten, die aber ohne einen blutigen Bürgerkrieg nicht beseitigt werden konnte, tatsächlich anerkannten. Dem Katholikentag, der für den 27. bis 30. August 1922 für München anberaumt war, konnte man daher nicht ohne eine gewisse Besorgnis entgegensehen, und es ist auch tatsächlich bei dem Anlaß dieses oder jenes Wort gesprochen worden, das die Katholiken Gesamtdeutschlands schwerlich würden unterschrieben haben. Gewahrt blieb indessen zu München die alte katholische Einheit und Einigkeit.

Mit einer höchst glanzvollen gottesdienstlichen Veranstaltung begann die Tagung, der eine reiche religiöse Erbauung gewährende Wallfahrt zu dem Passionsspiel von Oberammergau vorausgegangen war. Auf dem Königsplatz hielt Nuntius Pacelli eine Pontifikalmesse. „Der Platz“, so sagte der Präsident, Oberbürgermeister Adenauer von Köln, in seinem Rückblick, „mit seinen klaren Linien, die großzügige Architektur, das Meer von Fahnen, getaucht und übergossen durch das Gold der Sonne, die hl. Messe, die Ansprache — alles wird für jeden

von uns ein unvergänglicher Eindruck bis an das Ende seiner Tage sein.“ Die Ansprache bei dieser Feier hatte Kardinal v. Faulhaber gehalten: Katholikentag sei Rüsttag. Katholisch sein heiße erstens ein Bekenner sein auf dem Boden der kirchlichen Glaubenslehre. Es heiße ferner ein Charakter sein auf dem Boden der christlichen Sittenlehre. Schließlich bedeute es, ein Apostel sein auf dem Boden der kirchlichen Gnadenlehre.

Die Verhandlungen suchten die ganze ungeheure Not Deutschlands zu beleuchten und Mittel zur Rettung zu bezeichnen. Bedeutsame Mitteilungen hinsichtlich der Römischen Frage hatte Geheimrat Dr. Porsch zu machen: von Papst Benedikt XV. waren die strengen Bedingungen gemildert worden, die ehedem für Besuche katholischer Staatsoberhäupter beim Quirinal galten. Diese Maßregel sei in Italien recht wohl verstanden worden, wie denn beim Ableben des Friedenspapstes auch von liberaler Seite das Bekenntnis abgelegt worden sei, daß Italien und das Papsttum einen Teil ihrer Wurzeln gemeinsam hätten. Dann begrüßte der Redner den neuen, mit Deutschland so innig vertrauten Papst Pius XI. und sprach das Bedauern der deutschen Katholiken darüber aus, daß die Römische Frage noch immer nicht in einer des Stellvertreters Christi würdigen Weise gelöst sei.

Welche furchtbare Ausmaße die Not in Deutschland seit dem ‚Friedensschlusse‘ angenommen habe, wieviel materielles und moralisches Elend in den letzten Jahren entstanden sei, war die große Klage des Präsidenten Oberbürgermeister Adenauer, der an den Katholizismus aller Länder appellierte. Das Volk zermürbe sich in einem aussichtslos scheinenden Kampfe, daher stamme die neueste Unsittlichkeit, Autoritätslosigkeit und die neuen Formen des Materialismus, daher alle Spannungen sozialer und politischer Art, die in jedem Augenblick vernichtende Situationen schaffen könnten. In solcher Lage bleibe den deutschen Katholiken nichts übrig, als sich um die alten sieggewohnten Fahnen wieder in voller Einigkeit zu sammeln und die christlichen Lebensprinzipien zu verwirklichen. Nicht das Christentum, sondern der Materialismus habe einen Zusammen-

bruch erlitten; leider sei noch immer antichristlicher Geist in den öffentlichen Dingen maßgebend. Deswegen sei vor allem auf eine starke und einheitliche politische Vertretung der katholischen Minderheit, die mit christgläubigen Protestanten Hand in Hand gehen könne, vonnöten. Der modernen Welt gegenüber müsse man einmal den Nachweis führen, wieviel hochideale Güter das Christentum in seinem 1900jährigen Gange hervorgebracht und geschützt habe, eine Menge von antichristlichen Vorurteilen würde dann von selber verschwinden. Die tiefste Krankheit des deutschen Volkes sei seine Entchristlichung, gefördert hauptsächlich durch den Drang zur Großstadt. Diese Krankheit müsse ein kulturell-sozial-moralisches Programm zu heilen versuchen. Schließlich müßten die internationalen Beziehungen aller Katholiken des Erdenrundes stärker gepflegt und ausgebaut werden unter innigem Anschluß an den Hl. Stuhl[3].

Was der Vorsitzende des Lokalkomitees, Stadtrat Rauch, als Programm der Tagung angegeben hatte: Wir deutschen Katholiken wollen uns Schulter an Schulter mit allen unsern deutschen Brüdern einstellen in den Kampf gegen die deutsche Not und in die Arbeitsfront für des deutschen Volkes Wiederaufbau, wurde mit allen Kräften zu verwirklichen gesucht. Aufbauarbeit auf dem religiös-sittlichen Gebiete war es, wenn P. Lippert S. J. über „Die religiöse Sehnsucht unserer Zeit und die katholische Kirche" sprach, wenn der Kapuzinerpater Dionys sich gegen die Verirrungen dieser Sehnsucht, die sich in Okkultismus, Theosophie, Anthroposophie und Adventismus offenbarten, Front machte, wenn Weihbischof H. v. Hähling die ins Ungeheure gestiegene Not der Diaspora und all die schweren Sorgen des Bonifatiusvereins schilderte. Der kommenden Generation wurde ein reiches Maß von Liebe entgegengebracht, so wenn Gräfin Tattenbach-Isny über Elternrecht und Elternpflicht sprach, Prof. Leonpacher die Jugendorganisationen „Katholische Jugend Deutschlands" (Sitz Düsseldorf), „Neudeutsch-

[3] Die Reden, gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München vom 27.—30. August 1922, Würzburg 1923, 43 ff.

land" und „Quickborn", sowie alle ähnliche Ziele verfolgenden Verbände katholischer Mädchen empfahl, wenn je ein Redner der Sodalitäten (H. Enderlin) und der katholisch organisierten Studentenschaft (M. Burlage) das Wort erhielten [4].

Bezüglich der kommenden Reichsschulgesetzgebung beleuchtete Schulrat Langenberg-Neuß das Schlagwort „Einheitsschule". Sofern es sich darum handele, für alle Kinder des Volkes in vernünftigem Ausmaß eine Grundschule zu schaffen, auf der die andern Schulen in all ihrer Mannigfaltigkeit aufzubauen hätten, Übergangsmöglichkeiten von der einen zur anderen, höheren, besonders für weniger Bemittelte herzustellen, ständen die Katholiken auf dem Boden der Einheitsschule. Aber wenn auf Kosten der altbewährten Bekenntnisschule anderen Schularten, zumal der vom Deutschen Lehrerverein erstrebten „Einheitsschule", aus der der Religionsunterricht verbannt sein solle, der Vorrang eingeräumt werden sollte, so müßten die Katholiken, voran die katholischen Lehrer- und Lehrerinnenvereine, mit aller Energie den Kampf für die Bekenntnisschule aufnehmen, übrigens auch alle gläubigen Protestanten. Denn das Band einheitlicher Weltanschauung schaffe allein in der Bekenntnisschule innige Einheit zwischen Lehrern und Schülern sowie zwischen Elternhaus und Schule, und die Bekenntnisschule sei darum auch die wahre Schule der Volksgemeinschaft.

Der „Volksgemeinschaft" auf breitester Grundlage wandte Ministerpräsident a. D. A. Stegerwald-Berlin die Aufmerksamkeit der Versammlung zu, zumal den gemeinschaftszerreißenden Charakter des materialistischen Sozialismus und seines Klassenkampfes ebenso geißelnd wie den harten, unsittlichen Vertrag von Versailles, der dem deutschen Volke die Möglichkeit nehme, seine Kulturaufgaben zu erfüllen, da jedermann gezwungen sei, auf die Wirtschaft, auf materielle Dinge sein ganzes Sinnen zu richten. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit sei friedlich zu schlichten, das Siedlungswesen der Arbeiterschaft mit allen Kräften zu pflegen. Die tiefe Kluft zwischen Sozialismus und

[4] Die Reden, gehalten . . . zu München 193 ff.

katholischem Christentum beleuchtete Erster Bürgermeister Dr. Hipp=Regensburg. Die riesige soziale und sittliche Not festzustellen und Hilfsmittel, entnommen der katholischen Lehre von der Nächstenliebe, anzugeben, war das Bemühen des Nationalrates Dr. Müller=Luzern, des Franziskaners P. Dionys Ortsiefer, des Vorsitzenden des Caritasverbandes Dr. Kreutz, der Frau Hanna Schaumberg, des namhaften Schriftstellers Dr. P. Dörfler; die des Auslandsdeutschtums im besonderen wurde von P. Dr. Größer=Hamburg geschildert; auf die Volksbildungsaufgaben des katholischen Volkes wies ein kundiger Mann, Dr. Brauer=Köln, hin: nur aus wirklichem Gemeinschaftserleben heraus könnten diese Aufgaben gelöst werden. Daß die entgegenstehenden Paragraphen von Versailles Deutschlands Katholiken nicht vom Missionsauftrag Christi entbänden, legte in beredten Worten Fürst Alois von Löwenstein dar.

Einen großen Zug wies die Rede des Dompropstes Dr. Mausbach auf, die sich verbreitete über die Einzelthemen von dem Ursprung des Staates, der Abgrenzung und Verfassung des Staates, der Begründung der Staatsgewalt, dem Zwecke des Staates, der Schranke der Staatsgewalt für den Christen, von Staat und Revolution, von der rechten Staatsgesinnung, dem lebendigen Interesse am Staate, der sittlichen Hochachtung vor dem Rechte, der Liebe zum Volke, der Eintragung christlicher Gedanken und Lebenskräfte in den Staat, der brüderlichen Einigkeit, für die gerade der Katholikentag ein leuchtendes Zeichen sei.

Tiefgründig waren auch des Kardinals v. Faulhaber Darlegungen über die Friedensmacht der Kirche: Pius XI. habe in der ersten großen internationalen Versammlung von Katholiken nach dem Weltkrieg, dem Eucharistischen Kongreß zu Rom (1922), machtvolle Worte über den wahren Völkerfrieden gesprochen; ihre weltumfassende Großmacht des Friedens habe bei dem hochfestlichen Anlaß die Kirche in der Einheit ihrer Liturgie offenbart. Von der Friedensmission, die der verblichene Papst Benedikt XV. geübt habe, in vollem Umfang zu reden, sei die Stunde noch nicht gekommen. Einen Rechtsfrieden, keinen Ge=

waltfrieden habe der Hochselige erstrebt und einen aufrichtigen Völkerbund. Dem Hl. Vater gebühre unbedingt im Friedenssenat der Völker eine Stimme.

Für das Jahr 1923 war der Katholikenkongreß in das englisch besetzte Köln einberufen. Am Pfingstsonntag rief Kardinal Erzbischof Schulte den Segen des Hl. Geistes auf die Arbeiten des vorbereitenden Lokalkomitees herab. Es tue so not, daß dem Übermaß des bösen Willens in der Welt das Höchstmaß guten Willens entgegengestellt werde. Es gelte, allen andern voran für uns Kinder der katholischen Kirche im Hl. Geiste unser aller guten Willen zu stärken und zu steigern, ihn so ernst, so energisch, so unbeugsam, so allgemein zu machen, wie nur irgend möglich ist. „Da gilt es für uns vor allem, diesen unsern gemeinsamen guten Willen in der Öffentlichkeit zum Siege zu führen, auf daß doch endlich, endlich aufhöre der grauenvolle Wirrwarr im Völkerleben, die Schreckensherrschaft von Haß und Erbitterung und Mißtrauen, von Quälerei und Verfolgung unter den Nationen und auch im eigenen Lande unter den sozialen Klassen und Ständen. Da gilt es, daß zurückgedämmt wird die Zerrüttung von Ehe und Familie, die Verwilderung der Jugend, die Entchristlichung der Schule und die Vergiftung der Volksgesundheit durch Unzucht und ekelhafte Seuchen“ [5].

So ganz auf religiös-sittliche Ziele hin sollte der 63. Katholikentag gleich seinen Vorgängern eingestellt sein. Da erhielt durch das Auswärtige Amt das Kölner Lokalkomitee die Nachricht, die Interalliierte Rheinlandkommission werde die Tagung verbieten. Hauptanstifter war wohl Frankreich, das gleichwohl in dem von ihm wider alles Völkerrecht okkupierten Ruhrgebiet selbst kommunistische Versammlungen duldete.

* * *

Bange fragen sich die deutschen Katholiken seit einiger Zeit [6], ob ihre Organisation nicht seit der Niederlage im Weltkrieg ihre Höhe überschritten, ob man nicht für allzuviele Spezialzwecke

---

[5] Kölnische Volkszeitung 1923, Nr. 366, 22. Mai.
[6] S. Stimmen der Zeit Bd. 104 (1923) 346 ff.

besondere Vereine gegründet habe, auf denen nun die wirtschaftliche Not der Zeit äußerst drückend laste, ob die katholische Organisation nicht vereinfacht und vereinheitlicht werden müsse aus wirtschaftlichen Gründen, wie z. B. der Verteuerung des Transportes, etwa drohender Entfremdung der Vereinsmitglieder von ihrer Familie, der Überlastung der Priester; ob ferner nicht der katholische Gemeinschaftsgedanke seinen Mittelpunkt haben müsse in der Pfarrei, auf deren Boden verschiedene Gruppen teils religiöser, teils berufsstandlicher Art zu errichten sein würden, deren Zusammenschluß im Volksverein zu suchen sein werde als der Grundlage für alle nicht strengst religiöse Betätigung. Schon seien die Sekretariate caritativer Art zu einem Zentralcaritasverband vereinigt. Vielleicht könne man ähnliche Zentralen bilden für Jugend-, Schul- und Volksstandsbewegungs- und Volksbildungsfragen nebst der Frauenfrage, für Caritas im weitesten Sinne, Missions- und Diasporafrage. All diese Fragen sind noch nicht spruchreif. Ihre Lösung werden sie finden, wenn die wirtschaftlichen und politischen Fragen des neuen Deutschlands wenigstens einem Anfang der Lösung entgegengeführt sein werden.

Register zu Bd. I und II.


UNIVERSITY OF CHICAGO
34 785 427